

Edition Rechtsextremismus

Britta Schellenberg

# Die Rechtsextremismus- Debatte

Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen

 Springer VS

---

# **Edition Rechtsextremismus**

## **Herausgegeben von**

Prof. Dr. Fabian Virchow

Alexander Häusler

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neofaschismus  
der Fachhochschule Düsseldorf

Die „Edition Rechtsextremismus“ versammelt innovative und nachhaltige Beiträge zu Erscheinungsformen der extremen Rechten als politisches, soziales und kulturelles Phänomen. Ziel der Edition ist die Konsolidierung und Weiterentwicklung sozial- und politikwissenschaftlicher Forschungsansätze, die die extreme Rechte in historischen und aktuellen Erscheinungsformen sowie deren gesellschaftlichen Kontext zum Gegenstand haben. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei transnationalen Entwicklungen in Europa.

**Herausgegeben von**

Prof. Dr. Fabian Virchow

Alexander Häusler

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neofaschismus  
der Fachhochschule Düsseldorf

---

Britta Schellenberg

# Die Rechtsextremismus- Debatte

Charakteristika, Konflikte und ihre  
Folgen

Britta Schellenberg  
Berlin, Deutschland

D83

ISBN 978-3-658-03583-9  
DOI 10.1007/978-3-658-03584-6

ISBN 978-3-658-03584-6 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.  
[www.springer-vs.de](http://www.springer-vs.de)

# Vorwort

Unrecht und die Verletzung von Menschenrechten fangen meist klein an: Sie ereignen sich „vor der eigenen Haustür“, finden im zwischenmenschlichen Umgang, im lokalen Raum statt. Hier kann Unrecht gerügt werden oder aber auf Wohlwollen, Rechtfertigung und gar Zuspruch stoßen. Um Unrecht zu erkennen und sich ihm entgegenzustellen, braucht man nicht nur ein gewisses Maß an (Mit-)Menschlichkeit, humanistische oder rechtsstaatliche Normvorstellungen, sondern auch Kraft, Mut und vor allem Unterstützung.

Meine Studie zur „Rechtsextremismus-Debatte“ zeigt problematische Muster im Umgang mit der radikalen Rechten in Deutschland, insbesondere mit Rassismus und Gewalt, auf. Dafür habe ich exemplarisch eine Fallanalyse durchgeführt, die es ermöglicht, ganz genau hinzusehen, um Charakteristika und Konflikte der Debatte über „Rechtsextremismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ sowie ihre Folgen für die Akzeptanz und Ausbreitung der Radikalen Rechten wahrzunehmen. Hiermit hoffe ich, zu einer Versachlichung der Debatte sowie zu einer zielorientierten Strategieentwicklung gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder Hate Crime beizutragen.

Ich möchte all denen danken, die sich nicht von der Kritik an Unrecht, wie es sich in rassistischer und rechtsradikaler Gewalt gegen vermeintlich Fremde zeigt, abbringen lassen. Sie brauchen – gerade wenn lokale Konstellationen es ermöglichen, dass die Radikale Rechte stark wird – eine breite und nachhaltige Unterstützung. Für die hilfreiche Begleitung meiner Arbeit möchte ich vor allem meinem Ehemann Felix danken, für Anregungen und kritische Kommentare ebenso Klaus Wahl. Danken für viel Geduld und ungewöhnliches Verständnis – etwa gegenüber nächtelanger Schreibtischarbeit und intensiven Gesprächen – möchte ich insgesamt meiner Familie, ausdrücklich auch meinen Kindern und Eltern. Darüber hinaus bedanke ich mich bei meinem Doktorvater Wolfgang Benz vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Er hat meine Studie mit Interesse begleitet und mit didaktischen Anekdoten dafür gesorgt, dass ich den Abschluss der Arbeit im Blick behielt. Ebenso danke ich Rainer Erb für seine Unterstützung. Mein Dank gilt auch dem Centrum für Angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Bertelsmann Stiftung, insbesondere Werner Weidenfeld und Josef Janning. Wenngleich ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projekt-

koordinatorin diverser Rechtsextremismus-Projekte in Deutschland und Europa einen recht vollen Terminkalender hatte, haben sie mich jederzeit darin bestärkt, die Freiheit des eigenständigen Denkens zu leben. Zudem habe ich enorm von dem interdisziplinären und internationalen Austausch mit Wissenschaftlern und Praktikern profitiert.

Ich freue mich, dass meine Arbeit in der Edition „Rechtsextremismus“ des VS Verlags für Sozialwissenschaften erscheint, danke hierfür insbesondere Fabian Virchow und Alexander Häusler sowie Dorothee Koch und Agathe Bienfait vom Verlag, und wünsche Ihnen nun eine anregende Lektüre!

Britta Schellenberg, den 14. Juni 2013

# Inhaltsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| <b>Tabellenverzeichnis</b> .....   | 13 |
| <b>Einleitung</b> .....  | 15 |
| 1 Forschungsstand und Problemstellung.....   | 15 |
| 2 Methodische Überlegungen.....  | 20 |
| 3 Auswahl des Fallbeispiels und Begründung seiner Repräsentativität .....                  | 24 |
| 4 Untersuchungsgegenstand und Aufbau der empirischen Analyse.....                          | 26 |
| 5 Begrifflichkeiten: Radikale Rechte, Rechtsextremismus,<br>Fremdenfeindlichkeit .....     | 31 |
| <b>I. Der Fall Mügeln</b> .....  | 35 |
| 1 Einführung: Soziostrukturelle Daten zu Mügeln.....                                       | 35 |
| 2 Der Tathergang.....  | 38 |
| <i>Erste interne Berichterstattung von Polizeibeamten und Bilder</i> .....                 | 38 |
| <i>Die Aussagen der Opfer</i> .....  | 43 |
| <i>Die Aussagen der „unmittelbaren“ Zeugen</i> .....                                       | 44 |
| <b>II. Polizei und Staatsschutz</b> .....  | 47 |
| 1 Unmittelbare Reaktionen.....   | 47 |
| 2 Die Ermittlungsarbeit: Die Genese der Deutung von Polizei und<br>Staatsschutz .....      | 50 |
| <i>Schwerpunktsetzungen bei den Ermittlungen</i> .....                                     | 50 |
| Umgang mit den „unmittelbaren“ Zeugen und ihren Angaben .....                              | 53 |
| <i>Auf der Suche nach den „richtigen“ Zeugen: Die späten „Zeugen“</i> .....                | 57 |
| 3 Die <i>Narrative</i> der mutmaßlichen Täter .....  | 60 |
| 4 Vom Geschädigten zum Tatverdächtigen. Die Opfer-Täter-Umkehr .....                       | 63 |
| <i>Auf dem Polizeirevier Oschatz</i> .....   | 63 |
| <i>Erneute Vernehmungen</i> .....  | 65 |
| 5 Abschließende Berichte zu den Ermittlungen .....   | 67 |
| <i>Der Handlungsablauf / Sachverhaltsdarstellung der GEG Mügeln<br/>(Auswertung)</i> ..... | 67 |
| <i>Die Schlussberichte des polizeilichen Staatsschutzes</i> .....                          | 70 |



|             |   |     |
|-------------|---|-----|
| 6           | Reflexion und Fazit .....   | 72  |
| 7           | Der Fall als Referenz (Phase 3) .....   | 76  |
| <b>III.</b> | <b>Lokale Politik</b> .....   | 77  |
| 1           | Interpretation und Problemanalyse (Phase 1) .....   | 77  |
|             | <i>Resümee</i> .....  | 80  |
| 2           | Interpretation und Problemanalyse (Phase 2) .....   | 81  |
|             | <i>Nach dem Interview in der Jungen Freiheit</i> .....  | 87  |
|             | <i>Resümee</i> .....  | 88  |
| 3           | Strategievorschläge und konkrete Maßnahmen .....  | 89  |
| 4           | Fazit .....   | 91  |
| 5           | Der Fall als Referenz (Phase 3) .....   | 95  |
| <b>IV.</b>  | <b>Regionale Politik</b> .....  | 101 |
| 1           | Einführung: Wahlstruktur und Umgang mit der Radikalen Rechten .....   | 101 |
| 2           | Die Sächsische Staatsregierung/CDU: Interpretation,<br>Problemanalyse, Gegenstrategien (Phase 1) .....                                    | 103 |
|             | <i>Interpretation</i> .....   | 103 |
|             | <i>Problemanalyse</i> .....   | 107 |
|             | <i>Gegen-Strategien und konkrete Maßnahmen</i> .....  | 108 |
|             | <i>Die Antwort auf die Große Anfrage der NPD</i> .....  | 109 |
|             | <i>Resümee</i> .....  | 111 |
| 3           | Die Sächsische Staatsregierung/CDU: Interpretation,<br>Problemanalyse, Gegenstrategien (Phase 2) .....                                    | 113 |
| 4           | Die SPD und die Opposition im Sächsischen Landtag .....   | 119 |
|             | <i>Interpretation und Problemanalyse</i> .....  | 119 |
|             | <i>Gegenstrategien und konkrete Maßnahmen</i> .....   | 121 |
|             | <i>Resümee</i> .....  | 123 |
| 5           | Fazit .....   | 125 |
| 6           | Der Fall als Referenz (Phase 3) .....   | 126 |
| <b>V.</b>   | <b>Bundespolitik</b> .....  | 131 |
| 1           | Einführung: Fremdenfeindliche Kampagnen, Debatten über<br>Zuwanderung und die Genese der Bundesprogramme gegen<br>Rechtsextremismus ..... | 131 |
| 2           | Bundesregierung (CDU/CSU und SPD): Interpretation .....   | 139 |
|             | 2.1 Einflussfaktoren Internationale Beziehungen und globale<br>Wirtschaft .....   | 139 |
|             | 2.2 Argumentationsmuster und Frames .....   | 142 |
|             | 2.3 Bezugnahme auf den Nationalsozialismus .....  | 144 |

|            |  |     |
|------------|--|-----|
| 2.4        | Die Gauweiler – Edathy Kontroverse. Die Rechtsextremismus-<br>Debatte als Konflikt über Normsetzungen..... | 146 |
|            | <i>Resümee</i> .....   | 150 |
| 3          | Bundesregierung: Problemanalyse .....  | 153 |
| 4          | Bundesregierung: Strategievorschläge und konkrete Maßnahmen .....  | 155 |
|            | <i>Die „Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“</i> .....   | 156 |
|            | <i>NPD-Verbot</i> .....  | 161 |
|            | <i>Konkrete Maßnahmen</i> .....  | 167 |
|            | <i>Resümee: Strategien, Framing und Normsetzungen</i> .....  | 169 |
| 5          | Politische Parteien der Opposition .....   | 172 |
|            | <i>Bündnis 90 / Die Grünen</i> .....   | 172 |
|            | <i>Die Linke</i> .....   | 173 |
|            | <i>FDP</i> .....   | 176 |
|            | <i>Resümee</i> .....   | 177 |
| 6          | Fazit.....   | 178 |
| 7          | Der Fall als Referenz (Phase 3).....   | 181 |
| <b>VI.</b> | <b>Die Radikale Rechte</b> .....   | 183 |
| 1          | Einführung: Entwicklung der NPD und der <i>Jungen Freiheit</i> .....                                       | 183 |
| 2          | Die NPD: Interpretation und Problemanalyse .....   | 190 |
|            | <i>Große Anfrage der NPD</i> .....   | 190 |
|            | <i>Der NPD-Entschließungsantrag und die Debatte im Sächsischen<br/>Landtag</i> .....                       | 195 |
|            | <i>Resümee</i> .....   | 202 |
| 3          | Die Junge Freiheit: Interpretation und Problemanalyse .....  | 203 |
|            | <i>Die Brücke: Das Deuse-Interview</i> .....   | 204 |
|            | <i>Mügeln im Spiegel der Jungen Freiheit</i> .....   | 207 |
|            | <i>Resümee</i> .....   | 211 |
| 4          | Sprache und Konzepte.....  | 212 |
|            | 4.1 Die Industrie- und Systemmetapher .....  | 212 |
|            | 4.2 NS-Vergleich und NS-Vokabular .....  | 213 |
|            | 4.3 Das Wortfeld „besetzt“ .....   | 215 |
|            | 4.4 Das (völkische) Kollektiv als Opfer .....  | 216 |
|            | 4.5 Assoziationen zum Deutschen Reich.....   | 218 |
|            | <i>Resümee</i> .....   | 219 |
| 5          | Fazit.....   | 219 |
| 6          | Der Fall als Referenz (Phase 3).....   | 224 |

|  |     |
|--|-----|
| <b>VII. Die Medien</b> .....   | 229 |
| Einführung .....   | 229 |
| A. Berichterstattung über den Fall Mügeln .....  | 232 |
| 1 Interpretation und Problemanalyse (Phase 1).....   | 232 |
| <i>Interpretation</i> .....  | 232 |
| <i>Problemanalyse</i> .....  | 235 |
| 2 Interpretation und Problemanalyse (Phase 2).....   | 239 |
| 2.1 Nach dem Interview des Mügeln Bürgermeisters in der<br>Jungen Freiheit .....   | 239 |
| 2.2 Sind die Inder Opfer oder (auch) Täter? Eine Wende?.....   | 241 |
| 2.3 Die Gerichtsurteile – „Im Vorfeld eines Pogroms“ .....   | 242 |
| <i>Resümee</i> .....   | 244 |
| 3 Diskussion über Gegen-Strategien .....   | 246 |
| B. Die mediale Bearbeitung des Falls .....   | 247 |
| 1 Die Entwicklung einer Narrative (Die „Ur-Tat“).....  | 247 |
| <i>Rassistische Ausschreitungen nach der Wende. Die Ur-Tat:</i><br><i>Rostock-Lichtenhagen</i> .....   | 247 |
| <i>Nationalsozialismus und SED-Herrschaft</i> .....  | 248 |
| 2 Mügeln als Thematisierungsfenster für Rechtsextremismus.....   | 250 |
| 3 Mediale Darstellungsweisen .....   | 256 |
| <i>Die Darstellung der Opfer</i> .....   | 256 |
| <i>Darstellung der Täter und der Tat</i> .....   | 257 |
| <i>Kritik am Begriff „Hetzjagd“ und Instrumentalisierung der Kritik</i> .....  | 259 |
| <i>Resümee</i> .....   | 259 |
| 4 Berichterstattung als Kontroverse – Akteure im Spiegel der Medien .....  | 260 |
| 5 Pars pro toto? Die Stadt Mügeln in den Medien .....  | 264 |
| C. Fazit.....  | 270 |
| D. Der Fall als Referenz (Phase 3).....  | 271 |
| <b>VIII. Zusammenfassung und Auswertung</b> .....  | 277 |
| 1 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im öffentlichen<br>Diskurs .....  | 277 |
| 1.1 Phase 1 – Interpretationen des Falls und der Einfluss der<br>Ermittlungsbehörden .....   | 277 |
| 1.2 Phase 2 – Entwicklung der kontroversen Positionen in der<br>Debatte: Dissoziation und Bestätigung von bundesdeutschen<br>Normvorstellungen ..... | 281 |

---

|     |  |     |
|-----|--|-----|
| 1.3 | Phase 3 – Der Fall Mügeln als Referenz. Vergessen und<br>Erinnern .....                          | 291 |
| 2   | Weitere Charakteristika der Debatte .....  | 294 |
| 2.1 | Begrifflichkeiten, Konzepte, Normsetzungen.....  | 294 |
| 2.2 | Thematisierung des Nationalsozialismus.....  | 297 |
| 2.3 | Ost-West-Befindlichkeiten .....  | 300 |
| 3   | Wie geht es weiter in Mügeln? (Ausblick).....  | 301 |
| 4   | Schlussbetrachtungen: Kontradiktive Narrativen und die<br>Ausbreitung der Radikalen Rechten..... | 309 |
|     | <b>Literaturverzeichnis</b> .....  | 313 |
| 1.  | Quellen.....   | 313 |
| 2.  | Sekundärliteratur.....   | 322 |

# Tabellenverzeichnis

|                    |   |     |
|--------------------|---|-----|
| <i>Tabelle 1:</i>  | Wahlen/Parteienstruktur in Torgau-Oschatz und Mügeln .....  | 38  |
| <i>Tabelle 2:</i>  | Interpretation des Falls .....  | 49  |
| <i>Tabelle 3:</i>  | Problemanalyse .....  | 75  |
| <i>Tabelle 4:</i>  | 1L: Interpretation.....   | 92  |
| <i>Tabelle 5:</i>  | 2L: Problemanalyse.....   | 94  |
| <i>Tabelle 6:</i>  | 3L: Forderungen („Gegenstrategien“) Phase 2: Keine<br>Thematisierung von Fremdenfeindlichkeit und<br>Rechtsextremismus..... | 95  |
| <i>Tabelle 7:</i>  | Wahlergebnisse Mügeln 2008 (2004) und Landkreis<br>(zusammengefasst zu Nordsachsen).....                                    | 96  |
| <i>Tabelle 8:</i>  | Wahlen/Parteienstruktur in Sachsen .....  | 101 |
| <i>Tabelle 9:</i>  | 1R: Interpretation Phase 1 .....  | 111 |
| <i>Tabelle 10:</i> | 2R: Problemanalyse Phase 1 .....  | 112 |
| <i>Tabelle 11:</i> | 3R: Strategien Phase 1.....   | 112 |
| <i>Tabelle 12:</i> | 4R: Schaden für Sachsen. Weltoffen und „für Ausländer“<br>(Phase 2).....  | 115 |
| <i>Tabelle 13:</i> | 5R: Interpretation Phase 2 .....  | 116 |
| <i>Tabelle 14:</i> | 6R: Problemanalyse Phase 2 .....  | 117 |
| <i>Tabelle 15:</i> | 7R: Gegen-Strategien Phase 2 .....  | 118 |
| <i>Tabelle 16:</i> | Interpretation und Problemanalyse der SPD und<br>Oppositionsparteien.....   | 124 |
| <i>Tabelle 17:</i> | Strategien und konkrete Maßnahmen SPD und<br>Oppositionsparteien.....   | 125 |
| <i>Tabelle 18:</i> | Wahlen/Parteienstruktur im Deutschen Bundestag .....  | 137 |
| <i>Tabelle 19:</i> | 1B: Interpretation. Ist der Vorfall zu verurteilen? .....   | 152 |
| <i>Tabelle 20:</i> | 2B: Problemanalyse.....   | 155 |
| <i>Tabelle 21:</i> | 3B: Politische Maßnahme – Die Bundesprogramme.....  | 160 |
| <i>Tabelle 22:</i> | 4B: Politische Maßnahme- NPD-Verbot.....  | 166 |
| <i>Tabelle 23:</i> | 5 B: Normsetzungen in der Debatte nach Partei.....  | 170 |
| <i>Tabelle 24:</i> | 6B: Strategien.....   | 171 |
| <i>Tabelle 25:</i> | 6B: Interpretation im zeitlichen Verlauf (Phase 1 und 2).....   | 179 |
| <i>Tabelle 26:</i> | 7B: Bezugspunkte und <i>Framing</i> nach Parteien .....   | 180 |
| <i>Tabelle 27:</i> | 1RR: Interpretation.....  | 219 |

|                    |   |     |
|--------------------|---|-----|
| <i>Tabelle 28:</i> | 2RR: Problemanalyse .....   | 221 |
| <i>Tabelle 29:</i> | 3RR: (Gegen-)Strategien und <i>Framing</i> .....  | 222 |
| <i>Tabelle 30:</i> | 4RR: Nationalsozialismus als Bezugspunkt der Radikalen<br>Rechten.....                                  | 223 |
| <i>Tabelle 31:</i> | Q1: Anzahl der Artikel in ausgewählten überregionalen<br>Tageszeitungen und ihren online-Diensten ..... | 230 |
| <i>Tabelle 32:</i> | Q2: Anzahl der Artikel in ausgewählten Regionalzeitungen.....   | 231 |
| <i>Tabelle 33:</i> | Q3: Anzahl der Artikel in ausgewählten Wochenzeitungen<br>und ihren online-Diensten. ....               | 231 |
| <i>Tabelle 34:</i> | 1M: Interpretation.....   | 234 |
| <i>Tabelle 35:</i> | 2M: Problemanalyse.....   | 236 |
| <i>Tabelle 36:</i> | 2.1M: Problemanalyse und <i>Framing</i> „Ostdeutschland“ .....  | 238 |
| <i>Tabelle 37:</i> | 3M: (Neu-) Interpretation nach Impulsen/„Nachrichten“ .....   | 245 |
| <i>Tabelle 38:</i> | 4M: Strategien .....  | 246 |
| <i>Tabelle 39:</i> | 5M: Bezugspunkte (Narrative) und <i>Framing</i> des Problems. ....                                      | 255 |
| <i>Tabelle 40:</i> | 6M: Für was steht „Mügeln“ in den Medien? .....   | 269 |
| <i>Tabelle 41:</i> | Straftaten vom September 2004 bis einschließlich<br>Dezember 2009 .....                                 | 302 |

# Einleitung

„Rechtsextremismus“ ist ein Dauerbrenner öffentlicher Debatten in der Bundesrepublik Deutschland. Ausgelöst durch gewalttätige Übergriffe oder Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien steht das Thema in regelmäßigen Abständen auf der Agenda – um jedoch kurz danach wieder vergessen zu werden oder zumindest in den Hintergrund zu treten. Das Schlagwort „Rechtsextremismus“ – so scheint es – ruft bei allen gesellschaftlich relevanten Akteuren Unbehagen und öffentlich artikulierte Gegenreaktionen hervor. Gleichzeitig geht diese konsensuelle Abgrenzung vom Rechtsextremismus einher mit kontroversen Debatten über die politische Bedeutung des Phänomens. Die scheinbar existente Anti-Rechtsextremismus-Norm hat auch nicht zum Verschwinden rechtsradikaler Aktivitäten geführt. Nicht nur der „Nationalsozialistische Untergrund“, der über ein Jahrzehnt unentdeckt morden konnte, auch weniger organisierte, gewalttätige Übergriffe von Rechtsradikalen auf als „fremd“ stigmatisierte Menschen führen zu einer im europäischen Vergleich dramatisch hohen Gewaltrate.<sup>1</sup> Zudem zeigen jüngere Untersuchungen, dass sich in einigen Gemeinden und Kleinstädten Deutschlands rechtsradikale Angstzonen etablieren.<sup>2</sup> Es stellt sich die Frage, wie Rechtsextremismus und Rassismus öffentlich thematisiert werden und welche Auswirkungen die Debatte auf die Wahrnehmung und Entwicklung des Phänomens hat.

## 1 Forschungsstand und Problemstellung

Die Forschung zur extremen Rechten ist zwar in den vergangenen Jahrzehnten immer umfangreicher geworden, die Thematisierung von Rechtsextremismus in öffentlichen Debatten ist aber unterbelichtet geblieben und deren Effekte auf die Entwicklung der Radikalen Rechten wurden nicht systematisch untersucht. Die Forschung hat sich in diversen Studien mit den Organisationsformen der Radikalen Rechten (insbesondere Parteien, weniger subkulturelles Milieu und bewe-

---

1 Vgl. Schellenberg (2012b).

2 Vgl. insbesondere Döring (2008), Buchstein und Heinrich (2010) und Borstel (2011).

gungsförmige Organisationen; Überblickswerke),<sup>3</sup> ihrer Ideologie oder einzelner Ideologieelementen wie insbesondere Antisemitismus,<sup>4</sup> Fremdenfeindlichkeit<sup>5</sup> und (in englischsprachigen Werken oft) Rassismus beschäftigt.<sup>6</sup> Zudem wurden bestimmte Einzelthemen (z.B. Jugendgewalt, Verbreitung in Ostdeutschland, als europäisches Phänomen),<sup>7</sup> Ausdrucksformen (z.B. Symbole und Musik)<sup>8</sup> und (aktuelle) Entwicklungen<sup>9</sup> analysiert. Ebenso gibt es bereits brauchbare Darstellungen zur organisatorischen und ideologischen Struktur der Radikalen Rechten in Deutschland<sup>10</sup> und geeignete Umfragen, welche die Verbreitung rechtsradikaler Ideologieelemente in der Bevölkerung erheben.<sup>11</sup> Verschiedene Untersuchungen beschäftigen sich auch mit Entwicklungsbedingungen der Radikalen Rechten; sie bedienen sich vorwiegend historischer, politologischer, soziologischer, psychologischer oder (selten) mehrere Disziplinen integrierender Erklärungsansätze.<sup>12</sup> Insgesamt fällt auf, dass es, abgesehen von einigen biographischen<sup>13</sup> und einzelnen lokalen Studien<sup>14</sup>, kaum Fallanalysen in der Rechtsextremismusforschung gibt.

Wenngleich die Literatur wenig Anhaltspunkte für Antworten auf meine Forschungsfragen liefert, so gibt es zu bestimmten Teilaspekten meines Themas durchaus Forschungsarbeiten: Das Themenfeld „Berichterstattung und fremdenfeindliche Gewalt“ wurde von Brosius, Scheufele und Esser beackert.<sup>15</sup> Eine erste Analyse in einer Reihe von Arbeiten zur Berichterstattung über Anschläge gegen Ausländer und Asylbewerber haben Brosius und Eps veröffentlicht. Sie arbeiten bestimmte *Frames* (Rahmungen) der Thematisierung heraus und kommen zu dem Ergebnis, dass einschlägig wahrgenommene Ereignisse, sogenannte „Schlüsselereignisse“, eine überdurchschnittlich intensive und längerfristige Thematisierung „fremdenfeindlicher Gewalt (in Ostdeutschland)“ provozieren. Dabei nehmen sie an, dass die Selektionskriterien der Journalisten, die zur Be-

---

3 Vgl. Grumke und Wagner (2010), Stöss (2010); Minkenberg (1998). Auf Forschungsarbeiten zur NPD und der *Junge Freiheit* gehe ich in der Einleitung des Kapitels „Radikale Rechte“ gesondert ein, weil hier Fragen für die Einzel-Analyse aufgeworfen werden.

4 Sowohl als eigenständiges Phänomen als auch als Dimension der Radikalen Rechte. Vgl. etwa Benz (2008b); Bergmann und Erb (2003).

5 Vgl. Kleinert (2004); Wahl et al (2001).

6 Ein grundlegendes Werk ist: Hall (2000).

7 Vgl. etwa Sturzbecher (1997).

8 Vgl. etwa Erb (2010).

9 Vgl. etwa Benz (2001).

10 Vgl. insbesondere: Stöss (2010); Schellenberg (2011a).

11 In Deutschland: Decker et al (2010); Heitmeyer (2002-2011).

12 Relative aktuelle Überblicke über verschiedene Forschungsansätze bieten: Anastasakis (2000); Hopf (2002).

13 Es gibt allerdings (wenige) Fallanalysen zur biographischen Entwicklung Rechtsextremer: vgl. Inowlocki (2000); Wahl (2003).

14 Vgl. Döring (2008), Buchstein und Heinrich (2010), Borstel (2011).

15 Vgl. Brosius und Eps (1993); Brosius und Esser (1995); Esser et al (2002); Scheufele (2003).



richterstattung führen nicht an „objektiven Gegebenheiten“ orientiert sind, weil sie sich nicht mit der Kriminalstatistik decken.<sup>16</sup> Auch spätere Studien von Scheufele, Esser und Brosius untersuchen ausschließlich problematische Strukturen der Medien ohne weitere Akteure (deren Herangehensweise an das Thema und mögliche Thematisierungsprobleme, problematische Interaktion etc.) in den Blick zu nehmen.<sup>17</sup> Dadurch haben ihre Studien nur eine beschränkte Aussagekraft.<sup>18</sup>

Der Diskursanalyse von Medientexten widmen sich Forschungsgruppen aus Duisburg (insbesondere Siegfried und Margret Jäger),<sup>19</sup> Düsseldorf (u.a. Martin Wengeler,<sup>20</sup> Karin Böke und Matthias Jung<sup>21</sup>), Bochum (Jürgen Link)<sup>22</sup> und Wien (insbesondere Ruth Wodak)<sup>23</sup>. Die dominant linguistischen Studien machen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung in Texten sichtbar oder analysieren die sich im zeitlichen Verlauf ändernde Kommunikation über Ausländer, Migranten und Juden in Deutschland (bzw. bei Wodak vor allem Österreich und England). Nur wenige Studien beschäftigen sich mit Debatten politischer Akteure. Ruth Wodak und Teun A. van Dijk untersuchen in ihrer im Jahr 2000 veröffentlichten Studie „Racism at the Top“ Parlamentsdebatten zur Ausländerpolitik in den Jahren 1996 und 1997 in verschiedenen europäischen Ländern (nicht Deutschland) und arbeiten dabei offene und verdeckte Formen von Rassismus heraus.<sup>24</sup> In seiner politikwissenschaftlichen Dissertation analysiert Heinz Lynen von Berg Charakteristika politischer Diskurse über „fremdenfeindliche Gewalt“ anhand von Beiträgen der SPD sowie der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Anfang der 90iger Jahre.<sup>25</sup> Er ordnet seine Ergebnisse in die Themenkomplexe „Täter- und Opferbeschreibungen“ und „Ursachenzuschreibungen für Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt“ ein. Dabei identifiziert er den Topos „Ansehen im Ausland“ als wichtigen Bezugspunkt, ebenso legt er historische Bezugnahmen auf die Weimarer Republik und die NS-Vergangenheit bei beiden Fraktionen offen. Eine soziologische Analyse von Öffentlichkeit und Antisemitismus liefert Werner Bergmann mit seiner im Jahr 1997 publizierten Habilitationsschrift „Antisemitismus in öf-

---

16 Vgl. Brosius und Eps (1993).

17 Vgl. Brosius und Esser (1995); Esser et al (2002).

18 In der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) vom Oktober 2005 habe ich unter dem Titel „Medien und Rechtsextremismus“ die Literatur zum Thema zusammengestellt und handlungsbezogene Kriterien für eine gute Berichterstattung diskutiert. Vgl. Schellenberg (2005b).

19 Vgl. etwa Jäger und Jäger (1996).

20 Vgl. etwa Wengeler (1993).

21 Vgl. Jung et al (2000).

22 Vgl. Link und Jäger (1993).

23 Vgl. etwa Reislgl und Wodak (2005).

24 Vgl. Wodak und van Dijk (2000).

25 Vgl. Lynen von Berg (2000).

fentlichen Konflikten“.<sup>26</sup> Bergmann analysiert den öffentlichen Umgang mit Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989) anhand bestimmter Fälle, die öffentliche „Konflikte“ provozierten, „in denen antisemitische Verstöße thematisiert und eventuell negativ sanktioniert worden sind“.<sup>27</sup> Der Soziologe zeigt auch mithilfe empirischer Ergebnisse aus der Antisemitismusforschung, dass „derartige Konflikte, sofern sie skandalisiert werden, zur Durchsetzung bzw. Stabilisierung von Normen und Werten beitragen“ und belegt die Durchsetzung einer „Norm des Anti-Antisemitismus in der Öffentlichkeit“.<sup>28</sup>

Die lokale und regionale Ebene wurde als Ort der Auseinandersetzung zwischen Rechtsextremen und demokratischen Akteuren in der Rechtsextremismusforschung lange vernachlässigt. Erst in den vergangenen Jahren wurde begonnen, die Entwicklung des Rechtsextremismus im lokalen Raum zu untersuchen. Entsprechende Arbeiten sind stark handlungsbezogen orientiert (es gilt Fragen zur Demokratieförderung, zum Engagement gegen Rechtsextremismus zu klären). Eine der ersten Studien wurde von Rainer Strobl, Stefanie Würtz und Jana Klemm publiziert. Sie untersuchen den Umgang von „Stadtgesellschaften“ mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.<sup>29</sup> Die Reaktionen von Akteuren des ländlichen Raums auf rechtsextreme Herausforderungen und die Interaktion zwischen Rechtsextremen und demokratischen Akteuren werden auch in der von Hubertus Buchstein (Universität Greifswald) und Gudrun Heinrich (Universität Rostock) 2010 publizierten Studie „Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum“ handlungsorientiert analysiert. Dabei wurden drei Städte und drei Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern betrachtet.<sup>30</sup> Dierk Borstel (der auch an der Heinrich-Buchstein-Studie mitarbeitete) vertiefte die Analyse in seiner Dissertation über „Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommerns“.<sup>31</sup>

Der Blick auf die Forschung zeigt, dass bislang Arbeiten, welche die konflikthafte Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im öffentlichen Diskurs untersuchen, fehlen. Weder wurden einzelne, unterschiedliche Akteure (bspw. Medien, Politik, Polizei), unterschiedliche räumliche Ebenen (lokal, regional, Bund), geschweige denn ihre Interaktion betrachtet. Auch über die strategische Positionierung der Radikalen Rechten in der Rechtsextremismus-Debatte ist nichts bekannt. Es gibt zweitens keine Arbeiten, die auf der

---

26 Bergmann (1997). Vgl. ferner: Bergmann und Erb (1990); sowie Bergmann und Erb (1986).

27 Bergmann (1997), S. 13.

28 Ebenda, S. 12.

29 Vgl. Strobl et al (2003).

30 Vgl. Buchstein und Heinrich (2010).

31 Borstel (2011).

Basis einer empirischen Untersuchung die Konzeptionalisierung entsprechender Vorfälle (als Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, allgemeine Gewalt, Beweis für Fremdherrschaft und Ausländerkriminalität etc.) durch verschiedene Akteure herausarbeitet und ihre ideologischen Interessen und Normsetzungen klärt oder ihre historischen und sozio-politischen Bezugnahmen herausarbeitet. Drittens fehlen Arbeiten, welche Narrativenbildung und Erinnerung (weder *collective* noch *conflicting*) entsprechender Übergriffe bei verschiedenen Akteursgruppen untersuchen. Viertens fehlen Arbeiten, die auf der Grundlage empirischer (Diskurs-)Analysen Ursachen für die Entwicklung einer rechtsradikalen Hegemonie im lokalen Raum (und/oder anderen Räumen/Bereichen) offen legen. Naturgemäß fehlt also auch eine Forschungsarbeit, welche die hier aufgeworfenen Aspekte (Forschungslücken) in einem Zusammenhang betrachtet. Vor dem Hintergrund der Forschungsbefunde schärfte ich meine Ausgangsfragen. Folgende differenzierte Thesen sind Ausgangspunkt<sup>32</sup> meiner Untersuchung und sollen geprüft werden:

These I: Rechtsextremismus ist ein Konfliktthema im öffentlichen Diskurs. In Debatten über Rechtsextremismus werden verschiedene, akteursspezifische Themen und Argumentationsmuster aktualisiert.

These I+: Bei der öffentlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus geht es um die Durchsetzung ideologischer Interessen und das Erstreiten von Hegemonie über die Deutung von Realität.

These II: Bei der Thematisierung des Konfliktthemas Rechtsextremismus werden kontradiktive politische Botschaften und moralische Normsetzungen (re-)produziert. Es zeigt sich die Bestätigung oder Unterwanderung einer Anti-Rechtsextremismus-Norm.

These II+: Die Thematisierung trägt in der Bundespolitik und in den Medien zu einer Bestätigung oder Durchsetzung von Normen der Demokratie und Vielfalt bei.

These II++: Die Thematisierung kann im lokalen Umfeld, in bestimmten Gruppen und im regionalen Kontext zu einer Dissoziation von bundesrepublikanischen Normen<sup>33</sup> und zu einer Stärkung rechtsradikaler Ideologie beitragen.

These II+++: Das Thema „Rechtsextremismus“ verlagert, verdeckt und verdrängt das Thema und Phänomen der „Fremdenfeindlichkeit“.

32 Sie haben sich während der Analyse (weiter-)entwickelt.

33 Bundesrepublikanische oder deutsche Normen meint Normen, die sich auf das Grundgesetz beziehen (Prinzipien wie die Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit, Gewaltenteilung, parlamentarische Demokratie etc.).

These III: Der Radikalen Rechten gelingt es auf die öffentliche Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Einfluss zu nehmen.

These III+: Die Radikale Rechte agiert strategisch in der Debatte. Sie bemüht sich erfolgreich darum, andere Akteure für ihre ideologischen Interessen und ihre Deutung von Realität zu gewinnen.

These III++: Erreicht die Radikale Rechte Deutungshoheit, führt dies zu einer Verschärfung von Ausgrenzungsmechanismen, zu einer Verbreitung von Verschwörungstheorien und einer Eskalation von Gewalt auf der lokalen Ebene.

These IV: Die Debatte über Rechtsextremismus wird durch rechtsradikale Vorfälle ausgelöst, die von verschiedenen Akteuren unterschiedlich erinnert werden, was sich in konflikthafter Narrativen zeigt.

These IV+: Die Narrativen bringen das eigene (ideologische) Selbstverständnis zum Ausdruck.

These IV++: Über die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wird auch über den Umgang mit der NS-Vergangenheit verhandelt.

## 2 Methodische Überlegungen

Um meine Thesen empirisch zu prüfen, müssen eine Reihe wissenschaftlicher Disziplinen (insbesondere Politikwissenschaft, Sprachwissenschaft, Medienwissenschaft und Geschichtswissenschaft) und Forschungsfelder verknüpft werden (Diskursanalyse, Framing-Analyse, Vorurteilsforschung Metaphern-Analyse, und Studien zur kollektiven Erinnerung).

Für einen möglichst großen Erkenntnisgewinn habe ich einen induktiv qualitativen Ansatz gewählt:<sup>34</sup> das induktive Vorgehen ermöglicht, dass auch unerwartete Argumentationsmuster, Frames und Normvorstellungen identifiziert werden können.<sup>35</sup> Das Vorgehen ist nicht durch die Festlegung determinierter Kategorien gekennzeichnet, sondern lässt das Sammeln und Auswerten umfassender, nicht prä-determinierter Informationen zu. Es ermöglicht damit, Diskurs-elemente realitätsgerechter einzuordnen als eine quantitative Analyse. Um meine Ergebnisse und ihre Generalisierbarkeit plausibel und nachvollziehbar zu ma-

34 Es wird daher weitgehend auf eine computergestützte Datenverarbeitung verzichtet, da diese auf eine Auswahl vorher festgelegter (Such-)Begriffe angewiesen ist und damit bereits den Erkenntnisgewinn einschränkt (überraschende Entdeckungen werden weitgehend ausgeschlossen). Um die Recherche zu erleichtern, wurden allerdings bestimmte Quellen (wie Bundestagsdebatten und digitale Zeitungsarchive) über das Suchwort „Mügeln“ erfasst.

35 Forschungsfelder, zu denen es nicht ausreichende Kenntnisse gibt, lassen sich mit quantitativer Forschung nicht bearbeiten. Vgl. ausführlich hierzu: Berg-Schlosser (2003).

chen, werde ich die einzelnen Schritte der Analyse darstellen und wesentliche Resultate in auf den generierten Kategorien basierenden Tabellen<sup>36</sup> systematisch festhalten.<sup>37</sup> Meine Untersuchung lehnt sich an den Ansatz der „grounded theory“ von Glaser/Stauss<sup>38</sup> an. Das Analyseverfahren ist primär induktiv und gegenstandbezogen. So überschneiden sich Erhebung und Auswertung, womit eine möglichst optimale Rekonstruktion der diskursiven Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei den einzelnen Akteuren und das Identifizieren der ihr unterliegenden Argumentationsmuster ermöglicht wird. Somit soll – salopp formuliert – geklärt werden, was bei der Thematisierung von Rechtsextremismus vor sich geht.

Meine Untersuchung greift zudem auf diskursanalytische Ansätze zurück. Foucault betont, dass die Diskursanalyse den Blick auf die Wissenszusammenhänge, die den Einzeltext und die einzelne Kommunikationssituation übergreifen eröffnet. Gleichzeitig wird individuelles und kollektives Handeln im Diskurs eine eigene Wirklichkeits- und Bedeutungskonstitution zugeschrieben. So kann die Diskursanalyse über das Denken und über Normsetzungen einer bestimmten Gesellschaft Auskunft geben,<sup>39</sup> ebenso aber auch über die einzelnen Akteure, die am Diskurs partizipieren. Ziel ist es, dominierende Argumentationsmuster der Diskursbeiträge verschiedener Akteure zu erfassen und darüber relevante Denkweisen und Wirklichkeitskonstruktionen herauszuarbeiten. Ausgehend von den kontextspezifischen Argumenten formuliere ich Argumentationsmuster. Die Argumentationsmuster werden je einer charakteristischen Grundaussage, die das spezifische Argumentationsmuster fokussiert, zugeordnet (Beispiel: „Es ist Rechtsextremismus.“, „Es handelt sich um Fremdenfeindlichkeit.“, „Es ist kein Rechtsextremismus.“). Mit diesem Verfahren lehne ich an die diskurshistorische Topos-Analyse an, wie sie der Linguist Martin Wengeler ausgearbeitet hat.<sup>40</sup>

Um herauszuarbeiten, welche Deutungen, Sinngebungen und Bewertungen die von mir betrachteten Akteure bei der Thematisierung des Falls Mügeln und der Rechtsextremismus-Debatte vornehmen, ist zudem die Framing-Analyse hilfreich. Die Framing-Analyse kommt ursprünglich aus den Medienwissenschaften, wird inzwischen aber auch von anderen Disziplinen wie der Politologie und Linguistik für empirische Analysen verwandt. Frames können vereinfacht als Deutungsmuster definiert werden, welche zur Sinngebung und Bewertung

---

36 Hierbei werde ich in Einzelfällen der Übersichtlichkeit halber bereits Ergebnisse zu einzelnen Gruppen eines Akteurs vorziehen und sie vor ihrer detaillierten Analyse in einer Gesamttabelle abbilden.

37 Vgl. Lamnek (1995), insb.: S. 152ff.; Steinke (2008); Girtler (2001).

38 Vgl. Glaser und Strauss (1979).

39 Vgl. Wengeler (2003), S. 149; Keller (1997), S. 319; vgl. Foucault (1991).

40 Vgl. Wengeler (2003).

von unterschiedlichen Themen herangezogen werden.<sup>41</sup> Durch meine Analyse arbeite ich heraus, wie das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit durch die verschiedenen Akteure „geframt“ (gerahmt) wird.<sup>42</sup> Die Bezeichnungen der von mir gefundenen Frames lehnen an von Urs Dahinden herausgearbeitete generelle Frames (Wirtschaft, Moral, Fortschritt, Konflikt) an.<sup>43</sup> Durch diese Bezugnahme möchte ich auch die Vergleichbarkeit meiner Ergebnisse zu anderen (ähnlichen) Arbeiten vereinfachen, eine erleichterte Einordnung meiner Ergebnisse für die Theorie(bildung) ermöglichen ebenso wie einen weiteren praktischen Forschungsnutzen. In meiner Analyse profitiere ich von der linguistischen Topos-Analyse und der Framing-Analyse: So nutze ich die detaillierte Herangehensweise der Linguisten bei der Identifizierung von „Argumentationsmustern“, benenne deren Kernaussage und abstrahiere – wenn möglich – Frames, welche generelle Bezugspunkte der Argumentation veranschaulichen. Allerdings konkretisiere ich die Bezeichnung der Frames, wenn für die Aussagekraft meiner Analyse notwendig: So spreche ich nicht alleine von einem „Moral“-Frame (wie nach Dahinden in der Frame-Analyse üblich), sondern spezifiziere die Art der Moral: In „völkische“, „humanitäre“ oder auf bundesdeutsches Recht bezogene, also „rechtliche“ Moral.

Die Vorurteilsforschung wurde mir vor allem durch Wolfgang Benz näher gebracht.<sup>44</sup> Sie ist insbesondere dann hilfreich, wenn es darum geht, ideologische Bezugspunkte der Debatte und ideologische Gemeinsamkeiten verschiedener Akteure herauszuarbeiten, sowie wenn diese in ihre historischen Kontexte eingeordnet werden sollen. In meiner Arbeit dient die Vorurteilsforschung auch der Aufdeckung antisemitischer Anspielungen über rhetorische Formen und deren Implikationen. Auch die kognitive Metaphertheorie hilft ideologische Gemeinsamkeiten und Konzepte aufzudecken. Lakoff und Johnson haben Methoden entwickelt, um u.a. politische Sprache und ihnen unterliegende Konzepte sichtbar zu machen.<sup>45</sup> Linguistische Untersuchungen liegen auch zur Sprache des Nationalsozialismus vor.<sup>46</sup> Analysen zur Sprache der Radikalen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland stehen jedoch noch weitgehend aus.<sup>47</sup> Für meine

---

41 Vgl. Dahinden (2006), S. 14.

42 Ich profitiere insbesondere von den theoretischen Arbeiten und der Einordnung empirischer Arbeiten durch Urs Dahinden, Bertram Scheufele und Robert Entman. Vgl. Dahinden (2006); Scheufele (2003); Entman (2004).

43 Vgl. Dahinden (2006).

44 Vgl. Benz und Königseder (2002); Benz (2008b).

45 Vgl. Lakoff und Johnson (1980); Lakoff (1987).

46 Einschlägige Werke sind: Klemperer (1947); Sternberger et al (1957); Schmitz-Berning (1998).

47 Schuppener erkennt in den Erscheinungsformen der Kommunikation der „Rechtsextremen“ gewisse „Gemeinsamkeiten, die eine Zugehörigkeit zur allgemeinen Kategorie der Sondersprache erkennen lassen“. Er erhofft für die Zukunft eine umfassende Beschreibung des Phäno-

Themenstellung ist eine Betrachtung sprachlicher Besonderheiten und Kategorisierungen in zweierlei Hinsicht aufschlussreich: Sie kann erstens helfen, Rückschlüsse auf rechtsradikale Gesellschaftskonzepte und Weltbilder zu ziehen,<sup>48</sup> sowie zweitens die Positionierung der Radikalen Rechten in der Auseinandersetzung über das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verdeutlichen. Vor diesem Hintergrund werde ich sprachliche Besonderheiten und Kategorisierungen gründlicher beleuchten. Dabei konzentriere ich mich auf Begriffe und Metaphern der Radikalen Rechten.

Studien zur Konstruktion von Narrativen, Erinnerung, *collective* und *conflicting memory* haben ebenso meine Analyse angeregt und bereichern sie. Die Tatsache, dass niemand alleine erinnert (außer private Dinge), sondern, dass Erinnerungen von anderen genutzt werden und dass Phänomene, Gesten, Sätze, Bilder, Architektur und Landschaften von der Vergangenheit geprägt sind, die zum jetzigen Eindruck beiträgt, ist Grundlage von Maurice Halbwachs' innovativem Modell der kollektiven Erinnerung.<sup>49</sup> Das Modell von Halbwachs wurde von Aleida und Jan Assmann in ihren Studien zu Kultur und Gedächtnis<sup>50</sup> weiterentwickelt. Hierin wird die Bedeutung von historischen Bezugspunkten für die Erinnerung, sowie für die Herausbildung öffentlichen Bewusstseins und der Konstitution von Identität thematisiert. Auch Historiker verbanden Geschichte und soziale Erinnerung und verwiesen auf den konstruierten und gleichzeitig stabilisierenden Charakter nationaler Erinnerungen für Gesellschaften und auf die Bedeutung der Geschichtsschreibung in diesem Zusammenhang.<sup>51</sup> Für die Politikwissenschaft ist das Thema recht neu: Erst seit wenigen Jahren werden politische Akteure und ihr Einfluss auf öffentliche Debatten über Geschichte und Erinnerung(skultur) analysiert.<sup>52</sup> Die politikwissenschaftliche Perspektive gab den Blick auf Akteure, Strategien, Interessen und Macht bei der Analyse von Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik frei.<sup>53</sup> Um die Etablierung von Erinnerung im öffentlichen Bewusstsein in Bezug auf meine Themenstellung sichtbar machen zu können, werden Narrativen im Kontext der Debatte über den Fall Mügeln und über die Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremden-

---

mens der „rechtsextremen Sondersprache“ in der angewandten Sprachwissenschaft. Gemeinsam mit Studenten und Unterstützung des sächsischen Verfassungsschutzes legte Schuppener sprachliche Einzelanalysen vor, die bereits einige Gemeinsamkeiten aufdecken konnten. Vgl. Schuppener (2008).

48 Bereits Wilhelm von Humboldt machte auf den Zusammenhang von Sprache und Denken aufmerksam. Vgl. von Humboldt (1880).

49 Vgl. Halbwachs (1967).

50 Vgl. Assmann (1999); Assmann (1992); Assmann und Assmann (1994).

51 Vgl. Burke (1989).

52 Vgl. Fröhlich und Heinrich (2004); König, H. (2008); Lebow et al (2006).

53 Vgl. Heinrich und Kohlstruck (2008); Kohlstruck (2004).

feindlichkeit identifiziert. Narrative sind Teile öffentlichen Bewusstseins und werden von verschiedenen Akteuren auf der Basis von unterschiedlichen Wahrnehmungen und Interessen, die in Konflikt miteinander stehen, gebildet. Daher wird auch von *conflicting memory* gesprochen.<sup>54</sup> Vor diesem Hintergrund gilt es durch die Analyse zu zeigen, welche Erinnerungslinien anhand welcher Bezugspunkte durch die betrachteten Akteure (re-) produziert werden.

### 3 Auswahl des Fallbeispiels und Begründung seiner Repräsentativität

Um das Thema möglichst differenziert analysieren und wirklichkeitsnah darstellen zu können, ist es notwendig, Äußerungen und Texte verschiedener Akteursgruppen zu untersuchen. Für ein solches Unterfangen ist es unabdingbar, das Untersuchungsmaterial einzugrenzen und so auszuwählen, dass es den Anspruch auf Repräsentativität erheben kann. Es müssen genügend Äußerungen und Texte verschiedener Akteursgruppen vorhanden sein, um für die Thematisierung wesentliche Argumentationsmuster, Frames sowie ihnen unterliegende Normvorstellungen abzubilden. Gleichzeitig darf die Quantität der Äußerungen und Texte nicht uferlos sein. Es muss also möglich sein, die Anzahl der Beiträge zu überblicken, zu systematisieren und auszuwerten. Um das Material erfassen zu können, ist eine zeitliche Einschränkung unbedingt geboten. Optimal für die Untersuchung ist also, eine intensive Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in einem möglichst überschaubaren Zeitraum. Hiermit ist es bereits nahe liegend, die Debatte über einen spezifischen Fall, der (auch) als „rechtsextrem“ und „fremdenfeindlich“ thematisiert wird, als Ausgangspunkt für die Untersuchung zu nutzen. Da die Arbeit zum Ziel hat Differenzen, Gemeinsamkeiten sowie Einflüsse verschiedener Akteursgruppen herauszuarbeiten, ist es notwendig, eine Debatte auszuwählen, welche die verschiedenen Akteure für so relevant halten, dass sie möglichst intensiv partizipieren. Es eignet sich damit ein Fall, der anfangs nicht durch eine allseits anerkannte Autorität klar eingeordnet wird, sondern Spielraum für unterschiedliche Interpretationen bietet. So können die akteursspezifischen Eigenheiten bei der Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unbefangener artikuliert werden.

Der Anspruch dieser Arbeit ist es nicht, diachrone Entwicklungen des öffentlichen Diskurses zu markieren.<sup>55</sup> Stattdessen gilt das Interesse den Charakte-

---

54 So trug beispielsweise eine internationale Konferenz über Erinnerungskultur im April 2006 den Namen „Overlapping Histories – Conflicting Memories.“

55 Eine solche Arbeit wäre zwar spannend, würde aber – aufgrund fehlender empirischer Untersuchungen – zeitlich nur unter Inkaufnahme von Ungenauigkeit und Erkenntnisverlust im Rahmen einer einzelnen Dissertation durchführbar sein.



ristika der Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei unterschiedlichen Akteuren und Akteursgruppen – und damit auch den Differenzen und Gemeinsamkeiten zwischen ihren Interpretationen, Problemanalysen und Strategievorschlägen. Herausgearbeitet werden sollen die generellen Kategorisierungen des Themas und Normvorstellungen der Akteure, die zu der (konflikthaften) Thematisierung führen. Anliegen der Arbeit ist also eine synchrone Bestandsaufnahme – die aber über lediglich punktuelle Aussagen insofern hinausreicht, als sie Strukturen der Thematisierung und Normvorstellungen sichtbar machen will, die auch längerfristig wirken und Teile von Narrativen und *conflicting memories* sind. Damit wird der Blick – ausgehend von Äußerungen zu einem konkreten Zeitpunkt – auch für diachrone Entwicklungen und speziell für historische Bezugspunkte bei der Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geöffnet. Zur Überprüfung meiner Thesen ist es notwendig, neben der prinzipiellen Diversität verschiedener Akteursgruppen und deren Bedeutung für die Thematisierung und den Umgang mit dem Phänomen auch möglichen Unterschieden bei der Thematisierung durch die räumliche Verortung des Akteurs nachzugehen. Um zu prüfen, ob die Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf verschiedenen räumlichen Ebenen unterschiedlich verläuft und sie eine Bedeutung für die Loyalität oder Dissoziation von bundesrepublikanischen Normen hat, ist es notwendig, einen Bezugspunkt auszuwählen, der lokal, regional und bundesweit Thema ist. Die ausgewählten Akteure der verschiedenen räumlichen Ebenen müssen also gleichermaßen ein Interesse an der Thematisierung und Auseinandersetzung mit dem Phänomen haben.

In der Arbeit werden also zentral die Äußerungen der verschiedenen Teilnehmer in der öffentlichen Debatte analysiert. In einem zweiten Schritt soll zudem gefragt werden, welche Auswirkungen die Thematisierung und der Umgang mit der Radikalen Rechten auf deren Konstitution hat. Um eine entsprechende Einschätzung vorzunehmen, muss die Untersuchung sich auf ein konkretes Ereignis an einem konkreten Ort beziehen. Der „Fall Mügeln“ ist vor diesem Hintergrund als Fallbeispiel für meine Arbeit geeignet: In der sächsischen Kleinstadt Mügeln fanden im August 2007 pogromähnliche Ausschreitungen gegen Migranten statt. Es gab einen öffentlichen Konflikt über die Tatmotive des Vorfalls. Die verantwortlichen Behörden stritten einen rechtsextremen Hintergrund ab und stellten Fremdenfeindlichkeit als wesentliches Motiv infrage. Es folgte eine breite öffentliche Debatte, in deren Verlauf wochenlang Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, deren Angemessenheit und Bedeutung von Vertretern unterschiedlicher Akteuren kontrovers diskutiert wurde.

Unabhängig von der tatsächlichen Ausgangslage des Falls zeigt sich seine Bedeutung darin, dass eine Debatte über Rechtsextremismus geführt wird. Die

Argumentationsmuster in der Debatte lösen sich von dem spezifischen Ereignis und können Repräsentativität für die Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit insgesamt beanspruchen: Die verschiedenen Akteursgruppen greifen auf Argumentationsmuster, Frames und Strategievorschläge zurück, die sie bereits vorher in Äußerungen oder Dokumenten benutzt haben – dies legen meine theoretischen Ansätze nahe (insbesondere zur kollektiven Erinnerung, Narrativbildung und Topoi-Analyse) und das zeigt zudem die Analyse einschlägiger Dokumente, die ich ausschnittsweise in den Einleitungstexten zu der jeweiligen Akteursgruppen darstelle.<sup>56</sup> Es wurde also begründet angenommen, dass der Fall repräsentativ ist, und diese Annahme wird durch die Ergebnisse meiner Arbeit bestätigt. Über den Fall entspinnt sich also eine Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die verschiedenen Akteure artikulieren ihre Argumentationsmuster, Selbstverständnisse und Normsetzungen. Der Fall selbst spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Er ist (lediglich) ein Beispiel innerhalb der Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im öffentlichen Diskurs.<sup>57</sup>

#### 4 Untersuchungsgegenstand und Aufbau der empirischen Analyse

Um die Thesen zu prüfen und die Rechtsextremismus-Debatte, ihre Charakteristika, Konflikte und Folgen möglichst umfassend darzustellen, werde ich die Beiträge verschiedener Akteure zum öffentlichen Diskurs untersuchen und in Beziehung zueinander setzen. Es werden folgende Akteure betrachtet:

1. Polizei und Staatsschutz
2. Lokale Politik
3. Regionale Politik
4. Bundespolitik
5. Radikale Rechte
6. Medien

Damit sind alle in der Debatte relevanten Akteure Gegenstand meiner Untersuchung. Als nicht ergiebig erwies sich ein eigenes Kapitel zum Akteur „Zivilgesellschaft“: Es finden sich kaum eigenständige Äußerungen zivilgesellschaftlich-

---

56 Inwiefern auch Repräsentativität für die Analyseergebnisse zu Polizei und Sicherheitsbehörden sowie der lokalen Politik erhoben werden kann, wird im Schlussteil diskutiert.

57 Für meine Arbeit ist nicht der Übergriff an sich interessant. Vgl. hierzu Coester (2010). Coester bewertet den Fall Mügeln als charakteristisch für das Muster nach dem Rechtsradikale ihre Opfer aussuchen und wie sie dies begründen.

ter Akteure im Untersuchungszeitraum (– außer Vorschläge für Gegenstrategien/-engagement, die ich ihm Medien-Kapitel erwähne, sie enthalten meist keine Argumente und speziellen Themensetzungen). Der Akteur geht von einem rassistischen/fremdenfeindlichen und oft auch rechtsextremen Vorfall aus. Die dennoch (nicht zu unterschätzende) Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure für die gesellschaftliche Wahrnehmung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wird jedoch im Ausblick meines Schlussteils herausgestellt.

Die Anordnung der Akteure in der Arbeit ergibt sich nach der Nähe der Akteure zum Ereignis: Sie beginnt mit denjenigen Akteuren, die den Vorfall zuerst „auf dem Tisch“ haben – der Polizei und dem Staatsschutz, und wird entsprechend weitergeführt mit der lokalen Politik, der regionalen Politik und schließlich der Bundespolitik als höchste und gleichzeitig räumlich entfernteste Ebene.<sup>58</sup> Jedem Akteur widme ich ein Kapitel. Darin wird jeweils die Deutung des Vorfalls und der Debatte durch Vertreter des zu untersuchenden Akteurs betrachtet und charakteristische Interpretationen, Problemanalysen und Argumentationsmuster herausarbeitet. Ebenfalls werden diskutierte Gegenstrategien dargestellt. Durch die Analyse werden den Argumentationsmustern unterliegende Normsetzungen identifiziert und es wird zudem geprüft, ob es zu einer Unterthematization des Themas Rassismus/Fremdenfeindlichkeit kommt. Neben charakteristischen Merkmalen der Thematisierung sollen auch mögliche Differenzen zwischen verschiedenen Vertretern oder Gruppen innerhalb des untersuchten Akteurs (z.B. verschiedener Parteien bei der Bundespolitik oder verschiedene Zeitungen beim Medien-Kapitel) offengelegt werden. Schließlich soll die Frage geklärt werden, ob die Thematisierung eine Bekräftigung oder einen Widerspruch zu bundesrepublikanischen Normvorstellungen darstellt und ob sie eine Dissoziation einzelner Akteure von bundesdeutschen Normen auslöst. In einem zweiten Schritt werde ich näher beleuchten, welche anderen Ereignisse (etwa rechtsextreme Übergriffe) als ähnlich kategorisiert werden und durch welche Bezugspunkte (etwa Nationalsozialismus) er veranschaulicht wird. Es wird zu fragen sein, ob dadurch eine akteurspezifische Kategorisierung des Falls sichtbar wird, Selbstverständnisse deutlich werden und (kollektive) Erinnerung entsteht (Überprüfung des Thesenkomplexes IV).

---

58 Bei den Akteuren „Radikale Rechte“ und „Medien“ ließen sich eine entsprechende räumliche Einordnung nicht bzw. nicht komplett vornehmen, sie erscheinen zudem als Akteure, die ein hohes Maß an Eigenständigkeit und Geschlossenheit aufweisen. Der Systemtheoretiker Niklas Luhmann (1996) widmet den „Massenmedien“ von dieser Erkenntnis ausgehend spezielle Aufmerksamkeit. Während sich bei der Radikalen Rechten keinerlei räumliche Differenzen zeigen, liegen jedoch bei verschiedenen Zeitungen unterschiedliche Thematisierungen (auch nach räumlichen Gesichtspunkten) vor. Insgesamt zeigen sich Eigenheiten, die in dem entsprechenden Kapitel herausarbeitet werden.

Meine Untersuchung konzentriert sich auf den Zeitraum vom 19. August 2007, dem Zeitpunkt des Übergriffs, bis zum 1. Februar 2008, als Ende einer auf den Fall Mügeln und seine Entwicklungen (aktuell) Bezug nehmenden Debatte. Es macht (meist) Sinn, diesen Zeitraum in zwei Phasen zu untergliedern: Die Phase 1 der unmittelbaren Reaktionen und die Phase 2, in der die Positionen der Akteure weitgehend etabliert sind, jedoch Einflüsse anderer Akteure und Interessen bei einigen Akteuren festzustellen sind. Phase 2 beginnt etwa<sup>59</sup> mit dem Abdruck des Interviews mit dem Mügeln Bürgermeister in der *Jungen Freiheit* am 31. August 2007.<sup>60</sup> Über die ausführliche Analyse der Beiträge in diesem Zeitraum hinaus werde ich zudem am Ende jeden Kapitels einen Ausblick in eine Phase 3 nach der starken öffentlichen Thematisierung geben (ab 1. Februar 2008 bis zum 31.12.2009). Hier zeigt sich, wie der Fall erinnert wird und ob Narrativen von den einzelnen Akteuren geprägt werden, die es ermöglichen ihn einzuordnen und sich weiter auf ihn zu beziehen. Somit wird hier auch reflektiert, ob die Erinnerung an den Fall die fortlaufende Debatte über Rechtsextremismus (mit-)prägt.

In einzelnen Kapiteln geht die Analyse über den gemeinsamen „Analyse-Fahrplan“ hinaus: Um die Entwicklung einer Hegemonialstellung der Radikalen Rechten nachzuvollziehen, ist es notwendig, die strategische Thematisierung der Radikalen Rechten in den Blick zu nehmen. Es ist insbesondere zu prüfen, ob sich die Argumentation strategisch an die Bedürfnisse der lokalen Öffentlichkeit anpasst. Solche Befunde wären wesentlich für die Klärung der der Thematisierung inhärenten Dynamik. Um die Frage zu vertiefen, welche Elemente der Debatte über Mügeln medienspezifisch sind, werde ich nicht allein die Schwerpunktsetzungen in der Berichterstattung, sondern auch die mediale Darstellungen des Falls genauer beleuchten. So werde ich die Beschreibung von Opfern und Tätern analysieren und untersuchen, welche Akteure in den Medien zu Wort kommen, wie ihre Aussage kontrovers inszeniert werden und welche Funktion sie innerhalb der Berichterstattung haben. Zudem wird gefragt, inwiefern charakteristische Mechanismen der Medien die Auseinandersetzung mit dem Thema prägen (beispielsweise Appetit nach Konflikt und Schaden; Dramatisierung). Um mögliche problematische Aspekte der Berichterstattung herauszuarbeiten und um die Berechtigung der Unterstellung einiger Akteure, die Medien würden die Bürger der Stadt vorverurteilen, zu prüfen, werde ich schließlich das Bild

---

59 Die Analyse zeigt, dass der Beginn der Phase 2 bei den verschiedenen Akteuren zum Teil unterschiedlich ist, was ich in den jeweiligen Kapiteln darlegen werde.

60 Scheufele unterscheidet in seinen Medienanalysen zwischen Orientierungs- und Routinephasen. Diese Einteilung trifft hier nur bedingt zu, da sich bei einigen Akteuren deutliche Veränderungen noch in Phase 2 zeigen, was der Festlegung in eine „Routinephase“ widerspricht. Vgl. Scheufele (2003); ebenso Brosius und Eps (1993).

von Mügeln und seinen Bürgern in der Berichterstattung analysieren. In dem Kapitel „Polizei/Staatsschutz“ muss meine Analyse einen gänzlich eigenen Weg gehen. Hier funktioniert das sonst verwandte Raster nicht. Die Durchsicht der nicht-öffentlichen Akten hat unerwartete Ergebnisse gebracht: Es zeigte sich eine deutliche Diskrepanz zwischen den unmittelbaren Ermittlungsergebnissen und der öffentlichen Kommunikation. Dies macht es notwendig, zwischen dem „Aktwissen“, also den in den Akten zum Fall deutlich werdenden Tatgeschehen, und den Zielen der Ermittlungsbehörden in der öffentlichen Darstellung des Falls zu unterscheiden. So muss vorerst der Tathergang rekonstruiert werden. Ziel der Analyse zum Akteur Polizei/Staatsschutz ist es dann, darzustellen, wie ermittelt wird, was die Ermittlungsziele sind und wie sich diese in der Ermittlungsarbeit manifestieren. Es geht darum, die – vom Tathergang Abstand nehmende – Narrative von Polizei/Staatsschutz nachzuzeichnen und Gründe für die fehlgeleiteten Ermittlungsbemühungen aufzudecken. Aus den hier gewonnenen Analyseergebnissen ergibt sich die Frage nach dem Einfluss der Ermittlungsbehörden auf die Interpretation des Geschehens der anderen Akteure ebenso wie auf die Entwicklung der Radikalen Rechten. Ziel der gesamten Analyse ist es schließlich festzustellen, ob und wie über den Fall Mügeln eine Rechtsextremismus-Debatte geführt wird und welche Auswirkungen die Art der Thematisierung auf die Wahrnehmung und Entwicklung der Radikalen Rechten hat.

Gegenstand der empirischen Untersuchung sind neben den Polizeiakten Äußerungen und Texte, die durch Medien, Politik, Polizei/Staatsschutz und Radikale Rechte in meinem Untersuchungszeitraum veröffentlicht wurden und sich auf den Fall Mügeln beziehen. Bei der Analyse der politischen Akteure sind öffentliche Mitteilungen, Reden und Drucksachen zentraler Gegenstand. Zur Vertiefung und Erweiterung werden bei der Interpretation Pressemitteilungen, (Veranstaltungs-)Publikationen der Parteien und der Regierungen sowie Zeitungsartikel und Presseinterviews herangezogen. Zudem nehme ich eine umfangreiche Medienanalyse vor. Ich berücksichtige Artikel diverser Zeitungen, online-Dienste und -Foren, Nachrichtendienste, sowie Hörfunk- und Fernsehsendungen.<sup>61</sup> Die umfangreichen Stellungnahmen rechtsradikaler Akteure zum Fall sind

---

61 In Bezug auf politische u. geographische Ausrichtung (regional, verschiedene Regionen wie Norddeutschland, Süddeutschland und Gebiete der ehemaligen DDR, überregional). Vollständig erfasst, d.h. es wurden alle Artikel berücksichtigt, in denen das Stichwort „Mügeln“ erwähnt wird und der Vorfall eine Rolle spielt, wurden: *Focus*, *Spiegel*, *Die Zeit*; die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *Frankfurter Rundschau* (FR), *Süddeutsche Zeitung* (SZ), *Tageszeitung* (TAZ), *Die Welt*, *Mitteldeutsche Zeitung* (MZ) und *Sächsische Zeitung* (SäZ). Zudem wurden einzelne Artikel aus weiteren Medien (inklusive Fernsehen, Hörfunk und E-Medien) herangezogen, wenn sie ein relevantes Interview oder einen breiteren Artikel enthielten, der in anderen Medienorganen zitiert wurde. Hinzu kommen Artikel internationaler Medien, wenn

ebenfalls zentral für meine Untersuchung. Auf rechtsradikalen Internetseiten und Blogs<sup>62</sup> wie *Politically Incorrect* (pi)<sup>63</sup> und *Altermedia*<sup>64</sup> wird intensiv über den Fall Mügeln diskutiert, ebenso durch Burschenschaften und Verbindungen<sup>65</sup>. In der öffentlichen Debatte um den Fall Mügeln sind vor allem die NPD und die Zeitschrift *Junge Freiheit* präsent. Wegen ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und weil ihre Äußerungen insgesamt als repräsentativ für die Akteursgruppe gelten können, sind sie Gegenstand meiner Analyse: Primär beziehe ich mich auf eine Großen Anfrage der NPD an die Sächsische Staatsregierung und eine durch sie initiierte Debatte im Sächsischen Landtag sowie eine „Mügeln-Ausgabe“ der *Jungen Freiheit*, die ein Interview mit dem Mügeln Bürgermeister und zahlreiche Artikel, die sich auf den Vorfall beziehen, umfasst. Darüber hinaus werde ich zur Vertiefung meiner Analyse weitere Medienartikel, Pressemitteilungen, Drucksachen und Parteipublikationen berücksichtigen.<sup>66</sup> An dieser Stelle

---

diese Resonanz in der deutschen Presse oder Politik gefunden haben. Rechtsradikale Medien werden gesondert im Kapitel zur Radikalen Rechten betrachtet.

- 62 Auffällig ist die häufige Thematisierung des Falls auf Internetseiten und Blogs von Burschenschaftlern und studentischen Verbindungen.
- 63 Pi ist ein deutschsprachiger, rechtspopulistischer, insbesondere anti-muslimischer, Blog – quasi eine Internet-Zeitung – der breit rezipiert wird. Politically Incorrect (pi) berichtet über den Fall Mügeln, u.a. am 5.12.2007: „Neues aus Mügeln“. <http://www.pi-news.net/2007/12/neues-aus-muegeln-2/> (16.5.2011).
- 64 *Altermedia* ist ein internationales Internetportal u. gilt als das weltweit wichtigste öffentliche Informations- und Kommunikationsmittel der rechtsextremen Szene. Neben der Hauptseite gibt es 2007 zwanzig Unterseiten, vorwiegend aus europäischen Ländern. *Altermedia* berichtete intensiv über den Fall Mügeln. Vgl. etwa am 22.08.2007: „Nach ‚ausländerfeindlicher Hetzjagd‘ in Mügeln: Erster Inder in Haft“. [http://de.altermedia.info/general/fka-nach-auslaenderfeindlicher-hetzjagd-in-muegeln-erster-inder-in-haft-220807\\_10856.html](http://de.altermedia.info/general/fka-nach-auslaenderfeindlicher-hetzjagd-in-muegeln-erster-inder-in-haft-220807_10856.html) (16.5.2011). Die Artikel werden rege kommentiert (171 Kommentare in drei Tagen nach dem Einstellen des Artikels).
- 65 So etwa die Burschenschaft *Normannia-Nibelungen* zu Bielefeld im Artikel „Hinrichtungsjournalismus, Aufstand der anständigen und die Antifa“ von Johannes Rogalla von Bieberstein. <http://www.normannia-nibelungen.de/article-178-hinrichtungsjournalismus-aufstand-der-anstaendigen-und-die-a.html> (16.5.2011).
- 66 Z. B. zahlreiche kleine Anfragen des NPD-Abgeordnete Alexander Delle, die sich in Inhalt u. Form von der Großen Anfrage nicht wesentlich unterscheiden. Vgl. Sächsischer Landtag, 4. Wahlperiode, Kleine Anfrage des Abgeordneten Alexander Delle, MdL, NPD-Fraktion, „Mügeln – Weitere Fragen im Zusammenhang mit der Schlägerei zwischen Deutschen und Indern beim Altstadtfest am 18./19. August 2007 (I-XIII). Drucksache 4/10332 bis 4/100343 und 4/103310. Vom 10.11.2007; „Mügeln – Will die Staatsregierung mittels subtiler Sprachregulation die öffentliche Wahrnehmung manipulieren?“ vom 10.11.2007, Drucksache 4/10344; „Mügeln – Dresdner ‚Mügeln‘-Demonstration am 8. Oktober 2007 von indischer Terrorgruppe beeinflusst?“ vom 10.11.2007, Drucksache 4/10345. Ferner ein Schreiben des NPD-Landesvorsitzenden Petzold und ein Schreiben der rechtsradikal bis rechtskonservativen *Sächsischen Volkspartei* (gegründet 2006) an die Mügeln Bürger. Vgl. Schreiben *Sächsische Volkspartei*, <http://www.svponline.de/index.html> (25. Mai 2010).

möchte ich bereits darauf hinweisen, dass ich beim Zitieren der Äußerungen keine Korrektur der Rechtschreibfehler vornehme.

## 5 Begrifflichkeiten: Radikale Rechte, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit

Den Begriff „Radikale Rechte“ habe ich als Bezeichnung eines Akteurs, dessen Debattenbeiträge es zu analysieren gilt, gewählt. Zudem verwende ich diesen Begriff, um meine Erkenntnisse am Ende der Arbeit einzuordnen. Nach Minkenberg bezeichnet

„Rechtsradikalismus (...) im Allgemeinen eine politische Ideologie oder Strömung, die auf ultranationalistischen Vorstellungen basiert und sich tendenziell – nicht notwendigerweise direkt und explizit – gegen die liberale Demokratie und deren zugrunde liegende Werte von Freiheit und Gleichheit sowie die Kategorien von Individualismus und Universalismus richtet. Der ultranationalistische Kern im rechtsradikalen Denken besteht darin, dass in der Konstruktion nationaler Zugehörigkeit spezifische ethnische, kulturelle, oder religiöse Ausgrenzungskriterien verschärft, zu kollektiven Homogenitätsvorstellungen verdichtet und mit autoritären Politikmodellen verknüpft werden.“<sup>67</sup>

Minkenbergs Definition schließt verschiedene ideologische Ausprägungen<sup>68</sup> wie auch organisatorische Formen<sup>69</sup> ein. Damit eignet sich der Begriff der Radikalen Rechten besonders gut für meine Analyse: Entscheidend für die Zugehörigkeit diverser Gruppen zu dieser Kategorie ist eine Kern-Ideologie. Damit geht Minkenbergs Begriff über viele andere Definitionsbestimmungen, insbesondere auch über einen amtlich verstandenen (oder beeinträchtigten) Rechtsextremismus-Begriff<sup>70</sup> hinaus, in dem ein offenes Bekenntnis zur Systemfeindlichkeit im

---

67 Minkenberg (1998), S. 33.

68 Die extreme Rechte, die sich nach Minkenberg durch ihre Verbundenheit mit faschistischen oder nationalsozialistischen Traditionen auszeichnet, schließt die xenophobe Rechte, die sich durch primär durch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auszeichnet, die populistische Rechte, welche in ihrer Feindbildwahl relativ zeitopportunistisch sind, und die fundamentalistisch-religiöse Rechte, deren Vorurteile vor allem religiös begründet werden, ein. Vgl. Minkenberg (2009), S. 29-58.

69 Politische Parteien, bewegungsförmige Organisationen und subkulturelles Milieu. Vgl. ebenda.  
70 Rechtsextremismus gilt – dem amtlichen Begriff nach – als Orientierung, die außerhalb der politischen Mitte anzusiedeln ist. Entsprechend der Definition des Verfassungsschutzes ist Extremismus außerhalb des Rahmens der *Freiheitlich demokratischen Grundordnung* (FdGO) und außerhalb des demokratischen Spektrums anzusiedeln. Vgl. Stöss (2010), S. 19. Eine fundierte Kritik, welche die schon immer angelegten Schwächen des Extremismus-Konzept beleuchtet und zudem dessen gegenwärtige Überholtheit (durch die sich verändernden gesell-

Zentrum steht. Damit ist der Begriff der Radikalen Rechten zur Bezeichnung meines zu untersuchenden Akteurs geeignet und ebenso für die Einordnung meiner Analyseergebnisse im Schlussteil der Arbeit.

Es ist kein Widerspruch, dass ich „Rechtsextremismus“ als (operativen) Begriff zur Untersuchung der Debattenbeiträge verwende. Anders als die Begriffe „Rechtsradikalismus“, „Hate Crime“ oder „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ erfreut sich der Terminus „Rechtsextremismus“ in öffentlichen Debatten in Deutschland größter Beliebtheit. In politischen und medialen Debatten wird er dominant gebraucht und auch in wissenschaftlichen Arbeiten ist er verbreitet.<sup>71</sup> Dabei wird er vielfach undifferenziert und vieldeutig benutzt (und verstanden). Der belgische Rechtsextremismusforscher Cas Mudde stellte Mitte der 90iger Jahre fest, dass es damals bereits 26 verschiedene Definitionsansätze zur Beschreibung der rechtsextremen Parteienfamilie gab und diese 58 verschiedene Kriterien umfassten.<sup>72</sup> Es ist zu vermuten, dass eine Analyse des öffentlichen Diskurses (auch bei der Verwendung des gleichen Begriffs „Rechtsextremismus“) eine Vielzahl von Verständnissen offen legen wird und auch, dass er oft synonym mit Begriffen wie „Radikale Rechte“, „Menschenfeindlichkeit“ etc. benutzt wird. „Rechtsextremismus“ wird in den von mir untersuchten Äußerungen und Texten mit Abstand am häufigsten (vor dem Begriff „Rechtsradikalismus“) gebraucht.<sup>73</sup> Da es mir in der Arbeit darum geht, die Thematisierung, darzustellen, werde ich für diese Darstellung den Begriff „Rechtsextremismus“ benutzen. Es würde keinen Sinn machen, den Terminus durch einen anderen (neue Kategorisierungen und Assoziationen einbringenden), wie etwa „Hate Crime“ oder „Rechtsradikalismus“, zu ersetzen.<sup>74</sup> Auch die Wahl des Begriffs „Fremdenfeindlichkeit“ für die empirische Analyse innerhalb meiner Arbeit beruht nicht auf meiner Schlussfolgerung, es handele sich hierbei um den am besten geeigneten Terminus für eine möglichst exakte Beschreibung der Wirklichkeit.<sup>75</sup> Die Verwendung des Begriffs für die Analyse ist – wie beim Rechts-

---

schaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Globalisierung und der Liberalismus) verdeutlicht, bietet: Vgl. Neugebauer (2010).

71 Beispiele: Stöss (2010).

72 Vgl. Mudde (1996), S. 229.

73 Auch in der Forschung ist der Begriff Rechtsextremismus im deutschen Sprachraum verbreitet. Vgl. einschlägige Werke, u.a. Backes und Jesse (seit 1989); Jaschke (2001); Stöss (2010).

74 So ist es kein Widerspruch, dass ich „Radikale Rechte“ als passende Bezeichnung für einen zu analysierenden Akteur gebrauche, während ich den Begriff „Rechtsextremismus“ als am häufigsten in der Debatte gebrauchte Begriff erkenne und entsprechend im Analyseteil meiner Arbeit verwende.

75 Der Blick auf die Semantik des Begriffs legt Skepsis nahe: Der Wortteil die „Fremden“ bzw. „fremd“ kann entsprechend dem deutschen Sprachgebrauch auf drei Statusmerkmale einer Person, Gruppe oder eines Ereignisses hinweisen: auf Unvertrautheit, auf Nichtzugehörigkeit sowie auf räumliche Ferne. Wenn eine „Fremdenfeindlichkeit“ diskutiert wird, unterliegt dieser



extremismus-Begriff – seiner Verbreitung im öffentlichen Diskurs geschuldet. Andreas Zick hat Ende der 90iger Jahre die Dominanz der Begriffe „Fremdenfeindlichkeit“ und „Ausländerfeindlichkeit“ gegenüber Begriffen wie „Rassismus“ und „Xenophobie“ in wissenschaftlichen Arbeiten sowie in nicht-wissenschaftlichen Bereichen nachgewiesen.<sup>76</sup> Heute ist der Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ – ein nicht nur problematischer, sondern auch inhaltlich schiefer Terminus<sup>77</sup> – im öffentlichen Diskurs deutlich in den Hintergrund gerückt. „Fremdenfeindlichkeit“ bleibt dominant – das zeigt mein Untersuchungsmaterial. Allerdings verwenden Journalisten und zivilgesellschaftliche Akteure auch häufig den Begriff „Rassismus“. Für die Analyse der Äußerungen und Texte macht es wenig Sinn, einen Spezialterminus einzuführen, der im öffentlichen Diskurs nicht oder nur selten aktualisiert wird. Dies würde die Umsetzung meines Forschungsanliegens (Analyse der Art der Thematisierung, Bezugspunkte, Argumentationsmuster etc.) von vornherein beeinträchtigen. Die Schwammigkeit der Begriffe und die diversen Bedeutungszuschreibungen interessieren also hier (erst einmal) nicht. Auf der Grundlage meiner Analyseergebnisse werde ich allerdings, wenn relevant, in den jeweiligen Kapiteln und vor allem im Schlussteil die Termini, ihre aktorspezifische Bedeutungszuschreibung und mit ihnen verbundene Konzepte problemorientiert diskutieren.

---

Einordnung bereits die Annahme, es handle sich um ein Verhältnis zwischen Eigenen/einer Eigen-Gruppe und Fremden/einer Fremd-Gruppe. Wenn – wie in unserem Fall – „die Inder“ bzw. „die Migranten“ als „Fremde“ wahrgenommen werden, so besteht doch auch eine Wahrnehmung der „Täter“ als „Eigene“ zur Eigengruppe gehörige. Der Begriff „Fremdenfeindlichkeit“ impliziert damit bereits, dass „Eigenes“ und „Fremdes“ nach nationalen/ethnischen Gesichtspunkten etabliert wird. Müsste man nicht die Kategorie selbst auf den Kopf stellen, um sich komplett von entsprechenden Denkmustern zu verabschieden?

76 Vgl. Zick (1997), S. 16ff.

77 Im öffentlichen Gebrauch wird das Wort gleichzeitig auch als rechtliche Bestimmung (wer nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt) und als soziale Bestimmung (wer als nicht-dazugehörig stigmatisiert/betrachtet wird) verwendet – was zu Verwirrungen führen muss.

# I. Der Fall Mügeln

In der sächsischen Kleinstadt Mügeln fanden im August 2007 pogromähnliche Ausschreitungen statt. Es gab einen öffentlichen Konflikt über die Tatmotive des Vorfalls. Die verantwortlichen Behörden stritten einen rechtsextremen Hintergrund ab und stellten Fremdenfeindlichkeit als Motiv infrage. Es folgte eine breite öffentliche Debatte, in deren Verlauf wochenlang Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, deren Angemessenheit und Bedeutung von Vertretern unterschiedlicher Akteure kontrovers diskutiert wurde.

## 1 Einführung: Soziostrukturelle Daten zu Mügeln

Die Gemeinde Mügeln gehört im Jahr 2007 zum Landkreis Torgau-Oschatz und liegt im Bundesland Sachsen. Wie in Sachsen insgesamt ist auch im Landkreis und in der Gemeinde Mügeln ein deutlicher Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Er ist sogar überdurchschnittlich hoch: So liegt der Bevölkerungsrückgang im Landkreis bei 11,8% und in Sachsen insgesamt bei 8%. Der Ausländeranteil ist mit rund 1%<sup>78</sup> sehr gering (Deutschland im Jahr 2007: 8,9 % Ausländeranteil, 18,7% Migrationshintergrund)<sup>79</sup>. Aufgrund des demographischen Wandels wurde der Landkreis 2008 zu einer größeren Landkreiseinheit Nordsachsen zusammengefasst. Zukunftsprognosen gehen von einem kontinuierlich hohen Bevölkerungsrückgang aus.<sup>80</sup> Im Gemeindegebiet Mügeln leben 1990 etwa 5.600 Personen. Bis zum 31.12.2008 sinkt die Einwohnerzahl um fast 20% auf 4.540 Personen. Drei Viertel leben in der Kernstadt, ein Viertel wohnt in separaten Ortsteilen. Das mittlere Alter der Bevölkerung ist am 31.12.2008 mit 47,1 Jahren verhältnismäßig hoch.<sup>81</sup>

---

78 Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Kreisstatistik 2003.

79 Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2009, S. 17. Zum Vergleich: In Stuttgart hatten bereits 2005 rund 40% der Einwohner einen Migrationshintergrund, in München etwa 35%.

80 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern, o.J.

81 Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Gemeindestatistik und Tabelle 2008.



Abbildung 1: Mügeln + Landkreise/Sachsen

Als ein wichtiger Faktor für eine positive Bevölkerungsentwicklung ländlicher Gemeinden gilt ihre Nähe zu Ballungszentren. Mügeln befindet sich zwischen den Großstädten Dresden und Leipzig. Die Entfernungen zu diesen Zentren sind allerdings groß, weshalb Ausstrahlungseffekte der Großstädte für Mügeln kaum wirksam sind.<sup>82</sup> Burdack beschreibt die sozioökonomische Entwicklung mitteldeutscher Kleinstädte nach 1990 als „umfassende ‚De-Industrialisierung‘, ‚De-Administrierung‘, ‚De-Militarisierung‘ und ‚De-LPGsierung‘“.<sup>83</sup> In seiner Untersuchung, in der mit Hilfe einer Faktorenanalyse soziodemographische und wirtschaftliche Entwicklungen von 147 sächsischen Kleinstadtgemeinden vergleicht, stellt er einen Index vor, der „Kleinstädte mit günstigen Entwicklungen und Entwicklungschancen von solchen mit ungünstigen Entwicklungslinien“ unterscheidet. Mügeln habe ungünstige Entwicklungslinien.<sup>84</sup> Von Bedeutung für die Mügelnener Wirtschaft sind insbesondere das produzierende Gewerbe sowie der Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Die Arbeitslosenquote ist mit 27 Prozent sehr hoch. Mügeln verzeichnet einen deutlichen Auspendlerüberschuss (etwa 3x höher als Einpendler), was den Mangel an örtlichen Arbeitsplätzen unterstreicht.<sup>85</sup> Charakteristisch für die Abwanderungsbewegungen in sächsischen Gemeinden ist, so Rößler und Kunz, dass häufig Jugendliche und junge Erwachsene die Region verlassen. Dieser Trend bestätigte sich auch in Mügeln.

82 Vgl. Kirschke und Richter (2008), S. 40.

83 Burdack (2007).

84 Ebenda, S. 41.

85 Vgl. Rößler und Kunz (2010), S. 22.

Wanderungs- und Umzugsverluste vor allem der Ortsteile (weniger der Stadt) reduzieren insbesondere den weiblichen Anteil an der Bevölkerung.<sup>86</sup>

Damit wird die Gemeinde immer männlicher und älter. Typisch für die Migrationsbewegungen ist zudem, dass die Abwandernden oft höhere Distanzen als die Zuwandernden zurücklegen, d.h. die Zuzügler kommen meist aus dem näheren Umland, und damit aus noch ländlicheren Gebieten. Der Anteil der Älteren ist beim Zuzug in die Stadt wiederum relativ hoch (aufgrund der medizinischen Versorgung und der Existenz von Altersheimen) – damit erhöht sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung in der Kernstadt der Region zweifach.<sup>87</sup>

Im Landkreis Torgau-Oschatz wird bei den Kreistagswahlen am 13. Juni 2004 die CDU (43%) stärkste Partei. Bei den Gemeinderatswahlen in Mügeln ist die FDP die stärkste Partei, was insbesondere auf die Popularität des FDP-Bürgermeisters Gotthard Deuse<sup>88</sup> zurückzuführen ist, der seit 1990 Bürgermeister ist, 13 Jahre davon in der Gemeinde Mügeln. Deuse wird 2004 im Amt des Bürgermeisters von Mügeln bestätigt. Bei der Kreistagswahl in Mügeln wird die FDP mit 32,1% stärkste Partei, dicht gefolgt von der CDU (31,6%). Die NPD tritt 2004 weder in Torgau-Oschatz noch in Mügeln an. Bei den Kreistagswahlen in Sachsen holt die NPD jedoch insgesamt 13 Sitze.<sup>89</sup> Auch ist die NPD seit 2004 mit zwölf Abgeordneten im sächsischen Landtag vertreten. In Torgau-Oschatz und in Mügeln kann statt der NPD die nationalliberale, rechtspopulistische DSU<sup>90</sup> kleine Erfolge verbuchen.

---

86 Vgl. ebenda, S. 36, 46. Untersucht wurden vier Gemeinden, darunter Mügeln. Die Daten beziehen sich auf 1999-2008.

87 Vgl. Ebenda, S. 51, 54f., 57.

88 Deuse trat 1972 der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) bei, einer DDR-Blockpartei, die 1992 mit der FDP fusionierte. Für sein tatkräftiges politisches Engagement wurde er von vielen Bürgern geschätzt.

89 Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Kreiswahlen am 13. Juni 2004.

90 Die *Deutsche Soziale Union* (DSU) ist eine nationalliberale, rechte populistische Kleinpartei, die 1990 in der DDR – als CSU Ableger – gegründet wurde. Der sächsische Landesverband war der mitgliederstärkste. Im Februar 2011 erklärte der Vorsitzende Rink bezeichnenderweise die Beteiligung der DSU an der neuen Sammlungsbewegung „Bürgerbewegung pro Sachsen“ unter dem Vorsitz des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und durch rechtspopulistische Äußerungen aufgefallenen Henry Nitzsche.

Tabelle 1: Wahlen/Parteienstruktur in Torgau-Oschatz und Mügeln

| Parteien          | Kreistag Torgau-Oschatz<br>(am 13.06.2004) <sup>91</sup> | Gemeinderat Mügeln<br>(am 13.06.2004) <sup>92</sup> | Kreistag Mügeln <sup>93</sup> |
|-------------------|--|---|-------------------------------|
| CDU               | 43% / 23 Sitze   | 26,0% / 4 Sitze                                     | 31,6%                         |
| PDS/Linke         | 16,9% / 9 Sitze  | 16,5% / 2 Sitze                                     | 13,1%                         |
| SPD               | 10,3% / 5 Sitze  | 17,5% / 3 Sitze                                     | 12,3%                         |
| NPD               | -  | -   | -                             |
| FDP               | 8,2 % / 4 Sitze  | 34,3% / 6 Sitze                                     | 32,1%                         |
| Grüne             | 4,3% / 2 Sitze   | -   | 4,1%                          |
| FWG <sup>94</sup> | 10,6% / 5 Sitze  | -   | 2%                            |
| DSU               | 5,1% / 2 Sitze   | 5,7% / 1 Sitz                                       | 4,9%                          |

## 2 Der Tathergang<sup>95</sup>

### *Erste interne Berichterstattung von Polizeibeamten und Bilder*

Der Sachverhalt wird von den diensthabenden Beamten direkt nach Auflösung des Übergriffs folgendermaßen festgehalten:

„Vor dem Festzelt (gab es) eine Auseinandersetzung (zwischen) (...) deutschen Teilnehmern und einer Gruppe von ca. 7 indischen Besuchern, diese vorab das Tanzen im Festzelt beendeten und sich nach draußen begaben, gefolgt von 4-5 deutschen Staatsangehörigen“.<sup>96</sup>

91 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Kreiswahl 2004.

92 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Gemeinderatswahl 2004.

93 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Kreistagswahl 2004.

94 Der Landesverband Sachsen der Freien Wähler e.V. wurde im November 1992 gegründet. In Sachsen ist es nach dem Landtagswahlgesetz nicht erlaubt als Wählervereinigung zur Landtagswahl anzutreten, weshalb die FWG nur auf Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene zur Wahl standen.

95 Die Ereignisse in Mügeln im August 2007 rekonstruiere ich anhand der Berichte der diensthabenden Polizisten, der Geschädigten und der unmittelbaren Zeugen. Das Studium der Ermittlungsakten, welche entsprechende Berichte und Aussagen beinhalten, ist mir dankenswerterweise durch die Staatsanwaltschaft Leipzig und die Technische Universität Berlin ermöglicht worden.

96 Vgl. Anzeige einer Straftat Delikt StGB§224 gefährliche Körperverletzung in Tateinheit mit StGB § 125 Landfriedensbruch. PD Westsachsen / Dez. 5/REA, Torgau vom 19.08.2007, unterzeichnet durch Meyer (KHK'in), S. 1 bis 5, Bl. 001-003, 002c.

Um die Gruppe, zu der vor allem indische Staatsbürger<sup>97</sup>, aber auch zwei Deutsche gehörten, bildete sich ein Kreis aus Jugendlichen. Drei der Jugendlichen schlugen auf einzelne Personen mit Fäusten ein. Einer der Geschädigten fiel zu Boden und wurde getreten. Einige der Angegriffenen flüchteten, andere schlugen Flaschen ab und rannten mit diesen auf die Jugendlichen, die „auf einen am Boden liegenden Inder eintraten (zu) und verletzten diese damit“.<sup>98</sup> Die „deutschen Jugendlichen“ hielten ebenso abgebrochene Flaschenhälse in der Hand und verletzten damit die „indischen Staatsbürger“.<sup>99</sup> Später wurden aus einer Menschenmenge von ca. 50 Personen Flaschen auf unbeteiligte Dritte geworfen, die zum Teil verletzt wurden.<sup>100</sup>

Ein Teil der Personen indischer Herkunft flüchtete in eine nahegelegene Pizzeria, die einem der Angegriffenen gehörte. Es versammelten sich ca. 200 Personen, darunter auch Schaulustige, vor dem Gebäude. Es wurden ausländerfeindliche Parolen gerufen und die Eingangstür, die Hintertür der Pizzeria und das Fahrzeug des Pizzeriainhabers wurden beschädigt.<sup>101</sup> Unmittelbar nachdem es der Polizei gelang, den gewalttätigen Übergriff auf die Pizzeria, in die sich die meisten<sup>102</sup> der Inder flüchten konnten, zu beenden und die aggressive Menge vor der Pizzeria aufzulösen, erstatteten die diensthabenden Beamten „Anzeige einer Straftat Delikt StGB §224 gefährliche Körperverletzung in Tateinheit mit StGB § 125 Landfriedensbruch“, sowie Anzeige wegen „Volksverhetzung“.<sup>103</sup> Zwei Personen wurden am Tatort festgenommen.<sup>104</sup> Eine von ihnen bekannte sich „spontan zur Beteiligung an den Ausschreitungen gegen die Ausländer“.<sup>105</sup> Als Tatzeit gaben die Beamten den Zeitraum von 0:30 Uhr bis 2:00 Uhr an, sie stellen sechs Geschädigte<sup>106</sup> fest (alle in Indien geboren und wohnhaft in Mügeln

---

97 Dass es sich nicht alleine um Personen mit indischem Pass bzw. Herkunft handelte, wird nicht durch den Polizeibericht deutlich, sondern durch Aussagen von Zeugen und Geschädigten. Vgl. etwa Zeugenaussage Y. Darauf gehe ich detailliert im Teil „Polizei/Staatsschutz“ ein.

98 Ebenda.

99 Ebenda.

100 Vgl. ebenda.

101 Vgl. ebenda.

102 Eine Person schaffte das nicht, sie wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Eine weitere konnte sich vorerst verstecken und kam erst als Polizei in der Pizzeria war, in das Gebäude.

103 Vgl. Anzeige einer Straftat Delikt StGB§224 gefährliche Körperverletzung in Tateinheit mit StGB § 125 Landfriedensbruch, PD Westsachsen / Dez. 5/REA, Torgau vom 19.08.2007, unterzeichnet durch Meyer (KHK'in), S. 1-5, S. 1, 5, Bl. 001-003, 002c.

104 Vgl. Festnahme-Anzeige R. vom 19.08.2007 um 3:45 Uhr Mügeln, Dr. Friedrich-Str., Bl. 001026, 001026a; Festnahme-Anzeige J. vom 19.08.2007 um 3:15 Uhr Mügeln, Dr.-Friedrich-Str., Bl. 001040, 001040a.

105 Aktenvermerk vom 24.08.2007, PD Westsachsen /PR Oschatz/Streifendienst (PHK E.), S. 1-3, S. 3, Bl. 000124-000126, 000126.

106 Einmal stationäre Aufnahme, fünf mal ambulante Behandlung.

bzw. nahe Mügeln) und sechs ebenfalls aus der Gegend kommende Tatverdächtige<sup>107</sup> mit deutschem Pass. Darüber hinaus wurde eine weitere Person<sup>108</sup> vor Ort festgenommen, womit sieben Tatverdächtige bereits in der Tatnacht festgestellt werden.<sup>109</sup> Aufgenommen wurde durch die Polizisten zudem ein Sachschaden am Gebäude der Pizzeria und am Fahrzeug des Pizzeriainhabers.<sup>110</sup>

In diesem ersten Sachstandbericht und durch die Aufnahme der Anzeige werden klar Geschädigte und Tatverdächtige der gewalttätigen Ausschreitungen benannt. In dem Bericht und einem weiteren Aktenvermerk vom 19. August 2007 ist notiert, dass Parolen wie „Ausländer raus – Deutschland den Deutschen“ skandiert wurden. Ebenso ist verzeichnet, dass eine von drei aus dem Hinterhof der Pizzeria vor der Polizei flüchtenden Personen eine „Glatze“ hatte. Aus den Dokumenten geht zudem hervor, dass die öffentliche Ordnung vorübergehend nicht aufrechterhalten werden konnte und auch Polizisten von den jugendlichen Gewalttätern tötlich angegriffen wurden.<sup>111</sup>

Neben dem ausführlichen Bericht vom 19.08.2007 gibt es zudem einen Aktenvermerk vom gleichen Tag, indem steht, dass eine Person (L.)

„angeblich durch ‚Ausländer‘ verletzt wurde. Es wurde auch bekannt, das diese ‚Ausländer‘ mit Messern und abgeschlagenen Bierflaschen den o.g. verletzt hätten und dass es angeblich weitere Verletzte gäbe. Auf jeden Fall konnte an diesem Ort nur der o.g. (L.) als Verletzter festgestellt werden. Die Situation spitzte sich weiter zu, indem der ‚Hass‘ auf ‚Ausländer‘ öffentlich aus der Menge geäußert wurde. Aus diesem Grund wurde der Dienstgruppenführer verständigt und um Zusatzkräfte gebeten (...) (die) Situation spitzte sich so zu, dass den Beamten unterstellt wurde, diese ‚Ausländer‘ zu beschützen und die Beamten sollten doch als ‚Deutsche‘ diesen Personen keinen Schutz gewähren. Dieses wurde mehrfach und durch unterschiedliche Personen zugerufen. Plötzlich wurde durch eine Anzahl von gewaltbereiten Personen Folgendes gerufen: ‚Deutschland den Deutschen, Ausländer raus‘.“<sup>112</sup>

107 Es werden zum Tatzeitpunkt sechs Jugendliche als Beschuldigte notiert: Q., L., R., G2, M. und G3. Sie alle sind in der Gegend geboren bzw. in früher Kindheit zugezogen; derzeit waren drei Tatverdächtige in Mügeln wohnhaft, zwei in einer ca. 10 km entfernten Nachbargemeinde und einer in einer Stadt in Sachsen-Anhalt.

108 Ebenfalls aus der Gegend.

109 Vgl. Festnahme-Anzeige J., Bl. 1040-1040a.

110 Vgl. Anzeige einer Straftat Delikt StGB§224 gefährliche Körperverletzung in Tateinheit mit StGB § 125 Landfriedensbruch. PD Westsachsen / Dez. 5/REA, Torgau vom 19.08.2007, unterzeichnet durch Meyer (KHK'in), S. 1 bis 5, Bl. 001-003, 002c.

111 Vgl. Aktenvermerk zum Sachstandbericht zum Landfriedensbruch vom 19.08.2007, OL Mügeln vom 19.08.2007, Besatzung Mulde 2831, unterzeichnet durch PHM AD und PHM AE. S.1-2, Bl. 004-005.

112 Ebenda.

Es war dieser gewaltbereite Personenkreis, der ständig ausländerfeindliche Parolen wiederholte, so die berichtenden Polizeibeamten.<sup>113</sup> Es bleibt nicht bei der Dokumentation „ausländerfeindlicher“ Parolen, der Beschreibung eines allgemeinen „Hass“ gegen Ausländer“ und der Aufnahme der Straftat „Volksverhetzung“ in der Tatnacht.

Die in den folgenden Tagen eingehenden Berichte und Vermerke der Polizisten, die am Einsatz beteiligt waren, bezeugen rechtsradikale Rufe, auch werden die Täter in den Berichten oft direkt als „Rechte“ bezeichnet.<sup>114</sup> So berichtet eine Beamtin:

„Wir hörten Rufe wie ‚Hier regiert der nationale Widerstand‘. Wir wurden informiert, dass sich ‚am Busbahnhof (...) 50 bis 60 ‚Rechte‘ sammeln‘, ‚wir (...) sahen (...), dass sich eine Menschenmenge mit teilweise ‚rechten‘ Personen schon in Richtung Festzelt bewegte“.<sup>115</sup>

Ein anderer Beamter schreibt, es bewegten sich

„ca. 50 gewaltbereite Jugendliche, darunter C-Fans von Dynamo Dresden<sup>116</sup> in Richtung Pizzeria (...) Aus dieser Menschenansammlung kam es dann mehrfach zu Äußerungen von: ‚Deutschland den Deutschen‘, ‚Ausländer raus‘, ‚National befreite Zone““.<sup>117</sup>

Ein weiterer Polizist hält fest:

„Eine Gruppe von offensichtlich rechtsgerichteten Jugendlichen versuchte gewalt- sam in die Pizzeria einzudringen. Auf der Straße, unmittelbar vor der Pizzeria be- fanden sich etwa 100 Personen. Aus der Gruppe wurden rechte Parolen gerufen (...) ‚Hier regiert der nationale Widerstand!‘ und ‚Deutschland den Deutschen – Auslän- der raus!““<sup>118</sup>

---

113 Vgl. ebenda, S. 2.

114 Ergänzung zum Aktenvermerk (Einsatzbericht) v. 19.08.2007 Stadtfest Mügeln, PD Westsach- sen/Soko Dez. 5 vom 27.08.2007, durch PHM AD, Bl. 006; Aktenvermerk/Beamtenbericht vom 23.08.2007 (PMA in AF), Bl. 114-115; Aktenvermerk/Beamtenbericht v. 23.08.2007 (POM AG), Bl. 102-103; Beamtenbericht 2. BPA Leipzig (POM AH) v. 22.08.2007, Bl. 100; Einsatzbericht 2 BPA Leipzig (POK AI) vom 22.08.2007, Bl. 101.

115 Aktenvermerk / Beamtenbericht vom 23.08.2007 (PMA in AF), Bl. 114-115.

116 Begriff für „gewaltsuchende Anhänger“, auch Hooligans. Der Verein ist berüchtigt für seine Fans aus dem rechtsextremen, gewaltbereiten Milieu.

117 Beamtenbericht 2. BPA Leipzig (POM AH) vom 22. 08.2009, Bl. 100.

118 Aktenvermerk / Beamtenbericht vom 24.08.2007 (PHK E.), S. 1-3, Bl. 124-126.



Zudem wurde von Polizeibeamten (wie von Zeugen) vermerkt, dass einige der gewalttätigen Jugendlichen rechtsradikale Aufdrucke auf ihrer Kleidung hatten.<sup>119</sup>

Nicht nur die Berichte der Polizisten, sondern auch die der Polizei vorliegenden Fotos beweisen die Präsenz rechtsradikaler Jugendlicher. Von einem an der Tat unbeteiligten Zeugen wurde in kurzen zeitlichen Sequenzen die Tanzfläche im Festzelt direkt vor dem Übergriff fotografiert. Die Fotos zeigen, dass rechtsradikale Jugendliche sich auf der Tanzfläche offensiv in Richtung der Gruppe mit den Indern bewegten.<sup>120</sup> Sie dokumentieren u.a. schwarz bzw. dunkel gekleidete Jugendliche mit sehr kurzen Haaren, die Aufschrift eines Kapuzenpullis ist sichtbar: „Good night left side“ – eine in der rechtsextremen Szene beliebte Drohung. Auf den Fotos sieht man auch, wie einige Jugendliche einen Arm heben bzw. strecken, womit sie (möglicherweise) den Hitlergruß andeuten.<sup>121</sup> Der Hitlergruß ist nicht ganz eindeutig verifizierbar<sup>122</sup>, dagegen zeigt ein Jugendlicher eindeutig den „Kühnengruß“: Er streckt den rechten Arm und spreizt Daumen, Zeige- und Mittelfinger ab, die anderen Finger bleiben angewinkelt. So entsteht das typische „W“ für „Widerstand“.<sup>123</sup> Merkwürdigerweise sind die Bilder, die das dokumentieren, zwar in den Polizei-Akten abgeheftet, eine Auswertung fehlt jedoch. Es gibt weder einen Kommentar hierzu, noch geht aus den Akten hervor, dass die Bilder für die weitere Ermittlungsarbeit genutzt wurden.<sup>124</sup>

119 Vgl. 2. BPA Leipzig / BPH 22 / Bereitschaftspolizeizug 221 Beamtenbericht zum polizeilichen Einsatz in Mügeln am 19.08.2007 vom 22.08.2007, Bl. 102-103; vgl. auch Zeugenaussage vom 21.08.2007, aufgenommen durch Polizeiposten Mügeln, Aktenvermerk PD Westsachsen.

120 Bilder wurden von einem Zeugen zur Verfügung gestellt und in einer Lichtbildmappe der Polizei dokumentiert. Die Bilder sind in zeitlicher Abfolge verständlich, da die Uhrzeit der Aufnahmen (Stunde und Minute) angezeigt ist. Vgl. Lichtbildmappe mit Bildern vom Stadtfest Mügeln am 18./19. 08.2007 (die Bilder wurden durch den Zeugen XA zur Verfügung gestellt) vom 03.09.2007 PD Westsachsen /KPI Grimma /EG Mügeln (Dienststelle), Bl. 169a-169x.

121 Bild 38.2 (Bild 38 herangezoot), Bl. 169x.

122 Es werden von mehreren Personen linke Arme gestreckt, mitunter kann das bei aggressivem Tanzen unbeabsichtigt passieren.

123 Der von Michael Kühnen als Alternative zum verbotenen Hitlergruß eingeführte Kühnengruß ist heute ebenfalls verboten und muss strafrechtlich geahndet werden. Bild 36, Bl. 169u.

124 Nach den mir vorliegenden Dokumenten spielten die Bilder keine Rolle in der Urteilsfindung. Ob die Person(en) identifiziert wurden ist für mich ebenfalls nicht ersichtlich, sie wurden zumindest nicht strafrechtlich belangt. Zu den weiteren Merkwürdigkeiten in den polizeilichen Ermittlungsakten gehört die scheinbar fehlende Auswertung eines Videos der Bereitschaftspolizei. Ob oder wie die Polizei das Video für die Ermittlungen verwertete, ist nicht in den Akten dokumentiert. Dokumentiert ist, dass die Staatsanwaltschaft Leipzig auf Anfrage der Opfer-Anwälte das Video auswerten möchte und es (zumindest erst einmal) nicht möglich ist, weil der zuständige Polizeibeamte längerfristig „im Krankenstand ist“. Vgl. Staatsanwaltschafts-Akte: Polizeivideo Aktenvermerk vom 25.01.2008.

Die Polizisten berichten von tätlichen Angriffen gegen sie selbst: „Es kam zu körperlichen Angriffen auf Polizeibeamte“<sup>125</sup>, Bierbänke und Flaschen wurden auf Polizisten geworfen und ein Polizist verlor als er geschlagen wurde seine Brille.<sup>126</sup> Wie brisant die Situation durch die Polizisten im Dienst eingeschätzt wurde, bezeugen die Reaktionen der Polizei in der Tatnacht. Polizisten stellten sich zum Schutz vor die Pizzeria.<sup>127</sup> Es wurde angeordnet „UZ (Unmittelbarer Zwang) in Form einfacher körperlicher Gewalt Reizstoff Pfefferspray und als letztes Mittel Schlagstock“ einzusetzen,<sup>128</sup> zudem wurden Platzverweise ausgesprochen, um Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen.<sup>129</sup> Aussagen der Polizisten wie „(i)n den folgenden Minuten trafen weitere nachalarmierte Kräfte der Hundestaffel (...) ein, mit deren Unterstützung eine weitere Lagebereinigung und -beruhigung durchgeführt werden konnte“<sup>130</sup> und „Auftrag die Pizzeria bis zum Eintreffen der ablösenden Frühschicht (...) zu sichern. Gegen 06.20 Uhr (...) Übergabe“<sup>131</sup> unterstreichen die Brisanz der Situation.<sup>132</sup>

### *Die Aussagen der Opfer*

In ihren Zeugenaussagen auf dem Polizeirevier Oschatz geben die Geschädigten an, dass sie im Festzelt belästigt und geschubst wurden und dass sie, um weiteren Ärger zu vermeiden, das Festzelt verlassen hätten. Jugendliche „mit rechtem Hintergrund“<sup>133</sup> seien ihnen gefolgt, vor dem Festzelt seien weitere dazu gekommen, die sofort auf sie einschlugen. Daher flüchteten sie sich in die nahege-

---

125 Einsatzbericht 2. BPA Leipzig (POK AI) vom 22.08.2007...

126 Vgl. Aktenvermerk zum Sachstandbericht zum Landfriedensbruch vom 19.08.2007, OL Mügeln vom 19.08.2007, Besatzung Mulde 2831, PHM AD und PHM AE ...; Anzeige einer Straftat Delikt StGB§224 ... vom 19.08.2007, unterzeichnet durch Meyer (KHK'in) ...; Aktenvermerk, Ergänzung zum Aktenvermerk (Einsatzbericht) 19.08.2007 Stadtfest Mügeln vom 27.08.2007, PHM AD...

127 Vgl. Aktenvermerk/Beamtenbericht vom 23.08.2007 (POM AG)...

128 Einsatzbericht 2. BPA Leipzig (POK AI) vom 22.08.2007...

129 Vgl. ebenda.

130 Beamtenbericht 2. BPA Leipzig (POM AH) zum polizeilichen Einsatz in Mügeln am 19.08.2007 vom 22.08.2007...

131 Aktenvermerk /Beamtenbericht vom 23.08.2007 (PMA'in AF)...

132 Auch eine weitere Information, die den Ermittlungsbehörden vorgelegen haben muss, wird nicht öffentlich thematisiert: Bereits im Vorfeld wurde die Polizei informiert, dass Rechtsextreme an diesem Tag einen gewalttätigen Übergriff auf den (als links bekannten) Jugendclub „Free Time Inn“ geplant hatten. Diese Information hätte einen rechtsradikalen Hintergrund des Vorfalls auf dem Altstadtfest weiter unterstrichen. Eine Kontaktaufnahme mit Stadt Mügeln erfolgte, der Bürgermeister gab Info an Polizei weiter. Vgl. Aktenvermerk PD Westsachsen/Soko Dez. 5 vom 29.08.2007 (Befragung XC), Bl. 179-180.

133 U.a. Zeugenaussage Z. vom 19.08.2007, S. 1-3, S. 2, Bl. 259-262. Vernommen um 5:59 Uhr!

legene Pizzeria.<sup>134</sup> Einer der Geschädigten sagt aus, er sei auf der Tanzfläche geschubst worden und beschreibt den Täter recht genau. Er äußert auch die Vermutung, dass es ein absichtliches Schubsen gewesen sei, weil ihn die Person nicht entschuldigend angeschaut habe, sondern hasserfüllt. Er habe das Gefühl gehabt als Ausländer nicht respektiert zu werden. Außerhalb des Festzelts habe jemand Gas gesprüht. Er selbst sei auf das rechte Auge geschlagen worden und zu Boden gestürzt. Er sei aber wieder aufgestanden und zur Pizzeria gerannt. Abschließend sagt er: „Ich möchte noch hinzufügen, dass wir, mein Chef und ich richtig Angst haben, wenn einer von uns schläft dann hält der andere Wache.“<sup>135</sup> Die Opfer geben an, während des Übergriffs auch fremdenfeindliche Rufe wie „Türken raus“ gehört zu haben.<sup>136</sup>

### *Die Aussagen der „unmittelbaren“<sup>137</sup> Zeugen*

Nicht nur Polizisten und Geschädigte, sondern auch freiwillige Zeugen berichten in den ersten Tagen nach der Tat von rechtsradikalen oder „schwarz gekleideten“ Personen mit sehr kurzen Haaren („Glatzen“), von Gewalt gegen Ausländer und deren ängstlicher Flucht. Dabei wird von vier bis sechs Angreifern berichtet.<sup>138</sup> Ein am Boden liegender Mann sei von den Jugendlichen getreten worden. „Landsleute“ der Person hätten Glasflaschen abgeschlagen, um zu helfen.<sup>139</sup> Zeugen erkannten auch rechtsradikale Kleidungsaufschriften wie „Thors Hammer“,<sup>140</sup> „Thor Steinar“ und „Freikorps“ bei den Gewalttätern.<sup>141</sup>

134 Zeugenaussagen der Geschädigten vom 19.08.2007 und vom 21.08.2007, Bl. 259-262; 276-278; 317-319. Ein Geschädigter wurde zuvor stark verletzt und mit einem Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht.

135 Zeugenvernehmung von ZB, 22.08.2007, vorgeladen PR Oschatz, (KOK'in Orlowski), S. 1-6, Bl. 346-351. Mitarbeiterin der Opferberatung Dresden war dabei.

136 Zeugenvernehmung Z. vom 19.08.2007 ...

137 „Unmittelbare“ Zeugen nenne ich jene Zeugen, die direkt nach dem Vorfall ihre Aussage bei der Polizei machten. Im Kontrast dazu gehe ich unten im Teil „Ermittlungsarbeit Polizei und Staatsschutz“ ausführlich auf die Aussagen der „späten“ Zeugen, also derer, die erst (mindestens) über eine Woche nach dem Vorfall Aussagen treffen, ein.

138 Zeugenvernehmung v. 23.08.2007 PD Westsachsen / Polizeiposten Wermisdorf; erste ZV Y. v. 20.08.2007, Polizeiposten Mügeln (KOK'in Meyer), freiwillig erschienen, S. 1-4, Bl. 447-150; ZV XB v. 24.08.2007 Stadtverwaltung Mügeln, freiwillig erschienen. Er hat eine Videoaufnahme mit dem Handy gemacht und will sie der Stadtverwaltung zur Verfügung stellen (ca. 30 sec. lang).

139 Vgl. Zeugenvernehmung XB vom 24.08.2007 Stadtverwaltung Mügeln, freiwillig erschienen, Bl. 728-732.

140 Aktenvermerk/Befragung, PD Westsachsen /Polizeiposten Mügeln vom 21. 08.2007, Bl. 091.

141 Zeugenvernehmung XD, PD Westsachsen /Soko Dez. 5 vom 24.08.2007, Bl. 748-751.

Einige Zeugen berichten, dass noch weitere Jugendliche über Handys herbeigerufen wurden als die Gewalt begann. Es seien daraufhin viele Personen mit „Kurzhaarschnitt, rechtsradikale Leute aus Oschatz, Elbe Elster und Wurzen, auch Torgau“ eingetroffen.<sup>142</sup> Auch soll neben Mügelern eine in der Region gut bekannte rechte „Fliegerhorstbande“ aus dem Oschatzer Ortsteil Fliegerhorst beteiligt gewesen sein.<sup>143</sup> Einige Zeugen geben zudem zu Protokoll, dass rechtsorientierte Jugendliche aus dem Jugendclub Sornzig an den gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt waren.<sup>144</sup> Die Zeugen<sup>145</sup> sagen zudem aus, sie hätten rassistische und rechtsradikale Parolen wie „Türkenschweine“, „Macht euch heim ihr nehmt unsere Arbeit weg!“, „Wir bringen euch alle um!“, „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus/Kanaken raus“, „National Front“, „Bambule, Randal, Rechtsradikale“ und „Sieg Heil-Rufe“ gehört.<sup>146</sup>

---

142 Zeugenvernehmung, PD Westsachsen / Kriminalaußenstelle Torgau vom 21.08.2007. Rechtsorientierte Jugendliche gebe es aber auch in Mügeln, Zeugen sprechen von etwa zehn Personen Vgl. u.a. XE Zeugenvernehmung, ist freiwillig erschienen, Polizeirevier Oschatz, PD Westsachsen / Soki Dez. 5 vom 22.08.2007, Bl. 938-941. Frage: „Gibt es in Mügeln rechtsorientierte Jugendliche?“ „Ja.“ (nennt eine Anzahl von etwa 10 Personen).

143 Vgl. Zeugenvernehmung (ZV), PD Westsachsen / Komm. 32, in Mügeln vom 25.08.2007.

144 Vgl. Protokoll Polizei München vom 24.08.2007. Die Polizei geht scheinbar wichtigen Hinweisen wie diesem nicht nach. Ich habe keinen entsprechenden Aktenvermerk gefunden.

145 Nicht gehört wurden entsprechende Parolen von den Beschuldigten/Tatverdächtigen und deren Verwandten und Freunden. Deren Ausführungen, die zeitlich deutlich später getätigt werden, stelle ich im Teil „Ermittlungen durch Polizei und Staatsschutz“ unter den Ermittlungsbemühungen durch Polizei und Staatsschutz dar.

146 Erste ZV Y. v. 20.08.2007; ZV I. v. 25.08.2007, Prev. Oschatz, KHK C., S. 1-3, S. 3. Bl. 000768-000770, 000770; ZV XB v. 24.08.2007 Stadtverwaltung Mügeln, freiwillig erschienen; ZV/Abschrift X. v. 21. 08.2007, Bl. 478; weitere: Bl. 482-485; ZV v. 25.08.2007, PD Westsachsen / Komm. 32, in Mügeln.

## II. Polizei und Staatsschutz

### 1 Unmittelbare Reaktionen

Zur Wiedergabe des Tathergangs wurde die erste unmittelbare Berichterstattung durch die diensthabenden Polizisten ausgewertet. Da mir die polizeilichen Ermittlungsakten ebenso wie öffentliche Stellungnahmen vorliegen, ist es möglich, interne Erkenntnisse und Debatten nachzuzeichnen: Am 21. August 2007, zwei Tage nach dem Übergriff, verfasst der polizeiliche Staatsschutz einen ersten internen Bericht über die Ereignisse. Die übergeordnete Stelle berichtet, dass die Inder in eine nahegelegene Pizzeria flüchteten, ausländerfeindliche Parolen gerufen wurden und versucht wurde, gewaltsam in die Pizzeria einzudringen. In diesem Bericht wird nicht mehr – wie im Einsatzbericht – klar zwischen den „Geschädigten“, den Indern, und den Tatverdächtigen (von denen vor Ort von den diensthabenden Polizisten bereits sieben aufgenommen wurden) differenziert. Stattdessen werden nun acht verletzte Inder (sieben davon leicht) und vier verletzte Deutsche (drei davon leicht) verzeichnet. Erwähnt wird, dass ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Personen eingeleitet worden ist (das sind die zwei am Tatort festgenommenen Personen – B.S.). Als Geschädigte werden nur noch vier (statt wie am 19.08.2007 sechs) Inder bezeichnet.<sup>147</sup> In dem Bericht steht auch, dass eine Auseinandersetzung zwischen deutschen und indischen Festbesuchern „*im* Festzelt“ stattfand – ob die Auseinandersetzung verbal oder körperlich war, wird nicht ausgeführt. Zu diesem Zeitpunkt wird aus den Akten – zu denen erste Zeugenaussagen gehören – bereits deutlich, dass die Inder geschubst und dazu aufgefordert wurden das Zelt zu verlassen und dies aus Angst auch taten.<sup>148</sup> Dass es eine Auseinandersetzung im Festzelt gab, ist bisher (noch) nicht dokumen-

---

147 Vgl. erster Bericht der Polizeidirektion Westsachsen, Kriminalpolizeiinspektion, Polizeilicher Staatsschutz vom 21.08.2007: Landfriedensbruch in Mügeln, Landkreis Torgau-Schatz, 19.08.2007.

148 Vgl. u.a. Zeugenvernehmung von Z. vom 19.08.2007 auf dem Polizeirevier Oschatz, Zeit: 5:59 Uhr bis 7:28 Uhr, PD Westsachsen /Komm. 22, Rauschgiftkriminalität (sic!), S. 1-3, Bl. 00259-000262.

tiert.<sup>149</sup> Verwunderlich ist auch, dass das von den diensthabenden Polizisten am Tatort festgestellte Delikt der „Volksverhetzung“ im Bericht nicht erwähnt wird.

In der ersten Presseinformation der Staatsanwaltschaft Leipzig vom 22. August 2007<sup>150</sup> steht, dass im Fall Mügeln ermittelt werde und zwar wegen des Tatverdachts des Landfriedensbruchs, der gefährlichen Körperverletzung, des schweren Hausfriedensbruchs sowie wegen Sachbeschädigung. Das von Polizisten bereits am 19. August 2007 aufgenommene Delikt der Volksverhetzung ebenso wie die Hinweise auf rechtsradikale Parolen und Tatverdächtige bleiben unerwähnt. Stattdessen heißt es: Die „Vernehmungen haben keine hinreichend konkreten Hinweise auf weitere Tatverdächtige ergeben“ (wir wissen: es wurden in der Tatnacht bereits fünf weitere Tatverdächtige aufgenommen) und „(b)islang gestalten sich die Ermittlungen zum Geschehensablauf und den Hintergründen der Tat schwierig und aufwändig“ (wir wissen: die bis dahin in den Akten befindlichen Berichte der diensthabenden Polizisten, Geschädigten und Zeugen sind eindeutig). Zudem wird festgestellt, dass die Hintergründe des „gesamten Geschehens“ noch der Aufklärung bedürften und dass „Ausländer raus“ (unspezifisch) aus der Menge heraus gerufen wurde.<sup>151</sup> Verwunderlich ist darüber hinaus, dass die massiven An- und Übergriffe auf Polizeibeamte keinen Eingang in die Presseinformation finden.<sup>152</sup> Stellungnahmen der Polizei gegenüber den Medien zu dieser Zeit entsprechen dem Inhalt der Presseinformation. Einer Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wird sogar offensiv entgegengetreten. So kommentiert Landespolizeipräsidenten Bernd Merbitz gegenüber *focus-online*: „Rassismus“ als Tathintergrund sei in Frage zu stellen und kontert einer sich entwickelnden Debatte über Rechtsextremismus, damit, dass er warnt: Mügeln dürfe nicht „als rechte Hochburg dargestellt“ werden.<sup>153</sup>

---

149 Tatsächlich sagten mehrere Zeugen aus, eine konkrete Auseinandersetzung hätte nicht im Festzelt begonnen. Vgl. u.a. Zeugenaussage vom 21.08.2009, Polizeiposten Mügeln, Aktenvermerk PD Westsachsen, Betreiber des Festzeltes.

150 Die erste Pressemitteilung wird von der Staatsanwaltschaft Leipzig verantwortet, die jedoch noch nicht ermittelt und daher auf die bei Polizei/Staatsschutz geführten Ermittlungen zurückgreifen muss.

151 Presseinformation der Staatsanwaltschaft Leipzig vom 22.08.2007: Staatsanwaltschaft und Polizei ermitteln mit Hochdruck zu den Ereignissen vom 18.08.2007 in Mügeln. Bl. 001449. (Fehler zum Datum im Original – B.S.: Es müsste mindestens auch am 19.08.2007 heißen, da die pogromähnlichen Übergriffe sich erst am 19.08.2007 ereigneten, während die Attacke bereits am ausgehenden 18.08.2007 begann.)

152 Vgl. Pressemitteilung vom 22.08.2007... Diese hätten die enorme Gefahr für die öffentliche Ordnung und die pogromähnliche Stimmung beim Übergriff verdeutlicht.

153 Zitiert in *Focus-online* vom 22.08.2007: „Mügeln-Überfall. Buttolo bestreitet rassistische Motive.“ [http://www.focus.de/politik/deutschland/muegeln-ueberfall\\_aid\\_130261.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/muegeln-ueberfall_aid_130261.html) (15.12.2011).

Tabelle 2: Interpretation des Falls

| <i>Der Fall ist ...</i>  | <i>Argumentationsmuster (ARGM)</i>   | <i>Unterschlagen wird/werden</i>  |
|--|--|---|
| Nicht rechtsextrem   | ... weil es keine Anhaltspunkte gibt.  | - das Delikt der Volksverhetzung.   |
| Fremdenfeindlichkeit/ Ausländerfeindlichkeit sind vermutlich nicht relevant. | - weil ausländerfeindliche Parolen (unspezifisch) aus der Menge heraus gerufen wurden.<br>- weil es verschiedene Aussagen hierzu gibt.<br>- weil die Hintergründe des Gesamtgeschehens noch Aufklärung bedürfen.   | - rechtsextreme Parolen.<br>- rechtsextreme und fremdenfeindliche Parolen von gewalttätigen Jugendlichen (während des Übergriffs).<br>- aggressive Aktivitäten von als Rechtsextreme erkennbare Personen. |
| Es war allgemeine Gewalttätigkeit.   | - weil es eine Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Indern gab, die bereits im Festzelt begann (impliziert: also kein gezielter Übergriff).<br>- weil es (bloß) Delikte des Landfriedensbruchs, gefährliche Körperverletzung (gegen Inder und Deutsche), schweren Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung gab. | - Beteiligung von über Handys herbeigerufenen Rechtsextremen an den Ausschreitungen.<br>- Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.<br>- Gewalttätigkeiten gegen Polizisten.                 |

Anders als die Akten nahe legen, behaupten Polizei/Staatsschutz und mit ihnen auch die Staatsanwaltschaft, dass es sich nicht um einen rechtsextremen Vorfall handelte, sie stellen zudem die Relevanz von Fremdenfeindlichkeit für das Tatgeschehen in Frage. Damit werden Presse und Öffentlichkeit nicht über die eigentlichen Vorgänge informiert, sondern in ihrer Einschätzung des Falls fehlgeleitet.<sup>154</sup> Es deutet sich hier bereits an, dass nicht alleine der Übergriff auf die in die Pizzeria geflohenen Personen untersucht werden wird, sondern dieser in einen anderen Kontext und einen breiten Erklärungszusammenhang gestellt

154 Die erste Pressemitteilung zum Fall wurde am 22.08.2007 veröffentlicht. Es könnte gefragt werden, ob den Zuständigen bereits ausreichend Berichte und Aussagen vorlagen. In der Tat gibt es bereits bis zu diesem Datum zahlreiche entsprechende Aussagen, jedoch gehen noch am 22. August und in den darauf folgenden Tagen Berichte und Aussagen ein, welche die Eindeutigkeit des politisch rechts motivierten Hintergrunds noch weiter belegen. Es verwundert, dass nicht bereits am 22.08.2007 klar von einem rechtsextremen und fremdenfeindlichen Hintergrund gesprochen wurde. Auch eine Richtigstellung oder Revision der ersten öffentlichen Mitteilung hat es nicht gegeben.

werden soll.<sup>155</sup> Bereits zu diesem Zeitpunkt verschwinden als Tatverdächtige erfasste Personen (außer die beiden am Tatort festgenommen) – sie tauchen weder in der öffentlichen Kommunikation auf, noch in der Ermittlungsarbeit.

## 2 Die Ermittlungsarbeit: Die Genese der Deutung von Polizei und Staatsschutz

### *Schwerpunktsetzungen bei den Ermittlungen*

Eine aktive Suche der Polizei nach neutralen Zeugen findet kaum statt: So wird erst am 29. August 2007, zehn Tage nach dem Vorfall, begonnen, mögliche Zeugen in den dem Tatort umliegenden Wohnhäusern aufzusuchen, einen Tag später wird der Vorstoß mit einem mageren Resultat (von 16 relevanten Wohnparteien wurden nur insgesamt sechs Einzelpersonen, teilweise Ehepaare in einer Wohnpartei, befragt) beendet.<sup>156</sup> Insgesamt zeigt sich, dass Hinweisen zu Beschuldigten/Tatverdächtigen und möglichen weiteren Zeugen, die von den Geschädigten, den Polizisten im Einsatz und den unmittelbaren<sup>157</sup> Zeugen benannt werden, nicht oder nur widersinnig<sup>158</sup> nachgegangen werden. So wird bereits in

---

155 Bereits am 20.08. hatte die Staatsanwaltschaft Leipzig den polizeilichen Ermittlungsbehörden mitgeteilt, dass durch den Generalbundesanwalt „um Mitteilung des Sachstands gebeten“ wurde. Dort würden „Berichte zu fremdenfeindlichen Auseinandersetzungen gesichtet und geprüft. Von Bedeutung sind Informationen zum Sachstand der Ermittlungen, einem möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund und evtl. bekannter Planung bzw. Organisation des Übergriffs.“ Die Staatsanwaltschaft Leipzig vermerkt dies betreffs „Auseinandersetzungen beim Stadtfest in Mügeln /Lkrs. Torgau-Oschatz mit möglicherweise fremdenfeindlichem Hintergrund“ am 20.08.2007, Bl. 001440-001441. Weitere schriftliche Vermerke hierzu finden sich in den Akten nicht.

156 Die anderen wurden zum Zeitpunkt des Aufsuchens (am Tage) nicht in ihrer Wohnung angetroffen. Dass es Vorladungen dieser möglichen Zeugen oder weitere Bemühungen der Polizei, mit ihnen Kontakt aufzunehmen, gegeben hat, findet sich nicht in den Akten. Die angetroffenen Personen haben die gewalttätigen Übergriffe nicht direkt gesehen, beschreiben aber u.a., dass sie eine „schwarz gekleidete“ Gruppe von Jugendlichen im Festzelt wahrgenommen hätten, dass sie keine Auseinandersetzung im Festzelt gesehen haben und dass vor dem Festzelt „Ausländer raus“ gerufen wurde. Ihre Aussagen scheinen keinen Einfluss auf die Ermittlungen gehabt zu haben. Vgl. Aktenvermerk/ Befragung Anwohner vom 29.08.2007 (PK A.), Bl. 000181-000184; Aktenvermerk/Befragung Anwohner vom 30.09.2007 (PK A.), Bl. 000188-000189.

157 „Unmittelbare“ Zeugen nenne ich diejenigen Zeugen, die unmittelbar nach der Tatnacht, also in den darauf folgenden Tagen, ihre Aussage getätigt haben.

158 Es mutet fast schon lustig an, dass von einem Tatverdächtigen ein T-Shirt konfisziert wird, das der Tatverdächtige nach Aussage von Familienangehörigen auf einem Familienfest außerhalb Mügelns getragen haben soll, was ihm gleichzeitig das Alibi geben soll, nicht in Mügeln anwesend gewesen zu sein – obwohl die Polizei ihn am 19. August als Tatverdächtigen aufnahm



der Tatnacht von Geschädigten geäußert, dass sie einige der Gewalttäter kennen, ohne sie jedoch namentlich benennen zu können. Gleichzeitig wird auf Zeugen verwiesen, die Namen nennen könnten.<sup>159</sup> Eine Lichtbildmappe mit dem Titel „Volksfestbeteiligung“<sup>160</sup> wird den Geschädigten erst mehr als zwei Wochen nach dem Vorfall vorgelegt, als sich die Situation durch die Ermittlungsarbeit bereits grundlegend verändert hatte, weil einige der Geschädigten nun als „Tatverdächtige“<sup>161</sup> bei der Polizei vorgeladen sind.<sup>162</sup> Bemerkenswert ist auch die polizeiliche Vernehmungspraxis: So werden Ausführungen zu Tatverdächtigen teilweise sogar verhindert oder abgebrochen. Kommt es dennoch zu konkreten Angaben, ist nicht erkennbar, dass ihnen nachgegangen wird.<sup>163</sup>

In einzelnen Protokollen ist zudem eine konkrete Einflussnahme des Vernehmenden auf Zeugen erkennbar. Eine Zeugin, die Einzelne der Übergreifer oder Parolenrufer schützen will, sagt aus:

„Es waren Rechtsradikale da. Die Parolen waren zu hören. Es war deutlich zu hören.“

Jedoch hätte ihr Bekannter

„zwar ‚Bambule, Randalie, Rechtsradikale‘ gerufen, doch ich weiß, dass er nicht rechtsradikal ist (...) das war bei dem an diesem Abend Dummheit und Alkohol“.<sup>164</sup>

Der Polizeibeamte souffliert: „Der Anlass stimmt nicht wie es in der Zeitung<sup>165</sup> steht“.<sup>166</sup> Die Zeugin geht auf den Zuruf des Polizeibeamten ein und sagt: „Es war erst dieses Provozieren (der Inder – B.S.), dieses Verhalten, was einfach

und eine Zeugin ihn als Täter gesehen haben will. Nach Kleidung, mit der er möglicherweise auf dem Fest gesehen wurde, wird weder gefragt noch gefahndet.

159 Vgl. Zeugenaussage Z. vom 19.08.2007, Polizeirevier Oschatz, 5.59 Uhr (KK Schulz), Bl. 000259-000262.

160 Fraglich ist dabei, ob die Lichtbildmappe zielführend angelegt wurde. Sie ist – anders als jene mit Bildern der indischen Staatsangehörigen – im Jahr 2012 in den Akten nicht mehr vorhanden.

161 Vgl. unten.

162 Die Lichtbildmappe der „deutschen“ Tatverdächtigen fehlt in den Polizei-Akten. Deshalb ist es mir auch nicht möglich zu sagen, wie viele Beschuldigte sie beinhalten. Auch kann nicht geprüft werden, ob Bilder der Rechtsradikalen auf der Tanzfläche in der Mappe überhaupt enthalten waren/sind. Tatsächlich können Geschädigte – die freilich recht spät (am 3.9.) Lichtbilder vorgelegt bekommen – nur wenige der Personen auf den Bildern identifizieren.

163 Hierzu ausführlich unten.

164 2. Zeugenvernehmung X. vom 6.09.2007, PD Westsachsen/Soko Dez. 5, Bl. 000482-485.

165 Der Polizist bezieht sich vermutlich auf die Medien-Berichterstattung: Hier wird der Fall vor allem als einer von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus thematisiert. Vgl. Teil „Medien“.

166 2. Zeugenvernehmung X. vom 6.09.2007, PD Westsachsen/Soko Dez. 5, Bl. 000482-485.

nicht geht.“ Etwas später sagt die Zeugin auch, dass sie von Indern „sexistisch angesprochen“ wurde und fügt hinzu, dass das „auch von jedem Deutschen passieren könnte, aber diesen Abend eben von Indern kam“.<sup>167</sup>

Zudem verschwinden Tatverdächtige aus dem Fokus der Ermittlungen. So wurden beispielsweise gegen M. keine Ermittlungen veranlasst. Als er durch Zeugenaussagen erneut belastet wird, kommt es schließlich (22 Tage nach dem Vorfall) zu einer Datenabfrage, die vorerst ergebnislos bleibt. Am 12. September 2007 wird M. schließlich knapp vernommen – merkwürdigerweise nicht als Tatverdächtiger/Beschuldigter. Stattdessen werden seine Angaben als „Befragung eines Zeugen“ aufgenommen.<sup>168</sup> Nachdem dann am 27. November 2007 ein Hinweis aus der Bevölkerung eingeht<sup>169</sup> und dadurch M. abermals belastet wird, wird am 4. Dezember schließlich gegen ihn ermittelt. Allerdings fehlt er wiederum unter den Tatverdächtigen im Register der Polizei-Akte.<sup>170</sup> Im Schlussbericht der Polizei (Staatsschutz) vom 28. September 2007 ist er nicht, im überarbeiteten Schlussbericht vom 18.04.2008 dann schließlich doch aufgeführt.<sup>171</sup> M. ist nicht der einzige Fall, bei dem die Ermittlungen durch die Polizei-Akten mindestens überraschend sind.<sup>172</sup> Gegen einen weiteren Tatverdächtigen etwa wird wegen „schwerem Landfriedensbruch“ ermittelt. Dass er selbst bei einer Vernehmung zugibt, „Nationaler Widerstand“ und „Ausländer raus“ gerufen zu haben, spielt für die polizeilichen Ermittlungen, im Tatverdächtigen-Register und bei den weiteren in den Akten nachzuvollziehenden polizeilichen Ermittlungen keine Rolle.<sup>173</sup>

---

167 Ebenda.

168 Es hatte am 10.09.2007 (22 Tage nach der Tat) eine Abfrage eines Oschatzer Datensatzes gegeben, der keine Hinweise ergab. Vgl. Aktenvermerk v. 10.09.2007, Bl. 000241; Befragung Zeuge M. v. 12.09.2007, Bl. 000252.

169 Bei einer nicht zuständigen Abteilung der PD Westsachsen.

170 Verzeichnet sind hier hingegen auch einige Inder.

171 Vgl. Aktenvermerk v. 4.12.2007, PD Westsachsen / Dez. 5 /REA Torgau, Meyer (KHK'in), S. 1-2, Bl. 0011286-001287. Ob es zu einer Anklage kommt, ist nicht nachvollziehbar.

172 Bei N. etwa ist völlig unklar, was ihm vorgeworfen wird, verzeichnet im Register ist lediglich „freitextliche Formulierung des Tatvorwurfs“. Vgl. Tatverdächtigen-Register am Ende der 3. Polizei-Akte, Bl. 1102ff.

173 Vgl. Register am Ende der Akte 3, Bl. 001118 ff.; vgl. Vernehmung eines Beschuldigten wegen Straftat v. 24.08.2007, O., Polizeirevier Oschatz (Zerche, KHK), S. 1-5, Bl. 001080-001084, S. 4, Bl. 001083. Die Nachfrage, ob er politische Neigungen habe oder organisiert sei, verneint er. Er sagt auch aus, dass ein ihm bekannter Polizeibeamte ihm sagte, er solle jetzt nach Hause gehen. Ermittlungsbemühungen folgen nicht.

*Umgang mit den „unmittelbaren“ Zeugen und ihren Angaben*

Zeugen, die Tatverdächtige nennen und umfangreich aussagen wollen, werden bei Vernehmungen schlecht behandelt. Ihren Angaben wird nicht oder nur widersinnig nachgegangen. Besonders deutlich wird dies im Umgang mit dem Zeugen Y.: Er hatte sich unmittelbar nach dem Vorfall freiwillig bei der Polizei gemeldet und wurde mehrfach vernommen.

In seiner ersten Zeugenaussage vom 20. August 2007 macht Y. Angaben über Angreifer und Beteiligte, deren Namen und zum Teil auch deren (Mügelner) Adressen.<sup>174</sup> Dabei berichtet er auch von anhaltenden Drohungen von deutschen Mügelner Jugendlichen. So hätten ihn zwei ihm namentlich bekannte Personen am nächsten Tag gewarnt:

„„Das war noch nicht alles, jetzt gibt es Rache!“ Ich sagte nur ob das sein muß und sie antworteten: „Ja, das muß sein!“<sup>175</sup>

Bezeichnend ist, dass die Polizei den Zeugen, ein deutscher Mügelner, nicht glaubt oder zugesteht, dass er während des Altstadtfestes mit „den Indern“ eine Gruppe bildete. Die Polizei vermerkt in ihren Akten, es handele sich bei den Angaben des Zeugens um eine Auseinandersetzung unter Jugendlichen, die nichts mit dem Vorfall zwischen „Deutschen“ und „Indern“ auf dem Altstadtfest zu tun habe.<sup>176</sup> Groteskerweise wird dabei der Zeuge, der bereits Kinder hat, als Jugendlicher ausgegeben.

Zur zweiten Zeugenvernehmung wird Y. am 26. August 2007 ins Polizeirevier Oschatz vorgeladen. Er wird fast acht Stunden von Kriminaloberkommissarin Orlowski verhört. Sie stellt Fragen, die keineswegs zur Erhellung des Tatver-

---

174 Er beschreibt den Handlungsverlauf wie folgt: Er wurde von einem Tatverdächtigen gebeten, ihm aus dem Festzelt zu folgen, wo ihm gesagt wurde, dass es, wenn seine Kollegen (die Inder – B.S.) nicht bald aufhörten (zu tanzen), Ärger geben würde. Nachdem auch die Inder das Festzelt verließen, wurden sie vor dem Festzelt Opfer eines physischen Angriffs von etwa vier Personen. Mindestens ein Inder lag am Boden und wurde getreten. Auch Y. selbst bekam einen Tritt ab. Weitere gewalttätige Personen seien hinzugekommen. Gerufen wurden ausländerfeindliche und drohende Parolen. Vor der Pizzeria sei ein anderer Personenkreis gewalttätig vorgegangen. Es waren allerdings, wie die erste Tätergruppe, schwarz gekleidete Jugendliche.

175 Erste Zeugenvernehmung Y. vom 20.08.2007, 11:10 Uhr, Ort der Vernehmung: Polizeiposten Mügeln, PD Westsachsen / Dez. 5 /REA Torgau, (KOK'in Meyer), freiwillig erschienen, S. 1-4, Bl. 000448ff.

176 Der Vermerk ist insofern bezeichnend, als dass er die Kategorisierung des Falls durch die Polizei klar offenbart: Es sei ein Konflikt zwischen „Deutschen“ und „Indern“. Daher kann der Zeuge Y. als Deutscher mit diesem Konflikt nichts zu tun haben.

laufs beitragen.<sup>177</sup> Vor allem soll der Zeuge die indischen Personen detailliert beschreiben,<sup>178</sup> während, wenn Y. beginnt über beteiligte Personen/Tatverdächtige zu berichten, Orłowski den Gesprächsfluss durch anderweitige Fragen unterbricht. So sagt Y. beispielsweise, es hätten sechs Personen im Kreis getanzt und zählt bereits drei Personen (zwei der Tatverdächtigen und eine Frau<sup>179</sup>) namentlich auf. Die Polizeibeamtin unterbricht ihn abrupt: „Wo waren zu diesem Zeitpunkt die Inder?“ und fragt direkt darauf: „Haben Sie, auf dem Weg von der Pizzeria zum Zelt Inder gesehen?“<sup>180</sup> Eine Klärung der Namen, des Aussehens und Verhaltens der weiteren Tatverdächtigen/Personen findet nicht mehr statt.

Zudem versucht die Kriminaloberkommissarin Widersprüche zwischen Y.s Äußerungen und Aussagen anderer Zeugen (vor allem seiner Begleitung U.), die im Prinzip das Gleiche zu Protokoll gegeben haben, festzustellen und unterstellt ihm dann implizit, er würde falsch aussagen („Wie war es nun ganz genau?“)<sup>181</sup>. Konkreten Aussagen des Zeugen wird skeptisch gekontert („Woher wissen Sie die Zeit so genau?“).<sup>182</sup> Als Y. auf Nachfrage aussagt, er habe nicht gesehen, dass sich „die Inder mit den deutschen Tänzern berührten“, wird er gefragt: „Hatten Sie die Augen zu?“<sup>183</sup> Die unsachliche und emotional-aggressive Vernehmungspraxis zeigt sich auch, als der Zeuge beschreibt, wie ein namentlich genannter Tatverdächtiger (Q.) einen Geschädigten mehrfach in die Seite tritt. Die Polizistin fragt daraufhin: „Was hatte Q. für Schuhe an?“ Y. antwortet: „Schwarze.“ Die Kriminaloberkommissarin erwidert: „Ich meine die Art, Hausschuhe oder die Absatzschuhe der Mutter oder was?“<sup>184</sup>

Es wird auch gefragt, ob Y. die Leute, welche die von ihm beschriebenen Parolen riefen, kennt und wer das Gitter geworfen hat. Y. gibt zu Protokoll, dass der Gitter-Werfer direkt von der Polizei festgenommen wurde (- was die Krimi-

177 Z.B. muss Y. Angaben darüber machen, wer an dem Abend in der Pizzeria gegessen hat, was diese Personen für Kleidung trugen, wer von den Pizzeria-Angestellten wann, welche Tätigkeit ausgeführt hat, wann welcher indische Händler seinen Stand abgebaut hat etc.

178 Vgl. zweite ZV von Y., der in der Pizzeria arbeitet (vorgeladen). PD Westsachsen/Soko Dez. 5 vom 26. 08.2007, S. 1-17, S. 2-5, 7-9, Bl. 000451-000469. Die ZV Y's findet bezeichnenderweise beim Polizeiposten Mügeln statt und ist von Orłowski (KOKin) unterzeichnet, die den Tatverdächtigen P. mehr beratend als zur Wahrheitsfindung zielführend verhört hat.

179 Diese Frau wird später von der Polizei als Zeugin geladen. Vgl. Zeugenvernehmung W. vom 23.04.2007, vom 28.08.2007 und vom 11.09.2007, Bl. 000672-000674, 000676-000679 und 000680-000682.

180 Zweite Zeugenvernehmung von Y., S. 6.

181 Ebenda, S. 9.

182 Ebenda, S. 6.

183 Ebenda, S. 10. Y. antwortet: „Nein, eigentlich waren wir ein Stückchen weg von den Deutschen, die da getanzt haben.“

184 Ebenda. Y. antwortet: „Na auf jeden Fall feste Schuhe und ich bin der Meinung normale Halbschuhe, wenn man den so sieht in Mügeln sind mir noch nie Stiefel aufgefallen.“

naloberkommissarin bereits wissen musste). Wieder entsteht der Eindruck, dass Orłowski Y. mit irrelevanten Fragen überhäuft, bevor er weitere Personen belasten kann. Auch als der Zeuge auf die rechtsradikalen Parolen zu sprechen kommt, verhindert die Kriminaloberkommissarin, dass Y. wichtige Informationen darlegt. So fragt sie, „was“ alles „aus der Menge“ gerufen wurde und bricht Y.s Ausführungen schließlich ab, um unvermittelt zu fragen, was für Kleider der Zeuge selbst zum Zeitpunkt des Vorfalls angehabt habe.<sup>185</sup> Während seiner fast 8-stündigen Vernehmung wird dem Zeugen eine „Lichtbildmappe mit Personen indischer Nationalität vorgelegt“<sup>186</sup> – eine mit rechtsradikalen Tätern/jugendlichen Tatverdächtigen hingegen bekommt er – den Akten nach – nicht zu Gesicht. Die Erschöpfung des vorgeladenen Zeugen nach der langen und zur Wahrheitsfindung sinnlosen Vernehmung ist dokumentiert: So wird am Ende des Protokolls, um 22 Uhr, vermerkt, dass der Zeuge wegen der fortgeschrittenen Zeit bittet, das Protokoll einen anderen Tag lesen und unterschreiben zu können.<sup>187</sup> Am darauf folgenden Tag, dem 27. August 2007, beschlagnahmt die Polizei dann zwei Kleidungsstücke des Zeugen. Als Anlass wird „Landfriedensbruch“, Beweismittel, §§ 94, 98 Strafprozeßordnung“ vermerkt.<sup>188</sup>

Am 5.09.2007 wird Y. zu einer dritten Zeugenvernehmung ins Rathaus Mügeln vorgeladen.<sup>189</sup> Vorab steht folgende Passage im Protokoll:

„Auch heute wurde ich nochmals als Zeuge belehrt und zur Wahrheit ermahnt. Mir wurde erklärt, dass es nochmals **um die Auseinandersetzung zwischen deutschen und ausländischen Gästen des Stadtfestes am 18./19.08.2007 in Mügeln** gehen soll (Hervorhebung durch Autorin). Meine Ausführungen aus den ersten beiden Vernehmungen wegen dieser Angelegenheit sind mir noch in Erinnerung.“<sup>190</sup>

Gleich eingangs wird somit wieder durch die Polizei festgeschrieben, dass es um eine „Auseinandersetzung“ zwischen zwei Parteien ging – nicht um einen Übergriff – und dass diese Parteien als „Deutsche“ und „Ausländer“ zu beschreiben sind. Das ist weder der Punkt, noch der Fall – wie gerade die Aussagen des vorgeladenen Zeugen belegen. (Y. selbst wurde attackiert, aber als er sich vom Tatgeschehen entfernt, nicht weiter verfolgt.) Die andere Gruppe waren – den Poli-

---

185 Vgl. ebenda, S. 15.

186 Ebenda, S. 14.

187 Vgl. ebenda.

188 Vgl. Bescheinigung über die Sicherstellung oder Beschlagnahme von Gegenständen vom 27.08.2007, Anlaß „Landfriedensbruch“, Beweismittel, Grund §§ 94, 98 Strafprozeßordnung, Bl. 000474. Übergeben durch Y., übernommen von Ołowski (KOKin) – also von der Person, die tags zuvor die Vernehmung führte.

189 Dritte Zeugenvernehmung von Y., Ort: Polizeirevier Oschatz, PD Westsachsen /Soko Dez. 5, vom 5.09.2007, S. 1-4, Bl. 000470-000473.

190 Ebenda, S. 1.

zeiakten nach zu urteilen – Streit suchende, rechtsradikale Jugendliche. Die erste Frage der Kriminaloberkommissarin lautet:

„(Y.) in Ihrer ersten Vernehmung machten Sie keine Ausführung dazu, in wie weit Q. in die Sache verwickelt war, insbesondere zu eventuellen Handlungen gegenüber den ausländischen Gästen des Stadtfestes. In der darauf folgenden Vernehmung schildern Sie ganz konkret, wie er an der Auseinandersetzung beteiligt war. **Woher kommt der Widerspruch?**“<sup>191</sup>

Wieder wird versucht dem Zeugen Falschaussagen zu unterstellen. Y. wird eine Lichtbildmappe mit „ausländischen Bürgern“ vorgelegt,<sup>192</sup> und diesmal auch eine weitere mit dem merkwürdigen<sup>193</sup> Titel „Volksfestbeteiligung“, mit 36 Lichtbildern „Deutscher“.<sup>194</sup> Bis dahin wurden Y., der ja bereits bei der ersten Aussage vom 20. August 2007 detaillierte Angaben, auch Adressenangaben, machte, keine Bilder von Tatverdächtigen vorgelegt.<sup>195</sup> Ob seine Angaben zu einer Aufnahme von Lichtbildern in der Mappe „Volksfestbeteiligung“ führte, muss offen bleiben. Insgesamt wird bei der Durchsicht der Polizei-Akten nicht ersichtlich, dass seine vielfach sehr detaillierten Angaben über Tatverdächtige und weitere mögliche Zeugen<sup>196</sup> Ermittlungsbemühungen ausgelöst hätten.

Sinnloserweise wird Y. im Oktober 2007 wieder zur Vernehmung vorgeladen, wo er am 30. Oktober 2007 erscheinen soll, um nochmals die Lichtbildmappe (36 Bilder) durchzusehen. Im Anschreiben heißt es (wie üblich):

„Sofern Sie zur Vernehmung nicht erscheinen, ohne rechtzeitig Hinderungsgründe zu benennen, wird davon ausgegangen, dass Sie bei der Polizei keine Angaben machen wollen.“<sup>197</sup>

Unterzeichnet ist die Vorladung von der Person, mit der Y. bereits mehrfach unangenehme Erfahrungen gemacht hatte, von Kriminaloberkommissarin Or-

---

191 Ebenda, S. 2.

192 In einem Vermerk ist dokumentiert, dass es sich um die sogenannten dreiteiligen Lichtbildaufnahmen vom 29.08.2007 handelte, nicht wie versehentlich erstmals dokumentiert die vom 28.08.2007.

193 Lichtbildmappe vom 28.08.2007 trägt den Titel „Volksfestbeteiligung“ vgl. ebenda. Es ist nicht explizit eine Täter-Mappe, sondern es wurde mit „Volksfestbeteiligung“ ein Titel gewählt, der durchaus rechtsradikalen Humor bedient.

194 Was auch immer für Bilder da drin sind – sie fehlen in den Akten.

195 Y. erkennt einige Personen, belastet aber nicht alle.

196 Beispielsweise gab Y. Hinweise auf mögliche Zeuginnen beim Unterzeichnen seines Protokolls. Vgl. Aktenvermerk vom 27.08.2007, PD Westsachsen /Soko Dez. 5, Orłowski (KOKin), Bl. 000158.

197 Bl. 001211-001213, Bl. 001213.

lowski.<sup>198</sup> Y. gibt nicht auf, er kommt wieder und wieder.<sup>199</sup> Y. ist einer der wenigen Zeugen, „die bei der Stange bleiben“ – fast ein Jahr nach dem Geschehen tritt nicht nur bei vielen Personen Vergessen ein, es werden auch Geschichten und Gerüchte übernommen, und einige Zeugen wurden bereits eingeschüchtert bzw. verprellt.<sup>200</sup> Später wird sogar ein Urteil revidiert, nachdem ein Zeuge zunehmend verschüchtert agiert und neue Zeugen gefunden wurden, die seine Glaubwürdigkeit infrage stellten.<sup>201</sup> Erwähnenswert ist auch, dass der Zeuge Y. ein gutes Jahr nach dem „Fall“ Opfer eines gewalttätigen Übergriffs wird.<sup>202</sup>

### *Auf der Suche nach den „richtigen“ Zeugen: Die späten „Zeugen“*

In den Akten der Polizei, die 1.438 Seiten umfassen, sind insgesamt zwei Zeitungsartikel abgeheftet. Ihr Inhalt scheint richtungsweisend für die Ermittlungen: Im ersten Artikel erklärt eine Person, die Inder seien nicht unschuldig an den Ausschreitungen,<sup>203</sup> im zweiten wird der Mügeln Bürgermeister Deuse mit der Aussage zitiert, in Mügeln gebe es keine „rechte Szene“.<sup>204</sup> Die Polizei ermittelt

---

198 Vgl. ebenda.

199 Der Umgang mit dem Zeugen verändert sich, als die Staatsanwaltschaft den Fall übernimmt: Y. wird zu einem wichtigen Zeugen für die ersten beiden Urteilsbegründungen (nur diese Urteile lagen mir vor). Die weiteren problematischen Entwicklungen auch bei der Urteilssprechung wären Gegenstand einer anderen Arbeit. Die erste durch die Staatsanwaltschaft beorderte Zeugenvernehmung erfolgt den staatsanwaltschaftlichen Akten zufolge am 17. Juli 2008 – fast ein Jahr nach der Tat. Vgl. Protokoll einer Zeugenvernehmung, Y., vom 17.07.2008, Staatsanwaltschaft Leipzig, Bl. 1736-1740.

200 Zwei Zeuginnen wollen später ihre zum Teil für ursprüngliche Tatverdächtige belastenden Zeugenaussagen zurückziehen, was aber durch den Richter nicht akzeptiert wird. Charakteristisch für die Angst der Zeugen oder zumindest Befürchtungen, sich öffentlich zu äußern, ist die Äußerung einer Zeugin gegenüber der Polizei: „Es ist nicht so, dass ich Angst vor Drohungen oder vor Gewaltübergriffen haben müsste. Es wäre aber unangenehm, wenn mein Name öffentlich gemacht werden würde oder ich vor Gericht aussagen müsste. Deshalb wollte ich nicht, dass mein Name fällt.“ Zeugenvernehmung S. vom 10.09.2007, Ort: Polizeirevier Oschatz, PD Wests. /Soko 5. (Schulz KK), S. 1-5, S 5, Bl. 000987-000991.

201 Ein Zeuge beklagt vor Gericht Schwierigkeiten, die ihm aufgrund der Veröffentlichung seines Namens und seiner Kontaktdaten entstanden sind. Als einer der Tatverdächtigen/Täter in Berufung geht, wird schließlich seine Aussage vor Gericht nicht mehr als ausreichend bewertet – auch weil sich inzwischen zwei Personen gefunden hatten, welche die Glaubhaftigkeit seiner Aussagen in Frage stellten. Ein Urteil wird zurückgenommen, der Tatverdächtige freigesprochen. Vgl. Urteil gegen L., Q. und R. sowie Berufung und Freispruch L. Vgl. Anklageschrift in der Strafsache gegen Q., R., L. vom 27.08.2008, Staatsanwaltschaft Leipzig, S. 13, Bl. 001801-001828, 001813.

202 Vgl. hierzu ausführlich im Schlussteil den Ausblick „Wie geht es weiter in Mügeln?“

203 Artikel aus der *Oschatzer Zeitung* (OZ) vom 30. August 2007, vgl. Bl. 0000427.

204 Ausschnitt aus einer *Focus*-online-Bildreihe, vgl. Bl. 0000428.

die in der Zeitung zitierte Person, welche die Inder belastet und vernimmt sie als Zeugin. Dieses Vorgehen ist insofern charakteristisch, als sich in den Akten zeigt, dass Hinweisen zu wichtigen Zeugen des Geschehens durch die Polizei/Staatsschutz nicht nachgegangen wird, während Zeugen gesucht und befragt werden, welche die Inder belasten (könnten). So wird, statt ergebnisoffen zu ermitteln, aktiv versucht, verletzte Deutsche (gegen die möglicherweise als Tatverdächtige ermittelt werden müsste) und Bekannte von Tatverdächtigen für Zeugenaussagen zu gewinnen. Ein weiteres Beispiel: Der verletzt ins Krankenhaus eingelieferte P. wird noch in der Tatnacht als Zeuge vernommen. Er erklärt, er habe keine „rechtsradikalen Äußerungen“ gehört und die „beteiligten Deutschen“ seien keiner „rechtsgerichteten Orientierung“ zuordenbar, stattdessen seien sie „normale Festbesucher“.<sup>205</sup> Am 27. August 2007 nimmt P.s Rechtsanwalt Kontakt mit der Polizei auf.<sup>206</sup> Am 30. August 2007 wird P. vorgeladen, um erneut als Zeuge auf dem Polizeirevier Oschatz auszusagen. Er bekräftigt, dass „Ausländer“ „abgebrochene Bierflaschen (...) in beiden Händen“ hielten und „warfen“. Er gibt an, dass neben ihm ein (weiterer) Deutscher von „den Ausländern“ angegriffen worden sei (K.). Abermals bekundet er, er habe keine „Rechten“ wahrgenommen. Stattdessen beschreibt er „die indischen Täter“ ausführlich.<sup>207</sup> Im Anschluss an die Zeugenvernehmung – einen Tag bevor die NPD ihre *Große Anfrage* zum „Fall Mügeln“ an die Sächsische Staatsregierung datiert und die rechtsradikale *Junge Freiheit* ihre Mügeln-Ausgabe veröffentlicht<sup>208</sup> – stellt P. Strafantrag wegen StGB § 223 Körperverletzung<sup>209, 210</sup>. Seit dem Vorfall sind elf Tage vergangen. Somit hat nach L. (der seine Anzeige am 21.08.2007 stellte)<sup>211</sup> eine zweite Person mit deutscher Staatsangehörigkeit Strafantrag (gegen

205 Zeugenvernehmung P. vom 19.08.2007, Krankenhaus Oschatz, aufgesucht, S.1-4, S. 4, Bl. 000413.

206 Er bittet um Gewährung von Akteneinsicht, die ihm während der Ermittlungen nicht gewährt werden darf.

207 Vgl. zweite Zeugenvernehmung P. vom 30.08.2007, Polizeirevier Oschatz, Warmuth (KHK C.), S. 1-6, (Beschuldigte Person: Q, R., J. u.a.), Bl. 000423-000428 + Skizzen 000429-000430.

208 Vgl. hierzu ausführlich den Teil „Radikale Rechte“, Große Anfrage der NPD und Mügeln-Ausgabe der *Jungen Freiheit*.

209 „Ich stelle hiermit Strafantrag gegen ‚unbekannt‘, da mich ein bisher unbekannter Täter in der Nacht vom 18.08.2007 zum 19.08.2007 gegen 0:30h – 0:45h mit einer Flasche im Rücken und Bauch verletzte.“ Bl. 000436.

210 *Focus* (Print) hatte am 27.08.2007 (wohl nach Informationen der *Jungen Freiheit*, die Gleiches am 24.08.2007 berichtete) geschrieben, dass eine Anzeige gegen einen Inder vorläge. Das war nicht (ganz) richtig. L. hatte am 21.08.2007 allerdings Anzeige gegen unbekannt gestellt und geäußert, dass er von einem Ausländer verletzt wurde.

211 Vgl. Strafantrag wegen StGB § 125 Landfriedensbruch – L. vom 21.08.2007, Bl. 000514. L. richtet Strafantrag gegen „unbekannt“ wegen Körperverletzung; Entscheidung des Antragberechtigten: „Ich stelle Strafantrag aus allen rechtl. Gründen.“



unbekannt) gestellt. P. identifiziert in der ihm vorgelegten Lichtbildmappe zwei Personen indischer Herkunft, die aggressiv vorgegangen seien.<sup>212</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vermerk in den Akten, der darauf hindeutet, dass die Polizei über P. (der vermutlich einer der rechtsgerichteten Täter war) versucht, Zugang zu weiteren Personen zu bekommen, die Aussagen gegen die Inder machen:

„In einem Gespräch nach seiner Zeugenvernehmung fragte (P.), ob (K.) auch schon ausgesagt hat. Ihm wurde mitgeteilt, dass (K.) durch einen Rechtsanwalt vertreten wird und vor der Polizei bisher keine Aussage machen möchte. (P.) bedauerte dies sehr und brachte zum Ausdruck, dass er sich mit ihm in Verbindung setzen wird, da (K.) ja Zeuge zu seiner Körperverletzung ist.

Bei (P.) wurde heute noch mal telefonisch nachgefragt, ob er mit (K.) schon gesprochen hat. (P.) sagte, dass er ihn telefonisch erreicht hat und (K.) keine richtige Meinung dazu hatte. Er neigte dazu doch aussagen zu wollen, wobei er keine konkrete Entscheidung angab. (P.) trifft (K.) am Wochenende und will nochmals auf ihn einwirken.“<sup>213</sup>

K. kommt tatsächlich zur Polizei, um auszusagen. Er bezeugt die Körperverletzung P.s jedoch nicht. Allerdings gibt er an, dass Inder abgeschlagene Flaschen in den Händen hielten. Er selbst stellt nach seiner Zeugenaussage vom 1. Oktober 2007 ebenfalls Strafantrag gegen unbekannt als Verletzter/Geschädigter wegen Körperverletzung.<sup>214</sup> Damit haben drei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit eine Anzeige erstattet. Diese Anzeigen von „Deutschen“ werden durch die Ermittlungsbehörden an die Presse kommuniziert und als Beleg dafür genommen, dass nicht von einem rechtsextremen oder rassistischen Übergriff gesprochen werden dürfe. So berichtet der *Stern*<sup>215</sup> nachdem P. Anzeige erstattet hat:

„Nach der Anzeige eines 28 Jahre alten deutschen Festbesuchers wurden Ermittlungen gegen einen 41-jährigen indischen Festbesucher aufgenommen, wie die Staatsanwaltschaft Leipzig mitteilte. Der Mann stehe unter dem Verdacht der gefährlichen Körperverletzung. Für die Ermittler gilt es eine nach eigenen Angaben ‚verworrene Situation‘ zu klären. So soll der Hetzjagd eine Rangelei einzelner deutscher und indischer Besucher auf der Tanzfläche eines Festzelts voraus gegangen sei. Hierbei

---

212 Vgl. Zweite Zeugenvernehmung P. ...

213 Aktenvermerk vom 5.09.2007, Orlowski (KOK'in), PD Westsachsen /Soko Dez. 5., Bl. 000439.

214 Vgl. Bl. 001167f.

215 Vgl. ausführlich Medien-Teil.

soll der tatverdächtige Inder dem 28-jährigen Deutschen mit einer abgeschlagenen Flasche Schnittverletzungen am Rücken zugefügt worden sein.<sup>216</sup>

### 3 Die *Narrative* der mutmaßlichen Täter

Weitere Belege für die angebliche Aggression der Geschädigten liefern die Tatverdächtigen der ersten Stunde. Einer der Tatverdächtigen (Q.), der bereits in der Tatnacht von der Polizei erfasst wurde und dem vorgeworfen wird, er hätte den attackierten Personen unvermittelt Pfefferspray ins Gesicht gesprüht und dann auf einen am Boden liegenden Inder eingetreten, berichtet in seiner Vernehmung:

„Ich wurde beim Tanzen mit meinem Kumpel R., auf der Tanzfläche von drei Indern geschupst. (...) Auch haben diese mit ihren Händen zwischen meine Beine, Bauch und am Po mich angefasst (...) Y. kam zu mir und sagte ich soll mal raus kommen, weil die Inder das Klären wollen. Y. blieb im Festzelt und ich ging raus. (...) An einem Seitenausgang standen die drei die mich belästigten hatten und noch andere (...) Ich stand vor den Indern und bekam auch gleich Faustschläge ins Gesicht (...) ich sah, dass die Inder kaputte Flaschen in der Hand hatten (...) Sie bewegten sich auf mich zu und ich dachte sie wollen auf mich drauf. Ich nahm das Pfefferspray aus meiner Tasche (...) und habe dann einfach drauf los gesprüht (...) Ich bekam mit, dass die Rechten hinter mir bzw. im Rücken standen (...) Ich ging zur Seite und da fing die Prügelei auch schon an. (...) Ich sah noch einen Teil der Inder in Richtung Pizzeria davon rennen und diese wurden verfolgt von den ‚Rechten‘ (...) Ich sah zwei Inder die verletzt am Boden lagen (...) Auf dem Weg dahin (zur Pizzeria – B.S.) habe ich drei Deutsche gesehen, welcher an den Beinen verletzt war, einer am Hals und einer am Bauch oder Rücken“ (...) ich sah wie die ‚Rechten‘ sich eine Schlacht mit der Polizei lieferten.“<sup>217</sup>

Q. wurde nicht von der Polizei vorgeladen, sondern meldet sich selbst, weil er annimmt, dass die Polizei ihn sucht.<sup>218</sup> Anders als die anderen Tatverdächtigen spricht er von „den Rechten“, welche später „die Inder“ verfolgten. Diese Aussagen werden aber nicht Gegenstand der Ermittlungen. Ein weiteres Detail in den Akten scheint zu bestätigen, dass die Polizei vermeiden will, „Rechte“ oder „Rechtsextremismus“ zu thematisieren: Eine Person, die als Zeuge vorgeladen

216 Stern-online vom 6. 09.2007: „Hetzjagd in Mügeln. Polizei ermittelt gegen eines der Opfer“. <http://www.stern.de/politik/deutschland/hetzjagd-in-muegeln-polizei-ermittelt-gegen-eines-der-opfer-597094.html> (3.05.2012).

217 Vernehmung eines Beschuldigten wegen einer Straftat, Q., wohnt bei Mutter, vom 23.08.2007, Polizeirevier Oschatz (KOMin B.), S. 1-6, Bl. 001050-001055.

218 Vgl. ebenda.

wird, scheint zu der Gruppe Jugendlicher zu gehören, welche die „Inder-sind-Schuld“-Story erzählen wird. Er tut das auch:

„Ich sah, wie die Inder bei ihrem wilden Tanz ausversehen Deutsche anrempelten. Die anderen deutschen Tänzer, so auch wir, fühlten uns dadurch provoziert. Wir, d.h. auch ich, haben den Indern mit Gesten zu verstehen gegeben, dass sie etwas ruhiger tanzen sollen. (...) Das Geschubse der Inder hörte aber nicht auf. Es gab dann von den Indern eindeutige Gesten, dass wir uns nicht so haben sollten. Dann empfanden wir alle die darauffolgenden Schubereien als Provokation.“<sup>219</sup>

Während er versucht „indische Täter“ (der Schuberei) in einer von der Polizei vorgelegten Lichtbildmappe zu identifizieren, beschreibt er ungefragt (!) die Kleidung eines „anderen von uns“: „Pullover mit Kapuze mit der „Aufschrift: „White Power“<sup>220</sup>, die Person selbst sei „ca. 1,90 m, (mit) muskulöse(r) Statur (und habe eine) Glatze“. Als er gefragt wird, ob er Körperverletzungsdelikte vor dem Festzelt wahrnehmen konnte, erzählt er unvermittelt, aus einem großen Personenkreis sei „Deutschland den Deutschen, Ausländer/Kanaken raus“ gerufen worden. Auf Nachfrage bestätigt er, dass er sich daran beteiligte.<sup>221</sup> Als die Zeugenaussage abgebrochen, er als Beschuldigter neu belehrt und dann weiter vernommen wird, ist er aber weniger aussagefreudig.<sup>222</sup> Bei seiner Vernehmung am 3. September 2007 relativiert er bereits seine zuvor getätigten Aussagen. Er betont, dass er und seine Gruppe von zwei Indern angerempelt und durch Gesten provoziert worden seien.<sup>223</sup>

I. und Q. sind mit seinen Beschreibungen von „Rechtsradikalem“ bzw. „Rechten“ eine Ausnahme unter den Tatbeteiligten – im Allgemeinen sind den rechtsradikalen Tatverdächtigen und ihren Gesinnungsgenossen „keine Personen aufgefallen, die irgendeiner Gruppierung angehörten“.<sup>224</sup> Die unmittelbaren Tatverdächtigen machen meist von ihrem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch.<sup>225</sup> So erklären Tatverdächtige und vorgeladene Zeugen, sie wollen prin-

219 ZV I. v. 25.08.2007, Prev. Oschatz, KHK C., PD Westsachsen/Soko Dez. 5, S. 1-3, S. 2; Bl. 000768-000770.

220 Später räumt er ein, dass es sich auch um den Schriftzug (auch rechtsradikal und auch englisch) „Good night left side“ gehandelt haben könnte.

221 Vgl. Zeugenvernehmung I. vom 25.08.2007, S. 2f.

222 Vgl. Vernehmung eines Beschuldigten wegen einer Straftat (I.) vom 25.08.2007, Bl. 001094-001097.

223 Vgl. Vernehmung eines Beschuldigten wegen einer Straftat (I.) vom 3.09.2007, Polizeirevier Oschatz, Adelt (KHK), PD Westsachsen/Soko Dez. 5, S. 1-4, S.4, Bl. 001098-001101.

224 H. (Mitarbeiter der Security Firma, die auf dem Altstadtfest beschäftigt war), Zeugenvernehmung in Oschatz, auf Vorladung vom 26.08.2007 PD Westsachsen/Soko Dez. 5.

225 Erst die Staatsanwaltschaft darf Zeugen ohne obige Einschränkung vernehmen. Vor Zeugenvernehmungen belehrt die Polizei stets über das Auskunftsverweigerungsrecht: „(Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 55 StPO) Ich bin vor meiner Vernehmung darüber belehrt

ziell nicht aussagen oder sich zu bestimmten Fragen nicht äußern.<sup>226</sup> Der Tatverdächtige R., einer der am Tatort Festgenommenen, sagt sogar (bereits am 19. August 2007), er nenne die „Namen der Beteiligten“ nicht, weil er „keinen verpfeifen“ wolle.<sup>227</sup> Seine Aussage hat keine unmittelbaren Folgen. Erst als die Staatsanwaltschaft Leipzig beantragt, R. richterlich zu vernehmen und er sich abermals weigert, Namen zu nennen, hat das Konsequenzen. Das Amtsgericht Leipzig verhängt Ordnungsgeld und Erzwingungshaft. Darauf nennt R. Namen. Zu diesem Zeitpunkt – am 23./24. Juni 2008 – liegt der Übergriff mehr als zehn Monate zurück.<sup>228</sup>

Insgesamt lässt sich resümieren: Personen, welche den Indern unterstellen, sie hätten aggressiv agiert, fallen dadurch auf, dass sie zu den Tatverdächtigen (wie am 19.08.2007 im polizeilichen Einsatzbericht notiert) und deren Bekannten/Verwandten gehören. Von den Tatverdächtigen „unabhängige“ Zeugen, die ebenfalls entsprechende Positionen beziehen, gibt es kaum. Die wenigen Zeugen, die nicht deutlich erkennbar mit dem Umfeld der Täter in Verbindung gebracht werden können und dennoch ähnliche Aussagen treffen, fallen durch abschätzige Äußerungen über Ausländer auf.<sup>229</sup>

---

worden, dass ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich selbst oder eine in §52 StPO genannte Person der Gefahr aussetze, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.“ Beschuldigte werden belehrt: „(...) Mir ist eröffnet worden, dass es mir freisteht, mich zu Fragen über meine persönliche Entwicklung und zum Tatvorwurf zu äußern oder nicht auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen (...)“

226 U.a. ZA G. vom 31.08.2007, vorgeladener Zeuge, PD Westsachsen/Soko Dez. 5, Bl. 000903-000905.

227 Vernehmung eines Beschuldigten wegen einer Straftat, R., vom 19.08.2007, Polizeirevier Oschatz, aus Gewahrsam vorgeführt durch KHM D., S. 1-4, B. 001028-001031, S.3, Bl. 001030.

228 Vgl. Protokoll über eine Vernehmung (in nichtöffentlicher Sitzung), S. 1-4, Amtsgericht Leipzig, Az.: 282 ER 03 Gs 028/08 608 UJs 33226/07, unterzeichnet Richter am Amtsgericht / Ermittlungsrichter Tiegelkamp, vom 23.06.2008. Tatsächlich hat nur die Staatsanwaltschaft entsprechende Befugnisse (nicht die Polizei).

229 Ein Beispiel ist folgende Aussage: „Auf die Frage, ob ich die Inder wieder erkennen würde oder beschreiben kann, kann ich nur sagen, dass mir das nicht möglich ist. Für mich sehen alle Inder gleich aus.“ Entsprechende Aussagen sind, wenn nicht ausländerfeindlich, so zumindest sehr unbedarft. 1. ZA von F. vom 27.08.2007, Büro Rathaus Mügeln, Bl. 000790-000791; 2. ZA von F. v. 28.08.2007, Rathaus Mügeln, Bl. 000792.

#### 4 Vom Geschädigten zum Tatverdächtigen. Die Opfer-Täter-Umkehr

##### *Auf dem Polizeirevier Oschatz*

Während die anfängliche Behandlung der Opfer durch die Polizei korrekt war (Schutz der Opfer vor weiteren gewalttätigen Übergriffen und Feststellung der Opfer als Geschädigte), verändert sich die Situation auf dem Polizeirevier Oschatz, wohin die Geschädigten „zur eigenen Sicherheit“<sup>230</sup> verbracht werde, drastisch: Die Opfer werden wie Täter erkennungsdienstlich behandelt, das heißt, es werden personenbezogene und biometrische Daten erfasst – ein Vorgehen, das rechtsstaatliche Grundsätze verletzt.<sup>231</sup> Zudem wird ein Alcomattest vorgenommen. Die diensthabende Beamtin vermerkt:

„Gegen 04:10 Uhr erschienen ca. 7 Indische Bürger im Pre. Oschatz. Wer diese Bürger gebracht hatte, da kann Unterzeichner keine Auskunft geben. Einige von den Indischen Bürgern hatten Verletzungen im Gesichtsbereich. Durch Unterzeichner wurde bei jedem Indischen Bürger ein Alcomattest durchgeführt, die Namen erhielt ich vom Kollegen Ps. (...) Auf diesem Zettel vom Kollegen Ps wurde die Uhrzeit und die Promille von jedem indischen Bürger notiert, egal ob Zeuge oder Geschädigter“<sup>232</sup> (...)<sup>233</sup>

Auf dem Polizeirevier fotografiert die Polizei die Inder, die Nummern in der Hand halten müssen. In der auf dieser Basis entstehenden Lichtbildmappe wird angemerkt: „Zur besseren Unterscheidung und Zuordnung der Namen wurden sie gebeten, Nummernkarten in der Hand zu halten.“<sup>234</sup> Neben den Bildern mit den Nummern gibt es auch Bilder, auf denen den Geschädigten ein Lineal an

---

230 Aktenvermerk /Beamtenbericht vom 24.08.2007 (PHK E.), S. 1-3, S. 3, Bl. 000124-126.

231 Eine erkennungsdienstliche Behandlung erfolgt in der Regel nach einer Festnahme wegen einer Straftat oder präventiv, wenn davon ausgegangen wird, dass diese eine Straftat begehen wird, wobei in diesem Fall ein vorheriges Anhörungsrecht und ein Widerspruchsrecht gegen die polizeiliche Anordnung besteht. Die Geschädigten waren (noch) nicht als Tatverdächtige im Visier der Ermittler.

232 Die Unterscheidung ist nicht verständlich, da alle auf die Polizeistation verbrachten Inder zu diesem Zeitpunkt als Geschädigte galten. Wird hier bereits eine mögliche Tatbeteiligung (als alkoholisierte Tat) unterstellt?

233 Täter-Behandlung der ind. Opfer bei Prev. Oschatz: Aktenvermerk vom 23.08.2007, von POM AB., PD Westsachsen/PR Oschatz, Bl. 000113.

234 Sichtbar sind zugeschwollene Augen, Kopfverletzungen, Schürfwunden, durchblutete Hosenbeine, Gesichtswunden, gebrochenes Jochbein, Blutspuren auf T-Shirts, Verletzungen an Augen, blutunterlaufene Augen – und erschütterte Gesichter.

Körperteile gehalten wird, so z.B. einem deutlich im Gesicht verletzten Geschädigten ein Lineal an die Stirn.<sup>235</sup>

Neben der erkennungsdienstlichen Behandlung wirft auch die Zeitspanne, welche die Opfer auf dem Polizeirevier verbleiben, Fragen bezüglich einer „korrekten“ Behandlung auf. Mit 2:00 Uhr wurde das Ende des Übergriffs benannt.<sup>236</sup> Die erste Zeugenaussage beginnt um 5.17 Uhr und endet mehr als anderthalb Stunden später um 6.55 Uhr. Bei einer weiteren Zeugenaussage ist der Beginn mit 8.59 Uhr und das Ende mit 10.00 Uhr notiert.<sup>237</sup> Der im Protokoll angegebene Grund für das Beenden der Zeugenaussage unterstreicht die unpassende Behandlung der physisch und psychisch Geschädigten: Der Vernommene sagt, „(w)eiter(e) Angaben kann (ich) vorerst nicht (machen). Ich bin müde und will Heim.“<sup>238</sup> So werden die Opfer die ganze Nacht bis in den Vormittag hinein (mindestens bis 10.00 Uhr – es gibt keinen Vermerk darüber, wann sie entlassen wurden) auf der Polizeistation festgesetzt. Sie müssen am Morgen nach dem Übergriff ohne geschlafen zu haben, langwierige<sup>239</sup> Aussagen tätigen.<sup>240</sup> Als Journalisten kritisch nachfragen, ob die Opfer auf der Polizeistation ordentlich behandelt wurden, reagiert die Sprecherin der Polizeidirektion Westsachsen, Ilka Peter, empört und beschuldigt die Inder: „Die steigern sich jetzt in ihre Opferrolle hinein (...) Sie hätten ja jederzeit (von der Polizeistation – B.S.) gehen können.“<sup>241</sup>

---

235 Vgl. Lichtbildmappe „Zum Landfriedensbruch gem. § 125 StGB in der Pizzeria ‚Picobello‘“, erstellt durch Kühne, Kriminaloberkommissar am 27.08.2007, Polizeidirektion Westsachsen, Kriminalpolizeiinspektion. Mappe enthält insgesamt 128 Bilder, z.B. Bild 99, 107 (Nummer), Lineal vor Kopf und über verletztem Auge: 109. Eine Abmessung der Wunde am Auge scheint dabei nicht vorgenommen zu werden, da das Lineal quer über die Stirn gehalten wird. Dies sollte auch ein Gerichtsmediziner machen. Die Fotos bezeugen, dass die Inder unterschiedlich stark verletzt wurden. Während das am schwersten verletzte Opfer des Übergriffs bereits im Krankenhaus ist, zeigen die Polizeifotos vom 19. August, dass auch die Opfer auf der Polizeistation zum Teil erheblich verletzt sind (blutunterlaufene, geschwollene Augen, blutverschmierte Kleidung, Schürf- und Schnittwunden), Bl. 000014-000070.

236 Der Polizeibeamte in Oschatz gibt an, die Inder seien gegen 4:10 Uhr auf dem Polizeirevier eingetroffen.

237 Der Ertrag dieser Vernehmung ist eine knappe Protokollseite – mehr als die Hälfte des Textes, der die Fragen der Polizei nicht enthält, beschreibt der Betroffene, woher er kommt, wie lange er in Deutschland wohnt, warum und mit wem er zum Fest ging. Vgl. Zeugenvernehmung ZA vom 19:08.2007 PR Oschatz (KHM Persdorf), von 5:17 bis 6:55 Uhr, S. 1-3 (wobei nur auf Seite zwei Vernehmungstext steht), Bl. 000276-000278.

238 Ebenda.

239 Und relativ unergiebig, vgl. Fußnote oben.

240 Die Polizei argumentiert später, es hätten Dolmetscher kommen müssen. Das ist nicht wirklich nachvollziehbar, da viele der Opfer gut deutsch sprechen.

241 *Welt-online* vom 23.08.2007: „Ausländerhatz in Mügeln. Inder fühlen sich zum zweiten Mal erniedrigt.“ Von Uta Keseling. <http://www.welt.de/politik/article1129145/Inder-fuehlen-sich-zum-zweiten-Mal-erniedrigt.html> (03.05.2012).

*Erneute Vernehmungen*

Am 3. September 2007 werden einige Geschädigten nach Vorladung wieder vernommen, nun bereits als Tatverdächtige. Immer wieder wird in den Vernehmungen suggeriert, dass sie mit abgebrochenen Glasflaschen auf „Deutsche“ einstachen. Ein markantes Beispiel für die polizeiliche Vernehmungspraxis sind folgende Äußerungen: Nachdem Z. aussagt, einer seiner Freunde erzählte, dass er schon auf der Tanzfläche geschubst wurde, wendet der Polizeibeamte ein:

„Es gibt eine Vielzahl von Aussagen, dass die Inder zunächst unabsichtlich deutsche Täter anrampelten!“<sup>242</sup>

Daran schließt sich der „Vorhalt“ des Polizeibeamten an: „Es gab ein Gespräch mit (...) Y. und Ihren Landsleuten betreffs dieser Schuberei. Y. wurde von anderen deutschen Tänzern über das Tanzverhalten Ihrer Landsleute *informiert*.“<sup>243</sup>

Durch den Gebrauch des Verbs „informiert“ wird suggeriert, es handele sich bei dem (angeblich problematischen) Tanzverhalten der Inder um einen Sachverhalt, nicht um einen möglicherweise auch falschen Vorwurf. Typisch für die Perspektive der ermittelnden Polizisten ist hier die Kategorisierung in „Deutsche“ und „Inder“, „Ihre Landsleute“, womit sprachlich ein ethnisches bzw. nationales „Wir“ und ein „Ihr“, „Die Anderen“ etabliert wird. Im weiteren Verlauf der Vernehmung versucht der Polizeibeamte Widersprüche zu Aussagen der ersten Zeugenvernehmung zu finden und dem Geschädigten zu unterstellen, er würde Falschaussagen machen und hätte den Streit mitzuverantworten.<sup>244</sup>

Eine abschätzige Behandlung der indischen Staatsbürger wird in einer „Vernehmung eines (inzwischen – B.S.) Beschuldigten“<sup>245</sup> besonders deutlich (ZB lässt sich ohne Anwalt oder Vertreter der Opferberatung vernehmen):

1. Anders als die „deutschen“ Tatverdächtigen wird er mehrfach wie im Verhör befragt, und es wird impliziert, er sage möglicherweise nicht die Wahrheit.
2. Es wird zu einem Bekannten von ihm, einem weiteren indischen Opfer/„Beschuldigten“, mit dem Vornamen referiert (was in Vernehmungen von Deutschen nicht vorkommt).

---

242 Zeugenvernehmung von Z. vom 3.09.2007 (KHK C.), Prev. Oschatz, S. 1-5, S. 2ff., Bl. 000267-000272. Vertreter der Opferberatung Dresden nimmt teil. Dieser antwortet: „Das habe ich nicht gesehen.“

243 Ebenda.

244 Vgl. ebenda.

245 Hintergründe vgl. unten.

3. Es wird versucht, Unstimmigkeiten zwischen den Opfern zu erzeugen (was bei den jugendlichen Rechtsradikalen/ursprünglichen Tatverdächtigen nicht geschieht).
4. Rassistische Konnotationen schwingen in der Ansprache mit. So erklärt der Vernehmende, nachdem er eine Zeugenaussage vorgelesen hatte, die dem Vernommenen unterstellt, er hätte „Deutsche“ attackiert: „ZB, Sie sind für unser mitteleuropäisches Verständnis für einen indischen Bürger sehr groß. Daher sind Sie von der Größe her aufgefallen“.<sup>246</sup>

Dass die Polizei Ermittlungen gegen die Inder aufgenommen hat, zeigt auch eine Lichtbildmappe mit Fotos der beim Altstadtffests anwesenden Indern, die wie eine Täter-Mappe angelegt ist. Diese „Mappe mit Indern vom 29.08.2007“ wird Zeugen mit Kommentaren wie diesem vorgelegt: In dieser Lichtbildmappe

„befinden sich die 9 indischen Staatsbürger, die namentlich mit dem 19.08.2007 in Mügeln in Verbindung zu bringen sind. Wenn Sie bestimmte Personen erkennen, geben Sie die entsprechende Lichtbildnummer an und mit was für einen Sachverhalt Sie diese Person in Verbindung bringen!“<sup>247</sup>

Es wurde den Zeugen eine Lichtbildmappe „indischer Personen“ und eine mit dem Titel „Volksfestbeteiligung“, in der sich nur Bilder von Deutschen fanden, vorgelegt. Damit erfolgt die Kategorisierung „Deutsche“ – „Inder“ und „Wir“ (Volksfestbeteiligung) – „Die Anderen“ statt Tatverdächtige/Beschuldigte – Geschädigte. Durch diese fragwürdige nach Nationalität kategorisierende Ermittlungspraxis verschwindet sogar die Tatsache, dass der Gruppe der „Inder“ auch zwei Deutsche (vermutlich ohne Migrationshintergrund) angehörten, von denen mindestens einer auch körperlich attackiert wurde.<sup>248</sup> Die Geschädigten werden zu „den Anderen“, den Nicht-Dazugehörigen (sie hatten sich übrigens auch am „Volksfest“ beteiligt). Zu dem Eindruck, dass die Lichtbildmappe mit Bildern der indischen Geschädigten als Täter-Mappe angelegt wurde, passt die Beobachtung, dass in überraschend vielen Zeugenvernehmungen eine genaue Personenbeschreibung nur bei den Opfern eingefordert wird, bei den Tatverdächtigen dies aber nicht getan oder sogar verhindert wird.

---

246 Vernehmung eines Beschuldigten wegen einer Straftat vom 13.09.2007, Polizeirevier Döbeln PD Westsachsen /Soko Dez. 5, Bl. 001145-001148.

247 Eine Zeugenvernehmung vom 5.09.2007, schriftlich vorgeladen, Polizeiposten Mügeln PD Westsachsen.

248 Der sich aber nach der Attacke mit der anderen Person vorerst absetzte und von den Angreifern – vermutlich weil er kein Ausländer war – nicht weiter verfolgt wurde.



## 5 Abschließende Berichte zu den Ermittlungen

Vor der Übergabe eines Vorgangs an die Staatsanwaltschaft fasst die Polizei üblicherweise ihre Ermittlungsergebnisse in einem Schlussbericht zusammen. In den Polizei-Akten finden sich drei Berichte, welche die polizeilichen Ermittlungsergebnisse abbilden.<sup>249</sup>

### *Der Handlungsablauf/ Sachverhaltsdarstellung der GEG Mügeln (Auswertung)*<sup>250</sup>

Das Dokument „Handlungsablauf/Sachverhaltsdarstellung“ vom 14. September 2007 hat den Anspruch, die Mügeln Ermittlungen zusammenzufassen und stellt eine Vorarbeit für den Schlussbericht des polizeilichen Staatsschutzes vor Übergabe der Akten an die Staatsanwaltschaft dar.<sup>251</sup> Eingangs stellt die GEG Mügeln fest, dass der „als am wahrscheinlichsten angesehen(e)“ Handlungsablauf darstellt werde.<sup>252</sup> Dabei wird der Ablauf nach Uhrzeiten strukturiert: Zwischen ca. 23:30 Uhr bis ca. 24:00 Uhr berichteten

„verschiedene weibliche Zeugen, dass einige der zum Teil angetrunkenen Inder vor dem Festzelt weibliche Stadtfestbesucher sowohl verbal als auch mit Gesten (Mundküsse) bedrängten bzw. belästigten“.<sup>253</sup>

---

249 Erstens ein Dokument „Handlungsablauf/Sachverhaltsdarstellung“ zum „Ermittlungsverfahren der StA Leipzig (608 Js UJS 33226/07: Verfahren „zum Nachteil indischer Staatsangehöriger“) wegen Verdacht des Landfriedensbruch am 18./19.08.2007 in 04769 Mügeln /Stadtfest vom 14. September 2007. Dieses Dokument wurde von der Polizeidirektion Westsachsen, GEG Mügeln (Auswertung, Gremium aus polizeilichen Ermittlungsbehörden und lokaler Politik) verfasst. Zweitens ein „Schlussbericht: Gefährliche Körperverletzung gem. §224 StGB zum Nachteil indischer Staatsangehöriger. Tatzeit 19.08.2007, 0:30 - 2:00 Uhr, Tatort: 04769 Mügeln, Dr.-Friedrichs-Straße (Festzeltgelände / Pizzeria „Piccobello“) vom 28. September 2007. Der Bericht wurde von der Polizeidirektion Westsachsen /Dez. 5 / REA Torgau, das heißt von der übergeordneten Stelle, dem Staatsschutz, verfasst. Und drittens liegt ein zweiter „Schlussbericht“ des Staatsschutzes vom 18. April 2008, der fast deckungsgleich mit dem Schlussbericht vom 28. September 2007 ist, vor.

250 Handlungsablauf/Sachverhaltsdarstellung: Ermittlungsverfahren der StA Leipzig (608 Js UJS 33226/07) wegen Verdacht des Landfriedensbruch am 18./19.08.2007 in 04769 Mügeln (Stadtfest), PD Westsachsen, GEG Mügeln(Auswertung), Sb: Müller(KHM), unterzeichnet i.A. Orłowski, v. 14.09.2007, S. 1-3, Bl.001157-001159.

251 Die sog. „Auswertung“ der GEG Mügeln ist nicht wie übliche polizeil. Berichte oder Protokolle formatiert.

252 Handlungsablauf/Sachverhaltsdarstellung GEG Mügeln, S. 1.

253 Ebenda.

Zwischen ca. 0:00 Uhr und 0:30 Uhr hätten sich die Belästigungen im Festzelt fortgesetzt. „Ältere und jüngere Festzeltbesucher“ seien von den Indern „bedrängt und angerepelt“ worden, trotz Aufforderung dies zu unterlassen, „führen (die Inder – B.S.) in ihrem Tun fort“. Daraufhin wurden sie von „deutschen Jugendlichen (...) zurückgeschubst“. Zwei „weibliche Personen“ wurden sexuell belästigt: Eine „gegen ihren Willen durch einen Inder zum Tanzen umfasst“, „eine(r) weitere(n) jüngere(n) weibliche(n) Person (wurde) von einem Inder einen Klaps auf ihren Hintern“ gegeben.<sup>254</sup> Auch der „tatverdächtige Q.“ wurde angegriffen und sexuell belästigt. Wegen Rempelen auf der Tanzfläche „wurden die Inder aufgefordert das Festzelt zu verlassen, um eventuellen ‚Ärger‘ zu vermeiden.“<sup>255</sup>

Zwischen ca. 00:30 Uhr bis ca. 0:45 Uhr seien die Inder schließlich doch der Aufforderung der Deutschen das Festzelt zu verlassen gefolgt. Vor dem Zelt hatte „der tatverdächtige Q. (...) glaubhaft (...) eine verbale Auseinandersetzung mit einem Inder.“<sup>256</sup> Es entstand eine Rangelei zwischen dem Inder und Q. Er setzte „sein mitgeführtes Pfefferspray gegen den oder die Inder ein(...), da er nach eigenen Angaben von einem Inder mit Schlägen angegriffen wurde.“<sup>257</sup> Als ein Inder von „deutschen Jugendlichen“ gegen eine Biertischgarnitur geschubst wurde, nahm dieser „in der Folge eine Flasche auf, zerschlug diese und setzte sie als Waffe gegen die deutschen Jugendlichen ein“.

„Unstrittig ist, dass als Folge dieser ersten Auseinandersetzung zwei bis drei weitere Inder (...) leere Flaschen (...) zerschlugen, um sie anschließend als Waffe gegen die Gruppe der deutschen Jugendlichen einzusetzen. In diesem Zusammenhang berichteten mehrere Zeugen, dass die Inder die deutschen Jugendlichen angriffen. Auch wird berichtet, dass Flaschen und Biergläser gegenseitig als Wurfmittel eingesetzt wurden. In Folge dieser Auseinandersetzung werden mehrere deutsche Jugendliche und Inder verletzt.“

Um sich einer Fortführung dieser Auseinandersetzung zu entziehen entfernten sich vier bis fünf Inder vom Zeltingang und begeben sich in Richtung der Pizzeria. Diese Inder werden nicht verfolgt. Jedoch werden zwei der mit zerbrochenen Flächen

---

254 Ebenda. Da in dem Dokument weder Namen der Zeugen, noch Daten entsprechender Zeugen-  
aussagen noch Blattnummern in den Akten angegeben werden und somit nicht geprüft werden  
kann, ob sie überhaupt existieren, bleiben die Ausführungen unbelegt. Ich habe keine Zeugen-  
aussagen in den Akten gefunden, die von einer körperlichen Belästigung sprechen. Wie oben  
beschrieben gibt es Zeuginnen, die angeben, sie seien von Indern „angemacht“ worden.

255 Ebenda, S. 1f.

256 Ebenda, S. 2.

257 Ebenda.

bewaffneten Inder (...) von bisher unbekanntem deutschen Jugendlichen verfolgt und durch diese zusammengeschlagen bzw. –getreten.“<sup>258</sup>

Zwischen ca. 00:45 Uhr bis ca. 01:00 Uhr wurde ein Inder „von mehreren unbekanntem deutschen Jugendlichen verfolgt und (...) massiv angegriffen“. Der Verletzte wurde „nach diesem Angriff durch mehrere Stadtfestbesucher erstversorgt“ und danach ins Krankenhaus gebracht.<sup>259</sup> Zwischen ca. 01:15 Uhr und ca. 02:15 Uhr „sammelte sich eine größere Menschenmenge vor dem Eingang der Pizzeria“, in die sich „die Inder (...) begeben hatten (...) Aus dieser Menschenmenge heraus wurde durch teilweise bekannte Täter sowohl Sachbeschädigungen (...) begangen, als auch fremdenfeindliche Parolen skandiert.“<sup>260</sup> Polizeibeamte vereitelten ein Eindringen von

„bisher unbekanntem(n) Täter(n)“ in die Pizzeria. „In diesem Zusammenhang wurde der Pkw (...) (Inhaber der Pizzeria), (...) erheblich beschädigt. Nach Eintreffen der Polizei gegen 01:50 Uhr, wurden auch diese durch mehrere unbekanntem Täter mit Flaschen und Bänken beworfen.“<sup>261</sup>

Resümee: Die GEG Mügeln hat eine Geschichte geliefert, welche die Tatverdächtigen entlastet und die Geschädigten, die Inder, im Prinzip schuldig an Gewalttaten gegen sie und gegen die Polizei, spricht.<sup>262</sup> Es zeigen sich dieselben Kategorisierungen des Geschehens (Deutsche = gut, setzten sich zur Wehr; Ausländer = schlecht, aggressiv, kriminell etc.), welche die Radikale Rechte im öffentlichen Diskurs artikuliert.<sup>263</sup> Die Inder werden als provokant, sexuell aggressiv, gewalttätig – als typische Täter – identifiziert, die „deutschen Jugendlichen“ hingegen als Opfer und als „Rächer“.<sup>264</sup> Hierbei werden weder Fremdenfeindlichkeit/Rassismus noch Rechtsextremismus thematisiert. Eine Gegen-Darstellung zu diesem „Handlungsverlauf“ findet sich in den polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Akten nicht.

---

258 Ebenda.

259 Ebenda, S. 2 f.

260 Ebenda, S.3.

261 Ebenda.

262 Wie auch in Zeugenvernehmungen durch Polizeibeamte souffliert (vgl. oben). Es ginge hier nicht um Rechtsradikale oder Gewalt gegen Inder, sondern um den Anlass: Die Inder hätten das selbst provoziert – und sind somit die eigentlich Schuldigen.

263 Vgl. hierzu den Teil „Radikale Rechte“ im Folgenden.

264 „Selbstjustiz“ heißt es dann von CDU-Abgeordneten – der dieser Narrative Glauben schenkt – in der Landtagsdebatte darf es im Rechtsstaat nicht geben. Vgl. Teil „Regionale Politik.“

*Die Schlussberichte des polizeilichen Staatsschutzes*<sup>265</sup>

Im Schlussbericht des polizeilichen Staatsschutzes werden hingegen sowohl Teile der GEG-Mügeln-Narrative als auch Bestandteile der Anfangsdarstellungen der Polizei (erster öffentlicher Bericht) integriert. So entsteht eine integrative Narrative, die wie eine poröse Brücke zwischen der vor Ort entstandenen und durch die lokalen Ermittlungsziele gespeisten Story und den regionalen, nationalen und internationalen Aufklärungs-Anforderungen fungiert. Rechtsextreme sind kein Thema, Fremdenfeindlichkeit bleibt eine unbestimmt „aus der Menge“ gerufene Randnotiz. Der Schlussbericht schlägt einen Bogen zurück zur ersten Presseerklärung vom 22. August 2007, in der die Grundzüge dieser Narrative schon erkennbar sind. Darüber hinaus hat sich – wenn auch nicht eine komplette Täter-Opfer-Umkehr – so doch eine deutliche Verschiebung zuungunsten der Geschädigten vollzogen: Die Inder werden als zum Teil mit-schuld an dem Vorfall dargestellt.

Im Schlussbericht werden sechs Inder als geschädigte Personen aufgeführt, als Tatverdächtige werden vier Deutsche genannt.<sup>266</sup> Der Bericht des polizeilichen Staatsschutzes ist in drei Teile untergliedert und gibt dem Geschehen damit seine eigene (Erklärungs-)Struktur: Erstens Vorgänge im Festzelt, zweitens Vorgänge vor dem Festzelt und drittens Vorgänge vor der Pizzeria. Die hier etablierte Logik schließt die Konklusion, es handele sich um einen „Übergriff“ (von Rechtsextremen oder anderen Gruppen) aus. Erstens wird eine „Auseinandersetzung“ „zwischen deutschen Personen und einer Gruppe von ca. 6 indischen Besuchern“ „im Festzelt“ beschrieben: Auf der Tanzfläche sei es zu gegenseitigen „Schubereien“ gekommen, woraufhin den Indern vermittelt wurde, dass sie dies „unterlassen sollen“.<sup>267</sup> Daraufhin beendeten

„die Inder (...) das Tanzen im Festzelt und begaben sich nach draußen. 4-5 deutsche Staatsangehörige folgten ihnen. (...) Um die Inder bildete sich ein Kreis aus deutschen Jugendlichen, wobei drei sofort auf die Inder zuzogen und diese mit Fäusten schlugen. Dabei fiel ein Inder zu Boden. In der weiteren Folge gingen weitere Inder in Richtung der Blumenkästen und entnahmen dort vermutlich abgelegte Bier- bzw.

265 Schlussbericht: Gefährliche Körperverletzung gem. § 224 StGB zum Nachteil indischer Staatsangehöriger, 19.8.2007, 0:30-2:00 Uhr, Mügeln, Dr.-Friedrich-Straße (Festzelgeländer/Pizzeria „Piccobello“) vom 28.09.2007, PD Westsachsen /Dez. 5/REA Torgau, S. 1-8, Bl. 001160-001167.

266 Vgl. ebenda, S. 2-4. Eine fünfte Person wurde als Täter festgestellt, der Fall J. ist bereits abgetrennt.

267 Ebenda, S. 1.

Weinflaschen, schlugen die Flaschenhalse ab und rannten mit diesen zielstrebig zu den Deutschen, die auf den am Boden liegenden Inder eintraten.“<sup>268</sup>

„Gemäß den Einlassungen des Q. stellte sich die Sachlage jedoch anders dar“ – nun wird die Story der GEG Mügeln, d.h. der die Inder belastende Handlungsverlauf nacherzählt.<sup>269</sup> Dann wird berichtet, dass die Inder sich in die Pizzeria zurückzogen. „Ein weiterer Inder welcher vom Festzelt wegrannte wurde (...) von deutschen Jugendlichen eingeholt und geschlagen.“ Insgesamt seien "die Inder" „auf dem Weg zur Pizzeria (...) durch ca. 50 Personen verfolgt“ worden. „Unter den 50 Personen befanden sich auch neutrale Gäste des Altstadtfestes.“<sup>270</sup> Wer die nicht neutralen Gäste waren, wird nicht gesagt – waren es Rechtsextreme oder Personen, die nicht in „die Auseinandersetzung“ verwickelt waren? Notiert wird, dass bei der Pizzeria aus der Menschenmenge heraus „ausländerfeindliche Parolen (...) wie: ‚Ausländer raus‘, ‚Deutschland den Deutschen‘, ‚Türkenschweine‘ und ‚Nationaler Widerstand‘“<sup>271</sup> gerufen wurden. Hier wird zwar auch die Parole „Nationaler Widerstand“ zitiert, die keine ausländerfeindliche Parole, sondern eine rechtsextreme ist<sup>272</sup> – es wird aber keine Erkenntnis daraus abgeleitet.

„Während die Parolen lautstark gerufen wurden, entnahm der TV J. ein Gitter (...) und warf dieses gegen die Scheibe der Pizzeria, welche dadurch zu Bruch ging. Innerhalb von Zeugenvernehmungen wird bekannt, dass mehrere deutsche Jugendliche vorab versuchten, diese Scheibe der Pizzeria mittels Fußtritten einzutreten.“<sup>273</sup>

Abschließend wird beschrieben, dass die Polizei die Menge zurückdrängen konnte und dass „Gegenstände, wie Flaschen, Biergarnituren in Richtung der Polizeibeamten“ flogen. Dabei seien zwei Polizeibeamte sowie Besucher des Altstadtfestes verletzt worden.<sup>274</sup> Dem Bericht sind eine Liste mit Namen von Geschädigten und Beschuldigten, sowie Zeugenaussagen der Geschädigten, weitere (die Tatverdächtigen) „belastende Zeugenaussagen“, sowie Aussagen der Beschuldigten beigefügt.<sup>275</sup> Die Ermittlungen sollten zum 1. Oktober 2007 an die

---

268 Ebenda.

269 Vgl. ebenda S.2. „In der weiteren Folge versuchten die Inder, da sie nach Zeugenangaben in der Unterzahl waren, sich zur ca. 20 m entfernten Pizzeria (...) zu begeben. Auf diesem Weg hielten sie immer noch Flaschenhalse in den Händen, um eine Distanz zu den deutschen Jugendlichen zu schaffen.“

270 Ebenda.

271 Ebenda.

272 Die anderen Parolen können sowohl fremdenfeindlich, rassistisch als auch rechtsextrem sein.

273 Ebenda.

274 Vgl. ebenda.

275 Vgl. ebenda, S. 2-8.

Staatsanwaltschaft Leipzig übergeben werden.<sup>276</sup> Da ein zweiter Schlussbericht (nur leicht verändert) am 18. April 2008 verfasst wird, gehe ich davon aus, dass eine Überarbeitung des Berichts vorgenommen wurde und erst im Anschluss daran die Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft übergangen.<sup>277</sup> Der überarbeitete Schlussbericht vom April 2008 bleibt im Text exakt gleich. Ergänzt sind die Ausführungen zu den Tatverdächtigen, die sich von vier (weil abgetrennt J. – sonst fünf) auf sechs (bzw. sieben) erhöht haben. Allerdings fehlen auch im neuen Bericht weiterhin Tatverdächtige, die in der Tatnacht aufgenommen und zum Teil auch im Akten-Register geführt werden (das sind insgesamt dreizehn).<sup>278</sup>

## 6 Reflexion und Fazit

Die vielfach fast „zärtliche“ Vernehmungspraxis bei den Tatverdächtigen und Bemerkungen in den Akten deuten darauf hin, dass an den Mügeln Ausschreitungen die eigenen Kinder oder die Kinder von Bekannten und Kollegen beteiligt waren oder zumindest ein deutliches „Mitgefühl“ gegenüber dem allgemeinen Schicksal der Tatverdächtigen (und weniger gegenüber dem der Opfer) herrschte. Einfühlsame Protokolle findet man etwa beim Tatverdächtigen Q., der als Jugendlicher stets mit der „Mutsch“ oder „Mutti“ auf der Polizeistation erscheint und ausführt, er sei das älteste von vier Kindern seiner alleinerziehenden Mutter, für die er eine große Hilfe sei.<sup>279</sup>

Die Nähe der Tatverdächtigen zur Polizei wird nicht nur durch die Art der Vernehmung deutlich, einige Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, berichten auch ganz konkret von ihrer Vertrautheit mit Polizeibeamten. So erzählt ein Tatverdächtiger, dass er von einem ihm bekannten Polizisten di-

---

276 Ebenda, S. 8. Am Ende des Berichts heißt es: „Mit dem Stand der Ermittlungen und nach Rücksprache mit dem zuständigen Staatsanwalt gelangt der Vorgang am 01.10.2007 zur Staatsanwaltschaft Leipzig (...) zur weiteren Veranlassung.“

277 Das Datum liegt nicht mehr in meinem Untersuchungszeitraum der Phase 1+2 (bis 1.02.2008), sondern in Phase 3, in der ich lediglich die Narrativbildung bzw. Erinnerung der betrachteten Akteure beleuchte.

278 Vgl. Anzeige einer Straftat vom 19.08.2007, PD Westsachsen/Dez. 5./REA Torgau, S. 1-5, S. 3-5; TV-Register am Ende der 3. Polizei-Akte, Bl. 001026-001136. Ergänzt sind auch die Zeugenaussagen der Geschädigten, sowie Anzahl und Erläuterungen der belastenden Zeugenaussagen, die Einlassungen der Beschuldigten, sowie Informationen zu (unergiebigem) Spurenauswertungen. Der Bericht endet mit der Zeile: „Mit dem Stand der Ermittlungen und telefonischer Absprache mit dem StA (...) erfolgt eine Abgabe der Ermittlungsakte. Weitere polizeiliche Maßnahmen sind trotz Abgabe durchzuführen. Ebenda, S. 12.“

279 Vgl. BV Q vom 23.08.2007, 2. BV Kietzmann vom 25.08.2007, 3. BV Kietzmann vom 12.09.2007, Bl. 001050-001055, 001058-001072, 001076f.

rekt angesprochen wurden („Geh’ nach Hause“). Auch geben Beschuldigte unter Erläuterungen zu ihrer „persönlichen Entwicklung“ etwa an, dass ihr „Großvater (...) Streifenpolizist im VPKA Oschatz“ war und ihr „Cousin (...) in Dresden ebenfalls Polizist“ sei.<sup>280</sup> Und ein Aktenvermerk verrät wie kurz die Wege der Polizei zu Tatverdächtigen sein können: So wird vermerkt, dass die Telefonnummer eines Tatverdächtigen über die Mutter, die eine „Polizistin“ sei, eingeholt wurde.<sup>281</sup> Interessant (weniger für die Analyse und Beurteilung der Polizei, sondern für den Umgang mit /die Akzeptanz der Rechtsradikalen in der Gemeinde) ist auch, dass einige Zeugen betonen, dass sie „vorurteilsfrei“ sind, wenn Sie meinen, dass Sie nicht von Rechtsradikalen sprechen bzw. diese nicht für die Ausschreitungen verantwortlich machen wollen. Gemeint ist, dass Rechtsradikale anwesend und beteiligt waren, diese aber als ganz normale Personen Teil der Gemeinschaft sind und durch die berichtende Person nicht negativ (noch positiv), sondern vor allem als „normal“ bewertet werden. Folgendes Beispiel veranschaulicht diese Haltung:

Frage Polizei: „Konnten Sie in dem Chaos (...) Wahrnehmungen machen?“

Antwort: „Ja. Ich hörte von sehr weit weg wie jemand rief ‚nationaler Widerstand‘, wobei ich den Zusammenhang nicht verstanden hatte.“

Frage: „Sind Ihnen auf dem Stadtfest Personen aufgefallen, welche einer Gruppierung zu zuordnen sind?“

Antwort: „Nein. Ich bin in diesem Punkt vorurteilsfrei und mir ist auch nichts aufgefallen. Es war für mich ein gemischtes Publikum.“<sup>282</sup>

Zudem fällt auf, dass bereits ab Ende August durch Zeugen auf die Berichterstattung über den Fall referiert wird. Anders als die unmittelbaren Zeugen wissen einige der späteren Zeugen nicht mehr, ob sie die Dinge selbst erlebt haben, von anderen gehört oder aus den Medien „kennen“. Charakteristisch ist die Aussage: „Ich weiß nicht ob ich das aus den Medien habe oder von wem (...)“.<sup>283</sup> Insgesamt zeigte sich, dass die Ermittlungsbehörden einen rechtsextrem und fremden-

280 Vernehmung eines Beschuldigten wegen einer Straftat, I., vom 25.08.2007 ...

281 „Telefonnummer (...) wurde über die Mutter (Polizeibeamtin) (...) erlangt.“ Polizei-Akte 3, Bl. 001118, Aktenvermerk vom 29.08.2007 (KOK AC), unterzeichnet PHM AD. Die Angabe einer Zeugin, sie hätte den Bürgermeistersohn einer nahe liegenden Gemeinde unter den Gewalttätern erkannt, scheint nicht zu weiteren Ermittlungen zu führen. Es finden sich keine Vermerke, dass diesem Hinweis nachgegangen wurde.

282 Zeugenvernehmung Polizeirevier Oschatz, PD Westsachsen / Komm. 33 vom 25.09.2007 (Person vom Sicherheitsdienst).

283 ZV MA, Polizeirevier Oschatz v. 28.08.2007, Bl. 000848-855. Dass die gleiche Person, die das bereits zu bedenken gegeben hatte, dann eine Woche später aussagt, die Inder hätten mit abgebrochenen Bierflaschen angegriffen, wird nicht weiter hinterfragt. Vgl. ZV MA, Rathaus Mügeln v. 5.09.2007, Bl. 000856-000858.

feindlich motivierten Fall vertuschten. Die Opfer wurden zu Tätern stilisiert, Zeugen eingeschüchtert und Ermittlungen gegen Tatverdächtige stümperhaft geführt. Tabelle 2 fasst die (kommunizierte) Problemanalyse zusammen und zeigt, was bewusst unterschlagen wurde (umseitig).

Es konnte gezeigt werden, dass Polizei/Staatsschutz in der Bearbeitung des Falls die folgenschwere Kategorisierung „Inder/Ausländer“ versus „Deutsche“ festsetzt, wobei sogar die Tatsache ignoriert wird, dass zu der „Gruppe der Inder“ auch zwei deutsche Staatsangehörige gehörten. Diese Kategorisierung „Deutsche“ – „Ausländer/Inder“ statt „Geschädigte/Opfer“ – „Tatverdächtige“ bzw. „Täter“ führt zu einer Schuldumkehr und wird ansonsten nur vom Akteur „Radikale Rechte“ eindeutig betrieben. Allerdings gelingt es dem Akteur Polizei/Staatsschutz, diese Kategorisierung des Geschehens auch in Vernehmungen unabhängiger Zeugen verbal durchzusetzen: Auch Zeugen, die von rechtsradikalen Gewalttätern sprechen, widersprechen selten den eine Klärung des Tatverlaufs unterlaufenden Nachfragen der Polizei nach „Deutschen“ und „Indern“.<sup>284</sup> Resümiert werden muss, dass die Arbeit der Ermittlungsbehörden durch bewusste Fehlinformation der Öffentlichkeit ebenso wie durch konzeptionelle (möglicherweise unbewusste ethnozentrische) Vorstrukturierung der Debatte eine rechtsradikale Deutung des Falls anregte.

---

284 Es gibt aber auch einzelne Zeugen, die dieser Kategorisierung widersprechen und sagen, dass sie die Opfer nicht zuerst/vornehmlich als „Inder“ und die Täter nicht vornehmlich als „Deutsche“ wahrgenommen hätten.



Tabelle 3: Problemanalyse

| <i>(Angebliches)Problem</i>  | <i>(Angebliche) Folge</i>   | <i>Unterschlagen wird</i>   |
|--|---|---|
| <p>Inder benehmen sich schlecht im Festzelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- belästigen Frauen und Männer sexuell.</li> <li>- haben einen ausladenden Tanzstil/ Rempeln auf der Tanzfläche.</li> <li>- sind betrunken.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufforderung an Inder, das Zelt zu verlassen durch Deutsche, die das schlechte Benehmen der Inder nicht hinnehmen.</li> <li>- Nach mehrmaliger Aufforderung verlassen die Inder schließlich das Festzelt.</li> </ul>                               | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Rechtsextreme drohten der Gruppe aus ideologischen Gründen, sie sollten das Zelt verlassen.</li> <li>- Rechtsextreme folgten der Gruppe vor das Festzelt.</li> <li>- Es gehörten auch Deutsche zur „Gruppe der Inder“.</li> </ul>  |
| <p>Inder verletzen Deutsche durch abgebrochene Flaschen vor dem Festzelt.</p>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Deutsche wollen sich an den Indern rächen, gehen auch auf die Inder los, verletzen einige und folgen ihnen.</li> <li>- Es versammelt sich eine Menge aus in die Auseinandersetzung verwickelten und weiteren Menschen vor der Pizzeria.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Rechtsextremen gingen auf die Gruppe los, traten am Boden liegenden Inder, riefen ausländischerfeindliche, rassistische und rechtsextreme Parolen.</li> <li>- Die Inder flüchten aus Angst in die Pizzeria.</li> <li>- Es kamen immer mehr (über Handy herbeigerufene) Rechtsextreme aus den umliegenden Dörfern, um sich an den Ausschreitungen zu beteiligen.</li> </ul> |
| <p>Menschenmenge ist aufgebracht.</p>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Daher fliegen auch Gegenstände in Richtung der Polizei.</li> <li>- Es werden Polizisten und weitere Personen verletzt.</li> <li>- Es werden Delikte wie Sachschaden u. Landfriedensbruch begangen.</li> </ul>                                      | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die öffentliche Ordnung und Sicherheit können vorübergehend durch die Polizei nicht aufrechterhalten werden.</li> <li>- Es herrscht eine pogromähnliche Stimmung, in der Gefahr für Leib und Leben der Inder und der Polizisten besteht.</li> <li>- Erst nach Eintreffen von Verstärkung kann die Polizei die Situation unter Kontrolle bringen.</li> </ul>                    |
| <p>Es ergibt sich die Einschätzung: Die Inder haben ein gewalttätiges Szenario in Mügeln provoziert.</p>   | <p>Es ergibt sich die Einschätzung: Es handelt sich um einen rechtsextremen und fremdenfeindlichen Vorfall.<sup>285</sup></p>   |   |

285 Selbst wenn die Vorwürfe der Täter und Zeugen aus deren Umfeld zuträfen, dass die Inder aggressiv tanzten etc. wäre es eine rechtsextreme bzw. fremdenfeindliche Reaktion auf den entsprechenden Auslöser.

## 7 Der Fall als Referenz (Phase 3)

Wie die Narrative der Sicherheitsbehörden sich weiterentwickelt, zeigt der Blick auf Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes im Jahr 2008: In einem außer der Reihe und in Reaktion auf mehrere brisante rechtsradikale Ereignisse (Gewalttaten, Wahlerfolge) im August 2008 herausgegebenen „Handlungsleitfaden für den wehrhaften Umgang mit Extremisten“ stellen die Herausgeber, die Vorsitzenden des Verfassungsschutzamtes Sachsen und Brandenburg, zwar fest, dass „in Sachsen und Brandenburg (...) der Rechtsextremismus zurzeit die größte Herausforderung für die demokratische Gesellschaft“<sup>286</sup> darstellt. Der Fall Mügeln wird aber, entsprechend der Deutung von Polizei und Staatsschutz, nicht unter der Kategorie „Rechtsextremismus“ wahrgenommen. Im Gegenteil: Die Durchsicht des Sächsischen Verfassungsschutzberichtes zum Jahr 2007 ergibt, dass der Fall Mügeln unter „politisch motivierte Kriminalität rechts“ nicht erwähnt wird. Stattdessen vermerkt der sächsische Verfassungsschutz im Teil „Ausländerextremismus“ erst- und einmalig „Indischen Extremismus“ in Sachsen. Dabei führt er die Sikh-Organisationen „International Sikh Youth Federation (ISYF)“ und „Babbar Khalsa International (BK)“ auf. Eine Mitgliedschaft in diesen als extremistisch und aggressiv-gewalttätig bezeichneten Organisationen unterstellte (nur!) die NPD<sup>287</sup> den indischen Opfern in der Debatte über den Fall Mügeln.<sup>288</sup> Es entsteht der Eindruck, der sächsische Verfassungsschutz stütze sich bei seinen Ermittlungen auf die abstruse Weltansicht der Radikalen Rechten.

---

286 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), August 2008, S. 7.

287 Vgl. meine Analyse zur Großen Anfrage der NPD im Teil „Radikale Rechte“.

288 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2008, S. 43. Im Verfassungsschutzbericht wird behauptet: Diese Organisationen treten von Sachsen aus für die Errichtung eines unabhängigen Staates „Khalistan“ auf dem Gebiet des indischen Bundesstaates Punjab ein. In Sachsen wären ein entsprechender, extremistischer Verein in Leipzig und Chemnitz angemeldet. Beide Organisationen befänden sich auf der Liste terroristischer Personen und Organisationen des Rates der Europäischen Union.

### III. Lokale Politik

#### 1 Interpretation und Problemanalyse (Phase 1)

In seinen ersten Stellungnahmen zum Fall meint Bürgermeister Gotthard Deuse, dass es keine „Rechtsextremisten“ in Mügeln gebe und dass, falls der Vorfall rechtsextrem motiviert gewesen sei, die Täter von außerhalb kommen müssten.<sup>289</sup> Deuse glaubt, dass „von einem rechtsradikalen Lager in Mügeln“ nicht die Rede sein könne, dass es allerdings „Rechte“ in Mügeln gebe „wie in anderen Orten auch“.<sup>290</sup> Der Bürgermeister betont, dass „die Rechten (...) nie Thema gewesen“ seien und beklagt, dass „Rechtsextremismus in Mügeln“ jetzt, nach dem Vorfall, das einzige Thema in der Stadt und in ganz Deutschland sei.<sup>291</sup> Er sagt in diesem Zusammenhang auch, dass sich Mügeln einen „guten Ruf“ erarbeitet habe. Das Thema „Fremdenfeindlichkeit“ wird durch den Bürgermeister nicht thematisiert, stattdessen wird das Thema „Rechtsextremismus“ ablehnend fixiert.

Einem Journalisten der *Financial Times Deutschland* sagte Bürgermeister Deuse am 22. August 2007, nur drei Tage nach dem Ereignis, angesprochen auf die „Ausländer-raus“-Rufe während des Übergriffs in Mügeln: „Solche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen“.<sup>292</sup> Eine selbstständige Thematisierung von Fremdenfeindlichkeit in Bezug auf den Fall findet sich nicht. Stattdes-

---

289 Vgl. *Faz-net* vom 20.08.2007: „Hetzjagd auf Inder. ‚Hier gibt es keine Rechtsextremen‘“. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/hetzjagd-auf-inder-hier-gibt-es-keine-rechtsextremen-1459111.html> (15.12.2011); Statements von Vertretern des Mügeln Rathauses in *spiegel-online* vom 20.08.2007: „Rasender Mob jagt Inder – Mügeln unter Schock.“ Von Phillip Wittrock; TV-Sender MDR vom 20.08.2007. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,500884,00.html> (14.4.2011).

290 Deuse zitiert in der *Süddeutsche Zeitung* vom 25.08.2007: „Nach den ausländerfeindlichen Angriffen in Mügeln: ‚Auf das, was jetzt passiert, waren wir nicht vorbereitet‘. Eine Stadt gegen den Rest der Welt“. Von Christiane Kohl, S. 3.

291 *Die Welt* vom 23.08.2007: „Vorschlag von Sigmar Gabriel. Mügeln soll Stadtfest für alle Ausländer geben“. Von Uta Keseling.

292 *Financial Times Deutschland* vom 22.08.2007: „Jagd auf Inder löst Debatte über Rassismus aus.“ Von Lenz Jacobsen.“ Im FTD Print-Archiv unter: <http://www.ftd.de/print-archiv/?artID=1457114> (12.12.2011). Ohne sich von seinem Ausspruch zu distanzieren, betont Deuse später, er sei böswillig zitiert worden. Vgl. Deuses Erklärungen hierzu in der *Jungen Freiheit* unten.

sen werden in der öffentlichen Mitteilung von Bürgermeister und Stadtrat „Berichte, wonach Ausländern in Mügeln eine latente oder offene kollektive Fremdenfeindlichkeit entgegenschlage (...) zurückgewiesen“.<sup>293</sup> Statt zur Beschreibung des Vorfalls findet sich der Begriff „Fremdenfeindlichkeit“ im Zusammenhang mit der Medienberichterstattung über den Fall Mügeln: So wird die Darstellung der Mügeln durch die Medien als „fremdenfeindlich“ bezeichnet, und damit den Medien Fremdenfeindlichkeit gegenüber den Mügeln unterstellt.<sup>294</sup>

Neben dem Vorwurf, die Medien würden Mügeln kollektiv als fremdenfeindlich und rechtsextrem „vorverurteilen“, beklagt Deuse, die Berichterstattung sei insgesamt unfair gegen seine Person und die Stadt Mügeln. So bekundet er in der Presse, dass er die verletzten Inder im Krankenhaus besucht habe – und beklagt dabei, dass die Medien dies nicht berichten würden.<sup>295</sup> Zudem bringt er ein weiteres Motiv in die Debatte ein, das später auch von anderen Akteursgruppen (der Radikalen Rechten und vorerst auch der Regionalen Politik) aufgegriffen wird: Er diskreditiert die Berichterstattung als insgesamt verlogen, weil von einer „Hetzjagd“ auf die Inder gesprochen werde, obwohl die Strecke der Verfolgung nur einige Meter betragen haben soll. So sagt er *Focus-online*: „Mir schwillt der Kamm, wenn ich lese, die Inder seien durch die ganze Stadt gehetzt worden. Dabei sind es von dem Festzelt bis zu der Pizzeria nur 30 Meter.“<sup>296</sup>

In Interviews mit Journalisten wiegelt Deuse den Vorfall mit Worten ab wie „Es kann auf jedem Volksfest so was geben, und Mügeln hat es eben mal getroffen“<sup>297</sup> und „Wenn die Inder nicht dagewesen wären, hätten sich vermutlich Deutsche untereinander geprügelt“<sup>298</sup>. In der öffentlichen Mitteilung – die aufgrund des erheblichen öffentlichen und politischen Drucks verfasst worden ist – zeigen sich Deuse und der Stadtrat „erschüttert über (...) die Ausschreitungen“. Sie „verurteilen diese Geschehnisse“.<sup>299</sup> Festgestellt wird dabei nicht, was genau

293 Öffentliche Mitteilung vom 22. August 2007.

294 Ebenda.

295 Die Klage ist allerdings unberechtigt, ich habe zahlreiche Erwähnungen und auch Bilder über den entsprechenden Besuch Deuses in den Medien gefunden. Doch der Bürgermeister beharrt darauf, er würde insgesamt von Medienvertretern falsch verstanden und nicht richtig wiedergegeben. Er wird mit der entsprechenden Klage u.a. in der *Welt* vom 23.08.2007 zitiert: „Warum sich der Bürgermeister in Mügeln nach den Übergriffen auf Ausländer falsch verstanden fühlt. Hassbriefe aus aller Welt.“ Von Uta Keseling. [http://www.welt.de/welt\\_print/article1127468/Hassbriefe\\_aus\\_aller\\_Welt.html](http://www.welt.de/welt_print/article1127468/Hassbriefe_aus_aller_Welt.html) (15.12.2011).

296 *Focus-online* vom 22.08.2007: „Bürgermeister: ‚So was machen Mügeln nicht‘“. Von Iris Mayer. [http://www.focus.de/politik/deutschland/buergermeister\\_aid\\_130220.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/buergermeister_aid_130220.html) (15.12.2007).

297 TAZ vom 22.08.2007: „Übergriffe in Sachsen. ‚Da haben Glatzen gewartet‘“. Von Michael Bartsch. Ebenso taz-net vom 21.08.2007. <http://www.taz.de/!3428/> (15.12.2007).

298 FAZ vom 22.08.2007: „Ausländerfeindlichkeit. Mügeln und der Mob.“ Von Reiner Burger. (wie oben).

299 Öffentliche Mitteilung ...

erschütternd und verurteilenswert ist. Der Stadtrat „distanziert“ sich schlicht „von der Gruppe der Randalierenden und ihren Parolen“<sup>300</sup>. Der fremdenfeindliche Gehalt der „Parolen“ einer bestimmten Gruppe wird nicht erwähnt, ebenso wenig Verursacher oder Opfer der „Randale“. Denkbar ist, dass sowohl die Gruppe der Inder, als auch die der Deutschen mit Randalierern gemeint ist, möglicherweise auch beide. Darüber hinaus wirkt die Wortwahl „Randalierer“ – synonym zu „Störenfried“, „Unruhestifter“, „Rohling“, auch zu „gewalttätiger Bursche“<sup>301</sup> – verharmlosend, geht es doch darum, dass nicht Sachen beschädigt, sondern Menschen (wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe) angegriffen wurden und pogromartige Zustände<sup>302</sup> herrschten. Zudem werden weder das Kräfteverhältnis (Größe der Angreifergruppe), noch das Ausmaß der Gefahr für Leib und Leben benannt. In Gesprächen mit Journalisten sagt Deuse ähnlich unspezifisch: „(...) ich verabscheue zutiefst, was da passiert ist“<sup>303</sup> – was genau passiert ist und wer dafür verantwortlich ist, sagt er nicht.

Schließlich wird versichert, der Stadtrat werde in Zukunft stärker „gegen jede Art von Gewalttätigkeit“<sup>304</sup> vorgehen. Damit wird abermals weder auf Fremdenfeindlichkeit noch auf Rechtsextremismus als Problem eingegangen – sondern von allgemeiner, unpolitischer Gewalttätigkeit gesprochen. Dabei lässt der Begriff „Gewalttätigkeit“ noch breitere Interpretationen zu als das Wort „Gewalttäter“ – weil durch ihn nicht einmal „Täter“ assoziiert werden, nur eine schwelende Aggressivität. Problematisch ist auch hier die Ambivalenz der Aussage: So kann gemeint sein, dass die Stadt gegen allgemeine „Gewalttätigkeit“ vorgehen wird, unabhängig davon wie die Gewalt motiviert war und damit unabhängig von der (ausstehenden) Einordnung des Vorfalls. Die Aussage kann aber auch bedeuten, dass die beiden in den Vorfall verwickelten Gruppen gleichsam Aggressoren waren: So kann sie implizieren, dass sowohl gegen die (angeblich) gewalttätige Gruppe der Migranten/Inder als auch gegen die gewalttätige Gruppe der gebürtigen Mügelner/Sachsen vorgegangen werden muss. Nach dieser Interpretation hätten Deuse und der Stadtrat die Handlungen von Opfern und Tätern gleichgesetzt.

Die Grundaussagen der öffentlichen Mitteilung wiederholt der Bürgermeister bei dem von der evangelischen Kirche organisierten Friedensgebet „gegen

---

300 Ebenda.

301 Ethymologisches Wörterbuch, Synonyme Lexikon, Stichwort „Randalierer“. <http://synonyme.woxikon.de/synonyme/randalierer.php> (18.04.2011).

302 Vgl. Teil „Polizei und Staatsschutz“ (Interne Berichte), sowie den ersten Urteilspruch (Richter Denk).

303 Deuse zitiert in der *Süddeutsche Zeitung* vom 25.08.2007: „Nach den ausländerfeindlichen Angriffen in Mügeltn: ‚Auf das, was jetzt passiert, waren wir nicht vorbereitet‘. Eine Stadt gegen den Rest der Welt“. Von Christiane Kohl, S. 3.

304 Ebenda.

Fremdenhass und Gewalt<sup>305</sup> am 24. August 2007. Auch hier distanziert er sich von Gewalt im Allgemeinen ohne auf eine fremdenfeindliche und rechtsextreme Motivation hinter den Ausschreitungen einzugehen, und ohne Opfer und Täter zu benennen. Wieder verlagert er Kritik nach außen: Er wirft den Medien vor, die Mügeln als fremdenfeindlich „vorzuverurteilen“.<sup>306</sup>

### *Resümee*

Eine Problemanalyse bezogen auf den Fall selbst wird vom Bürgermeister nicht vorgenommen, vielmehr wird – ohne Untersuchungsergebnisse abzuwarten und ohne die fremdenfeindlichen und rechtsradikaler Parolen zu reflektieren – verneint, dass es in Mügeln Probleme gäbe, die thematisiert und bewältigt werden müssten. Zu einer Diskussion über mögliche Ursachen hinter dem Übergriff kommt es nicht. Stattdessen wird unmittelbar Rechtsextremismus als Tathintergrund abgestritten. Fremdenfeindlichkeit wird als Motivation ausgeblendet – sie wird unterthematziert bzw. nur in Reaktion auf entsprechende Fragen erwähnt und zu „Vorverurteilungen“ gegen Mügeln umgedeutet.<sup>307</sup> In der unmittelbaren Reaktion wird noch die Möglichkeit benannt, dass der Vorfall einen rechtsextremen Hintergrund haben könnte, dabei wird jedoch darauf bestanden, dass die Täter in diesem Fall von außerhalb Mügeln kommen müssten. Mügeln habe mit Rechtsextremismus nichts zu tun. Bereits in der öffentlichen Mitteilung des Stadtrats vom 22. August 2007, drei Tage nach dem Vorfall, und einen bis zwei Tage nach Beginn der Berichterstattung wird das Problem bei „den Medien“ und in ihrer Berichterstattung ausgemacht. Ihre angeblich falschen Zuschreibungen gilt es zurückzuweisen. Mügeln sei nicht fremdenfeindlich und werde missverstanden. Charakteristisch für die unmittelbaren Reaktionen der lokalen Politik ist die Kategorisierung Mügeln als „das Eigene“ und „Gute“, das sich gegen „das

305 Die evangelische Kirchengemeinde im sächsischen Mügeln hatte am 25.8 zu einem Friedensgebet eingeladen, um sich „gegen Fremdenhass und Gewalt“ zu wenden und ein Zeichen für „ein friedliches Miteinander“ zu setzen. Rund 400 Menschen nahmen am Gebet teil, 200 Menschen zogen nach der Andacht mit Kerzen durch die Stadt zur Pizzeria, in die sich die Inder geflüchtet hatten. In der Andacht wurde um Frieden u. Versöhnung gebeten und Mangel an Courage und Unsicherheit in der Stadt beklagt. Vgl. Evangel.-Lutherische Landeskirche Sachsens. Nachrichten: „Rund 400 Menschen bei Friedensgebet nach Übergriffen auf Inder vom 27.8.2007“ (epd). <http://www.evks.de/aktuelles/nachrichten/8000.html> (17.06.2011); SZ vom 27.8.07.

306 Ebenda; vgl. auch E-Chronologie der Stadt Mügeln vom 26.08.2007: „Eine Stadt setzt mit Friedensgebet ein Zeichen gegen Gewalt“ (hier ausführliche Zitation eines Artikels aus der OAZ vom 27.08.2007). <http://www.stadt-muegeln.de/?s=22&nav=2> (14.01.2012).

307 Das hiermit auf grundsätzliche Vorurteile Westdeutscher gegen Ostdeutsche verwiesen wird, werde ich im Kapitel „Regionale Politik“ verdeutlichen.

von Außen kommende“ und „Schlechte“ (Rechtsextreme, Medien) verteidigen muss.

## 2 Interpretation und Problemanalyse (Phase 2)

Für die zweite Phase der Reaktionen sind die Äußerungen des Bürgermeisters in einem umfangreichen Interview mit der rechtsradikalen *Jungen Freiheit*<sup>308</sup> vom 31. August 2007,<sup>309</sup> charakteristisch. Das eineinhalb Wochen nach dem Vorfall abgedruckte Interview kann nicht mehr als unmittelbare Reaktion des Bürgermeisters gelten. Dem Interview kommt aus eine zentrale Bedeutung in der Debatte um den Fall Mügeln zu, weil:

- Es über die Position des Bürgermeisters Aufschluss gibt.
- Es die Rolle, die die Neue Rechte bzw. Radikale Rechte, in der Interpretation des Falls und der konflikthaften Debatte gewinnt, verdeutlicht.
- Es erheblich zur Konfliktverschärfung beiträgt.

An dieser Stelle werde ich ausschließlich auf den ersten Punkt eingehen, also die Deutung des Falls und der Debatte durch den Bürgermeister in der *Jungen Freiheit* analysieren.<sup>310</sup> Zu Beginn des Interviews betont Deuse, dass aufgrund einer unklaren Ereignisabfolge „keiner das Recht (habe), in dem Fall vorschnell politisch zu urteilen“. Jedoch hält sich der Bürgermeister im Gespräch mit dem JF-Redakteur selbst nicht an seine Empfehlung, denn er deutet das Geschehen und die Debatte detailliert. Wie bereits in Phase 1 erklärt Deuse, Mügeln sei nicht rechtsextrem, sondern normal.<sup>311</sup> Seit zwölf Jahren werde das Altstadtfest gefeiert und es habe noch nie entsprechende Vorfälle gegeben.

„Wer behauptet, in Mügeln seien Ausländer potentiell ihres Lebens nicht sicher, war noch nie hier oder ist entschieden böswillig.“<sup>312</sup>

Zwar gebe es auch in Mügeln Leute mit „rechter Gesinnung, aber die gibt es überall, und von einer rechten Szene kann man nicht sprechen“.<sup>313</sup> Es gebe auch

308 Ausführliche Analyse der *Jungen Freiheit* siehe Teil „Die Radikale Rechte“.

309 Vgl. *Junge Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007: „Ein neues Sebnitz“. Nach der Gewalt in Mügeln steht der Ort am Pranger. Bürgermeister Gotthard Deuse kämpft für seine Stadt.“ Interview mit Mügeln's Bürgermeister Deuse von Moritz Schwarz. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (20.05.2011).

310 Zu Punkt 2. Vgl. Kapitel „Die Radikale Rechte“, zu Punkt 3 den Schlussteil meiner Arbeit.

311 Das heißt für Deuse gilt „Rechtsextremismus“ als unnormal und inakzeptabel.

312 *Junge Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007.

keine politisch rechts motivierten Straftaten in Mügeln.<sup>314</sup> Für die Einschätzung, ob der Fall als fremdenfeindlich, rechtsextrem oder als „normale Prügelei“ einzustufen ist, sei es, so der Bürgermeister, entscheidend, wer die Prügelei angefangen habe. So wäre es

„schon ein Unterschied, ob die Inder unschuldig und aus fremdenfeindlichen Motiven überfallen, gejagt und verprügelt wurden (...) oder ob (...) (sich) eine an sich unpolitisch Prügelei entsponnen hat – an deren Entstehen die Inder überdies möglicherweise einen Anteil hatten.“<sup>315</sup>

Der JF-Redakteur weist im Interview darauf hin, dass die Vertreter der Partei *Bündnis 90/Die Grünen* behaupteten, dass „für die Wertung des Vorfalles als „rassistisch“ nicht von Belang (ist), wer die Prügelei begonnen habe“.<sup>316</sup> Deuse widerspricht dieser Einschätzung emotional aufgebracht (und zu unrecht): Dies sei eine „rechtsstaatlich mangelhafte Unreflektiertheit“<sup>317</sup> und „aufgrund einer solchen Haltung“ würde „Mügeln nun zu Unrecht – nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt – als rechtsextremes Städtchen dargestellt.“<sup>318</sup> Der Bürgermeister meint also, dass, wenn die Inder den Streit entfacht haben, Mügeln zu Unrecht als rechtsextremes<sup>319</sup> Städtchen dargestellt werde. Der Umkehrschluss hieße, dass, wenn die Inder nicht angefangen haben, Mügeln als rechtsextrem zu bezeichnen wäre – Deuse setzt also „Mügeln“ mit der Anständigkeit oder Unanständigkeit einzelner Mügeler Bürger gleich, zu denen er offensichtlich die Gruppe der deutschen Angreifer zählt, aber nicht die indischen Opfer.

Befragt nach seiner Äußerung gegenüber der *Financial Times Deutschland* („Ausländer raus! (...) Solche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen“), erklärt Deuse, dass sein Nachsatz in der Zeitung unterschlagen worden sei. So habe er „angefügt, dass“ er „das nicht gutheiß“.<sup>320</sup> Er sieht keine Veranlassung seine Behauptung zurückzunehmen. Die Rufe fremdenfeindlicher („Ausländer raus!“) und rechtsextremer („Hier kommt der nationale Widerstand!“)

---

313 Ebenda.

314 Ebenda.

315 Ebenda.

316 Ebenda.

317 Ebenda. Deuse hat natürlich Unrecht mit seiner Einschätzung zur Position der Grünen – der deutsche Rechtsstaat deckt weder „Lynchjustiz“ noch „rassistische Ausschreitungen“.

318 Ebenda.

319 Wieder wird deutlich, dass Deuse die Kategorie „Rechtsextremismus“ benutzt und den Fall nicht unter „Fremdenfeindlichkeit“ einordnet und auch nicht auf eine entsprechende Einordnung reagiert. Sein Thema ist „Rechtsextremismus“ – er argumentiert vor allem gegen diese Kategorisierung.

320 JF-Interview mit Deuse.



Parolen beim Vorfall bezeichnet Deuse lediglich als „dumme und unsägliche Parolen“. Er betont jetzt, dass nicht geklärt wurde, ob sie womöglich von Außenstehenden („irgendwelchen trittbrettfahrenden Zaungästen“) gerufen wurden und ob sie überhaupt politisch gemeint waren.<sup>321</sup> Nur dann könnte man von „Rechtsextremismus“ sprechen. So versucht Deuse hier zu begründen, warum er unmittelbar nach dem Vorfall Rechtsextremismus als Tathintergrund ausgeschlossen habe (- was er nicht tat): Denn „es besteht ein Unterschied zwischen ausländerfeindlichen Parolen von Betroffenen, also Menschen, die in eine Schlägerei verwickelt wurden, und Rechtsextremismus“.<sup>322</sup> Ferner sagt er, es handelte sich nicht um Rechtsextremismus, da dieser „eine politische Haltung“ sei, „die von einschlägigen Aktivisten getragen wird und auf den Sturz unserer Verfassung zielt“.<sup>323</sup> Hier verweist Deuse das einzige Mal selbstständig auf den „ausländerfeindlichen“ Gehalt der gerufenen Parolen – allerdings mit der Absicht, Rechtsextremismus auszuschließen: Ausländerfeindliche Parolen dürften nicht mit Rechtsextremismus gleichgesetzt werden. Zudem meint Deuse, sie könnten verständlich sein, wenn die Inder den Streit angefangen hätten. Der JF-Journalist zitiert die grüne Fraktionsvorsitzende Sachsens Antje Hermenau, sie habe Deuse vorgeworfen: „mit Ihren Äußerungen mach(t)en Sie den ‚Rassismus salonfähig‘“.<sup>324</sup> Deuse reagiert in seiner Stellungnahme vorerst nicht auf den an ihn persönlich gerichteten Vorwurf, stattdessen lenkt er ihn auf die Stadt Mügeln um. Er spricht von „giftigen Parolen“ und meint Hermenau würden die notwendigen Ortskenntnisse fehlen, um den Fall beurteilen zu können. Sie sollte sich Mügeln „mal anschauen“, „damit sie auch weiß, wovon sie spricht“.<sup>325</sup> Hermenau wird durch Deuse außerhalb der „Wir“-Gruppe, der Ortskundigen, angesiedelt und zur „Fremden“ erklärt, die sich nicht auskenne und sich nicht einmischen dürfe.

Der Bürgermeister ist der Ansicht, dass er und die Mügeln Bürger in der Debatte um den Vorfall beleidigt und verletzt würden, weil sie „in die braune Ecke“ gestellt würden. So bekomme er „Hasspost“, in der er als „Nazi-Schwein“ beschimpft werde. In diesem Zusammenhang aktualisiert er die Beschuldigung gegen Westdeutsche, sie würden aufgrund von Vorurteilen den Ostdeutschen Rechtsextremismus unterstellen.<sup>326</sup> So komme die Hass-Post – das müsse er leider sagen – vor allem von „Absendern aus den alten Bundesländern“.<sup>327</sup> Al-

---

321 Ebenda.

322 Ebenda.

323 Ebenda.

324 Ebenda.

325 Ebenda.

326 Ausführlich zu diesem Thema in der Debatte, siehe unten, Teil „Regionale Politik“.

327 Deuse-Interview in JF.

lerdings habe er vom Westen auch Zuspruch bekommen, etwa von einem älteren Herrn aus Bayern. Bürgermeister Deuse glaubt, er und Mügeln seien im „Fall Mügeln“ die Opfer. Er setzt sich dabei mit Mügeln gleich: Deuse = Mügeln, Mügeln = Deuse.

Obwohl der JF-Redakteur meint, Ministerpräsident Milbradt könnte dazu beigetragen haben, Mügeln an den Pranger zu stellen, äußert sich Deuse dankbar über den Besuch Milbradts. Er habe mit seinem Besuch in Mügeln ein Zeichen gesetzt, weil er

„nach seinem Besuch deutlich gesagt (habe), dass er zwar einen rechtsextremen Zusammenhang nicht ausschließen kann, aber (...) es eben auch ganz anderes gewesen sein könnte.“<sup>328</sup>

Milbradt habe mit seinem Besuch gezeigt, „dass er sich als Ministerpräsident aller Sachsen versteht“<sup>329</sup>. Die Formulierung „aller Sachsen“ ist merkwürdig, da klar wird, was dies impliziert. Klingt sie einfach nur integrierend oder meint Deuse, dass Ministerpräsident Milbradt auch die sächsischen Täter oder die zu Unrecht diffamierten Sachsen vertritt? Die indischen Opfer hat er wohl kaum gemeint. Prominenten Politiker-Besuch, der nicht betont, dass Fremdenfeindlichkeit oder Rechtsextremismus eine Rolle spielte, wertet Deuse als Signal der politischen Unterstützung für sich und seine Stadt. Dass Bundeskanzlerin Merkel nicht nach Mügeln reiste, um ihm beizustehen, kommentiert er mit den Worten „sie steht eben auch unter Druck“.<sup>330</sup> Auf Nachfrage des Mann der *Jungen Freiheit* „Inwiefern?“ antwortet Deuse: „Kein Kommentar.“<sup>331</sup> Weiteren Fragen weicht er aus, um dann zu sagen, dass er besonders von „Minister Wolfgang Tiefensee“ enttäuscht sei:

„Statt seiner populistischen Aussagen<sup>332</sup> hätte ich von ihm, der schließlich auch Sachse ist und Oberbürgermeister von Leipzig war, erwartet, dass er sich zwei Minuten Zeit nimmt und fragt: ‚Nu‘ erzähl doch mal, wie war das denn, nach allem, was du weißt?‘“<sup>333</sup>

Die Forderungen Deuses nach „Rücksprache“ mit ihm und nach dem Verzicht, den Fall als fremdenfeindlich oder rechtsextrem zu interpretieren offenbart sein

---

328 Ebenda.

329 Ebenda.

330 Ebenda.

331 Ebenda.

332 Bundesverkehrsminister Tiefensee hatte gesagt, in einigen Gegenden Ostdeutschlands sei Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus verbreitet. Zum Vorwurf des „Populismus“ gegenüber Tiefensee siehe auch das Kapitel „Regionale Politik“.

333 JF-Interview mit Deuse.

autoritäres Politikverständnis: Er glaubt, man müsse ihn als Mügeln Bürgermeister zum Fall konsultieren, da er die Interpretationshoheit über „die wahre“ Geschichte des Falls für sich in Anspruch nimmt.<sup>334</sup> Die Äußerungen zeigen auch, dass Deuse besonders von Ostdeutschen Solidarität erwartet, er rechnet sie zu seiner „natürlichen“ Wir-Gruppe.

Der Bürgermeister ist ferner der Meinung, dass durch eine falsche, Rechts-extremismus und Fremdenfeindlichkeit unterstellende Berichterstattung „Schaden für Deutschland“ entstände. Er führt mehrere Gründe für eine angebliche „Unaufrichtigkeit“ der Medien an: „Die Medien“ würden erstens die „Langeweile im Sommerloch“ füllen wollen und daher „unaufrichtige und unsaubere Medienarbeit“ betreiben, die sie selbst nach eigener Einsicht nicht widerrufen wollten, weil sie dann „als die Blamierten“ dastünden.<sup>335</sup> Zweitens würden „die Medien“ Vorurteile gegen den Osten hegen: Deuse nimmt den Sebnitz-Vergleich<sup>336</sup> des JF-Journalisten auf und bestätigt, der „Fall Mügeln“ sei wie der „Fall Sebnitz“<sup>337</sup>, denn es werde grundlos durch Rechtsextremismus-Zuschreibungen verurteilt, ausschlaggebend seien Vorurteile gegen den Osten.<sup>338</sup>

„Was Sebnitz ausmachte, war die Vorverurteilung einer Stadt durch Medien und Politik: urteilen, ohne die Fakten zu kennen. Diese Definition passt auch auf Mügeln, insofern sehe ich Mügeln in der Tat als neues Sebnitz.“<sup>339</sup>

Drittens seien „die Medien“ an Verschwörungen wie dem Anti-Rechts-Kampf beteiligt: Zu dem Thema „Vorurteile gegen Ostdeutsche“ kommt noch ein vages weiteres Thema hinzu, das Deuse nur andeutet. Er sagt, er fürchte, dass der Fall aufgrund der Vorverurteilungen

„vielleicht niemals vollständig aufgeklärt werde (...) die Schwelle des Anstands in Deutschland (ist) extrem gesunken. Es geht inzwischen oft nicht mehr darum, was

---

334 Seine Haltung zeigt möglicherweise auch, dass er Angst vor einer offenen, öffentlichen Auseinandersetzung und Klärung des Problems hat, weil er negative Konsequenzen für sich und Mügeln befürchtet.

335 Deuse-Interview in der JF vom 31.08.2007.

336 Deuse distanziert sich später von dem Sebnitz-Vergleich, siehe unten. Erklärungen zum Fall Sebnitz siehe Teil „Bundespolitik“, B.1.

337 In Sebnitz hatte der angeblich, aber nicht nachgewiesen, durch rechtsextreme Jugendliche verursachte Tod des jungen Joseph eine öffentliche Debatte über Rechtsextremismus ausgelöst. Später wurden Journalisten und Politiker dafür verantwortlich gemacht, „diese schreckliche Stadt“ zum Ort typischer rechtsextremer Verbrechen stilisiert zu haben. So hätten unhaltbare Zuschreibungen dem Image und der Wirtschaft der Stadt geschadet. Vgl. Kleinen-v. Königsłow (2002).

338 Das Vorurteil: Im Osten sei Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verbreitet.

339 Deuse-Interview in der JF vom 31.08.2007.

passiert ist, sondern nur noch darum, zu verurteilen (...) Alles werde „von gewissen Leuten nur dazu benutzt (...), um deren Vorurteile zu bestätigen“<sup>340</sup>

Auf Nachfrage des JF-Journalisten bestätigt Deuse, dass eine allgemein verbreitete „Kampf gegen Rechts“-Atmosphäre die Aufklärung verhindern könnte.<sup>341</sup> Interessant ist, dass Deuse nicht mehr – wie noch in Phase 1 – allein einen Schaden für Mügeln annimmt, sondern nun über einen Schaden für Deutschland redet. Es finden sich hier zudem bereits Anklänge an Verschwörungstheorien („von gewissen Leuten nur dazu benutzt“<sup>342</sup>). Sie werden im Verlauf des Interviews noch deutlicher.

Der Mügeln Bürgermeister ärgert sich, er bekäme wütende Zuschriften, weil er darauf hingewiesen habe, dass es außer den acht verletzten Indern auch vier verletzte Deutsche gab. Er ärgert sich über den „Tenor“ der Zuschriften: „Was gehen uns angesichts der indischen die deutschen Opfer an?“ Weiter beklagt Deuse eine „Verklemmung bei uns Deutschen (...)“<sup>343</sup> bezüglich des Nationalstolzes. Diese Klage äußert er unvermittelt nach seiner Unterstellung, „deutsche Opfer“ interessierten nicht.

„Ich bin Jahrgang 1948 und habe mit dem braunen Terror von damals nichts zu tun (...) Ich (...) bin stolz darauf, Deutscher zu sein, aber wenn ich das sage, lande ich ja schon wieder in der Ecke.“<sup>344</sup>

Verantwortlich für den angeblich problematischen Umgang mit den Deutschen seien allerdings „die echten Rechtsextremisten“. Sie würden aktuell durch Übergriffe wie „auf zwei Afrikaner im rheinland-pfälzischen Guntersblum“<sup>345</sup> – also in den alten Bundesländern – sichtbar. Aber es seien auch diejenigen verantwortlich, die „ständig neue angeblich rechtsextreme Zwischenfälle herbeiphantasieren und in alle Welt hinausposaunen.“<sup>346</sup> Den eigentlichen Grund, warum es zu rechtsextremer Gewalt komme, so Deuse, möchte er nicht nennen, da „sonst (...) wieder alle Kübel über mir ausgekippt“<sup>347</sup> werden – hiermit evoziert er ein

---

340 Ebenda.

341 Ebenda.

342 Ebenda.

343 Ebenda.

344 Ebenda.

345 Ebenda. Hier wird auch impliziert, dass der eigentliche Rechtsextremismus im Westen zu verorten sei, während er in den Osten projiziert wird. Hiermit werden auch Vorurteile in der Debatte über Mügeln nahe gelegt. Zur Debatte um den Fall Guntersblum vgl. den Teil „Medien“, B. II. 2.1.

346 Deuse-Interview in der JF.

347 Ebenda.

vermeintliches Tabu um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit rechtsextremer Gewalt.

Abschließend wird eine angeblich mangelnde Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland problematisiert: Der JF-Redakteur fragt, ob Deuse geglaubt hätte, dass nach 1989, also nach dem Fall der Berliner Mauer, erneut die eigene Meinung nicht offen gesagt werden könne. Der Bürgermeister beklagt darauf hin eine „tiefe Kluft zwischen Medien und Volk“.<sup>348</sup> Der Interviewer verweist darüber hinaus auf eine Diskrepanz zwischen „Volk und Partei“ in der Bundesrepublik Deutschland wie früher in der DDR. Deuse widerspricht den Aussagen nicht, sondern unterstreicht den vorher vermittelten Eindruck, das aktuelle politische System bzw. Klima lasse eine offene Meinungsäußerung nicht zu, indem er sagt: „Das haben Sie gesagt.“<sup>349</sup> Wenngleich nicht ausformuliert wird, wo Redakteur und Bürgermeister das Hauptproblem sehen, so wird dem Leser doch klar, dass es bei den Medien und auch bei der Politik zu verorten sei. Diese agierten nicht zum Wohle des Volkes, und würden möglicherweise manipuliert.

### *Nach dem Interview in der Jungen Freiheit*

Bereits einen Tag nach der Veröffentlichung des JF-Interviews, am 1. September 2007, berichten die Medien, dass Deuse sich „von sich selbst“ distanzieret.<sup>350</sup> Er wird mit den Worten zitiert, dass er „überhaupt nicht stolz darauf (ist), was in Mügeln passiert ist“ und dass es nichts „zu verharmlosen“<sup>351</sup> gäbe. Er sei gegen „jede Form von Gewalt und gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit“<sup>352</sup> – Sätze, die beschwichtigen sollen und vom lokalen wie rechtsextremen Publikum als Verurteilung von Ausländer-Gewalt und Feindlichkeit gegenüber Ostdeutschen verstanden<sup>353</sup> werden können. Allerdings nimmt Deuse den Vergleich seiner eigenen Stadt mit Sebnitz zurück<sup>354</sup> – womit er auf den öffentlichen Druck reagiert.

---

348 Ebenda.

349 Ebenda.

350 *Frankfurter Rundschau* vom 1.09.2007: „Deuse distanzieret sich von sich selbst.“ Von Thomas Krater, S. 3.

351 Ebenda.

352 Ebenda.

353 Meine Analyseergebnisse zu „ostdeutschen Befindlichkeiten“ in der Debatte über den Fall legt dies nahe. Vgl. die entsprechende Analyse im Teil Regional Politik und Radikale Rechte.

354 Vgl. ebenda.

Das Interview sorgt für Empörung sowohl innerhalb der Medien als auch der Politik.<sup>355</sup> Der Bundstagsabgeordnete Sebastian Edathy (SPD) forderte FDP-Parteichef Guido Westerwelle umgehend auf, sich von seinem Parteifreund zu distanzieren.<sup>356</sup> Bereits einen Tag nach der Veröffentlichung des Interviews möchte Westerwelle die Diskussion um das Interview abschließen. Er erklärt: „Der Bürgermeister hat gestern klargelegt, dass es nichts zu verharmlosen gibt. Das war notwendig, und das begrüße ich.“<sup>357</sup> Kritik oder eine Forderung nach Aufklärung durch die sächsische FDP findet sich nirgends.<sup>358</sup>

### Resümee

Folgende Grundeinschätzungen unterliegen der Argumentation der lokalen Politik: Fremdenfeindlichkeit kann eine verständliche Reaktion auf eine Bedrohung durch Ausländer sein. Nur wenn sie politisch (gegen das System) motiviert ist, muss Fremdenfeindlichkeit als problematisch verurteilt werden. Auch Rechtsextremismus kann verständlich sein – wahre Probleme dürfen aber in der Bundesrepublik Deutschland nicht thematisiert werden. Es kommt zu einer Vermischung der Argumente: Wer pro Mügeln ist, kann nicht meinen, dass eine fremdenfeindliche oder rechtsextreme Motivation (bei Mügelnern) vorliegt. Mügeln wird als Opfer einer Kampagne der Medien und insgesamt derjenigen, die Vorurteile gegen Ostdeutsche und gegen nationalstolze Deutsche hegen, verstanden. Animiert durch den JF-Redakteur sind es in Deuses Interview-Aussagen nicht mehr die Mügelnern, die sich gegen ein aggressives, feindliches „Außen“ zur Wehr setzen müssen, sondern „die (ethnischen und nationalistischen) Deutschen“ insgesamt, die sich Angriffen – ortsfremder – Politiker (wie sächsischen Grünenabgeordneten und Bundespolitikern der SPD und CDU), „der Medien“, „der Ausländer“, „der Westdeutschen“ und sonstiger Verschworener ausgesetzt sehen. Damit hat der Bürgermeister im Schulterschluss mit der rechtsradikalen

355 Vgl. u.a. *Sächsische Zeitung* vom 31. August 2007: „Bürgermeister von Mügeln in der Kritik.“ [http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Buergermeister\\_von\\_Muegeln\\_in\\_der\\_Kritik/articleid-1591643](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Buergermeister_von_Muegeln_in_der_Kritik/articleid-1591643) (7.06.2011).

356 Vgl. *Die Welt* vom 31.08.2007: „Bürgermeister von Mügeln ist ‚Stolz, Deutscher zu sein‘“. Von Gisela Kirschstein. [http://www.welt.de/welt\\_print/article1147451/Buergermeister\\_von\\_Muegeln\\_ist\\_stolz\\_Deutscher\\_zu\\_sein.html](http://www.welt.de/welt_print/article1147451/Buergermeister_von_Muegeln_ist_stolz_Deutscher_zu_sein.html) (7.06.2011).

357 Zitiert in: *Die Welt* vom 1.9.2007: „Gewalt gegen Inder in Mügeln war nicht von langer Hand geplant.“ [http://www.welt.de/welt\\_print/article1150272/Gewalt\\_gegen\\_Inder\\_in\\_Muegeln\\_war\\_nicht\\_von\\_langer\\_Hand\\_geplant.html](http://www.welt.de/welt_print/article1150272/Gewalt_gegen_Inder_in_Muegeln_war_nicht_von_langer_Hand_geplant.html) (7.06.2011). Ausführlicher zu Positionen der Bundes-FDP siehe den Teil „Bundespolitik“.

358 Zur Position der sächsischen FDP vgl. den Teil „Regionale Politik“.

JF die angebliche Opfergemeinschaft der Mügeln und Ostdeutschen hin zu den nationalstolzen Deutschen ausgeweitet.

### 3 Strategievorschläge und konkrete Maßnahmen

Strategievorschläge zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind von einer Akteursgruppe, die dem Vorfall keine größere öffentliche Relevanz zuschreibt und die öffentliche Debatte um ihn als Anschlag auf sich selbst und ihre Stadt (um)interpretiert, nicht zu erwarten. Aus der Logik dieses Akteurs müssten Gegenstrategien Mügeln vor Eindringlingen von außen und deren Verleumdung schützen. In der Logik der Argumentation der lokalen Politik könnte eine Strategie, die ähnliche Fälle verhindern soll, also Abschottung nach außen und Verhinderung der problemorientierten Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit heißen. Vor dem Hintergrund dieser Grundposition der Stadt und weil sie – aus politischen und ökonomischen Gründen – dazu gezwungen ist zu reagieren, hat die lokale Politik Zeichen in Reaktion auf den Übergriff gesetzt: Einige Tage nach dem Vorfall beraumt Bürgermeister Deuse eine „nicht öffentliche“ Sondersitzung des Stadtrats an, um über den Vorfall zu beraten.<sup>359</sup> Hierin wird die oben diskutierte öffentliche Mitteilung verabschiedet, womit der Fall nicht als fremdenfeindlich oder rechtsextrem, sondern als gewalttätig bezeichnet, Opfer und Täter nicht konkret benannt und die Medien als unehrlich und invasiv gebrandmarkt werden. Die Resolution dient dazu, Mügeln als normale Stadt darzustellen, Rechtsextremismus als Tat-hintergrund zu negieren und damit angeblich für die Stadt entstehende Probleme abzuwenden.<sup>360</sup>

Eine ähnliche Logik unterliegt auch der Initiative für eine Kneipp-Strecke: In einem Beitrag des Bürgermeisters zu der kirchlichen Veranstaltung „gegen Fremdenhass und Gewalt“ thematisiert Deuse nicht Fremdenfeindlichkeit, sondern beklagt allgemeine Gewalttätigkeit und geißelt eine angeblich unehrliche Berichterstattung und mediale Übergriffe auf Mügeln. Auch auf einer weiteren Veranstaltung in Mügeln, zu der der Bürgermeister als Diskutant auf das Podium geladen ist, setzt er ähnliche Impulse: Der „Dialog gegen Fremdenfeindlichkeit“, von zwei Mügelnern initiiert, umfasst eine Podiumsdiskussion und schließt mit einem Konzert, auf dem verschiedene Bands auftreten. Teilnehmer der Veranstaltung berichten vom Unwillen der Stadt, sich dem Thema „Fremdenfeindlichkeit“ zu stellen. Aus Ärger über die Ignoranz in der Stadt brach die Musikband

---

359 FAZ vom 22.08.2007: „Ausländerfeindlichkeit. Mügeln und der Mob.“ (wie oben).

360 Allerdings hat diese Haltung, wie die weiteren Kapitel meiner Arbeit zeigen, die öffentliche Debatte beflügelt.

*Virginia Jetzt*, die aus Brandenburg angereist war, ihren Auftritt ab.<sup>361</sup> Die Band-Mitglieder beklagten:

„Es entstand (...) überhaupt kein Dialog. Wenn etwas Kritisches kam, etwa von den Initiatoren, dann wurden sie als Nestbeschmutzer beschimpft. Einer von der Organisation gegen rechte Gewalt sagte, dass rechte Gewalt eine Tatsache sei, natürlich gäbe es Fremdenhass. Er wurde ausgebuht. Dann behaupteten Leute aus dem Publikum, dass es in Mügeln und in ganz Sachsen keine Fremdenfeindlichkeit gäbe. Aplaus.“<sup>362</sup>

Die Veranstaltung sei zu einer Werbekampagne für die Stadt Mügeln verkommen, eine Auseinandersetzung mit Problemen wie Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus habe nicht stattgefunden.<sup>363</sup> Statt eine Auseinandersetzung zu führen, will Bürgermeister Deuse als Reaktion auf den Vorfall offensiv für „Fremdenverkehr“ werben. Er schlägt vor durch eine Kneipp-Strecke Touristen und Geld nach Mügeln zu holen und damit „Deutschland und der Welt zu zeigen: ‚Wir sind nicht so!‘“<sup>364</sup> Gleichzeitig beklagt Deuse, dass seine Bemühungen für „Stadtmarketing“ durch den Vorfall einen Rückschlag erlitten hätten.<sup>365</sup>

Was folgt nicht? Nur vage und auf Nachfrage von Journalisten bezieht sich Deuse auf eine vom sächsischen Ministerpräsident Milbradt angekündigte Konferenz „gegen Gewalt und Extremismus“. Auf der Konferenz, die im Zusammenhang mit der nach dem Vorfall in Mügeln entflammten Rechtsextremismus-Debatte von der Sächsischen Staatsregierung thematisiert wird, soll gemeinsam mit den Kommunen über Maßnahmen gegen (Rechts-) Extremismus beraten werden.<sup>366</sup> Der Bürgermeister begrüßt auf Nachfrage die Konferenz – allerdings hatte Milbradt zuvor ausdrücklich betont, sie sei nicht eine (direkte) Reaktion auf

361 Vgl. SZ vom 29.08.2007: „Mügeln – jetzt nicht! Die Band ‚Virginia Jetzt‘ bricht Konzert gegen Fremdenhass ab.“ Interview mit Sänger Skrotzki der Band. Interview geführt von Janel Mielke, S. 9.

362 *Berliner Zeitung* vom 30.08.2007: „Haben die Mügeln selber Angst?“ Von Inga Haese. <http://www.berliner-zeitung.de/newsticker/haben-die-muegelner-selber-angst-10917074,10501052.html> (12.12.2011).

363 *Der Tagesspiegel* vom 27.08.2007: „Nach Abbruch von ‚Virginia Jetzt‘-Konzert in Mügeln: Gitarrist kritisiert ‚Werbeveranstaltung für die Stadt‘“.

364 *Die Welt* v. 25.09.2007: „Extremismus. Wie rechtsradikal ist Mügeln wirklich“. Von Franziska Peters. Online v. 24.09.2007: [http://www.welt.de/politik/article1201982/Wie\\_rechtsradikal\\_ist\\_Muegeln\\_wirklich.html](http://www.welt.de/politik/article1201982/Wie_rechtsradikal_ist_Muegeln_wirklich.html) (12.12.2011).

365 Wer entsprechende Projekte bezahlen sollte, wird von Deuse nicht öffentlich thematisiert. Vgl. u.a. vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 25.08.2007: „Nach den ausländerfeindlichen Angriffen in Mügeln: ‚Auf das, was jetzt passiert, waren wir nicht vorbereitet‘. Eine Stadt gegen den Rest der Welt“, S. 3.

366 Siehe hierzu ausführlich den Teil „Regionale Politik“ der Arbeit.



den Fall Mügeln.<sup>367</sup> Der Bürgermeister und sein Stadtrat spielen auf der Konferenz später auch keine Rolle.

#### 4 Fazit

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden von der lokalen Politik nicht als Problem thematisiert. Deren Thematisierung wird als böswillige Brandmarkung Mügeln dargestellt. Die Strategie des Akteurs ist dagegen, den Übergriff als allgemeine Gewalt einzustufen und denjenigen, die einen fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Hintergrund feststellen vorurteilsgeleitete Motive – eine kollektive Verurteilung der Mügeln Bürger, der Ostdeutschen und (in Phase 2) insgesamt der ethnisch Deutschen mit Nationalstolz vorzuwerfen. Gezeigt werden soll, dass Mügeln nicht (unberechtigt)<sup>368</sup> fremdenfeindlich und rechtsextrem ist.

Die lokale Politik entwickelt eine paranoische, kollektivistische, ethnisch-nationalistische Position; alle Personen und Gruppen, die Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit thematisieren und explizit deutsche Täter ausmachen werden als feindlich wahrgenommen. Der Bürgermeister zweifelt in Phase 2 der Debatte die Legitimität der Institutionen des demokratischen Staates – insbesondere der Medien<sup>369</sup> und der Bundespolitik – grundsätzlich an. Er glaubt als „Stammes-“, oder „Stadtvater“ das Recht zu haben, autoritär über die Interpretation von Wahrheit zu verfügen. Abweichende Äußerungen werden nicht akzeptiert und als Anschlag gegen ihn selbst und die gesamte Stadt gedeutet. Durch die Debatte über den Fall und die öffentliche Thematisierung von Rechtsextremismus kommt es zu einer (weiteren) Dissoziation von bundesdeutschen Normen und Werten (These II++). Sie wird mit Ost-West-Befindlichkeiten verbunden und durch diese verstärkt. So zeigt die Analyse der lokalen Politik, dass sich im Verlauf der Debatte ihre regressive Grundhaltung der hin zu einer Übernahme der Argumentationsmuster und Positionen der Radikalen Rechten verschiebt.

Tabelle 4 fasst die Interpretation, Tabelle 5 die Problemanalyse der lokalen Politik nach Phasen aufgeschlüsselt zusammen. Im unteren Teil der Tabelle 5 wird die durch die lokale Politik ausgemachte „Bedrohung“ für Mügeln zusammengefasst. Es wird sichtbar, dass sich die anfänglich nach außen (außerhalb der Stadt-

---

367 Vgl. MDR v. 23.08.2007: [www.mdr.de](http://www.mdr.de). Ausführl. wird d. Konferenz im Teil „Regionale Politik“ analysiert.

368 Vgl. die Argumentationsweise oben.

369 Medien können soziologisch nicht aber rechtlich (allerdings gibt es das geschützte Gut der Pressefreiheit) als Institutionen des demokratischen Staates betrachtet werden.

gemeinde) projizierte Bedrohung (Rechtsextreme und Journalisten) in Phase 2 verändert hat: Rechtsextreme kommen als (mögliche) Bedrohung nicht mehr vor. Stattdessen hat sich für den Bürgermeister seine Bezugsgruppe neu etabliert: Es ist eine ethnisch-politische Wir-Gruppe geworden, die Rechtsradikale durchaus einzuschließen vermag, während Journalisten, linke (Regional-)Politiker, Bundespolitiker und Personen, die Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus thematisieren nun prinzipiell ausgeschlossen sind. Der Logik folgend besteht die „Strategie“ der lokalen Politik in Reaktion auf den Vorfall denn auch darin, Schaden von der Gemeinde abzuwenden, indem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit abgestritten werden und ihre Thematisierung wie die Thematisierung diskreditiert werden. Tabelle 6 stellt diese Befunde zu „Gegenstrategien“ dar.

Tabelle 4: 1L: Interpretation

| <i>Interpretation</i>                        | <i>ARGM<sup>370</sup> Phase 1</i>   | <i>Zusätzliche ARGM Phase 2</i> |
|--|---|---------------------------------|
| Es war eine „normale“ Schlägerei.            | 1. weil sich so etwas immer wieder und überall ereignet.<br>2. Die Schlägerei ist kein Übergriff von Rechtsextremen auf Ausländer gewesen, weil es zu einer Schlägerei zwischen Deutschen gekommen wäre, wenn keine Inder auf dem Fest gewesen wären. |                                 |
| Es war (vermutlich) kein Rechts-extremismus. | 1. Es war kein Rechtsextremismus (RE), weil es keinen RE in Mügeln gibt.<br>2. Wenn es Rechtsextremismus war, müssen die Täter von außerhalb gekommen sein.   |                                 |

370 ARGM sind Argumentationsmuster, wie in der Einleitung definiert.

Fortsetzung von Tabelle 4

| <i>Interpretation</i>                              | <i>ARGM371 Phase 1</i>  | <i>Zusätzliche ARGM Phase 2</i>  |
|--|---|--|
| <p>Es war kein Rechts-extremismus (RE).</p>        |   | <p>1. In Mügeln gibt es keinen Rechtsextremismus, weil die Stadt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- sich einen guten Ruf aufgebaut hat.</li> <li>- bisher keine rechtsextreme Straftaten verzeichnet hat.</li> <li>- „normal“ ist (- es gibt „Rechte“, aber keine „rechte Szene“).</li> </ul> <p>2. Es ist nicht Rechtsextremismus, weil</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- es sich um keine politisch motivierten Aktivitäten handelt.</li> <li>- es nicht um die Abschaffung der Verfassung geht.</li> <li>- „Ausländerfeindlichkeit“ nicht mit Rechtsextremismus gleichzusetzen ist.</li> </ul> |
| <p>Fremdenfeindlichkeit war nicht das Problem.</p> | <p>Möglicherweise haben die „ausländerfeindlichen“ Parolen nichts mit der Auseinandersetzung zu tun, weil sie bloß von Außenstehenden gerufen wurden.</p> | <p>1. Wenn die Inder den Streit begonnen haben, können „ausländerfeindliche“ Parolen eine „normale“ Reaktion sein (verständlich und nicht strafrechtlich relevant).</p> <p>2. „Fremdenfeindlichkeit“ ist nur problematisch, wenn sie politisch gemeint ist.</p>  |

---

371 ARGM sind Argumentationsmuster, wie in der Einleitung definiert.

Tabelle 5: 2L: Problemanalyse

| Phase 1   |   | Phase 2  |   |
|---|---|--|---|
| Problem Fall und Debatte / ARGM   | Verursacher   | Ursache der Debatte / Argumentationsmuster (ARGM)  | Verursacher   |
| <p>1. Falls es ein rechtsextremer Vorfall war, kommt der Rechts- extremismus von außerhalb Mügelns.</p> <p>2. Bürgermeister und Stadt Mügelns werden persönlich verletzt, weil der Vorfall als fremdenfeindlich und rechtsextrem debattiert wird.</p> | <p>1. Rechts- extreme</p> <p>2. Medien</p>          | <p>Der Fall wird als rechtsextrem bzw. fremdenfeindlich einge- ordnet, ...</p> <p>1. ... wegen Unaufrichtigkeit: Für eine gut verkaufbare Schlagzeile wird eine Stadt „geopfert“.</p> <p>2. ... weil es Vorurteile gegen Ostdeutsche gibt.</p> <p>3. ... weil „nationalstolze“ Deutschen weniger Rechte haben.</p> <p>a) Deutsche Opfer zählen nicht so viel wie ausländische Opfer.<br/> b) Es gibt keine Meinungsfrei- heit, sondern Tabus. U.a. darf nicht über Ursachen re Gewalt geredet werden.<br/> c) Es gibt eine Kluft zwischen Medien und deutschem Volk.</p> | <p>1. Die Medien</p> <p>2. Politiker/Politik, vor allem linke, aber auch weitgehend die gesamte Bundespolitik (- weil sie unter Druck steht).</p> <p>3. Unbestimmte Kräfte/Verschwörer, welche eine Anti- Rechtsextremismus- Atmosphäre ge- schaffen haben.</p> |
| Bedrohung der Stadtgemeinde von außen.  | Bedrohung durch Perso- nen außer- halb von Mügelns. | Bedrohung durch „Kapitalis- mus“ und „Unvölkische“.  | Bedrohung durch Personen, die nicht zur ethnisch-polit. Wir-Gruppe gehö- ren oder ihre Inte- ressen nicht vertre- ten.  |

Tabelle 6: 3L: Forderungen („Gegenstrategien“) Phase 2: Keine Thematisierung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

| <i>Anliegen</i>  | <i>Argumentationsmuster (ARGM)</i>   | <i>FRAMING</i>  |
|--|--|---|
| <p>Der Fall darf nicht unter RE u. unrechtmäßige<sup>372</sup> Fremdenfeindlichkeit kategorisiert werden, weil Schaden für das Ansehen der Gemeinde abgewandt werden muss.</p> | <p>1. Wären Politiker verständnisvoll, würden sie nicht auf einen rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Hintergrund beharren (B.S.: Sie würden die daraus für Mügeln, Sachsen, Deutschland entstehenden Probleme erkennen).</p> <p>a) Politiker sollen vor öffentlichen Stellungnahmen zum Vorfall Rücksprache mit Deuse halten, damit sie den Fall (B.S.: die damit verbundenen Probleme) „richtig“ verstehen können.</p> <p>b) Von Ostdeutschen sollte mehr Solidarität erwartet werden dürfen (B.S.: weil sie die Verhältnisse kennen und zur „natürlichen“ Wirkgruppe gehören).</p> <p>2. Wenn Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Mügeln, Sachsen u. Ostdeutschland thematisiert werden, ist das unzulässige Kritik gegen die gesamte Bevölkerung.</p> | <p>Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Themen von Böswilligen und Unverständigen.</p> |

### 5 Der Fall als Referenz (Phase 3)

Bürgermeister Deuse wird bei der Kreistagswahl am 8. Juni 2008, rund 10 Monate nach dem Vorfall, mit 54,1%<sup>373</sup> (2001 67,8%<sup>374</sup>) im Amt bestätigt. Es stimmten etwas über die Hälfte der Mügeln Wähler für ihn. Das Interesse der Bürger an ihrer politischen Partizipation durch Wahlen war im Vergleich zu anderen sächsischen Gemeinden relativ hoch (68,9% Wahlbeteiligung).<sup>375</sup> Insgesamt gab es bei den Mügeln Kommunalwahlen eine leichte Wählerbewegung nach rechts. Stimmen gewonnen hat vor allem die rechtsradikale NPD (+ 5%),

---

372 Wie oben beschrieben differenziert der Bürgermeister zwischen unrechtmäßiger und rechtmäßiger, also verdienter, Fremdenfeindlichkeit.  
 373 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsens, April 2009.  
 374 Sächsische Bürgermeister werden alle sieben Jahre direkt gewählt. Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Gewählte Bürgermeister im Jahr 2001.  
 375 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsens, April 2009.

die erstmals angetreten war. Der Bürgermeister Deuse konnte sich durch die Unterstützung von Wählern, die als Partei die DVU und NPD gewählt hatten, im Amt halten.<sup>376</sup> Bemerkenswert neben der gewachsenen Bedeutung der NPD in Mügeln ist auch, dass die Bürger für den Kreistag Mügeln deutlich weniger Stimmen für die SPD und *Die Linke* abgegeben haben als am gleichen Tag bei der Landkreiswahl (siehe Tabelle unten). Den Vertretern dieser Parteien (die nicht durch eigene Stellungnahmen zum Fall auffielen) wird in Mügeln offenbar weniger zugetraut als den Parteien auf Landkreisebene.

*Tabelle 7: Wahlergebnisse Mügeln 2008 (2004) und Landkreis (zusammengefasst zu Nordsachsen)*<sup>377</sup>

| <i>Partei</i> | <i>% Kreistag Mügeln, 8. Juni 2008 (2004)</i> | <i>% Nordsachsen Kreistagswahl 8. Juni 2008</i> |
|---------------|---|---|
| FDP           | 31,6% (32,1%)                                 | 7%  |
| CDU           | 28,4% (31,6%)                                 | 38,5%   |
| SPD           | 13,8% (12,3%)                                 | 19%   |
| Die Linke     | 9,6% (13,1%)                                  | 17,6%   |
| NPD           | 5% (-)  | 4,7%  |
| DSU           | 3,8% (4,9%)                                   | 2,8%  |
| FWG           | 3,7% (2%)                                     | *   |
| Grüne         | 2,4% (4,1%)                                   | 2,7%  |
| FWW           | 1,7% (-)                                      | *   |

\* FWG und FWW im Landkreis zusammen 7,7%.

Der politische Rechtskurs des Mügeln Bürgermeisters manifestiert sich auch in Phase 3. Deuse plädiert im Jahr 2008 für eine stärkere Offenheit gegenüber rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und fordert eine punktuelle Zusammenarbeit mit ihnen. Tatsächlich kommt es nach der Kreistagswahl zu Kooperationen: Die FDP bildet mit der regionalen (ursprünglich CSU-nahen, dann vor allem) rechtspopulistischen Splitterpartei *Deutsche Soziale Union* (DSU) eine gemeinsame Fraktion im Kreistag Nordsachsen.<sup>378</sup> Auch gegenüber der NPD spricht sich der Mügeln Bürgermeister für einen Annäherungskurs aus. Der *Torgauer Zeitung* sagt er, die NPD solle nicht weiter ausgegrenzt wer-

376 Vgl. Analyse unten. Ergebnisse: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsens: Kreistagswahl 2008.

377 Ebenda.

378 FDP-Nordsachsen, o.D.

den, da sich dies „immer negativ“ auswirke.<sup>379</sup> Weiter begründet er seinen Vorstoß nicht.<sup>380</sup>

Das Verhalten des Bürgermeisters gegenüber Initiativen, die Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen wollen, ist hingegen ablehnend. Anfang 2008 schließt die Stadt das Mügelner Jugendzentrum aufgrund (angeblicher) Verstöße gegen Lärmvorschriften und Öffnungszeiten.<sup>381</sup> Das Jugendzentrum hatte nach dem Übergriff vom 19./20. August 2007 öffentlich darauf aufmerksam gemacht, dass es in Mügeln „schon lange Probleme mit Neonazis“ gebe. Dies stand im Widerspruch zu den Stellungnahmen Deuses. Auch dem Verein „Vive le Courage“, der das Erbe des von Jugendlichen aus der linken Szene besuchten Clubs antreten will und weitere „Zeichen gegen Rassismus und Neonazis“ setzt, legen Bürgermeister und Stadtrat Steine in den Weg. So wird ein antirassistisches Konzert, das der Verein in Mügeln organisieren will mit verschiedenen Erklärungen und schließlich der schriftlichen Begründung, es würden keine „politischen Veranstaltungen“ im öffentlichen Raum genehmigt, verboten.<sup>382</sup> Gleichzeitig verurteilt der Stadtrat die eskalierende rechtsextreme Gewalt gegen den Club und seine Mitglieder nicht. Die Annäherung an Akteure der Radikalen Rechten, die Angst gegenüber Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ebenso wie die Stigmatisierung des Gegen-Engagements als „politisch“ und „links(extrem)“ ist die konsequente Fortsetzung der unmittelbaren Reaktionen des Bürgermeisters und seines Stadtrates auf den Fall. Hier zeigen sich für die lokale Politik charakteristische Schwächen im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, eine menschenrechtliche Perspektive fehlt komplett.

---

379 Zitiert in: FAZ vom 2.09.2008: „Die NPD und die Medien. Soll man Wirklichkeit ausgrenzen?“ von Olaf Sundermeyer. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-npd-und-die-medien-soll-man-wirklichkeit-ausgrenzen-1695956.html> (12.02.2012). Was Deuse damit meint, bleibt unklar. Auch gibt es weder einen Beleg dafür, dass er sich zuvor von der NPD abgegrenzt hätte noch dafür, dass er oder andere Akteure negative Erfahrungen durch Abgrenzung gesammelt hätten.

380 Die ideologische Parteinahme des Mügelner Bürgermeisters wurde von der NPD honoriert: Sie lobte den Bürgermeister nicht nur mehrfach für seine „unerschrockene patriotische Haltung“ im „Fall Mügeln“, sondern verkündete zudem, sie hätte „national gesinnten Mügelnern“ empfohlen, Deuse als Bürgermeister wieder zu wählen. Vgl. NPD Nordsachsen, Juli 25, 2008.

381 Vertreter des Clubs bestritten dies. Kommentar der Stadt vgl. E-Chronik der Gemeinde Mügeln vom 6.02.2008: „Jugendclub Mügeln vorerst dicht“. Gegendarstellung: Vgl. *Netz-gegen Nazis* vom 5.08.2008: „Vor den Linken hat er ein bisschen Angst“. Interview mit Susan Anger, Mitglied von „Vive le Courage“, geführt von Bea Marer von [netz-gegen-nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de). <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/muegeln-das-rechtsextreme-stoert-ihn-nicht-so-2991> (15.02.2012).

382 Vgl. E-Chronik. LE vom 23.07.2009: „Stadtrat verbietet antirassistisches Konzert in Mügeln“. Hierbei übernimmt Chronik.LE auszugsweise einen Artikel des Info-Portals *NPD-blog.info* vom 23.07.2009: „Farce um Antirassistische Aktionswoche“. <http://www.chronikle.org/ereignis/stadtrat-verbietet-antirassistisches-konzert-muegeln> (12.02.2012).

Erstaunlicherweise unterstützt der Stadtrat den Kurs des Bürgermeisters, obwohl die Parteien SPD und *die Linke* auf regionaler Ebene klar einen rassistischen/fremdenfeindlichen und rechtsradikalen/rechtsextremen Fall erkennen und ihn ebenso wie den Umgang durch den Bürgermeister kritisieren. Kontroversen innerhalb des Stadtrats über die Bewertung des Falls oder den Umgang mit Rechtsextremismus im Ort sind nicht dokumentiert.<sup>383</sup> Obwohl Bürgermeister und Stadtrat keinen (nicht nachvollziehbaren)<sup>384</sup> fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Hintergrund bei den Übergriffen auf dem Altstadtfest erkennen wollten, findet sich überraschenderweise Anfang 2012 ein Eintrag zum Datum 19./20. August 2007 auf der Homepage der Gemeinde Mügeln,<sup>385</sup> in dem es heißt, der Bürgermeister habe den Fall als fremdenfeindlich kategorisiert.<sup>386</sup> Es wird also im Nachhinein der Anschein erweckt,<sup>387</sup> Bürgermeister Deuse sei von Beginn an von einem „fremdenfeindlichen Hintergrund“ ausgegangen – Rechtsextremismus ist kein Thema. Andere Einträge verdeutlichen weiterhin die ursprüngliche Argumentationslinie: Die Stadt betont ihre Ablehnung gegenüber allgemeiner Gewalt und beklagt eine angeblich kollektive Vorverurteilung Mügeln und ihrer Bürger durch die Medien.<sup>388</sup> Weitere rechtsradikale Übergriffe<sup>389</sup> werden nicht in der aufwändigen Auflistung zur Stadtgeschichte (der erste Eintrag in der Chronologie findet sich im Jahr 623) verzeichnet. Allerdings werden in der Chronik einschlägige Urteile zum Fall festgehalten: Die knapp wiedergegebenen Urteilssprüche dokumentieren „fremdenfeindliche“ Motivationen und auch, dass „rechtsradikale Parolen“ skandiert wurden. Wenn die Stadt selbst kommentiert, geht es allerdings nie um „rechtsradikale“, sondern lediglich um

---

383 Dokumentiert sind aber Äußerungen von Vertretern des Vereins „Vive le Courage“, die beklagen, keine Gesprächspartner im Stadtrat zu finden. Vgl. Netz-gegen Nazis vom 5.08.2008.

384 Der Bürgermeister meint Fremdenfeindlichkeit könnte ggf. gerechtfertigt sein. Vgl. Tabelle 1 Lokale Politik.

385 Die Gemeinde Mügeln wurde am 1. Januar 2011 mit der Gemeinde Sorzig-Ablaß zusammengelegt. Im Zuge der Zusammenlegung wurde Mügelns Bürgermeister Deuse in den Ruhestand versetzt. Der Bürgermeister von Sorzig-Ablaß übernahm das Amt.

386 „14 Verletzte bei Altstadtfest in Mügeln. 69 Polizisten im Einsatz / Merbitz (der Landespolizeipräsident – B. S.): Wir ermitteln in alle Richtungen – Deuse geht von fremdenfeindlichem Hintergrund aus.“ Vgl. E-Chronik der Gemeinde Mügeln unter <http://www.stadt-muegeln.de/?s=22&nav=2> (14.02.2012).

387 Es lässt sich nicht mehr nachvollziehen, wann genau der Eintrag auf die Homepage gesetzt wurde.

388 Vgl. Eintrag in der E-Chronik der Gemeinde Mügeln vom 27.08.2007: „Eine Stadt setzt mit Friedensgebet ein Zeichen gegen Gewalt.“ <http://www.stadt-muegeln.de/?s=22&nav=2> (20.02.2012).

389 Unten zeichne ich die sich nach dem Übergriff auf dem Altstadtfest häufenden fremdenfeindlichen und rechtsradikalen Aktivitäten und Delikte nach (vgl. B. Wie geht es weiter in Mügeln?).



„ausländerfeindliche“ Parolen.<sup>390</sup> Die Mügelner Täter und Urteile gegen sie werden kurz und die Schuld abmildernd dargestellt – die Täter erscheinen als unartige kleine Kinder, die aber dazugehören („zu uns gehören“) und prinzipiell die richtige Orientierung haben. Die Opfer sind nur über eingestellte Zeitungsberichte erwähnt, sie werden nicht gesondert hervorgehoben, es wird weder auf ihre Menschenwürde noch auf ihr Recht auf Schutz verwiesen.

Vielleicht würde die klare Verurteilung der Täter, die Erwähnung der Opfer und das Einstehen für die Menschenrechte auch schlecht in das Gesamtbild der Stadtchronik passen: Bei der Durchsicht der Chronik wird ein Geschichtsbild sichtbar, das den Umgang mit den jüngsten Ereignissen wenn nicht erklärt, so doch zumindest plausibel macht: Während die DDR-Zeit mit Meldungen über Enteignungen durch den neuen Staat eingeleitet wird, und kaum durch Einträge sichtbar ist, sind die Einträge zwischen Sommer 1838 (der *Mügelner Anzeiger* erscheint erstmals) und Ende 1941 sehr zahlreich und häufen sich insbesondere in den 1930iger Jahren bis Ende 1941. Anschließend wird der Niedergang des Nationalsozialismus mit Meldungen von Mügelner Todesopfern durch alliierte Aggression dargestellt. Bei der Durchsicht der vielen Einträge aus den 1930iger Jahren bis Ende 1941 fallen Meldungen auf, welche die NSDAP und SA lobpreisen. Verantwortliche der Stadt Mügeln haben es nicht für nötig befunden, die Einträge (häufig Auszüge aus der örtlichen Zeitung, dem *Mügelner Anzeiger*) kritisch zu kommentieren. So wird das Vorgehen der SA während der Wahl am 5. März 1933 gegen „kommunistische Zettelankleber“ als Tat „freiwilliger Hilfskräfte“ im Sinne der Stadtgemeinschaft beschrieben und die große Unterstützung der Bevölkerung für die Nationalsozialisten unterstrichen. Am 10. Januar 1940 ist dokumentiert, wie einem Mügelner Arzt mit „Worten des Dankes und der wärmsten Anerkennung (...) (eine) hohe Auszeichnung (die Medaille für Deutsche Volkspflege – B.S.) des Führers“ überreicht wurde.<sup>391</sup> Die offizielle Geschichte Mügelns nimmt dann erst wieder Mitte der 90iger Jahre einen stärker durch Einträge beachteten Lauf. Während die Stadtchronologie sich historisch auf den Nationalsozialismus bezieht, fällt es ihr nach wie vor schwer, Rechtsradikale als Täter zu thematisieren und ihre Taten zu verurteilen. Dennoch ist festzuhalten, dass die lokale Politik ihre Interpretation des Falls leicht revidiert hat

---

390 Vgl. E-Chronik der Gemeinde Mügeln, etwa vom 15.1.2008: „Amtsgericht Oschatz fällt weiteres Urteil nach fremdenfeindlichen Auseinandersetzungen auf dem Mügelner Altstadtfest. <http://www.stadt-muegeln.de/?s=22&nav=2> (20.02.2012); Kommentar der Stadt siehe Eintrag vom 17.07.2008: „Mügelner muss nicht ins Gefängnis.“ <http://www.stadt-muegeln.de/?s=22&nav=2> (20.02.2012).

391 Vgl. E-Chronik der Gemeinde Mügeln: Eintrag vom 6.3.1933: „Reichstagswahl zugunsten der NSDAP“; Eintrag vom 10.01.1940: „Auszeichnung für Mügelner Arzt“. <http://www.stadt-muegeln.de/?s=22&nav=2> (12.02.2012). Von 1942 bis in die 90iger Jahre finden sich recht wenige Einträge, erst Mitte der 90iger Jahre wächst die Zahl wieder erheblich.

bzw. später eine weitere Interpretation zulässt: Sie hält nun nicht mehr eine bloß gewalttätige Auseinandersetzung, in der die indischen Opfer den Übergriff vermutlich verdient haben (- „weil Fremdenfeindlichkeit auch richtig sein kann“), fest. Stattdessen bezeichnet sie den Vorfall als gewalttätig und fremdenfeindlich und betont, dass er gerügt werden muss. In der Stadtchronik ist gut zu erkennen, wodurch diese Wende in der Darstellung des Falls durch Bürgermeister und Stadtrat verursacht wird: Durch einschlägige Gerichtsurteile zum Fall. Diese Urteile passen nicht zu den vorherigen Interpretationen der lokalen Politik, werden aber in den Einträgen der Stadt zitiert.<sup>392</sup>

---

392 Dies unterstreicht die Bedeutung des Gerichts. Mit der veränderten Zusammensetzung des Stadtrats und der Rolle des neuen, am 27. März 2011 gewählten Bürgermeisters Volkmarr Winkler (SPD) hat das nichts zu tun. Es bleibt abzuwarten, wie diese mit dem Fall umgehen, ihn bearbeiten und erinnern wird. Zuvor für die Gemeinde Sorzig-Ablaß zuständig, wurde Winkler für die neue Stadt Mügeln mit 85,5% gewählt.

## IV. Regionale Politik

### 1 Einführung: Wahlstruktur und Umgang mit der Radikalen Rechten

Nach der Landtagswahl vom 19. September 2004, der vierten Wahl zum Sächsischen Landtag, löst eine Koalitionsregierung von CDU und SPD die bisher allein regierenden Christdemokraten ab. Die rechtsextreme NPD zieht mit 12 Sitzen (9,2%) als viert stärkste Partei zum ersten Mal in den sächsischen Landtag ein. Damit ist die Partei seit 1968 erstmals wieder in einem deutschen Landtag vertreten.<sup>393</sup> Die Sitzverteilung im Sächsischen Landtag ist wie folgt:

Tabelle 8: Wahlen/Parteienstruktur in Sachsen

| Parteien  | Sächsischer Landtag (am 19.09.2004) |
|-----------|-------------------------------------|
| CDU       | 41,1% / 55 Sitze                    |
| PDS/Linke | 23,6% / 31 Sitze                    |
| SPD       | 9,8% / 13 Sitze                     |
| NPD       | 9,2% / 12 Sitze                     |
| FDP       | 5,9 % / 7 Sitze                     |
| Grüne     | 5,1% / 6 Sitze                      |

Die Stärke der CDU in der Regierungskoalition ergibt sich nicht alleine aus der Dominanz der Sitze im Landtag, sondern fußt auch auf einer seit 1990 etablierten Machtbasis: So regierte die CDU unter Ministerpräsident Biedenkopf drei Legislaturperioden (seit 1990) alleine. Im Jahr 2004 übernahm Georg Milbradt (CDU) die Regierungsführung.

Rechtsextremismus ist von der sächsischen Staatsregierung lange nicht als Problem wahrgenommen worden. Charakteristisch für diese Ignoranz war die Haltung des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (1990-2002), der noch im September 2000 zu Protokoll gab, die Sachsen hätten „sich als völlig immun erwiesen gegenüber rechtsradikalen Versuchen“.<sup>394</sup> Diese Sichtweise begründete den langen Verzicht Sachsens auf Landesprogramme gegen Rechts-

---

393 Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Landtagwahl 2004.

394 Vgl. hierzu auch Schellenberg (2004).

extremismus.<sup>395</sup> Der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag im September 2004 löste bei Politikern und Vertretern der Medien Entsetzen aus.<sup>396</sup> Die bislang im Parlament vertretenen Parteien (CDU, *Linke*, SPD, FDP, *Grüne*) bildeten parteiintern Arbeitsgruppen zum Thema Rechtsextremismus und beschäftigten sich mit der Frage, wie mit der neuen Partei im Parlament umzugehen sei. Anfang 2005, nachdem sich zeigte, dass die NPD offensiv in Erscheinung tritt (u.a. Eingabe von Anträgen, provokative Reden), verständigten sich die Parteien auf einen gemeinsamen Kurs im Parlament:

- Den „Neonazis“ sollte nicht mehr als nötig ein Podium für ihre Themen geboten werden. Es sollte mit ihnen nicht über ihre Propaganda diskutiert werden.
- Die Aussagen der NPD sollten nicht unkommentiert bleiben.
- Die „demokratischen Fraktionen“ wollten geschlossen auftreten.<sup>397</sup>

Die Reden und Anträge der NPD wurden damit stets durch einen Vertreter einer der anderen Fraktionen beantwortet und abgelehnt. Dabei wurde, wenn möglich, die neonazistische Ideologie entlarvt.<sup>398</sup> Damit sollte der Selbstinszenierung der NPD entgegengewirkt und die Verwirklichung ihrer Anliegen unterbunden werden. Jedoch begann die ausgrenzende Auseinandersetzung mit der Partei und ihrer Ideologie bereits im Jahr 2006 schwächer zu werden. Im Jahr 2007 wurde die Partei – wenngleich ihr weiterhin bei parlamentarischen Debatten widersprochen wurde – vor allem ignoriert.<sup>399</sup>

Ab dem Jahr 2007 wandte sich insbesondere die CDU wieder verstärkt einem Kampf gegen „Extremismus“ im Allgemeinen zu, womit „Rechtsextremismus“ weniger zentral thematisiert wurde. Die Christdemokraten betonten erstmals wieder (nach dem Wahlerfolg der NPD) stärker die Notwendigkeit, den Linksextremismus zu bekämpfen und verurteilten *Die Linke* neben der NPD als „extremistisch“.<sup>400</sup> Damit gab es im Jahr 2007 eine Tendenz, die NPD aus ihrer parlamentarischen Außenseiterposition zu befreien.

Nach dem Wahlerfolg der NPD im Jahr 2004 reagierte die neue Landesregierung aus CDU und SPD auf den nun auch durch Wahlergebnisse manifesten

395 Ebenda.

396 Detaillierte Darstellung der NPD als Parteien und Bewegung in Sachsen, siehe den Teil Radikale Rechte, Die NPD.

397 Fischer (2008), S. 66.

398 Vgl. ebenda.

399 Das zeigt sich u.a. an der Anzahl von Pressemitteilungen der anderen Parteien, welche die NPD thematisieren. Sie waren in den Jahren 2005 (und 2006) besonders häufig. Vgl. Fisher (2008), S. 67.

400 Vgl. ebenda, S. 61-78, S. 71, 74.

Rechtsextremismus mit der Initiierung eines entsprechenden Landesprogramms: Das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ startete im Jahr 2005. Als Ziel des Programms wurde die Förderung und Stärkung der demokratischen Kultur in Sachsen genannt, als Themenschwerpunkte „Extremismus, Rassismus und Antisemitismus“.<sup>401</sup> Im Zuge des Programms wurden in einigen Gebietskörperschaften Lokale Aktionspläne aufgelegt – im Landkreis Torgau-Ostschanz und in Mügeln wurden jedoch keine entsprechenden Initiativen bewilligt.<sup>402</sup>

## 2 Die Sächsische Staatsregierung/CDU: Interpretation, Problemanalyse, Gegenstrategien (Phase 1)

### *Interpretation*

Der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt<sup>403</sup> (CDU) und sein Innenminister Albrecht Buttolo<sup>404</sup> (CDU) beziehen bereits am Tag nach dem Vorfall in Mügeln öffentlich Stellung. In ihren ersten Reaktionen sagen die Vertreter der Staatsregierung, dass vor einer Bewertung der „Vorgänge in Mügeln“ die Ermitt-

---

401 Über Details des Programms und die Fördermittel sollte ein von der Landesregierung berufener Beirat entscheiden. Im Jahr 2007 wurden Fördergelder in Höhe von ca. 1,7 Millionen Euro für 87 Projekte vergeben. Unter anderem wurden damit aus dem Landesprogramm vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte Projekte kofinanziert. Vgl. Informationen zum Landesprogramm o.D.; Sächsische AufbauBank, o.D.

402 Ferner wird im Landesprogramm mit dem Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ zusammengearbeitet. Die Plattform lokaler Initiativen und Vereine bemüht sich um eine Stärkung der demokratischen und toleranten Alltagskultur in Sachsen. Die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechts-Extremismus ist beim Ministerium für Soziales angesiedelt. Anlassbezogen können hier Kriseninterventionsteams zusammengestellt werden, u.a. mit Vertretern aus Opferberatungsprojekten, Amal e.V. oder RAA (Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule) Leipzig, und Mobilen Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen e.V.

403 Milbradt wuchs in Dortmund auf, studierte Volkswirtschaft, Jura und Mathematik, arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster, wo er promovierte und später als außerplanmäßiger Professor tätig war. 1973 trat er in die CDU ein, seit 1994 Mitglied des Sächsischen Landtags, 2001 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Sachsen, 1990 bis 2001 war er sächsischer Staatsminister der Finanzen, 2002 sächsischer Ministerpräsident. 2008 trat er in Folge von Verwicklungen in die Sachsen-LB-Affäre zurück, weil er private Kredite in Anspruch genommen hatte.

404 Buttolo wuchs in Sachsen auf, wo er Technologie/Maschinenbau studierte und als Gruppenleiter in einem Betrieb der Automobilindustrie arbeitete. Er war bis 1978 Mitglied der Betriebskampfgruppen der DDR und trat 1979 in die Blockpartei CDU ein. Von 2005 bis 2009 war er sächsischer Innenminister.

lungen abgewartet werden müssten.<sup>405</sup> Milbradt betont, man dürfe nicht voreilig einen „ausländerfeindlichen“ oder „rechtsradikalen“ Hintergrund annehmen. Es stünde „außer Frage, dass man solche Vorfälle nicht auf die leichte Schulter nehmen kann, aber man sollte auch nicht jede Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Ausländern sofort unter dem Stichwort Ausländerfeindlichkeit verbuchen“.<sup>406</sup> Der Ministerpräsident meint, dass die Aussagen der Zeugen „sehr widersprüchlich“<sup>407</sup> seien. Es gelte sorgfältig zu ermitteln und dann zu urteilen, „denn vorschnelles Urteilen bedient nur Vorurteile.“<sup>408</sup> In der Debatte<sup>409</sup> fungieren die Begriffe „Vorurteil“ und „Vorverurteilung“ als Referenz zu dem vermeintlichen Vorurteil, Ostdeutsche als Gruppe wären fremdenfeindlich, gewalttätig und rechtsextrem. Der Innenminister sieht in dem Vorfall „keine geplante Aktion von Rechtsextremen“.<sup>410</sup> Auslöser für die „Gewalt“ sei ein Gerangel auf der Tanzfläche gewesen, welches sich „hochgeschaukelt“ habe. Rechtsextremismus müsse nicht der Tathintergrund sein, weil „rechtsextreme Sprüche“ höchstens von Einzelpersonen geäußert worden seien.<sup>411</sup> So handele es sich möglicherweise um eine „normale“ Auseinandersetzung ohne rechtsextremen oder „ausländerfeindlichen“<sup>412</sup> Hintergrund. Damit wird der Kategorisierung des Falls als rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich entgegengetreten.

Kategorisiert wird der Fall als „Gewaltexzess“: So glaubt der Innenminister, dass es für eine Bewertung, ob der Fall einen ausländerfeindlichen Hintergrund habe, zu früh sei. Allerdings sei unabhängig davon, ob es sich um einen „ausländerfeindlichen“ Übergriff gehandelt habe, die Tatsache, dass eine große Menschenmenge hinter einer kleineren Gruppe hinterher jage und diese angreife, inakzeptabel und müsse geahndet werden.<sup>413</sup> Der Ministerpräsident ist in seiner

---

405 Vgl. Interview mit Ministerpräsident Milbradt auf *spiegel-online* vom 21.08.2007: „Hetzjagd auf Ausländer. ‚Viele im Osten sind durch dumpfe Parolen mobilisierbar‘“. Interview geführt von Severin Weiland. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,501005,00.html> (1.03.2013).

406 Ebenda.

407 FAZ-net vom 23.08.2007: „Gewaltexzess in Mügeln. Milbradt: ‚Nehmen nichts auf die leichte Schulter‘“. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gewaltexzess-in-muegeln-milbradt-nehmen-nichts-auf-die-leichte-schulter-1461992.html> (1.03.2013).

408 Ebenda.

409 Vgl. Analyse unten: Feindseligkeiten gegen die Sachsen und die Ostdeutschen.

410 Buttolo zitiert in FAZ-net vom 23.08.2007: „Gewaltexzess in Mügeln. Milbradt: ‚Nehmen nichts auf die leichte Schulter‘“. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gewaltexzess-in-muegeln-milbradt-nehmen-nichts-auf-die-leichte-schulter-1461992.html> (1.03.2013).

411 Ebenda.

412 Vertreter der sächsischen Staatsregierung sprechen von „Ausländerfeindlichkeit“ nicht von „Rassismus“ oder „Fremdenfeindlichkeit“. Die Wahl der Begrifflichkeiten wird im Schlussteil thematisiert.

413 Vgl. *Die Welt* vom 22.08.2007: „Ostdeutschland. Der Osten schlägt schneller zu als der Westen.“ Von Martin Lutz, S. 3.

Ausdrucksweise unspezifischer und äußert lediglich: „So ein Gewaltexzess ist nicht hinnehmbar.“<sup>414</sup> Wie bei den Äußerungen des Mügeln Bürgermeisters und Stadtrats wird auch bei Milbradt (vorerst) nicht klar, was genau „nicht hinnehmbar“ ist: Das Verhalten der Mitglieder der größeren Gruppe, das Verhalten der am Vorfall Beteiligten oder der Exzess selbst – ohne direkte Verantwortliche. Es wird auch nicht begründet, warum dieser Gewaltexzess nicht hinnehmbar ist.<sup>415</sup>

Aus dem Innenministerium wird mehrmals nach dem Vorfall – auf direkte Nachfrage von Journalisten – betont, dass das Thema „Rechtsextremismus“ sehr ernst genommen würde und „ganz oben auf der Agenda der Landesregierung“ stünde.<sup>416</sup> Das habe allerdings nichts mit dem Fall Mügeln zu tun, so betont die Staatsregierung, die damit den Fall nicht als rechtsextrem motiviert kategorisieren möchte. Rechtsextremismus sei ein schon länger vorhandenes und bekanntes Problem.<sup>417</sup> Milbradt betont stets, dass allgemein der „Extremismus“ gefährlich sei. In seinen Äußerungen bezieht er sich aber auch speziell auf die NPD-Fraktion. Viele Wähler seien für „extremistische Parteien mit ihren dumpfen Parolen mobilisierbar“.<sup>418</sup> Fremdenfeindlichkeit wird nicht thematisiert. Sie wird nicht als Problem wahrgenommen. Milbradt eröffnet ein anderes Bezugsfeld: Den „Extremismus“ im Allgemeinen.<sup>419</sup>

Gleichzeitig betont der sächsische Ministerpräsident, dass Sachsen ein „weltoffenes Land“ sei. So gebe es Forschungsinstitute, bei denen mehr als die Hälfte der Belegschaft aus dem Ausland komme. Die sächsischen Unternehmen seien auf ausländische Mitarbeiter und internationale Kooperationen angewiesen. Daher sei der Vorfall in Mügeln nicht nur aus menschlichen Aspekten, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen schädlich.<sup>420</sup> Hier bezieht sich der Minister-

---

414 Milbradt zitiert in *Focus-online* vom 20.08.2007: „Sachsen. Sorge und Bestürzung nach Hetzjagd in Mügeln.“ [http://www.focus.de/politik/deutschland/sachsen\\_aid\\_70456.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/sachsen_aid_70456.html) (1.03.2013).

415 Es wird weder in Pressestatements begründet, noch in den ersten öffentlichen Statements der Staatsregierung (etwa in der Antwort auf die Große NPD-Anfrage).

416 Vertreterin der sächsischen Staatsregierung zitiert im *Tagesspiegel-online* vom 21.08.2007: „Rechtsextremismus. Indien fordert Aufklärung in Mügeln.“ Von Barbara Junge und Ruth Ciesinger. <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-indien-fordert-aufklaerung-in-muegeln/1019512.html> (1.03.2013).

417 Vgl. Ebenda.

418 Interview mit Ministerpräsident Milbradt auf *spiegel-online* vom 21.08.2007: „Hetzjagd auf Ausländer. „Viele im Osten sind durch dumpfe Parolen mobilisierbar“. Interview geführt von Severin Weiland. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,501005,00.html> ((1.03.2013).

419 Zur Bedeutung des Extremismus-Diskurs siehe unten. Mügeln wird zur Referenz/Schlussziel.

420 Vgl. FAZ-online vom 22.08.2007: „Rechtsextremismus. Zentralrat der Juden beklagt Defizite der Politik.“ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus-zentralrat-der-juden-beklagt-defizite-der-politik-1464747.html> (1.03.2013).

präsident – ohne das Wort „Fremdenfeindlichkeit“ zu gebrauchen – auf eine Einstufung des Falls als „fremdenfeindlich“. Klar wird in entsprechenden Äußerungen allerdings nie, ob der Ministerpräsident selbst Fremdenfeindlichkeit als Hintergrund des Vorfalls annimmt oder sich nur auf eine reale (- wenn auch aus seiner Sicht unzutreffende-) Zuschreibung und daraus resultierende Wirkung („Schaden für die Wirtschaft“) bezieht. Stellungnahmen der sächsischen CDU – etwa in einer Presseerklärung, in der Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) als „populistischer Schwätzer“ beschimpft wird, weil er den Fall Mügeln als Beispiel für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bezeichnet und deren besondere Verbreitung im Osten<sup>421</sup> beschrieben hatte<sup>422</sup> – legen allerdings nahe, dass die Partei Milbradts vorerst „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rechtsextremismus“ als Tathintergrund abstreitet.

### Interpretation der Debatte

Auf dem CDU-Parteitag im September in Mittweida bezieht der Ministerpräsident explizit Stellung zur öffentlichen Debatte über den Fall Mügeln.<sup>423</sup> Seine Stellungnahme ordnet er unter der Zwischenüberschrift „NPD. Extremismus. Riesa“<sup>424</sup> ein. Milbradt beklagt, es gebe keine „Auseinandersetzung mit Augenmaß“ über den Fall Mügeln, sondern eine „oberflächliche und einseitige Berichterstattung“ deutschlandweit.<sup>425</sup> Es hätte keine „Hetzjagd in Mügeln“<sup>426</sup> gegeben und er wisse „wie die Menschen in Mügeln sich fühlen“, da es tatsächlich „eine Hetzjagd auf Mügeln und die Mügeln“ gebe.<sup>427</sup> „Wenn es in der öffentlichen Auseinandersetzung bei stereotypen Betroffenenadressen“ bleibe, dann sei „mehr verloren als gewonnen“. Er persönlich sei „gegen hysterische Debatten“, deshalb sei „es wichtig, dass wir (die CDU – B.S.) das Thema“<sup>428</sup> angehen“. Milbradts Kritik an der öffentlichen Debatte über Mügeln, insbesondere der angeblich „einseitigen“ und „negativen“ Berichterstattung, die „Sachsen weltweit an den Pranger“ stelle – während ein ähnliches Ereignis im westdeut-

421 Diskussionsbeitrag Tiefensee siehe Teil „Bundespolitik“, Kapitel: Problemanalyse, Fremdenfeindlichkeit als ostdeutsches Problem.

422 Zitiert nach Chris Fisher, Seite 77.

423 Vgl. unten.

424 Landesparteitag, 21., der Sächsischen Union in Mittweida, September 15, 2007. Riesa ist der Stichpunkt für eine in Riesa geplante Konferenz gegen Extremismus und Gewalt. Hierzu unten ausführlicher.

425 Ebenda, S. 21f.

426 Ebenda; N-TV vom 15. 09.2007: „Milbradt hat’s sofort gesehen ‚Hetzjagd auf Mügeln““ <http://www.n-tv.de/politik/Hetzjagd-auf-Muegeln-article232476.html> (1.03.2013).

427 Ebenda (Landesparteitag).

428 Was genau gemeint ist, bleibt unklar. Die angeblich notwendige Verteidigung „der Mügeln“ wie sie die NPD vorgibt zu leisten? Oder tatsächliche Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus oder Extremismus?



schen Rheinland-Pfalz angeblich von den Medien verheimlicht worden sei – stieß auf dem Landesparteitag auf breite Zustimmung bei den Delegierten.<sup>429</sup> In diesem Zusammenhang beklagt Milbradt, er finde „es unerträglich, wenn ein ganzer Ort und ein ganzer Landstrich stigmatisiert“<sup>430</sup> werden. Die Bedeutung des Argumentationsmusters „Feindseligkeiten gegen die Ostdeutschen“, das gegen die Debatte über Rechtsextremismus bezüglich des Falls Mügeln ins Feld geführt wird, ist in der lokalen wie regionalen Debatte nicht zu unterschätzen.<sup>431</sup> Unterstellt wird, dass „Westdeutsche (äußern sich) über Ostdeutschland in einer Art, die ihnen zu Recht als Fremdenfeindlichkeit ausgelegt werden würde, wenn sie sich so über Ausländer äußerten“<sup>432</sup> urteilten. Obwohl es sich möglicherweise um ein typisches Dorffest mit viel Alkohol oder um Streit um Freuen gehandelt habe, würde, weil es sich um einen ostdeutschen Ort handle nun Rechtsextremismus und fehlende Zivilcourage debattiert.<sup>433</sup>

### *Problemanalyse*

Eine Auseinandersetzung mit Problemen, die zu dem Vorfall in Mügeln geführt haben könnten, findet bei der CDU nicht statt. Das maßgebliche Problem sei nicht der Fall selbst, sondern falsche Zuschreibungen aufgrund von Vorurteilen gegen den Osten. Die überregionale Presse brauche Skandale; prototypisch dafür stehe der „Fall Sebnitz“, der sich als gut verkaufbare, aber unwahre Geschichte

---

429 Pressebeobachter betonten den heftigen Applaus der Delegierten beim Thema „Mügeln“ und meinen, dass es dem als Ministerpräsidenten u.a. wegen der Landesbank-Affäre angeschlagenen Milbradt „ein bisschen (auf dem CDU-Landesparteitag – B.S.) half“, das Städtchen Mügeln in Schutz zu nehmen. Vgl. *Tagesspiegel* vom 17. 09.2007: „Nach den Vorfällen in Mügeln. SPD und Grüne empört über Milbradt“. Von Antje Sirleschtov. <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/nach-den-vorfaellen-in-muegeln-spd-und-gruene-empoeert-ueber-milbradt/1043960.html> (1.03.2013). Vgl. auch Bericht in FAZ vom 17.09.2007: „Schafft er es? Die sächsische CDU stellt sich noch einmal hinter ihren Ministerpräsidenten Georg Milbradt.“ Von Reiner Burger, S. 4.

430 Landesparteitag, 21., der Sächsischen Union in Mittweida, September 15, 2007, S. 21.

431 Ein Dokument, das die zentralen Argumentationsmuster hierzu enthält ist der Artikel des ehemaligen sächsischen Innenministers und Mitglied des Sächsischen Landtags Eggert (CDU). Vgl. Heinz Eggert: „Rechtsextremismus im Osten. Immer feste drauf.“ FAZ vom 25.08.2007, Rubrik: „Fremde Federn“, nur 6 Tage nach dem Vorfall erschienen. Auf faz-online unter: <http://www.faz.net/artikel/C30190/rechtsextremismus-im-osten-immer-feste-drauf-30126142.html> (1.03.2013). Die folgenden Zitate von Eggert stammen aus dem Artikel.

432 Ebenda.

433 Vorwürfe richten sich explizit auch gegen den Generalsekretär des Zentralrats der Juden: Er würde den „Argumentationshammer“ schwingen, sich in Warnungen wie „Gestern Farbige, heute Ausländer, morgen Schwule und Lesben oder vielleicht Juden“ versteigen und damit die Diskussion unzulässig dramatisieren.

erwiesen habe. Die Bundespolitiker seien unsicher und reagieren hysterisch auf das Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Und Vertreter der Juden warnen vor gewalttätigen Übergriffen auf Minderheiten und erinnerten bereits durch ihre Institution als Gruppe (*Zentralrat der Juden in Deutschland*) an nationalsozialistische Verbrechen, was der Diskussion nicht zuträglich sei, sondern sie dramatisiere. Schließlich berge die Diskussion ein kontraproduktives Element: Rechtsextreme beobachteten die Debatte und zögen daraus Vorteile für sich. So wird nicht der Vorfall als Problem wahrgenommen, sondern die Debatte über ihn und über Rechtsextremismus.

### *Gegen-Strategien und konkrete Maßnahmen*

Da der Fall nicht als (eigenständiges) Problem wahrgenommen wird, gibt es auch vorerst keine Diskussion über Gegenstrategien. Allerdings verweisen Vertreter der sächsischen Staatsregierung aufgrund politischen Handlungsdrucks durch die anhaltende Debatte auf eine geplante Konferenz über „Maßnahmen gegen Gewalt und Extremismus“.<sup>434</sup> „Wir wollen dort miteinander und nicht übereinander reden“, so der Chef der Sächsischen Staatskanzlei Hermann Winkler (CDU).<sup>435</sup> Wenngleich Milbradt die Konferenz im Zusammenhang mit Fragen zum Vorfall in Mügeln erwähnt, betont er, dass sie keine direkte Reaktion auf die Ereignisse von Mügeln sei, sondern auf längerfristigen Planungen beruhe.<sup>436</sup> Die Verbindung zum Fall wird gezogen ohne explizit zu betonen, dass sich in Mügeln tatsächlich ein rechtsextremer Fall ereignete. Zu der Konferenz würden Vertreter von Land, Kommunen, freien Trägern und Opferverbänden eingeladen.<sup>437</sup> Die sächsische Staatsregierung signalisiert durch Titel und Begründung

---

434 Milbradt zitiert auf *spiegel-online* vom 23.08.2007: „Gewalt in Mügeln. Milbradt plant Konferenz gegen Rechtsextremismus.“ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,501527,00.html> (1.03.2013). Wenngleich viele Medien eine „Rechtsextremismus-Konferenz“ ankündigen, so reden Vertreter der Sächsischen Staatsregierung stets von einer Konferenz gegen „Gewalt und Extremismus“.

435 FAZ vom 23.08.07: „Gewaltexzess in Mügeln. Milbradt: ‚Nehmen nichts auf die leichte Schulter‘“ <http://www.faz.net/s/Rub61EAD5BEA1EE41CF8EC898B14B05D8D6/Doc~E8CA618EDD-BEC4068BB42454AA22725C1~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (1.03.2013).

436 Ebenda.

437 In einigen Presseberichten heißt es hierzu, Milbradt plane eine Konferenz gegen „Rechtsextremismus“. Vgl. u.a. *Zeit-online* vom 23.08.2007: „Ausländerfeindlichkeit. Mehr Mittel gegen rechte Gewalt?“ <http://www.zeit.de/online/2007/34/muegeln-donnerstag?from=24hNL> (1.03.2013); *Deutschlandradio Kultur* vom 23.08.2007: „Konferenz gegen Rechtsextremismus geplant. Milbradt kündigt Konsequenzen nach Vorfällen an.“ <http://www.dradio.de/aktuell/661295/> (1.03.2013).

der Konferenz Problembewusstsein und eine kontinuierliche Bearbeitung auch des Themas „Rechtsextremismus“. Allerdings rückt zum einen ein unpolitisches Problem, nämlich „Gewalt“, in den Vordergrund und zum anderen wird „Extremismus“ als politisches Problem benannt. Die Staatsregierung stellt damit eine prinzipielle Bedrohung des Staates durch linke, rechte etc. Kräfte in den Mittelpunkt, Fremdenfeindlichkeit tritt in den Hintergrund.

Der Ministerpräsident betont, dass die CDU „dem Extremismus“ von zwei Seiten her begegnen müsse und daher auch eine „offene Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremen“ führen müsse: So dürfe zum einen die kritische Auseinandersetzung nicht „den selbsternannten und so genannten Antifaschisten überlassen“ werden.<sup>438</sup> Zum anderen sei es ebenso notwendig, dass die CDU das Thema Patriotismus besetze und dies nicht der NPD überlasse.<sup>439</sup> Die Äußerungen Milbradts zeigen strategische Positionierungsüberlegungen der CDU gegenüber der Radikalen Rechten, auch im Kampf um Wähler.<sup>440</sup> Dabei meint der Ministerpräsident durch stärkere Betonung von durch die NPD besetzte Themen („Patriotismus“) die Radikale Rechte bekämpfen zu können. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Fall Mügeln bekommt das Thema „Patriotismus“ (wie im Deuse-Interview mit der *Jungen Freiheit* das Thema „Nationalstolz“), auch wenn es von einem CDU-Politiker geäußert wird, jedoch einen rechtsradikalen Drall.

### *Die Antwort auf die Große Anfrage der NPD*<sup>441</sup>

Mit der Antwort der Staatsregierung auf die *Große Anfrage* der NPD („Schlägerei beim Mügeln Altstadtfest am 18./19. August 2007“) vom 6. November 2007 liegt ein umfangreiches Dokument vor, das die Positionierung der Staatsregierung zum Fall Mügeln und ihren Umgang mit der Radikalen Rechten verdeutlicht.<sup>442</sup> Es zeigt sich, dass der Innenminister und mit ihm die verantwortlich zeichnende sächsische Staatsregierung nicht auf die politische Brisanz der NPD-

438 Landesparteitag, 21., der Sächsischen Union in Mittweida, September 15, 2007, S. 21.

439 Vgl. ebenda. Hinter dieser Äußerung steht eine lange Debatte der Fraktion über ihre politische Positionierung. Der Politikwissenschaftler Jesse hatte bereits im Jahr 2004 der Partei geraten, das Thema Patriotismus offensiver zu besetzen und das Feld nicht der NPD zu überlassen.

440 Zur Patriotismus-Debatte in der sächsischen CDU und Berührungspunkten mit der NPD siehe: Chris Fisher 2008, S. 61-78.

441 Staatsministerium des Innern, Dr. Albrecht Buttolo, im Namen und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung vom 6.11.2007: Antwort auf die Große Anfrage der NPD, Drs.-Nr.: 4/9692.

442 Aufgrund der Leserfreundlichkeit verzichte ich auf die detaillierte Darstellung der Analyse und fasse lediglich die Ergebnisse zusammen.

Anfrage und der Diskurse, an die sie anschließt, reagiert und nicht zur Klärung konflikthafter Interpretationen des Falls beigetragen haben. Im Gegenteil, die Staatsregierung hat, indem sie Fragen der Schuld, Angriffe auf die Menschenwürde und das Unrecht, das den indischen Migranten widerfahren ist, nicht thematisiert, zudem kommentarlos Quellen Dritter mit problematischen Inhalten zitiert und unkonkret und für verschiedene Interpretationen offen antwortet, weiter zu einer Verklärung des Geschehens beigetragen und einer kritischen öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Vorfall geschadet. Insbesondere durch eine überdimensionale Verteidigung der Polizei gegenüber vermeintlichen Vorwürfen der Inder und durch das Zitieren eines *Focus*-Artikels, der eine mögliche Schuld der indischen Migranten diskutiert, scheint bestätigt zu werden, dass die Inder keine unschuldigen Opfer sind. Aufgrund der pauschalen und undifferenzierten Antworten begibt sich die Staatsregierung auf die Argumentationslinie der NPD: Sie widerspricht häufig nicht, sondern kommentiert deren Deutung des Falls zum Teil sogar bestätigend.

In der Antwort auf die NPD-Anfrage wird vor allem unreflektiert und autoritär auf Passagen, die möglicherweise als Kritik gegen die Polizei gelesen werden können, reagiert: Die Äußerungen sind Ausdruck einer ordnungspolitisch definierten Polizei ohne menschenrechtliche Perspektive. Das zeigt sich auch darin, dass unangemessen umfangreich auf die zum Teil bloß impliziten Vorwürfe, die Polizei hätte ihren Pflichten nicht entsprochen, reagiert wird, während die massiven Diffamierungen der (weiteren) Feindbilder der NPD (die Inder, CDU-Ausländerbeauftragte, Grüne) ohne Reaktion bleiben. So werden dem Weltbild der NPD keineswegs demokratisch und menschenrechtlich begründete Normen des Grundgesetzes entgegengesetzt. Insgesamt ist die Antwort der Staatsregierung ein peinliches Dokument, das ein Zwischenstadium ihrer Auseinandersetzung mit dem Fall markiert:<sup>443</sup> Es ist (obwohl es zeitlich gesehen, Anfang November, bereits in die zweite Phase der Reaktionen fallen müsste) noch nicht durch eine ablehnende Positionierung gegenüber der NPD gekennzeichnet. So ist die Antwort auf die *Große Anfrage* ein Dokument der Unfähigkeit, des Unwillens oder zumindest der Unernsthaftigkeit der politischen Auseinandersetzung mit der Radikalen Rechten. Sie ist ein Dokument der eigenen Wankelmütigkeit und Unentschlossenheit in der Positionierung gegenüber rechtsradikaler Ideologie und Fremdenfeindlichkeit. Die Antwort der Staatsregierung bezeugt Sympathie mit oder zumindest eine fehlende Distanzierung von fremdenfeindlichen, rassistischen und rechtsextremen Deutungs- und Argumentationsmustern – was

---

443 Sie entspricht den problematischen Entwicklungen der Deutung des Falls durch Polizei/Staatsschutz und lokale Politik. Vgl. hierzu die jeweiligen Kapitel.

insgesamt charakteristisch für die erste Phase der Reaktion der sächsischen Staatsregierung ist.

*Resümee*

Die folgenden Tabellen fassen die Interpretation des Falls, die Problemanalyse und Gegenstrategie-Diskussion der Staatsregierung (CDU) in Phase 1 zusammen.

*Tabelle 9:* 1R: Interpretation Phase 1

| <i>Interpretation</i>   | <i>Argumentationsmuster</i>   |
|---|---|
| Es handelt sich um allgemeine Gewalttätigkeit...                                | a) weil nicht jede Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Ausländern gleich als Ausländerfeindlichkeit bezeichnet werden darf.<br>b) weil der Ausgangspunkt ein Gerangel auf der Tanzfläche war.<br>c) weil eine große Menschenmenge gegen eine kleine Gruppe vorging.   |
| Der Fall darf nicht als rechtsextrem oder fremdenfeindlich bezeichnet werden... | a) weil die Ermittlungen noch abgewartet werden müssen.<br>b) weil die Zeugenaussagen sehr widersprüchlich seien.<br>c) weil schnelle Urteile Vorurteile gegen Ostdeutsche bedienen.<br>d) weil „Mügeln“ nicht als „rechte“ Hochburg dargestellt werden darf.<br>e) weil rechtsextreme Sprüche von Einzelpersonen kamen.<br>f) weil die Inder möglicherweise nicht ganz unschuldig sind ( in der Antwort zur Großen Anfrage impliziert).<br><br>Die Einschätzung des Falls als rechtsextrem oder fremdenfeindlich ist (zum jetzigen Zeitpunkt) nicht belegt und daher „geschwätziger Populismus“. |

Die Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wird weitgehend als Schuld- und Problemverlagerungsdebatte geführt, in der den Ortsansässigen und Ostdeutschen angeblich Vorurteile und Feindseligkeiten entgegenschlagen. Eine Auseinandersetzung mit den eigentlichen Problemen, Rechtsradikalismus und Rassismus, findet nicht statt. Konfusion herrscht bei der Thematisierung von Gegen-Strategien – bei der durch die Staatsregierung (CDU) vorgenommenen Interpretation und Problemanalyse ist eine Entwicklung und schlüssige Kommunikation von Strategien nicht machbar.

Tabelle 10: 2R: Problemanalyse Phase 1

| <i>Problem</i>             | <i>Argumentationsmuster</i>   | <i>Verursacher</i>  | <i>Framing</i>  |
|----------------------------|---|---|---|
| Allgemeine Gewalttätigkeit | Allgemeine Gewalttätigkeit ist zu verurteilen (normative Aussage).  | Unklar.   | Es gibt vorurteilsbeladene, hysterische und falsche Debatten über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. |
| Die Debatte                | 1. Die Debatte ist hysterisch und falsch, weil<br>a) ein fremdenfeindlicher und rechtsextremer Hintergrund nicht erwiesen ist.<br>b) es tatsächlich eine „Hetzjagd auf Mügeln und die Mügeln“ gibt.<br>2. Die Debatte ist vorurteilsbeladen gegen Ostdeutsche, weil<br>a) Ostdeutschen ohne ausreichende Beweise „Ausländerfeindlichkeit“ und Rechtsextremismus unterstellt wird.<br>b) Westdeutsche sich fremdenfeindlich gegenüber Ostdeutschen äußern. | Medien<br><br>Bundespolitiker<br><br>(Zentralrat der Juden)<br><br>Westdeutsche |   |

Tabelle 11: 3R: Strategien Phase 1

| <i>Anliegen</i>  | <i>Argumentationsmuster</i>   | <i>Maßnahme</i>   |
|--|---|---|
| Einordnung rechtsextremer/ fremdenfeindlicher Gewaltexzess widersprechen o. abmildern. | Um Schaden von Sachsen abzuwenden, muss der Einordnung des Falls als re/ff. widersprochen werden.   | 1. Konferenz gegen Gewalt und Extremismus*  |
| Reaktionsfähigkeit zeigen.   | Die Staatregierung tut kontinuierlich etwas gegen (Rechts-) Extremismus und Gewalt, dazu braucht es keinen „Fall Mügeln“.   | 2. Kritik an der Debatte, insb. den Medien  |
| Sich als Vertreterin und Verteidigerin der Bürger präsentieren.                        | Die CDU ist die eigentliche Vertreterin und Verteidigerin der anständigen Bürger und<br>a) nicht die NPD, die sie vereinnahmen will.<br>b) beschützt sie vor den vorurteilsbelasteten Medienvertretern. | 3. Kritik an NPD / Rechtsextremen<br><br>4. Stärkere Thematisierung des Patriotismus in der CDU |

\*In Phase 2 wird der Titel verändert in „Kommunalforum ‚Sachsen – kein Platz für Extremismus und Gewalt‘“ (vgl. unten).

### 3 Die Sächsische Staatsregierung/CDU: Interpretation, Problemanalyse, Gegenstrategien (Phase 2)

Mit der Rede des Ministerpräsidenten auf dem Kommunalforum „Extremismus und Gewalt“ am 15. November 2007 und der Debatte im Sächsischen Landtag vom 12. Dezember 2007 zur „Schlägerei beim Mügeln Altstadtfest am 18./19. August 2007“ liegen ausführliche Stellungnahmen der Staatsregierung zum Fall Mügeln und zur Debatte über Mügeln vor. Sie zeigen deutliche Veränderungen gegenüber der bisherigen Haltung der Staatsregierung/CDU zum Fall. Thema ist nun vor allem der Problemkomplex „Extremismus“, sowie auch explizit „Rechtsextremismus“.<sup>444</sup> Die lange<sup>445</sup> Rede von Georg Milbradt bezeugt die neue Einordnung des Falls durch die sächsische Staatsregierung/CDU: Milbradt thematisiert nun nicht mehr allgemeine Gewalt oder beklagt alleine falsche Zuschreibungen, sondern stellt das Thema „Extremismus“, auch explizit „Rechtsextremismus“, ins Zentrum der Diskussion.<sup>446</sup> Allerdings bleibt das *Framing* der Konferenz „(Rechts-)Extremismus und Gewalt“. Obwohl „Rechtsextremismus und Demokratie“ zum inhaltlichen Hauptthema der Gegenengagement-Debatte werden, schaffen es diese Begriffe nicht einmal in den Veranstaltungstitel: So heißt das Kommunalforum (weiterhin) „Sachsen – kein Platz für *Extremismus* und *Gewalt*“ – was die mittel- und längerfristige Schwerpunktsetzung der Staatsregierung offenlegt. Dennoch belegt die Analyse der Rede einen gegenüber Phase 1 deutlich veränderten – problemorientierten – Umgang mit dem Vorfall in Mügeln. Besonderen Raum nimmt das Werben für Migranten und ausländische Investoren nach Sachsen ein sowie das Eintreten für eine für Globalisierung offene und demokratische Gesellschaft.

Das steht im scharfen Kontrast zu früheren Äußerungen der Staatsregierung. Deutlich wird durch die Rede auch, dass die Staatsregierung als Konsequenz aus dem „Fall Mügeln“ konkrete Handlungsmaßnahmen bzw. öffentlichkeitswirksame Initiativen gegen „(Rechts-)Extremismus“ startet: Die Veranstaltung selbst wird öffentlichkeitswirksam in diesen Zusammenhang gerückt und dient der Verbesserung des Images des Freistaates Sachsen. Die Konferenz umarmt nicht nur zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, sondern stellt auch ein Entgegenkommen gegenüber bundespolitischen Positionen im Fall Mügeln

---

444 Bei der Analyse muss beachtet werden, dass die Äußerungen zum Fall Mügeln wie zur öffentlichen Debatte eine Reaktion auf das Engagement der Radikalen Rechten (insbesondere: NPD und *Junge Freiheit*) sind, mit der die Regierungsparteien CDU u. SPD in Konkurrenz um Deutungshoheit und Wählerstimmen der Bürger stehen.

445 Sie umfasst gedruckt 33 Seiten. Die Broschüre umfasst insgesamt (Titel/Impressum etc.) 39 Seiten.

446 Vgl. Sächsischen Staatskanzlei, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), November 2007.

dar. Mit klaren Bekenntnissen gegenüber Aktivitäten (für Demokratie und gegen Rechtsextremismus) wirbt sie auch für den Wirtschafts-Standort Sachsen. Die Aufstockung des Personals der SOKO REX (Sonderkommission Rechtsextremismus)<sup>447</sup> und die verlängerten Bewerbungsfristen für eine Förderung im Rahmen des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Toleranz und Demokratie“ setzen scheinbar zugleich ein Zeichen des Engagements. Es zeigt sich allerdings, dass in Reaktion auf den Fall Mügeln der Bereich „Repression“ und Polizei ausgebaut wurde, während das Budget für zivilgesellschaftliches und staatliches Engagement gegen Rechtsextremismus nicht erhöht wurde.<sup>448</sup>

Bemerkenswert ist, dass in der Rede das Thema „Osten“ als „Vorverurteilung des Ostens“ nicht mehr erwähnt wird – obwohl „die Medien“ weiterhin allgemein als schädlich für die Demokratie kritisiert werden. Es wird stattdessen nun an ein (vermeintlich) positives Gemeinschaftsgefühl der Ostdeutschen, insbesondere der Sachsen appelliert: Milbradt erinnert, dass die Ostdeutschen 1989 für Freiheit und Demokratie auf die Straße gingen. Allerdings widerspricht der Ministerpräsident zu Beginn seiner Rede auch (angeblich verbreiteten) Vorurteilen und verkündet, dass „Gewalt und Extremismus“ überall existierten. Folgende Tabelle stellt Anliegen und Argumentationsmuster der Staatsregierung (CDU) in Phase 2 zusammen und benennt deren Frames und *Framing*: Die Haupt-Frames und damit die wichtigsten Beweggründe für die veränderte Argumentation der Staatsregierung sind „Wirtschaft und Fortschritt“, sowie „Internationale Beziehungen“.

---

447 Die Aufstockung des Personals muss allerdings – vor dem Hintergrund meiner Befunde im Teil „Polizei und Staatsschutz“ durchaus als kontraproduktiv gewertet werden. Vgl. den entsprechenden Teil.

448 Es wurden lediglich die Bewerbungsfristen verlängert.



Tabelle 12: 4R: Schaden für Sachsen. Weltoffen und „für Ausländer“ (Phase 2)

| <i>Anliegen</i>  | <i>Argumentationsmuster</i>  | <i>FRAME</i><br>(+ <i>Häufigkeit</i> )             | <i>Framing</i>                    |
|--|--|--|-----------------------------------|
| Schaden für Sachsen abwenden<br><br>Weltoffen und „für Ausländer“ präsentieren | Das Ansehen Sachsens nimmt Schaden, wenn das Land nicht weltoffen, sondern „ausländerfeindlich“ ist.   | Internat. Beziehungen<br>(+++)                     | (Rechts-) Extremismus und Gewalt. |
|  | Die Wirtschaft und Wissenschaft Sachsens ist auf ausländische Mitarbeiter und Kooperationen angewiesen.                                      | Wirtschaft und Fortschritt (Wissenschaft)<br>(+++) |                                   |
|  | Wenn Gewalt und Extremismus akzeptiert werden,<br>- lassen sich Wähler für Extremisten mobilisieren.<br>- gibt es keinen Frieden in Sachsen. | Konflikt<br>(++)                                   |                                   |
|  | Es ist aus menschlichen Aspekten notwendig, Rassismus etc. zu verurteilen.   | Humanität<br>(-, sehr selten, nur 1-mal benannt)   |                                   |

In der Antwort zur Großen Anfrage der NPD durch die Staatsregierung und den unmittelbaren Reaktionen zum Fall Mügeln fehlte eine eindeutige Interpretation des Falls, eine Problemanalyse und eine kritische Auseinandersetzung mit den Anliegen der NPD. Insbesondere die Auseinandersetzung mit der NPD wird in der Debatte im Sächsischen Landtag<sup>449</sup> von der CDU-Fraktion nun offensiv nachgeholt. Die NPD avanciert in der parlamentarischen Debatte zur Hauptschuldigen an Fällen wie Mügeln und zur Initiatorin von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Abgeordnete Dr. Fritz Hähle, verantwortlich für die Darlegung der CDU-Position,<sup>450</sup> bezieht sich zu Beginn der Debatte auf die NPD-Anfragen (möglicherweise rechtfertigend für die undurchsichtige Antwort der Staatsregierung hierzu) – und kritisiert sie in Form und Inhalt als inkompetent. Sie bestünde aus ständigen Wiederholungen, viele Fragen hätten nicht beantwortet werden können, weil sie laufende Ermittlungen betreffen.<sup>451</sup> Die Debatte im sächsischen Landtag findet nur wenige Tage nach dem ersten Urteil zum Fall

449 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692.

450 Ministerpräsident Milbradt nahm nicht an der Sitzung teil.

451 Vgl. Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7831f.

statt. Hierin hatte der Richter von pogromähnlichen Zuständen in Mügeln gesprochen und eine deutliche Strafe für einen Täter verhängt.<sup>452</sup>

In der Landtagsdebatte wie im Kommunalforum diskutiert die CDU verstärkt problemorientiert. Die Argumentation ist in Phase 2 insgesamt differenzierter und strategischer. In der Landtagsdebatte grenzt sich die CDU-Fraktion vor allem deutlich von der NPD ab. Die CDU-Fraktion interpretiert den Fall als eine Manifestation einer gewalttätigen, im Geist des Nationalsozialismus stehenden Ideologie, die durch die NPD repräsentiert werde. Ihr müsse entgegengetreten werden, ebenso wie der Vorverurteilung von Ostdeutschen, die sich in der Debatte zeige und welche die Bürger den Rechtsextremen in die Arme treibe. Erstmals wird konkret auch von Fremdenfeindlichkeit gesprochen – allerdings wird diese alleine von der Ausländerbeauftragten als ein auch von der NPD unabhängiges Problem benannt.

*Tabelle 13: 5R: Interpretation Phase 2*

| <i>Interpretation</i>   | <i>Argumentationsmuster</i>  | <i>Vertreter</i>                             |
|---|--|--|
| Es war ein von der NPD initiiertes Fall. Die NPD ist rechtsextrem und fremdenfeindlich. | Wenn die NPD ihre Schlägertruppe zurückpfeifen würde, gäbe es keine Gewaltorgien in Sachsen.                   | Allg. Deutung der Staatsregierung (CDU)      |
| Der Fall war fremdenfeindlich.  | Wenn Fremdenfeindlichkeit nicht in der Bevölkerung verbreitet wäre, hätte sich der Fall nicht ereignen können. | Vornehmlich durch Ausländerbeauftragte (CDU) |

Die CDU-Landtagsabgeordneten betreiben politische Schadensbegrenzung: Die Positionierung der CDU ist geleitet von einer deutlichen Abgrenzung gegenüber der NPD, dem Tribut an die lokale Bevölkerung (durch die Betonung deren Opferwerdens) und der Bekräftigung bundesrepublikanischer Normsetzungen (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung). Somit versucht die CDU-Fraktion einen Spagat zwischen einer Entlastung der Mügeln von problematischen Verhaltensweisen in Mügeln, dem Pochen auf den demokratischen Rechtsstaat und einer Schuldverlagerung auf die NPD und Teile der Medien. Es entsteht zudem in der Debatte die merkwürdige Situation, dass die CDU zwar über Linksextremismus redet, nicht aber über Rechtsextremismus (- sondern nur über die NPD).

<sup>452</sup> Az. 608 Js 43641/07, Urteilsspruch Richter Denk.

Tabelle 14: 6R: Problemanalyse Phase 2

| <i>Problem / Argumentationsmuster (ARGM)</i> |   | <i>Gefahr „Extremismus“ für die Demokratie / ARGM</i>  | <i>Verursacher</i> |
|--|---|--|--------------------|
| Der Fall ist problematisch ...               | weil die NPD ihn zu verantworten hat.<br>(Nur Ausländerbeauftragte: weil in der Bevölkerung Fremdenfeindlichkeit verbreitet ist u. Zivilcourage fehlt.) | 1. Die Schlägertrupps der NPD sind für Gewaltorgien wie in Mügeln verantwortlich.<br><br>2. Die NPD ist verfassungsfeindlich.  | NPD                |
| Die Debatte ist problematisch ...            | ... weil die NPD sie nutzt.   | 1. Die NPD behauptet, dass die Inder, weil sie an dem Ausgang des Übergriffs (mit-)schuld waren, gelyncht werden dürfen. → Die NPD argumentiert verfassungsfeindlich.                                  |                    |
|  | weil Linksextremisten die Bevölkerung verunsichern und verängstigen.  | 1. Die Linksextremisten bekämpfen nicht Rechtsextremismus, sondern die sächsische Bevölkerung.<br>2. Sie stellen eine Bedrohung dar, weil sie Eigentum verwüsten.<br>3. Sie sind verfassungsfeindlich. | Links-extreme      |
|  | weil sie hysterisch und vorurteilsbeladen geführt wird.   | Die Medien führen falsche Debatten, verurteilen pauschal und gefährden deshalb die Demokratie.*  | (Teile der) Medien |

\*Sind sie also auch „extremistisch“? – B.S.

Die Staatsregierung (CDU) baut vor allem auf zwei Strategiefelder: Erstens auf die eigene politische Profilierung und zweitens auf die Stärkung der Polizei und repressiver Mittel zur Bekämpfung von Gewalt und Extremismus. Nur sehr zaghaft bzw. nur von einzelnen Vertretern wird über eine Stärkung bürgerschaftlichen Engagements, Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure sowie Erziehung zu Demokratie und Toleranz gesprochen und für Migration geworben.<sup>453</sup> Folgende Tabelle fasst Gegen-Strategien der Phase 2 zusammen:

453 Konkrete Handlungen, die über die Einladung zivilgesellschaftlicher Akteure zum Kommunalforum und ihre verbalen Wertschätzung hinausgeht, gibt es nicht.

Tabelle 15: 7R: Gegen-Strategien Phase 2

| <i>Anliegen</i>  | <i>Maßnahme<br/>(und Häufigkeit)</i>  | <i>Gegen-Maßnahme</i>                                       | <i>Strategie</i>  | <i>Akteur</i>   |
|--|---|---|---|---|
| Fälle wie Mügeln ver-hindern – Schaden für Sachsen ab-wenden | Repression (häufig)   | Strafverfolgung, Verbote                                    | Gegen Ex-tremismus  | Staatsregierung als Initiatorin: Personalausbau Polizei/ Sonderkommission   |
|  | Ausgrenzung   | Thematisierung Rechts- (=NPD) und Linksextremismus          | Gegen Ex-tremismus  | Staatsregierung   |
|  | Imagekampagnen Sachsen - Wirtschaft (häufig)  | Thematisierung der Bekämpfung von NPD und Rechtsextremismus | Gegen NPD und Rechts-extremismus                            |   |
|  |   | Werben für Migration und ausländische Investoren            | Für Vielfalt  |   |
|  | Wähler und Bürger gewinnen (bzw. nicht verlieren) (sehr häufig)   | Bürger beschützen / ansprechen                              | Mehr Patriotismus   |   |
|  |   |   | NPD „entzaubern“  |   |
|  |   |   | Linksextreme bekämpfen                                      |   |
|  | 1. Probleme erkennen und thematisieren (häufig)<br>2. Ff. Gewalt thematisieren (sehr selten – nur Ausländerbeauftragte) | An Bürgermeister und Schulleiter appellieren                | Gegen Ex-tremismus, für Demokratie                          | Staatsregierung als Initiatorin und Koordinatorin für kommunales Engagement |
| Projekte initiieren (selten bis mittlere Häufigkeit)         | Zivilgesellschaftliches Engagement/ Akteure fördern   | Für Demokratie  | Staatsregierung als Initiatorin, Förderin und Koordinatorin |   |

Insgesamt ist die Herangehensweise der Staatsregierung staatszentriert. Akteuren jenseits von Staatsregierung und Polizei wird kaum eine Rolle in der Bekämpfung des (Rechts-) Extremismus eingeräumt, eine finanzielle Aufstockung der Mittel für dieses Engagement wird nicht veranlasst.

#### 4 Die SPD und die Opposition im Sächsischen Landtag

##### *Interpretation und Problemanalyse*

SPD, *Linke* und *Grüne* sehen in den Vorfällen keine normale Schlägerei, sondern einen rassistischen und rechtsradikalen Übergriff.<sup>454</sup> Diese Einschätzung sei vorzunehmen, weil eine gewalttätige Menge rechtsradikale und ausländerfeindliche Parolen gerufen, Menschen lebensbedrohlich attackiert und Polizisten angegriffen habe.<sup>455</sup>

Vertreter der SPD, *Linken* und *Grünen* beklagen problematische Muster der Auseinandersetzung mit dem Fall. Sie kritisieren einen weit verbreiteten Rassismus, der eine aufklärende Bearbeitung des Falls behindere,<sup>456</sup> die NPD, welche den Fall instrumentalisiere, um ihre rechtsradikale Ideologie zu verbreiten,<sup>457</sup> sowie die Staatsregierung/CDU und politische Akteure, die eine rechtsextreme Deutung des Falls beförderten (*Linke*; SPD kritisiert den Bürgermeister und die CDU/Staatsregierung nur indirekt; *Grüne* kritisieren vor allem den Bürgermeister).<sup>458</sup> Die SPD spricht dem Richter, der gegen Rechtsradikalismus vorging und „einen der Rädelsführer von Mügeln zu acht Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt hat“, unter Applaus der *Grünen* und *Linken* ihre Hochachtung aus.<sup>459</sup>

---

454 Folgende Begriffe werden durch d. Parteien zur Beschreibung des Übergriffs verwendet: „ausländerfeindlich“ (SPD), „rassistisch“ (SPD; Die Linken; Bündnis 90/Grüne), „rechtsradikal“ u. „rechtsextrem“ (SPD; Grüne; Linke spricht nur von einem „möglicherweise“ rechtsextremen Hintergrund) u. „menschenfeindl.“ (SPD).

455 Vgl. Landtagsdebatte: Stellungnahme des parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer der SPD, Martin Dulig, Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7835; Günther-Schmidt: S. 7836f.; *Die Linke*. Fraktion im Sächsischen Landtag, August 23, 2007.

456 Vgl. Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692 (Dulig).

457 *Die Linke* betont, dass die Bearbeitung des Falls der NPD und „den Nazi-Schlägern auf der Straße“ nützen würde. *Die Grünen* warnen, die Vertreter der NPD seien für die Mügeln die falschen Freunde: „Die Stadt Mügeln hat überhaupt nichts davon, wenn die Tatsachen durch sie (die NPD – B.S.) verdreht oder verdrängt werden“. Vgl. ebenda, S. 7835 (Dulig/SPD); S. 7824 (Köditz/*Linke*); S. 7836f. (Günther-Schmidt/*Grüne*).

458 Vgl. *Die Linke*. Fraktion im Sächsischen Landtag, August 23, 2007; Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7836f. (Günther-Schmidt), S. 7835 (Dulig).

459 Ebenda (Dulig).

Die drei Parteien betonen, dass entsprechende Übergriffe nicht allein für Mügeln charakteristisch seien, sondern sich überall ereignen könnten, wo Rassismus verbreitet sei.<sup>460</sup> *Die Linke* wendet sich mehrfach gegen die Diskreditierung bestimmter Gruppen und Personen in der Großen Anfrage der NPD und würdigt explizit die Arbeit und das Engagement des Vertreters der *Grünen* Jugend, der sächsischen Ausländerbeauftragten und der Polizisten.<sup>461</sup> Sie wendet sich auch gegen Schuldzuweisungen gegen „Punks“ im Zusammenhang mit dem Fall.<sup>462</sup> In der von der NPD beantragten Landtagsdebatte setzen sich alle Parteien kritisch mit der NPD auseinander. Dabei geht die *Grünen*-Abgeordnete Astrid Günther-Schmidt besonders ausführlich auf Absichten und Ideologie der NPD ein. In ihren zynischen Beiträgen<sup>463</sup> geißelt sie die NPD als rechtsradikal und rassistisch. Diese sei keine Rechtspartei, ihr Personal habe psychische und intellektuelle Probleme, hege Verschwörungstheorien und leide an nationalem Verfolgungswahn. Zudem sei die Partei inkompetent und dumm – so sei beispielsweise die NPD-Anfrage ein „Dokument der moralischen und intellektuellen Verwahrlosung“.<sup>464</sup> Daher schade die NPD mit ihren Debatte-Beiträgen dem Ansehen Deutschlands.<sup>465</sup>

Die sächsische FDP unterscheidet sich von den übrigen im Landtag vertretenen Parteien grundlegend: Für sie ist der Fall Mügeln kein Thema, sie äußert sich eigeninitiativ weder zum Vorfall noch zur Debatte. Charakteristisch ist ihr Verhalten an zwei Eckpunkten der Debatte: Der Partei- und Fraktionschef der sächsischen FDP Holger Zastrow bezieht zu dem Deuse-Interview in der *Jungen Freiheit*,<sup>466</sup> das vielfach Kritik ausgelöst hatte, keine Stellung, was er explizit auf

---

460 Vgl. ebenda, S. 7835 (Dulig); S. 7835 (Köditz).

461 Vgl. ebenda, S. 7834 (Köditz).

462 Ebenda, S. 7834f. (Köditz). Autonomen Linken, die nach dem Vorfall eine ihre Solidarität mit den Indern bekundende Demonstration in Mügeln abgehalten hatten, wurde vorgeworfen, sie würden die Bürger verunsichern und erschrecken. Auch wurden dem linken Jugendclub in Mügeln Vorhaltungen gemacht, er würde zu einer Konflikteskalation mit Rechtsextremen, sowie zu Schuldzuweisungen gegenüber den Mügelnern Bürgern beitragen. Auch von einem Zeugen wurde dessen linke Einstellung zum Teil mit diffamierender Absicht herausgestellt („Antifaschist“, „Vertreter der Grünen Jugend“).

463 Astrid Günther-Schmidt zeigt ihre Abneigung gegenüber der NPD u.a. dadurch, dass sie der NPD-Fraktion und ihren Mitgliedern im Landtag stets den Rücken zuwendet – so auch bei der Debatte um den Fall in Mügeln. Zu Beginn der Rede reagiert sie auf einen schmähenden Zuruf von Jürgen Gansel (NPD), indem sie sagt: „Da hast du Angst, Herr Gansel.“ Während ihrer häufig ironisch gefärbten Rede kommt es zu vielen Zwischenrufen der NPD-Fraktion, die Günther-Schmidt schlagfertig pariert.

464 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7837 (Günther-Schmidt).

465 Vgl. ebenda, S. 7836f. (Günther-Schmidt).

466 Zastrow ist selbst als Autor der *Jungen Freiheit* in Erscheinung getreten, auch sein Landtagskollege Tino Günther veröffentlichte bereits einen Gastbeitrag in der Zeitung.

Nachfrage betont.<sup>467</sup> Auf politischen Druck – auch durch die Bundes-FDP – sagt die sächsische FDP-Spitze später, das Interview sei verkürzt wiedergegeben worden. Der Generalsekretär der sächsischen FDP Torsten Herbst verteidigt Äußerungen Deuses mit der Unerfahrenheit eines „von der Medienlawine überrollten Bürgermeisters“ – und lenkt damit den Vorwurf auf die Medien.<sup>468</sup> Gleichwohl betont er, es gebe keine Differenzen zwischen Landespartei und Bundesspitze.<sup>469</sup> Diese Differenzen treten durch den Vergleich mit den Äußerungen der Bundes-FDP allerdings deutlich hervor.<sup>470</sup> Ein zweites charakteristisches Beispiel für das aktive Schweigen der Landes-FDP ist ihr Verhalten bei der von der NPD initiierten Landtagsdebatte zum Fall: Sie ist die einzige im Landtag vertretene Partei, die keinen Redebeitrag beantragt hat. Zastrow und die Mitglieder der FDP-Fraktion sind bei der 94. Sitzung des Sächsischen Landtags, am 12. Dezember 2007 anwesend und haben an diesem Tag bereits zu anderen Themen, u.a. zum Thema Sachsen LB,<sup>471</sup> ausführlich Stellung bezogen. Sie äußern sich jedoch nicht zum Fall Mügeln, fallen jedoch durch gelegentlichen Beifall (zu Beiträgen von CDU und SPD) auf.<sup>472</sup> Eine Solidarisierung mit der NPD findet nicht statt.

### *Gegenstrategien und konkrete Maßnahmen*

Während Interpretation und Problemanalyse der Parteien SPD, *Linke* und *Grüne* sehr ähnlich sind, werden von den Parteien in der Diskussion um Gegenstrategien z.T. unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt: Der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer der SPD, Martin Dulig, identifiziert zwei grundlegende politische Strategien zur Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus: Die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und einen starken Staat, der noch mehr für die strikte Umsetzung von Gesetz und Recht sorgen müsse. Dulig gibt dabei einen positiven Ausblick für Sachsen: Es gebe inzwischen mehrere gute Beispiele für zivilgesellschaftliches und staatli-

---

467 Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 1.9.2007: „Deuse distanziert sich von sich selbst“. Von Thomas Krater; auch *TAZ* vom 31.8.2007.

468 Rechtsradikale Narrative „Mügeln“ siehe Interpretation *Junge Freiheit*-Artikel und NPD Große Anfrage u. Debatte im Sächsischen Landtag.

469 Vgl. *TAZ* vom 4.9.2007 und vom 6.9.2007.

470 Siehe Teil „Bundespolitik“, Opposition, FDP. Rösler betonte, dass Deuses Vorharmlosungen nicht dem Geist einer liberalen Partei entsprächen und Niebel erklärt, es dürfe keine Relativierung von Gewalttaten und ausländerfeindlicher Gesinnung geben.

471 Vgl. Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, etwa S. 7751.

472 Vgl. ebenda, u.a. S. 7836, 7838.

ches Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.<sup>473</sup> Ein gutes Beispiel des kommunalen Umgangs mit Rechtsextremismus finde sich etwa bei der Stadt Pirna. Insgesamt sehe er eine positive Entwicklung in Sachsen, so sei ein neues Bewusstsein dafür gewachsen, dass man rechtsextremen Tendenzen früher und entschiedener entgegentreten müsse.<sup>474</sup> Dulig begrüßt zudem, dass die Generalstaatsanwaltschaft Anfang November 2007 eine gesonderte Richtlinie zur Verfolgung politisch motivierter Straftaten erlassen hat, Polizei und Staatsanwaltschaft müssten schnell handlungsfähig sein.<sup>475</sup>

*Die Linke* fordert ein kontinuierliches Monitoring rechtsextremer und rassistischer Aktivitäten sowie den Ausbau und die Umsetzung demokratiefördernder Maßnahmen und Interventionsmaßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Um gegen Rechtsextreme mobil zu machen, müssten rechtsextreme Aktivitäten beobachtet, notiert und ausgewertet werden. Die Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz stellte eine Kleine Anfrage zu Straftaten im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“, in der es u.a. darum geht zu klären, wie der Fall Mügeln eingeordnet wird. *Die Linke* fordert zudem eine Aufstockung des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“ und in dessen Rahmen eine langfristige Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure als „kommunale Pflichtaufgabe“. Zudem sei eine Sicherung der Arbeit der Mobilien Beratungsteams und Opferberatungsstellen notwendig.<sup>476</sup> Insgesamt fordert die Oppositionspartei eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus und Gewalt von Staatsregierung und Landtag. Auch vorhandene Gremien (wie der landesweite „Runde Tisch gegen Gewalt“) sollten regelmäßiger und gewissenhafter geführt werden.<sup>477</sup> Grundlegend sei die Auseinandersetzung: „Das ist Demokratie, und die brauchen wir.“<sup>478</sup>

*Die Grünen* fordern eine stärkere Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die Schulung von Staatsmitarbeitern und eine bessere Vernetzung verschiedener Akteure. Dazu initiieren sie in Mügeln konkrete Aktivitäten und stellen sachsenweit Informationen zusammen. Die sächsische Bundestagsabgeordnete Monika Lazar<sup>479</sup>, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus, lädt gemeinsam mit dem Mügeln Jugendclub „Free Time Inn“ am 1. November 2007 zu einer Diskussionsrunde in den Jugendclub. Sie richtet sich an die

473 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7836.; vgl. Dulig, Martin, Mai 10, 2008.

474 Vgl. ebenda.

475 Vgl. ebenda.

476 *Die Linke* Fraktion im Sächsischen Landtag, August 23, 2007.

477 Vgl. ebenda.

478 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7835.

479 Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Bundesgrünen und Bundestagsabgeordnete, die über die Landesliste Sachsens in den Bundestag gewählt wurde.



Mügelner Bürger und „VertreterInnen der lokalen Jugendarbeit, der Opferberatungsstellen und weitere MultiplikatorInnen“ und Journalisten.<sup>480</sup> Mit ihnen möchte sie „über die aktuelle Situation in Mügeln und der umliegenden Region“ diskutieren. Thema ist

„die lokale Arbeit der Projekte und die Einschätzung der Aktiven bezogen auf lokale rechte Strukturen, pädagogische, kommunale und zivilgesellschaftliche Gegenkonzepte und allgemeine Probleme“.<sup>481</sup>

Nur zwei Tage vor der Veranstaltung veröffentlicht Lazar einen „Kleinen Leitfaden für die Anti-Nazi Arbeit“.<sup>482</sup> Hierin werden speziell zivilgesellschaftlichen Akteuren praktische Tipps und konkrete Hilfsangebote für strategische Aktivitäten gegen Rechtsextremismus gegeben. Lazar speist den „Kleinen Leitfaden für die Anti-Nazi-Arbeit“, direkt in die Diskussion um und in Mügeln ein: Mit ihm werden Ansatzpunkte für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und systematisierte Links zu einschlägigen Informationsquellen, Kooperationspartnern, Beratern, Förderangeboten und (Orts-)Gruppen, sowie Jugendgruppen der *Grünen*, für die Diskussion vor Ort bereitgestellt.<sup>483</sup> Über zivilgesellschaftliche Ansätze hinaus geht die Forderung der Vorsitzenden der *Grünen*-Fraktion im Sächsischen Landtag, Antje Hermeau. Sie spricht sich dafür aus, kommunale Amtsträger für den Umgang mit dem Rechtsextremismus schulen zu lassen, denn „(d)ie Bürgermeister vor allem kleiner Orte wie Mügeln sind bei diesem Thema oft überfordert und reagieren bei Vorfällen mit Verharmlosung.“<sup>484</sup>

### Resümee

Die Ergebnisse<sup>485</sup> zu Interpretation, Problemanalyse und Strategievorschlägen der sächsischen SPD und der Oppositionsparteien *Die Linke*, *Bündnis 90/Die Grünen* und FDP sind in den folgenden Tabellen zusammengefasst:

---

480 Öffentliche Einladung von Monika Lazar zur Diskussionsrunde in Mügeln. Vgl. Lazar, Monika, Oktober 30, 2007.

481 Vgl. ebenda.

482 Lazar, Monika, Oktober 29, 2007.

483 Vgl. ebenda.

484 FAZ vom 23.08.007, vgl. <http://www.faz.net/s/Rub61EAD5BEA1EE41CF8EC898B14B05D8D6/Doc~E29713658120E445D97C23436338807E5~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (1.03.2013).

485 Für die Leserfreundlichkeit ist die Analyse nicht im Detail abgebildet.

*Tabelle 16:* Interpretation und Problemanalyse der SPD und Oppositionsparteien

| <i>Partei</i>           | <i>Interpretation</i>  | <i>Problemanalyse Fall</i>   | <i>Problemanalyse Debatte</i>  |
|-------------------------|--|--|--|
| SPD                     | Ausländerfeindlich, rassistisch, rechtsextrem, menschenfeindlich | Verbreitete(r) Fremdenfeindlichkeit / Rassismus<br>Einfluss Rechtsextremer | verbreitete Fremdenfeindlichkeit / Rassismus<br>die NPD instrumentalisiert den Fall<br>der Mügelnr Bürgermeister<br>+ <u>Die Linke:</u><br>- die Staatsregierung |
| Die Linke               | Rassistisch, möglicherweise: rechtsextrem                        |  |  |
| Bündnis 90 / Die Grünen | Rassistisch, rechtsextrem  |  |  |
| FDP                     | - (Aktives) Schweigen  | - (Aktives) Schweigen  | - (Aktives) Schweigen  |

Die Interpretation des Falls, die Problemanalyse zum Fall sowie zur Debatte über den Fall unterscheidet sich zwischen SPD und den Oppositionsparteien *Die Linke* und *Bündnis 90/Die Grünen* kaum. Während SPD und *Bündnis 90/Die Grünen* den Fall in der Verbreitung des Rassismus und dem Einfluss von Rechtsextremen begründet sehen, sieht *die Linke* klar Rassismus, hält rechtsextremen Einfluss aber nur für möglich. SPD, *Grüne* und *Linke* machen eine verbreitete Fremdenfeindlichkeit/Rassismus, sowie die NPD und den Mügelnr Bürgermeister für die Probleme in der Debatte über den Fall verantwortlich. *Die Linke* beklagt auch ein Versagen der Staatsregierung. Im starken Kontrast steht das Verhalten der FDP, deren Partei der Mügelnr Bürgermeister angehört. Sie fällt durch aktives Schweigen auf. Etwas diverser sind die Strategie-Vorschläge der Parteien SPD, *Die Linke* und *Bündnis 90/Die Grünen*. Wieder fällt die FDP durch komplette Enthaltung auf.

Tabelle 17: Strategien und konkrete Maßnahmen SPD und Oppositionsparteien

| Partei                     | Strategie-Vorschlag  | Maßnahme  |
|----------------------------|--|---|
| SPD                        | Förderung Zivilgesellschaft<br>Staatliche Repression   | -   |
| Die Linke                  | Kontinuierliches Monitoring +<br>Strategieentwicklung<br>Förderung Opferberatung, Förde-<br>rung Mobile Beratungsteams<br>Ausbau demokratiefördernder<br>Maßnahmen | Kleine Anfrage  |
| Bündnis 90 / Die<br>Grünen | - Stärkung zivilgesellschaftl.<br>Akteure<br>- Stärkere Vernetzung<br>- Schulung von staatlichem<br>Personal u. Bürgermeistern                                     | - Diskussionsrunde in Mügeln<br>- Kleiner Leitfaden für die<br>Anti-Nazi-Arbeit |
| FPD                        | -- (Aktives) Schweigen   | -- (Aktives) Schweigen  |

## 5 Fazit

Die Diskrepanz zwischen CDU und den Parteien SPD, *Die Linke*, *Bündnis 90/Die Grünen* verringert sich in Phase 2 deutlich. Hatte die CDU im Gegensatz zu den anderen Parteien einen rechtsextremen und fremdenfeindlichen/rassistischen Hintergrund in Phase 1 infrage gestellt und sogar als „populistisches Geschwätz“ abgetan, so betonen die anderen drei Parteien von Beginn an den rassistischen und (möglicherweise) rechtsextremen Gehalt des Vorfalls. In Phase 2 beginnt auch die CDU (wenn auch zaghaft) Fremdenfeindlichkeit als Hintergrund zu diskutieren, ebenso den „Ungeist“ des Nationalsozialismus. Sie spricht das Problemfeld „Rechtsextremismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ jedoch nicht konkret an, sondern verschiebt die Probleme vor allem auf die NPD. Als prinzipielle Problemverursacher erwähnt sie auch Linksextreme und Teile der Medien, welche der sächsischen Bevölkerung schaden würden und im Fall der Medien die Ostdeutschen diskriminierten. Auch die indischen Opfer werden zwar aus „rechtsstaatlichen“ Gründen von der CDU rehabilitiert (so wird eine „Lynchjustiz“ gegen sie verurteilt), jedoch wird dadurch sogar festgeschrieben, dass sie den Ausgang des Vorfalls mitzuverantworten hätten (- und also im Volksmund zumindest mit schuld seien). Dennoch ist der Landes-CDU in Phase 2 durch ihre Neu-Positionierung zum Fall ein Spagat gelungen, der ihr Akzeptanz auf lokaler, regionaler als auch Bundes-Ebene verleiht.

Die Position der Staatsregierung (CDU) hat sich den bundespolitischen Normsetzungen angepasst (Verurteilung der Täter, die im Geiste des Nationalsozialismus stünden und mit der NPD verbunden werden). Hierbei zählt das Argument „Schaden für Sachsen“. Für die Staatsregierung gilt es in Phase 2 das Ansehen Sachsens zu rehabilitieren, Wirtschaft und Wissenschaft nicht abzuschrecken, sondern ein friedliches Miteinander zu befürworten (vgl. Tabelle 4R). Der Spagat der CDU zwischen den unterschiedlichen Anforderungen gelingt, ohne dass eine deutliche Auseinandersetzung mit den eigentlichen Problemen geführt wird, also ohne dass Rechtsradikalismus und Rassismus, mögliche Ursachen und fokussierte Gegenstrategien, diskutiert werden. Die Neu-Positionierung gelingt auch, ohne die alten Feindbilder (Linksextreme, Medien) zu verändern oder aufzugeben. Die sächsische FDP zieht sich durch aktives Schweigen aus der Verantwortung und der Affäre – und vermeidet damit vermutlich auch parteiinterne (existenzielle) Konflikte.

## 6 Der Fall als Referenz (Phase 3)

Die Entwicklung der Debatte über den Fall Mügeln und eine Antwort auf die Frage, ob und wofür der Fall zur Referenz wird, fällt bei den verschiedenen Parteien in Sachsen sehr unterschiedlich aus.

**CDU:** Bereits Ende 2007 und noch deutlicher im Jahr 2008 öffnet sich die sächsische CDU gegenüber rechtsradikalen Akteuren und Ideologieelementen und verstärkt gleichzeitig ihre problemorientierte Thematisierung eines (angeblich bedrohlichen) Linksextremismus. Sie richtet ihren anti-extremistischen Kampf schwerpunktmäßig gegen Linksextremismus aus. Die Debatte über Rechtsextremismus hatte sie bereits in der unmittelbaren Debatte über den Fall Mügeln auf die NPD fixiert und somit das Problem des Rechtsextremismus verkürzt. Im Jahr 2008 erwägen CDU-Politiker die bisherige parteiübergreifende Bekämpfung der NPD im Parlament aufzugeben und stattdessen der Partei auf allen parlamentarischen Ebenen größeren Raum zuzugestehen.<sup>486</sup> So verkündet der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Nordsachsens, Roland März, im August 2008 die CDU wolle nun im Kreistag nicht mehr alle NPD-Anträge ablehnen, „nur weil sie die NPD stellt“.<sup>487</sup> Stattdessen müsse geprüft werden, ob die Vorschläge gut

---

486 Vgl. Fisher (2008), S. 74.

487 März zitiert in TAZ vom 27.08.2008: „Neonazis in Nordsachsens Kreistag. CDU will NPD einbinden“ Von Andreas Speit. <http://www.taz.de/!22126/> (1.03.2013).

für den Kreis seien.<sup>488</sup> Neben der öffentlichen, besonders der lokal und regional geführten, Debatte über den Fall Mügeln war die intern geführte Patriotismus-Debatte<sup>489</sup> der Partei wegbereitend für diesen Annäherungskurs an die extreme Rechte. Charakteristisch für das Spiel mit rechtem Populismus ist auch die einzige politische Anfrage, welche von der CDU zum Fall Mügeln gestellt wird. „Welchen Aufenthaltsstatus haben die in Mügeln angegriffenen Inder?“, fragt der Abgeordnete Rolf Jähnichen in einer mündlichen Anfrage im September 2007.<sup>490</sup> Diese früh gestellte Anfrage kann nicht zur Klärung des Falls (Qualität des Übergriffs) beitragen, sondern scheint ein Versuch zu sein, die Inder zu kriminalisieren; oder im besten Fall, die Kriminalisierungsversuche der NPD aufzuklären – das hätte der Abgeordnete allerdings in seiner Anfrage entsprechend formulieren müssen. So verhärtet sich der Eindruck, dass die CDU Recht und Unrecht, Täter- oder Opfer-Sein mit Nationalität, Bürger- bzw. Aufenthaltsstatus verbindet.

**FDP:** Der Mügeln Bürgermeister Deuse ist ein von Parteifreunden angesehener Vertreter der Mügeln sowie der nordsächsischen und sächsischen FPD – also keine isolierte Einzelercheinung in seiner Partei. Schon einige Monate nach dem Übergriff spricht sich Deuse für eine stärkere Offenheit gegenüber rechtsradikalen Parteien aus. Nach der Kreistagswahl vom Juni 2008 bildet die FDP unter der Führung des Mügeln Bürgermeisters eine gemeinsame Fraktion mit der regionalen rechtspopulistischen Splitterpartei *Deutsche Soziale Union* (DSU) im Kreistag Nordsachsen.<sup>491</sup> Weitere Erfolge kann die sich zunehmend nach rechts öffnende nordsächsische FDP einige Monate später verbuchen: Vier DSU-

---

488 Vgl. vom 27.08.2008: „Neonazis in Nordsachsens Kreistag. CDU will NPD einbinden“ Von Andreas Speit. <http://www.taz.de/!22126/> (1.03.2013); *Endstation rechts.sachsen* vom 27.08.2008: „Nordsachsen: CDU denkt an Zusammenarbeit mit der NPD“ von Bringfriede Sas. [http://endstation-rechts.de/index.php?option=com\\_k2&view=item&id=3546:nordsachsen-cdu-denkt-an-zusammenarbeit-mit-der-npd&Itemid=320](http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=3546:nordsachsen-cdu-denkt-an-zusammenarbeit-mit-der-npd&Itemid=320) (1.03.2013).

489 Vgl. Fisher (2008), S. 68-72. Fisher arbeitet Einflüsse der Patriotismus-Debatte durch die Wissenschaftler Werner Patzelt und Eckhard Jesse, sowie Analyse von einem Papier der Jungen Union Sachsens heraus. Die CDU möchte einen „demokratischen Patriotismus“ stärker betonen. Die NPD suchte von der Debatte im Sächsischen Landtag zu profitieren.

490 Sächsischer Landtag, 4. Wahlperiode, Mündliche Anfragen zur Fragestunde in der 90. Plenarsitzung am 28. September 2007, Drucksache 4/9874. [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=9874&dok\\_art=Dr&leg\\_per=4](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=9874&dok_art=Dr&leg_per=4) (1.03.2013).

491 Vgl. FDP Nordsachsen o.J. Vgl. auch FAZ vom 2.09.2008: „Die NPD und die Medien. Soll man Wirklichkeit ausgrenzen?“ von Olaf Sundermeyer. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-npd-und-die-medien-soll-man-wirklichkeit-ausgrenzen-1695956.html> (1.03.2013).

Mitglieder des Oschatzer Stadtrates treten zur FDP über, wodurch die FDP auch im Stadtrat Oschatz mit Fraktionsstatus vertreten ist.<sup>492</sup>

**Bündnis 90 / Die Grünen:** In Phase 3 rollen *die Grünen* den Fall Mügeln durch fünf kleine Anfragen<sup>493</sup> nochmals auf. Anlass ist eine ARD-Fernsehreportage<sup>494</sup> vom 17. September 2008, die neue Beweismaterialien veröffentlicht. Diese legen eine veränderte Bewertung des Falls nahe. Durch Bildmaterial könnten „mehrere Personen als Täter identifiziert werden (...), welche die Opfer (noch im Festzelt – B.S.) bedroht bzw. angegriffen haben“.<sup>495</sup> Die deutlich sichtbaren Täter hätten sich aus nicht nachvollziehbaren Gründen „der Vernehmung durch die Polizei bzw. der Strafverfolgung entziehen können“.<sup>496</sup> Infrage gestellt wird von den *Grünen* nun, ob alle Zeugen ausführlich befragt worden seien. Ebenso erkundigt sich die Fraktion nach dem aktuellen Ausmaß rechtsextremer Gewalt in Mügeln und fragt, ob die Tatverdächtigen Kontakt zur rechtsextremen Szene hatten.<sup>497</sup> *Die Grünen* stellen ihre ursprüngliche Einordnung des Falls infrage (rassistisch/fremdenfeindlich) und geben zu Bedenken, dass womöglich fehlerhafte Ermittlungsarbeit eine Aufklärung verhindert hat. Es müsse sich um einen rechtsextremen Übergriff unter Beteiligung fremdenfeindlich/rassistisch eingestellter Bürger gehandelt haben.<sup>498</sup> In einem Hintergrundpapier zu einer Großen Anfrage zum „Rechtsextremismus in Sachsen“ referiert die *Grüne* Fraktion im Januar 2009 zum Fall Mügeln wieder als „ausländerfeindlichen Übergriff“ und spricht gleichzeitig das Problem an, dass „Rechtsextremismus“ heute häufig nicht als solcher erkannt werde. So zeige sich,

„dass nicht allein die Stärke einer Organisation oder einer Partei als Indikator für die Verbreitung des Rechtsextremismus dienen können. Rechtsextremisten gehen immer mehr zu losen Organisationsformen über bzw. sie verzichten ganz auf formale Organisation, um sich der Beobachtung durch die Öffentlichkeit und dem staatlichen Verfolgungsdruck entziehen zu können.“<sup>499</sup>

---

492 Vgl. FDP Nordsachsen Oktober 23, 2008.

493 Vgl. *Bündnis 90/Die Grünen* im Sächsischen Landtag, September 30, 2008: Drucksache 4/13403 bis 4/13407.

494 Ausführlich zur TV-Dokumentation, vgl. Medien-Teil, Phase 3.

495 *Bündnis 90 / Die Grünen* im Sächsischer Landtag, September 30, 2008: Drucksache 4/13407.

496 Ebenda.

497 Vgl. *Bündnis 90/Die Grünen* im Sächsischen Landtag, September 30, 2008: Drucksache 4/13403 bis 4/13407.

498 Vgl. *Bündnis 90/Die Grünen* Fraktion im Sächsischen Landtag/Miro Jennerjahn, Dezember 10, 2009: Drucksache 5/455.

499 *Bündnis 90/Die Grünen* Fraktion im Sächsischen Landtag / Johannes Lichdi, Januar 13, 2009.

**Die Linke:** Eine kleine Anfrage der *Linken* vom 8. Mai 2008 greift den Vorwurf zweier Rechtsanwälte, die als Vertreter einzelner Opfer Zugang zu den Ermittlungsakten haben, auf, dass nicht ordentlich ermittelt wurde.<sup>500</sup> So seien Zeugen nicht ausführlich verhört worden und es zeigten sich „Unstimmigkeiten“ zwischen Polizeiberichten und –filmen.<sup>501</sup> Die Partei weist zudem auf die aktuelle Bedrohung durch Rechtsextreme in Mügeln hin und möchte zeigen, dass entgegen den Warnungen des Bürgermeisters vor Linksextremen, es keine Delikte von „angenommenen Linksextremen“ in Mügeln gibt. Feststellungen, welche *Die Linke* mit den, in der Antwort der Sächsischen Staatsregierung auf eine kleine Anfrage vom 14. Dezember 2009 bereitgestellten Daten belegen kann.<sup>502</sup> Auch kritisiert die Fraktion die rechtsextreme Gewalt gegen den Verein „Vive le Courage“ sowie die Untätigkeit des Bürgermeisters zu dessen Schutz bzw. seine Ausgrenzungsbemühungen gegenüber dem Verein. Die Abgeordnete Köditz fordert den sächsischen Innenminister in diesem Zusammenhang auf, nicht nur von Zivilcourage zu reden, sondern dafür zu sorgen, dass zivilgesellschaftliches Engagement zugelassen und nicht wie in Mügeln von der Stadt behindert wird.<sup>503</sup> Somit wird der Fall Mügeln in den Jahren 2008 und 2009 für *Die Linke* zur Referenz für mangelnden Aufklärungswillen und politisches Fehlverhalten von Polizei, Staatsanwaltschaft und dem Mügeln Bürgermeister. Er wird aber auch zur Referenz für die Dominanz von Rechtsextremismus, durch die der demokratische Staat seine Machtposition verliert. So legt die Fraktion in einer Großen Anfrage zur extremen Rechten in Sachsen nahe, dass das Gewaltmonopol der Sächsischen Staatsregierung durch rechtsextreme Gewalteskalationen wie in Mügeln infrage gestellt ist.<sup>504</sup> Den Fall stuft sie inzwischen als „extrem rechts“ und „rassistisch“ ein.<sup>505</sup>

500 Die Anwälte beklagen, die Ermittlungsbehörden hätten „offensichtlich kein Interesse an der wirklichen Aufklärung dieser rechtsradikalen Übergriffe“. Sächsischen Staatsministerium der Justiz, Juni 4, 2008: Drucksache 4/12196.; vgl. hierzu auch: *AMAL /Hilfe für Betroffene rechter Gewalt* vom 24. April 2008 (Abdruck aus *Leipziger Volkszeitung*): „Fall Mügeln – Verteidiger beklagen fehlenden Aufklärungswillen.“ <http://amal.hospi30.de/Presse/fall-m--geln---verteidiger-beklagen-fehlenden-aufkl--rungswillen--lvz--24-04-2008-> (1.03.2013).

501 Die Staatsregierung bemerkt hierzu, sie hätte noch keinen Eingang dienstrechtlicher Beschwerden verzeichnet, sondern nur entsprechende Presseberichte zur Kenntnis genommen. Vgl. *Die Linke* Fraktion im Sächsischen Landtag / Klaus Bartl, Mai 8, 2008: Drucksache 4/12196.

502 Die sächsische Abgeordnete Köditz stellt regelmäßig kleine Anfragen zu „Juristischen Folgen von Straftaten im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ in Sachsen. Vgl. etwa für den Monat Mai 2010. Sächsischer Staatsregierung, Juni 30, 2008: Drucksache 5/2649.

503 Vgl. *Die Linke* Fraktion im Sächsischen Landtag, September 30, 2008: Pressemitteilung 361/2008.

504 Vgl. *Die Linke* Fraktion im Sächsischen Landtag, Februar 2, 2009: Drucksache 4/14661.

505 Ebenda.

**SPD:** Für die SPD bleibt Mügeln ein negativer Referenzpunkt für verbreitete Fremdenfeindlichkeit/gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und fehlende Ernsthaftigkeit im Umgang mit Rechtsextremismus. Der Fall wird aber auch Anlass für ein verstärktes Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit der sächsischen SPD. So suchen SPD-Abgeordnete wie Martin Dulig Kontakt zu regionalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus richten. Auch initiiert die SPD Sachsen gemeinsam mit der *Sozialdemokratischen Partei Europas* (SPE) einen internationalen Kongress gegen Rechtsextremismus in Dresden.<sup>506</sup> Hierbei dient der Fall Mügeln als mahnendes Beispiel. Er belegt verbreitete Fremdenfeindlichkeit und die Bedrohung durch Rechtsextremismus für einzelne Menschen und den Staat. Zugleich zeigt er, dass der Einsatz für zivilgesellschaftliches Engagement notwendig ist.<sup>507</sup> Im Stadtrat Mügeln und im Kreistag Nordsachsen finden sich keine Stellungnahmen der in Sachsen kleinen Partei.<sup>508</sup>

---

506 Kongress „Rechtsextremismus in Europa. Trends und Gegenstrategien.“ Veranstaltet von der SPE und der SPD Sachsen, Dresden 15. Mai 2008. Vgl. Dulig, Martin, Mai 10, 2008.

507 Vgl. ebenda.

508 Ich habe weder kleine Anfragen noch Statements von Vertretern aus Mügeln oder Torgau-Oschatz/Nordsachsen gefunden. Zivilgesellschaftliche Initiativen wie der Verein *Vive le Courage* beklagen das mangelnde Engagement von Gemeindevertretern der SPD und der Linken gegen fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe in Mügeln.



# V. Bundespolitik

## 1 Einführung: Fremdenfeindliche Kampagnen, Debatten über Zuwanderung und die Genese der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

In den 90iger Jahren waren eine wachsende Zahl von Asylbewerbern und die Überforderung der deutschen Behörden mit dieser Situation Ausgangspunkt fremdenfeindlich und rassistisch konnotierter Diskurse.<sup>509</sup> Politiker – insbesondere der CDU/CSU – erklärten in diesem Zusammenhang das „ungelöste Asylproblem“ zur dominanten Ursache von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Diese Position verharmloste rassistische und zum Teil rechtsradikale Gewalttaten und verhinderte eine angemessene Reaktion auf die Übergriffe. Vor dem Hintergrund dieser Debatten erfolgte schließlich eine Grundgesetzänderung (Art. 16a, Abs. 2 GG), mit der das allgemeine Asylrecht in Deutschland deutlich eingeschränkt wurde.<sup>510</sup> Auch die um die Jahrtausendwende eingeführten Neuerungen der Staatsbürgerschafts- und Zuwanderungsgesetze gingen einher mit ausländer- und fremdenfeindlichen Diskursen. Mit fremdenfeindlichen Stimmungen spielende Gegenreaktionen waren beispielsweise die Unterschriftenaktion der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft 1998/99 und die Wahlkampagne des nordrhein-westfälischen CDU-Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers bei der Landtagswahl 2000. Rüttgers warb mit dem Slogan „Kinder statt Inder an die Computer“ für die Wahl seiner Partei.<sup>511</sup> Den Rüttgers-Slogan griffen die *Republikaner* verkürzt als „Kinder statt Inder“ in ihrem eigenen Wahlkampf auf. Der griffige Spruch avancierte schnell zum reaktionären Argument in der jungen Debatte um neue Zuwanderungsregeln für (hoch-)qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland. Auch konnte der hessische CDU-Spitzenkandidat Roland Koch durch eine erfolgreiche Unterschriftenaktion und seinen anschließenden Wahlsieg die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts zwar nicht verhindern, aber den Entwurf der Bun-

---

509 Vgl. Wengeler (1993), S. 2-30.

510 Lynen von Berg (2000), S. 187ff.

511 Eine ausführliche Analyse findet sich bei: Klärner (2000).

desregierung deutlich einschränken.<sup>512</sup> Auch diese Kampagne wurde von Rechtsradikalen – hier der NPD – genutzt.<sup>513</sup>

Beim Wahlkampf im Jahr 2007/8 konnten die fremdenfeindlichen Kampagnen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch nicht mehr Bevölkerungsmehrheiten mobilisieren. Koch wollte in Anspielung auf einen gewalttätigen Übergriff von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf einen Rentner auf einer Münchener U-Bahn Station wieder (vermeintliche) ausländer- und fremdenfeindliche Stimmungen für seinen Wahlkampf nutzen. Er thematisierte plakativ „Gewalt von jungen Ausländern“ in seinem Wahlkampf. Jedoch wurde er bereits während des Wahlkampfs vielfach kritisiert und verlor die absolute Mehrheit für die CDU, die auch mit den Stimmen der FDP nicht mehr regierungsfähig war. Im Nachgang zur verlorenen Wahl vom 27. Januar 2008 in Hessen resümiert die Konrad-Adenauer Stiftung: Der Wahlkampf von Roland Koch (CDU) zum „Thema Jugendkriminalität von Ausländern führte (...) dazu, dass die CDU in ein negatives Meinungsklima rutschte“.<sup>514</sup> Auch viele Journalisten, Politiker, Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Prominenter nahmen Koch seine Kampagne übel und machten sie mitverantwortlich für den starken Stimmenverlust der CDU.<sup>515</sup>

### Werben um ausländische Fachkräfte

Der Blick auf relevante gesellschaftspolitische Diskurse im Jahr 2006/7 zum Thema Migration und Ausländer zeigt in der Tat, dass sich hier neue Impulse entfalten: Das Thema Fachkräftemangel führt bei Politik und Wirtschaft zu neuen Überlegungen in der Ausländer- und Migrationspolitik. Seit dem Jahr 2007 engagieren sich Unternehmen verstärkt für eine qualifizierte Zuwanderung. Aus Sicht der Unternehmen sind (hoch)qualifizierte Beschäftigte für den Struktur-

512 Durch den Wahlsieg Kochs ging die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat verloren. Es wurde nur mehr eine abgeschwächte Reform beschlossen.

513 Die NPD initiierte zeitgleich mit der CDU eine Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, die allerdings – im Gegensatz zum Text der CDU – keine Forderungen nach verbesserter Integration von Ausländern enthielt. Vgl. Hieronymus und Schröder (2007), S. 29f.

514 Neu (2008). Onlinepublikation herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 3.

515 Siehe z.B. den Offenen Brief von 17 prominenten Unions-Politikern als Antwort auf einen Brief von prominenten Deutschtürken an CDU und CSU zum „Wahlkampfpopulismus“ von Roland Koch. Die Unions-Politiker verurteilen Kochs Wahlkampf in der Zeit und schreiben: „Integrationspolitik ist so fundamental für die Zukunft unseres Landes, dass sie nicht zum Wahlkampfthema degradiert werden darf.“ Abgedruckt in: *Die Zeit* vom 31.01.2008 (Nr. 6): „Jugendgewalt. „Sehr geehrte Bürger!““ <http://www.zeit.de/2008/06/Brief> (1.03.2013); Vgl. auch Artikel wie: *Die Welt* vom 08.01.2008: „Zentralrat der Juden wirft Koch NPD-Nähe vor.“ [http://www.welt.de/politik/article1529427/Zentralrat\\_der\\_Juden\\_wirft\\_Koch\\_NPD\\_Naehe\\_vor.html](http://www.welt.de/politik/article1529427/Zentralrat_der_Juden_wirft_Koch_NPD_Naehe_vor.html) (1.03.2013).

wandel Deutschlands hin zu einer forschungs- und wissensintensiven Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Auftrag gegebene wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass ein akuter Fachkräftemangel im Bereich Technik, Naturwissenschaft, Informatik und Mathematik in Deutschland im Jahr 2006 zu Wertschöpfungsverlusten in zweistelliger Milliardenhöhe führte. Im Jahr 2007 habe sich der Fachkräftemangel weiter erhöht und wirke sich negativ auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum aus.<sup>516</sup> Das Institut der deutschen Wirtschaft empfiehlt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie,

„die Integrations- und Migrationspolitik neu auszurichten, um die Bildungs- und Arbeitsmarktpotenziale der Einwohner mit Migrationshintergrund besser zu mobilisieren und um zusätzliche Fachkräfte durch Zuwanderung für den Standort Deutschland gewinnen zu können.“<sup>517</sup>

Zeitgleich mit dem Vorfall in Mügeln erwägt die Bundesregierung Maßnahmen gegen den sich zuspitzenden Fachkräftemangel auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Auf der Klausurtagung in Meseberg am 24. August 2007 – auf der die Bundesregierung das erste Mal gemeinsam den Übergriff von Mügeln thematisiert – verständigt sich das Bundeskabinett auf Maßnahmen zur Behebung des Fachkräftemangels. Dabei resümieren die Regierungsvertreter, dass mittel- und langfristig eine gezielte Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt angesichts der alternden Gesellschaft „notwendig und erwünscht“ sei.<sup>518</sup>

### Neue rechtliche Rahmungen

Ein Wandel in der Wahrnehmung Deutschlands als Zuwanderungsland und eine verstärkte Akzeptanz und Wertschätzung einer heterogenen Gesellschaft wurde seit der Jahrtausendwende rechtlich festgeschrieben: Die 1998 ins Amt berufene rot-grüne Bundesregierung reformierte das Staatsangehörigkeitsrecht im Jahr 2000.<sup>519</sup> Damit wurde eine rein ethnische Definition deutscher Nationalität aufgegeben, wie sie mit dem Abstammungsprinzip (*jus sanguinis*/Blutrecht) von

516 Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, 2007. Koppel, 2008.

517 Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft für das Bundeswirtschaftsministerium. Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, 2008, S. 3.

518 FAZ vom 24.08.2007 „Fachkräftemangel. Deutschland senkt ein paar Hürden“ <http://www.faz.net/s/RubC43EEA6BF57E4A09925C1D802785495A/Doc~E1F8F120A024847C6A19C2D4E5C483A76~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (1.03.2013); Stern vom 24.08.2007: „Kabinettklausur. Klima-Paket und Fachkräftezugang beschlossen“, <http://www.stern.de/politik/deutschland/kabinettklausur-klima-paket-und-fachkraeftezuzug-beschlossen-596017.html> (1.03.2013).

519 Rechtlich begründet wird das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht durch Art. 116 GG und das neue Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) aus dem Jahr 2000.

1913 galt. Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht wurde es durch das Territorialprinzip (*jus soli*/Bodenrecht) ergänzt. In Deutschland geborene Ausländer können damit unter bestimmten Voraussetzungen<sup>520</sup> die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch erwerben. Die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wurde von intensiven öffentlichen Debatten begleitet.<sup>521</sup> Auch das Zuwanderungsgesetz (2002/2004) spiegelt Deutschlands neue Selbstwahrnehmung als Einwanderungsland wider. Darüber hinaus ist mit dem Zuwanderungsgesetz<sup>522</sup> für Ausländer eine erleichterte Zugangsmöglichkeit geschaffen worden.<sup>523</sup> Eine weitere zu Beginn des neuen Jahrtausends intensiv diskutierte Veränderung in der Gesetzgebung zum Themenbereich ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Mit dem AGG, das seit August 2006 in Kraft getreten ist, wurden EU-Richtlinien zum Diskriminierungsschutz umgesetzt.<sup>524</sup> Sie verpflichten die Mitgliedstaaten, alle Menschen vor Diskriminierung im Bereich Beschäftigung und Beruf, sowie im allgemeinen Zivilrechtsverkehr zu schützen. Das AGG schafft mit seinem weiten Anwendungsbereich (Arbeitsrecht, Zivilrecht und öffentliches Recht) erstmals ein umfassendes Antidiskriminierungsrecht in Deutschland.

Wenngleich diese Gesetze nach langwierigen Diskussionen abgeschwächt verabschiedet wurden und sie deshalb fortwährender Kritik aus menschenrechtlicher Perspektive ausgesetzt sind,<sup>525</sup> muss resümiert werden, dass diese neue Grundlagen für die Selbstwahrnehmung Deutschlands als Zuwanderungsland und als heterogene Gesellschaft geschaffen haben.

---

520 Abhängig vom Aufenthaltsstatus der Eltern.

521 Zur Kritik siehe etwa Forum Menschenrechte (2007), S. 6.

522 Gesetz zur Steuerung u. Begrenzung der Zuwanderung u. zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) vom 30.07.2004; BGBl. I, S. 1950 v. 05.08.2004.

523 Mit dem neuen Gesetz wurde erstmals ein Gesamtkonzept auf den Weg gebracht, das alle Zuwanderungsbereiche umschließt und so eine Steuerung des Zuwanderungsgeschehens ermöglicht. Kernstück ist die Neuregelung des Ausländerrechts (Aufenthaltsgesetz). Während das Zuwanderungsgesetz von der Mehrzahl der Organisationen (wie Gewerkschaften und Kirchen) begrüßt wurde, kritisieren Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen Teile des Gesetzes als diskriminierend und zuwanderungsbegrenzend.

524 Siehe Bundestag, Juni 8, 2006: Drucksache 16/1780. Zudem gibt es im Grundgesetz einen gegen den Staat gerichteten Gleichbehandlungsanspruch, der deutlich macht, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes lautet: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ (BVerfGE 85, 191 <206>.)

525 Diskussion und Kritik wird formuliert von: Will und Rühl (2004); Hieronymus und Schröder (2007), S. 28; Schellenberg (2008a), S. 8.

### Genese der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

Die fremdenfeindlichen Gewalttaten und pogromartigen Zustände vor allem in Ostdeutschland (u.a. Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen) in den frühen 90iger Jahren erregten internationale Kritik. In vielen deutschen Städten demonstrierten Bürger mit friedlichen Lichterketten und Slogans wie „Wehret den Anfängen“. Die CDU/CSU-FDP-Regierung reagierte mit Unterstützung der SPD auf die rassistische und zum Teil rechtsradikale Übergriffe und den Protest nicht nur mit der Einschränkung des Asylrechts, sondern schuf ein Bundesprogramm, das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AGAG)“ (von 1992 bis 1996).<sup>526</sup> Es richtete sich ausschließlich an gewaltbereite Jugendliche in den neuen Bundesländern – womit das Problem vor allem in einer allgemeinen Gewalttätigkeit bei der Jugend und in den neuen Bundesländern verortet wurde.

Eine neue Phase in der Debatte über Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt markiert das Jahr 2000. Politisch rechts motivierte, insbesondere fremdenfeindliche und antisemitische, Straf- und Gewalttaten nahmen zu und einige spektakuläre Fälle sowie das Engagement einzelner Personen führte zu einer erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema „Rechtsextremismus“. Diese Situation veranlasste den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder einen „Aufstand der Anständigen“ auszurufen. Die rot-grüne Bundesregierung legte ein neues wesentlich umfangreicheres Bundesprogramm auf: Das Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ – womit sich die Problemwahrnehmung von allgemeiner Gewalttätigkeit und Aggressivität auf Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verschob. Die zentrale Zielgruppe blieben Jugendliche. Das Programm (2001-2006) bestand aus drei Teilprogrammen: „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ (bis Ende 2005, mit einer finanziell eingeschränkten Verlängerung bis Ende 2006)<sup>527</sup>, „Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ (bis Ende 2006)<sup>528</sup> und „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ (bis Ende 2007)<sup>529</sup>. Ziel war es, die Entwicklung einer demokratischen Kultur zu unterstützen. Dies

---

526 Das bundesgefördertes Modellprogramm wurde 1992 in den neuen Bundesländern für zunächst drei Jahre eingerichtet. Es war mit jährlich 20 Millionen Mark ausgestattet. Ziel war es, gewaltbereite und gewalttätige Jugendliche in sozialpädagogische Maßnahmen der Jugendhilfe einzubinden und den Aufbau von Jugendhilfestrukturen in den neuen Ländern zu unterstützen. Gefördert wurde in 30 Schwerpunktregionen. 1992 gab es 140 Projekte, seit 1993 123 Projekte. Bis Ende 1996 wurde das Programm durch eine Komplementär-finanzierung von Bund, Ländern und Kommunen fortgeführt. Vgl. Fuchs (1997), S. 11f.

527 Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen, o.D.: Entimon.

528 Ebenda; siehe auch: Homepage des Programms: <http://www.jugendstiftung-civitas.org/> (1.03.2013).

529 Bundesministerium für Arbeit und Soziales, o.D.: Xenos.

sollte durch die Förderung demokratischen Verhaltens, zivilen Engagements, Toleranz und Weltoffenheit insbesondere bei Jugendlichen erreicht werden. Ein Kernpunkt war der Aufbau geeigneter Strukturen in Ostdeutschland – Opferberatung, Mobile Beratungsteams und regionale Netzwerkstellen (so genannte „Strukturprojekte“). Insgesamt wurden mit den Programmen über 4.000 Projekte, Initiativen und Maßnahmen mit (bis 2006) rund 192 Mio. € gefördert.<sup>530</sup>

Die rot-grüne Bundesregierung (1998-2005) maß der Auseinandersetzung mit dem „Rechtsextremismus“ und seinen Erscheinungsformen einen hohen Stellenwert bei. Ein mehrdimensionaler Handlungsansatz mit präventiven und repressiven Elementen wurde entwickelt, der die Grundlage einer umfassenden „Strategie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ bildete (beschlossen 2002) und auch für die neue Bundesregierung (ab 2005) weiter galt.<sup>531</sup> Die hierin festgeschriebene „Vier-Säulen-Strategie“ stützt sich auf Menschenrechtspolitik und Menschenrechtserziehung, die Förderung der Integration von Ausländern, die Stärkung der Zivilgesellschaft und Förderung von Zivilcourage, sowie Maßnahmen, die auf Täter und ihr Umfeld abzielen.

Nach der Bundestagswahl vom 18. September 2005 wurde die rot-grüne Bundesregierung von einer Union/SPD-Koalition abgelöst. Der 16. Deutschen Bundestag setzt sich zum Zeitpunkt der Analyse im Jahr 2007/8 wie folgt zusammen:<sup>532</sup>

---

530 Ein Überblick über die Aufstellung der Projekte und Finanzierung der Programme findet sich unter: Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen, Dezember 15, 2006.

531 Bundesministerium der Justiz, 2006, S. 57. Hier werden aktuelle, vergangene Maßnahmen + Untersuchungen aufgeführt. Der Bericht (2002) stellt das bisher einzige Konzept einer umfassenden Strategie gegen Rechtsextremismus auf bundespolitischer Ebene dar. Eine aktuelle Analyse, die auch Schwächen markiert u. Handlungsoptionen aufzeigt existiert nicht. Allerdings gibt es einen von der Friedrich-Ebert Stiftung initiierten Evaluationsbericht von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, der auch die Bundesprogramme von 2000 bis 2002 einschließt. Dieser hat parteipolitisches Gezänk ausgelöst und kaum zu einer Weiterentwicklung der Strategien der alten oder neuen Bundespolitik beigetragen. Auch programminterne Evaluationen wurden bei Neuauflagen nur zum Teil berücksichtigt. Siehe auch Roth (2003).

532 Die NPD trat mit Landeslisten in allen Bundesländern zur Bundestagswahl an. Mit dem „Deutschlandpakt“ hatten sich NPD und DVU zuvor geeinigt nicht gegeneinander anzutreten, die Bundestagswahl 2005 übernahm die NPD und holte mit 1,6% der Stimmen ihr bundesweit bestes Ergebnis seit 1969. Sie kam in den Genuss staatlicher Parteienfinanzierung. Vgl. Der Bundeswahlleiter, 2005.

Tabelle 18: Wahlen/Parteienstruktur im Deutschen Bundestag

| Partei                       | Prozent (%) | Sitze |
|------------------------------|-------------|-------|
| CDU/CSU                      | 35,2%       | 226   |
| SPD                          | 34,2%       | 222   |
| FDP                          | 9,8%        | 61    |
| <i>Die Linke</i>             | 8,7%        | 54    |
| <i>Bündnis 90/Die Grünen</i> | 8,1%        | 51    |

Nach der Regierungsbildung war zunächst unklar, ob die neue schwarz-rote Bundesregierung die von der rot-grünen Vorgängerregierung initiierten Modellprogramme „Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus“, „Entimon“ und „Xenos“ auslaufen lassen (bis Ende 2007) oder neu auflegen würde. Wenngleich linksextreme Gewalttaten oder gar Morde zu dieser Zeit keine Rolle spielten, zeigte sich in politischen Debatten nach dem Regierungswechsel (und begünstigt durch die Terrordebatte nach dem 11. September) wieder eine deutliche Verlagerung der Kategorisierung des Problems weg von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus hin zu (allgemeinem) Extremismus. Konstant hohe bzw. steigende Zahlen rechtsextremer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straf- und Gewalttaten, Wahlerfolge der NPD auf Landes- und Kommunal-Ebene, eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit, sowie einzelne Politiker, Journalisten und Wissenschaftler haben jedoch dazu beigetragen, dass die schwarz-rote Regierung nach dem Auslaufen der alten wieder ähnliche Programme auf den Weg brachte. Die unmittelbare Konzeptionsphase der Programme wurde von rechtsradikalen Vorfällen und neuen Wahlerfolgen<sup>533</sup> überschattet. Die CDU/CSU-Fraktion, die einige Zweifel an einem speziellen Programm gegen Rechtsextremismus hegte und vorerst auf die Zielrichtung „Extremismus“ auch im Namen pochte, einigte sich vor diesem Hintergrund mit der SPD auf ein Programm vor allem gegen Rechtsextremismus. Das neue Programm sollte sowohl den zielgruppenorientierten, präventiv-pädagogischen Ansatz von AGAG wie auch den zivilgesellschaftlichen Ansatz des Vorläufer-Programms integrieren.

Als Konsequenz legte die CDU/CSU-SPD-Regierung das Bundesprogramms „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (2007-2011/unbefristete Anlage) auf. Die drei Säulen des Programms umfassen (1) die Entwicklung integrierter lokaler Strategien, (2) Modellprojekte im Bereich Jugend,

---

533 U.a. Überfall auf Schauspieler in Halberstadt; NPD erreicht 7,3% bei den Landtagswahlen 2006 in MV.

Bildung und Prävention sowie (3) Aspekte der Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation und Forschung. Das Volumen betrug 19 Mio. €. Allerdings übernahm der Bund für den Großteil der Projekte (Säule 1 und 2) nur einen Teil der Finanzierung. Damit sollten Kommunen und Landkreise stärker in die Verantwortung genommen werden.<sup>534</sup> Freie Träger, Universitäten und zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren, dass ihnen dadurch der Zugang zu denördertöpfen erschwert werde. Eine Bundesförderung ohne Kooperation mit kommunalen und Landes-Behörden war nicht mehr möglich, womit gerade in Gemeinden und Städten, die eine Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsradikalismus scheuen oder das Problem ignorieren und verharmlosen, keine Projekte mehr finanziert wurden.

Ergänzend zum neuen Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ startete – nach langwierigen Debatten und infolge großen Engagements zivilgesellschaftlicher und politischer Akteure – zum 1. Juli 2007 das Programm „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, das an die „Strukturprojekte“ des alten Programms anknüpft. Schwerpunkt ist die anlassbezogene, mobile Intervention gegen „Rechtsextremismus“. Die Länder richteten landesweite Beratungsnetzwerke ein, aus denen Mobile Interventionsteams gebildet wurden. Diese Teams sollen schnelle und professionelle Beratungshilfe (etwa für Schulen oder Kommunen) leisten. Für das Programm wurden jährlich 5 Millionen Euro bereitgestellt. Als Nachfolge-Programm zum Ende 2007 auslaufenden Xenos-Programm diskutierte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) „XENOS- Integration und Vielfalt“, welches Mitte 2008 starten sollte. Ziel sei es, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung nachhaltig entgegenzuwirken und die Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Gesellschaft zu unterstützen.<sup>535</sup> Im Spätsommer 2007, in der Zeit als sich der Fall Mügeln ereignete, ist die Diskussion um die neue Ausrichtung der Bundesprogramme (noch) aktuell.<sup>536</sup>

---

534 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen, Dezember 15, 2006; Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen, o.D.: Träger für Entwicklung.

535 Vgl. BMAS o.D. Das Bundesprogramm ist Teil des Nationalen Integrationsplans der Bundesregierung. Es wird von BMAS + Europäischem Sozialfonds gefördert. Ko-Förderung wurde am 20.12.2007 durch die Europäische Kommission beschlossen. Europäischer Sozialfonds für Deutschland, o.D.: ESF-Bundesprogramm.

536 Eine ausführliche Darstellung der politischen, rechtlichen und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus findet sich in: Schellenberg 2009.



## 2 Bundesregierung (CDU/CSU und SPD): Interpretation

Der Vorfall in Mügeln wird von der Bundesregierung zwei Tage nach dem Ereignis thematisiert. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) verurteilt „den brutalen Überfall auf indische Mitbürger im sächsischen Mügeln scharf“, der Fall sei „außerordentlich betrüblich und beschämend“ und „inakzeptabel“. Es sei nicht hinnehmbar, dass „Menschen in deutschen Städten durch Straßen gejagt oder gehetzt und anschließend verprügelt werden“. Die Bundeskanzlerin bezeichnet den Fall selbst nicht explizit als „fremdenfeindlich“ oder „rechtsextrem“, allerdings titelt *Regierungs-online* die Meldung, welche die unmittelbaren Reaktionen der Bundesregierung zusammenfasst: „Gemeinsam entschieden gegen rechtsextreme Gewalt“.<sup>537</sup> Gleichzeitig verurteilt die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer den „Überfall auf Inder in Mügeln“ in einer Pressemeldung als „fremdenfeindliche Tat“.<sup>538</sup> In den ersten Tagen nach dem Vorfall bestehen zwei konfligierende Kategorisierungsvarianten des Vorfalls: Es handele sich um einen fremdenfeindlich bzw. rechtsextrem motivierten Fall (Kategorisierung 1) oder zum anderen es handele sich nicht um einen fremdenfeindlich bzw. rechtsextrem motivierten Fall, der Fall sei aber dennoch zu verurteilen (Kategorisierung 2).<sup>539</sup>

### 2.1 Einflussfaktoren Internationale Beziehungen und globale Wirtschaft

Die indische Regierung, das indische Außenministerium, sowie die indische Botschafterin in Berlin bitten die Bundesregierung, künftig Vorfälle wie in Mügeln zu verhindern. Sie fordern eine offizielle Aufklärung des Übergriffs auf die indischen Staatsbürger. Ein Vertreter der indischen Botschaft reist nach Mügeln, um die „betroffenen Landsleute“ zu unterstützen. Die Bundesregierung registriert, dass immer mehr Inder sich über Risiken bei Deutschland-Reisen erkundigten.<sup>540</sup> Auch der israelische Botschafter und der EU-Kommissar Frattini zeigen sich besorgt über einen in Deutschland verbreiteten Rechtsextremismus.<sup>541</sup> Frattini fordert in diesem Zusammenhang ein NPD-Verbot.<sup>542</sup> Neben

537 Die Bundesregierung, August 21, 2007: Meldung.

538 Die Bundesregierung, Presse- und Informationsamt, August 21, 2007: Pressemitteilung Nr. 303.

539 Im Folgenden findet sich eine Zusammenfassung der Analyse. Durch die detaillierte Analyse können verschiedene Argumentationsmuster (1-3), die mit ihrer Aussage in der Tabelle I B abgebildet werden.

540 SZ (mit dpa) vom 30.08.2007: „Besorgte Inder.“, S. 6.

541 FAZ-net vom 25.08.2007: „Rechtsextremismus. EU-Kommissar Frattini fordert NPD-Verbot.“ <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E830E582AAAD54ED88E0F524CF10EFCBE~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (1.03.2013).

politischen Vertretern aus dem Ausland nimmt auch die internationale Presse den Fall Mügeln als einen rassistischen bzw. (neo-) nazistischen Übergriff empfört zur Kenntnis.<sup>543</sup>

Klage kommt zudem auch von Vertretern der deutschen Wirtschaft.<sup>544</sup> Marice Sahd, Sprecher des Bundesverbandes Informationswirtschaft und Telekommunikation (Bitkom), stellt beispielsweise fest:

„Solche Vorfälle wie in Mügeln sind verheerend für das Bild, das von Deutschland in anderen Ländern entsteht. Sie widerspiegeln leider nicht, dass es sich für Menschen aus dem Ausland lohnt, in Deutschland zu leben, zu studieren und zu arbeiten.“<sup>545</sup>

Als Reaktion auf die internationalen Nachfragen und Stellungnahmen der deutschen Wirtschaft betont die Bundesregierung, sie setze alles daran, rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalt zurückzudrängen.<sup>546</sup> Bundeskanzlerin Merkel kritisiert, dass der „schlimme Vorfall“ auch im Ausland „sehr genau wahrgenommen“ worden sei und dem Ansehen Deutschlands in der Welt schaden könne (Argumentationsmuster 2a).<sup>547</sup> Auch der designierte bayerische Ministerpräsident Beckstein (CSU) kommentiert den Fall Mügeln – und wirbt dabei für den Wirtschaftsstandort Bayern:

„Wer Gewalt gegen Ausländer anwendet, ist jemand, der das Ansehen unseres Landes in den Schmutz zieht und zu Recht als Verbrecher behandelt wird“.

542 Ebenda.

543 Vgl. u.a. *Times* vom 20.08.2007: „Neo-Nazi rampage triggers alarm in Berlin.“ <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/europe/article2295519.ece> (1.03.2013); *The Telegraph*, Calcutta, vom 21.08.2007: „Indians hurt in German ‘racist’ hit.“ [http://www.telegraphindia.com/1070821/asp/nation/story\\_8218021.asp](http://www.telegraphindia.com/1070821/asp/nation/story_8218021.asp) (1.03.2013); BBC vom 21.08.2007: „Germans probe assault on Indians.“ <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/6956374.stm> (1.03.2013).

544 Neben IHKs verurteilen auch Vertreter der Deutsch-Indischen Gesellschaft e.V. den fremdenfeindlichen Fall Mügeln und betonen die guten Beziehung zwischen Indern und Deutschen. Siehe: Wieck, 2007a, S. 5; Wieck, 2007b, S. 6.

545 *Berliner Zeitung* vom 21.08.2007: „Bitkom zeigte sich bestürzt über die Hetzjagd.“, S. 2.

546 Bundesregierung vom 19.09.2007: „Mit Zivilcourage gegen Fremdenfeindlichkeit. Staatsministerin Böhmer trifft indische Parlamentarier.“ [http://www.bundesregierung.de/nn\\_914476/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Themen/Gesellschaft/Allgemein/2007-09-19-ib-indische-Parlamentarier.html](http://www.bundesregierung.de/nn_914476/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Themen/Gesellschaft/Allgemein/2007-09-19-ib-indische-Parlamentarier.html) (1.03.2013).

547 FAZ vom 23.08.2007: „Gewaltexzess in Mügeln. Milbradt: ‚Nehmen nichts auf die leichte Schulter‘.“ <http://m.faz.net/aktuell/politik/inland/gewaltexzess-in-muegeln-milbradt-nehmen-nichts-auf-die-leichte-schulter-1461992.html> (1.03.2013).

Wenn so etwas in Bayern passiere, gäbe „es glasklar eine Weisung, dass man Leute vorläufig in Haft nimmt und dem Haftrichter vorführt.“<sup>548</sup> Die Bundesregierung beklagt, dass Fälle wie Mügeln der deutschen Wirtschaft, insbesondere ökonomisch notwendigen Bemühungen um ausländische Fachkräfte und Investoren, schade (Argumentationsmuster 2b).<sup>549</sup> Das Thema wird mit dem Vorfall in Mügeln verbunden: So bezeichnet Bildungsministerin Annette Schavan im Vorfeld der Kabinettsklausur in Meseberg die Übergriffe auf Ausländer im sächsischen Mügeln „als verheerend für den Arbeitsmarkt“.<sup>550</sup> Explizit warnt Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) vor einer Gefährdung des Wohlstands.<sup>551</sup> Insbesondere der Standort Ostdeutschland werde geschwächt.<sup>552</sup> Auch Volker Kauder (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betont, der Vorfall in Mügeln sei ein Rückschlag im Bemühen um ausländische Fachkräfte.<sup>553</sup>

Es hat sich damit gezeigt, dass das Argumentationsmuster „Schaden für Deutschland“ zwei Teile hat: Zum einen wird behauptet, Deutschland erleide international einen Ansehensverlust. Zum anderen wird kritisiert, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit führten zu wirtschaftlichen Einbußen. So würden gefragte Arbeitnehmer (insbesondere die umworbenen Fachkräfte) und Investoren abgeschreckt. Das Interesse der Bundespolitik kann folgendermaßen formuliert werden: Deutschland soll in der Welt geschätzt werden und wirtschaftlich erfolgreich sein. Dabei wird angenommen, dass nur ein globales und vielfältiges Deutschland ökonomisch erfolgreich sein kann.

---

548 Beckstein-Interview auf N24 vom 21.08.2007, vgl. <http://www.ad-hoc-news.de/beckstein-kritisiert-behoerden-nach-hetzjagd-in-muegeln--/de/News/12963038> (1.03.2013).

549 Das Argument „wirtschaftlicher Schaden“ erfährt vor dem Hintergrund des Werbens um (hoch)qualifizierte indische Fachkräfte durch die Bundesregierung besondere Relevanz.

550 Zitiert nach *focus-online* vom 22.08.2010: „Rassismus – Schavvan sieht Gefahr für Arbeitsmarkt.“ [http://www.focus.de/politik/deutschland/rassismus\\_aid\\_130134.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/rassismus_aid_130134.html) (1.03.2013).

551 „Je schlechter der Ruf Deutschlands ist, umso weniger werden die Leute, die wir brauchen können für unseren Fortschritt und Wohlstand, kommen.“ FAZ vom 21. 08.2007: „Politiker verurteilen Hetzjagd in Mügeln“. <http://m.faz.net/aktuell/politik/inland/auslaenderfeindlichkeit-politiker-verurteilen-hetzjagd-in-muegeln-1461726.html> (1.03.2013).

552 Vgl. Ebenda. Uwe-Karsten Heye (SPD) kommentiert: Investoren werden nicht kommen, „wenn man den Eindruck hat, dass fremde Menschen dort (in den Neuen Bundesländern – B.S.) keine Heimat haben“. *Deutschlandradio-Kultur*-Interview mit Heye v. 22.08.2007 sowie *Spiegel-online*-Interview v. 23.08.2007.

553 Vgl. SZ vom 21.08.2007: „Sächsische Jagdszenen. Politiker sprechen von ‚Schande‘“. <http://www.sueddeutsche.de/politik/saechsische-jagdszenen-politiker-sprechen-von-schande-1.770490> (1.03.2013).

## 2.2 Argumentationsmuster und Frames

Es gibt nur weniger Vertreterinnen der CDU, die den Vorfall unmittelbar und direkt als „fremdenfeindlich“ und „rechtsextrem“ bezeichnen. Dazu gehören Iris Bethge, Sprecherin des CDU-geführten Bundesfamilienministeriums, und Maria Böhmer, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Die Politik müsse dafür Sorge tragen, dass „Vielfalt und Toleranz in Deutschland gelebt werden“.<sup>554</sup> Böhmer spricht den Opfern ihr Mitgefühl aus. Dabei referiert sie zu dem Vorfall als „Gewalttaten gegen ausländische Mitbürger“ und „fremdenfeindliche Taten“ die „abscheulich seien“ und „nicht geduldet werden“ dürften.<sup>555</sup> Böhmer verortet dabei die fremdenfeindlichen Täter außerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft und entwirft ein Bild Deutschlands als ein Land der Vielfalt und Toleranz. Eine kleine Gruppe der Fremdenfeinde habe mit dieser Tat gegen den deutschen Konsens der Vielfalt verstoßen. Als Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration wirbt sie für die Bundesrepublik Deutschland um Arbeitsmigranten.<sup>556</sup> In der Argumentation der CDU-Vertreterinnen spielt das Argumentationsmuster: „Schaden für Deutschland“ die wesentliche Rolle. Es umfasst das Argumentationsmuster „Deutschlands Ansehen wird beschädigt“ (2a) und das Argumentationsmuster „die deutsche Wirtschaft nimmt Schaden“ (2b). Damit wird der Frame *Internationale Beziehungen* und der *Wirtschafts*-Frame bemüht. Das *Framing* des Gegenstands lautet: Fremdenfeindlichkeit ist ein Randgruppen-Phänomen in Deutschland. Die Normsetzung ist bestimmt durch ein ökonomisches Weltbild in einer globalisierten Welt: Fremdenfeindlichkeit widerspricht dem global funktionierenden Arbeitsmarkt und behindert den Wohlstand in Deutschland. Die Wirtschaft profitiert von Vielfalt, daher sind Vielfalt und Toleranz eine Bereicherung und Ressource für die Gesamtgesellschaft.

Vertreter der SPD bezeichnen den Fall durchweg als „fremdenfeindlich“, teilweise auch als „rassistisch“. Zu klären sei lediglich, bekunden viele SPD-

---

554 Bethge betont: „Gerade die Vorfälle in Mügeln haben uns gezeigt, dass wir weiterhin sehr wachsam sein müssen, damit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in Deutschland keinen Raum haben.“ Die Bundesregierung, August 22, 2007: Regierungspressekonferenz.

555 Die Bundesregierung, Presse- und Informationsamt, August 21, 2007: Pressemitteilung Nr. 303.

556 „Wir pflegen eine Kultur des Miteinander, indem wir Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen aktiv in die Gestaltung unserer Integrationspolitik einbeziehen. Kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung und eine Ressource, von der unsere Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft profitiert. Dieses positive Bild Deutschlands, das sich etwa in der Gastfreundschaft unseres Landes während der Fußball-WM 2006 gezeigt hat, darf nicht durch fremdenfeindliche Übergriffe beschädigt werden.“ Ebenda.

Politiker, ob die Täter „rechtsradikale Neonazis“ waren und die Tat einen rechts-extremen Hintergrund habe. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) verurteilt die Ausschreitungen als „unerträglichen Gewaltextzess“. Es sei nicht hinnehmbar, dass „ausländische Mitbürger in Deutschland von einer aufgehetzten Menge durch die Stadt getrieben würden und um ihr Leben fürchten müssten“. Daher müsse schnell und ohne Verharmlosung aufgeklärt werden.<sup>557</sup> Eine weitere charakteristische Position bezieht der Bundesabgeordnete Edathy: Er bezeichnet „die Übergriffe von Mügeln“ als „ein ganz entsetzliches Ereignis“<sup>558</sup> und erkennt in dem Vorfall ein klassisches Beispiel für in Ostdeutschland verbreiteten Rechtsextremismus.<sup>559</sup> Insgesamt zeigt sich, dass die SPD das Problem „Rechtsextremismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ nicht als Randproblem einer kleinen Minderheit (der Fremdenfeinde) betrachtet, sondern es in der „Mitte der Gesellschaft“<sup>560</sup> verortet. Während das Argumentationsmuster „Schaden für Deutschland“ vielfach auch von SPD-Vertretern (u.a. von Thierse) bemüht wird, sind für die SPD zudem humanitäre und damit moralische Argumente typisch. So betont die ehemalige Bundestagsabgeordnete Cornelia Sonntag–Wolgast (SPD), dass in erster Linie die Verletzung der Menschenwürde im Fall Mügeln beklagt werden müsse und dann erst die Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.<sup>561</sup> Das *Framing* des Gegenstands lautet: Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind ein zentrales Problem in Deutschland (teilweise: besonders in Ostdeutschland). Die SPD benutzt verschiedene Frames – *Wirtschaft*, *internationale Beziehungen* und *Moral (Humanität und Recht)* – um den Fall einzuordnen. Menschen dürfen nicht um ihr Leben fürchten müssen – aus humanitären und rechtlichen Gesichtspunkten. Ein friedliches Zusammenleben aller Menschen wird durch Fremdenfeinde, insbesondere durch Rechtsextreme, verhindert.

---

557 Die Bundesregierung, August 21, 2007: Meldung.

558 *Focus-online* vom 20.08.2007: „Sachsen. Sorge und Bestürzung nach Hetzjagd in Mügeln.“ [http://www.focus.de/politik/deutschland/sachsen\\_aid\\_70456.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/sachsen_aid_70456.html) (1.03.2013).

559 Ebenda; TAZ vom 23.08.2009: „Ein Deutscher kämpft von Indien aus.“ Von Petra Kilian, S. 2. Edathy bekommt in Folge seiner Stellungnahmen viele Schmä- und Drohbriefe. Vgl. TAZ vom 23.08.2007 (wie oben).

560 Unten wird dieses Framing noch stärker herausgearbeitet. Charakteristisch die Verortung des Problems in der Mitte der Gesellschaft sind auch zahlreiche Publikationen der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Vgl. u.a. Decker et al (2008); Oliver Decker et al (2010).

561 Vgl. SZ-Außenansicht vom 3.09.2007: „Gut gemeint, aber sinnlos. Ein neues NPD-Verbotsverfahren, von der SPD gewünscht, brächte nichts im Kampf gegen den Rechtsextremismus“. Von Cornelia Sonntag–Wolgast, S. 2.

### 2.3 Bezugnahme auf den Nationalsozialismus

Mehrere CDU-Politiker und Vertreter der SPD sagen, dass der Vorfall von Mügeln „beschämend“ sei. Selten wird diese gefühlte „Scham“ begründet oder erklärt. Scham drückt eine zumindest partielle Identifikation mit dem Vorfall oder Verantwortungsnahme (etwa gegenüber dem Ausland) aus, ebenso wie eine Abgrenzung von den Tätern. Ohne weitere Erklärung zu den Gründen der Scham (Identifizierung des Problems) droht die „Scham“ inhaltsleer und damit Worthülle zu sein, der Bezugspunkt bleibt unklar. Ein entsprechendes Beispiel findet sich bei Bundeskanzlerin Merkel: Die Bundeskanzlerin betont schlicht, der Fall Mügeln sei „außerordentlich betrüblich und beschämend“.<sup>562</sup>

Einige Politiker erklären zudem, der Vorfall sei nicht akzeptabel. Problematisch ist auch diese Reaktion, wenn nicht klar wird, was genau inakzeptabel ist, welche Konsequenzen für das inakzeptable Verhalten drohen und wie bzw. ob überhaupt mit der Bekundung „inakzeptabel“ weitergearbeitet wird. Es findet hierbei allerdings eine deutliche Abgrenzung von den Tätern statt. Es zeigt sich eine autoritär-moralische Abwehr. Ein Beispiel stammt von dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Müntefering:

„Das Wichtigste war mir, dass wir festgestellt haben: Es gibt keine Entschuldigung. Die Verantwortung liegt bei denen, die ausfällig und die aggressiv werden. Man kann das nicht mit den Lebensverhältnissen, mit einer schweren Jugend oder mit sonst etwas begründen. Es ist nicht akzeptabel, das muss ganz klar sein (...) Meine Meinung ist, dass man den Rechtsextremen die Möglichkeit nehmen muss, sich in Kolonne aufzustellen und zu marschieren.“<sup>563</sup>

Häufig wird in den unmittelbaren Reaktionen zum Fall betont, dass es eine „gemeinsame Verpflichtung“ gebe, allen Formen des Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten.<sup>564</sup> Die Referenz zur „gemeinsamen Verpflichtung“ findet sich mehrfach in den politischen Debatten über den Fall Mügeln. Problematisch sind entsprechende Äußerungen, wenn nicht klar wird, worin die gemeinsame Verpflichtung besteht und wie oder warum überhaupt es zu einer gemeinsamen Verpflichtung kommt. Hier fehlt eine erklärende Referenz zur Gefahr Rechtsextremismus oder zum Nationalsozialismus. Das Thema „Fremdenfeindlichkeit“ wird nicht einmal erwähnt.

Die betrachteten Reaktionen sind moralischer Natur und emotionsgeladen. Zum einen werden fremdenfeindliche gewalttätige oder rechtsextreme Übergriffe

562 Die Bundesregierung, August 22, 2007: Regierungspressekonferenz.

563 Die Bundesregierung, August 24, 2007: Bundespressekonferenz.

564 Die Bundesregierung, August 21, 2007: Meldung.

als an sich verurteilenswert erachtet, weil sie unmenschlich und unzivilisiert seien. Allerdings scheinen sich entsprechende Äußerungen auch auf die schmerzliche Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Holocaust zu beziehen.<sup>565</sup> So ist durchaus assoziierbar, dass es aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit eine gemeinsame Verpflichtung der Regierungsparteien gebe, gegen rassistische Gewalt und Rechtsradikalismus vorzugehen. Dieser Hintergrund wird aber meist nicht thematisiert, weshalb ein entsprechender Zusammenhang von vielen, insbesondere jüngeren Rezipienten, nicht erschlossen werden kann. Trägt der Bezug zum Nationalsozialismus nicht mehr, bleiben die emotionalen unmittelbaren Äußerungen unverständlich und inhaltsleer. So wird die „gemeinsame Verpflichtung der Demokraten“ oder der Wunsch ein „in Kolonne (A)ufstellen und (M)arschieren“ zu verhindern, erst vor der Folie „Nationalsozialismus“ verständlich und auf ein kollektives Trauma beziehbar. Neben diesen eher emotionsgeladenen und indirekten Referenzen finden sich auch Äußerungen, die direkt den Nationalsozialismus als Referenzpunkt benennen. Beispielsweise sagt Minister Tiefensee (SPD) in der ersten offiziellen Zusammenfassung der Stellungnahmen der Bundesregierung am 21. August 2007, man dürfe nicht zulassen, dass Parolen „wie in den Jahren 1939 bis 1945“<sup>566</sup> in Deutschland wieder salonfähig würden.<sup>567</sup>

### Debatten über Rechtsextremismus und Antisemitismus, alte und neue Opfergruppen

Es zeigt sich, dass der Bezug zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus eine wichtige Rolle in der Thematisierung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus durch die Bundespolitik einnimmt. Der Fall Mügeln wird – ohne Thema einer Bundestagsdebatte zu sein – mehrfach im Bundestag erwähnt und zwar als aktueller Bezugspunkt innerhalb der Debatte über die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und als Argument in der Debatte über die finanzielle Unterstützung des jüdischen Kulturlebens in der Bundesrepublik Deutschland durch den Bund. Gleichfalls wird auch ein Messerattentat auf einen Rabbiner in Frankfurt a.M. thematisiert. Dabei zeigt sich, dass die Erinnerung und Mahnung an die nationalsozialistische Vergangenheit Ausgangspunkt für Debatten und Förderungskonzepte der Gegenwart sind. Doch zeigen sich divergente Herangehensweisen: Ergibt sich für die einen (z.B. Edathy, SPD) daraus

---

565 Das legen auch weitere Äußerungen im öffentlichen Diskurs nahe. Vgl. unten (Opfergruppen, Gauweiler-Edathy-Kontroverse, sowie Zusammenfassung), vgl. zudem den Teil „Radikale Rechte“.

566 Merkwürdigerweise nennt er die Eckdaten des zweiten Weltkriegs und nicht die NS-Herrschaft als Zeitraum.

567 Die Bundesregierung, August 21, 2007: Meldung.

ein Engagement gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und der Wunsch jedem Einzelnen Schutz zu garantieren und Übergriffe zu rügen, manifestiert sich bei Einzelnen (z.B. Grindel, CSU) ein besonderes Interesse an der Verurteilung von Antisemitismus und alleine an der Förderung jüdischen Lebens. Hier soll Antisemitismus nicht unter dem Überbegriff „Rechtsextremismus“ (oder „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“) subsumiert werden, so bezieht sich die kritische NS-Reflexion auch nicht auf andere oder neue Opfergruppen neben.<sup>568</sup>

#### *2.4 Die Gauweiler – Edathy Kontroverse. Die Rechtsextremismus-Debatte als Konflikt über Normsetzungen*

Die kontroversen Stellungnahmen der Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler (CSU) und Sebastian Edathy (SPD), Vorsitzender des Innenausschusses, sind besonders ertragreich für die Einordnung, Problemanalyse und Argumentation der Bundespolitik. Charakteristisch für die Position der Bundespolitik ist nicht Gauweiler, sondern Edathy dessen Argumentationsmuster und Normverstellungen durch Kontrastierung zu Gauweiler besonders deutlich werden.<sup>569</sup>

Die Debatte über den Vorfall in Mügeln nimmt Gauweiler<sup>570</sup> zum Anlass, in einem Artikel die öffentlich geführte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und eine damit (angeblich) im Zusammenhang stehende, Diskreditierung „rechter Wahrheiten“ im öffentlichen und politischen Diskurs zu kritisieren. Gauweiler beklagt, dass – von Parteien wie der SPD – „rechtes Denken“ mit Rechtsextremismus gleichgesetzt werde. Rechtsextremismus würde innerhalb der „Bekämpfung des politischen Radikalismus“ zu stark thematisiert – während Linksextremismus „gar nicht mehr erwähnt“ werde. Damit sei „Äquidistanz (...) in der Extremismusdebatte“ verloren gegangen.

---

568 Vgl. Deutscher Bundestag, September 11, 2007: Plenarprotokoll 16/110, Redebeitrag Edathy (SPD), S. 11457f.; Redebeitrag Grindel (CDU/CSU), S. 11458.

569 Ich beziehe mich auf die Außenansicht v. Gauweiler u. die Erwiderung von Edathy, beide in der SZ. Vgl. SZ v. 7.09.2007: „Außenansicht. Null Verstand, null Mut, null Gespür. Der Kampf gegen rechts ist in Deutschland durch viel Hysterie u. noch mehr Selbstgerechtigkeit gekennzeichnet.“ Von Peter Gauweiler (CSU, MdB). <http://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-null-verstand-null-mut-null-gespuer-1.241028> (1.03.2013); SZ v. 8.09.2007: „Außenansicht. Kampf gegen rechts ein unerträglicher Tabubruch. Ausländerfeindlichkeit lässt sich keinesfalls mit der Freiheit des Denkens rechtfertigen – eine Antwort auf Peter Gauweiler.“ Von Sebastian Edathy (SPD, Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Innenausschusses). <http://www.sueddeutsche.de/politik/kampf-gegen-rechts-ein-unertraeglicher-tabubruch-1.879733> (1.03.2013).

570 Alle Zitate in diesem Abschnitt stammen aus Gauweilers Außenansicht in der SZ (siehe oben).



Während Gauweiler selbst die Extremismus-Kategorisierung bemüht, beklagt er pauschal die Thematisierung extremistischen Fehlverhaltens in der Vergangenheit. So sei der „Endlosdiskurs über das Dritte Reich und den real existierenden Sozialismus“ schädlich, weil er Menschen (auch nach ihrem Tod) bloßstelle und beruflich vernichte. Es sei unfair und unsensibel, dass die „verstorbenen(n) Beamte(n) des Auswärtigen Dienstes, die in ihrer Jugend in der NSDAP waren“ ebenso wie „Stasi-Spitzel“ von den „moralischen Siegern nochmals vorgeführt“ würden. Hier wird ein Verhandeln der NS-Vergangenheit über die Auseinandersetzung mit Mügeln und Rechtsextremismus deutlich. Gauweiler beklagt die kritische Auseinandersetzung. Zum anderen wird Gauweilers Gleichsetzung der NS- und DDR/SED-Vergangenheit manifest.

Auch gegen die öffentliche Debatte über Rechtsextremismus wettet Gauweiler: Die „Äußerungskultur beim Kampf gegen rechts“ sei von „wenig Nachdenken, viel Hysterie und noch mehr Selbstgerechtigkeit“ gekennzeichnet. Im Kampf gegen Rechtsextremismus vereine sich ein „politisch korrekte(s) Großlager“, das Gauweiler durch die Nennung von Politikern wie Maria Böhmer (CDU), Sebastian Edathy (SPD) und Ulla Jelpke (*Die Linke*) beschreibt. Mit diffamierender Absicht<sup>571</sup> bezeichnet er sie als „drei besonders tapfere Antifaschisten“, und kritisiert, sie würden sich aufspielen als seien sie „vom Grundgesetz als Denkpolizisten eingesetzt“. Damit spielt Gauweiler mit Vorwürfen, es gäbe keine Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland. Er weist gleichzeitig darauf hin, dass diese Politiker „selbst politisch bedenklich“ seien wie etwa die „frühere Maoistin Jelpke“ – womit er ihnen insgesamt (als Antifaschisten) über das Beispiel Jelpke (*parts pro toto*) das Recht abspricht, Kritik gegen „rechte Wahrheiten“ und ihre Vertreter zu üben. Gauweiler erweitert seine Vorwürfe und klagt, dass bereits Kritiker an einem Verständnis von Deutschland als Einwanderungsland, an öffentlichem Sexismus und an Globalisierungskriegen der Nato „als ziemlich rechts oder furchtbar konservativ“ diskreditiert würden. Sie seien, so Gauweilers Aussage, die eigentlich Diskriminierten. Gauweiler fordert, dass sowohl „rechte“ als auch „linke“ „Wahrheiten offen ausgesprochen werden dürfen“ und unterstellt damit, dass es Tabus im öffentlichen Raum gebe. Der Ausgangspunkt des Artikels, nämlich der Fall Mügeln gilt für Gauweiler als beispielhaft dafür, dass „rechte Wahrheiten“ nicht mehr geäußert werden dürften. So gelten für Gauweiler „fremdenfeindliche Vorurteile“ und die Vertuschung von fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt als „rechte Wahrheiten“, die es zu verteidigen gilt. Allerdings argumentiert er trotz diese allgemeinen Kontextes, er Fall Mügeln werde (böswillig) falsch interpretiert und die Stadt würde

---

571 Der Begriff „Antifaschist“ und „Antifaschismus“ wird von rechtsradikalen und vielfach auch von konservativen Akteuren in diffamierender Absicht verwendet.

verunglimpft.<sup>572</sup> Gleichwohl wittert Gauweiler eine Verschwörung hinter Debatten über Rechtsextremismus: So führt er die „Fälle Potsdam“<sup>573</sup> und „Sebnitz“ als Beispiele für „gezielte(r) Desinformationen gegen rechts“ an. Der Fall Mügeln würde falsch eingestuft und politisch missbraucht. Zudem glaubt er, dass über einen „dramatisch steigenden Ausländeranteil bei Straftaten“ geschwiegen würde, weil „die entsprechende Statistik nicht mehr veröffentlicht werden“ dürfe. (Wer dies verbietet, sagt er nicht.) So malt Gauweiler ein Bild von der Bundesrepublik Deutschland, in dem eine verschwörerisch gesteuerte Thematisierung eines in der Wirklichkeit nicht existenten Rechtsextremismus herrscht, „rechte“ Meinungen nicht geäußert werden dürfen und die Bevölkerung durch bewusste Fehlinformationen von „sogenannten Antifaschisten“ getäuscht wird.

Abschließend geht der CSU-Politiker auf die Debatte über die NPD ein: Diese Partei schade Deutschland „wirklich“, weil sie „rechten Thesen durch Art und Übertreibung einen abstoßenden und pathologischen Zug“ gebe. Allerdings zeige der Kampf gegen die Partei die Unsouveränität und Angst der Akteure. Die Bewilligung mehrerer Millionen Euro, ein weiterer Verbotsantrag „und eine damit verbundene monatelange Scheindebatte“ seien nicht hilfreich. Weiter kritisiert er eine (angebliche) „Ächtung (...) diffamierter Negativgruppen wie die Herabwürdigung ganzer Bevölkerungsgebiete als ‚No-go-Areas‘“. Hiermit hat er ein weiteres Angstthema aufgegriffen (die Angst der Ostdeutschen diskriminiert zu werden) und erneut (wie bezüglich der NS-Täter) eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben. Statt Strategien gegen „Rechte“ aufzulegen, sei es notwendig, Werte, Traditionen und die herausragende Leistung des wiedervereinigten Deutschlands zu betonen. Es kann festgehalten werden, dass Gauweiler rechtsradikale Ideologieelemente aktualisiert und „völkisch“ argumentiert → FRAME: *Völkisch (Moral)*<sup>574</sup>.

---

572 „Dazu gehört auch der tatsächliche Sachverhalt spektakulärer Fälle angeblich eindeutiger rechter Gewalt, die sich bei nachträglicher Untersuchung als politisch-mediale Windeier herausstellen. Bei dem durch die Medien gejagten Fall Mügeln gehen sie auf den Bürgermeister los, der sich die Verunglimpfung seiner Stadt nicht gefallen lassen will (...) Was dort überhaupt vorgefallen ist, wird sich zeigen.“

573 Ermyas M. wurde im Frühjahr 2006 ins Koma geprügelt. Während der dazu führenden gewalttätigen Auseinandersetzung beschimpften die Täter ihn rassistisch. Später wurde dem Deutsch-Äthiopier sein alkoholisierte, aggressiver Zustand vor der Tat vorgeworfen.

574 Ich bezeichne diesen Frame als „Völkisch“. Er könnte auch unter „Moral“ gefasst werden, wobei das Bezugssystem „völkisch“ wäre. Der besseren Unterscheidbarkeit zu Moral-Frames mit gegensätzlichen Bezugssystemen (Humanität, Menschenrechte) wegen, nenne ich ihn direkt „Völkisch“.

Edathys<sup>575</sup> Erwiderung ist eine fundamentale Kritik an der Position Gauweilers zum Fall Mügeln, zur öffentlichen Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und zur Positionierung gegenüber dem Nationalsozialismus.

Edathy stellt fest, dass der Fall Mügeln fremdenfeindlich und rechtsextrem motiviert war und der Bürgermeister durch Ignoranz, Verharmlosung und Täter-Opfer-Umkehr versagt hat. Edathy findet es „unerträglich wie er (Gauweiler – B.S.) die Vorgänge von Mügeln kleinredet“. Es sei „eine Frage der Selbstachtung unserer Gesellschaft, einen solchen Zivilisationsbruch beim Namen zu nennen“ und „das dahinterstehende Denken zu ächten“. Der Bürgermeister von Mügeln, dem Gauweiler beipflichte, habe „falsch gemacht, was man nur falsch machen konnte“: Erstens habe er gemeint, „in Mügeln gebe es keinen Rechtsextremismus (Ignoranz)“; zweitens zeigte er „Verständnis für ausländerfeindliche Parolen (Verharmlosung)“; und drittens verglich er die „Ereignisse in Mügeln mit denen von Sebnitz (Täter-Opfer-Umkehr)“.

Edathy stellt unter Auflisten relevanter Fakten (Gewalttaten etc.) fest, dass Rechtsextremismus ein ernst zu nehmendes Problem in Deutschland sei. Es sei unverständlich, dass Gauweiler Rechtsextremismus nicht als Problem begreife und sogar von einer „gezielten Desinformation gegen rechts“ spreche, „um Toleranz für rechtsradikales Denken“ werbe und „für Milde im Umgang mit früheren Schergen des Nazi-Regimes“ plädiere. Die Auseinandersetzung mit Fällen wie Mügeln sei wichtig für die Demokratie und die Anerkennung der Menschenrechte. Edathy führt aus:

„Es gehört zu den Kernversprechen des demokratischen Rechtsstaates, dass sich in ihm Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder kulturellen Prägung ohne Angst bewegen können.“ (Argumentationsmuster 5b).

Im Gegensatz dazu bezeichne Gauweiler erstens „Ausländerfeindlichkeit ungeeignet als akzeptable Position“ und meine, sie falle unter die Freiheit des Denkens. So stelle er die Unantastbarkeit menschlicher Würde durch vorgebliche Meinungsfreiheit in Frage und damit auch das Grundgesetz. Stigmatisierung und Verächtlichmachen von Menschen, die anders aussehen, sei „nicht Bestandteil der Meinungsfreiheit, sondern ein frontaler Angriff auf unsere Verfassungswerte“, so Edathy. Das besage auch das Diskriminierungsverbot in Artikel 3 des Grundgesetzes (Argumentationsmuster 5a). Gauweiler verlasse „den demokratischen Grundkonsens.“ Er stelle zweitens die politische Kultur der Nachkriegszeit in Frage: Die „Ablehnung demokratiefeindlicher Bestrebungen“ und die „konsequente Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“. Er verharmlose und relativiere die „massenmörderische(n) NSDAP-Diktatur“, indem er sie mit „der

---

575 Alle Zitate in diesem Abschnitt stammen aus Edathys Außenansicht in der SZ.

SED-Herrschaft“ gleichsetze und das „Mitwirken an Nazi-Barbarei für einen eher lässlichen Fehler hält“. Auch sei drittens Gauweilers Diskreditierung der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus unverstänlich. Es sei eine „Kultur des Hinschauens und des Handels“ notwendig, statt „Kleinreden, Verharmlosen und Relativieren.“ Insgesamt begeben sich Gauweiler mit seinen Äußerungen „in die unguete Gesellschaft der aus der CDU/CSU-Bundestagfraktion ausgeschlossenen Politiker Martin Hohmann und Henry Nitzsche“. Gauweiler sei auf einem „fatalen Irrweg“, der, wenn er von seinen politischen Freunden mitgegangen würde, „nicht nur der Union, sondern ganz Deutschland schaden“ würde.

Durch Gauweiler und Edathy werden zwei kontroverse Positionen zum Fall Mügeln und zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland formuliert. Es sei ein Kernversprechen des demokratischen Rechtsstaates, dass Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus tabu seien, so Edathy. Die mahnende Erinnerung der NS-Vergangenheit wie die Auseinandersetzung mit aktuellem Rechtsextremismus, die er als eng verwoben versteht, begreift er als Kernverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Während Gauweiler völkisch argumentiert, argumentiert Edathy rechtsstaatlich und humanitär. Er verwendet die →FRAMEs *Moral (Humanität und Recht)* und *Fortschritt* (deutsche Verfassung, bewusste Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, für eine demokratische und menschliche Gegenwart).

Die Position Gauweilers ist für die öffentliche, bundespolitische Debatte über den Fall Mügeln im Jahr 2007 unüblich. Doch wenngleich entsprechende Positionen kaum in der Öffentlichkeit durch Bundespolitiker bezogen werden, so wird Gauweilers Äußerung von seinen Parteifreunden nicht (- wie von Edathy -) als Bruch mit dem bundesrepublikanischen Selbstverständnis und als Zivilisationsbruch denunziert.<sup>576</sup> Diese Position wird damit von der Union zumindest toleriert. Bemerkenswert ist, dass die völkische Perspektive Gauweilers von Vertretern der Bundesparteien ansonsten nicht geäußert wird. Neben politischen Überzeugungen scheinen insbesondere ökonomische und internationale Bündnis-Interessen diesen Argumentationsraum zu überlagern.

### Resümee

Die Bundesregierung hat vorerst keine klare Position dazu, ob es sich in Mügeln um einen gewalttätigen, fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Fall handelte, sie nimmt dies aber als wahrscheinlich an. Die indischen Zuwanderer werden als

---

<sup>576</sup> Es gibt keinen Ausschluss Gauweilers aus der CSU. Es folgten weder Rüge noch öffentliche Kritik durch Unions-Politiker.

Opfergruppe begriffen, die gewalttätigen Handlungen ausgesetzt waren. Jedoch versucht die Bundesregierung die konfliktreichen Anforderungen und Reaktionsmöglichkeiten, denen verschiedene Einordnungen des Falls zugrunde liegen, zu thematisieren und sie zu integrieren. Eine plausible Integration der konfligierenden Interpretationen des Falls gelingt ihr aber nicht. Vielmehr gibt sie den konflikthaften Interpretationen Legitimität, weil sie nicht klar Position bezieht. Eindeutige Stellungnahmen, auch durch die Bundeskanzlerin, wären möglich gewesen – denn mehrere Zeugen, auch Polizisten, hatten bereits bestätigt, dass rassistische Parolen während der Tat gerufen wurden. Mit ihrer ambivalenten – nach allen Seiten offenen Haltung – kann die Bundeskanzlerin und mit ihr die Bundesregierung das Konfliktpotential, das von Anfang an in der Interpretation des Falles liegt, nicht entschärfen. Ihre Vagheit bei der Interpretation des Falls begünstigt die kontrovers geführte Debatte um die Interpretation des Vorfalls vor Ort und in der Region.<sup>577</sup> Die folgende Tabelle fasst wesentliche Ergebnisse der Analyse zusammen: Sie stellt die Interpretation in ihren Argumentationszusammenhang (ARGM) und führt jeweils relevante Frames und ihre Vertreter (Parteien) auf.<sup>578</sup>

---

577 Mügels Bürgermeister Deuse interpretiert Merkels Haltung als „sie stehe auch unter Druck“. Vgl. Interpretation des Deuse-Interview in der *Jungen Freiheit* im Teil Lokale Politik.

578 Hier werden nur die Interpretationen der Phase 1 dargestellt. Im Kapitel-Resümee werden die verschiedenen Interpretationen der Phase 1 u. 2 zusammengefasst (vgl. Tabelle B6). Die über die Debatte vorgenommenen spezifischen Normsetzungen werden unten – nach weiteren Analysen – zusammenfassend thematisieren. Sie wurden bei der Gauweiler-Edathy Kontroverse bereits relevant.

Tabelle 19: 1B: Interpretation. Ist der Vorfall zu verurteilen?

| Interpretation                      | Argumentationsmuster   |  | FRAME                              | Partei <sup>579</sup> (+ Häufigkeit)                           |
|-------------------------------------|--|--|------------------------------------|--|
| Fremdenfeindlich bzw. rechts-extrem | Schaden für Deutschland  | <i>Die Handlungen sind zu verurteilen, weil die deutsche Wirtschaft Schaden nimmt (ausländische Fachkräfte und Investoren werden abgeschreckt). (2b)</i> | Wirtschaft                         | CDU (+++)<br>SPD (+++)   |
|                                     |  | <i>Die Handlungen sind schlecht, weil das Ansehen Deutschlands beschädigt wird. (2a)</i>   | Internationale Beziehungen         | CDU (+++)<br>SPD (++)  |
|                                     | Die Handlungen sind zu verurteilen, weil<br>a) Menschenrechte verletzt wurden (Menschenwürde der Opfer). (1a)<br>b) der Vorstellung von friedlicher, menschlicher, gerechter Gesellschaft Ausdruck verliehen werden soll. (1b)<br>c) es betrüblich ist, dass niemand einschritt. (1c)<br>d) Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht verharmlost werden dürfen. (1d) |  | Moral (Humanität)                  | SPD,<br>Grüne,<br>Linke<br>(+++)<br><br>FDP,<br>CDU/CSU<br>(+) |
|                                     | Die Handlungen sind zu verurteilen, weil<br>a) sie dem Grundgesetz widersprechen. (5a)<br>b) den demokratischen Rechtsstaat bedrohen. (5b)   |  | Moral (Recht)                      | SPD (+++);<br>Grüne,<br>Linke,<br>FDP,<br>CDU/CSU<br>(+/+++)   |
| möglicherweise kein ff./re Vorfall  | Die Handlungen sind zu verurteilen, weil sie eine öffentliche Wirkung entfalten, die im Ausland negative Reaktionen auslösen und Deutschland schaden. (3a)   |  | Wirtschaft, internat. Beziehungen, | CDU/CSU (+++)<br>SPD (++)                                      |
|                                     | Die Handlungen sind nicht oder (vorerst) nicht als fremdenfeindlich oder rechtsextrem zu verurteilen, weil die Ermittlungsergebnisse abgewartet werden müssen, um Vorverurteilungen auszuschließen. (3b)   |  | Fortschritt                        | CDU/CSU (+)  |
| kein re/ff. Vorfall                 | Nicht der Fall, sondern die Debatte ist zu verurteilen, weil eine Story von „sogenannten Antifaschisten“ erfunden wird, um „rechte Wahrheiten“ zu diskreditieren. (4a)   |  | Völkisch (Moral)                   | CSU (nur Gauweiler)  |

579 Insgesamt fällt auf, dass die Oppositionsparteien seltener als die Regierungsparteien den Kategorien in den Tabellen zugeordnet werden können. Das muss keine inhaltlichen Gründe haben, sondern liegt auch daran, dass sie wesentlich weniger in der medialen Diskussion und nicht durch Stellungnahmen der Regierung in der Debatte präsent sind.

Die Vertreter der Union argumentieren insbesondere ökonomisch und verweisen auf die Bedeutung guter internationaler Beziehungen wenn sie Fremdenfeindlichkeit verurteilen. Die SPD-Politiker argumentieren zudem stark moralisch (humanitär und rechtlich) und sie thematisieren stärker Rechtsextremismus. Gauweiler (CSU) argumentiert völkisch.

### 3 Bundesregierung: Problemanalyse

Entsprechend der zum Teil ambivalenten Einordnung des Falls durch die Bundesregierung fehlt eine einheitliche Problemanalyse, die zu klaren Ergebnissen kommt. Ohne die Probleme beim Namen zu nennen oder Verantwortliche auszumachen, wird allerdings bereits in den unmittelbaren Kommentaren der Bundesregierung deutlich, welche Defizite die Regierung in Mügeln ausmacht: Bundeskanzlerin Merkel fordert mehr Zivilcourage und betont, dass eine Kultur der Toleranz und das Engagement jedes Einzelnen, aber auch jeder Dorf- und Stadtgemeinschaft notwendig sei, um entsprechende Fälle zu verhindern.<sup>580</sup>

Insbesondere die Forderung nach mehr Zivilcourage und Zivilität wird zum immer wiederkehrenden Motiv in der Diskussion der Bundespolitik – eine Forderung und Problemanalyse, die gut zu der vorerst ambivalenten Interpretation des Falls passt: Sie ist unspezifisch, Fremdenfeindlichkeit oder Rechtsextremismus müssen nicht notwendigerweise thematisiert werden.<sup>581</sup> Insgesamt ist die Bundesregierung der Ansicht, der Vorfall habe sich aufgrund von mangelnder Zivilcourage, mangelndem demokratischen und bürgerlichen Engagement und dem Fehlen einer Kultur der Toleranz ereignen können. Zivilcouragiertes Eintreten wird oft unspezifisch und pauschal von den Bürgern gefordert. Dabei fehlt in vielen Stellungnahmen die Benennung des konkreten Gegenübers, dem zivilcouragiert begegnet werden soll (Gewalttätern, Unzivilisierten, Fremdenfeinden, Rechtsextremen?). Von Politikern der SPD (wie der *Linken* und der *Grünen*) und der CSU wird jedoch die fehlende öffentliche Ächtung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auf lokaler und regionaler Ebene und fehlender Ernst bei deren Bekämpfung beklagt. SPD (*Linke* und *Grüne*) verorten „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rechtsextremismus“ in der Mitte der – vor allem – ostdeutschen Gesellschaft. Anders ist es bei der Union: Sie vereinnahmt die Mitte. So werden die Täter und Mittäter (*bystander*) – entsprechend des amtlichen Extremismus-Modells – nicht nur außerhalb der eigenen Normvorstellungen verortet, sondern außerhalb des deutschen Wertekonsens. Dem stehen allerdings Positionen wie

---

580 Die Bundesregierung, August 21, 2007: Meldung.

581 Die detaillierte Analyse habe ich zugunsten leserfreundlicher Ergebnisse zusammengefasst.

die Gauweilers (CSU) fundamental entgegen, der stattdessen widerstreitende Normvorstellungen bei denen ausmacht, die das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kritisch zur Diskussion stellen. Die Diskrepanz zwischen dominanten Vertretern der CDU und Gauweiler markiert eine Normenkollision innerhalb der Union. Gemäß der einflussreicheren Position in der Union wird das Verhalten der (fremdenfeindlichen) Täter als entgegengesetzt zu den bürgerlichen Normen eingeordnet. Die Kritik an mangelnder Zivilität – die ermöglicht nicht direkt auf Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Bezug nehmen zu müssen – fungiert dabei als Kitt zwischen den unvereinbaren Normvorstellungen innerhalb von CDU/CSU.<sup>582</sup>

Die Täter selbst, ihre Motive und Probleme werden nicht thematisiert. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden durch Bundespolitiker häufig als typisch ostdeutsches Phänomen interpretiert, zum Teil werden für diese Zuschreibung auch Fakten (höhere Gewalttrate) benannt<sup>583</sup>. Das *Framing* „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist ein Problem Ostdeutschlands“ wird allerdings häufig bereits als Problemanalyse verstanden. Einige Politiker wie Thierse (SPD) nennen aber auch Gründe: hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven und Überforderungsängste der Menschen ebenso die „autoritäre Erbschaft“ der DDR-Ideologie.<sup>584</sup> Die folgende Tabelle fasst die Ergebnisse zusammen.<sup>585</sup>

---

582 Die Forderung nach mehr Zivilcourage erweist sich als naiv. So wird unterstellt, dass die Mehrheit der Bürger – hätte sie nur Zivilcourage – sich gegen fremdenfeindliche u. rechtsextreme Gewalttäter richten würde. Mögliche Sympathien der Bürger für die Taten o. ihnen zugrunde liegende Einstellungen werden ausgeblendet.

583 Auf die Ost-Zuschreibungen gehe ich ausführlich im Teil „Medien“ ein, hierbei werden auch in den Medien wiedergegebene Äußerungen von Bundespolitikern berücksichtigt.

584 FAZ vom 22.08.2007: „Rechtsextremismus. Zentralrat der Juden beklagt Defizite in der Politik.“

<http://www.faz.net/s/Rub61EAD5BEA1EE41CF8EC898B14B05D8D6/Doc~EFE8AE4579D2646098960E8FA0D7C299D~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (1.03.2013); Faz-net vom 21.08.2007: „Ausländerfeindlichkeit. Politiker verurteilen Hetzjagd in Mügeln.“ <http://www.faz.net/s/Rub61EAD5BEA1EE41CF8EC898B14B05D8D6/Doc~E81C571AAE0F54F3FA05700E00F526C8A~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (1.03.2013).

585 Hier wurden Ergebnisse aus der Analyse der Oppositionsparteien berücksichtigt, die unten analysiert werden.



Tabelle 20: 2B: Problemanalyse

| Argumentationsmuster  | Verursacher                                  | Lokalisierung des Problems   | Partei                  |
|---|--|--|-------------------------|
| Vorfall/Ff. (bzw. RE) konnte sich ereignen, wegen fehlender Zivilcourage.   | Menschen/<br>Bürger/<br>Stadtgemeinschaft    | ... lokal und regional, bes. in Ostdeutschland<br>bzw. überall, in Deutschland                   | CDU, SPD                |
|   |  |  | CDU (nur teilweise)*    |
| Vorfall/Ff. (bzw. RE) konnte sich ereignen, wegen fehlendem Problembewusstsein.   | Polizei und Justiz                           | ... lokal und regional, bes. in Ostdeutschland<br>bzw. in Deutschland                            | SPD,<br>Grüne,<br>Linke |
| Vorfall/Ff. (bzw. RE) konnte sich ereignen, wegen fehlender Härte.  |  | ...in Ostdeutschland<br>bzw. außerhalb Bayerns   | CSU                     |
| Vorfall/Ff. (bzw. RE) konnte sich ereignen, wegen<br>a) fehlendem Problembewusstsein.<br>b) fehlender öffentlicher Achtung.<br>c) diskriminierendem Umgang mit zivilgesell. Akteuren gegen RE und Ff. | Politik und politische Führung/<br>Regierung | ... lokal und regional, bes. in Ostdeutschland<br>bzw. bei bestimmten Parteien (CDU/CSU und FDP) | SPD,<br>Grüne,<br>Linke |
|   |  | ... lokale und regionale Behörden<br>... Bundesregierung (u.a. Bundesprogramme)                  | Grüne,<br>Linke         |

\* Fremdenfeindlichkeit (bzw. Rechtsextremismus) wird nicht immer konkret als Problem benannt.

#### 4 Bundesregierung: Strategievorschläge und konkrete Maßnahmen

Spätestens in der Diskussion über Gegen-Strategien wird deutlich, dass die Bundesregierung den Vorfall in Mügeln dem Themenbereich Rechtsextremismus klar zuordnet. Unmittelbar nach dem Vorfall wird die *Problembekämpfung* diskutiert, also adäquate Gegen-Strategien, welche entsprechende Vorfälle in Zukunft verhindern sollen. Angelpunkt der Diskussion sind die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Diese Kategorisierung wird bereits auf der zeitnahen Klausurtagung in Meseberg sichtbar. Hier fordert Bundeskanzlerin Merkel:

„mit Blick auf die gewaltsamen Übergriffe auf indische Mitbürger im sächsischen Mügeln ein engagiertes Handeln gegen Rechtsextremismus“.<sup>586</sup>

Es mache „keinen Sinn, nur dann in Aktionismus zu verfallen, wenn etwas passiert“, stattdessen müssten die „laufenden Programme (gegen Rechtsextremismus – B.S.) der Bundesregierung fortgesetzt“, aber geprüft und gegebenenfalls verbessert werden.<sup>587</sup> Vertreter der Bundesregierung, wie auch der *Grünen* und der *Linken*, betonen, dass sie ein Bündel von präventiven und repressiven Maßnahmen für notwendig halten, um Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit angemessen entgegenzutreten.<sup>588</sup>

### *Die „Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“*

Ein Ereignis wie der Übergriff in Mügeln, von dem die Presse berichtet und der international wahrgenommen wird, fordert von der Bundesregierung eine öffentliche Reaktion. Die übliche Routine wird in Gang gesetzt: Die Bundesregierung sichtet und diskutiert die laufenden Aktivitäten, die sie zur Problembekämpfung als notwendig erachtet. Aufschlussreich ist, dass die Bundesregierung die Aktivitäten im Bereich Rechtsextremismus sichten lässt und damit die Problembekämpfung unter der Kategorisierung „Rechtsextremismus“ diskutiert.<sup>589</sup> Es fällt auf, dass die Bundesprogramme – deren Identität als Programme gegen Rechtsextremismus gerade noch kontrovers diskutiert wurde – nun wie selbstverständlich als „Programme gegen Rechtsextremismus“ bezeichnet werden. Bundeskanzlerin Merkel stellt fest, dass bereits viel Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geleistet wird. Sie ist der Ansicht, dass über die gerade

---

586 Die Bundesregierung, August 24, 2007: Meldung.

587 Ebenda.

588 Die Forderung nach mehr präventiven Maßnahmen oder der Verweis auf deren Wichtigkeit bleibt allerdings meist schemenhaft. Es werden keine konkreten Maßnahmen diskutiert, wenngleich mehrfach allgemein die Forderung nach mehr Jugendarbeit erhoben wird. Selten wird in der Diskussion zudem eine breite Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen gefordert. In einem Beitrag unterstreicht Golze (*Die Linke*), es müsse prinzipiell um finanzielle Unterstützung für ein „gutes Freizeit- und Bildungsangebot für junge Menschen“ geben. Deutscher Bundestag, September 13, 2007: Plenarprotokoll 16/112, Redebeitrag Golze, S. 11625, 11628. Für breitere Jugendarbeit plädiert auch Edathy, vgl. Edathy zitiert in *Netzwerkzeitung.de* vom 20.08.2007; Kauder spricht sich für Jugendsozialarbeit aus, vgl. *Die Welt* vom 26.08.2007.

589 „Die Bundesregierung wird (...) – und darum hat die Bundeskanzlerin gebeten – morgen noch einmal einen Bericht der zuständigen Bundesfamilienministerin entgegennehmen, wenn es darum geht, welche Programme gegen Rechtsextremismus im Moment wie umgesetzt werden (...) Ursula von der Leyen wird morgen einen Bericht abgeben. Das Kabinett wird diese Diskussion dann noch einmal aufnehmen.“ Steg auf der Regierungspressekonferenz. Die Bundesregierung, August 22, 2007.

neu aufgelegten Programme hinaus stärker gemeinsam diskutiert und gehandelt werden müsse. Das gelte für die Landes- und Bundesebene, sowie für die kommunale Ebene und für Ministerien wie das Innenministerium und das Familien- und Jugendministerium. Zu fördern sei zudem insbesondere der ehrenamtliche Bereich, beispielsweise Aktivitäten bei der Freiwilligen Feuerwehr. Eine breiter aufgestellte Zusammenarbeit sei durch die Integrationsbeauftragte des Bundes zu initiieren, sie sollte mit den Integrationsbeauftragten der Kommunen und Länder sprechen, um gemeinsam aktiv zu werden. Es bedürfe keiner grundlegend neuen Maßnahmen, es müsse aber geprüft werden, „ob die bestehenden Maßnahmen die Richtigen erreichen“, so Merkel.<sup>590</sup>

In diesen ersten Diskussionen wird bereits deutlich, dass die Bundesregierung nicht bereit ist, das Thema umfassender oder grundsätzlicher (etwa durch stärkere Kooperation mit den Ländern und Absprachen mit diesen über die Einführung kontinuierlicher präventiver Arbeit in der Schule oder durch Stärkung schwacher/betroffener Gesellschaftsgruppen) zu diskutieren. Stattdessen wird die Schwerpunktsetzung der neuen Bundesprogramme in der Debatte positiv hervorgehoben und – in kontradiktiver Weise<sup>591</sup> – die Verschiebung von einer Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure (rot-grüne Programme) hin zu einer Machtverstärkung der staatlichen Kräfte vor Ort zementiert. Im Zusammenhang mit dem Fall Mügeln betont die Bundesregierung die Bedeutung der staatlichen kommunalen Ebene, also der politischen Repräsentanten und Behörden vor Ort: Die „Kommunalvertreter“ müssten zu einer beständigen Arbeit „ermutig(t)“ werden.<sup>592</sup> So werden auch die Kommunalvertreter (wie die Bürger zuvor) in eine demokratische und bürgerliche Mitte vereinnahmt – dass das Verhalten des Bürgermeisters diese Verortung der Mitte in Frage stellt, wird nicht thematisiert. So bleibt es unerklärt und unergründlich, wie die eingeforderte Zivilcourage durch staatliche Behörden erreicht werden soll. Deutlich wird insgesamt ein auf Parteien und den Staat (als Institution) fixiertes Denken, das den Bürgern (außerhalb von Parteimitgliedschaften) konfrontativ und paternalistisch gegenüber steht: So wird immer wieder pauschal das Zusammenstehen der demokratischen Parteien gefordert.

---

590 Auffällig ist, dass Merkel zwar hier den Problembereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit klar benennt, aber sonst weitgehend bezugslos über das Thema spricht: So bleibt z.B. unklar wer „die Richtigen“ sind. Vgl. Die Bundesregierung, August 22, 2007: Regierungspressekonzferenz.

591 Im Widerspruch zu den im Fall Mügeln erkannten Problemen im Umgang mit Rechtsradikalismus und Rassismus vor Ort.

592 Es ginge „oft um ein Stück Zivilcourage, gegen Fremdenfeindlichkeit vorzugehen und nicht zu hoffen, dass sich das schon irgendwie wieder ausleben wird. Hier muss eine ganz beständige Arbeit geleistet werden.“ Die Bundesregierung, August 24, 2007: Bundespresskonferenz.

„Ich glaube, wir müssen auch als Vertreter der demokratischen Parteien an dieser Stelle gemeinschaftlich auftreten und die Region besuchen. Wir dürfen nicht immer einen Bogen darum machen, sondern sollten uns da, wo wir so etwas hören, auch der Diskussion stellen. Das tun wir alle miteinander auch.“<sup>593</sup>

Entsprechende Äußerungen sind zudem Ausdruck von Ahnungslosigkeit und Fremdheit gegenüber Menschen und Welten jenseits von Parteimitgliedschaft und staatlichen Ämtern.

In der öffentlich entbrannten Debatte um Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus und der Effektivität der Arbeit gegen ihn präsentieren sich die Regierungsparteien CDU und SPD<sup>594</sup> als großzügige Geldgeber. Vertreter der CDU betonen, dass sie mehr Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bereitstellt als die rot-grüne Vorgängerregierung. Die SPD hingegen betont, dass sie Budgeterhöhungen bei den Haushaltsverhandlungen mit der CDU durchgesetzt habe.<sup>595</sup> Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Bosbach (CDU) sagt zum Beispiel, dass

„die rot-grüne Regierung 2005 eine Kürzung der Mittel für den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit vorbereitet habe. Weit vor der Hetzjagd auf Inder in Mügeln habe die jetzige Koalition die Anhebung um 5 Millionen Euro auf 24 Millionen beschlossen.“<sup>596</sup>

Tatsächlich finanziert der Bund zwei Programme unter der Ägide von der Leyens: Zum einen das Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ mit 19 Millionen Euro, zum anderen das 5 Millionen-Euro Programm „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“. Auch die Ministerin behauptet, dass sie die Mittel durch die Einführung des 5-Millionen-Programms erhöhen würde.<sup>597</sup> Als Reaktion auf Mügeln verspricht von der Leyen zudem, bisher befristete Programme auf eine dauerhaf-

593 Ebenda.

594 Es finden sich fast keine Äußerungen von Vertretern der CSU in Phase 1.

595 Vgl. Deutscher Bundestag, September 13, 2007: Plenarprotokoll 16/112, Redebeitrag Christel Humme (SPD), S. 11635.

596 FAZ-net vom 24.08.2007: „Rechtsextremismus. Die NPD muss politisch bekämpft werden, weniger juristisch“. <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E7AC83F296472485CAC020157F9866A11~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (1.03.2013).

597 Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) kündigt unmittelbar nach dem Vorfall (fälschlicherweise) an, dass der Bund seine Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus um fünf Millionen Euro aufstocken wolle. Die entsprechenden Gelder wurden aber bereits im Frühsommer bereitgestellt. Die Bundesregierung, August 22, 2007: Regierungspressekonferenz.

te Basis zu stellen. Ferner kündigt sie an, dass für Mügeln ein lokaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus aufgestellt werde und damit Fördergelder frei gegeben würden.<sup>598</sup>

Die Regierungsparteien zeigen also Problembewusstsein und Handlungsfähigkeit. Gleichzeitig schieben sie sich gegenseitig die Schuld für Versäumnisse – die sich in Mügeln zeigten – zu: So wird Familienministerin von der Leyen von Niels Annen, SPD-Vorstandsmitglied und Leiter der Projektgruppe Rechtsextremismus der SPD, kritisiert, sie würde sich durch Desinteresse am Kampf gegen den Rechtsextremismus und „konsequente(s) Ignorieren ihres Verantwortungsbereichs“ hervortun.<sup>599</sup> Von Tiefensee werden ihr schwere Fehler bei der Förderung der Programme gegen Rechtsextremismus vorgeworfen. Der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Bosbach weist diese Kritik zurück<sup>600</sup> und der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Hermann Kues, attackiert Tiefensee und die SPD: Tiefensee sei als Aufbau-Ost-Minister für „Missstände“ wie in Mügeln verantwortlich.<sup>601</sup> In der Kontroverse um Kompetenzen und Engagement schlugen zivilgesellschaftliche Organisationen und einige politische Gegner vor, die Zuständigkeiten für die Bundesprogramme dem Familienministerium zu entziehen und beim Innenministerium anzusiedeln.<sup>602</sup> Von der Leyen verteidigt jedoch die Hoheit ihres Ministeriums für die Programme und setzt sich durch.<sup>603</sup>

---

598 Die schnellen Versprechungen wurden allerdings nicht umgesetzt. Das Bereitstellen entsprechender Gelder wurde mit dem Argument abgelehnt, dass gewalttätige Übergriffe nicht dazu führen dürften, dass eine Stadt unmittelbar mit Geld versorgt würde. Vgl. FAZ vom 24.08.2007: „Kampf gegen Rechts. Von der Leyen: In meinem Ressort ‚sehr gut aufgehoben‘.“ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kampf-gegen-rechts-von-der-leyen-in-meinem-ressort-sehr-gut-aufgehoben-1459806.html> (1.03.2013). Es wäre aber äußerst interessant gewesen zu sehen, was ein Bürgermeister, der kein Problem mit Fremdenfeindlichkeit oder Rechtsextremismus erkennen kann, mit dem Geld gemacht hätte. Die Pressesprecherin des BMFSFJ, Iris Bethge, erklärt, dass vom Bund finanzierte mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen nach dem Vorfall in Mügeln Kontakt aufgenommen hätten. Vgl. Die Bundesregierung, August 22, 2007: Regierungspressekonferenz.

599 *Stern-online* vom 23.08.2007: „SPD-Vorstandsmitglied Annen unterstellt von der Leyen Desinteresse am Kampf gegen Rechtsextremismus.“ <http://www.presseportal.de/pm/6329/1037320/stern-de-spd-vorstandsmitglied-annen-unterstellt-von-der-leyen-desinteresse-am-kampf-gegen> (1.03.2013).

600 Vgl. *Deutschland Radio* vom 24.08.2007: „Familienministerin von der Leyen wegen Programmen gegen Rechts in der Kritik.“

601 *Deutschlandradio Kultur* vom 25.08.2007: „Staatssekretär Kues weist Tiefensee-Kritik an von der Leyen zurück.“ <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/tacheles/662268/> (1.03.2013).

602 Vgl. u.a. *zeit-online* vom 24.08.2007: „Politik gegen Rechts: Tiefensee greift von der Leyen an.“ <http://www.zeit.de/online/2007/35/muegeln-tiefensee?from=24hNL> (1.03.2013); [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) vom 24.08.2007: „Druck auf Ministerin von der Leyen wächst.“

603 Vgl. FAZ vom 24.08.2007: „Kampf gegen Rechts. Von der Leyen: In meinem Ressort ‚sehr gut aufgehoben‘.“ Bundesinnenminister Schäuble kommentiert nicht.

Folgende Tabelle fasst die Diskussion um die Bundesprogramme zusammen:

*Tabelle 21:* 3B: Politische Maßnahme – Die Bundesprogramme

| <i>Maßnahme</i>                    | <i>Argumentationsmuster</i>  | <i>Handlungsbedarf/<br/>Argumentationsmuster</i>   | <i>Normsetzung</i>  |
|------------------------------------|--|--|---|
| Bundesprogramme                    | Bundesprogramme/<br>polit. Maßnahmen sind wichtig.<br>a) um Fälle wie Mügeln zu bekämpfen. | 1. Damit die Bundesprogramme (noch) wirksamer werden,<br>a) müssen sie geprüft, gestärkt und verbessert werden.<br>b) muss ggf. mehr Geld investiert werden.   | Unzivilisiertes Verhalten wie fremdenfeindliche (u. rechtsextreme) Übergriffe sind im Deutschland der Vielfalt unerwünscht – diesen muss durch politische Strategien gegen Rechts-Extremismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen gewirkt werden. |
| Zusätzlich zu den Bundesprogrammen | b) um Vielfalt zu fördern.<br>c) um zivilisiertes Verhalten zu fördern.                    | a) sind mehr Absprachen zw. verschiedenen Bereichen notwendig: Bereichs- und Ressort-übergreifende Aktivitäten müssen initiiert werden.<br>b) müssen demokratische Parteien sich den Problemen und Diskussionen vor Ort stellen.<br>c) müssen Schritte auf der kommunalen Ebene (in den Neuen Ländern) unternommen werden. |   |

Die bundespolitische Debatte über den Fall Mügeln zeigt, dass die Bundesprogramme als Meilenstein in der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus betrachtet werden. Sie sollen ein Baustein für die Entwicklung einer Kultur der Toleranz im Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Menschen sein<sup>604</sup> und drücken bundesdeutsches Selbstverständnis aus.<sup>605</sup> Die Vertreter der Bundesregierung sind sich einig: Man brauche den zivilcouragierten Bürger.<sup>606</sup> Die Analyse zeigt, dass das eine kontradiktive Haltung ist – der Raum für den engagierten, zivilcouragierten Bürger ist in den Strategieüberlegungen der Bundesregierung kaum existent.

604 Die Bundesregierung, August 22, 2007: Regierungspressekonferenz.

605 „Letztlich sind die Programme gegen Rechtsextremismus notwendig. Wir werden sie gezielt einsetzen und sehen da auch eine Verpflichtung der Politik. Auf der anderen Seite sehen wir aber eine Verpflichtung der gesamten Gesellschaft – einer Dorfgemeinschaft, einer Stadtgesellschaft -, in den eigenen Grenzen solche Vorgänge, wie sie sich jetzt in Mügeln ereignet haben, nicht zuzulassen, dagegen vorzugehen und nicht wegzuschauen.“ Ebenda.

606 Vgl. Ursula von der Leyen in: FAZ vom 24.08.2007: „Kampf gegen Rechts. Von der Leyen: In meinem Ressort ‚sehr gut aufgehoben‘“.

*NPD-Verbot*

Bereits im November 2006 hatten SPD-Politiker einen erneuten Vorstoß zu einem Verbotverfahren angekündigt. 2007 wurde eine bundesweite Unterschriftenkampagne für ein NPD-Verbot durch zivilgesellschaftliche Akteure ins Leben gerufen.<sup>607</sup> Die fremdenfeindlichen Ereignisse in Mügeln führen zu einer Stärkung der Verbots-Forderungen in der SPD sowie zu einer intensiven öffentlichen Debatte um Argumente und Gegenargumente für die Anstrengung eines neuen Verbotverfahrens. 2003 war der erste Versuch, die NPD verbieten zu lassen, vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert – nachdem bekannt geworden war, dass belastendes Material auf Aktivitäten von V-Leuten basierte.<sup>608</sup> Während die SPD und *Die Linke* ein neues NPD-Verbotverfahren befürworten, lehnen die *Grünen*, die FDP und die CDU es weitgehend ab.<sup>609</sup> Interessanterweise steht nicht zur Diskussion, ob die NPD verfassungsfeindlich ist, das bejahen alle Akteure. Die Debatte um eine neue Anstrengung zu einem NPD-Verbot kreist um die Frage nach dem Umgang mit V-Leuten. Nach intensiven Diskussionen legt die Bundesregierung aufgrund der Ablehnung durch die Union fest, dass sie kein neues Verbotverfahren gegen die NPD anstrebt. Gleichwohl drängt der Koalitionspartner SPD weiter auf ein NPD-Verbot.<sup>610</sup>

SPD: Ja zu Verbotverfahren und zum Verbot der NPD

Eine erste und für die SPD charakteristische Äußerung zum NPD Verbot im Zusammenhang mit dem Vorfall in Mügeln erfolgt von Vizekanzler Münteferring:

„Was die Frage des Verbots der NPD angeht: Ich persönlich würde mich freuen, wenn wir sie verbieten könnten. Meine Meinung ist, dass man den Rechtsextremen die Möglichkeit nehmen muss, sich in Kolonne aufzustellen und zu marschieren. Das hat aber beim letzten Mal nicht hingehauen. Deshalb würde ich einer solchen Initiative nur zustimmen bzw. würde sie nur empfehlen, wenn ich eine gewisse Sicherheit haben könnte, dass sie gelingt. Dass eine solche Vereinigung als Partei eine

---

607 Vgl. *no npd. NPD-Verbot jetzt!* <http://kampagne2007.npd-verbot-jetzt.de/spenden/> (1.03.2013).

608 Siehe hierzu ausführlich: Flemming, Lars: *Das NPD-Verbotverfahren. Vom ‚Aufstand der Anständigen‘ zum ‚Aufstand der Unfähigen‘*. Baden-Baden 2005.

609 Position der *Grünen* vgl. Lazar, Monika, November 7, 2007: Stellungnahme.

610 Vgl. *MDR-online* vom 27.08.2007: „Bundesregierung strebt kein neues NPD-Verbotverfahren an.“ Einig sind sich die Innenminister allerdings darüber, dass es keine Steuergelder für Stiftungen verfassungsfeindlicher Organisationen geben dürfe. Auch dürften rechtsextreme Vereine nicht als gemeinnützig anerkannt werden. Im April legten die Finanzminister einen Entwurf des Jahressteuergesetzes 2009 vor, der einen entsprechenden Gesetzentwurf beinhaltet. Vgl. SZ vom 3.05.2008: „Bundesregierung will rechten Sumpf austrocknen.“ Von Claus Hulverscheidt.

Schande für unser Land ist, ist wohl wahr. Dass da das Ende der demokratischen Toleranz bei uns erreicht ist, ist auch klar. Die NPD darf nicht noch einmal in einem Verbotsverfahren gewinnen, das ist wahr.“<sup>611</sup>

Kurt Beck, SPD-Vorsitzender und rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, schlägt in Reaktion auf den Vorfall in Mügeln ein neues NPD-Verbotsverfahren vor.<sup>612</sup> Es müsse geprüft werden, wie ein Verbotsverfahren bei gleichzeitiger Beobachtung der NPD durch V-Leute eingeleitet werden könne.<sup>613</sup> Andere SPD-Vertreter befürworten das Abziehen der V-Leute.<sup>614</sup> Das Land Rheinland-Pfalz übernimmt die Koordination des neuen Bemühens. Unterstützt wird der Vorstoß vom Berliner Innensenator Ehrhart Körting, dem Vorsitzenden des Bundestags-Innenausschusses Edathy, dem Brandenburger Ministerpräsidenten Matthias Platzeck, dem Juso-Vorsitzenden Björn Böhning sowie Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.<sup>615</sup> „Man könne mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass ein neues Verfahren Erfolg habe. Die NPD sei zweifelsfrei verfassungswidrig“, so Körting.<sup>616</sup> Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) meint, es seien „eine Reihe neuer Tatsachen“ aufgetreten, die ein Verbot der NPD begründeten.<sup>617</sup> In einem Leitantrag für den Bundesparteitag Ende Oktober 2007 in Hamburg fordert die SPD Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung auf, erneut einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht einzureichen,<sup>618</sup> die

611 Die Bundesregierung, August 24, 2007: Bundespressekonferenz.

612 Vgl. SZ vom 25.08.2007: „Kritik an Becks Idee für ein NPD-Verbot“. SZ berichtet auf S. 1, 3, 4, 6 über neue NPD-Verbotsdebatte; SZ vom 28.08.2007: „Verletzt durchs eigene Schwert: Viele SPD-Politiker fordern ein NPD-Verbot, Regierung und Union fürchten das erneute Scheitern des Verfahrens.“ Von Nadeschda Scharfenberg; Wolf (2007).

613 Vgl. *Stern* vom 25.08.2007: „Hetzjagd in Mügeln. Wer hat den Streit ausgelöst?“ <http://www.stern.de/panorama/hetzjagd-in-muegeln-wer-hat-den-streit-ausgeloesst-596148.html> (1.03.2013).

614 Vgl. FAZ-net vom 24.10.2007: „Rechtsextremismus. SPD will neues Verfahren zum Verbot der NPD.“ <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E772E823531814C0A8666DF4260091FAD~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (1.03.2013).

615 *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 25.08.2007: „Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses fordert neues NPD-Verbotsverfahren. Edathy (SPD): „Das Material reicht aus“; [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) vom 27.08.2007: „Führende SPD-Politiker für NPD-Verbot.“

616 *Der Tagesspiegel* vom 26.08.2007: „Körting: NPD-Verbotsverfahren hat mit Sicherheit Erfolg“. Interview mit Körting (auch in der Print-Ausgabe vom 27.08.2007).

617 FAZ-net vom 24.10.2007: „Rechtsextremismus. SPD will neues Verfahren zum Verbot der NPD.“

618 Vgl. SPD Parteivorstand, 2007, S. 9. Eine große Mehrheit der Delegierten nahm den Antrag an. Vgl. *Welt-online* vom 26.08.2011: „Extremismus. SPD geht bei NPD-Verbot in die Offensive.“ [http://www.welt.de/politik/article1135599/SPD\\_geht\\_bei\\_NPD\\_Verbot\\_in\\_die\\_Offensive.html](http://www.welt.de/politik/article1135599/SPD_geht_bei_NPD_Verbot_in_die_Offensive.html) (1.03.2013).



Innenminister der Länder werden vom SPD-Innenminister von Rheinland-Pfalz zur Beratung eingeladen.<sup>619</sup>

Die SPD plädiert für ein NPD-Verbot, weil nach ihrer Auffassung ein NPD-Verbot zur Verteidigung des Rechtsstaates notwendig ist. Es reiche allerdings nicht aus, um Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit insgesamt einzudämmen. Generalsekretär Hubertus Heil betont:

„Deutschland braucht beides, Zivilcourage und wehrhafte Demokratie (...) Der Rechtsstaat muss sich selbstbewusst mit denen auseinandersetzen, die den Rechtsstaat abschaffen wollen.“<sup>620</sup>

Ein weiterer Beweggrund der SPD für ein NPD-Verbot ist die Auffassung, dass der demokratische Staat die undemokratische und menschenverachtende Partei nicht finanziell unterstützen dürfe.<sup>621</sup> Über ein NPD-Verbot hinaus befürworten SPD-Politiker weitere repressive Maßnahmen im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Edathy fordert „stärkere Polizeipräsenz an Brennpunkten und zügigere Strafverfahren gegen die Täter.“<sup>622</sup> Auch über eine prinzipielle Straferschärfung bei Taten aufgrund von gruppenbezogener Menschenverachtung („Hate Crimes“) wird – auf Initiative des Landes Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – diskutiert.<sup>623</sup> Im September 2007 wird der Gesetzentwurf in der Plenarsitzung des Bundesrates vorgestellt und anschließend zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.<sup>624</sup>

Für die Sozialdemokraten ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus ein Identitätsthema, das deutlich mit einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verbunden wird. Dazu gehört das Anknüpfen an das Konzept der „wehrhaften Demokratie“, die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates gegen verfassungswidrige Parteien. Das Thema Fremdenfeindlich-

---

619 Vgl. ebenda. Der Antrag fordert verschiedene Schritte im Kampf gegen den Rechtsextremismus, u.a. auch dass die SPD-Fraktion ein neues NPD-Verbotsverfahren initiiere. Eine große Mehrheit der Delegierten nahm den Antrag an.

620 *Welt-online* vom 27.08.2011: „Große Koalition streitet über NPD-Verbot.“ Von Daniel Friedrich Sturm. [http://www.welt.de/welt\\_print/article1137189/Grosse\\_Koalition\\_streitet\\_ueber\\_NPD\\_Verbot.html](http://www.welt.de/welt_print/article1137189/Grosse_Koalition_streitet_ueber_NPD_Verbot.html) (1.03.2013).

621 Ebenda.

622 Edathy zitiert in *Netzwerkzeitung.de* vom 20.08.2007.

623 Zudem sollen bei entsprechender Tatmotivation regelmäßig Freiheitsstrafen statt Geldstrafen verhängt und Freiheitsstrafen nur in Ausnahmefällen zur Bewährung ausgesetzt werden. Die Regel soll ein Freiheitsentzug von bis zu sechs Monaten sein. Vgl. Bundesrat, o.D.: Drucksache; *Märkische Allgemeine Zeitung* vom 10.08.2007: „Bewährung – ein Auslaufmodell. Brandenburg plant Gesetzesverschärfung/Täter mit geringem Strafmaß sollen häufiger ins Gefängnis.“ Von Frank Schauke. [http://www.aktionsbuendnis.brandenburg.de/sixcms/media.php/3990/Bewahrung\\_ein%20Auslaufmodell.pdf](http://www.aktionsbuendnis.brandenburg.de/sixcms/media.php/3990/Bewahrung_ein%20Auslaufmodell.pdf) (1.03.2013).

624 Bundesrat, September 21, 2007: Drucksache 572/07.

keit, Rassismus oder Rechtsradikalismus wird bei der Strategieentwicklung unter dem Überthema Rechtsextremismus subsumiert – es wird (wie in meiner These II+++ vermutet) damit unterthematisiert. So wird in der Diskussion um den Fall Mügeln impliziert, dass ein NPD-Verbot eine vielversprechende Gegenstrategie darstellt, die hilft, auch rassistische Vorfälle zu verhindern. Dieser Kausalzusammenhang wird hergestellt, aber nicht weiter erläutert und schon gar nicht hinterfragt. Die Frames, welche die SPD benutzt sind: *Moral (Recht und Humanität)* und *Fortschritt (Demokratisierung)*.

### CDU/CSU: Nein zum Verbotsverfahren, ja zum Verbot.

Die Union lehnt ein neues NPD-Verbotsverfahren ab. Unter anderem äußern sich Merkel,<sup>625</sup> Stoiber, Schäuble und Kauder skeptisch gegenüber dem Vorschlag der SPD, ein neues NPD-Verbotsverfahren anzustrengen.<sup>626</sup> Die CDU bestreitet nicht, dass die NPD verfassungsfeindlich ist. Jedoch seien die Hürden für ein Verbot hoch. Daher wirke eine "unvorbereitete Diskussion" um ein NPD-Verbot „aktionistisch“.<sup>627</sup> Unionsfraktionsvize Bosbach findet, dass „wir in erhebliche Schwierigkeiten“ geraten, „wenn die SPD einen neuen Anlauf beschließt“. Es würde eine problematische politische Dynamik entstehen.<sup>628</sup> Der für ein Verbotsverfahren nötige Abzug von V-Leuten aus der rechtsextremen Partei würde darüber hinaus bedeuten, dass wichtige Informationen aus der NPD verloren gehen würden.<sup>629</sup> Bundesinnenminister Schäuble findet ein Verbot aus Sicherheitsgründen nicht sinnvoll. Es sei manchmal klüger, „eine gut durchdrungene verfassungsfeindliche Organisation in der Legalität zu dulden, als ihr nach einem Abtauchen in den Untergrund nachzujagen“.<sup>630</sup> Ein Verbot würde nicht zum Verschwinden der Ideologie führen. Es müsse vielmehr darum gehen, durch Vorbilder, Überzeugungsarbeit<sup>631</sup> und glaubwürdige Politik rechtsextremes Ge-

625 Die Bundesregierung, August 24, 2007: Bundespressekonferenz.

626 Vgl. *Spiegel-online* vom 26.08.2011: „Kampf gegen Rechtsextreme. Regierung streitet über NPD-Verbot.“ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,502051,00.html> (1.03.2013).

627 *Die Welt* vom 27.08.2007.

628 Ebenda.

629 Vgl. Wolf (2007).

630 FAZ-net vom 28.08.2007: „NPD-Verbotsverfahren. Von Richtern und V-Leuten.“ Von Peter Carstens. <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc-EE7FD445FE2AB4170ADB5C73B7F4E85D0~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (1.03.2013);

631 Der hessische Innenminister Volker Bouffier meint, die NPD müsse „politisch mit Argumenten bekämpft werden“. *Stern-online* vom 25.08.2007: „Hetzjagd in Mügeln. Wer hat den Streit ausgelöst?“. <http://www.stern.de/panorama/hetzjagd-in-muegeln-wer-hat-den-streit-ausgeloesst-596148.html> (1.03.2013).

dankengut zu verhindern.<sup>632</sup> Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) lehnt ein neues Verfahren mit der Begründung ab, die Sicherheitsbehörden seien auf Informationen von V-Leuten angewiesen.<sup>633</sup> Der Unions-Fraktionsvorsitzende Kauder meint, fremdenfeindliche Gewalt müsse durch intensive und professionelle Jugendsozialarbeit in Brennpunkten bekämpft werden. Er schlägt „eine Aktion Partnerschaft für Zivilcourage vor“. Gesellschaftliche Kräfte wie die Rotary Clubs sollten Spenden für Jugendsozialarbeit sammeln und sich an Projekten beteiligen.<sup>634</sup>

Zustimmung zu einem erneuten Anlauf zu einem NPD-Verbotsverfahren gibt es allerdings von der CDU aus Mecklenburg-Vorpommern und aus Sachsen-Anhalt. Der Schweriner CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Jäger betont, es stünde „außer Frage, dass die Partei verfassungswidrig ist“. Die NPD-Vertreter im Landtag würden Ziele „wie die Rückkehr zum ‚Dritten Reich‘“ propagieren und Grundsätze der Verfassung wie den Schutz der Menschenwürde bekämpfen. Das dürfe sich ein Rechtsstaat nicht gefallen lassen.<sup>635</sup> Auch diskutieren einige Vertreter der CDU eine prinzipielle Strafverschärfung bei Taten aufgrund von gruppenbezogener Menschenverachtung („Hate Crimes“).<sup>636</sup> Stattdessen sind die Argumente pro und kontra Verbotsverfahren zum Teil in Logik und Ziel widersprüchlich (Rechtsstaat darf NPD nicht zulassen, NPD muss durch V-Männer kontrolliert werden, Verbote sind der falsche Weg), weshalb die Argumentation der CDU – anders als die der SPD – nicht zu stimmigen Frames zusammengefasst werden kann. Bei einigen Vertretern fällt auf, dass sie sich anti-rechtsstaatlicher Argumentationen bedienen (wenn argumentiert wird, die NPD können nicht verboten werden, weil sonst der Spielraum des Verfassungsschutzes eingeschränkt werde).

Resümee: Die folgende Tabelle fasst die Argumentationsmuster und Frames zum NPD-Verbot der SPD und CDU/CSU zusammen:

---

632 Vgl. FAZ-net vom 28.08.2007: „NPD-Verbotsverfahren. Von Richtern und V-Leuten.“ Von Peter Carstens; www.spiegel-online.de vom 28.08.2007.

633 Vgl. *Der Tagesspiegel* vom 26.08.2007: „Körting: NPD-Verbotsverfahren hat mit Sicherheit Erfolg“ (wie oben).

634 Kauder in: *Die Welt* vom 26.08.2007 (wie oben).

635 Vgl. Wolf (2007).

636 Zudem sollen bei entsprechender Tatmotivation regelmäßig Freiheitsstrafen statt Geldstrafen verhängt und Freiheitsstrafen nur in Ausnahmefällen zur Bewährung ausgesetzt werden. Die Regel soll ein Freiheitsentzug von bis zu sechs Monaten sein. Vgl. Bundesrat, o.D, Drucksache; *Märkische Allgemeine Zeitung* vom 10.08.2007.

Tabelle 22: 4B: Politische Maßnahme- NPD-Verbot

| Partei      | NPD-Verbot                          | Argumentationsmuster  | Frame  |
|-------------|-------------------------------------|---|--|
| SPD         | Die NPD muss verboten werden.       | Die NPD ist verfassungsfeindlich und muss deshalb verboten werden. Der demokratische Rechtsstaat muss sich gegen Feinde der Demokratie zur Wehr setzen („wehrhafte Demokratie“). <sup>637</sup>   | Moral (Recht)  |
|             |                                     | Die NPD soll zudem verboten werden, weil sie eine „Schande für unser Land“ ist: Sie widerspricht humanitären Vorstellungen und dem Selbstbild der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist rückwärtsgewandt und mit dem Nationalsozialismus verbunden. | Moral (Humanität);<br>Fortschritt/<br>Demokratisierung |
|             |                                     | Der NPD soll die ökonomische Grundlage entzogen werden. <sup>638</sup> Durch ein NPD-Verbot kann verhindert werden, dass der Staat durch die Parteienfinanzierung zum Ausbau der NPD-Strukturen beiträgt.   | Moral (Recht und Humanität)                            |
| CDU/<br>CSU | Die NPD muss nicht verboten werden. | Ein Verbotsverfahren sollte nicht angestrengt werden, weil ein erneutes Scheitern möglich ist und damit eine kontraproduktive Dynamik entsteht.   | ? (keine Aussage)                                      |
|             |                                     | Die NPD soll nicht verboten werden (obwohl sie verfassungsfeindlich ist), da ein Abzug der V-Männer kontraproduktiv (keine Beobachtung/Kontrolle mehr) wäre.  | Anti-Recht?  |
|             |                                     | Die NPD sollte nicht verboten werden, weil Rechtsextremismus politisch bekämpft werden muss (durch Argumente) und die NPD nur ein Symptom ist.  | Moral (Demokratie (-verständnis))                      |
|             | Die NPD muss verboten werden.       | Die NPD muss verboten werden, weil sie sich fundamental gegen den Rechtsstaat richtet.  | Moral (Recht)  |

637 Grundgesetz Art. 21, 2: Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

638 Es wird zudem darüber nachgedacht, ob andere Vorstöße dazu führen können, der NPD die finanziellen Mittel zu entziehen. Der Staat finanziert politische Parteien, die bei Wahlen über 0,5% (Landtagswahlen) bzw. 1% (Bundestags- und Europawahlen) erzielt haben durch Wahlkampfkostenrückerstattung. Stiftungen und Vereinen erhalten über das Steuerrecht staatliche Unterstützung und Vergünstigungen.

*Konkrete Maßnahmen*

Die Basis für weiterführende Strategieüberlegungen, die der Fall auslöst, ist ein Bericht über die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, der unter Bundesfamilienministerin von der Leyen angefertigt wird. Auf dieser Grundlage konsultieren und diskutieren Bundeskabinett und Bundesregierung die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus.<sup>639</sup> Es wurde festgehalten, dass es eine gemeinsame Verpflichtung gebe, allen Formen des Rechtsextremismus entschieden zu begegnen. Die Bundesregierung wolle gerade auch bei jungen Menschen die demokratische Kultur und das zivile Engagement stärken, Toleranz und Weltoffenheit fördern.<sup>640</sup> Auch hier wird nicht spezifiziert, worin sich diese „gemeinsame Verpflichtung“ gründet, womit die Aussage (wie der Vorgang selbst) inhaltsleer bleibt und aktionistisch wirkt.

Aus dem Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) wird drei Tage nach dem Vorfall verkündet, dass die Verantwortlichen aus dem Bundesfamilienministerium, Vertreter der neuen Bundesländer und Vertreter der Kommunen „im Herbst gemeinsam mit Bundesminister Schäuble eine größere Veranstaltung aufziehen, eine Fachtagung, die sich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigen wird“.<sup>641</sup> Eine entsprechende Konferenz hat nie stattgefunden. Damit scheidet die kurzfristig angedachte Einordnung des Mügeln-Falls und der Themen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in den Bereich „Innere Sicherheit“.<sup>642</sup>

Die Integrationsbeauftragte des Bundes, Maria Böhmer, kündigt am 22. August 2007 an, dass sie mit kommunalen Vertretern und mit den Integrations- und Ausländerbeauftragten der neuen Bundesländer beraten will. Bei der Zusammenkunft, die Anfang September im Bundeskanzleramt stattfindet, sollen Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erörtert werden.<sup>643</sup> Dabei soll es vor allem um eine „Bündelung aller staatliche(n) Kräfte“, die „Verstetigung der Programme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und eine „Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit in der Kommune“ gehen. Es zeigt sich, dass „Rechtsradikalismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ als Problem ostdeutscher

---

639 Vgl. Die Bundesregierung, August 21, 2007: Meldung.

640 Vgl. Die Bundesregierung, August 24, 2007: Meldung.

641 Die Bundesregierung, August 22, 2007: Regierungspressekonferenz.

642 In der Tat gab es mehrere Stimmen, die fordern, die Zuständigkeit der Programme gegen Rechtsextremismus auf das Innenministerium zu übertragen. Beispielsweise Verkehrsminister Tiefensee und Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland. Dies geschieht in der Folge nicht.

643 Vgl. Die Bundesregierung, Presse- und Informationsamt, September 4, 2007: Pressemitteilung Nr. 332.

Kommunen verstanden werden.<sup>644</sup> Anders als bisher auf Bundesebene üblich, wird das Thema nun nicht mehr alleine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), sondern auch durch die Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration angegangen, also der Person, die für Migranten, Flüchtlinge und Integration zuständig ist und die mit ihrem Amt für Vielfalt wirbt.

Nicht als direkte Konsequenz aus dem Fall Mügeln, aber durch den Fall beflügelt und im Kontext des aktuellen Diskurses über Vielfalt und Zivilität auf der kommunalen Ebene initiiert die Bundesregierung ein Projekt zur Förderung von Vielfalt in der Kommune. Das Projekt wird im Zusammenhang mit dem Fall Mügeln mehrfach hervorgehoben. Über Böhmer heißt es vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: „Um Kommunen im Kampf gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit zu unterstützen, will sie an die Charter der Vielfalt<sup>645</sup> anknüpfen.“<sup>646</sup> Die Bundesregierung unterstreicht durch die Initiative „Deutschland – Ort der Vielfalt!“ die Auffassung, dass „Vielfalt“ positiv für die Gesellschaft ist. Die Initiative wurde am 26. November 2007 gemeinsam mit zahlreichen Verbänden ins Leben gerufen, um ein bundesweites „Zeichen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ zu setzen. Die Bundesregierung wird dabei hochkarätig vertreten.<sup>647</sup> Ziel der Initiative ist es, Städte, Gemeinden und Kreise in ganz Deutschland in ihrem Engagement für Vielfalt zu stärken. Unterstützt wird die Initiative durch die Länder, die kommunalen Spitzenverbände sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Merkwürdigerweise wird für die Initiative, die sich vor allem für Vielfalt aus-

---

644 „Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit sind gesamtdeutsche Phänomene, die aber in den neuen Bundesländern besonders augenfällig sind. Wir müssen deshalb alle Kräfte von Bund, Ländern und Kommunen bündeln und das Engagement der Zivilgesellschaft besonders in Ostdeutschland mit allem Nachdruck unterstützen.“ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung Nr.: 305, Böhmer berät mit ostdeutschen Ausländerbeauftragten über Rechtsradikalismus. Vom 22.08.2007.

645 „Mit der Charta der Vielfalt verpflichten sich Unternehmen Vielfalt anzuerkennen und wertzuschätzen sowie ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist.“ Die Charta der Vielfalt wurde nach französischem Vorbild Ende 2006 in Deutschland ins Leben gerufen. Die Bundesregierung, o.D.: „Charta der Vielfalt“.

646 Die Bundesregierung, Presse- und Informationsamt, September 4, 2007: Pressemitteilung Nr. 332.

647 Durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Ministerin Ursula von der Leyen), das Bundesministerium des Innern (Parlamentarischer Staatssekretär Peter Altmaier) und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Maria Böhmer) besetzt.

spricht werbend die Extremismus-Kategorie bemüht: Es solle durch sie „jeder Form von Extremismus entschieden entgegen(ge)treten“ werden.<sup>648</sup>

Zeitnahe nach dem Fall Mügeln, Anfang Oktober 2007 lobt die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration zudem einen Wettbewerb unter dem Titel „Vielfalt als Chance!“ aus, der sich an Behörden, Unternehmen und Verwaltungen wendet, die ausbilden und *Diversity* in ihren Einrichtungen fördern. Ziel des Wettbewerbs ist es, zu zeigen, wie Menschen mit Migrationshintergrund die Arbeitswelt bereichern und Ausbildungsbetriebe von ihnen profitieren.<sup>649</sup>

### *Resümee: Strategien, Framing und Normsetzungen*

Die Diskussion über adäquate Gegenstrategien und konkrete Maßnahmen in Reaktion auf den Fall in Mügeln zeigt, dass er unter die Kategorie „Rechtsextremismus“ gefasst wird. Diskutiert werden insbesondere die Bundesprogramme für Vielfalt und Demokratie, über die als „Rechtsextremismus-Programme“ gesprochen wird.<sup>650</sup> Intensiv wird zudem ein erneutes NPD-Verbotsverfahren diskutiert und mit ihm die Notwendigkeit, den Rechtsstaat und die Demokratie vor Rechtsextremismus zu schützen.

Diskutiert werden somit vor allem alte, bereits laufende Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Damit ist der Fall Mügeln Anlass, das aktuelle Engagement darzustellen und sich in der Öffentlichkeit damit zu profilieren bzw. Handlungsfähigkeit und Engagement zu zeigen. Allerdings werden auch Verbesserungen bezüglich der Bundesprogramme diskutiert. Zudem zeigt sich, dass Mügeln zum Argument für relativ junge wirtschaftsnahe Initiativen für gesellschaftliche Vielfalt wird und auch die Debatte

---

648 Die Bundesregierung, o.D.: Deutschland. Ort der Vielfalt. Patinnen und Paten der Aktion sind u.a. Vertreter der Frauen- und Männer-Nationalmannschaft des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, den Ländern und Kommunen können eine „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ unterschreiben, werden auf einer eigens eingerichteten Webpage verzeichnet und mit einem Schild „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet.

649 Vgl. Die Bundesregierung, o.D.: „Charta der Vielfalt“ –Werbung/Aufruf, in: IDA-Infomail, Nummer 5, Oktober 2007, 8. Jg. Die Charta der Vielfalt wurde von Daimler, der Deutschen BP, der Deutschen Bank und der Deutschen Telekom im Dezember 2006 in Deutschland initiiert. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, befürwortet und unterstützt die Initiative. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat die Schirmherrschaft übernommen. Der Startschuss der Charta-Initiative in Deutschland war der 21. März 2007, als weitere 32 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen der Initiative beitraten.

650 Es wäre durchaus denkbar, auf Bundesprogramme „für Vielfalt“ zu referieren.

mit dem Thema qualifizierte Fachkräfte (wenn auch zaghaft) verbunden wird. Hier wird die Bedeutung wirtschaftlicher Argumente sichtbar. So wird in der bundespolitischen Debatte um den Fall Mügeln „Vielfalt“ zum positiven Selbstverständnis der bundesrepublikanischen Gesellschaft und eine Normsetzung, welche die Bundesregierung auch als Ansatz innerhalb der Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit fördern will. Der Fall Mügeln wird zum Negativ-Beispiel dafür, wie Deutschland sich nicht präsentieren soll: Fremdenfeindlich und rechtsextrem. Vielleicht ist dieses neue Selbstverständnis auch ein Grund dafür, weshalb Vertreter der Bundespolitik – anders als noch in den 1990iger Jahren – die Fremdenfeinde als nichtdazugehörige Andere beschreiben und die „unzivilisierten“<sup>651</sup> Bürger, die ganze Stadt- und Dorfgemeinden dominieren, eindringlich ansprechen, um ihre (angeblich) fehlende Zivilität und Zivilcourage einzufordern.

*Tabelle 23: 5 B: Normsetzungen in der Debatte nach Partei*

|  |
|--|
| <p>A. Für Vielfalt und Demokratie → <b>Alle</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Für einen globalisierten, ökonomisch erfolgreichen Staat.</li> <li>2. Für eine (ethnisch, kulturell, religiös) heterogene und tolerante Gesellschaft.</li> </ol> |
| <p>B. Gegen Neo-Nazismus (Geschichte) → <b>Alle, insbes. SPD</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. gemeinsame Verpflichtung (aus der Geschichte, nicht spezifiziert)</li> <li>2. Grundgesetz/wehrhafte Demokratie</li> </ol>                       |
| <p>C. Menschenrechte und Opferschutz → <b>Inbesondere SPD, Grüne, Linke</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Menschenrechte</li> <li>2. Opferschutz</li> </ol>  |

651 Es wird immer wieder die fehlende Zivilität und Zivilcourage der Bürger beklagt.



Tabelle 24: 6B: Strategien

| Strategieansatz | Strategie   | Maßnahme (→ <i>Wirkung der Mägen Debatte</i> )   |
|-----------------|---|--|
| Präventiv       | Bundesprogramme für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus    | 1. Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus<br>2. Kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen RE<br>3. Xenos – Integration und Vielfalt<br>(→ <i>Stärkung/Bekräftigung</i> ) |
|                 | Projekte für Kultur der Toleranz, Vielfalt und Zivilität    | 1. Deutschland – Ort der Vielfalt<br>2. Wettbewerb „Vielfalt als Chance“<br>(→ <i>Stärkung/Bekräftigung</i> )  |
|                 | Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit                      | Beratung/Strategieentwicklung durch: Bundesintegrationsbeauftragte u. Ostdeutsche Integrations-/Ausländerbeauftragte und Kommunen<br>(→ <i>Neue Maßnahme initiiert</i> )   |
|                 | Zivilcourage fördern  | Appelle an den zivilcouragierten Bürger: Jeder Einzelne und die Dorf- und Stadtgemeinschaft müssen ihren Beitrag leisten für Zivilcourage, um „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rechtsextremismus“ zurückzudrängen.<br>(→ <i>Neuer Debatteaspekt</i> )                               |
| Repressiv       | NPD-Verbot<br>(+ weitere Maßnahmen, z.B. Strafverschärfung) | Debatte über einzuleitendes Verbotsverfahren<br>(→ <i>Initiative bleibt erfolglos</i> )  |

Es gibt zudem vereinzelte Versuche, das Thema „Rechtsextremismus“ als Thema der Inneren Sicherheit zu kategorisieren. Entsprechende Vorstöße, die eine Kompetenzverschiebung des Themas vom Bundesfamilienministerium zum Bundesinnenministerium vorschlagen, bleiben erfolglos.

## 5 Politische Parteien der Opposition

### *Bündnis 90 / Die Grünen*

*Die Grünen* stufen den Vorfall unmittelbar als fremdenfeindlich ein, eventuell liege auch ein rechtsextremer Hintergrund vor. Sie kritisieren Bürgermeister Deuse und die Aussagen von sächsischen Politikern und Ermittlern: Diese nähmen das Problem der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus nicht wahr oder ignorierten es bewusst. Äußerungen des Bürgermeisters, es gebe keinen Rechtsextremismus im Ort, und die Täter seien von außerhalb gekommen, zeigten, dass Probleme und Schuld nach außen verlagert würden. Unverständlich sei vor dem Hintergrund „fremdenfeindlicher und rechtsradikaler Parolen“, dass in alle Richtungen ermittelt werde.<sup>652</sup> Auch kritisieren *Die Grünen* den Bürgermeister Mügeln für dessen „verharmlosende“ Kommentierung der fremdenfeindlichen Sprüche beim Mügeln Überfall („Solche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen.“), und für sein Interview in der *Jungen Freiheit*. Dieses Verhalten sei symptomatisch „für den alltäglichen Rassismus in der Mitte der Gesellschaft“.<sup>653</sup> Im Bundestag vergleicht die Bundestagsabgeordnete Silke Stokar von Neuforn die Bundesregierung mit dem Mügeln Bürgermeister und behauptet:

„Sie haben den Begriff „Rechtsextremismus“ aus der Überschrift dieser Programme gestrichen.“<sup>654</sup> Sie unterscheiden sich nicht sehr von dem Bürgermeister in Mügeln; denn in der Realität meinen Sie es gar nicht ernst mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus.“<sup>655</sup>

*Die Grünen* nutzen die Debatte um den Fall Mügeln auch, um die neue Schwerpunktsetzung in den durch die schwarz-rote Regierung neu aufgelegten Bundesprogrammen zu kritisieren.<sup>656</sup> Sie bemängeln, dass die neuen Programme zivilgesellschaftlichen Initiativen weniger Eigenständigkeit zugestehen. Die Rolle der staatlichen Vertreter sei gestärkt worden und das Abhängigkeitsverhältnis der

652 Vgl. Tsp. vom 22.08.2007.

653 Deutscher Bundestag, September 13, 2007: Plenarprotokoll 16/112, Redebeitrag Monika Lazar, S. 11636.

654 Wie oben beschrieben hat es zwar Diskussionen über die Streichung des Begriffs „Rechtsextremismus“ gegeben, was – angesichts verschiedener rechtsextremer Ereignisse im Jahr 2007 und ihrer Thematisierung allerdings nicht geschah. In der Tat stand der Name nun nachrangig im Titel: Z.B. „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

655 Deutscher Bundestag, September 11, 2007: Plenarprotokoll 16/110, Redebeitrag Silke Stokar von Neuforn (*Bündnis 90/Die Grünen*), S. 11447.

656 Vgl. ebenda, S. 11447.

Zivilgesellschaft vom Wohlwollen staatlicher Akteure gestiegen. Das sei fatal in Gemeinden wie Mügeln, in denen die staatlichen Stellen einen Teil des Problems darstellten.<sup>657</sup> Stattdessen müssten zivilgesellschaftliche Gegenkräfte auf kommunaler Ebene gestärkt werden (durch staatliche Finanzierung, Ermöglichung von Öffentlichkeit und durch Expertise). Insgesamt würden mühsam aufgebaute Strukturen der Gegenwehr durch die neuen Bundesprogramme kaputt gemacht.<sup>658</sup> Zudem wird angemahnt, dem Landkreis Torgau-Oschatz aufgrund des Vorfalls in Mügeln nachträglich Fördermittel zu bewilligen – und damit ein Versprechen der Bundesfamilienministerin einzulösen.<sup>659</sup>

Als Reaktion auf Mügeln initiiert die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar, Spitzenkandidatin der sächsischen *Grünen* und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Bundesgrünen, Aktivitäten mit lokalen Akteuren in Mügeln.<sup>660</sup> Das *Framing* des Gegenstands durch die Grünen heißt: Rassismus ist ein Problem der Mitte der Gesellschaft. Die Normsetzung lautet: Für eine menschenrechtlich fundierte Demokratie. Sie muss den Schutz und das Eintreten für Minderheiten umfassen, sowie eine sensible Problemwahrnehmung, Aufklärungswillen und Ächtung von Rassismus und Rechtsextremismus.

### *Die Linke*

*Die Linke* ordnet den Vorfall als fremdenfeindlich und rechtsextrem motiviert ein. Die Bundestagsabgeordnete Petra Pau, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der *Linken*,<sup>661</sup> beklagt die politischen Reaktionen der „Auf- und Abwiegung“ nach der „rechtsextremistischen Gewaltorgie“ in Mügeln. „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind ein bundesweites Problem mit besonders gewaltbereiter Ausprägung in einigen ostdeutschen Regionen. Das ist seit langem belegt.“<sup>662</sup> Pau beklagt, dass rechtsextreme Vorfälle nur kurzfristig zu einer aktionistischen Thematisierung des Phänomens führten und sehr schnell wieder von der Agenda verschwänden. Sie verweist auf grundlegende Wahrnehmungsprobleme bei der sächsischen Staatsregierung, etwa bei Ministerpräsident Milb-

657 Vgl. ebenda; Vgl. zudem Deutscher Bundestag, September 13, 2007: Plenarprotokoll 16/112, Redebeitrag Bundestag Monika Lazar, S. 11636.

658 Vgl. Deutscher Bundestag, September 11, 2007: Plenarprotokoll 16/110, Redebeitrag Silke Stokar von Neuforn, S. 11447.

659 Vgl. Deutscher Bundestag, September 19, 2007: Drucksache 16/6367.

660 Hierzu ausführlich siehe Teil „Regionale Politik“.

661 Pau leitete zudem von 2005 bis 2008 den Fraktionsarbeitskreis „BürgerInnenrechte und Demokratie“.

662 *Die Linke* Fraktion im Deutschen Bundestag, August 21, 2007: Pressemitteilung.

radt.<sup>663</sup> Pau zufolge leugne er den Hintergrund des Vorfalls, weil er um das Image Mügeln und des Landes Sachsen fürchte.<sup>664</sup> Im Zusammenhang mit Mügeln betont sie zudem, dass es auch ein Problem der inneren Sicherheit gebe.<sup>665</sup>

Das größte Problem für die öffentliche Sicherheit gehe aktuell von „den Neofaschisten und Rechtsextremen“ aus, was „vor einigen Tagen besonders die rassistische Hetzjagd in Mügeln gezeigt“ habe.<sup>666</sup> Nun müsse ein Sofortprogramm gegen Rechtsextremismus gestartet werden – ähnlich des 2006 verabschiedeten spontanen Programms zur Stärkung der inneren Sicherheit für 130 Millionen Euro. Wenn bereits 270 Millionen Euro für Sicherheitsausgaben bereit stünden, so sollten diese „voll und ganz in den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus fließen“.<sup>667</sup> So begreift die Linke das Thema „Rechtsextremismus“ als eines der Inneren Sicherheit. *Die Linke* beschäftigt sich intensiv mit dem Thema „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und offeriert als Reaktion auf den Fall Mügeln eine ganze Reihe von Strategievorschlägen, die sie auch vorher schon artikuliert hat: So sei es notwendig, eine gesamtgesellschaftliche Strategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln. Durch das aktuelle Programm der großen Koalition sei bewährten Initiativen für Demokratie und Toleranz der Boden entzogen worden.<sup>668</sup> Die finanzielle Ausstattung der Bundesprogramme sei schlecht und zivilgesellschaftliche Akteure bekämen durch die verstärkte Anbindung an die Kommunen nicht genügend Raum zugestanden.<sup>669</sup> Das zeige sich gerade im Fall Mügeln, wo die Amtsträger bestehende Probleme leugneten.<sup>670</sup>

*Die Linke* tritt zudem für ein Verbot der NPD ein. Die Partei sei „verfassungswidrig“, was nur noch bekräftigt werden müsse. Die V-Männer seien sofort abziehen. Die Partei bemängelt, dass diese nicht nur beobachteten, sondern gegen Lohn in kriminelle Handlungen involviert seien und selbst häufig überzeugte Rechtsextremisten sind.<sup>671</sup> Allerdings sei das eigentliche Problem des Rechtsextremismus viel breiter als die bloße Existenz der NPD. *Die Linke* for-

---

663 Dieser hatte auf dem Parteitag der sächsischen CDU erklärt: „Es gab keine Hetzjagd in Mügeln (...) sondern eine Hetzjagd auf Mügeln“. Vgl. meine Analyse hierzu im Teil „Regionalpolitik“.

664 Vgl. Pau, September 28./29, 2007.

665 Vgl. Deutscher Bundestag, September 11, 2007: Plenarprotokoll 16/110, Redebeitrag Ulla Jelpke (*Die Linke*), S. 11444f.

666 Ebenda.

667 Ebenda.

668 Ebenda.

669 Vgl. Die Bundesregierung, September 26, 2007: Drucksache 16/6521, S. 1.

670 Vgl. Deutscher Bundestag, September 11, 2007: Plenarprotokoll 16/110, Redebeitrag Ulla Jelpke (*Die Linke*), S. 11444f.

671 Vgl. *Die Linke* Bundestagsfraktion, Dezember 6, 2007: Mitteilung.

dert ferner den Aufbau einer Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild.<sup>672</sup> Hiermit solle ein Instrument geschaffen werden, mit dem kontinuierlich, ressortübergreifend und unabhängig entsprechende Phänomene beobachtet und analysiert werden können, um effektive gesamtgesellschaftliche Gegen-Strategien zu entwickeln. Darüber hinaus solle eine Beauftragte des Bundestages für Demokratie und Toleranz nominiert werden, die im Bundeskanzleramt die Arbeit im Themenfeld koordiniert.<sup>673</sup> Lothar Bisky, Vorsitzender der Linken, begrüßt zudem den Vorschlag Heyes (SPD), einen nationalen Demokratiegipfel einzuberufen.<sup>674</sup>

Insgesamt begleitet die Partei die Debatte über den Fall Mügeln mit diversen Anfragen zur bundespolitischen Ausrichtung der Strategien gegen den Rechtsextremismus. So begründet sie ihre Kleine Anfrage zur „Umsetzung des Bundesprogramms ‚Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus‘“ vom 12. September 2007<sup>675</sup> mit dem in den „öffentlichen Debatten nach den rassistischen Übergriffen von Mügeln“ deutlich gewordenen „großen Interesse an der Arbeit der vom Bund geförderten Projekte gegen Rechtsextremismus“.<sup>676</sup> Auch wird der Fall Aufhänger und Begründung für den Änderungsvorschlag der Fraktion *Die Linke* vom 27. November 2007 zu den bundespolitischen Strategien gegen Rechtsextremismus.<sup>677</sup> Das *Framing* des Gegenstands durch die *Linke* heißt: *Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind bundesweite Probleme mit besonders gewalttätiger Ausprägung in einigen ostdeutschen Regionen.* Das Problem ist in der *Mitte der Gesellschaft* verwurzelt.<sup>678</sup> Ihre Normensetzung lautet: Für eine auf den Menschenrechten fußende Gesellschaft: Eine öffentliche Thematisierung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist notwendig, um zu informieren und sich den Problemen zu stellen. Eine antifaschistische Grundhaltung ist notwendig, um ein neues Aufleben des Nationalsozialismus/Faschismus zu verhindern.

---

672 Vgl. Pau, Petra, September 28./29., 2007.

673 Ebenda.

674 Vgl. *Deutschlandradio Kultur* vom 23.08.2007: „Interview Bisky: Zivilcourage gegen Rechts stärken. Linke-Vorsitzender begrüßt Vorschlag zu Demokratiegipfel.“ <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/661206/> (1.03.2013).

675 *Die Linke* Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, Petra Pau, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und Bundestagsfraktion, September 9, 2007: Drucksache 16/6356, S. 1-2.

676 Vgl. ebenda.

677 *Die Linke*, einzelne Bundestagsabgeordnete, u.a. Petra Pau, und Bundestagsfraktion November 27, 2007: Drucksache 16/7334, S. 1-4.

678 Ebenda, S. 2.

## FDP

Der Fall Mügeln findet vorerst (vor dem Deuse-Interview in der *Jungen Freiheit* vom 31. August 2007) wenig Beachtung in der Bundes-FDP und führt nicht zu öffentlichen Stellungnahmen der Parteispitze. Allerdings verurteilen einzelne FDP-Politiker den Vorfall als fremdenfeindlich und rechtsextrem, so etwa die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.<sup>679</sup> Die FDP bezieht zu umstrittenen Äußerungen Deuses erst nach Kritik des politischen Gegners<sup>680</sup> Stellung: Generalsekretär Dirk Niebel stellt fest, Deuses Aussagen seien missverständlich wiedergegeben worden und nimmt Deuse vorerst vor Angriffen in Schutz. Der FDP-Bürgermeister habe Niebel versichert, keineswegs „ausländerfeindliche Parolen“ während des Vorfalls in Mügeln relativiert zu haben. Deuse habe vielmehr gesagt, er wisse, dass manchem solche Parolen schnell über die Lippen kämen, er könne dies aber nicht gut heißen. Niebel vermutet, die Kritik an Deuse habe „mit effekt-hascherischem Journalismus“ zu tun „und weniger mit der Wahrheit“.<sup>681</sup> Erst mit dem Deuse-Interview in der *Jungen Freiheit* – das Phase 2 des Konflikts einleitet – distanzieren sich FDP-Politiker öffentlich vom Mügeln Bürgermeister. Bereits am Tag der Veröffentlichung des Interviews nennt Philip Rösler, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, das Verhalten Deuses „erschreckend“ und betont, dass diese Form von Verharmlosung nicht der Geisteshaltung einer liberalen Partei entspreche.<sup>682</sup> Generalsekretär Dirk Niebel sagt nun, für die FDP gelte, dass es „keine Relativierung von Gewalttaten“ und „ausländerfeindlicher Gesinnung“ geben dürfe.<sup>683</sup> Guido Westerwelle empfiehlt, nicht mit der *Jungen Freiheit* zusammenzuarbeiten, betont jedoch, letztlich müsse jeder selbst darüber

---

679 Freiburger Kreis, August 21, 2007.

680 Die Fraktionsvorsitzende der *Grünen* im Bundestag, Renate Künast, fordert FDP-Chef Guido Westerwelle bereits nach ersten Stellungnahmen des Mügeln Bürgermeisters auf, sich von seinem Parteifreund Deuse und „dessen Verständnis für fremdenfeindliche Sprüche zu distanzieren“. *Leipziger Volkszeitung* vom 23.08.2007: „Künast: Westerwelle muss unverzüglich klar stellen, dass fremdenfeindliche Grundeinstellungen in der FDP nichts zu suchen haben dürfen.“ [http://www.presseportal.de/pm/6351/1037200/leipziger\\_volkszeitung](http://www.presseportal.de/pm/6351/1037200/leipziger_volkszeitung) (1.03.2013).

681 *Neoline* mit ddp vom 23.08.2007: „FDP wehrt sich gegen Angriffe auf Mügeln Bürgermeister Deuse.“ <http://www.nealine.de/news/Politik/fdp-wehrt-sich-gegen-angriffe-auf-muegeln-buergermeister-deuse-1878886951.html> (1.03.2013).

682 *Die Welt* vom 31.08.2007: „Bürgermeister von Mügeln ist ‚stolz, Deutscher zu sein‘“. Von Gisela Kirschstein. [http://www.welt.de/welt\\_print/article1147451/Buergermeister\\_von\\_Muegeln\\_ist\\_stolz\\_Deutscher\\_zu\\_sein.html](http://www.welt.de/welt_print/article1147451/Buergermeister_von_Muegeln_ist_stolz_Deutscher_zu_sein.html) (1.03.2013).

683 *Die Welt* vom 1.09.2007: „Gewalt gegen Inder in Mügeln war nicht von langer Hand geplant.“ [http://www.welt.de/welt\\_print/article1150272/Gewalt\\_gegen\\_Inder\\_in\\_Muegeln\\_war\\_nicht\\_von\\_langer\\_Hand\\_geplant.html](http://www.welt.de/welt_print/article1150272/Gewalt_gegen_Inder_in_Muegeln_war_nicht_von_langer_Hand_geplant.html) (1.03.2013).

entscheiden.<sup>684</sup> Zudem versucht Parteivorsitzender Westerwelle den politischen Schaden zu begrenzen, indem er sagt, dass Deuse inzwischen klargestellt habe, dass es nichts zu verharmlosen gebe.<sup>685</sup> – Eine Aussage, die wiederum mehrdeutig bleibt, weil nicht gesagt wird, was genau gemeint ist.

Wenngleich es keine aktiven Stellungnahmen der FDP im Bundestag gibt, zeigen Bundestagsdebatten, in denen der Fall Mügeln thematisiert wird, die Zerrissenheit der FDP über den Fall Mügeln.<sup>686</sup> Das *Framing* des Gegenstandes durch die FDP heißt: Es gibt kein Rechtsextremismus-*Framing* und keine selbstständige Positionierung gegen Rassismus bzw. Fremdenfeindlichkeit (außer in Einzeläußerungen). Normsetzungen in Zusammenhang mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind nicht erkennbar, da die Äußerungen recht uneinheitlich sind und das Thema kaum diskutiert oder kommentiert wird.

### Restümee

Anders als die FDP betrachten *Bündnis 90/Die Grünen* und *Die Linke* die Bekämpfung des Rechtsextremismus als ein wichtiges Themenfeld ihres politischen Programms und nutzen den Fall Mügeln für dessen problemorientierte Thematisierung. Bei den *Grünen* ist Monika Lazar, MdB und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus, bei der *Linken* Petra Pau, MdB und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion sowie Mitglied im Innenausschuss, federführend. Beide Politikerinnen reagieren – neben anderen Persönlichkeiten ihrer Parteien – un-

684 Vgl. TAZ vom 4.09.2007: „Liberaler Umgang mit rechtem Rand. Die FDP-Spitze erklärt die Debatte um die Äußerungen ihres Mügelnler Parteimitglieds Deuse für beendet.“ Von Astrid Geisler, S. 7.

685 Vgl. Westerwelle in der *Osnabrücker Zeitung*, zitiert in der TAZ vom 1.09.2007: „Westerwelle steht zu seinen Sachsen.“ Von Astrid Geisler und Andreas Speit, S. 14.

686 Als etwa Monika Lazar (*Bündnis 90 /Die Grünen*) Deuses Interview in der *Jungen Freiheit* als charakteristisch „für den alltäglichen Rassismus in der Mitte der Gesellschaft“ bezeichnet, ruft ein FDP-Abgeordneter dazwischen: „Ist der Bürgermeister vielleicht auch Rassist?“ Lazar antwortet: „Der ist von der FDP. Ich bin extra nicht darauf eingegangen. Also lassen Sie mich bitte fortfahren.“ Otto Fricke (FDP) mischt sich ein: „Aber jeder weiß es!“ Lazar bekräftigt: „Ja, jeder weiß es. Aber sind Sie darauf stolz? Ich hoffe, nicht. Die sächsische FDP hat sich somit nicht mit Ruhm bekleckert.“ Otto Fricke erwidert: „Meinen Sie etwa, ich wäre stolz darauf?“ Lazar betont: „Nein, das habe ich nicht behauptet. Ich bin darauf nicht eingegangen. Deshalb können Sie sich beruhigen.“ Fricke erwidert beleidigt: „Ja, ja, aber ansprechen!“ Hier kann sich Jan Mücke (FDP) nicht mehr zurückhalten, er ruft Lazar zu: „Sie müssen bei der Wahrheit bleiben!“ Während es Otto Fricke offensichtlich peinlich ist, wie Deuse zum Fall Mügeln Stellung bezieht, unterstellt Mücke Lazar, sie diffamiere Deuse, weil sie ihm Rassismus und mangelnden Aufklärungswillen unterstellt. Deutscher Bundestag, September 13, 2007: Plenarprotokoll 16/112, Redebeitrag Lazar (und Zwischenrufe), S. 11636.

mittelbar auf den Vorfall in Mügeln. Sie nutzen den Moment, um ihre politischen Vorschläge zu artikulieren und entwerfen – die Bundestagsabgeordnete und Spitzenkandidatin der sächsischen Grünen, Lazar, sogar sehr gezielte – Stellungnahmen und Handlungsempfehlungen in Reaktion auf den Fall Mügeln. Die Oppositionsparteien *Bündnis 90/Die Grünen* und *Die Linke* kritisieren lokale und regionale politische Vertreter und Ermittler wegen ihres Umgangs mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Fall Mügeln. Zudem kritisieren sie die Bundespolitik und die Bundesprogramme als nicht nachhaltig und zum Teil fehlgeleitet. Die FDP strengt weder eine Problemanalyse an, noch diskutiert sie Gegenstrategien.

## 6 Fazit

Durch die Analyse konnte gezeigt werden, dass der Fall Mügeln Anlass für eine bundespolitische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist. Die Argumente für die Thematisierung von „Rechtsextremismus“ (vereinzelt auch „Rechtsradikalismus“) und „Fremdenfeindlichkeit“ (zum Teil auch „Rassismus“) waren vor allem wirtschaftlicher sowie moralischer (humanitärer und rechtlicher) Natur. Sichtbar wurde auch, dass es lediglich – für die gesamte Debatte weitgehend<sup>687</sup> unerhebliche – Einzelpositionen in der Union (Gauweiler/CSU, ansatzweise auch Schäuble/CDU) gibt, die eine Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit prinzipiell für unangemessen und falsch halten. Hierbei wurde völkisch argumentiert und Verschwörungstheorien wurden bemüht.

---

687 Möglicherweise hat Schäubles Position und Einfluss dazu geführt, dass das Thema nicht als Thema der öffentlichen Sicherheit eingestuft und behandelt wurde. Dies wurde in den ersten Tagen nach dem Vorfall und von verschiedenen politischen Akteuren diskutiert.



Tabelle 25: 6B: Interpretation im zeitlichen Verlauf (Phase 1 und 2)

| <i>Interpretation</i>                 | <i>Argumentationsmuster</i>   | <i>Phase</i>                            | <i>Partei</i>                              |
|---------------------------------------|---|---|--|
| Rechtsextrem                          | 1. ... weil ff/re Parolen gerufen wurden.<br>2. ... weil typisch für re Szene.<br>3. ... weil viele RE/Ff gegen wenige Ausländer.   | 1-2 (in Phase 2 am wenigsten vorhanden) | SPD, Grüne, Linke                          |
| Fremdenfeindlich                      | 1. ... weil viele Fremdenfeinde gegen wenige Ausländer.<br>2. ... weil ff. Parolen gerufen wurden.  | 1-2                                     | SPD, CDU/CSU, Grüne, Linke                 |
| Wahrscheinlich ff/re                  | (wie oben / unten)  | 1                                       | CDU/CSU<br>(, SPD*)                        |
| Möglicherweise nicht re/ff            | 1. ... weil die Untersuchungsergebnisse nicht abgeschlossen sind.<br>2. ... weil „Vorverurteilungen“ gegen Ost-deutsche vorkommen (wie im Fall Sebnitz <sup>688</sup> ). (3b) | 1<br><br>(2)                            | CDU/CSU<br>(,SPD*)<br><br>(CDU/Schäuble)** |
| Nicht re (Ff wird nicht thematisiert) | ... weil vom „linken Lager“ erfunden, um rechte Ideen zu bekämpfen. (4a)  | 1-2                                     | CSU (Gauweiler)                            |

Insgesamt uneinheitlich/unklar: FDP

\* Entsprechende Positionen werden durch Regierungsvertreter der schwarz-roten Bundesregierung geäußert, nicht von SPD-Politikern.

\*\* Schäubles Äußerungen bei dem CDU-Landesparteitag in Sachsen entsprechen dem Diskursmuster der sächsischen CDU (und finden sich in dieser Tabelle nicht wieder). Er suggeriert noch in Phase 2, dass es (möglicherweise) keinen fremdenfeindlichen Fall gab.

Es konnte gezeigt werden, dass über die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit verhandelt wird und mit ihm auch bundesrepublikanische Normsetzungen. So bedeutete die Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eine Bekräftigung der Anti-Rechtsextremismus-Norm und bundesdeutscher Normsetzungen (Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit etc.). Vor dem Hintergrund einer (ökonomisch) globalisierten Welt werden durch Plädoyers für

688 In Sebnitz hatte der angeblich, aber nicht nachgewiesen, durch rechtsextreme Jugendliche verursachte Tod des jungen Joseph eine öffentliche Debatte über Rechtsextremismus ausgelöst. Später wurden Journalisten und Politiker dafür verantwortlich gemacht, „diese schreckliche Stadt“ zum Ort typischer rechtsextremer Verbrechen stilisiert zu haben, was dem Image u. der Wirtschaft der Stadt geschadet hätte. Vgl. Kleinen-v.Königslöw(2002).

Vielfalt und Weltoffenheit neue Schwerpunkte gesetzt. Deutlich wurde auch, dass die Debatte über den Fall bei den verschiedenen Parteien zur Verfestigung der jeweiligen Position in der Debatte über Strategien gegen Rechtsextremismus geführt hat. Wengleich Fremdenfeindlichkeit auch Thema war (insbesondere bei Maria Böhmer), wurde die Debatte vornehmlich als Rechtsextremismus-Debatte geführt. Das wurde besonders bei der Problemanalyse und Strategiediskussion deutlich. So wurde „Fremdenfeindlichkeit“ – obwohl (vorerst) keine rechtsextremen Täter ermittelt werden – unterthematziert.

Tabelle 26: 7B: Bezugspunkte und *Framing* nach Parteien

| <i>Bezugspunkt</i>                        | <i>Vorkommen</i>  | <i>Framing</i>  | <i>Partei</i>                           |
|---|---|---|---|
| National-sozialismus (verblasst/vage)     | - Phase I-III<br>- insb. unmittelbare, emotionale Reaktionen<br>- konflikthafte, intensivere Auseinandersetzungen (Bundestagsdebatten, Stellungnahmen/<br>Kontroversen) | - NS als Mahnung und Warnung gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt<br>- Kritische Auseinandersetzung mit dem NS als Teil der demokratischen Kultur der BRD                     | SPD,<br>CDU/C<br>SU,<br>Grüne,<br>Linke |
|   |   | NS-Thematisierung als Trumpf der „Sieger“ gegen „Rechte“. Sollte endlich nicht mehr thematisiert werden.  | CSU (Gauweiler)                         |
| Rechts-extremismus                        | - insbesondere unmittelbare Reaktionen<br>- insb. Diskussion um Gegenstrategien<br>- als Schlagwort (u.a. in Bundestagsdebatten)  | RE kommt aus der Mitte der Gesellschaft.  | SPD                                     |
|   |   | RE ist ein Randproblem, außerhalb der Gesellschaft und entgegen deutscher Werte.<br><br>(Gauweiler: RE ist kein Problem, sondern eine Erfindung von „Antifaschisten“. Aber: NPD ist Problem.) | CDU/C<br>SU                             |
|   |   | RE ist verbreitet und ein Problem von Politik und Staat.  | Grüne,<br>Linke                         |
| Ostdeutschland und DDR-/SED-Vergangenheit | - in Medienstatements<br>- bei Gegenstrategiedebatten (bspw. Maßnahme Böhmer)   | Das Problem ist ein spezifisch Ostdeutsches. Es hat mit der DDR-/SED-Vergangenheit bzw. Wendeerfahrung zu tun.  | CDU/C<br>SU,<br>SPD                     |

## 7 Der Fall als Referenz (Phase 3)

In Phase 3 erwähnen Politiker und Vertreter der Bundesregierung den Fall Mügeln nicht mehr. Der Fall ist nicht mehr auf der Agenda der Bundespolitik. Es gibt keine Narrative, in die er eingebettet wird, er wird nicht erinnert. Dennoch hat die unmittelbare Diskussion über den Fall auf bundespolitischer Ebene zu mehreren mittelfristigen Initiativen beigetragen: Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus wurden – entgegen vorheriger Überlegungen – weitergeführt und weiterfinanziert, es wurde eine gemeinsame Initiative der Integrations- bzw. Ausländerbeauftragten der neuen Bundesländer angestrengt und auch andere auf „Vielfalt und Demokratie“ setzende gesellschaftliche Initiativen wie „Orte der Vielfalt“ erfuhren verstärkt Unterstützung.

# VI. Die Radikale Rechte

## 1 Einführung: Entwicklung der NPD und der *Jungen Freiheit*

Die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) entstand 1964 aus mehreren rechtsradikalen Splittergruppen und der (in Rheinland-Pfalz bereits verbotenen) Deutschen Reichspartei. Sie umfasste zunächst eine heterogene Mischung nationalsozialistischer, antikommunistischer und konservativ-katholischer Strömungen. Kernforderungen der Partei, die viele Alt-Nazis aufnahm, waren die deutsche Wiedervereinigung und eine Revision der Oder-Neiße-Grenze. Zwischen 1966 und 1968 zog die junge Partei in sieben Landesparlamente ein. Nachdem sie bei den Bundestagswahlen 1969 überraschend an der 5% Hürde scheiterte (4,3% der Stimmen), wurde sie von inneren Richtungskämpfen zermürbt.<sup>689</sup>

Unter ihrem Parteivorsitzenden Udo Voigt (seit 1996<sup>690</sup>) gelang es der NPD, sich von ihrer Bedeutungslosigkeit seit den 70er Jahren zu emanzipieren. Noch im Jahr seiner Wahl gab sich die Partei ein neues Parteiprogramm: Es ist nationalistisch und völkisch, enthält anti-kapitalistische und nationalrevolutionäre Elemente und befürwortet einen nationalen Sozialismus. Die NPD ist offen systemfeindlich und propagiert ein biologistisches Rassenkonzept mit daraus abgeleiteten politischen Forderungen (u.a. Enteignung und Ausweisung von Deutschen mit Migrationshintergrund).<sup>691</sup> Unter Voigt knüpfte die NPD neue Netzwerke, insbesondere in „Mitteldeutschland“ – ein Begriff der die fünf neuen Bundesländer im Osten der Bundesrepublik bezeichnet und weitergehende Gebietsansprüche markiert. Zudem erschloss sie sich den Zugang zu der sich seit den 90iger Jahren ausbreitenden neonazistischen Subkultur. 1998 verabschiedete die NPD auf ihrem Bundesparteitag ein „Drei-Säulen-Konzept“, mit dem sie sich von ihrer althergebrachten Rolle als reine Wahlpartei verabschieden will: Neben dem „Kampf um die Wähler/Parlamente“ (vorerst lokal und regional, dann national) propagiert sie nun auch den „Kampf um die Straße“ (Sympathisanten vor

---

689 Vgl. Stöss (2010), S. 76.

690 Im November 2011 löste Holger Apfel, der 2007 NPD-Fraktionsvorsitzender im sächsischen Landtag ist, Voigt als Parteivorsitzenden ab.

691 Vgl. NPD (Hrsg.), 1997; NPD (Hrsg.), 2002; NPD (Hrsg.), 2006.

Ort mobilisieren) und „um die Köpfe“ (verstärkte Schulung von Parteimitgliedern und Schaffung intellektueller Netzwerke).<sup>692</sup> Ende 2004 wurde das Konzept um eine vierte Säule ergänzt, den „Kampf um den organisierten Willen“ (Eini-gung der radikalen Rechten, Überwindung der Zersplitterung). Dahinter steht die Überzeugung, dass Wahlerfolge nur durch Kooperation mit anderen Rechtsparteien und den „Freien Kameradschaften“ erzielt werden können.<sup>693</sup> Ausgebaut hat die NPD zudem die gezielte Ansprache Jugendlicher. So wirbt sie mit einer seit 2006 in verschiedenen Versionen publizierte *NPD-Schulhof-CD* für rassistisches und extrem rechtes Gedankengut.<sup>694</sup>

Somit hat sich eine strategische Ausweitung der NPD von einer klassischen politischen Partei mit besitzbürgerlicher, „weicher“ Ausrichtung hin zu einer Organisation mit Bewegungskarakter<sup>695</sup> und sozialrevolutionärer, „harter“ Ausrichtung<sup>696</sup> vollzogen. Diese Entwicklung muss auch als Reaktion auf den Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland und seine repressiven Strategien gegen Rechtsextremismus verstanden werden.<sup>697</sup> Im Wechselspiel mit dem repressiven Staat haben sich Rechtsextreme in Deutschland weitgehend ihrer festen und damit fassbaren Strukturen entledigt. Die NPD knüpft inzwischen erfolgreich an dieses „Spiel“ zwischen Rechtsextremen und Staat an: Sie steigt ein in die Subkultur, aber auch in die parlamentarische Auseinandersetzung, und versucht, eine auf Provokation bedachte „Gegenwelt“ zu gestalten.<sup>698</sup> Wissenschaft und Politik sind sich weitgehend einig, dass die Partei zumindest verfassungsfeindlich, wenn nicht gar verfassungswidrig ist.<sup>699</sup> Dass sie nicht verboten ist, liegt vor allem an dem Scheitern des ersten Verbotsverfahrens (2001-2003) aufgrund von Verfahrensfehlern, insbesondere wegen der Rolle der V-Männer, und an der Sorge

---

692 Apfel, 1999, S. 469f., 359f.

693 Vgl. hierzu ausführlich: Schulze (2009).

694 Vgl. Schellenberg (2011b). Grundlage der Auseinandersetzung dieses Unterrichtspaketes ist die *NPD-Schulhof-CD* (verschiedene Versionen).

695 Vgl. hierzu Minkenberg (1998).

696 Pfahl-Traughber (2009), S. 89.

697 Vgl. Schellenberg (2008b).

698 Vgl. Schellenberg (2011a), S. 60-63.

699 Verfassungsfeindlich ist die Ansicht einer Person, bzw. Gruppe (Parteien, Vereinigungen), wenn sie die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ablehnt oder nicht anerkennt. Für die Beobachtung dieser Akteure ist der Verfassungsschutz zuständig; verfassungswidrige Parteien müssen auf Feststellung des Bundesverfassungsgerichts verboten werden. Die Verfassungswidrigkeit kann nur das Bundesverfassungsgericht feststellen. Die politische Diskussion hierüber schwillt nach dem Fall Mügeln wieder an. Vgl. Teil Bundespolitik, Strategien, NPD-Verbot.

einiger Innenminister, die NPD könnte mit einem Verbot noch stärker im schwer kontrollierbaren Untergrund versinken.<sup>700</sup>

In den 90iger Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt des Rechtsextremismus von den alten in die neuen Bundesländer.<sup>701</sup> Ende der 90er Jahre entwickelte sich der sächsische NPD-Landesverband prächtig, so dass er bereits Mitte der 1990er Jahre etwa zweihundert Personen umfasste. Im Jahr 1998 zählte die NPD in Sachsen 1.400 Mitglieder. Mit etwa einem Drittel aller Parteimitglieder wurde Sachsen zum bedeutendsten NPD-Landesverband. Die Mitglieder sind meist jung, männlich, aus den unteren sozialen Schichten mit Sympathien oder Zugehörigkeit zur neonazistischen Kameradschafts-Szene,<sup>702</sup> teilweise auch ehemalige Aktivisten aus inzwischen verbotenen neonazistischen Gruppierungen.<sup>703</sup> Wenngleich die Partei bis zum Jahr 2000 wieder ein knappes Drittel der Mitglieder verlor, blieb der sächsische Landesverband der bundesweit stärkste.<sup>704</sup> Charakteristikum und Teil ihres Erfolges ist ihre enge Verbindung mit dem gewalttätigen Neonazi-Spektrum. Diese zeigt sich auch durch Kreistagskandidaten der NPD (2004 und 2008), die in der gewalttätigen rechtsextremen Szene bekannt sind und häufig einschlägige Verurteilungen wegen Körperverletzung und Propagandadelikten haben.<sup>705</sup>

Neben der Stärke des sächsischen NPD-Landesverbandes besitzt Sachsen eine ausgeprägte Kameradschafts- und Neonazi-Szene und verzeichnet eine relativ hohe Anzahl „politisch rechts motivierter“<sup>706</sup> Gewalttaten.<sup>707</sup> Daten von zivilgesellschaftlichen Organisationen<sup>708</sup> oder des Sächsischen Verfassungsschutzes belegen einen Zuwachs an Straftaten und Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund. Insgesamt zeichnet sich die Neo-Nazi-Szene in ostdeutschen Städten und Gemeinden stärker als im Westen durch gemeinsame Freizeitgestal-

---

700 Liberal geprägte Parteien wie die Grünen sprechen sich häufig gegen ein Verbot aus, weil sie die demokratische Auseinandersetzung auch mit dieser Partei führen wollen und andere Konzepte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus für zielführender halten (z.B. Stärkung zivilgesellschaftlichen Gegen-Engagements).

701 Vgl. Stöss (2010), S. 102f.

702 Die Neo-Nazi-Kameradschaften entwickelten sich als Reaktion auf die Verbotschwelle gegen rechtsextreme Organisationen Anfang der 90iger Jahre und stellt zudem eine bewusste Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Parteien, die als zu „systemkonform“ empfunden wurden, dar. Vgl. Schellenberg (2012a).

703 Vgl. auch Steglich (2005).

704 Vgl. Pfahl-Traughber (2009), S. 89.

705 Vgl. Jennerjahn (2008), S. 12.

706 Entsprechend der polizeilichen Erfassungskriterien, die der Verfassungsschutz anwendet und nach denen Gewalttaten aufgelistet werden.

707 Vgl. Pfahl-Traughber (2000).

708 Vgl. u.a. E-Chronik der RAA Sachsen: [http://www.raa-sachsen.de/index.php?Itemid=3&option=com\\_content\(1.03.2013\)](http://www.raa-sachsen.de/index.php?Itemid=3&option=com_content(1.03.2013)).

tung und weniger exklusiv durch politische Aktionen aus. Die Jugendlichen und jungen Menschen sind oft täglich zusammen, ob in der Eckkneipe, am Kiosk, in ihren Wohnungen, auf Konzerten oder bei einem Aufmarsch.<sup>709</sup> So wurden für 2007, dem Jahr des Übergriffs in Mügeln, 2.144 Straftaten (politisch motivierte Kriminalität „rechts“ insgesamt: 2.154) und 90 Gewalttaten verzeichnet, 2004 waren es noch 1.318 Straftaten und 63 Gewalttaten.<sup>710</sup> Aufgrund eines Rückgangs von Parteimitgliedschaften bei DVU und NPD geht die Anzahl der vom Staat erfassten Rechtsextremen im Jahr 2007 nach Angaben des Sächsischen Verfassungsschutzes allerdings leicht zurück (um ca. 180 Personen auf ca. 3000). Verstärkten Zulauf haben unterdessen die „Freien Kräfte“,<sup>711</sup> inklusive der Kameradschaften. Besondere Bedeutung kommt dabei den Neonationalsozialisten zu, deren Zahl von 550 (2006) im Jahr 2007 auf ca. 720 angestiegen ist. Die Anhängerschaft der übrigen Kameradschaften und gewaltbereiten Rechtsextremisten ist zurückgegangen, aber mit ca. 1.280 Personen (2006: ca. 1.500)<sup>712</sup> weiterhin hoch. Auch die rechtsextreme Subkultur floriert in Sachsen. Es gibt nicht nur eine große Anzahl rechtsextremer Musikgruppen, auch Konzerte finden regelmäßig statt. Der Verfassungsschutz zählt 42 Konzerte im Jahr 2007 und eine durchschnittliche Teilnehmerzahl von 160 Personen pro Konzert.<sup>713</sup> Das Bundesland Sachsen verfügt im Bundesvergleich neben Bayern über die höchste Dichte rechtsextremer Vertriebsstrukturen.<sup>714</sup>

Dass die NPD subkulturelle rechtsextreme Milieus an sich bindet, heißt nicht, dass sie nicht auch den Kontakt zu „normalen Bürgern“ sucht. Im Gegenteil, die Partei bemüht sich um Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft. In sich als abgehängt begreifenden Bevölkerungsteilen und Gegenden (strukturschwach, Bevölkerungsrückgang) gelingt es ihr, für breitere Wählerschichten attraktiv zu sein: Im Jahr 2007 verfügt die Partei in einigen Gegenden, fast ausschließlich in ostdeutschen Bundesländern, über eine recht aktive und stabile Unterstützung, die sich in Mandaten in Stadt- und Gemeinderäten manifestiert. Zudem ist sie in

---

709 Vgl. Speit (2004), S. 21.

710 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern u. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2008b, S. 58f.

711 Unorganisierte gewaltbereite Rechtsextreme, insbesondere ehemalige Mitglieder verbotener Organisationen.

712 Vgl. Sächsischen Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2008a, S. 5.

713 Vgl. ebenda, S. 21.

714 Unter den bundesweit bedeutenden Vertrieben befindet sich u.a. PC-Records. Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, August 2008.

Sachsen (Wahlen 2004: 9,2%) und Mecklenburg-Vorpommern (Wahlen 2006: 7,3%) im Landtag vertreten.<sup>715</sup>

Als die NPD 2004 mit zwölf Mandaten in den Sächsischen Landtag einzog, war sie kaum arbeitsfähig, jedoch entwickelte sie schnell Strategien, um mit den neu gewonnenen Möglichkeiten umzugehen.<sup>716</sup> Seit 2005 stellte die NPD-Fraktion jährlich mehrere hundert kleine Anfragen (2005: 514, 2006: 719) und versuchte auch über große Anfragen und Anträge ihre Ideologie und Gesellschaftsicht im Landtag zu thematisieren<sup>717</sup> und in die Öffentlichkeit zu tragen.<sup>718</sup> In Mügeln und dem Landkreis Torgau-Oschatz gibt es 2007 keine NPD-Vertreter in politischen Ämtern. Allerdings sitzen Vertreter der DSU im Mügelnener Gemeinderat. Die rechtsextreme Subkultur – die häufig eng verwoben ist mit Aktivitäten und Personal der NPD – ist auch im Landkreis Torgau-Oschatz aktiv. Das bezeugen etwa rechtsextreme Konzerte (beispielsweise in Schildau).<sup>719</sup> Zudem erregte die rechtsextreme Kameradschaftsszene im zwölf Kilometer nordöstlich von Mügeln liegenden Oschatz am 1. Mai 2007 Aufsehen. Sie veranstaltete mit etwa 150 Teilnehmern eine nicht angemeldete Demonstration, die schließlich von der Polizei beendet wurde. Die Teilnehmer gehörten überwiegend den „Freien Nationalisten“<sup>720</sup> an und kamen vor allem aus Sachsen und Brandenburg.<sup>721</sup>

Die *Junge Freiheit* (JF) ist eine überregionale deutsche Wochenzeitung, die 2007 in einer Auflage von 20.000 Exemplaren<sup>722</sup> erscheint. Chefredakteur Dieter Stein

715 Ein relativ gutes Ergebnis gelang ihr auch im Saarland (2004: 4%) – sie konnte es aber 2009 nicht wiederholen. Regionale und lokale Erfolge kann sie zudem in Thüringen und (im Verbund mit der DVU bzw. später alleine) in Sachsen-Anhalt und Brandenburg erzielen.

716 Vgl. Fisher (2008), S. 64.

717 Vgl. ebenda, S. 64ff.

718 In den Jahren 2006 und 2007 ging die Anzahl der von der NPD gestellten kleinen und großen Anfragen allerdings wieder zurück – was personelle Ursachen hatte, aber auch strategische Gründe. Personell: Der Tod des Abgeordneten Uwe Leichsenrings, der Austritt dreier Abgeordneter aus der Fraktion sowie die Verwicklung eines Abgeordneten in einen Kinder-Porno-Skandal und dessen Ausscheiden sowie die Abgabe von kompetentem Personal nach Mecklenburg-Vorpommern nach dortigem Wahlerfolg. Strategisch: Die NPD wollte sich stärker außenparlamentarisch engagieren. Vgl. Jürgen Gansel dazu: „Wir begeben uns nicht ins Hamsterrad.“ Vgl. Beier et al (2006).

719 Vgl. Sächsischen Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2008a, S. 21.

720 Die Eigenbezeichnung der neonazistischen Gruppierung soll die Abgrenzung zu politischen Parteien ausdrücken.

721 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen u. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, 2008, S. 11; E-Chronik der RAA-Sachsen vom 1.05.2007. [http://www.raa-sachsen.de/index.php?Itemid=3&limitstart=1144&option=com\\_content](http://www.raa-sachsen.de/index.php?Itemid=3&limitstart=1144&option=com_content) (12.12.2011).

722 Vgl. Wamper (2008), S. 11.



gründete die JF, die heute ihren Sitz in Berlin hat, 1986 in Freiburg i. Br., ursprünglich als Schüler- und Studentenzeitung der *Freiheitlichen Volkspartei*<sup>723</sup>. Die Zeitung behandelt aktuelle politische Themen. Seite zwei ist als Meinungsseite gestaltet; Seite drei präsentiert stets ein Interview. Die folgenden Seiten sind in die Rubriken *Politik, Hintergrund, Forum, Geschichte & Wissen, Kultur*, sowie *Wirtschaft & Umwelt* untergliedert. Selbst gestecktes Ziel der JF ist es, „die große kulturelle und geistige Tradition der deutschen Nation in Ehren“ zu halten und „die Bewahrung der Identität und der Freiheit der Völker der Welt“ zu forcieren.<sup>724</sup> Die Zeitung möchte dazu beitragen, Begriffe zu besetzen oder zu prägen und die Perzeption über Themen zu verändern, um politisch-kulturelle Hegemonie zu erringen.<sup>725</sup>

Die *Junge Freiheit* gilt in der Forschung als zentrales Forum einer „Neuen Rechten“ in Deutschland.<sup>726</sup> Die „Neue Rechte“, ursprünglich in Frankreich als Gegenmodell zur linken Studentenbewegung der 60er Jahre gegründet, bezieht sich in Deutschland auf autoritäre und elitäre Denkschulen der „Konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik (u.a. Carl Schmitt und Ernst Jünger) und sucht sich gegenüber der nationalsozialistisch oder faschistisch geprägten „alten Rechten“<sup>727</sup> abzugrenzen.<sup>728</sup> Die „Neue Rechte“ bezieht sich auf den italienischen Kommunisten und Soziologen Antonio Gramsci. Sie möchte gezielt gesellschaftliche Diskurse prägen und setzt dabei auf die Ansprache gesellschaftlicher Eliten. Das strategische Ziel der „Neuen Rechten“ ist eine „Kulturrevolution von rechts“.<sup>729</sup> Die JF bietet neurechten Diskursen und Strategiedebatten eine Plattform. Armin Pfahl-Traughber beschreibt die „Neue Rechte“ als „intellektuelle(s) Brückenspektrum zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus“, die zu einer „Erosion der Abgrenzung“ führe<sup>730</sup> und als intellektueller, heterogener Teil dem Rechtsextremismus zugerechnet werden könne. Sie wolle demokratisch-konservative, rechtsradikale und rechtsextreme Positionen verschmelzen, um die rechtsextreme Position aufzuwerten.<sup>731</sup> Gessenharter spricht der „Neuen Rechten“ eine „Scharnierfunktion“ zwischen Konservativismus und Rechtsex-

723 Sie wurde am 4. Mai 1985 von Franz Handlos gegründet, der die Republikaner als Bundesvorsitzender nach Auseinandersetzungen verlassen hatte. Die Partei blieb relativ erfolglos und trat Anfang der 90er Jahre nicht mehr öffentlich in Erscheinung.

724 Selbstverständnis der *Jungen Freiheit*: „Über uns“ [www.jungefreiheit.de/UEber-uns.47.0.html](http://www.jungefreiheit.de/UEber-uns.47.0.html) (20.5.2011).

725 Vgl. Stein, Dieter: „Konservative und ‚Neue Rechte‘ brauchen langen Atem – Die stille Revolution.“ JF 20/19. Mai 1995.

726 Vgl. u.a. Benthin (2004), S. 16; Gessenharter (2004), S. 211.

727 Vgl. Ignazi (2003).

728 Vgl. weiterführend: Pfahl-Traughber (1998).

729 de Benoist (1985), S. 46; Vgl. ausführliche Analyse von Benthin (2004).

730 Vgl. Pfahl-Traughber (1994), S. 160.

731 Pfahl-Traughber (2001), S. 46f.

tremismus zu, welche die Funktion hat, rechtsradikale Forderungen auch in konservativen Kreisen (etwa der CDU/CSU) akzeptabel zu machen.<sup>732</sup> Dies zeige sich bei der *Jungen Freiheit* darin, dass sie demokratische Politiker zu Interviews einlade, mit denen sie öffentlich für sich werbe,<sup>733</sup> und gleichzeitig rechtsextreme Stammautoren (u.a. den Repräsentanten der *Nouvelle Droite* Alain de Benoist) präsentiere und Diskurse führe.<sup>734</sup> Gessenharter betont, dass die *Junge Freiheit* es schaffe, die Grenzen zwischen rechtskonservativ und rechtsextremistisch aufzuheben.<sup>735</sup>

Pechtel betrachtet die ideologische Ebene bei seiner Analyse von dreißig JF-Artikeln: Er resümiert, die Zeitung vertrete einen aus der Weimarer Zeit bekannten Kulturpessimismus, der eine Zerstörung der Nation und des Nationalstolzes behaupte. Schuldig gesprochen an einer Umwertung der Werte werde die Achtundsechziger-Generation, der politische Liberalismus, „Überfremdung“ und eine „neurotische“ Vergangenheitsbewältigung der NS-Zeit.<sup>736</sup> Rainer Benthin wendet die Perspektive (von der ideologischen zur organisatorischen Ebene), indem er die *Junge Freiheit*, als eines der wichtigsten Organe der „Neuen Rechten“ in Deutschland begreift und sie als einen mobilisierenden kollektiven Akteur, der intentional und zielgerichtet handelt, in einen breiteren Handlungszusammenhang einordnet.<sup>737</sup>

Seit Mitte der 1990er Jahre wird die JF von einzelnen Landesämtern für Verfassungsschutz beobachtet.<sup>738</sup> Im Bericht des Landes Baden-Württemberg wird sie seit 1997 erwähnt. Die JF führte einen jahrelangen Rechtsstreit gegen ihre verfassungsschutzrelevante Einordnung. 2005 entschied das Bundesverfassungsgericht mit Verweis auf die Pressefreiheit zugunsten der *Jungen Freiheit*. Seither ist ihre Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht juristisch erschwert, die Zeitung wird jedoch weiterhin durch Landesverfassungsschutzämter

---

732 Vgl. Gessenharter (1994).

733 Vgl. Liste der Interviewpartner auf der Homepage der Zeitung.

734 Richard Stöss spricht von einem „Brückenspektrum“ zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus.

735 Wolfgang Gessenharter zeichnet dieses u.a. in seinem Artikel „Die Junge Freiheit und Carl Schmitt“ nach und zeigt den dafür verantwortlichen sogenannten „Schmittismus“ der JF auf. Carl Schmitt, „einer der wirkmächtigsten intellektuellen Zerstörer der Weimarer Republik und Steigbügelhalter der Nazis bei ihrer Machtergreifung“, werde von der JF als Vorbild ausgegeben und heroisiert und sein „Freund und Feind“-Denken implementiert. Vgl. Gessenharter (2008); vgl. auch Gessenharter (2007), insbesondere S. 88.

736 Vgl. Pechel (2007), S. 95ff.

737 Vgl. Benthin (1996).

738 Der Landesverfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalens erwähnte die JF 1995 mit der Begründung, es gebe „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“.

(Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg) beobachtet.<sup>739</sup> Eine Kooperation mit der JF als Interviewpartner oder Autor wird in der Politik und in den Medien divers diskutiert. Politiker wie Jörg Schönbohm (CDU), Peter Gauweiler (CSU), Jürgen Möllemann (FDP) und Egon Bahr (SPD) gaben der Zeitung Interviews. Journalisten wie Günter Zehm (ehemals leitender Redakteur der *Welt*), Karl Feldmeyer (ehemaliger FAZ-Redakteur) und Peter Scholl-Latour (Nahostberichterstatler und Reisejournalist) schreiben regelmäßig für die JF. Einige Personen wie Charlotte Knobloch (Zentralrat der Juden) und Heinz Buschkowsky (Bürgermeister des Bezirks Berlin Neukölln, SPD), die der Zeitung ein Interview gaben, sprachen später öffentlich ihr Bedauern darüber aus. Akteure wie der Zentralrat der Juden und Teile der SPD beschlossen, mit der Zeitung – aufgrund ihrer rechtsradikalen Ausrichtung – nicht mehr zu sprechen.<sup>740</sup>

## 2 Die NPD: Interpretation und Problemanalyse

Unmittelbar nach dem Übergriff in Mügeln richtet sich die NPD mit diversen Aktionen an die Öffentlichkeit: Der NPD-Landesvorsitzende Petzold verfasst einen Brief an die Mügelner Bürger, die NPD stellt mehrere Kleine Anfragen und eine *Große Anfrage* an die sächsische Staatsregierung und initiiert eine Debatte im Landtag, in den sie auch einen *Entschließungsantrag* einbringt.

### *Große Anfrage der NPD*

Die NPD-Fraktion stellt am 31. August 2007 eine Große Anfrage an die sächsische Staatsregierung mit dem Titel „Schlägerei beim Mügelner Altstadtfest am 18./19. August 2007“.<sup>741</sup> In der Vorbemerkung wird bereits deutlich, dass die NPD dem Fall große Bedeutung zumisst und in Frage stellt, ob die Staatsregierung diesen sorgfältig und aufklärend bearbeitet.<sup>742</sup> Die insgesamt 150 Fragen sind zum Teil umständlich gestellt und enthalten viele Wiederholungen. Die Fragepraxis erinnert – wenngleich die Fragen nicht besonders versiert klingen –

739 Vgl. Braun und Vogt (2007), S. 8f.

740 2005 beschloss die Berliner SPD auf einem Landesparteitag, nicht mehr mit der JF zusammenzuarbeiten und ihr keine Interviews mehr zu geben. Vgl. SPD Berlin, Landesparteitag, November 26, 2005, S. 66; SPD Bundesvorstand, 2007, S.6; *Berliner Zeitung* vom 30. Oktober 2000: „Keine Interviews mehr für rechte Zeitungen. Beschluss des Direktoriums des Zentralrats der Juden.“ <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2000/1030/none/0099/index.html> (1.03.2013).

741 NPD Fraktion im Sächsischen Landtag, August 31, 2007: Drucksache 4/9692.

742 Vgl. ebenda, S. 1.

an Fragen, die Richter im Verhör stellen. Damit wird der Eindruck vermittelt, es müssten bei der sächsischen Staatsregierung elaborierte Fragen gestellt werden, um die Wahrheit zu erfahren.

Die NPD nimmt eine klare Trennung der Festbesucher nach ethnischen bzw. nationalen Kriterien vor: Sie bezeichnet die Opfer des Übergriffs als „die Inder“ oder „die Ausländer“ und trennt sie begrifflich von den „deutschen“ Festbesuchern. Darüber hinaus wird die Gruppe der Opfer negativ konnotiert, u.a. indem sie durch mehrere Fragen mit dem Erhalt von „Sozialleistungen“ und der Verübung von „Straftaten“ in Verbindung gebracht wird.<sup>743</sup> Die NPD-Fraktion versucht, den indischen Opfern die Schuld an dem Übergriff zuzuschieben. Als Zeugnis für eine mögliche Schuld zitiert sie aus einem Bericht des Magazin *Focus* vom 27. August 2007<sup>744</sup>, der nahe legt, dass „die Inder“ die Schlägerei angefangen und mit abgebrochenen Glasflaschen auf „Deutsche“ eingestochen hätten.<sup>745</sup> Mit Fragen nach einer angeblich ausschlaggebenden „Erstprovokation“ und nach dem genauen Tathergang, versucht die NPD zu suggerieren, dass die „Ausländer“ schuld an der „Schlägerei“ waren.<sup>746</sup> Um die Schuld „der Inder“ nahezulegen bemüht die NPD einen Strauß an (klassisch rassistischen) Vorwürfen: So seien Frauen belästigt worden,<sup>747</sup> ein älterer deutscher Festbesucher sei umgestoßen worden,<sup>748</sup> ein am Boden liegender Deutscher umringt,<sup>749</sup> deutschfeindliche Beleidigungen geäußert<sup>750</sup> und abgeschlagene Glasflaschen von den Indern im Kampf eingesetzt worden.<sup>751</sup> Zudem bringt die NPD „die Inder“ mit militanten, extremistischen Gruppierung in Zusammenhang, womit sie deren Aggressivität und Schuld unterstreichen möchte. In Frage 110 heißt es:

---

743 Beispiele sind: „Welche Kenntnisse liegen der Staatsregierung darüber vor, welche der an den Ereignissen in Mügeln beteiligten Inder derzeit jeweils Sozialleistungen welcher Art und Höhe beziehen?“ Ebenda, Frage 104. „Welche bzw. wie viele in Mügeln ansässige Personen welcher ausländischen Herkunft sind seit 1990 wegen welcher Delikte straffällig geworden? (Bitte nach Ethnien gruppiert jahresweise darstellen!)“ Ebenda, Frage 13; ähnlich u.a. Frage 98, 100. Eine nach Ethnien kategorisierte Auflistung von Straftätern gibt es in Deutschland nicht, allerdings weist die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) „ausländische“ Tatverdächtige aus, wobei auf die statistische Problematik im Vorwort hingewiesen wird.

744 Auf den *Focus*-Bericht wird in der Medien-Analyse eingegangen, siehe Teil „Medien I“, B 1.1. und B 2.2.

745 Vgl. hierzu NPD Fraktion im Sächsischen Landtag, August 31, 2007: Drucksache 4/9692, u.a. Fragen 44 ff., Frage 139.

746 „Welche Kenntnisse liegen der Staatsregierung darüber vor, wer wen auf welche Weise zu welchem Zeitpunkt an welcher Örtlichkeit beim Mügeln Altstadtfest zuerst provoziert hat?“ Ebenda, Frage 17, vgl. auch Frage 18.

747 Ebenda, Frage 81

748 Ebenda, Frage 24.

749 Ebenda, Frage 28.

750 Ebenda, Frage 32.

751 Ebenda, Frage 40.

„(...) Würde im Hinblick auf eine Einschätzung des Aggressionspotentials aller an den Ereignissen beteiligten Personen durch die ermittelnde Sonderkommission der Polizei bisher geprüft, ob die beteiligten Inder möglicherweise dieser militanten ‚Khalsa-Bruderschaft‘ oder einer der auch in Westeuropa agierenden extremistischen Sikh-Organisation wie z. B. der ‚Babbar Khalsa‘ angehören?“<sup>752</sup>

Auch will die NPD-Fraktion von einem „kleinen Dolch“, einem Symbol der erwähnten militanten Bruderschaft, als Tatwaffe der Inder wissen. Während die NPD mit ihren Fragen impliziert, dass die sächsische Staatsregierung „die Inder“ möglicherweise nicht gewissenhaft und ordnungsgemäß untersucht habe,<sup>753</sup> präsentiert sich die Partei selbst als „Verteidigerin“ der Täter, die sie pauschal als „die Deutschen“ kategorisiert. „Die Deutschen“ würden zu Gunsten „der Ausländer“ bzw. „der Inder“ von Medien und Politik benachteiligt; das zeige sich darin, dass ihre Verletzungen in der Diskussion nicht thematisiert würden.<sup>754</sup> Insgesamt werden „die Ausländer“ als kriminell, aggressiv und extremistisch – als typische Täter – dargestellt.

Mit mehreren Fragen wird versucht, Unstimmigkeiten zwischen Staatsregierung, Polizei und den Opfern herauszustellen und damit die Integrität der Opfer zu diskreditieren.<sup>755</sup> So werden die indischen Opfer mit der Klage zitiert, sie seien auf der Polizeistation nicht gut behandelt worden. Entsprechende Zitate werden mit Aussagen der Polizei kontrastiert, die betonen, man hätte die Inder ordnungsgemäß behandelt und diese sollten sich nicht in eine „Opferrolle hineinsteigern“.<sup>756</sup> Durch entsprechende Fragen werden die Opfer von der NPD diffamiert und verhöhnt:

„Inwiefern sind Vorwürfe der an den Ereignissen in Mügeln beteiligten Inder zutreffend, daß sie auf dem Polizeirevier in Oschatz acht Stunden lang in einem ‚kalten Vorraum‘ warten mußten?“<sup>757</sup>

„Wie hoch war die Temperatur in diesem ‚kalten Vorraum‘ und warum wurde der Raum für die – im August – offensichtlich frierenden Inder nicht beheizt?“<sup>758</sup>

Es wird damit nahe gelegt, dass „die Inder“ zu Unrecht die Polizei kritisieren. Die Schlussfolgerung, welche die NPD impliziert ist: „Die Inder“ sind im Un-

752 Vgl. ähnlich Frage 112, ebenda.

753 Vgl. ebenda, Frage 12.

754 Vgl. ebenda, Frage 43.

755 Vgl. ebenda, Frage 133.

756 Ebenda, Frage 133.

757 Ebenda, Frage 128.

758 Ebenda, Frage 129.

recht und die Staatsregierung sollte sie nicht als Opfer betrachten und verteidigen.

Eine weitere Intention der großen Anfrage ist es, Gruppen, die den Übergriff als fremdenfeindlich oder rechtsextrem einordnen, zu diffamieren und ihnen die Glaubwürdigkeit abzusprechen. So versucht die NPD, Zeugen zu diskreditieren, die Journalisten gegenüber ausgesagt haben, dass die Parolen „Ausländer raus!“ und „Hier regiert der nationale Widerstand!“ während des Übergriffs gerufen wurden. Als prototypischer Feind der NPD wird dabei eine Person herausgegriffen, die sich in der *Oschatzer Allgemeinen* zu dem Übergriff geäußert hatte. Sie wird als ein „sogenannter antifaschistischer Aktivist der *Grünen* Jugend Sachsen“<sup>759</sup> beschrieben, was ihn politisch diskreditieren und die Glaubwürdigkeit seiner Aussagen in Frage stellen soll. Neben dem politischen Feindbild in Figur des grünen Antifaschisten sind für die NPD-Fraktion Ausländer und Migranten keine glaubwürdigen Zeugen.<sup>760</sup> Ein weiteres Feindbild ist die Repräsentantin für die Integration von Ausländern in Sachsen, die Ausländerbeauftragte Frederike de Haas (CDU). Mehrere Fragen zielen darauf ab, ihre Arbeit zu diskreditieren. Sie müsse nach dem Vorfall in Mügeln ihre Ausländerpolitik ändern.<sup>761</sup> Ihre Integrationspolitik sei gescheitert und müsse revidiert werden, damit „die Ausländer“ gezwungen werden können, sich den „europäischen Sitten gemäß friedlich und zivilisiert in ihrem Gastland (zu) verhalten“<sup>762</sup> Die Argumentation richtet sich – wie bei den anderen einzeln angesprochenen Personen – nicht gegen die Ausländerbeauftragte allein, sondern gegen das, was sie für die NPD repräsentiert: die gegenwärtige Integrationspolitik. So führe die Integrationspolitik zu Übergriffen auf Deutsche wie in Mügeln.

Eine weitere Feindgruppe stellen „die Medien“ dar. Sie betrieben eine zum „Nachteil der Einwohner der Stadt Mügeln, der Bürger des Freistaats Sachsen und des gesamten deutschen Volkes erfolgte einseitige Berichterstattung“, die „in der Öffentlichkeit ein verzerrtes Bild der Geschehnisse“<sup>763</sup> entstehen lasse. Zu einem Argument gegen die Interpretation des Falls als fremdenfeindlich oder rechtsextrem motiviert macht die NPD den in den Medien vielfach gebrauchten Begriff einer „Hetzjagd“ (auf die Inder).<sup>764</sup> Die NPD thematisiert diesen Begriff

---

759 Ebenda, Frage 85.

760 Das zeigen Fragen wie: „Welche Kenntnisse liegen der Staatsregierung darüber vor, wie viele jener Zeugen, welche in dem Bericht der „*Oschatzer Allgemeinen*“ vom 21. August 2007 mit der Überschrift „Der Tag danach“ zitierte Tatsachenbehauptung des [Name geschwärzt] aus Oschatz gleichlautend bestätigten, Zeugen welcher ausländischen Herkunft waren?“ Ebenda, Frage 90, ähnlich auch Frage 79.

761 Vgl. ebenda, Frage 148.

762 Ebenda, Frage 150.

763 Ebenda, Nachwort zur Anfrage.

764 Zur Verwendung des Begriffs „Hetzjagd“ in den Medien vgl. den Medien-Teil II, B.1.2.

und möchte belegen, dass er unzutreffend ist, weil der Weg einer möglichen Verfolgung zu kurz für eine Hetzjagd gewesen sei. Über diesen Einzelaspekt versucht die Partei den Wahrheitsgehalt an der Einschätzung des Falls insgesamt in Frage zu stellen (*pars pro toto*).<sup>765</sup> Darüber hinaus behauptet die NPD, die Medien denunzierten Mügeln insgesamt als fremdenfeindlich und rechtsextrem, obwohl „die Deutschen“ nicht an der Gewalteskalation schuld seien.<sup>766</sup> Die NPD selbst geriert sich als Verteidigerin der Bürger gegen diese (angebliche, kollektive) Verurteilung. Sie gibt vor, die Mügeln Bürger vor dem pauschalen und ungerechten Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus in Schutz nehmen zu müssen. So legt die NPD in ihrer großen Anfrage nahe, dass die Stadt Mügeln nur dann rehabilitiert werden kann, wenn die Ausgangssituation des Übergriffs neu interpretiert wird. Dabei verknüpft sie zwei Sachverhalte miteinander: Das Thema „Ansehen Mügeln“ und die Schuldfrage. Mügeln könne nur rehabilitiert werden, wenn „die Ausländer“ Ausgangspunkt der Aggression waren, „die (echten) Deutschen“ freigesprochen würden und ihr Verhalten richtig, sinnvoll und verständlich erscheint. Die Angreifer im Fall Mügeln werden zur Gruppe der Mügeln und der völkischen, „echten“ Deutschen erweitert. Zu den „echten“ Deutschen gehören allerdings – auch das verdeutlichen die Fragen – weder die Integrationsbeauftragte noch der „antifaschistische“ Vertreter der „Grünen Jugend“. Die „echten“ Deutschen seien stattdessen die „völkisch“ (denkenden) Deutschen.

Die Verschiebung des Opfer-Täter-Verhältnisses und die Fixierung einer angeblichen Rufschädigung der Mügeln, der Sachsen und des „gesamten deutschen Volkes“ wird im Nachwort der Großen Anfrage besonders deutlich:

„(...) Die in den Medien zum Nachteil der Einwohner der Stadt Mügeln, der Bürger des Freistaats Sachsen und des gesamten deutschen Volkes erfolgte einseitige Berichterstattung ließ in der Öffentlichkeit ein verzerrtes Bild der Geschehnisse entstehen. // Angesichts der Bedeutungsschwere der weltweit durch die Medien transportierten Vorwürfe ist es umso wichtiger, daß die tatsächlich stattgefundenen Ereignisse und ihr Wirkungszusammenhang einer sachlich-objektiven und politisch wertneutralen Untersuchung zugeführt werden. // Diesem Ziel sieht sich die NPD-Fraktion verpflichtet und will mit dieser Großen Anfrage dazu beitragen (...).“<sup>767</sup>

765 Vor diesem Hintergrund fragt sie mehrfach nach den örtlichen Begebenheiten in Mügeln: „Welche Abmessungen hat der Platz bzw. der Bereich, auf dem das Mügeln Altstadtfest stattfand? (Bitte maßstabsgetreue zeichnerische Darstellung des Festzeltgrundrisses mit Entfernungangaben aller wichtigen Ereignisorte des Gesamtgeschehens zueinander!)“ NPD Fraktion im Sächsischen Landtag, August 31, 2007: Drucksache 4/9692, Frage 15.

766 So fragt die NPD: „Falls dies zutrifft, inwiefern kann nach Auffassung der Staatsregierung angesichts dieser Tatsache das Bild von einem durchgängig „ausländerfeindlichen Mügeln“ noch länger medial aufrechterhalten werden?“ Ebenda, Frage 137.

767 Vgl. ebenda, Nachwort.

Die NPD negiert die Individualität des Einzelnen, er existiert nur als Zugehöriger der Eigen- oder Feindgruppe. Individualität ebenso wie die Vielschichtigkeit von Identitäten jenseits des Nationalen bzw. Völkischen und Politischen existieren nicht. Wenn von einem homogenen Körper „Mügel“ und einem homogenen deutschen Volkskörper ausgegangen wird, kann keine Diskussion über bestimmte problematische Verhaltensmuster von Einzelnen beim Altstadtfest geführt werden, ohne alle Mügelner und Deutschen schuldig zu sprechen und zu verurteilen. Dementsprechend lautet die innere Logik der NPD-Anfrage: Mügel kann nur rehabilitiert werden, wenn die Angreifer, die Mügelner, die Deutschen nicht schuld sind. Das rechtsradikale Weltbild und der Wunsch, dieses an die Bürger zu bringen und auch der Sächsischen Staatsregierung nahe zu legen, bestimmt unverkennbar die Zielrichtung der Fragen und die Gesamtaussage der großen Anfrage.<sup>768</sup>

### *Der NPD-Entschließungsantrag und die Debatte im Sächsischen Landtag*

Die NPD initiiert für den 12. Dezember 2007 eine Landtagsdebatte, bei der ein Entschließungsantrag von ihr eingebracht wird. Der Tagungsordnungspunkt lautet, entsprechend der NPD-Eingabe und Interpretation des Falls: „Schlägerei beim Mügelner Altstadtfest am 18./19. August 2007“.<sup>769</sup> Der NPD-Entschließungsantrag wiederholt die Kernpunkte der Großen Anfrage, verändert aber die Schwerpunktsetzung. Es standen weniger die Diskreditierung der Ausländer und weiterer Feinde der NPD im Zentrum. Vor allem betont, wurde nun die „Vorverurteilung“ der Mügelner und die Notwendigkeit, diese vor Übergriffen der Medien und Politik zu beschützen. So begründet die NPD ihren Antrag mit dem Willen, für das „zu Unrecht gescholtene“ Mügel politisch einzustehen. Sie behauptet auch hier, dass aufgrund verzerrter Berichterstattung ein Bild „zum Nachteil der Einwohner der Stadt Mügel, der Bürger des Freistaats Sach-

768 Vor diesem Hintergrund wäre es wichtig gewesen, dass die sächsische Staatsregierung die innere Logik der NPD-Anfrage entschieden zurückgewiesen hätte. Vgl. ausführlich hierzu im Teil Regionale Politik, Analyse der Antwort des Innenministers im Namen der Sächsischen Staatsregierung auf die Große Anfrage der NPD. Später – in der Landtagsdebatte – reagiert die Staatsregierung allerdings deutlich abweisend gegenüber der NPD. Jedoch nicht gegen die „Kollektivschuld“-Logik (wie hinten ausgeführt), welche die Radikale Rechte anbietet.

769 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692. Mit Redebeiträgen für die NPD beteiligen sich der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel u. der Abgeordnete Jürgen Gansel. Die Debatte ist lebhaft und teilweise aggressiv. Sie zeichnet sich durch viele Zwischenrufe u. häufigen spontanen Beifall aus – nie für die NPD, sondern stets in Abgrenzung zu ihr. Auch kommt es zu spontanen emotionsgeladenen Reden (u.a. des NPD-Abgeordneten Gansel). Am Ende der Debatte wird der NPD-Entschließungsantrag von allen übrigen Parteien geschlossen abgelehnt.



sen und des gesamten deutschen Volkes“ entstanden sei. Daher solle sich der Landtag sowohl „von Gewaltanwendung durch Ausländer und gegen Ausländer, als auch durch Deutsche und gegen Deutsche“ distanzieren, sowie von jeder „Vorverurteilung und Verunglimpfung der Stadt Mügeln und ihrer Bürger“ und „von jeglicher Einflussnahme auf schwebende juristische Verfahren“ distanzieren.<sup>770</sup> Mit der gleichzeitigen Verurteilung von Gewalttaten von Deutschen und Ausländern wird nicht nur die für die NPD charakteristische Dichotomie „Ausländer“ – „Deutsche“ heraufbeschworen, sondern auch eine Auflösung des Täter-Opfer-Verhältnisses betrieben. Ebenfalls wird unterstellt, dass in der Bundesrepublik Deutschland juristische Verfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden können. Der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel beginnt seine Rede im Sächsischen Landtag mit einem auf ein Detail in der Berichterstattung bezogenen Vorwurf gegen „die Medien“, der die gesamte Berichterstattung diskreditieren soll<sup>771</sup>:

„Der Begriff einer angeblichen Hetzjagd durch die Straßen von Mügeln wurde penetrant durch eine faktisch gleichgeschaltete Meinungsindustrie<sup>772</sup> durchgepeitscht.“<sup>773</sup>

Die Medien würden „urteilen, ohne die Fakten zu kennen“.<sup>774</sup> Ferner vergleicht Apfel die Debatte über den Fall Mügeln mit der über ungeklärte (Düsseldorf) bzw. durch öffentliche Verfahren belegt nicht-rechtsextrem motivierte Fälle (Sebnitz), womit er die Debatte über Rechtsextremismus als fehlgeleitet und entsprechende Zuschreibungen im Fall Mügeln diskreditieren will. Fälle wie diese würden zum Anlass genommen, um „eine hysterische Debatte um ein NPD-Verbot ein(zu)läuten“.<sup>775</sup> Die Eingabe ihres Entschließungsantrags begründet die NPD mit dem Entstehen für die Mügeln, die Sachsen und die Deutschen: Es sei aufgrund „böswillig“ „verzerrte(r)“ Berichterstattung ein Bild „zum Nachteil der Einwohner der Stadt Mügeln, der Bürger des Freistaats Sachsen und des gesamten deutschen Volkes“ entstanden.<sup>776</sup> Eine „konzertierte Medienkampagne

770 NPD Fraktion im Sächsischen Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/10657.

771 Dieser Mechanismus wurde bei der Analyse der Großen Anfrage bereits herausgearbeitet.

772 Begriffe wie „Meinungsindustrie“, die charakteristisch für die Sprache der Radikalen Rechten sind, werden unten gesondert analysiert, um die Sicht der NPD auf den Fall u. die Debatte über Rechtsextremismus u. Fremdenfeindlichkeit noch näher bestimmen zu können.

773 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7829. Wir wissen: Der sächsische Ministerpräsident hatte bereits von einer „Hetzjagd auf Mügeln“ und seine Bürger gesprochen. (vgl. oben)

774 Ebenda, S. 7829.

775 Er referiert zum „angeblichen Bademord in Sebnitz“ und zu „angeblich neonazistisch motivierten Sprengstoffanschläge(n) von Düsseldorf“. Ebenda.

776 Apfel behauptet in seiner Rede, die Medien würden „wieder die Sachsen pauschal als Gewalttäter und Rassisten verunglimpf(en) (...) Statt einer sachlichen Aufklärung wurden Verdächti-

(habe) die sächsische Kleinstadt Mügeln weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt (gemacht), zum braunen Nest abgestempelt“, pauschal auf die „Anklagebank“ gesetzt und das „politische Klima“ „bundesweit vergiftet“<sup>777</sup>, behaupten die NPD-Abgeordneten. Medien und Politiker hätten die

„Vorfälle von Mügeln schamlos ausgenutzt, um (...) pauschal über den angeblich ausgeprägten Rassismus der Mitteldeutschen zu schwadronieren.“<sup>778</sup> „(...)Die medial geprägten Bürgerinnen und Bürger Mügelns werden so schnell nichts vergessen, vor allem nicht die deutschfeindlichen Vorverurteilungen durch eine auch in Sachsen vorhandene Multi-Kulti-Schickeria“.<sup>779</sup>

Hier redet die NPD – anders als in der Großen Anfrage – explizit von „Mitteldeutschen“, das sind im rechtsradikalen Jargon die Ostdeutschen.<sup>780</sup> Zu der „Multi-Kulti-Schickeria“, die gegen die Interessen des deutschen Volkes handle, zählt Gansel u.a. zahlreiche Bundespolitiker der SPD und CDU auf.<sup>781</sup> Sie würden ein

„altbekannte(s) Rollenspiel auf(führen): Der Deutsche ist der Täter, der Ausländer das Opfer, gestern, heute, morgen – Amen!“<sup>782</sup>

Der NPD-Vertreter lobt hingegen den Mügeln Bürgermeister Deuse, der sich „schützend vor seine Stadt stellte“<sup>783</sup>. Auch die NPD als Verteidigerin der Bürger würde aktuell, so Gansel, eine „außerordentliche Zustimmung bei den dorti-

---

gungen, Vorurteile und Schuldzuweisungen verbreitet. Die Bevölkerung einer ganzen Stadt wurde unter Generalverdacht gestellt und auf die Anklagebank geschoben (...) Die einseitige Medienberichterstattung zum Nachteil der Einwohner der Stadt und der Bürger des Freistaates ließ in der Öffentlichkeit ein böswillig verzerrtes Bild (...) entstehen. Die Berichterstattung (...) vergiftete bundesweit wieder einmal das politische Klima.“ NPD Fraktion im Sächsischen Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/10657 und Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7829f (Apfel).

777 Ebenda und S. 7839 (Gansel).

778 Ebenda, S. 7830 (Apfel).

779 Ebenda, S. 7840 (Gansel).

780 Mit „Mitteldeutschen“ bezeichnet die NPD die ehemaligen DDR-Bürger, die Ostdeutschen. „Ostdeutschland“ bezeichnet im Sprachgebrauch der Radikalen Rechten hingegen die Ostgebiete des Deutschen Reichs. Dies waren die Gebiete östlich des heutigen Grenzverlaufs zu Polen entlang der Oder-Neiße-Linie.

781 Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), den Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses Sebastian Edathy (SPD), den früheren Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye (SPD), Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) u. d. Vorsitzende d. Grünen Claudia Roth.

782 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7840 (Gansel).

783 Ebenda, S. 7840 (Gansel).

gen Bürgern<sup>784</sup> erfahren. Die NPD greift auf Verschwörungstheorien zurück, wenn sie gegen „die Medien“ und „die etablierte Politik“ polemisiert. So wird behauptet, „die Medien“ und die „sogenannten Volksvertreter“ seien „politisch gelenkte“,<sup>785</sup> sich „selbst hassende Antideutsche“ und „Ausländerlobbyisten“<sup>786</sup>. Politik und Medien interessierten sich nicht für die Deutschen, die „tagtäglich durch die brutale Gewalt von Ausländern ums Leben kommen“<sup>787</sup>. Stattdessen spiele „die Politik zur Unzeit wieder einmal das übliche Gutmenschenpiel“<sup>788</sup>. „Parlamentarier“ hätten eine „von Ausländerlobbyismus geprägte Auffassung“<sup>789</sup>. Die Mügelnier seien Opfer „deutschfeindlicher Vorverurteilungen durch eine auch in Sachsen vorhandene Multi-Kulti-Schickieria“.<sup>790</sup> „Deutsche dürfen nur Täter, Ausländer wiederum nur Opfer sein.“ Die Vertreter der Politik und Medien, würden von „nationale(m) Selbsthass“ angetrieben, würden sich „als ewige Schuldgemeinschaft definieren“, denn so könnten sie „besser politisch gelenkt werden (...) gegen (...) ureigenste (völkische – B.S.) Interessen“. Apfel fährt fort, dass das „Volk ein feines Gespür für dieses mafiose Zusammenspiel von antideutscher Politik und deutschfeindlicher Meinungsindustrie“ habe, auch die NPD lasse „sich durch diese Machenschaften nicht beirren“.<sup>791</sup> Dem Innenminister wirft Apfel vor, „parteiisch“ zu sein und nicht dazu bereit, „sich vor die durch die antideutsche Medienmafia zu Unrecht gescholtenen Mügelnier Bürgerschaft zu stellen“.<sup>792</sup>

Der NPD-Fraktionsvorsitzende unterstellt der Politik und den Medien, an verbrecherischen Geschäften beteiligt zu sein („mafioses Zusammenspiel“, „Machenschaften“, „Medienmafia“), deren Ziel es sei, das Deutsche Volk zu zerstören. Gansel und Apfel unterstellen ein zielgerichtetes und planmäßiges Handeln gegen die Interessen „der Deutschen“. Die Personen bzw. Kräfte, die hierfür in der rechtsextremen Weltsicht vor allem verantwortlich gemacht werden, sind die Juden. Das Feindbild „Jude“ als Verkörperung des Antideutschen und als Macht, die das Deutsche zerstören will, wird (zumindest von Rechtsextremen und Antisemiten) in Apfels Rede durchaus assoziiert. Die von Apfel benutzte Methode, mit codierten Anspielungen Konnotationen auszulösen, durch Andeutungen und Wortspiele vorhandene Einstellungen zu stimulieren, ohne durch präzise Formulierungen juristische Konsequenzen zu riskieren, hat in der rechtsextremen Szene

---

784 Ebenda, S. 7840 (Gansel).

785 Ebenda, S. 7831 (Apfel).

786 Ebenda.

787 Ebenda, S. 7830 (Apfel).

788 Ebenda, S. 7830 (Apfel).

789 Ebenda, S. 7831 (Apfel).

790 Ebenda, S. 7840 (Gansel).

791 Ebenda.

792 Ebenda.

lange Tradition.<sup>793</sup> Wolfgang Benz identifiziert den Antisemitismus als „sinnstiftende(s) Element in der Ideologie und Agitation“ der NPD.<sup>794</sup> Antisemitische Konnotationen zeigen sich deutlich in den Beiträgen der NPD.<sup>795</sup> In diesem Sinne charakteristisch sind die verschwörungstheoretischen Unterstellungen von Gansel, dass Medien, Politik und Justiz von antideutschen Mächten beeinflusst werden.<sup>796</sup> Es sei

„auffällig, dass im Fall Mügeln die sächsische Justiz bei der Verfolgung von Meinungsdelikten ein bisher unbekanntes Arbeitstempo vorlegt und sich der Amtsgerichtsdirektor (...) ungeniert als Scharfrichter eines bisher unbescholtenen Deutschen aufspielen kann (...) Dem Erwartungsdruck der anti-deutschen Meinungsindustrie folgend, reduzierte der Oschatzer Richter das Geschehen auf ein simples Schreckwort: ‚Fremdenfeindlichkeit‘. Dass die Wut der Mügelnler Jugendlichen auch einen Anlass hatte und die Eskalationsschraube maßgeblich von den Indern gedreht wurde, kann für einen Gutmenschen in richterlicher Robe nicht sein, weil es einfach nicht sein darf.“<sup>797</sup>

Apfel beschimpft Journalisten in rechtsradikalem Jargon als „Desinformationsfabrikanten“, „Lohnschreiber“ und „antideutsche Medienschreiber“, deren Absicht es sei, „wieder einmal einen Fall vermeintlicher Fremdenfeindlichkeit in Deutschland pompös inszenieren zu können“.<sup>798</sup> Medien und Politiker hätten die „Vorfälle von Mügeln schamlos ausgenutzt, um (...) eine neue Runde im sogenannten Kampf gegen Rechts einzuläuten“,<sup>799</sup> so Gansel. Also diene der Fall Mügeln, um den Kampf gegen „Rechts“ zu rechtfertigen. Gansel behauptet, durch die angesprochenen Programme würden linksradikale Antifaschisten auf Kosten der Steuerzahler finanziert.<sup>800</sup> Die Programme seien nicht im Sinne der Bevölkerung aufgelegt worden, sondern Teil des politischen Spiels der Antideut-

---

793 Benz (2008a), S. 186.

794 Ebenda, S. 185.

795 Der Gebrauch von Schlüsselbegriffen zur (verdeckten) Artikulation rassistischer Judenfeindschaft wurde bereits für die Zeitung des sächsischen NPD-Landesverbandes *Sachsens Stimme* nachgewiesen. Vgl. Wetzel und Herkommer (2002).

796 Eine detaillierte Sprachanalyse charakteristischer Begriffe wie „anti-deutsche Meinungsindustrie“ wird unten vorgenommen.

797 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, Gansel, S. 7840.

798 Ebenda, S. 7830 (Apfel).

799 Ebenda, S. 7839 (Gansel).

800 „Sie haben Steuergeld (...) missbraucht, um linksradikale Biotope zu bewässern. Es ist verschiedentlich nachgewiesen worden, dass dieses Geld auch in linksradikale antifa-Kanäle geflossen ist (...).“ Programme wie „Weltoffenes Sachsen. Für Demokratie und Toleranz in Sachsen“, bezeichnet Gansel als „politische(s) Spiel“, welches die Menschen „durchschauen, weil sie merken, dass in diesem Staat BRD etwas faul ist, und weil sich die Menschen in diesem Land von“ den Politikern jenseits der NPD „nicht mehr vertreten fühlen.“ Ebenda.

schen, derjenigen, die Deutschland und die Deutschen zerstören wollen. Deshalb warnt Gansel davor, „mehr Geld in das Programm für ein weltoffenes Sachsen (zu) pumpen“.<sup>801</sup>

Nach einem Beitrag des CDU-Innenministers, der die Ursache von „reflexhaften Pauschalverdächtigungen“ und „unfairen Kampagnen gegen ganze Bundesländer“ auf „Verbrechen der Nazis und ihre Helfeshelfer“ zurückgeführt hat und darauf, dass „der Geist der Nazis (...) in der NPD“ fortlebe,<sup>802</sup> widerspricht der NPD-Abgeordnete Gansel spontan und emotional. Er wirft dem Innenminister vor über den Bezug zum „Dritten Reich“ vom eigentlichen Fall abzulenken. Gansel reagiert aufgebracht und aggressiv und verliert kurzfristig den Faden, bevor er unvermittelt sagt:

„Wir als NPD-Fraktion sind es wirklich leid, ständig, bei jeder sachpolitischen Debatte, die wir im Landtag führen, mit irgendeiner NS-Keule konfrontiert zu werden (...) Wenn hier die NS-Keule geschwungen werden muss, dann sollte vielleicht einmal auf die Familiengeschichte des Staatsministers der Justiz eingegangen werden, dessen Vater nämlich Mitglied der NSDAP und der SA gewesen ist. (...) Prof. Gerhard Mackenroth war einer der führenden Bevölkerungswissenschaftler im Dritten Reich, lehrte an der NS-Reichsuniversität Straßburg.“<sup>803</sup>

Hiermit zeigt sich, dass sich die NPD dagegen wehren möchte, mit dem Nationalsozialismus in Beziehung gesetzt zu werden, weil sie befürchtet diskreditiert zu werden. Als Abwehrreaktion wirft Gansel im Gegenzug dem Staatsminister für Justiz NS-Nähe vor, weil sein Vater (angeblich) Mitglied der NSDAP und SA war. Damit versucht er, den politischen Gegner zu diskreditieren.<sup>804</sup>

In der Debatte nutzt die NPD-Fraktion Ermahnungen und Ordnungsrufe, um dem Landtag und seinen demokratischen Vertretern unfaires Verhalten ihr gegenüber und eine Beschneidung der Meinungsfreiheit zu unterstellen. Dabei wiederholt sie aggressiv ihre zuvor geäußerten Punkte und versucht Vertreter des Parlaments und mit ihnen den Parlamentarismus selbst lächerlich zu machen. Charakteristisch hierfür sind die Worte des Fraktionsvorsitzenden:

---

801 Ebenda.

802 Ebenda, S. 7841.

803 Ebenda, S. 7841f. Gansel löst Verwirrung und Betroffenheit im Landtag aus und den Wunsch, seine Rede zu kommentieren und zu widersprechen. Vizepräsidentin Andrea Dombos entzieht Gansel das Wort „weil man hier nicht über Personen sprechen kann, die sich nicht wehren können.“

804 Auf charakteristische Begrifflichkeiten wie „NS-Keule“ gehe ich unten („Sprachliche Besonderheiten“) ein.

„Mir ist nicht bekannt, dass ich jetzt irgendetwas gegen dieses Hohe Haus gesagt hätte, es sei denn, es ist nicht mehr erlaubt, auch die Ausländergewalt an Deutschen hier beim Namen zu nennen.“<sup>805</sup>

Er inszeniert die NPD als mutige Vertreterin der Bürger, als wahre Stimme des Volkes. Die gleiche Reaktion ruft ein weiterer Ordnungsruf hervor, der erfolgt ist, nachdem Apfel die Parlamentarier provokativ als „meine Damen und Herren der etablierten Blockflötenparteien“<sup>806</sup> angesprochen hatte. Wieder inszeniert sich Apfel als wahrer Volksvertreter und nutzt den Ordnungsruf, um sich in populistischer Manier gegen das Establishment<sup>807</sup> zu richten:

„Sie mögen mir so viele Ordnungsrufe wie auch immer erteilen. Wir werden so agieren, wie es sich für eine nationale Oppositionspolitik gehört. Wir sind einzig und allein den Interessen des deutschen Volkes verpflichtet.“<sup>808</sup>

Mit permanent initiierten Regelverstößen signalisiert die NPD dem von ihr umworbene(n) Wähler, dass sie nicht zum politischen Establishment gehört und sich den Regeln der „politischen Klasse“ nicht unterwirft. Es ist der NPD durchaus nützlich, ihre grundlegende Deutung der politischen Konfliktstruktur (NPD als nationale Opposition gegen eine korrumpierte, fremdbeherrschte „politische Klasse“) auch durch die Praktiken in der politischen Diskussion zu unterstreichen: Das Wechselspiel zwischen provokativen NPD-Äußerungen – Ordnungsrufen – und ironisch-frechen Erwidern der Partei-Vertreter bekräftigt ihre Oppositions-Rolle und unterstreicht die Brisanz ihrer zu den übrigen Abgeordneten konträren Deutung des Mügeln-Falls.

Zwischenrufe, die das Gesagte lächerlich machen sollen, und ironisches Gelächter sind weitere Stilmittel der NPD, um Ansehen und Autorität der politischen Repräsentanten zu beschädigen. So kommentiert Apfel beispielsweise die

---

805 Ebenda, S. 7831 (Apfel). Ein weiteres Beispiel für ein Verhalten, das die Anti-Establishment-Haltung der Partei unterstreichen soll, zeigt sich im Zusammenhang mit Apfels Vorwurf, der Innenminister sei parteiisch und nicht bereit, sich für die Mügeln vor die „antideutsche Medienmafia“ zu stellen. Ihm wird ein Ordnungsruf erteilt, worauf er das Gesagte mit anderen Worten wiederholt und den vorherigen Vorwurf gegen Innenminister Buttolo auf alle Regierungsmitglieder ausdehnt: „Herr Buttolo, die Staatsregierung lässt die Mügeln im Regen stehen. Sie alle haben einfach keinen Mumm in den Knochen.“ Apfel unterstellt, dass der Innenminister und „alle“ anderen Abgeordneten aus Mutlosigkeit nicht für die Mügeln Bürger eintreten würden.

806 Ebenda.

807 Die populistische Anti-Establishment-Haltung zeigt sich auch inhaltlich, etwa in der Metapher „Multi-Kulti-Schickeria“. Oben wurde ein entsprechendes anti-Establishment Argumentationsmuster herausgearbeitet. Dabei fiel auf, dass Establishment mit Ausländern und Fremdbestimmung verbunden wird.

808 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7831.

Aussage des Abgeordneten Dr. Fritz Hähle (CDU), man müsse sich zwar durchaus schützend vor die „anständigen Bürger der Stadt Mügeln stellen“, diese Forderung sei aber von der CDU „etwas anderes, als wenn es die NPD sagt“, mit: „Ich könnte heulen!“<sup>809</sup>

Die politische Praxis der NPD unterstreicht ihre Ablehnung der Deutung des Falls, wie sie die im Parlament vertretenen Parteien (nun) vornehmen. Somit kann die politische Praxis dem Wähler als „sinnvoll“ in der politischen Auseinandersetzung erscheinen und die Glaubhaftigkeit der Partei und ihre inhaltlichen Kritikpunkte unterstreichen. Damit ist das politische Handeln in der Debatte in weiten Teilen diskursives Handeln<sup>810</sup>, mit dem potentielle Wähler für die eigenen Positionen gewonnen werden sollen. Es ist charakteristisch für rechtspopulistische Parteien, dass strikt konfliktorientierte Praktiken, etwa Polemiken gegen den politischen Gegner und persönlichen Beleidigungen, Dramatisierungen und (scheinbare) Tabubrüche, wiederum genau die Reaktionen provozieren sollen, die „als Beleg für die Selbstabschottung der ‚politischen Klasse‘“<sup>811</sup> verbucht werden.<sup>812</sup>

### Resümee

Die NPD nutzt den Fall, um eigene ideologische Standpunkte zu verbreiten und sie im Kontrast zu Normsetzungen anderer Akteure den Bürgern nahe zu bringen (These I und I+). Die NPD-Beiträge zur Debatte im Landtag verdeutlichen gegenüber der *Großen Anfrage* eine neue Stufe der Auseinandersetzung: Fokussiert werden nun weniger die Tathintergründe von Mügeln, sondern vielmehr die Debatte über Mügeln. Interessant ist, dass eine Diskriminierung der Ostdeutschen, wie sie in der öffentlichen Debatte vor allem regional und lokal bereits beklagt wird, zum Zeitpunkt der *Großen Anfrage* in der NPD-Argumentation noch keine Rolle spielte. aber in der Landtagsdebatte in die Argumentation auf-

---

809 Ebenda, S. 7833 (Hähle, Apfel). Auf die Sprache der NPD und ihre Funktion in der Auseinandersetzung werde ich unten ausführlich eingehen.

810 Ähnlich konnte Schwab-Trapp am Beispiel von Kriegsdiskursen verdeutlichen, dass politisches Handeln in weiten Teilen diskursives Handeln ist. Schwab-Trapp (2002), S. 43.

811 Geden (2006), S. 37.

812 Die NPD demonstriert Systemopposition als populistisches Spiel in der Landtagsdebatte, womit sie – nach Ignazi – Charakteristika der „neuen extremen Rechten“ aufweist. Allerdings ist die NPD durch ihre ideologischen Bekenntnisse, ihren Sprachgebrauch und ihre Affinität zur Gewalt doch klar im alten rechtsextremen und neonazistischen Lager zu verorten und unterscheidet sich damit deutlich von den heute erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien (wie der *Dänischen Volkspartei* oder der niederländischen *Freiheitspartei*). Auch eine Kritik am Parlament und den etablierten Parteien sei charakteristisch. Vgl. Ignazi (2002).

genommen wird. Damit führt die NPD ihre Argumentation klar strategisch – sie erweitert ihre Argumentation im Verlauf der Debatte aus strategischen Gründen.

Darüber hinaus wird die rechtsradikale Orientierung in der Landtagsdebatte aggressiver vertreten. Zwar wird die menschenverachtende und völkische Haltung der Partei bereits in der Großen Anfrage deutlich, insofern als klar zwischen Deutschen als positiv besetzte Wir-Gruppe gegenüber Ausländern und politischen Feinden als negativ besetzte Gruppe unterschieden wird. Allerdings sind Angriffe auf die Medien und die demokratische Politik verhalten und die verschwörungstheoretische Unterstellung, diese seien fremdbestimmt und gelenkt, nicht artikuliert. Im Gegenteil, die NPD versucht die Staatsregierung gegen die Opfer in Stellung zu bringen. In der Landtagsdebatte hingegen werden die Medien, die bundesdeutsche Politik und die sächsische Staatsregierung, sowie die Justiz als durch anti-deutsche Mächte gelenkt gebrandmarkt. Ihre ideologischen Ziele werden durch eine aggressive, metaphernreiche Sprache untermauert. Zentral ist das Thema „Kampf gegen Rechtsextremismus“, dieser soll als antideutsche und fremdbestimmte Initiative enttarnt werden. Hiermit bestätigt sich, dass die NPD auf die bundesrepublikanische Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit reagiert und sie durch eigene Beiträge zu diskreditieren sucht. Für die NPD wird der Fall Mügeln zum Sinnbild für antideutsche Machenschaften, die vorgeblich eine „Auseinandersetzung um Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ sind, aber tatsächlich die Radikale Rechte selbst und insgesamt das deutsche Volk zerstören sollen.

### 3 Die Junge Freiheit: Interpretation und Problemanalyse

Bereits in der Ausgabe vom 24. August 2007 schreibt Dieter Stein, Gründer, Geschäftsführer und Chefredakteur des Blattes, einen Artikel zum „Fall Mügeln“, in dem er einen fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Hintergrund des Vorfalls in Frage stellt und davor warnt, dass eine „hysterische Medienspirale“ in Gang gesetzt werde, die verheerend für eine solche Kleinstadt sei und „Millionen für den ‚Kampf gegen Rechts‘ locker mache“, um „das bürgerliche Lager (zu) bekämpfen“.<sup>813</sup> In der zweiten Ausgabe nach dem Vorfall, am 31. August 2007 (zeitgleich zur großen Anfrage der NPD), bringt die *Junge Freiheit* eine Ausgabe zum Thema „Mügeln“ unter dem Titel „Mügeln. Eine Stadt als gefundenes Fressen“ heraus.<sup>814</sup>

---

813 *Junge Freiheit*, 35/07, vom 24. August 2007: „Fall Mügeln“. Der ewige Reflex“. Von Dieter Stein. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

814 In der JF erscheinen später weitere Artikel zum Mügeln-Fall. Sie fallen in Phase 3 meiner Analyse, weshalb sie im Teil „Mügeln wird zur Referenz“ besprochen werden.



*Die Brücke: Das Deuse-Interview*

Herzstück der Mügeln-Ausgabe der *Jungen Freiheit* vom 31. August 2007 ist das Interview mit dem FDP-Politiker und Bürgermeister der Stadt Mügeln, Gottfried Deuse. Es trägt den Titel „Ein neues Sebnitz“.<sup>815</sup> Der Untertitel lautet: „Nach der Gewalt in Mügeln steht der Ort am Pranger. Bürgermeister Gotthard Deuse kämpft um seine Stadt“.<sup>816</sup> Titel und Untertitel ergänzt durch einen Kommentar vorab enthalten bereits die wesentlichen Aspekte der Deutung des Falls. Bevor der Leser die Aussagen Deuses liest, ist schon Folgendes ausgesagt: Es handelt sich um „ein neues Sebnitz“, und damit um eine „hysterische“ und falsche Interpretation eines Vorfalls, der weder fremdenfeindlich noch rechtsextrem motiviert war. Wie „Sebnitz“ erleide Mügeln nun einen Ansehensverlust und wirtschaftlichen Schaden. Der Untertitel „Deuse kämpft um seine Stadt“ knüpft an diesen Vorstellungen einer kollektiven Verurteilung der Stadt Mügeln und seiner Bürger an. Aus Sicht der *Jungen Freiheit* ist Deuse, nicht nur weil er der gewählte Repräsentant Mügeln ist, ein viel versprechender Gesprächspartner, sondern auch aufgrund seiner unmittelbaren Äußerungen nach dem Vorfall.<sup>817</sup> Moritz Schwarz, Redakteur der *Jungen Freiheit*, verantwortlich für die Seite „Im Gespräch“, verwickelt den Bürgermeister in einen Dialog, in dem dieser eine fremdenfeindliche oder rechtsextreme Motivation des Falles ausschließt, bereitwillig Gedankengänge der Radikalen Rechten mitgeht und schließlich bestätigt, es gebe eine Diskrepanz zwischen dem deutschen Volk und den Medien wie der Politik. Zur strategischen Rahmung des Interviews gehört auch, dass die *Junge Freiheit* am Ende über die sehenswerte Stadt Mügeln informiert und auf die Homepage der Stadt verweist.<sup>818</sup> Hier kommt die Zeitung dem Wunsch des Bürgermeisters nach, ein „normales“, werbendes Bild der Stadt zu zeichnen.

---

815 *Junge Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007: „Ein neues Sebnitz“. Nach der Gewalt in Mügeln steht der Ort am Pranger. Bürgermeister Gotthard Deuse kämpft für seine Stadt.“ Interview mit Mügeln's Bürgermeister Deuse von Moritz Schwarz. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

816 Ebenda. Dass sich die JF von dem Interview mit dem Mügeln'ser Bürgermeister Gehör in der öffentlichen Debatte erhofft, belegt auch eine Pressemitteilung vom 29.08.2007: Hierin hatte die Zeitung bereits Ausschnitte des Interviews veröffentlicht, um auf die Zeitungsausgabe öffentlich aufmerksam zu machen. Vgl. Pressemitteilung der *Jungen Freiheit* vom 29. August 2007: „Mügeln's Bürgermeister Deuse kritisiert Medien, Politik und Kampf gegen Rechts in JF-Interview: ‚Ein neues Sebnitz‘.“ <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

816 JF vom 31.10.2007: Interview mit Deuse.

817 Etwa: „Fremdenfeindliche Parolen können jedem Mal über die Lippen kommen.“ Vgl. die Analyse zu Deuses unmittelbaren Reaktionen im Teil Lokale Politik.

818 JF vom 31. August 2007: Interview mit Deuse.

Bereits die Ansprache des Interviewers fordert Deuse zum Widerspruch gegen die „meisten Medien und Politiker“ auf, die (angeblich) „von einer ‚Hetzjagd auf acht Inder in Mügeln, die schließlich verprügelt wurden‘“ redeten.<sup>819</sup> Deuse trägt bereitwillig eine andere Interpretation des Falls vor. Hiernach lässt der Journalist Deuse formulieren, welche „nationale“ Gruppe (Deutsche – Ausländer/Inder) an der Gewalteskalation schuld ist. Falls rechtsextreme Deutsche Ausgangspunkt der Aggression gewesen seien, so der Journalist, käme der Stadt Mügeln und seinen Bürgern Schuld zu. Mügeln dürfe in diesem Fall als „rechts-extrem“ bezeichnet werden. Damit ist das Grundmuster der Argumentation vorgegeben: Wenn der Fall rechtsextrem war, kommt Mügeln Schuld zu und es ist richtig, Mügeln als Ganzes zu verurteilen. Die anfängliche Festlegung auf diesen Kausalzusammenhang macht es schwierig (auch für den Leser), sich mit dem Fall differenziert auseinanderzusetzen. Dafür wäre ein aktiver Widerspruch zum durch den Journalisten implizierten Zusammenhang nötig. Im Verlauf des Interviews trifft der JF-Journalist weitere Aussagen:

1. Es gibt Unkenntnis und Vorurteile gegenüber den neuen Bundesländern: Deuse wird aufgefordert, zu der Aussage, dass es in den neuen Bundesländern und möglicherweise auch in Mügeln *No-go-areas* gibt, Stellung zu beziehen. Wie zu erwarten, betont Deuse, dass Ausländer in Mügeln keine Angst haben müssten und stellt die Existenz entsprechender *Angstzonen* auch grundsätzlich in Frage.<sup>820</sup> Das Argumentations-Ziel des JF-Journalisten wurde erreicht: Deuse stellt fest, dass es keine *No-go-areas* und keine ausgeprägte gewalttätige Fremdenfeindlichkeit in Mügeln und den neuen Bundesländern gibt. Ursache für entsprechende Fehlzuschreibungen seien Vorurteile gegen den „Osten“.

2. Die etablierte Politik „verrät“ Mügeln: Der JF-Journalist ist bemüht zu verdeutlichen, dass Mügeln keinen Beistand durch die verantwortlichen Politiker erfährt<sup>821</sup> und, im Gegenteil, von diesen an den Pranger gestellt wird.<sup>822</sup> Deuse schließt sich der Meinung nur eingeschränkt an. Äußert aber beispielsweise, dass die Kanzlerin auch „unter Druck“ stünde,<sup>823</sup> also nicht eigenständig und unabhängig urteile. Erreichte Aussage: Die etablierten Politiker lassen Mügeln im Stich, weil sie nicht das machen wollen oder können, was richtig ist. Sie „opfern“ Mügeln, weil sie politisch unter Druck stehen – also fremdbestimmt handeln. Hier werden Verschwörungstheorien eingeführt.

---

819 Ebenda.

820 Vgl. ebenda.

821 Erwähnt werden die sächsischen Landespolitiker Buttolo, Milbradt und Hermenau, sowie Bundeskanzlerin Merkel. Hermenau ist von den Grünen, alle übrigen von der CDU.

822 Vgl. JF vom 31. August 2007: Interview mit Deuse.

823 Vgl. Analyse des Deuse-Interviews im Teil Lokale Politik, JF-Interview.

3. Anti-Rechts-Kampagnen sind ein Unheil: Der Journalist legt nahe, dass der Kampf gegen „Rechts“ Aufklärung verhindere.<sup>824</sup> Deuse stimmt zum Teil zu und sagt, dass er selbst nicht offen über die eigentlichen Ursachen rechtsextremer Gewalt reden will, weil er Angst habe, Zielscheibe von Kritik zu werden. Wenn die wahren Ursachen benannt werden, erfährt man öffentliche Schelte – d.h. man darf die Wahrheit nicht aussprechen. Erreichte Aussagen: Der Kampf gegen „Rechts“ verklärt Fakten und Ursachen von Rechtsextremismus. Es wird nahe gelegt, dass bestimmte Wahrheiten zum Themenkomplex Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland tabu sind. Es gebe durch Zensur gesetzte Grenzen, deren Überschreitung mit öffentlicher Ächtung gerügt werde.

4. Deutsche Opfer werden diskriminiert: Schwarz unterstellt eine prinzipielle Diskriminierung deutscher Opfer. Deuse stimmt nicht unmittelbar zu, bestätigt aber, seine Beachtung der verletzten Deutschen hätte zu böswilligen Attacken gegen ihn geführt. In diesem Zusammenhang beklagt der Bürgermeister ein angeblich verklemmtes Verhältnis der Deutschen zur eigenen Nation.<sup>825</sup> Das Argumentations-Ziel des JF-Journalisten wird von Deuse durch sein persönliches Beispiel und die Ausweitung zu einem (angeblichen) Nationalstolz-Problem indirekt bestätigt: Deutsche Opfer werden gegenüber ausländischen diskriminiert. Wer sich um deutsche Opfer kümmert, wird öffentlich attackiert. Der Journalist spricht nur vordergründig vom Fall Mügeln: Es geht um die Behandlung, das Gedenken, die Ehrung „deutscher Opfer“ *per se*. So wird auch hier ein rechtsradikaler Diskurs geführt.<sup>826</sup>

5. Es gibt eine „Meinungsjustiz“ gegen national gesinnte Deutsche: Der Journalist greift Deuses „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“-Kommentar auf und legt nahe, dass es eine „Meinungsjustiz“ in der Bundesrepublik Deutschland gebe. Man dürfe „wie zu DDR-Zeiten“ die eigene Meinung nicht offen sagen – etwa zu Themen wie Nationalstolz und den Rechten von Deutschen. Deuse bestätigt, auch er möchte seine Meinung nicht frei äußern, da er mit unangemessener Kritik rechnen müsse. Am Ende des Interviews stehen die Sätze, „zwischen Medien und Volk“ sei eine „tiefe Kluft“ entstanden (Deuse)<sup>827</sup> ebenso wie zwischen „Volk und Partei“ (JF-Interviewer).<sup>828</sup> Deuse widerspricht dem JF-Journalisten nicht.

---

824 Vgl. JF vom 31. August 2007: Interview mit Deuse.

825 Vgl. ebenda.

826 Es ist der rechtsradikale Opfer-Diskurs, d.h. die Klage darüber, dass nationalsozialistische Deutsche nicht öffentlich gewürdigt u. geehrt werden. Hier geht es tatsächlich um die Rehabilitation u. Verklärung des NS.

827 JF vom 31. August 2007: Interview mit Deuse.

828 Ebenda.

Ergebnis des Interviews ist, dass ein fremdenfeindlicher und rechtsextremer Hintergrund des Falls ausgeschlossen wird und die bundespolitische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als Kampf gegen deutsche Bürger und ihre Interessen erscheint. Das Anliegen des Journalisten geht auf: Deuse überlässt zwar dem JF-Journalisten die systemkritischsten Äußerungen, geht aber bei dessen rechtsradikalen Argumentationslinien mit und widerspricht dessen vorgeschlagenen Deutungsmustern der Debatte im gedruckten Text nicht.<sup>829</sup>

### *Mügeln im Spiegel der Jungen Freiheit*

Die Ausgabe der *Jungen Freiheit* vom 31. August 2007 beinhaltet neben dem Deuse-Interview sechs weitere Artikel, die den Fall Mügeln thematisieren.<sup>830</sup> Die folgenden Punkte fassen die vier Kernaussagen der Texte zusammen:

1. Die Mügeln-Debatte ist ein Vorwand von „Linken“ gegen alles „Rechte“ vorzugehen: Der Artikel „Linke Metapolitik. Die Kehrseite der Hysterie“<sup>831</sup> von Dieter Stein steht prominent auf der Titelseite. Beklagt wird, dass „linke Parteien, Medien und Antifa-Netzwerke über die Begriffsschöpfung ‚Kampf gegen Rechts‘<sup>832</sup> das ‚nicht-linke‘ Lager in eine permanente Defensive getrieben“ hätten. Mügeln sei ein Beispiel für einen reflexartigen und ungerechtfertigten Kampf gegen alles „Rechte“, das mit dem Rechtsextremen gleichgesetzt werde.<sup>833</sup> Ähnlich argumentieren weitere Artikel.<sup>834</sup> „Bewußt fehlinterpretierte Gewalttaten“ wie „Mügeln, Sebnitz und Hohmann“<sup>835</sup> würden zum Anlass genom-

829 Das hatte Deuse freilich bereits vor dem JF-Interview getan. Später nimmt Deuse den Sebnitz-Vergleich zurück.

830 Ausgabe der *Jungen Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007. Weitere Verweise: in den Presseauschnitten.

831 *Junge Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007: „Linke Metapolitik. Die Kehrseite der Hysterie“. Von Dieter Stein. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

832 Kommentar: Zu den Strategien der Radikalen Rechten wie der NPD gehört, allgemein von einem ‚Kampf gegen Rechts‘ und nicht gegen Rechtsextremismus zu reden. Meine Analyse zeigt, dass auch weitere Akteure von einem ‚Kampf gegen Rechts‘ sprechen: Neben dem Bundestagsabgeordneten Gauweiler (CSU) auch die linksliberale Frankfurter Rundschau.

833 Vgl. JF vom 31.10.2007: „Linke Metapolitik. Die Kehrseite der Hysterie“.

834 *Junge Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007: „Geldsegen für die Falschen. ‚Kampf gegen Rechts‘: Familienministerium stellt zusätzlich fünf Millionen Euro zur Verfügung / Mehrfach wurden auch linksextremistische Organisationen gefördert“. Von Tobias Westphal. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

835 JF vom 31.10.2007: „Linke Metapolitik. Die Kehrseite der Hysterie.“ Weiter werden in den Texten der Bombenanschlag in Düsseldorf und der Fall Ermays M. genannt. Beim Fall Hohmann handelt es sich nicht um eine „Gewalttat“, sondern um eine antisemitisch konnotierte Schuld-Debatte. Zum Hohmann-Fall vgl. Benz (2011).

men, um den politisch geförderten „Kampf gegen Rechts“ auszudehnen. Verharmlost würden hingegen Initiativen von Linksextremen<sup>836</sup> und Gewalttaten von Ausländern<sup>837</sup>. Klaus Motschmann schreibt in seiner Kolumne, die Zuschreibung „fremdenfeindlich“ sei Teil der „Strategie und Taktik der linken Systemveränderer“, ein Hinterfragen dieser Zuschreibung würde „den Verdacht“, eine „rechtsradikale(r) Gesinnung“ zu hegen, mit sich bringen. So sei der „Kampf gegen Rechts“ ein Instrument „politischer Linksgruppen“. <sup>838</sup> Auch Paulwitz beklagt die Bekämpfung unbescholtener „Rechter“. <sup>839</sup> Familienministerin von der Leyen würde „neue Mittel für ‚die mit vielen Millionen Steuergeldern betriebenen und unter der Last ihrer moralischen Ladung ächzenden sozialpädagogischen Spielmobile‘ (Paulwitz zitiert hier die FAZ<sup>840</sup> – B.S.) der professionellen Betreuungsindustrie“ versprechen. <sup>841</sup> Als besonders feindselige und gierige Protagonistin im „Kampf gegen Rechts“ porträtiert Hinz die Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung, <sup>842</sup> Anetta Kahane. <sup>843</sup> Sie käme zwar aus Ostdeutschland, würde aber von dem Westen „gehätschelt“, und es sei von ihr „kaum geistige Eigenständigkeit zu erwarten“, da sie ein Spross der SED-Nomenklatura und als Spitzel<sup>844</sup> tätig gewesen sei. Zum anderen hätte sie sich

---

836 Vgl. JF vom 31.10.2007: „Geldsegen für die Falschen (...)“; JF vom 21.10.2007: „Linke Metapolitik (...)“.

837 Vgl. *Junge Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007: „Von der Schlägerei im Bierzelt zur ‚Hetzjagd‘. Medien: Wie die Berichterstattung über den ‚Fall Mügeln‘ die politische Diskussion beeinflusst / ‚Leichtfertige Vorverurteilung‘“. Von Michael Paulwitz. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

838 *Junge Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007: „Wo Selbstverständliches nicht mehr selbstverständlich ist.“ Kolumne von Klaus Motschmann. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

839 Paulwitz-Artikel in der JF.

840 Zur Analyse des FAZ-Artikels siehe Medien-Teil I.

841 Paulwitz-Artikel in der JF. Die Kritik der FAZ bekommt durch das Genitivattribut „der professionellen Betreuungsindustrie“ einen rechtsradikalen Dreh: Zur Analyse der in der Diskussion durch die Radikale Rechte häufig verwendeten Industrie- und Systemmetapher siehe unten, Rechtsradikale Sprache und Konzepte, B.3.1.

842 Sie wurde 1998 als Reaktion gegen rassistische und rechtsextreme Gewalt gegründet und will „eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet“. Ihr Name referiert zu Amadeu Antonio Kiowa, der als angolischer Vertragsarbeiter in Brandenburg lebte und am 14./15.11.1990 von rechts-extremen Jugendlichen erschlagen wurde. Vgl. Amadeu Antonio Stiftung: Die Amadeu Antonio Stiftung stellt sich vor. <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wir-ueber-uns/> (1.03.2013).

843 *Junge Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007: „Anetta Kahane. Die Zuträgerin“. Von Thorsten Hinz. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

844 In der Tat arbeitete Kahane von 1974 bis 1982 unter dem Namen IM „Victoria“ mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zusammen. Sie hat ihre Tätigkeit als inoffizielle Mitarbeiterin (IM) von sich aus beendet. Vgl. [http://www.welt.de/politik/deutschland/article1212415/Birther\\_Behoerde\\_liess\\_Stasi\\_Spitzel\\_einladen.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article1212415/Birther_Behoerde_liess_Stasi_Spitzel_einladen.html) (1.03.2013).

„ihrem jüdischen Glauben zugewandt“ und empfinde Deutschland als „Täterland“.<sup>845</sup> Die *Junge Freiheit* diskreditiert mit Kahane auch das Anliegen („Kampf gegen Rechts“) *per se*. Mit ihrer Beschreibung kreiert der Journalist ein klassisches rechtsextremes Feindbild: Jüdisch, Spitzel und Bolschewiki.

2. Die Medien erfinden Rechtsextremismus – Mügeln wird zum Opfer: In der Rubrik „Zitate“ bringt die JF Ausschnitte aus der Tagespresse, die belegen sollen, dass die Medien Mügeln als böswillige Story gegen die „Mitte der Gesellschaft“ verkaufen.<sup>846</sup> Auch Paulwitz behauptet in seinem Artikel die Medien agieren mit böswilliger Absicht und stellen Mügeln als „Hort des Rechtsextremismus“ dar.<sup>847</sup> Hierbei wird – ähnlich wie im Interview mit Bürgermeister Deuse – ein Kausalzusammenhang zwischen der Einschätzung des Vorfalls als „rechtsextrem“ und einer Kollektivschuld der Stadt Mügeln hergestellt. Paulwitz argumentiert zudem, dass eine Rufschädigung Deutschlands erst durch die Berichterstattung herbeigeführt werde. Er versucht, das von verschiedenen Akteuren in der Debatte hervorgebrachte Argument, Fälle wie Mügeln schaden Deutschlands Ansehen, zu entkräften.<sup>848</sup> Auch Dorn thematisiert eine angebliche Kampagne der Medien gegen die Mügeln.<sup>849</sup> Er zitiert ausführlich (angeblich recherchierte,) abwertende Kommentare von Mügeln Einwohnern über „die Medien“ und über die Opfer des Übergriffs.<sup>850</sup>

3. Die Feinde der (völkisch) Deutschen sind schuld am Fall und der Debatte über Rechtsextremismus: Die vom Journalisten Dorn über „die Inder“ zitierten Äußerungen diskriminieren die Inder auf einer sexuellen Ebene: „Ständig würden die „Schluppervverkäufer“ „junge Mädchen und Frauen (...) in schamloser Weise anmachen“. Nachdem er die Opfer auf einer aggressiv-sexuellen Ebene stigmatisiert hat, besteht Dorn darauf, dass sie im Festzelt „ein Messer gezückt“ und „mit spitzen Flaschenhälsen wild um sich gestochen“ hätten. Hingegen habe keiner der Befragten tatsächlich fremdenfeindliche Äußerungen gehört, die nun durch die Medien behauptet würden. „Vermeintliche Fremdenfeindlichkeit“ würde „womöglich als Trotzreaktion jetzt überhaupt erst entstehen“. Hier zeigen sich

845 JF vom 31. August 2007: „Anetta Kahane. Die Zuträgerin“.

846 Rubrik „Zitate“ der JF vom 31. August 2007. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

847 JF vom 31. August 2007: „Von der Schlägerei (...)“.

848 Vgl. ebenda.

849 *Junge Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007: „Das ganz normale Leben. Die Bürger im sächsischen Mügeln suchen einen Weg zurück in den Alltag und rechnen mit den Medien ab“. Von Christian Dorn. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

850 „Die schreiben ja sowieso, was sie wollen“ und „Das ist eine Schande, was die Medien hier machen.“, so die Zitate der Bürger. Ebenda.

ähnliche Argumentationsstrategien wie bereits im Deuse-Interview: Schuldverlagerung auf die indischen Opfer und die Medien. Neben den indischen Migranten und den Medien werden die Polizei, der Zentralrat der Juden und Antifa-Demonstranten attackiert: Die Polizei hätte „wahllos (...) Pfefferspray gegen Unbeteiligte eingesetzt (und) Menschen seien geschubst und zu Boden getreten worden“. Eine Antifa-Demonstration wäre als „Einheitsfront gegen die Mügeln“ aufgetreten. Und Stephan Kramer vom Zentralrat der Juden wird bezichtigt, „gleich die größte Keule auspacken“, weil er sagte, es könnte in Deutschland Farbige, Ausländer, Schwule, Lesben und Juden treffen.<sup>851</sup> Darüber hinaus werden Ausländer und Politiker insgesamt angegriffen. Die bemühten sexuellen Anschuldigungen gegen „Feind“-Gruppen sind bekannte Größen in der Vorurteilsforschung.<sup>852</sup>

4. Es gibt einen Bürgerkrieg: Nationale Selbstbestimmung gegen Unterdrückung und Fremdbestimmung: In einem prominent auf dem Titelblatt erscheinenden Artikel<sup>853</sup> behauptet Neujahr, Deutschland befände sich in einem Bürgerkrieg. Die Autorin, deren Sprachgebrauch aggressiv und deren Position offen rechtsradikal ist, glaubt, es gibt eine „Hinrichtung der sächsischen Kleinstadt Mügeln“. Sie werde schlimmer als „Sebnitz“, „als kollektive Mörderhöhle angeprangert“. <sup>854</sup> Verschwörungstheorien bemühend behauptet Neujahr, es sei „kalter Vorsatz am Werk“ und es werde ein „politischer(r) Feldzug“ geführt.“ Neben böswilligen antideutschen Absichten der „Medien-Macher“ beklagt sie eine Diskriminierung der Ostdeutschen durch „liberale Westdeutsche“. Diese würden „über Menschen in den neuen Ländern Apartheids- und KZ-Phantasien ab(sondern)“. <sup>855</sup> Grund dafür sei ihre Angst, „dass die bis an die Oder vergrößerte Bundesrepublik kein vergleichbar sicheres Bezugssystem mehr bietet wie früher Westdeutschland“. Nationale Selbstbesinnung sei in Deutschland unmöglich, weil „der Diskursraum von einer Intelligenzija“ – von Linken und Antideutschen – „(...) besetzt gehalten wird (...) die das eigene Land zum Auswurf des Bösen erklärt“. „Endziel“ der bundesdeutschen Elite sei es, durch „Gesinnungsparagrafen, Sprachverbote(n), Versammlungs- oder Antidiskriminierungsge-

---

851 Ebenda. Vgl. hierzu unten „Rechtsradikale Sprache und Konzepte“ unten, B.3.

852 Bereits Horkheimer und Adorno schreiben über negative sexuelle Zuschreibungen beim Thema Antisemitismus: Elemente des Antisemitismus. Vgl. Horkheimer und Adorno (2009), S 177-217.

853 *Junge Freiheit*, 36/07, vom 31. August 2007: „Hetzjagd von Journalisten Wetterleuchten eines geistigen Bürgerkriegs: Warum der ‚Fall Mügeln‘ auch ein riesiger Medienkandal ist“. Von Doris Neujahr. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).

854 JF vom 31. August 2007: „Hetzjagd von Journalisten (...)“.

855 Ebenda.

setze(n) und (die) Politisierung der Justiz<sup>856</sup> eine Menschenfeindlichkeit der Deutschen festzuschreiben und Ausländer von kriminellen Taten freizusprechen. In Neujahrs Artikel findet die Täter-Opfer-Verlagerung besonders deutlich statt. Die Gruppe der Deutschen wird zur Opfer-Gruppe. Täter-Gruppe ist eine westdeutsche deutschfeindliche Elite, die Ausländer gegenüber Deutschen bevorzugt. Die ideologischen Überzeugungen der extremen Rechten, inklusive Verschwörungstheorien, könnten kaum klarer formuliert werden.<sup>857</sup>

### *Resümee*

Die *Junge Freiheit* interpretiert den Vorfall als weder rechtsextrem noch „ausländerfeindlich“<sup>858</sup>. Der Fall sei stattdessen eine Kampagne gegen alles „Rechte“ und gegen deutsche Selbstbestimmung. Durch die Programme gegen Rechtsextremismus von Bund und Ländern, durch fremdbestimmte Medienberichterstattung und eine unfair agierende Polizei und Justiz solle eine umfassende Bewusstseins- und Gesellschaftsveränderung in Deutschland erreicht werden, die das Deutsche zum Bösen stilisiere und Ausländer idealisiere. Der Fall Mügeln wird als Teil eines Feldzuges gegen die nationale Selbstbestimmung der Deutschen interpretiert und als Vorwand für einen antideutschen Kampf gegen „alles Rechte“. Initiatoren dieser Verschwörung sind Linke, „Antifaschisten“ und Juden, bundesdeutsche Medienvertreter und Politiker. Die Parteinahme der JF für die Mügeln als angeblich angegriffenes Kollektiv wird zur Parteinahme explizit für die Ostdeutschen und völkischen Deutschen, die angeblich von liberalen Deutschlandfeinden diskriminiert werden. Deutlich wird eine paranoid völkische Ideologie. Das Eigene (das „Völkische“) wird als durch Deutschfeinde unterjochtes Opfer empfunden, dem das Existenz(recht) abgesprochen wird. Die Leser werden von einer scheinbar rechtsstaatlichen Auffassung (in der vor allem der Fall bestritten und die öffentliche Debatte als fehlgeleitet diskreditiert wird) zu einer klar rechtsextremen Deutung und Weltsicht (inklusive direkt formulierter Verschwörungstheorien und Abwertungen gegenüber bestimmten Gruppen) geleitet. Dem Anliegen der Zeitung rechtskonservative Bürger für ihre Deutung des Falls und ihre Ideologie zu gewinnen wird auch mit dem Bürgermeister-Interview entsprochen: Das Gespräch mit Deuse, einem Mann, der von seiner Funktion und Partei-Zugehörigkeit her auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen scheint, macht insbesondere durch das *Set-*

---

856 JF vom 31. August 2007: „Hetzjagd von Journalisten (...)“.

857 Ebenda.

858 NPD und *Junge Freiheit* benutzen vor allem den Begriff „rechtsextrem“. Statt „fremdenfeindlich“, benutzen sie den Begriff „ausländerfeindlich“.



ting und die Kommentare des JF-Journalisten eine rechtsradikale Deutung des Falls nachvollziehbar. Damit kann die *Junge Freiheit* als Sprachrohr der „Neuen Rechten“ bezeichnet werden, der eine Scharnierfunktion zwischen Rechtskonservativem und Rechtsextremem zukommt. Sie verbreitet nicht alleine rechtsradikale Sichtweisen, sondern versucht diese auch im öffentlichen Diskurs aufzuwerten.<sup>859</sup>

Der wichtigste Befund für die Arbeit ist allerdings, dass die Radikale Rechte über die Thematisierung des Falls Mügeln die öffentliche, bundespolitische und mediale, Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und der nationalsozialistischen Vergangenheit kritisiert und diese in ihren Beiträgen verhandelt (Bestätigung der These III und III+). Die JF nutzt den Fall Mügeln, um die Debatte und den Diskurs zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu diskreditieren und ihre Bekämpfung als antideutschen Kampf zu diffamieren. Bei den gemäßigteren Beiträgen ist die Kritik an der öffentlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus (bzw. dem angeblichen „Kampf gegen Rechts“) das Hauptthema. Bei den radikaleren, insbesondere dem Beitrag Neujahrs, tritt das Thema gegenüber allgemeinen rechtsradikalen Hasstiraden etwas zurück. Der Begriff „Fremdenfeindlichkeit“ wird nicht gebraucht oder als grundsätzliche Feindseligkeit gegen (Ost-)Deutsche durch Anti-Deutsche (und ihre Helfer) uminterpretiert.

## 4 Sprache und Konzepte

### 4.1 Die Industrie- und Systemmetapher

Die Verwendung von Metaphern aus dem Bereich Industrie ist häufig.<sup>860</sup> Beispiele sind: „Professionelle Betreuungsindustrie“ (JF), „Desinformationsfabri-

---

859 In der Mügeln-Ausgabe der JF werden auch Artikel von renommierten Rechtsradikalen wie Andreas Mölzer publiziert und charakteristisch rechtsradikale Themen diskutiert – insbesondere das Relativieren oder Bestreiten deutscher Schuld am und im Zweiten Weltkrieg. Mölzer ist Europa-Abgeordneter der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ). Zur Figur Mölzer vgl.: Schellenberg (2005a). Charakteristisch sind u.a. die JF-Artikel: Mölzer, Andreas: „Brief aus Brüssel. Unfassbarer Skandal.“ <http://www.jf-archiv.de/archiv07/200736083122.htm> (1.03.2013); Krämer, Markus: „Die geplanten Pogrome. Posener Akten belegen, dass die Übergriffe gegen die deutsche Minderheit nach dem 1. September 1939 politisch kalkuliert waren.“ <http://www.jf-archiv.de/online-archiv/file.asp?Folder=07&File200736083147.htm&STR1=kr%E4mer&STR2=pogrome&STR3=&STR4=> (1.03.2013). Vgl. zu diesem Thema auch Pechel (2007), S. 95-113.

860 Weitere sprachliche Analysen erscheinen mir vielversprechend für die Erforschung sprachlicher Besonderheiten und Kategorisierungen (Identitätsverweise) der Radikalen Rechten. Allerdings würde sie den Rahmen meiner Arbeit sprengen. Insbesondere interessant ist zudem die

kanten“ (Apfel), „gleichgeschaltete Meinungsindustrie“ (Apfel), „deutschfeindliche Meinungsindustrie“ (Apfel), „anti-deutsche Meinungsindustrie“ (Gansel). Hier wird eine kommerzielle und für massenhafte Reproduktion planend arbeitende Institution assoziiert, die als böse Macht die Strippen zieht, um die Mügeln, die Ostdeutschen bzw. das deutsche Volk zu bekämpfen. Die auf die Medien bezogenen Metaphern „Lohnschreiber“ (Apfel) und „antideutsche Medienschreiber“ (Apfel) lassen Journalisten als seelenlose Rädchen in einem mächtigen und lukrativen Getriebe erscheinen. Neben den Medien werden auch die Programme gegen Rechtsextremismus als „professionelle Betreuungsindustrie“ (JF) beschrieben, womit sie auch als Instrument einer bösen Macht assoziiert werden. Ähnlich verhält es sich mit der System-Metapher. Hier findet eine Umwertung der Semantik statt. Wortneubildungen wie „Systempresse“ oder „Systempolitiker“ sind pejorative Bezeichnungen für die parlamentarische Demokratie<sup>861</sup> und betonen eine planend arbeitende Institution, die im Hintergrund bundesdeutsche Medien und Politik lenken. Diese Metaphern transportieren verschwörungstheoretische Annahmen.

Charakteristisch ist auch die Metapher „gleichgeschaltete Meinungsindustrie“ (Apfel/Landtagsdebatte). Der Ausdruck „Gleichschaltung“ kommt ursprünglich aus der Elektrotechnik und wurde von den Nationalsozialisten 1933 zuerst für das „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich übernommen“. Damit handelt es sich um eine (bewusste oder unbewusste) Weiterverwendung von NS-Vokabular. „Gleichschaltung“ weist in der Bundesrepublik zwei Verwendungstypen auf: Einerseits wird er als belastete Geschichtsvokabel im Diskurs über die NS-Vergangenheit seit 1945 verwendet, andererseits ist er schlicht pejorativ gemeint. Mit der Metapher „gleichgeschaltete Meinungsindustrie“ wird die bundesrepublikanische Politik und Presse abgewertet. Die Verwendung bewirkt eine Relativierung des Nationalsozialismus. Insgesamt dienen die Metaphern dazu, die Medien, die parlamentarische Politik und Programme gegen Rechtsextremismus als Instrumente einer antideutschen Macht darzustellen.

#### 4.2 NS-Vergleich und NS-Vokabular

Die Verwendung von NS-Vergleichen und NS-Vokabular findet sich regelmäßig in den untersuchten Texten der Radikalen Rechten. Besonders zahlreich sind sie in dem Artikel der JF-Autorin Neujahr. So wirft sie den Westdeutschen vor, sie

---

„Anti-Moral Metapher“: Hiermit werden die politischen Gegner und ideologischen Gegenentwürfe als „political correct“ oder „Gutmenschen“ in diffamierender Absicht bezeichnet.

861 Vgl. auch Müller et al (2010), S. 195.

hegten gegen die Ostdeutschen „Apartheids- und KZ-Phantasien“<sup>862</sup>. Der Begriff Konzentrationslager und seine Abkürzung KZ – ebenso wie Auschwitz und seit 1979 Holocaust – steht als Chiffre „für einen Genozid ungeheuren Ausmaßes“<sup>863</sup> und ist zum „Inbegriff des Vernichtungsterrors des nationalsozialistischen Schreckenregimes“<sup>864</sup> geworden. KZ-Vergleiche wurden in der Geschichte der Bundesrepublik mehrfach vorgenommen und werden „spätestens ab den achtziger Jahren als ‚unangemessen‘ angesehen, weil sie NS-Verbrechen relativieren und verharmlosen“.<sup>865</sup> Neujahr benutzt den Bezugspunkt „KZ“ als „Inbegriff des Vernichtungsterrors“ und zieht einen Vergleich zwischen den Phantasien der Westdeutschen über die Ostdeutschen zu dem Vernichtungsterror der Nationalsozialisten (und der Apartheitspolitik). Damit verleiht sie ihrem paranoiden Gefühl der Bedrohung als Opfer Ausdruck und verharmlost die Verbrechen der Nazis. Neujahr intendiert auch, mit ihrem NS-Vergleich die Westdeutschen in die Nähe des NS zu rücken und sie damit zu diffamieren.

Ein weiteres Beispiel stellt der Vorwurf des NPD-Abgeordnete Gansel dar, die NPD würde stets mit „der NS-Keule“ erschlagen.<sup>866</sup> Die Verwendung der Vokabel „NS-Keule“ durch Gansel gehört zu einem „Meta- und Kritikwortschatz“, der ein öffentliches Bewusstsein der sprachlichen Bewältigungspraxis darstellt.<sup>867</sup> Es ist eine Bewertung der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, die durch Martin Walsers Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 11. Oktober 1998 im öffentlichen Diskurs erstmals Ausdruck und Resonanz fand. Walser beklagte eine angebliche Instrumentalisierung von „Auschwitz“ als „Drohroutine“, „jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel“, „Moralkeule“, „Pflichtübung“ und dessen „Ritualisierung“.<sup>868</sup> Entsprechende Äußerungen entspringen dem Bedürfnis, einen Schlussstrich zu ziehen, statt sich fortwährend kritisch mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und an die NS-Opfer zu erinnern. Das von Walser gebrauchte Kompositum „Moral-Keule“ verbindet das konkrete und bedrohlich wirkende Nomen „Keule“ mit einem abstrakten Nomen und positiven Wert „Moral“, womit Gewalttätigkeit, Rohheit und Zwanghaftigkeit betont wird. So wird denjenigen, die sich auseinanderzusetzen und erinnern eine Täterrolle (gegenüber denjenigen, die einen „Schlussstrich“ ziehen wollen) zugeschrieben – und damit eine Täter-Opfer-Umkehr eingeleitet. Beim Gebrauch des Begriffs „NS-

---

862 JF vom 31.10.2007: „Hetzjagd von Journalisten (...)“.

863 Schmitz-Berning (1998), S. 356.

864 Ebenda, S. 354.

865 Eitz und Stötzel (2007a), S. 399.

866 Vgl. oben (Landtagsdebatte).

867 Eitz/Stötzel (2007a), S. 4.

868 Vgl. Schirmmacher (1999).

Keule“ durch Gansel schwingen diese Assoziationen mit, wenngleich es ihm ganz konkret darum geht, das In-Beziehung-Setzen von NPD und Nationalsozialismus als instrumentell eingesetztes „Totschlag-Argument“ zu diskreditieren. Ähnliche Komposita, etwa „Auschwitzkeule“, sind charakteristisch für den Sprachgebrauch der extremen Rechten.<sup>869</sup> Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und NS-Zuschreibungen soll als instrumentell diffamiert und damit abgewehrt werden.

Die Analyse zeigt, dass NS-Stigmatisierungen und Kritik an NS-Zuschreibungen, wie der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Teil des Kampfes um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und den Normsetzungen der Bundesrepublik Deutschland sind.

### 4.3 Das Wortfeld „besetzt“

Die rechtsradikale Vorstellung eines fremdgesteuerten deutschen Volkes findet seine linguistische Manifestation in dem Wortfeld „besetzt“. Manifestationen dieses Wortfeldes erscheinen regelmäßig in den untersuchten Texten. „Selbstbesinnung“ sei „in Deutschland unmöglich“, da „der Diskursraum von einer Intelligenzija (...) besetzt gehalten wird (...) die das eigene Land zum Auswurf des Bösen erklärt“, so die JF-Autorin Neujahr.<sup>870</sup> Der Begriff „besetzt“ und das gesamte Zitat knüpft an den Vorwurf der Radikalen Rechten an, die Alliierten hätten die Westdeutschen „umerzogen“ („Bewusstseins- und Gesellschaftsveränderung“) und die damit verbundene Unterstellung, sie hätten das „deutsche Volk“ zerstört. Der Begriff „Intelligenzija“ in Neujahrs Artikel findet sich in anderen Texten nicht, mag aber eine Referenz zur NS-Sprache sein (oder/und zum kommunistischen Sozialisationsgefühl): Er kommt aus dem russischen und steht für eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe. Bezogen wird sich damit auf die gebildeten Schichten, die Akademiker oder die Gruppe, die am öffentlichen Leben teilnimmt. Der Begriff gehört(e) sowohl zum kommunistischen Sprachgebrauch (hier als soziale Schicht verstanden) wie zum Sprachgebrauch der Nationalsozialisten. Hitler verwendete den Begriff abwertend.<sup>871</sup>

---

869 Vgl. Lorenz (2005).

870 Neujahr in der JF vom 31.10.2007.

871 Stichwort „Intelligenzija“, in: Duden. Herkunftswörterbuch. Etymologie der deutschen Sprache. Mannheim / Leipzig / Wien / Zürich 2007 (4. Aufl.).

#### 4.4 *Das (völkische) Kollektiv als Opfer*

Besonders hilfreich für das Verständnis der Deutung des Falls Mügeln durch die Radikale Rechte ist die Klärung des Konzepts der Kollektivschuldthese. Wörter aus dem Wortfeld „kollektiv“ finden sich vielfach in den Texten und Äußerungen der Radikalen Rechten. Beispiele aus der Landtagsdebatte sind: „eine *ganze Stadt* wird unter *Generalverdacht* gestellt und auf die Anklagebank geschoben“<sup>872</sup>, „Parlamentarier (würden sich – B.S.) als *ewige Schuldgemeinschaft* definieren“<sup>873</sup>, es handele sich um eine „zu Unrecht gescholtene *Mügeln Bürger-schaft*“<sup>874</sup>, *Mügeln* werde „zum *braunen Nest* abgestempelt“<sup>875</sup>, es werde „*pauschal* über den angeblich ausgeprägten Rassismus *der Mitteldeutschen* (...) schwadronier(t)“<sup>876</sup> (Hervorhebungen durch Autorin). Durch den Gebrauch des Wortfeldes „kollektiv“ wird die Botschaft unterstrichen, dass die Mügelner, die Ostdeutschen und die Deutschen als Gruppe kollektiv schuldig gesprochen werden, dass sie eine Gemeinschaft sind und ihnen allen kollektiv Gewalttätigkeit, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus vorgeworfen werde.

Hier bemühen die Akteure das Konzept der „Kollektivschuld“. Wolfgang Benz schreibt, die „Kollektivschuldthese“ gehöre „zum Arsenal rechtsradikaler Propaganda“, behauptet werde eine „Kollektivschuld aller Deutschen an den Verbrechen des Hitler-Regimes“.<sup>877</sup> Auf der Grundlage dieser Unterstellung hätten die Alliierten die Deutschen bestraft und umerzogen, Maßnahmen im Zuge der Entmilitarisierung sowie weitere wirtschaftliche Sanktionen betrieben. In der rechtsradikalen Literatur spielt die Thematisierung und Zurückweisung der (angeblichen) Kollektivschuldthese eine herausragende Rolle, dabei werden – ähnlich wie im Fall Mügeln – die für das deutsche Volk negativen Auswirkungen einer angeblich kollektiven Verurteilung durch feindlich gesinnte Akteure beklagt. Während zwar das Problem der Mitverantwortlichkeit für das, was während des NS-Regimes im deutschen Namen geschah, immer noch aktuell ist,<sup>878</sup> hat die Kollektivschuld-Zuschreibung als „politisches und juristisches Problem (...) nie real existiert“.<sup>879</sup> Somit ist die Klage über einen Vorwurf der Kollektivschuld in der Realität gegenstandslos.

872 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7829f (Apfel).

873 Ebenda, S. 7840 (Gansel).

874 NPD Fraktion im Sächsischen Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/10657.

875 Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692, S. 7839 (Gansel).

876 Ebenda, S. 7830 (Apfel).

877 Benz (1992), S. 117.

878 Ebenda, S. 119.

879 Ebenda. Wenngleich die These einer Kollektivschuld tatsächlich vorübergehend (- während des Krieges -) und partiell (- in den angelsächsischen Ländern -) diskutiert wurde, war sie „niemals Bestandteil der alliierten Politik gegenüber Deutschland“ und wurde auch nicht „zur

Das Konzept der „Kollektivschuldthese“ wird auch in der Argumentation der Radikalen Rechten zum Fall Mügeln aktualisiert – allerdings bezieht es sich nur sekundär auf eine behauptete Kollektivschuld aller Deutschen an den Verbrechen des Hitler-Regimes. Es wird vielmehr als Muster aktualisiert: Wie sich durch die Analyse der NPD- und der *Jungen Freiheit*- Texte verdeutlichen lässt, behaupten die Akteure, dass eine Einordnung des Vorfalls als „rechtsextrem“ oder „fremdenfeindlich“ eine Verurteilung des ganzen Ortes („Mügelns“) bedeute. Die Betonung einer Verurteilung des Kollektivs ist dabei zum einen Strategie rechtsradikaler Propaganda, die als Muster durch die „Kollektivschuldthese“ der Radikalen Rechten bekannt ist und insgesamt Fragen nach Schuld und Verantwortung diskreditieren und von den Untaten ablenken soll. Mit der „Mügelner“ Kollektivschuldthese soll der Bevölkerung glaubhaft gemacht werden, nur eine Einstufung des Falls als weder rechtsextrem noch fremdenfeindlich verhindere eine kollektive Verurteilung des Ortes, der Ostdeutschen und des deutschen Volkes – womit der Widerwille gegen die Interpretation fremdenfeindlich/rechtsextrem und gegen Vertreter dieser Interpretation gestärkt wird.

Allerdings entspricht die Betonung einer kollektiven Verurteilung auch dem rechtsradikalen Weltbild selbst: Das Individuum und seine Taten sind hiernach nicht eigenständig, sondern sie sind immer als Teil einer Gruppe, als Teil eines Gesamtkörpers, eines Volkskörpers, zu verstehen. In der rechtsradikalen Ideologie hat das Individuum keinen Wert („Du bist nichts Dein Volk ist alles!“) – damit gibt es hier auch keine individuelle Verantwortung. Die Analyse der Radikalen Rechten zeigt insgesamt, dass der Diskurs über deutsche Schuld eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung mit dem Fall Mügeln spielt. Mügelner wird im Diskurs der Radikalen Rechten zum Exempel für falsche Schuldzuweisungen. Neben dem Bemühen einer Kollektivschuldthese dient die Kriminalisierung der Opfer und die Diffamierung politischer Gegner dazu, Schuld zu relativieren oder in Frage zu stellen. Letztendlich führt diese Argumentation zu einer Opfer-Täter-Umkehr: Die Mügelner, die Ostdeutschen, das deutsche Volk sind Opfer der „Ausländer“ (der indischen Opfer) ebenso wie antideutscher Mächte, die alles Nationale und politisch Rechte angeblich vernichten wollen.

---

Begründung dieser Politik nach 1945 herangezogen“. Analysen des öffentlichen Sprachgebrauchs zur Verwendung des Begriffs „Kollektivschuld“ in der Bundesrepublik Deutschland zeigen, „heute (...) eine breite, parteiübergreifende Mehrheit in Politik und Gesellschaft, (...) den in dem Ausdruck kompromittierten Schuldvorwurf ablehnt.“ Allerdings haben prominente Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Theodor Heuss, Karl Barth und Karl Jaspers und auch Vertreter der Kirchen durchaus eine kollektive Verantwortung der Deutschen an den Verbrechen während des Dritten Reiches diskutiert und damit eine moralische Forderung verbunden. Vgl. Benz (1992); Eitz/Stötzel (2007a), S. 394.

#### 4.5 Assoziationen zum Deutschen Reich

Die NPD-Abgeordneten Apfel und Gansel sprechen von „Mitteldeutschen“ und „Mitteldeutschland“.<sup>880</sup> Hiermit werden die Ostdeutschen bzw. die neuen Bundesländer bezeichnet, womit der Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze in geschichtsrevisionistischer Absicht Ausdruck verliehen wird. Interessant ist hierbei, dass der Begriff „Mitteldeutsch“ und „Mitteldeutschland“ im heutigen Sprachgebrauch mehrere Bedeutungen hat und als *Codewort*<sup>881</sup> der Radikalen Rechten gebraucht wird. Denn während die Radikale Rechte den Begriff mit Gebietsansprüchen des Deutschen Reiches verbindet, ist die Verwendung des Begriffs in der Öffentlichkeit für die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen üblich geworden (vgl. „Mitteldeutscher Rundfunk“<sup>882</sup>). Auch die Journalistin Neujahr greift in der JF das Thema des deutschen Raums auf – wengleich hier nicht Großraumphantasien, sondern nur die Bedeutung des Raums für die Radikale Rechte zum Ausdruck kommen – und zwar im Zusammenhang mit den angeblichen Feindseligkeiten der Westdeutschen gegenüber Ostdeutschen: Grund für deren Feindseligkeiten sei, so Neujahr, „dass die bis an die Oder vergrößerte Bundesrepublik kein vergleichbar sicheres Bezugssystem mehr bietet wie früher Westdeutschland“.<sup>883</sup> Dennoch werden (mindestens von Rechtsradikalen) Großraum-Phantasien mitgehört: Die Beschreibung „bis an die Oder vergrößerte Bundesrepublik“ ist sehr unüblich für die geographische Verortung der heutigen Bundesrepublik Deutschland, üblich ist aber der „Oder-Neiße“-Bezug, den Rechtsradikale herstellen, wenn sie die heutige Fläche der Bundesrepublik beklagen und von einem wiederherzustellenden Deutschen Reich reden.<sup>884</sup>

---

880 Vgl. oben, Analyse der Landtagsdebatte.

881 Beim *Coding* werden Andeutungen auf (angeblich) verbotene Phrasen und Wörter durch Wortspiele gemacht. Codierung dient der Verhinderung von Strafverfolgung und als Stilmittel. Die Codes bezwecken eine Abgrenzung von den Uneingeweihten und eine Stärkung des Gemeinschaftsgefühl der eingeweihten, der Wir-Gruppe. Damit erfüllt sie eine ein- und ausgrenzende Funktion.

882 Freilich stellt sich auch hier die Frage, wieso das so ist und wer diesen Namen politisch zu verantworten hat. Bezogen wurde sich bei der Gründung des Senders 1991 auf die 1924 gegründeten Mitteldeutschen Rundfunk AG, die 1934 gleichgeschaltet wurde und in den „Reichsender Leipzig“ überging.

883 JF vom 31. August 2007: „Hetzjagd von Journalisten (...)“.

884 Vgl. etwa das NPD-Parteiprogramm: NPD, 1997 und 2010.

### Resümee

Die Analyse zeigt, dass die Sprache der Radikalen Rechten deutlich von einem völkischen Gesellschafts- und Weltbild geprägt ist. Zudem konnte durch die sprachliche Analyse herausgearbeitet werden, dass die Radikale Rechte dem kritischen öffentlichen Diskurs über Rechtsextremismus und NS-Vergangenheit entgegentreten möchte, indem sie diesen als verschwörerisch gesteuert darstellt. Als besonders ertragreich hat sich der Blick auf das Wortfeld „kollektiv“ gezeigt. Die Radikale Rechte kategorisiert die Debatte über den Fall Mügeln als Debatte einer angeblichen Kollektivschuld der Mügelner Bürger (*Frame*: Völkisch/Kollektiv der Opfer). Die Kollektivschuldthese als Kategorisierung des „Fall Mügeln“, als Schablone für die Einordnung des fremdenfeindlich und rechtsextrem motivierten Falls, eignet sich gut, um Schuld zu verlagern. So kann dem Vorwurf kollektiver Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus entgegentreten werden, ohne sich selbst mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen.

## 5 Fazit

Interpretation, Problemanalyse, Strategieentwürfe, Frames und Normsetzungen der NPD und der *Jungen Freiheit* entsprechen sich weitgehend und lassen sich in gemeinsamen Tabellen zur Radikalen Rechten abbilden.

*Tabelle 27: 1RR: Interpretation*

| <i>Interpretation</i>   | <i>Argumentationsmuster</i>   |
|-------------------------|---|
| Bierzeltschlägerei      | Es war eine „normale“ Schlägerei ohne rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Hintergrund.   |
| Konflikt mit Ausländern | Es gab einen Konflikt mit Ausländern, weil diese sich nicht benehmen können.  |
| Übergriff auf Deutsche  | Es gab einen Übergriff auf Deutsche, weil Ausländer Täter sind. (Sie sind kriminell, verlogen, aggressiv, extremistisch und belästigen Frauen.) |

Die Analyse verdeutlicht, dass die Radikale Rechte eine Opfer-Täter-Umkehr vornimmt. Zudem zeigt sie, dass die Thematisierung der „Ostdeutschen“ als stigmatisierte Opfergruppe, strategisch von der Radikalen Rechten in die Debatte eingebracht wird. Die NPD nimmt das „Ost-Thema“ als Argumentationselement erst im Verlauf der Debatte auf, um die eigenen ideologischen Interes-



sen besser durchsetzen zu können. Damit wird These I+<sup>885</sup> und III+ bestätigt. Insgesamt zeigte sich, dass die Radikale Rechte nicht nur böswillige Absichten („der Inder“) hinter dem Vorfall erkennt, sondern vor allem verschwörerische Ziele hinter der öffentlichen Debatte über den „Fall Mügeln“ und über „Rechtsextremismus“. Ihre Vertreter glauben, dass diese Debatte die (weitere und umfassendere) Etablierung der Fremdherrschaft und die Zerstörung des „deutschen Volkes“ ausdrückt oder zum Ziel hat. Die Radikale Rechte fühlt sich durch die Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bedroht, sie begreift diese als gegen sie selbst gerichtet. Der Akteur nutzt den Fall Mügeln und die Debatte über ihn, um die öffentliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu diffamieren und die Existenz von Fremdenfeindlichkeit abzustreiten bzw. als gegen die Ostdeutschen/sich selbst gerichtet umzudeuten. Die folgende Tabelle fasst die Problemanalyse der Radikalen Rechten zusammen:

---

885 These I a: Bei der öffentlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus geht es um die Durchsetzung ideologischer Interessen und das Erstreiten von Hegemonie über die Deutung von Realität.

Tabelle 28: 2RR: Problemanalyse

| Problem   | Argumentationsmuster (Akteur)   | Opfer   | Verursacher/Täter   |
|---|---|---|---|
| <p>Ausländer in Deutschland</p>   | <p>Ausländer sind kriminell, aggressiv, extremistisch, verlogen und belästigen Frauen – daher bringen sie nur Probleme.</p>   | <p>Die (wahren) Deutschen<br/>Das deutsche Volk</p>   | <p>Ausländer</p>  |
| <p>Es wird eine Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geführt.<br/>=<br/>„Deutschland“ und „Rechte“ sollen zerstört werden.</p> | <p>Der Fall wurde erfunden und die Debatte wird geführt, weil<br/>a) „nationalbewusste Deutsche“ bzw. „alles Rechte“ und „Deutschland“ bekämpft und zerstört werden soll. (NPD und <i>Jungen Freiheit</i>)<br/>→ Es gibt eine Meinungsjustiz gegen national gesinnte Deutsche.<br/>→ Deutsche Opfer werden stets diskriminiert.<br/>b) Geld für Programme „gegen Rechts“ ausgegeben werden soll und „Linke“ gefördert werden sollen. (NPD und JF)<br/>c) alle Mügeln, alle Ostdeutschen und alle (völkischen) Deutschen verurteilt werden sollen. (NPD und JF)<br/>d) ein NPD-Verbot initiiert werden soll. (NPD)<br/><u>Erst in Phase 2:</u> Die Debatte wird geführt, weil es Feindseligkeiten gegenüber Ostdeutschen gibt.</p> | <p>Die (wahren) Deutschen<br/>Das deutsche Volk<br/><u>Kollektive:</u><br/>die Mügeln<br/>die Sachsen<br/>die Ostdeutschen<br/>das deutsche Volk<br/>die NPD<br/><u>Meinungen/</u><br/><u>Ideologie/ „Wahrheiten“:</u><br/>„rechte“ (= Selbstbeschreibung) /<br/>rechtsradikale</p> | <p>Die Feindgruppen der (völkisch) Deutschen = Deutsche Feinde = Täter und ihre Helfer<br/>Grüne<br/>Linke<br/>„Antifaschisten“<br/>Ausländer<br/>Die sächsische<br/>Ausländerbeauftragte (CDU)<br/>Die Medien<br/>Die allgemeine/ etablierte Politik<br/><u>Systematisch organisierte</u><br/><u>Fremdbestimmung:</u><br/>Die Antideutschen (antideutsche Täter<br/>= Juden und ihre Helfer = Politik und Medien)<br/><u>Themensetzung:</u><br/>- Die „Anti-Rechts-Kampagnen“<br/>- Bundesrepublik Deutschland als geographische und politische Begrenzung</p> |

Der alles beherrschende *Frame* der Radikalen Rechten ist *Völkisch*. Er entspricht der Ideologie der Radikalen Rechten: Es wird angenommen, dass es einen einheitlichen deutschen Willen und einen richtigen deutschen Weg gibt und dass antideutsche Mächte ihn bekämpfen, um ihn zu schwächen und zu zerstören. Vor diesem Hintergrund empfinden sich die Radikalen Rechten stets als *Kollektiv der Opfer*: Die Angreifer, die Mügeln, die Ostdeutschen und (nationalen) Deutschen würden kollektiv verurteilt, zum Täter gemacht und dadurch in ihrer Existenz bedroht.

Die (Gegen-)Strategie der Radikalen Rechten ist eine Schuldabwehr durch Schuldumkehr und fundamentaler Entgegnung der öffentlich geführten Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Rechtsextremismus darf kein Thema sein, weil seine Thematisierung „rechte“ Wahrheiten und Existenzen zerstört. Folgende Tabelle fasst die (Gegen-)Strategien der Radikalen Rechten zusammen und benennt das *Framing* des Gegenstands durch diesen Akteur:

Tabelle 29: 3RR: (Gegen-)Strategien und *Framing*

| <i>(Gegen-) Strategien</i>   | <i>Argumentationsmuster</i>   | <i>Framing</i>   |
|--|---|--|
| Ausländer nicht integrieren (sondern erziehen oder ausweisen – B.S.)   | Ausländer dürfen nicht integriert werden und müssen lernen sich zu benehmen, weil sie schlecht/böse (aggressiv etc.) sind.  | „Rechtsextremismus“ darf kein Thema sein.  |
| Keine Thematisierung und Bekämpfung von Rechtsextremismus, sondern Rehabilitation des kollektiven Deutschen. | 1. Es darf keine Debatte über Rechtsextremismus geführt werden, deshalb muss die Debatte diskreditiert werden.<br>2. Die Programme gegen Rechtsextremismus müssen eingestellt werden, denn sie bedeuten eine (finanzielle) Förderung und Verbreitung einer linken und fremdbestimmten Bewusstseins- und Gesellschaftsveränderung. | Die Thematisierung des „Rechtsextremismus“ wird von systematisch agierenden feindlichen Mächten initiiert/geführt. |
| Bürger für rechtsradikale/ „rechte“ Interpretation/ Weltsicht gewinnen.                                      | 3. Mügeln und die (Ost-) Deutschen müssen gegen Vorwürfe des Rechtsextremismus und der Gewalttätigkeit rehabilitiert werden.  |  |

„Das Deutsche“ als das Gute ist ein zeitloser, homogener Körper; alles „Andere“ ist böse (Ausländer, Andersdenkende), weil es „das Deutsche“ (angeblich) zer-

stören will. Um dies zu verhindern muss „das Andere“ enttarnt, entmachtet und ausgeschlossen werden und es muss eine Hegemonie über die Deutungen zu Fällen wie Mügeln erlangt werden. Gezeigt hat sich in der Analyse zudem, dass durch die Radikale Rechte über den Umgang mit der NS-Vergangenheit verhandelt wird. Der Nationalsozialismus ist wichtiger und häufiger Referenzpunkt des Akteurs. Die geistige Nähe und die Rehabilitierungsversuche des Nationalsozialismus auf der einen Seite, die verbale Distanzierung und Versuche, den politischen Gegner mit Nazi-Zuschreibungen zu diskreditieren auf der anderen Seite, lassen die Position der Radikalen Rechten widersprüchlich erscheinen.<sup>886</sup> Die Tabelle fasst die kontradiktiven Bezüge des Akteurs zum Nationalsozialismus zusammen:

*Tabelle 30: 4RR: Nationalsozialismus als Bezugspunkt der Radikalen Rechten*

| <i>Beziehung zum Nationalsozialismus</i> | <i>Wertung</i>                    | <i>Ziele</i>   |
|--|-----------------------------------|--|
| Offen positiv                            | Verherrlichung und Rechtfertigung | - um Ideologie nicht zu diskreditieren.<br>- um die NS-Zeit und (ehemalige) NS-Anhänger nicht zu diskreditieren. |
| Ambivalent                               | abzuwehrende Zumutung             | - um nicht selbst mit dem NS negativ identifiziert zu werden.<br>- um bestimmte Debatten* zu vermeiden.          |
| Negativ                                  | negativer Referenzpunkt           | - um politische Gegner zu diskreditieren.<br>- um vergleichend auf Unrecht aufmerksam zu machen.**               |

\*etwa über historische Verantwortung oder Gedenken an NS-Opfer und über Neonazismus/Rechtsextremismus.

\*\*Die Wirkung ist hierbei eine Relativierung des NS-Unrechts.

886 Möglich ist, dass sich die Radikale Rechte mit dieser schizophrener Haltung gegenüber der NS-Vergangenheit selbst in den Augen der Öffentlichkeit – in der sie weiterhin stark mit dem Nationalsozialismus assoziiert wird – rehabilitieren kann, weil das In-Beziehung-Setzen zum NS in der politischen Debatte zur leeren Hülle bzw. absurd werden. Möglich ist aber auch, dass diese schizophrene Haltung die Radikale Rechte zum tragisch-komischen Clown macht, der, weil er bei jedem Schritt über seine eigenen Füße stolpert, nicht ernst genommen wird und nur als Witzfigur im politischen Prozess selbst in Erscheinung tritt. Allerdings sind diese Annahmen historisch betrachtet naiv. Vgl. zur „*Losing Formula* „Nationalsozialismus““ für die heutige Radikale Rechte in Deutschland: Schellenberg (2011a), S. 78f. Zweck von NS-Zuschreibungen kann auch der Wunsch sein, öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Diese Praxis ist in bundesdeutschen politischen Debatten gemeinhin üblich geworden. Vgl. Itezel/Stötzel (2007a) S. 487-504, insb.: 503.

## 6 Der Fall als Referenz (Phase 3)

Die NPD nutzte den Fall 2008 als Wahlkampfthema in der Region. Sie kündigt eine breite „Solidarisierungskampagne“<sup>887</sup> mit der Stadt Mügeln an und thematisiert den Fall auch in ihrer Zeitung *Sachsen-Stimme*, die sie vor den Kreistagswahlen im Juni 2008 herausgibt.<sup>888</sup> In deren Leipziger-Ausgabe<sup>889</sup> beschreibt sie den Fall Mügeln als mediale Hetzjagd antideutscher Mächte auf die Stadt. Zudem greift sie in ihrer Wahlkampagne strategisch ostdeutsche Befindlichkeiten auf, durch die rechtsradikale Ideologie durch Appelle an ostdeutsches Gemeinschaftsgefühl attraktiv scheinen soll. Ein Beispiel ist der Slogan „Der Osten wählt deutsch“.<sup>890</sup>

Zur sächsischen Kommunalwahl 2008 gelingt es der NPD, erstmals flächendeckend Kandidaten aufzustellen, wobei viele ihrer Kandidaten aus dem militanten Neonazi-Spektrum kommen und durch einschlägige Verurteilungen wegen Körperverletzung oder Propagandadelikten bekannt sind.<sup>891</sup> Insgesamt stellt die NPD in den 128 Wahlkreisen 224 Kreistagskandidaten auf, in Torgau-Oschatz und Delitzsch (ab 1. August 2008 zusammengefasst zum Landkreis Nordsachsen) elf Kandidaten. Im gesamten Landkreis erzielt die NPD 4,7% der Stimmen, sie kann vier Sitze, davon drei Mandate im vormaligen Kreis Torgau-Oschatz und einen im Altkreis Delitzsch, einnehmen und ist damit erstmals vertreten.<sup>892</sup> Auch bei den Mügeln Kreistagswahlen tritt sie erstmals an und ist erfolgreich (5%).<sup>893</sup> Die NPD referiert nach den Wahlen weiterhin zum Fall Mügeln. So würdigen Vertreter der Partei in einer Unterstützungsmeldung das Verbot eines antirassistischen Fests durch Bürgermeister Deuse als Widerstand gegen Feindgruppen, die „das Deutsche“ zerstören wollten.<sup>894</sup> Mehrfach wird der Mügeln Bürgermeister von der Partei gelobt. Er habe sich schützend vor seine

---

887 Laut Verfassungsschutz gab es – entgegen der Ankündigung – keine konkreten Veranstaltungen vor Ort. Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Oktober 2009, S. 3.

888 Vgl. NPD Sachsen April 23, 2008; *Sachsen Stimme*, Regionalausgabe RB Dresden zur Kreistagswahl 2008; *Sachsen Stimme*, Regionalausgabe RB Chemnitz zur Kreistagswahl 2008. Die *Sachsen Stimme* wurde laut eigenen Angaben in einer Auflage von 1 Million Exemplaren gedruckt und in sächsischen Haushalten verteilt.

889 Die Zeitung erschien in drei Regionalausgaben (Regierungsbezirke Leipzig, Dresden und Chemnitz), die sich nur in einzelnen Artikeln unterschieden.

890 Vgl. u.a. *Sachsen Stimme*, Regionalausgabe RB Leipzig zur Kreistagswahl 2008.

891 Vgl. Jennerjahn (2008), S. 10f.

892 Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrgs.), 2009. Allerdings meinen lokale Beobachter der Szene, dass es sich nicht um eine breite Eroberung der Region handele – stattdessen fehlten der NPD weiterhin vielerorts Strukturen und Personal. Vgl. Jennerjahn (2008), S. 12.

893 Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsens: Kreistagswahl 2008.

894 Vgl. NPD Kreisverband Nordsachsen Juli 25, 2009.

Stadt und gegen eine „ausländertümelnde“ und „linke Medienkampagne“ gestellt, habe sich in der *Jungen Freiheit* bekannt „stolzer Deutscher zu sein“ und „nach den Kreistagswahlerfolgen der NPD (...) erklärt, dass man die NPD nicht ausgrenzen dürfe“. Vor diesem Hintergrund habe die NPD „nicht grundlos (...) vielen national gesinnten Bürgern der Stadt bei der letzten Bürgermeisterwahl empfohlen, ihn erneut ins Amt zu wählen.“<sup>895</sup> Der Mügelnr Bürgermeister ist für die NPD zum politischen Freund geworden. Auch meldet sich die NPD zum Anlass des sich jährenden Altstadtfestes zu Wort, um Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu diskreditieren und die eigene Deutung des Falls zu zementieren. So klagt die Partei unter anderem (fälschlicherweise<sup>896</sup>):

„Daß die Vorkommnisse beim Altstadtfest nun als Vorwand dafür dienen, mit Steuergeld dubiose und oftmals linksextreme ‚Anti-Rassismus-Projekte‘ und ‚antifaschistische‘ Jugendarbeit zu unterstützen, finden wir unerträglich.“<sup>897</sup>

Im Zusammenhang mit dem Altstadtfest 2008 zeigt sich, dass die NPD nicht nur den Mügelnr Bürgermeister lobt, sondern sich als Opposition immer wieder von der Mügelnr Stadtpolitik abgrenzt. So wendet sich die Partei explizit gegen das Motto des Festes, „Bunte Stadt Mügeln“, da damit Schutz und Eintreten für „alle Deutschen“ nicht mehr gewährleistet seien.<sup>898</sup> Der Blick auf die Urheber entsprechender Äußerungen verdeutlicht, dass die Partei in der öffentlichen Debatte in Mügeln eine besondere Chance sieht, Deutungshoheit zu erlangen und ihre Ideologie zu verbreiten. Zu Mügeln äußert sich die ganze Bandbreite des NPD-Personals: Neben Personen aus dem Landkreis auch der sächsische NPD-Vorsitzende Holger Apfel und der Chefideologe Jürgen Gansel.

Ähnlich wie die NPD erinnert die *Junge Freiheit* immer wieder an ihre Interpretation des Falls. So schreibt die Zeitung im Juli 2009 unter der Absatzüberschrift „Angebliche ‚Hetzjagd‘ von Mügeln“:

„In zahlreichen Presseberichten war damals von einer ausländerfeindlichen Hetzjagd die Rede gewesen. Bürgermeister Deuse verteidigte jedoch seine Stadt. In der *Jungen Freiheit* sagte er, die Auseinandersetzung habe keinen rechtsextremen Hinter-

---

895 Ebenda.

896 Es wurden in Wirklichkeit keine neuen Gelder bewilligt, allerdings die gebachten Budgets auch nicht gekürzt. Typisch ist das strategische Zusammenbinden des Engagements gegen Rechtsextremismus und Rassismus mit Linksextremem und der Antifa.

897 NPD Nordsachsen August 12, 2008.

898 Ebenda.

grund gehabt. Zudem seien die Inder mit schuld an dem Ausbruch der Schlägerei gewesen.“<sup>899</sup>

Die charakteristischen Argumentationsmuster – Vorurteile gegen den Osten, falsche Rechtsextremismus-Zuschreibung, Geld für „Kampf gegen Rechts“ – der Radikalen Rechten finden sich in weiteren Artikeln zum Fall.<sup>900</sup> „Mügeln“ ist wie bereits zuvor „Sebnitz“ zum Stichwort für falsche Rechtsextremismus-Zuschreibungen aufgrund von Vorurteilen geworden und dient nun der Verharmlosung neuer rassistischer und rechtsextremer Fälle.<sup>901</sup>

So halten NPD und *Junge Freiheit* (wie auch weitere rechtsradikale Akteure) an ihrer Interpretation des Falls und der Debatte in Phase 3 fest. Sie wiederholen ihre Deutung bei Stellungnahmen zu neuen Ereignissen – die Narrative der Radikalen Rechten wird weiter geschrieben und der Fall Mügeln ist als Beleg für die eigene Weltansicht integriert.<sup>902</sup> „Mügeln“ ist in der rechtsradikalen Szene zum „Sebnitz“ und damit zu einem von Politikern, Linken und Deutschfeinden erfundenen Fall von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Deutschland

---

899 JF vom 27.07.2009: „Grüne kritisieren Mügelns Bürgermeister“. [http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M565880a2174.0.html?&tx\\_ttnews%5Bsword%5D=Mügeln](http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M565880a2174.0.html?&tx_ttnews%5Bsword%5D=Mügeln) (2.02.2012).

900 So heißt es im August 2008: „Ressentimentgeladene Journalisten stempelten eine ganze Stadt zum ‚braunen Sumpf‘, ohne sich über den realen Sachverhalt Kenntnis verschafft zu haben. Zu sehr paßte die Nachricht ins Muster eines Klischees, das über den vermeintlich ‚zivilgesellschaftlich‘ zurückgebliebenen ‚Osten‘ Deutschlands verbreitet wird. Es sollte Wochen dauern, bis einige Medien durchsickern ließen, daß es hier – wie bei den meisten Bierzeltschlägereien – schwer werden würde, ‚Täter‘ und ‚Opfer‘ eindeutig auseinanderzuhalten. Doch da hatte sich die Kampagne längst verselbständigt, und Mügeln war zum Synonym für vermeintlich „latente Ausländerfeindlichkeit“ in Deutschland geworden. Und die Lobbyisten der ‚Kampf gegen Rechts‘-Organisationen hatten mittels der Mügeln-Hysterie Ursula von der Leyens Bundesfamilienministerium im Handumdrehen die Zusage für weitere fünf Millionen Euro zugunsten ihrer im Zweifel linksgerichteten Initiativen abgenommen.“ JF vom 22.08.2008: „Nichts gelernt aus Mügeln.“ Von Dieter Stein.

901 Das zeigt sich etwa in einem Artikel vom 25. Mai 2010: „Die Presse der Hauptstadt überträgt die Verkehrsregel ‚Rechts vor links‘ auch auf ihre Berichterstattung. So melden *Berliner Zeitung*, *Berliner Morgenpost*, *tageszeitung*, *BZ* und *Spiegel-Online* unisono in herausgehobenen Artikeln einen „rassistischen Übergriff“ auf einen Tunesier im Prenzlauer Berg. Die abenteuerliche Geschichte – zehn Frauen und Männer sollen den Mann nächstens „aus heiterem Himmel“ gejagt haben – erinnert mich unwillkürlich an Mittweida oder Mügeln.“ JF vom 30.05.2010 in ihrer Wochenschau zum 25.05.2010. [http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M51cb0557abf.0.html?&tx\\_ttnews%5Bsword%5D=Mügeln](http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M51cb0557abf.0.html?&tx_ttnews%5Bsword%5D=Mügeln) (2.02.2012).

902 Eine einfache Internetrecherche ergibt, dass auch andere Akteure der Radikalen Rechten (einschlägige Burschenschaften etwa oder Altermedia) Mügeln weiter als Referenz benutzen. So kommt es, dass bei der Eingabe „Mügeln“ bzw. „Fall Mügeln“ bei Internetsuchmaschinen neben diversen älteren Zeitungsberichten, sehr häufig rechtsextreme Seiten erscheinen. Versieht man die Suchbegriffe mit einer jüngeren Jahreszahl als 2007 wird das schnell offenkundig.

geworden. Damit wurde er zum Baustein innerhalb der Diskreditierungs-Strategien der Radikalen Rechten: Diskreditiert wird über das Beispiel Mügeln die problemorientierte Thematisierung von Rassismus/Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.



## VII. Die Medien

### Einführung

In „Die Realität der Massenmedien“ schreibt Niklas Luhmann: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wird durch die Massenmedien.“<sup>903</sup> Wenngleich der Aussage Luhmanns nicht absolut zuzustimmen ist, da damit nicht nur historische Dokumente, sondern auch eigene Erfahrungen, die ja ein Teil unseres Wissens ausmachen, ausgeblendet werden, so ist die herausragende Bedeutung der Massenmedien für die Gesellschaft, für unsere Erinnerung und auch für unsere eigene Interpretation der Welt doch unbestreitbar. Es ist anzunehmen, dass ein bedeutender Teil des Wissens jedes Individuums über die Massenmedien direkt oder indirekt vermittelt wird. Die Bedeutung der Massenmedien – dazu sind neben der traditionellen Trias Fernsehen, Hörfunk und Printmedien (Zeitungen und Zeitschriften) heute das *World Wide Web* und soziale Medien zu zählen – wächst im 21. Jahrhundert stetig weiter.

Auch für die allgemeine Wahrnehmung von fremdenfeindlicher Gewalt und Rechtradikalismus spielt die Berichterstattung der Medien eine herausragende Rolle.<sup>904</sup> Insbesondere in Bereichen, in denen eigene Erfahrungen und Eindrücke fehlen oder sehr unkonkret sind, wird auf Informationen durch die Medien zurückgegriffen. So werden der politische Diskurs zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die öffentliche und private Einschätzung des Gefahrenpotenzials und schließlich der Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit durch die Medien geprägt. Gleichzeitig können Themensetzung und -gestaltung in den Medien nicht unabhängig von öffentlichen und politischen Diskursen verstanden werden. Medienmacher kommen nicht umhin – als Rezipienten und in der Gestaltung von Beiträgen, die sich an Personen in einem spezifisch gesellschaftlichen Umfeld richten – Meinungen und Bilder über bestimmte Ereignisse und auch von Rechtsextremismus und von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland aufzugreifen und zu vermitteln.<sup>905</sup>

---

903 Luhmann (2004), S. 9.

904 Vgl. Scheufele und Esser (1995).

905 Vgl. Schellenberg (2005b), S. 39.

Bereits die Anzahl der Beiträge in den untersuchten Medien, die den Fall Mügeln thematisieren, unterstreicht, dass der Fall die Medien interessiert. Die überregionalen Tageszeitungen drucken im Zeitraum vom 20. August 2007 (dem Tag nach dem Vorfall) bis zum 1. Februar 2008 jeweils über 50 Artikel, die den Fall Mügeln zum Thema haben. Die *Süddeutsche Zeitung* publiziert sogar 94 Artikel. Neben der intensiven Berichterstattung in den Druckausgaben der Zeitungen wird in den online-Diensten besonders aktuell, aber auch ausführlich-reflektierend berichtet. Einige Zeitungen haben spezielle Informationsforen eingerichtet, in denen Artikel sowie Bildmaterial zusammengestellt sind. In den folgenden Tabellen wird die Anzahl der Artikel in den jeweils komplett durchgesehenen Zeitungen aufgeführt. Bei der Auflistung wird zwischen regionalen Zeitungen, überregionalen Zeitungen und Wochenzeitungen differenziert.

*Tabelle 31:* Q1: Anzahl der Artikel in ausgewählten überregionalen Tageszeitungen und ihren online-Diensten

| <i>Zeitung</i>                       | <i>Anzahl der Artikel</i> | <i>Online</i>   | <i>Anzahl der Artikel</i>                         |
|--------------------------------------|---------------------------|---|---|
| Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) | 52                        | faz-online;<br>extra Informationsforum<br>„Die Debatte nach den Vorfällen in Mügeln“ <sup>906</sup> | (nicht mehr eindeutig ermittelbar)*               |
| Frankfurter Rundschau (FR)           | 59                        | fr-online   | (nicht mehr eindeutig ermittelbar)*               |
| Süddeutsche Zeitung (SZ)             | 94 <sup>907</sup>         | <i>sueddeutsche-online</i> (weniger als Print, insg. 55)  | 55  |
| Tageszeitung (TAZ)                   | 69                        | taz-online  | (nicht mehr eindeutig ermittelbar) <sup>908</sup> |
| Die Welt                             | 56                        | welt-online;<br>extra Informationsforum<br>„Mügeln“   | 58  |

906 Am 13.07.2011 nur noch 8 Artikel im FAZ.net Archiv gefunden. Jedoch waren es deutlich mehr – es gab ein eigenes Forum zur Mügeln-Debatten. (Reste davon sind unter den gespeicherten Tracks noch abrufbar.)

907 Deutschland-, Bayern-, München-Ausgabe, sowie Landkreisausgaben (keine Doppelzählungen). 94 inklusive SZ Prime Time, die ich nicht ausgewertet habe.

908 Bereits im Jahr 2011 waren die genauen Zahlen nicht mehr ermittelbar. Es fand sich nur noch eine geringe Anzahl der eingestellten online-Artikel. Wie bei den anderen Zeitungen wurden jedoch für den Untersuchungszeitraum jeweils über 50 eingestellt.

Es zeigt sich in allen Zeitungen eine intensive Berichterstattung, wobei FAZ, FR und *Die Welt* nahezu gleich häufig berichten, während die TAZ eine leicht höhere, die SZ eine erheblich höhere Artikelanzahl veröffentlichen.

Tabelle 32: Q2: Anzahl der Artikel in ausgewählten Regionalzeitungen.

| Zeitung                                 | Anzahl der Artikel        |
|---|---------------------------|
| Mitteldeutsche Zeitung (MZ)             | 28 Artikel <sup>909</sup> |
| Sächsische Zeitung (SäZ) <sup>910</sup> | 89 <sup>911</sup>         |
| Der Tagesspiegel (Tsp.)                 | 88 <sup>912</sup>         |

Die *Mitteldeutsche Zeitung* hat einen deutlich schmaleren Umfang als die überregionalen Zeitungen und der *Tagesspiegel* – was die geringere Anzahl der Artikel erklären kann. Überraschender ist, dass die *Sächsischen Zeitung*, die ebenfalls kleiner ist als der *Tagesspiegel* und überregionale Zeitungen, eine intensive Berichterstattung aufweist. Mügeln, das in Sachsen liegt, fällt allerdings in ihre Region.

Tabelle 33: Q3: Anzahl der Artikel in ausgewählten Wochenzeitungen und ihren online-Diensten.

| Zeitung  | Anzahl der Artikel                       | Online         | Anzahl der Artikel |
|----------|--|----------------|--------------------|
| Focus    | 2  | focus-online   | 59                 |
| Spiegel  | 5  | spiegel-online | 61                 |
| Die Zeit | 11 (davon nur ein ausführlicher Artikel) | zeit-online    | 37                 |

909 Ähnlich intensiv berichtet die *Märkische Oderzeitung*. Allerdings nur bis zum 29.08.2007. Das Deuse-Interview und die darauf folgende Diskussion werden von der kleinen Zeitung nicht beachtet.

910 Die *Sächsische Zeitung* wird wie die *Süddeutsche Zeitung* üblicherweise mit SZ abgekürzt. Der klaren Unterscheidbarkeit wegen, referiere ich zu der *Sächsischen Zeitung* mit dem Kürzel SäZ.

911 Inklusive Lokalausgaben (hier fanden sich 8 weitere Artikel) – keine Doppelzählungen. Auffällig ist, dass die *Sächsische Zeitung* den Bezugsrahmen „Mügeln“ weniger vergleichend und kaum als Referenz benutzt. Wie die Inhaltsanalyse der Artikel zeigt, vermeidet die sächsische Zeitung eine Hervorhebung „Mügelns“ als charakteristisch für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Sie versucht eine „Stigmatisierung“ der Stadt offensiv zu entgegnen. So wird bei Berichten über Rechtsextremismus in diesem Zeitraum – anders als in anderen Zeitungen – der Fall Mügeln nicht immer erwähnt.

912 Ähnlich intensiv wie bei den überregionalen Zeitungen. Die Zahl bezieht sich auf die online erschienen Artikel, die weitgehend mit den gedruckten Artikeln übereinzustimmen scheinen.

Auch die überregionalen Wochenzeitungen berichten über den Fall Mügeln. Im *Spiegel* und insbesondere in der *Zeit* wird „Mügeln“ häufig als bloße Referenz benutzt, womit sich die deutlich höhere Anzahl der Artikel (print) erklärt. Auffällig ist, dass in den – tagesaktuellen – online-Diensten ähnlich intensiv wie in den Tageszeitungen berichtet wird. *Die Zeit* berichtet hier deutlich weniger.

## A. Berichterstattung über den Fall Mügeln

### 1 Interpretation und Problemanalyse (Phase 1)

#### *Interpretation*

Vorerst kommt der „Fall Mügeln“ als rechtsextremer und fremdenfeindlicher bzw. rassistischer Übergriff in die Medien. Das wird bereits an den stichwortartigen Überschriften „Rechtsextremismus“, „Rechtsradikalismus“ oder „Ausländerfeindlichkeit“ der online-Meldungen deutlich.<sup>913</sup> Alle untersuchten Zeitungen bringen in den Tagen nach dem Vorfall „Mügeln“ auf der Titelseite ihrer Printausgaben, als „Thema des Tages“ bzw. „Brennpunkt“.<sup>914</sup> Nur wenige Zeitungen zögern (in ihrer ersten Ausgabe) mit einer entsprechend klaren Einschätzung (Welt und FAZ)<sup>915</sup> bzw. halten sie für falsch (nur Focus Print)<sup>916</sup>. Nach öffentlich

913 Z.B. *stern-online* vom 23.08.2007: „Kampf gegen Rechtsextreme. Mügeln soll mehr Geld erhalten.“ Mit DPA, fgüs. <http://www.stern.de/politik/deutschland/kampf-gegen-rechtsextreme-muegeln-soll-mehr-geld-erhalten-596010.html> (1.03.2013); *faz-online* vom 21.08.2007: „Ausländerfeindlichkeit. Politiker verurteilen Hetzjagd in Mügeln.“ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auslaenderfeindlichkeit-politiker-verurteilen-hetzjagd-in-muegeln-1461726.html> (5.06.2011).

914 Beispielsweise ist Mügeln das Tagesthema in der Berliner Zeitung vom 21.08.2007, in der TAZ am 22.08.2007 und in der FR sowohl am 21.08. als auch am 23.08.2007, in der MZ am 22.08.2007 in der SZ am 23.08.2007; *SäZ* vom 25./26.08.2007; MZ vom 22.08.2007, S. 4; *Die Welt am Sonntag* vom 26.08.2007: „Rechte Gewalt in Deutschland.“ Von Freia Peters. Zudem stellt die MZ ein Brennpunkt zu Mügeln ins Netz. Ebenfalls werden Fernsehbeiträge gesandt, z.B. ein Kontraste-Beitrag, ARD vom 20.09.2007: „Mügeln – eine Stadt wäscht sich rein.“ Von Caroline Walter und Alexander Kobylinski (Zeit: 7:42 min). [http://www.rbb-online.de/kontraste/ueber\\_den\\_tag\\_hinaus/extremisten/muegeln\\_eine\\_stadt.html](http://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/extremisten/muegeln_eine_stadt.html) (1.03.2013).

915 FAZ vom 21.08.2007: „Grüß aus Sebnitz“, S. 10. *Faz-net* ist zum selben Zeitpunkt zurückhaltend mit eigenen Bewertungen und berichtet kommentarlos. So heißt es beispielsweise: die „Sprecherin der Polizei“ habe „bestätigt, dass es bei dem Angriff ausländerfeindliche Rufe gab. Ein Anhaltspunkt für ein generell fremdenfeindliches Motiv ergebe sich daraus aber nicht, werde aber nicht ausgeschlossen. ‚Wir ermitteln in alle Richtungen‘.“ FAZ-net vom 20.08.07: „Hetzjagd auf Inder. ‚Hier gibt es keine Rechtsextremen‘.“ Mit dpa/AP/ddp. [http://m.faz.net/aktuell/politik/inland/hetzjagd-auf-inder-hier-gibt-es-keine-rechtsextremen-1459111.html?service=json&fullhash=qwervf2352642z.234tawt\(1.03.2013\)](http://m.faz.net/aktuell/politik/inland/hetzjagd-auf-inder-hier-gibt-es-keine-rechtsextremen-1459111.html?service=json&fullhash=qwervf2352642z.234tawt(1.03.2013)). Es bestünde die Gefahr „eine kleine Ortschaft (...) zu Unrecht in einen schlechten Ruf zu bringen.“ Hier könnte

gewordenen Einschätzungen der polizeilichen Ermittlungsbehörden, dass keine Rechtsextremen hinter dem Vorfall stünden, wird der Fall als ein „fremdenfeindlicher“ bzw. „rassistischer“ interpretiert oder als Ausdruck „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ eingeordnet. Allerdings setzt sich die Interpretation „Rassismus“ nicht vollkommen durch, der Fall wird in Berichten immer wieder unter „Rechtsextremismus“ oder auch „Rechtsradikalismus“ kategorisiert. Das hat aber nicht immer etwas mit der Einschätzung von Tätern und ihren Motivationen zu tun, sondern ist häufig Resultat sprachlicher Ungenauigkeit und Kategorisierungsgewohnheiten bei der Verwendung der Begriffe Rassismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus. Sie werden häufig synonym verwendet. Zudem scheint für viele Journalisten und Redaktionen der Oberbegriff für die Phänomene „Fremdenfeindlichkeit“, „Rassismus“ und „Ausländerfeindlichkeit“ „Rechtsextremismus“ (bzw. „Rechtsradikalismus“) zu sein und so seine Legitimation als Titel- oder Stichwortgeber zu erfahren. Daneben zeigt sich, dass investigativ arbeitende Journalisten sich ein von Aussagen der Polizei, Ermittlungsbehörden und des Bürgermeisters unabhängiges Bild vom Geschehen in Mügeln machen. Sie berichten über Rassismus und (später auch) über Rechtsextreme.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Interpretation des Falls in den Medien sowie die üblicherweise verwendeten Argumentationsmuster:

- 
- der „allgegenwärtige Faschismusverdacht (...) auf unzulässige Weise eine Situation (vereindeutigen), die in Wahrheit oft ziemlich vieldeutig ist.“ *Die Welt* vom 22.08.2007: „Was geschah im sächsischen Mügeln? Voreilige Empörungsgemeinschaft.“ Von Thomas Schmid.
- 916 Das Blatt spottet: „Sachsen. Die üblichen Verdächtigen“ und glaubt „politisch korrekte Meinungsmacher“ stilisieren einen harmlosen Fall zu einem rechtsextremen. Auch in der weiteren Berichterstattung zweifelt der Focus, dass es sich um einen fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Übergriff handelte und unterstellt denen, die das meinen unlautere Motive. Interessanterweise steht diese Interpretation des Focus-Print im Kontrast zur Kategorisierung des Falls bei *focus-online*. Die Berichterstattung von *focus-online* debattiert Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus als Hintergrund und entspricht damit dem Duktus anderer Zeitungen und online-Medien. *Focus* vom 27.08.2007, Nr. 35/2007: „Sachsen. Die üblichen Verdächtigen.“ Von Alexander Wendt; vgl. *Focus* vom 10.12.2007, Nr. 50/2007: „Jahresrückblick 2007 – Essay: Chinalinksruck? Weltklimadoping?“ Von Michael Klonovsky.

Tabelle 34: 1M: Interpretation

| Interpretation   | Argumentationsmuster   | Zeitpunkt/Phase   |
|--|--|---|
| Rechtsradikaler bzw. rechtsextremer Hintergrund  | <p>a) ... weil fremdenfeindliche/ rassistische und rechtsextreme Parolen während des Übergriffs gerufen wurden.</p> <p>b) ... weil zivilgesell. Organisationen aus der Region einen rechtsradikalen Übergriff für wahrscheinlich halten.</p> <p>c) ... weil es Zeugen gibt, die von einem rechtsradikalen oder rassistischen Hintergrund berichten.</p>      | <p>Sofort, alle Zeitungen</p> <p>Später setzt sich die Interpretation „Rassismus“ nicht vollkommen durch, es heißt immer wieder „Rechtsextremismus“ stünde hinter dem Vorfall.</p> <p>Phase 1-2 (Phase 2 schwächer)</p> |
| Fremdenfeindlich, rassistisch, ausländerfeindlich<br><br>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit | <p>a) ... weil rassistische/ fremdenfeindliche Parolen gerufen wurden.</p> <p>b) ... weil Rassismus und Ausländerfeindlichkeit stärker verbreitet sind als Neonazismus.</p> <p>c) ... weil es, wenn es keine Rechtsextremisten waren (wie die Polizei sagt), ein stilles Einverständnis eines großen Bevölkerungsteils zum Rassismus gegeben haben muss.</p> | <p>Alle Zeitungen</p> <p>Dominant nachdem polizeiliche Ermittlungen (angeblich) Rechtsextremismus ausschließen.</p> <p>Phase 1-3</p>  |
| (Möglicherweise) ein Neo-Nazi-Übergriff  | <p>a) ... weil es eine rechtsextreme Szene in der Gegend gibt.</p> <p>b) ... weil eine Neo-Nazi Aktivität angekündigt war.</p> <p>c) ... weil rechtsradikale und rassistische Parolen gerufen wurden.</p>  | <p>Nur anfangs und vereinzelt (etwa SZ, Ostsee-Zeitung).</p> <p>Später – nach Ermittlungsmittellungen durch Polizei nicht mehr.</p> <p>Phase 1</p>  |
| Vielleicht kein fremdenfeindlicher und rechtsradikaler Übergriff                               | <p>a) ... die Ermittlungen sind noch offen, Ergebnisse müssen abgewartet werden.</p> <p>b) ... man muss vorsichtig sein, weil es in der Vergangenheit journalistische Fehler bei der Einordnung gab (Bsp.: Sebnitz).</p>   | <p>Nur in einzelnen Artikeln und nur in den ersten Tagen (der Phase 1) bei <i>Die Welt</i> und FAZ</p> <p>+ kurzfristig nach Ermittlungsmeldung Polizei/<br/>Focus-Bericht vom 27.08.2007 (vgl. Tabelle 3M)</p>         |
| Nicht fremdenfeindlich und rechtsextrem  | Die Debatte wird von „Politisch Korrekten“ geführt.  | <p>Focus (nur print)</p> <p>Phase 1-2 (in Phase 3 wird Fall nicht thematisiert)</p>   |

*Problemanalyse*

Die Feststellung der verantwortlichen Gruppierung („Neonazis“, „rechtsextreme Prügler“, „Rassisten“) wird kaum durch eine Auseinandersetzung mit Ursachen und problematischen Strukturen hinter den Taten ergänzt. Es wird lediglich Rechtsextremismus als Problem ausgemacht – was scheinbar weitere Erklärungen und Problematisierungen obsolet macht. Eine Auseinandersetzung über Verhaltensweisen und mögliche Ursachen hinter dem Vorfall wird erst geführt, als die Ermittlungsbehörden behaupten, dass es sich nicht um einen Neonazi-Übergriff handelt. Die Frage, was Motivation und Hintergründe sind, die zu einer „Gewaltorgie“ von als „normal“ eingestuften Bürgern führten, scheint interessanter für viele Journalisten und Redaktionen, als die Frage, was Neonazis und Rechtsextreme bewegt (und warum die Bevölkerung zuschaut). Hier werden sowohl verschiedene Verursacher oder Mitverursacher ausgemacht, als auch vielerlei Erklärungsversuche unternommen. Merkwürdigerweise werden „Rechtsextreme“ als mögliche (Mit-)Verursacher eines rassistischen Übergriffs nicht thematisiert.

Verhältnismäßig häufig findet sich Kritik an der Polizei sowie der lokalen und regionalen Politik. Das hat inhaltliche und stilistische Gründe: Während in einigen Berichten tatsächlich harsche Kritik am Verhalten der Polizei oder den Äußerungen einiger Politiker geübt wird, steht in vielen Berichten lediglich eine konflikthafte Schilderung des Vorfalls in Mügeln im Vordergrund ebenso wie die Darstellung kontroverser Interpretationen<sup>917</sup> – womit für die Medien charakteristischen Nachrichtenfaktoren (wie Konflikt und Kontroverse) Rechnung getragen wird.<sup>918</sup> Dennoch sehen einige Journalisten bei der Polizei Defizite in der Auseinandersetzung und Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Typische Vorwürfe sind „Ignoranz“, „eigene Vorurteile“ und „kein Aufklärungswillen“. Besonders häufig wird der Mügelner Bürgermeister kritisiert.

---

917 Vgl. beispielsweise *Die Welt* vom 24.08.2007: „In Mügeln werden Beschwerden gegen die Polizei laut.“ Von Uta Keseling.

918 Zur Bedeutung von Nachrichtenfaktoren (Konflikt, Kontroverse, Negativität) in der Berichterstattung über Rechtsextremismus vgl. Schellenberg (2005b), S. 39.

Tabelle 35: 2M: Problemanalyse

| Problem  | (Mit-)Verursacher  | Argumentationsmuster   |   |
|--|--|--|---|
| Der Fall war „rechtsextrem“, „rechtsradikal“, „neonazistisch“ motiviert. | Rechtsextreme und/oder Neonazis (keine weiteren Verantwortlichen werden festgemacht) | ---  |   |
| Der Fall war „rassistisch“ bzw. „fremdenfeindlich“ motiviert.            | Rassisten / Fremdenfeinde  | Polizei  | a) ... zeigt sich in Äußerungen zum Vorfall.<br>b) ... zeigt sich auch in unsensibler und inkorrektur Behandlung der Opfer.   |
|  |  | Lokal- und Regionalpolitik   | a) ... weil Äußerungen des Müglerner Bürgermeisters zum Fall Verdrängung der Probleme und/oder eigenen Rassismus zeigen.<br>b) ... weil Politiker Probleme nicht zugeben wollen (Abwiegung).<br>c) ... weil es viele Probleme in der sächsischen Politik gibt und diese nicht gelöst werden.<br>→ <u>Aber auch</u> : Einordnung der zum Teil mehrdeutigen Äußerungen der Lokal- und Regionalpolitik als problemorientierte Stellungnahme. (Insbesondere bei der FAZ). |
|  |  | in „spezifischen Regionen“   | Zeigt sich häufig in<br>a) manchen Regionen<br>b) Sachsen<br>c) Ostdeutschland (Vgl. ausführlich Tabelle 3)   |
| Die Debatte ist das Problem, nicht der Fall.                             | „Politisch Korrekte“   | Erfindung von „Rechtsextremismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“, weil es den „Politisch Korrekten“ passt. (nur Focus Print) |   |

In einigen Berichten wird eine allgemein verbreitete Fremdenfeindlichkeit als Ursache hinter dem Übergriff thematisiert. Diese wird zum Teil lediglich festgestellt und nicht lokalisiert. Häufiger wird sie allerdings in der Kleinstadt Müglern oder lapidar in „spezifischen Regionen“ verortet.<sup>919</sup> Vielfach wird auch auf das

919 Z.B. vgl. *Zeit-online* vom 21.08.2007: „Es handelt sich um Fremdenfeindlichkeit: Gewalt. Keine Volksfestschlägerei.“ <http://www.zeit.de/online/2007/34/presseschau-sachsen?page=1> (1.03.2013).



Bundesland Sachsen verwiesen. Es wird etwa als „Hochburg des Rechtsextremismus“ bezeichnet oder betont, dass Rechtsextremismus dort besonders „alltäglich“<sup>920</sup> sei bzw. „bundesweit am stärksten ausgeprägt“<sup>921</sup>. Tatsächlich ist das Framing „Rechtsextremismus im Osten“ charakteristisch für die mediale Debatte. Die Rechtsextremismus-Debatte wird von einer Ost-West-Debatte überlagert und reicht (anders als die Debatte über das Verhalten der Polizei) über die Phase 1 der Berichterstattung hinaus, sie bleibt in Phase 2 – nicht zuletzt durch die Veröffentlichung zahlreicher darauf bezogener Leserbriefe oder Chat- und Forumsbeiträge<sup>922</sup> – und in Phase 3 („Mügeln als Referenz“) relevant.

---

920 *Berliner Zeitung* vom 21.08.2007: „Die Kultur der Ausländerjagd.“ Von Klaus Georg Koch. <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/die-kultur-der-auslaenderjagd,10810590,10499046.html> (1.03.2013).

921 FR vom 23.08.2007: „Blindheit im Rathaus bremst Initiativen gegen rechts. Bundesprogramm wegen neuer Förderrichtlinien in der Kritik /SPD-Expertin fordert zusätzliche Mittel für Ostdeutschland.“ Von Ursula Rüssmann, S. 3.

922 Ausführlich zu der Ost-West-Debatte bei den Rezipienten siehe unten, II.A.3.

Tabelle 36: 2.1M: Problemanalyse und Framing „Ostdeutschland“

| Einzelproblem  | Verursacher     | Hintergründe (angebotene Erklärungsansätze)   | Beispiele für Charakterisierung der Ostdeutschen  | Framing   |
|--|-----------------|---|---|---|
| Verbreitete Fremdenfeindlichkeit/<br>Rassismus                                       | Bevölkerung     | - Erbe des SED-Regimes u. der DDR-Sozialisation, z.T. auch Erbe des NS (Erklärungen: Historisch + Defizite politischer Kultur)<br><br>- Folgen der Wiedervereinigung/ Wendeerfahrungen (Erklärungen: Ökonomisch, sozial, psychisch) | - heimatlos<br>- keine Identifikation mit dem Staat<br>- fehlende Tradition und Religion („kein Christentum“)<br>- keine bürgerlichen u. christlichen Werte<br>- Minderwertigkeitsgefühl<br>- fehlende soziale und emotionale Kompetenzen (Herzlichkeit, Neugierde etc.)<br>- keine eigene Haltung<br>- Aggressivität und Fremdenhass<br>- es herrscht „geistige Ödnis“ | Fremdenfeindliche/<br>Rassistische Gewalt und Rechtsextremismus sind ein Problem der neuen Bundesländer und der Ostdeutschen. |
| Wenig ausgeprägte Zivilgesellschaft  |                 |   |   |   |
| Keine Zivilcourage   |                 |   |   |   |
| Kein demokratisches Bewusstsein  |                 |   |   |   |
| Mangelnde Auseinandersetzung mit RE und Ff/Rassismus und Unwillen diese zu bekämpfen | Polizei Politik | Erbe des SED-Regimes (Erklärungen: Institutionell + Defizite politischer Kultur)  | - <u>Daraus folgt (übersteigerte):</u><br>- Suche nach Gemeinschaftsgefühl<br>- Suche nach Autoritäten  |   |

Das „Ost“-Framing wird in einigen Berichten jedoch auch (zaghaft) kritisiert. Kritisch thematisiert und diskutiert wird es in den ostdeutschen Regionalzeitungen, insbesondere in der *Sächsischen Zeitung*. Hier werden zwar z.T. ähnliche Einzelprobleme markiert, diese werden jedoch nicht (alleine) auf die neuen Bundesländer bezogen. Stattdessen wird die starke öffentliche Diskussion um den „Fall Mügeln“ und der Fokus in der öffentlichen Auseinandersetzung über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit/Rassismus auf „Ostdeutschland“ als einseitig und diskriminierend beklagt.

## 2 Interpretation und Problemanalyse (Phase 2)

### 2.1 Nach dem Interview des Mügeln Bürgermeisters in der *Jungen Freiheit*<sup>923</sup>

Das Erscheinen des Interviews mit dem Mügeln Bürgermeisters am 31. August 2007 in der *Jungen Freiheit* garantiert weiterhin Konflikt und Kontroverse in der medialen Debatte über Mügeln und verlängert die starke Präsenz des Themas den Medien.<sup>924</sup> Allerdings geht die Intensität der Berichterstattung (Anzahl und Länge der Berichte) bereits wenige Tage nach dem Interview deutlich zurück.<sup>925</sup>

Die Kritik darüber, dass Bürgermeister Deuse der *Jungen Freiheit* ein Interview gegeben hat, wird unterschiedlich artikuliert: Einige Journalisten beschränken sich entsprechend ihrer Chronistenrolle darauf, Kritik an dem Interview durch Zitate von verschiedenen Akteuren, auch unterschiedlicher Parteizugehörigkeit, auszudrücken. Die FAZ etwa zitiert FDP-Generalsekretär Niebel, der verlangt, dass es keinerlei Relativierung von ausländerfeindlichen Gewalttaten geben dürfe und auch Renate Künast, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, die den Rücktritt des Bürgermeisters fordert.<sup>926</sup> Auch *Zeit-online* bewertet das Interview nicht direkt, merkt aber an „die Kritik an dem Mügeln Bürgermeister (...) reißt nicht ab“ und berichtet über Rücktrittsforderungen aus der Bundespolitik.<sup>927</sup> Die *Frankfurter Rundschau* zitiert Bundesverkehrsminister Tiefensee, der vor einer Verharmlosung des rassistischen Zwischenfalls warnt: „Wegschauen und Kleinreden sind genau der falsche Weg.“<sup>928</sup> Viele Journalisten kommentieren das Interview aber auch direkt und erinnern an frühere Aussagen des Bürgermeisters („fremdenfeindliche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen“), sowie an seine Leugnung, dass die Täter aus Mügeln kommen könnten.<sup>929</sup> So schreibt beispielsweise *Die Welt*:

---

923 Das Interview wird im Teil „Lokale Politik“ und „Radikale Rechte“ ausführlich analysiert.

924 Einige regionale Zeitungen wie die Märkische Oderzeitung berichten über das Interview des Bürgermeisters jedoch nicht. Die übrigen Medien berichten kritisch über das Interview. Das könnte mit der Größe der regionalen Zeitungen zusammenhängen, die nicht viel Raum für die Berichterstattung aus Deutschland haben (, sondern vor allem lokal und regional berichten).

925 Nicht so in der *Sächsischen Zeitung*, die bis Ende September eine intensive Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und dem „Ost“-Framing in der Debatte über diese Phänomene führt.

926 Vgl. FAZ vom 31.08.2007: „Deuse: Mügeln wird vorverurteilt“, S. 2.

927 *Zeit-online* vom 31.08.2007: „Verharmlosung der Gewalt?“ (Mit dpa).

928 FR vom 31.08.2007: „Deuse spricht mit rechter Zeitung“, S. 8; FR vom 31.08.2007: „Rassismus in der Mitte.“ Von Stephan Hebel, S. 11; FR vom 1.09.2007: „Deuse distanziert sich von sich selbst. Bürgermeister von Mügeln will nicht mehr verharmlosen / Zentralrat der Juden fordert Rücktritt des FDP-Politikers“, S. 5.

929 Vgl. u.a. Äußerungen wiedergegeben in: *Die Welt* vom 31.08.2007: „Bürgermeister von Mügeln ist ‚stolz, Deutscher zu sein‘.“ Von Gisela Kirschstein.

„Der Bürgermeister von Mügeln, Gotthard Deuse (FDP), hat nach der Hetzjagd auf Inder in seinem Ort erneut mit umstrittenen Aussagen für Aufregung gesorgt.“<sup>930</sup>

Ihm wird nun vorgeworfen, dass er im Zusammenhang mit dem Mügeln-Fall davon redet, „stolz ein Deutscher“ zu sein.<sup>931</sup> „Der wegen seiner Äußerungen zur Hetzjagd in Mügeln angegriffene Bürgermeister (...) steht erneut in der Kritik – diesmal wegen eines Interviews der rechtsgerichteten Wochenzeitung *Junge Freiheit*“, in der er sagte, er sei „stolz darauf, ein Deutscher“ zu sein.“<sup>932</sup> Die TAZ kommentiert das Interview des Bürgermeisters mit den Worten: „Falls es noch eines weiteren Belegs bedurfte, dass einige Kommunalpolitiker selbst Teil des Rechtsextremismusproblems sind: Deuse hat ihn geliefert.“<sup>933</sup> In einigen Berichten wird dem Bürgermeister vorgeworfen, einem Sprachrohr der Neuen Rechten ein Interview geben zu haben, wobei diese Kritik häufig durch Äußerungen von konservativen Politikern wie dem sächsischen Ministerpräsidenten Milbradt (CDU) oder dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Bundes-CDU Bosbach ergänzt wird, die empfehlen, von der *Jungen Freiheit* Abstand zu wahren.<sup>934</sup> Die *Süddeutsche Zeitung* titelt „Mügelns Bürgermeister im Abseits“, und fügt kritisch hinzu: „Die FDP distanziert sich von Deuse, will ihn aber nicht aus der Partei ausschließen.“<sup>935</sup> Die TAZ fordert Konsequenzen für die Debatte über Mügeln und Rechtsextremismus sowie für Bürgermeister Deuse.<sup>936</sup> Zitiert als Befürworter eines Rücktritts werden in den Medien insbesondere Vertreter des Zentralrats der Juden, der Linksfraktion im Sächsischen Landtag und der

---

930 Ebenda.

931 Vgl. u.a. *Tagesspiegel* vom 30.08.2007: „Nach der Hetzjagd auf Inder. Mügeln: Bürgermeister: ‚Ich bin stolz ein Deutscher zu sein‘.“ Von Mey Dudin.

932 SZ vom 31.08.2007: „Mügelns Bürgermeister stolz auf Deutschsein.“ Mit dpa.

933 TAZ vom 31.08.2007: „FDP-Verantwortung für Mügeln.“ Kommentar von Astrid Geisler. <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=a1&dig=2007%2F08%2F31%2Fa0156&chash=fe126d7470//> (1.03.2013).

934 Vgl. *welt-online* vom 30.08.2007: „Mügeln. Politiker fordern Rücktritt des Bürgermeisters.“ Mit DPA/AP. [http://www.welt.de/politik/article1146519/Politiker\\_fordern\\_Ruecktritt\\_des\\_Buergermeisters.html](http://www.welt.de/politik/article1146519/Politiker_fordern_Ruecktritt_des_Buergermeisters.html) (1.03.2013).

935 SZ vom 1.09.2007: „Mügelns Bürgermeister im Abseits. Die FDP distanziert sich von Deuse, will ihn aber nicht aus der Partei ausschließen.“ Von Peter Blechschmidt, S. 7.

936 „Man kann der FDP wie den anderen demokratischen Parteien nicht vorwerfen, dass in ihren Ortsverbänden keine politischen Genies am Werk sind. Doch die Parteispitzen dürfen ein Verhalten wie das des Bürgermeisters Deuse nicht dulden. Zur Aufgabe der demokratischen Parteien im Kampf gegen den Rechtsextremismus gehört es auch, klare Grenzen zu ziehen. Wenn die Mitglieder an der Basis überfordert sind, müssen die Profis helfend eingreifen. Wenn die Kollegen uneinsichtig sind, muss deren Verhalten notfalls sanktioniert werden.“ Die TAZ zitiert in der SZ vom 1.09.2007: „Blick in die Presse“, S. 4.

*Grünen* im Bundestag<sup>937</sup> – zivilgesellschaftliche Akteure neben dem Zentralrat werden anscheinend nicht befragt.<sup>938</sup>

## 2.2 Sind die Inder Opfer oder (auch) Täter? Eine Wende?

Eine neue Welle der Berichterstattung wird ausgelöst als „sich herumspricht“, dass ein Deutscher Anzeige gegen einen Inder gestellt hat – was freilich nichts aussagt.<sup>939</sup> Es ist plausibel, dass die Impulse zu der medialen Wende von der Radikalen Rechten kamen. So berichtet die rechtsradikale *Junge Freiheit* (JF) am 24. August 2007 die bundespolitische und mediale Darstellung des Falls sei falsch, der Fall Mügeln sei erfunden worden, um Gelder gegen Rechtsextremismus aufzustocken und damit „das bürgerliche Lager zu bekämpfen“.<sup>940</sup> Der *Focus* greift am 27. August die Argumentationslinie des JF-Artikels auf<sup>941</sup> und unterstellt, dass sich die Bewertung des Falls Mügeln nun grundlegend ändern müsse, weil die Inder nicht Opfer, sondern Täter seien.<sup>942</sup> Damit wird ein Wendepunkt in der Einschätzung des Falls signalisiert.

Die Nachricht, dass gegen Inder nun auch als Täter ermittelt wird, geht als Meldung durch die Medien und findet sich auch als konflikthafte Erzählung in Beiträgen der zweiten Phase. So wird in den untersuchten Zeitungen berichtet, dass von einem verletzten Deutschen Strafanzeige gegen einen Inder gestellt wurde.<sup>943</sup> Diese Information erscheint zumeist als neutrale Nachricht.<sup>944</sup> Die

937 Vgl. etwa FAZ vom 31.08.2007: „Fremdenfeindlichkeit. In Mügeln Ermittlungen gegen zwölf Verdächtige.“ Von Reiner Burger.

938 Zur Rolle alter und neuer zivilgesellschaftlicher Akteure in den Medien siehe unten.

939 Jeder kann Anzeige erstatten. Auf Nachfragen der Journalisten bestätigte die Polizei lediglich, dass eine Anzeige eingegangen ist. Wie ich im Teil „Lokale und Regionale Ebene“ darstellen kann, wird von den staatlichen Behörden verpasst, die Öffentlichkeit über die Schwerpunkte der Ermittlungen zu informieren und damit Unklarheiten auszuräumen. Vgl. insbesondere meine Analyse zur Antwort der sächsischen Staatsregierung auf die Große Anfrage der NPD.

940 Zitiert im Kapitel „Die Radikale Rechte“, vgl. Ausführungen dort.

941 Ein Vergleich der Artikel zeigt, dass der Focus-Autor sich von dem JF-Artikel inspirieren ließ.

942 Vgl. *Focus* (print) vom 27.08.2007, Nr. 35/3007: „Sachsen. Die üblichen Verdächtigen.“ Von Alexander Wendt. Der *Focus* (print) beharrt – trotz Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft – auch nach dem ersten Urteil auf seiner Meinung: Vgl. *Focus* vom 10.12.2007, Nr. 50/2007: „Jahresrückblick 2007 – Essay: Chinalinksruck? Weltklimadoping?“ Von Michael Klonovsky.

943 Vgl. SÄZ vom 7.09.2007: „Polizei ermittelt in Mügeln auch gegen einen Inder“, S. 1. Auf Seite 8 der gleichen Ausgabe berichtet die Zeitung auch von der Diskussion über die Gefahr, die Ereignisse und den Rechtsextremismus zu verharmlosen. SZ vom 7.08.2007: „Mügeln: Inder unter Verdacht. Bundesminister Tiefensee wirft Regierungschef von Sachsen Verharmlosung der rechten Gefahr vor“, S. 8.

944 Vgl. z.B. *Sächsische Zeitung-online* vom 7.09.2007: „Staatsanwalt ermittelt gegen Inder.“ <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=1598394&swbm=favorites> (1.03.2013).

*Sächsische Zeitung* berichtet am 29. August 2007, es werde „nach wie vor in alle Richtungen ermittelt“, und „dabei würden auch Vorwürfe geprüft, wonach die Inder selbst die Auseinandersetzungen während des Stadtfestes begonnen hätten“.<sup>945</sup> Überraschend ist, dass die Zeitung in dem Zusammenhang Bürgermeister Deuse zitiert, der verkündet: „Deshalb brauche ich die ganz gezielte Aussage von der Polizei, wie es zu dem Vorfall gekommen ist“.<sup>946</sup> Dies impliziert ebenfalls, dass von dem Ausgangspunkt der Ausschreitungen die Kategorisierung des Vorfalls abhängt, ebenso wie auch (das geht aus den weiteren Kommentaren des Bürgermeisters in der *SäZ* vor) eine Stigmatisierung Mügelns.

In Einzelfällen wird die Nachricht über die Ermittlungen gegen Inder allerdings auch kritisch kommentiert: So werden die indischen Migranten von einigen Journalisten weiterhin als „Opfer“ bezeichnet<sup>947</sup>, in einigen wenigen Berichten wird auch explizit betont, dass die grundsätzliche Einschätzung des Falls – trotz dieser Ermittlungen – bleibe.<sup>948</sup> Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Meldung von der Strafanzeige eines Deutschen erneut den Nachrichtenfaktor Kontroverse in die Debatte einbringt und das Medieninteresse an dem Fall erhält. Die Meldung wird meist unkommentiert als Andeutung einer Wende in der Beurteilung oder als Kontroverse zwischen verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten dargestellt. Damit liegt es für die Rezipienten nun nahe, den Fall nicht (mehr) als eindeutig rechtsextrem oder fremdenfeindlich zu verstehen, sondern ihn in einen neuen Kontext (möglicherweise doch Notwehr „der Deutschen“) zu stellen.

### 2.3 Die Gerichtsurteile – „Im Vorfeld eines Pogroms“

Berichtet wird nach dem Abklingen der Kommentare über das Bürgermeister-Interview fast ausschließlich dann wieder über Mügelns, wenn Urteile in den Gerichtsverfahren gefällt werden. Entsprechende Nachrichten sind meist kurz und erscheinen durchweg in den tagesaktuellen Medien<sup>949</sup>. Die Berichterstattung der FAZ soll beispielhaft Veröffentlichungsdaten und Inhalte der Berichte verdeutlichen:<sup>950</sup> Die Zeitung berichtet am 1. September 2007 über den aktuellen

945 *Sächsische Zeitung* vom 29.08.2007: „Zeugen nach Attacke auf Inder gesucht“, S. 8.

946 Deuse zitiert ebenda.

947 *SZ* (München und Bayern-Ausgabe) vom 7.09.2007: „Ermittlungen gegen Opfer.“, S. 8. Mit AP.

948 Vgl. Ebenda.

949 Auch in den online-Diensten der Wochenmagazine.

950 Daten für *SZ* u.a.: *SZ* berichtet über Strafbefehl wegen Volksverhetzung im Fall Mügelns. Vgl. *SZ* (Deutschlandausgabe) vom 14.11.2007: „Strafbefehl nach Hetzjagd“, S. 6; *SZ* vom

Stand der gerichtlichen Ermittlungen.<sup>951</sup> Am 7. September teilt sie mit, dass nun neben den zwölf Deutschen auch gegen einen der Inder wegen Körperverletzung ermittelt werde.<sup>952</sup> Am 20. September wird vermeldet, dass acht Tatverdächtige „für die fremdenfeindlichen Ausschreitungen vor der Pizzeria eines Inders“ festgestellt werden konnten.<sup>953</sup>

Das Gerichtsverfahren vom 4. Dezember 2007 gegen den „Haupttäter“ wegen Sachbeschädigung und Volksverhetzung führt wieder zu einem starken Medienecho. Das Gerichtsurteil (acht Monate Gefängnis<sup>954</sup>) provoziert wieder ausführlichere Artikel und Hintergrundberichte.<sup>955</sup> Besonders hervorgehoben wird, die Begründung des relativ harten Urteils: Die Tat sei „im Vorfeld eines Pogroms“<sup>956</sup> verübt worden. Die Medien titeln „Es war der Anfang eines Pogroms“<sup>957</sup> oder „Knapp am Pogrom vorbei“<sup>958</sup>. Beispielsweise erscheint ein ausführlicher Artikel am 6. Dezember 2007 in der FAZ.<sup>959</sup> Hier wird der Vorfall von Mügeln angereichert mit Feststellungen des Gerichts noch einmal erzählt. Das Urteil solle auch Abschreckungscharakter haben. Es wird auch vermerkt, dass der Anwalt des Verurteilten Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen angekün-

---

19.10.2007: „Zwei Anklagen in Mügeln wegen ‚Ausländer-Raus‘-Rufe – gegen Volksverhetzung.“; SZ vom 19.10.2007: Zwei Anklagen in Mügeln, S. 7.

951 Es werde gegen zwölf Personen wegen des Tatvorwurfs des Landfriedensbruchs, der Volksverhetzung und der gefährlichen Körperverletzung ermittelt. Dabei handele es sich um junge Männer, die aus Mügeln und Umgebung stammen. Es gebe aber keine Anhaltspunkte für einen „geplanten und organisierten rechtsextremistischen Hintergrund“, auch könne man nicht von einer „Hetzjagd“ reden. Es müsse noch festgestellt werden, ob beim ersten Teil der Auseinandersetzung (im Festzelt) die Inder, die auch gewalttätig wurden, sich auf Notwehr oder Nothilfe berufen könnten. Die FAZ erwähnt dabei gleichfalls „die Debatte über Äußerungen des Mügelner Bürgermeisters“ in der JF. Vgl. FAZ vom 1.09.2007: „Keine Ansatzpunkte für eine ‚Hetzjagd‘. Ermittlungen gegen zwölf Personen im Fall Mügeln.“, S. 4.

952 Vgl. FAZ vom 7.09.2007: „Ermittlungen auch gegen einen Inder“, S. 4.

953 FAZ vom 20.09.2007: „Ermittlungen in Mügeln vor dem Abschluss“, S. 4.

954 Normalerweise würde nur eine Bewährungsstrafe verhängt. Der Richter entschied sich – aufgrund der Gefährlichkeit der Situation und als Zeichen der deutlichen Ahndung für diese relativ hohe Strafe.

955 Vgl. beispielsweise TAZ vom 4.12.2007 (online und Print): „Ausschreitungen von Mügeln. Prozess wegen Ausländerhetzjagd.“ Von Georg Löwisch; TAZ vom 5.12.2007: „‚Pogrom‘-Prozess. Der Mob von Mügeln.“ Von Georg Löwisch.

956 Zitat aus dem Gerichtsurteil, Richter Klaus Denk.

957 SZ vom 6.12.2007: „Es war der Anfang eines Pogroms“. Nach dem ausländerfeindlichen Angriff auf Inder bei einem Stadtfest in Mügeln muss einer der Anstifter hinter Gitter.“ Von Christiane Kohl, S. 10. Tags zuvor hatte die Zeitung in der München- und Bayern-Ausgabe über das Gerichtsurteil berichtet. SZ vom 5.12.2007: „Haft für Angriff in Mügeln“, S. 6.

958 FR vom 6.12.2007: „Knapp am Pogrom vorbei /Mit der Haftstrafe gegen einen der Täter von Mügeln statuiert das Gericht ein Exempel.“ Von Bernhard Honnigfort, S. 5.

959 FAZ vom 6.12.2007: „Im Vorfeld eines Pogroms“. Das Amtsgericht Oschatz verurteilt Frank D. im Fall Mügeln zu acht Monaten Haftstrafe ohne Bewährung / Das Urteil soll abschrecken.“ Von Reiner Burger. S. 3.

digt hat.<sup>960</sup> Nach der intensiveren Berichterstattung Anfang Dezember wird der Fall fast nur noch thematisiert, wenn Gerichtsurteile verkündet werden, vor allem wenn eine Darstellung von Konflikt und Kontroverse möglich ist. Eine höhere Anzahl an Berichten kann erst wieder im Januar 2008 festgestellt werden, als Zeuginnen, die einen weiteren Täter belasteten, erfolglos versuchen, ihre Aussagen wegen (angeblicher) Erinnerungslücken zurückzunehmen.<sup>961</sup>

### *Resümee*

Der erste Impuls, welcher zum Teil eine neue Interpretation des Falls in den Medien verursacht, stammt von der Polizei und der *Jungen Freiheit* – wenn gleich maßgeblich über den *Focus* (Print) an die Öffentlichkeit gebracht. Er führt zu einer Verwirrung und zum Teil Neu-Interpretation des Falls in den Medien. Einige Journalisten lassen sich von ihrer Kategorisierung des Falls als „rechts-extrem“ bzw. „rassistisch/fremdenfeindlich“ jedoch nicht abbringen. Der zweite von den Medien deutlich wahrgenommene Impuls (das Bürgermeister-Interview in der *Jungen Freiheit*) wird von den Journalisten als Bestätigung ihres früheren Eindrucks verstanden: Der Bürgermeister Mügeln ist Teil des Rassismus- (und Rechtsextremismus-) Problems in der Stadt. Schließlich bestätigt der letzte wesentliche Impuls durch den Amtsrichter für die Journalisten: Es handelte sich um einen besonders schlimmen Fall rassistischer Gewalt. Einige Journalisten, die sehr nahe an den öffentlichen Stellungnahmen der Polizei berichteten (und daher nicht klar die Brisanz des Falls wahrnahmen), begreifen erst jetzt die Ernsthaftigkeit des Falls. Allerdings muss auch resümiert werden: Die Berichterstattung führt zu einer Verklärung der Realität und – wenn nicht zu einer Täter-Opfer-Umkehr – so doch zu einer Täter-Opfer-Auflösung. Dazu tragen neben der neutralen Inszenierung der Kontroverse vor allem unkommentierte Meldungen über Ermittlungen gegen „die Inder“ bei.

Die folgende Tabelle fasst die Interpretationen des Falls zusammen. Impulsgeber und Kernaussagen, die zu einer intensiveren oder veränderten Berichterstattung geführt haben, sind fett markiert:

---

960 Vgl. ebenda.

961 Vgl. etwa TAZ (Print u. online) v. 15.01.2007: „„Ausländer Raus“-Rufe: Bewährungsstrafe im Fall Mügeln. Fünf Monate nach der Hetzjagd in Mügeln ist ein Angeklagter zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Plötzlichen Erinnerungslücken von Zeuginnen glaubte der Richter nicht.“ Von Georg Löwisch.



Tabelle 37: 3M: (Neu-) Interpretation nach Impulsen/„Nachrichten“

| Datum      | Impuls/<br>„Nachricht“   | Kernaussage  | (Neue)<br>Interpretation<br>(Häufigkeit)  | Art der<br>Berichterstattung  |
|------------|--|--|---|---|
| 27.08.2007 | Artikel im<br><i>Focus</i> (Print)<br><br>Basiert auf<br>Artikel der<br>Jungen Freiheit<br>vom<br>24.08.2012–<br>und Polizeiaus-<br>sage: Anzeige<br>von Deutschen /<br>gegen Inder*<br>erstattet. | Die Inder<br>sind Täter.<br><br>Es gibt eine<br>Wende in den<br>Ermittlungen.  | Inder sind auch<br>Täter.<br>(++)   | Vorwiegend als<br>Chronisten berich-<br>tet, selten eigene<br>Einordnung der<br>Informationen.  |
|            |  |  | Inder sind möglicher-<br>weise auch<br>Täter. (+++)   |   |
|            |  |  | Inder sind Opfer –<br>es hat sich nichts<br>verändert. (+)  |   |
| 31.08.2007 | Interview der<br><i>Jungen Freiheit</i><br>mit Mügelner<br>Bürgermeister   | Der Fall war<br>weder ff.<br>noch re.<br><br>Die wahren<br>Täter sind<br>Inder, Medi-<br>en und Bun-<br>des-Politik<br>etc. <sup>962</sup> | Kritik am Interview<br>mit Rechtsradikalen<br>(+++)   | Kritik wird häufig<br>über Zitate geübt,<br>insb. von Bundes-<br>politikern aller<br>Parteien. Zudem:<br>Vielfach eigene<br>Stellungnahmen<br>von Journalisten. |
|            |  |  | Bürgermeister hat<br>selbst Problem mit<br>RE u. Ff. (+++)  |   |
|            |  |  | Bürgermeister ist<br>nicht mehr tragbar<br>(gegen Grundwerte<br>verstoßen) (+)                            |   |
| 4.12.2007  | Urteilsspruch<br>Richter   | Es war ein<br>besonders<br>schlimmer<br>Fall („Im<br>Vorfeld eines<br>Pogroms“)  | Es war ff, gewalttätig,<br>gefährlich<br>(+++)  | Sachliche Berichte<br>über Urteilsspruch.<br>Teilweise auch<br>Kommentierung.   |
|            |  |  | Kein problematischer<br>Fall, nicht<br>fremdenfeindlich<br>oder rechtsextrem<br>(nur <i>Focus Print</i> ) |   |

\*Es werden Anzeigen „gegen unbekannt“ erstattet.

962 Ausführlich analysiere ich im Kapitel „Die Radikale Rechte“ die Tätergruppe, welche die Radikale Rechte als Verantwortliche ausmacht.

**3 Diskussion über Gegen-Strategien**

*Tabelle 38: 4M: Strategien*

| <i>Strategieansatz</i>            | <i>Maßnahme</i>  | <i>Argumentationsmuster</i>   | <i>Bewertung (Pro/Contra nach Zeitung (Häufigkeit))</i>  |
|-----------------------------------|--|---|--|
| Repression                        | Konsequente Strafverfolgung  | ... ist notwendig, weil rechtsextreme Gesinnung sich sonst manifestiert und ausbreitet.   | Nur Pro, kein Contra (++)  |
|                                   |  | ... ist notwendig, um jugendlichen Delinquenten (Rechtsextreme <u>und Migranten</u> ) Einhalt zu gebieten.                                      | Konservative Zeitungen (FAZ)<br>Nur Pro, kein Contra (+)                                       |
|                                   | Strafverschärfung  | ... ist notwendig, da bisherige Gesetzgebung (z.B. um <i>Hate Crimes</i> zu ahnden) nicht ausreicht.  | Nur Pro, kein Contra (+)   |
|                                   | NPD-Verbot   | a) ... ist notwendig, weil die NPD mitverantwortlich für Fälle wie Mügeln ist.<br>b) ... ist nicht notwendig, weil dies eine Scheindebatte ist. | Pro: Tsp<br>Contra: TAZ, Die Welt<br>→ Meist ohne Bewertung kontrovers diskutiert.             |
| (Bundes-) Politische Str.         | Bundesprogramme  | ... sind zu kritisieren, weil<br>a) zivilgesellschaftliche Akteure zu wenig Einfluss haben.<br>b) es sich um einen falschen Ansatz handelt.     | Kritik neue Programme: TAZ, FR<br>Kritik pauschal: FAZ<br>→ Meist kontrovers diskutiert.       |
|                                   | Öffentliche Ächtung  | ... ist notwendig, weil Fremdenfeindlichkeit weit verbreitet ist und vielen als akzeptabel gilt.  | alle   |
| Zivilgesellschaftliche Strategien | Zivilgesellschaftliches/ Bürgerchaftliches Engagement und Gegenprotest | ... ist notwendig, weil dadurch Rechts-extremismus u. Fremdenfeindlichkeit etwas entgegengesetzt wird.  | Insb. Regionalzeitungen (SäZ, Tsp) und linke, links-liberale überregionale Zeitungen (TAZ, FR) |

In den Medien findet – wenngleich die Mügeln-Debatte auch eine Diskussion über Strategien gegen Rechtsextremismus auslöst – selten eine eigenständige Auseinandersetzung mit Gegenstrategien statt. Die Diskussion über mögliche Vorgehensweisen wird vorwiegend über unkommentierte Zitate geführt. Bei der Auseinandersetzung mit Strategien gegen rechtsradikale und fremdenfeindliche Gewalt werden Empfehlungen und Forderungen aus Politik, Zivilgesellschaft und vereinzelt auch der Wissenschaft zitiert.<sup>963</sup> Dabei dient der „Fall Mügeln“ auch als Stichpunktgeber, der die Brisanz ohnehin diskutierter Strategien unterstreichen soll.<sup>964</sup> Besonders häufig und ausführlich wird ein erneutes NPD-Verbotsverfahren diskutiert. Die Debatte wird äußerst kontrovers geführt und eignet sich damit auch besonders für eine Berichterstattung, die auf die Nachrichtenfaktoren Kontroverse und Konflikt setzt. Repressive Ansätze erhalten durch die Medien insgesamt viel Raum und vorwiegend Affirmation in der Strategie-Diskussion. Kontrovers und vorwiegend kritisch diskutiert werden bundespolitische Strategien, dabei spielt die Auseinandersetzung mit den reformierten Bundesprogrammen eine herausragende Rolle. Andere Ansätze, etwa zivilgesellschaftliche oder bildungspolitische Strategien werden kaum angesprochen.

## B. Die mediale Bearbeitung des Falls

### 1 Die Entwicklung einer Narrative (Die „Ur-Tat“)

*Rassistische Ausschreitungen nach der Wende. Die Ur-Tat: Rostock-Lichtenhagen*

In der linken und liberalen Presse wird der Fall Mügeln häufig mit den pogromartigen Ausschreitungen und Brandanschlägen nach der Wende in Ostdeutschland, insbesondere mit den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen in Verbindung gebracht.<sup>965</sup> Besonderer Anlass für die Bezugnahme oder Koinzidenz ist

---

963 Vgl. hierzu unten, Teil II der Medien-Analyse, B. 2.2.

964 Vgl. *Die Welt* berichtet über ein neues Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus für Berlin und erwähnt auch Vorfälle rassistischer Gewalt in Berlin und den in Mügeln. *Die Welt* vom 28.08.2007: „Berlin plant Netzwerk gegen Rechtsextremismus.“ Von Gudrun Mallwitz und Stefan Schulz. Vgl. auch *SZ* vom 22.08.2007: „Bühne gegen Neonazis. Bürgeraktionen in Halberstadt nach Attacke auf Schauspieler.“ Von Arne Boecker, S. 6; *Die Welt* vom 27.08.2007: „Hamburg startet Programm gegen Rechtsextremismus.“ Von Florian Hanauer.

965 Vgl. *TAZ* vom 22.08.2007: „Keine Nazis, nur Ausländerfeinde. Die Neonazi-Szene in der Umgebung von Mügeln wird nicht zum ersten Mal auffällig.“ Von Astrid Geisler.

der 15. Jahrestag der Übergriffe von Rostock-Lichtenhagen (22. bis 26. August 1992). Der Fall Mügeln veranlasst einige Medien, die Geschichte von ausländischerfeindlichen Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland nach der Wende (wieder) zu erzählen. Der Bezug wird etwa durch kurze Rückblicke hergestellt,<sup>966</sup> es erscheinen aber auch ausführliche Beiträge über rassistische Übergriffe seit 1992, in die der Fall Mügeln eingereiht wird.<sup>967</sup> Einzelne Journalisten glauben, dass sich die Situation seit Anfang der 90er Jahre sogar verschlimmert habe – damals herrschte noch die Hoffnung, dieses „Ausbruchs des Bösen“, habhaft zu werden, während inzwischen „Rechtsradikalismus (...) Alltag geworden (sei), zumindest in einigen Regionen im Osten Deutschlands“.<sup>968</sup> Die tagelangen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen werden zur Ur-Tat einer *Narrative* der rassistischen bzw. rechtsextremen Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland und dienen dem *Framing* des Falls Mügeln. Das *Framing* heißt: „Rassistische bzw. rechtsextreme Gewalt in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Das Phänomen wird hierbei selten als „Rechtsextremismus im Osten“ gerahmt. Es wird stattdessen als „rassistische Ausschreitungen nach der Wende“ (bzw. „Wiedervereinigung“) kategorisiert. In den konservativen Zeitungen *Welt* und *FAZ* findet sich allerdings keine entsprechende Bezugnahme.<sup>969</sup>

### *Nationalsozialismus und SED-Herrschaft*

Durch die Analyse wird deutlich, dass eine Bezugnahme oder Einordnung des Falls Mügeln zum „Nationalsozialismus“ kaum vorgenommen wird. Erklärungen

---

<http://www.taz.de/nc/1/archiv/archiv-start/?ressort=sw&dig=2007%2F08%2F22%2Fa0097&cHash=9ffec9de0> (1.03.2013).

966 Etwa *SäZ* vom 22.08.2007: „Heure vor 15 Jahren: Rechtsextremer Mob tobt in Rostock-Lichtenhagen“, S. 2; *FR* vom 23.08.2007: „Zivilcourage – ein rares Gut.“ Von Harry Nutt, S. 13.

967 Etwa in der *FR* vom 24.08.2007: „Ein gebrannter Ort. Das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen.“, S. 3; *SZ* vom 23.08.2007 (Themen des Tages): „Angekommen am Anfang. Warum Politiker seit der Wende vergeblich gegen die Fremdenfeindlichkeit im Osten kämpfen.“ Von Achim Zons, S. 2; *Zeit-online* vom 21.08.2007: „Es handelt sich um Fremdenfeindlichkeit: Gewalt. Keine Volksfestschlägerei.“ <http://www.zeit.de/online/2007/34/presseschau-sachsen?page=1> (1.03.2013).

968 *SZ* vom 23.08.2007 (Themen des Tages): „Angekommen am Anfang. Warum Politiker seit der Wende vergeblich gegen die Fremdenfeindlichkeit im Osten kämpfen.“ Von Achim Zons, S. 2.

969 *Focus-online* stellt Mügeln hingegen den Fall Mügeln in den Zusammenhang zu rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992. Vgl. *Focus-online* vom 22. August 2007: „Biedermänner und Brandstifter“. Von Iris Mayer. [http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-7185/rostock-lichtenhagen\\_aid\\_130148.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-7185/rostock-lichtenhagen_aid_130148.html) (1.03.2013).

oder direkte Vergleiche (wie jene zu „Rostock-Lichtenhagen“) sind selten zu finden. Dennoch ist das In-Beziehung-Setzen zu Nationalsozialistischem virulent, so etwa über einen knappen Verweis oder über einzelne Symbolwörter.<sup>970</sup> Charakteristisch sind die folgenden Beispiele: Der *Tagesspiegel* fragt, ob Mügeln „ein geplanter Überfall oder eine spontane Verabredung Ewiggestriger zur Ausländerhatz“ war.<sup>971</sup> Sind es hier immerhin die „Ewiggestrigen“, womit die NS-orientierten Deutschen assoziiert werden, die verantwortlich gemacht werden für den Übergriff in Mügeln, so ist in einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* der Bezug zum Nationalsozialismus Ausdruck einer Verwunderung oder Verzweiflung darüber, dass es in Deutschland trotz der NS-Erfahrung noch Ausländerhass geben kann – womit eher eine Distanz zum *Narrativ* „Nationalsozialismus“ deutlich wird.<sup>972</sup> Der Autor bezeichnet es als eine gerade in Deutschland „bittere Erkenntnis“, dass Ausländerhass schwer zu bekämpfen sei: „Nicht, weil die Deutschen fremdenfeindlicher sind als die anderen Europäer, sondern weil in Deutschland der Hass gegen ‚das Andere‘ einmal Staatsdoktrin war“.<sup>973</sup>

Verweise auf den Nationalsozialismus erfolgen zudem durch die Nennung von Emblemen oder Slogans der rechtsextremen Szene, über die ein direkter Bezug zum Nationalsozialismus hergestellt wird. Dies wird im Fall Mügeln aber nur dann vorgenommen, wenn vergleichend über einen anderen Übergriff von Rechtsextremen berichtet wird. So verweist etwa die *Welt* bei der Berichterstattung über Mügeln auf einen weiteren rassistischen Gewaltakt, wobei das T-Shirt eines Täters genauer beschrieben wird: „Auf ihm stand ‚Ruhm und Ehre der Wehrmacht‘“.<sup>974</sup> Eine Einzelercheinung ist die zynische Auseinandersetzung mit dem Fall Mügeln in der *Welt*, in dem NS-Zuschreibungen beiläufig und selbstverständlich verwendet werden:

„Die Bundesregierung hält dagegen nicht die Journalisten für das Problem. Experten des Gesundheitsministeriums glauben, der Anteil an nationalsozialistischem Gedankengut habe in der ostdeutschen Bevölkerung eine gesundheitsschädliche Konzentration erreicht. Sie empfehlen daher eine Reklamation der verdorbenen Ware. Es ist

---

970 NS-Bezüge erscheinen allerdings über Zitate von Politikern in den Medien. Sie werden jedoch nicht kommentiert.

971 Tsp vom 21.08.2007: „Ermittlungen nach Hetzjagd auf Inder.“ <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/ermittlungen-nach-hetzjagd-auf-inder/1018462.html> (1.03.2013).

972 Das In-Bezugsetzen zum Nationalsozialismus dient nicht als Erklärungsfaktor, sondern es wird beklagt, dass selbst die Bezugnahme zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wenig fruchtbar war.

973 SZ vom 22.08.2007: „Jagd auf das Fremde.“ Ein Kommentar von Matthias Drobinski. <http://www.sueddeutsche.de/politik/hetzjagd-in-muegeln-jagd-auf-das-fremde-1.770916> (1.03.2013).

974 *Die Welt* vom 24.08.2007: „In Mügeln werden Beschwerden gegen die Polizei laut.“ Von Uta Keseling.

aber fraglich, ob ‚DDR-Hersteller‘ Russland einer Rückrufaktion zustimmen wird.<sup>975</sup>

Charakteristisch ist allerdings, dass NS-Bezüge unmittelbar neben SED- bzw. DDR-Bezügen stehen. Ich habe keinen Artikel in den Medien gefunden, in dem der Nationalsozialismus direkt erwähnt wurde (die knappen Verweise oben ausgenommen), ohne gleichzeitig Bezug auf des DDR/SED-Regime (mindestens gleichwertig) zu nehmen – womit immer eine verbindende Klammer „Totalitarismus“ gesetzt wird. Festzuhalten bleibt, dass der NS zwar in wenigen Fällen als Vergleichsfolie für die Täter von Mügeln dient, aber insgesamt keineswegs eine relevante *Narrative* für den Fall Mügeln darstellt. Der Nationalsozialismus scheint daher höchstens eine blasse (oder verblassende<sup>976</sup>) *Narrative* in den Medien zu sein.<sup>977</sup> Relativ häufig ist das In-Beziehung –Setzen bei der *Welt* zu finden.

## 2 Mügeln als Thematisierungsfenster für Rechtsextremismus

Durch den Fall Mügeln gibt es ein erhöhtes mediales Interesse, Rechtsextremismus zu thematisieren. Rechtsextreme Aktivitäten, denen sonst keine mediale Aufmerksamkeit zuteil geworden wäre, finden Eingang in die Berichterstattung.<sup>978</sup>

### Als ähnlich kategorisierte Fälle: Rechtsextreme Gewalt (im Osten)

Die Ereignisse in Mügeln werden genutzt, um über andere Vorfälle rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt zu berichten, die sich zeitnah ereigneten.<sup>979</sup>

---

975 *Die Welt* vom 24.08.2007: „Zippert zappt.“ Von Hans Zippert.

976 Das wäre durch Medienanalysen früherer Jahrgänge zu prüfen.

977 Ein möglicher Grund dafür, dass eine Referenz zum NS in der medialen Bearbeitung des Mügeln-Falls kaum, und wenn eher versteckt u. indirekt zu finden ist, könnte auch die Scheu davor sein, direkte NS-Vergleiche zu ziehen. Diese Debatte (Vergleiche zum NS gelten als diskreditiert u. diskreditierend) wird im Teil „Radikale Rechte“ relevant. Vgl. Teil „Die Radikale Rechte“, NS-Vergleiche.

978 Dieses Phänomen, das in der Literatur auch „Thematisierungsfenster“ nach „Schlüsselereignissen“ genannt wird, zeigt sich auch im Fall Mügeln. Im Gegensatz zu der dem Zeitraum vor dem Fall Mügeln (eigene stichprobenhafte Recherche) wird während der öffentlichen Debatte über Mügeln kontinuierlich über rechtsextreme Aktivitäten (vor allem Gewalttaten) berichtet. Zu diesem Phänomen vgl. die Literatur: Brosius und Esser (1995) und Esser et al (2002); sowie Oehmichen et al (2007).

979 Die Berichterstattung über entsprechende Fälle nimmt bereits ab Anfang September wieder ab. In der SäZ fällt auf, dass die Berichterstattung über allgemeinen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt in dem untersuchten Zeitraum (20. August 2007-1. Februar 2008) kom-

Dabei wird Mügeln nicht nur zum Einstieg für die Darstellung dieser Fälle, sondern dient ihnen auch als Vergleichsfolie. So wird in mehreren Zeitungen über einen „rechtsextremen Gewaltexzess“ in Bützow (Mecklenburg-Vorpommern) berichtet, der von „Neonazis angefeuert“ wurde. Beschrieben wird der Übergriff mit den Worten „wie im sächsischen Mügeln eskalierte auch hier ein Fest“.<sup>980</sup> In der *Süddeutschen Zeitung* heißt es:

„Erneut kam es am Wochenende bei einem Volksfest zu gewalttätigen Ausschreitungen: In Bützow (Meckpom) zogen etwa 40 Personen randalierend durch die Innenstadt, darunter seien mehrere Personen gewesen, die der rechten Szene zugeordnet werden“.<sup>981</sup>

Weiter wird auf einen Vorfall im sachsen-anhaltinischen Güsen verwiesen<sup>982</sup> und über einen Vorfall in Magdeburg berichtet.<sup>983</sup> Besonders intensiv wird in allen untersuchten Zeitungen über einen rassistisch motivierten Angriff auf zwei Afrikaner in Guntersblum (Rheinland-Pfalz) berichtet.<sup>984</sup> Während die anderen Übergriffe, die in Ostdeutschland stattgefunden hatten, ausschließlich als „ähnlich“ zum Fall Mügeln thematisiert wurden, entzündet sich am Fall Guntersblum, der sich in einem alten Bundesland zugetragen hat, eine intensive Medien-Debatte. Diese Debatte verdeutlicht die Rolle der Ost-West-Befindlichkeiten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik. Die Medien-Analyse offenbart grundsätzlich unterschiedliche Thematisierungen des Falls und gegenseitige (Ost-West-) Schuldzuweisungen: In

---

plett und relativ kontinuierlich erfolgt, auch in den Wochen, in denen wenig über den Fall Mügeln berichtet wird.

980 SZ vom 29.08.2007: „Volksfestrandale und nationaler Trödelmarkt. In Mecklenburg-Vorpommern haben Neonazis wieder viele Menschen in Schrecken versetzt.“ Von Arne Boecker, S. 5; TAZ vom 27.08.2007: „Keine Schorle für Nazis!“ Von Klaus-Peter Klingelschmitt, S. 7.

981 SZ vom 27.8.2007: „Nach der Hetzjagd auf Inder. Bürger in Mügeln protestieren gegen Fremdenhass.“ <http://www.sueddeutsche.de/panorama/nach-der-hetzjagd-auf-inder-buerger-in-muegeln-protestieren-gegen-fremdenhass-1.879842> (1.03.2013).

982 Hier seien drei Anhänger der rechtsextremen Szene festgenommen worden, die einen linken Jugendklub überfallen hatten. Vgl. *Die Welt*: „In Mügeln werden Beschwerden gegen die Polizei laut.“ Von Uta Keseling.

983 Ein unbekannter Täter habe seinen Hund auf einen Iraker gehetzt u. ihn mit fremdenfeindlichen Sprüchen geschmährt. Eine Zeugin alarmierte die Polizei. Vgl. FAZ v. 27.08.2007: Rechtsextremismus. Überfall auf Iraker. [http://www.welt.de/welt\\_print/article1130543/In\\_Muegeln\\_werden\\_Beschwerden\\_gegen\\_die\\_Polizei\\_laut.html](http://www.welt.de/welt_print/article1130543/In_Muegeln_werden_Beschwerden_gegen_die_Polizei_laut.html) (1.03.2013).

984 Vgl. etwa FR vom 25.8.2007: „Rechte verletzen Afrikaner“, S. 3; FR vom 27.8.2007: „Wie vom Blitz getroffen/Rechtsradikale Attacke auf Ausländer macht das friedliche Guntersblum ratlos“, S. 8; *Welt-online* vom 24.08.2007: „Rechte greifen Afrikaner auf Weinfest an.“ Von Gisela Kirschstein. [http://www.welt.de/politik/article1132994/Rechte\\_greifen\\_Afrikaner\\_auf\\_Weinfest\\_an.html](http://www.welt.de/politik/article1132994/Rechte_greifen_Afrikaner_auf_Weinfest_an.html) (1.03.2013).

den überregionalen und westdeutschen Zeitungen werden die Unterschiede zwischen dem Fall Mügeln und dem Fall Guntersblum hervorgehoben. So heißt es in der *Süddeutschen Zeitung*, dass anders als in Mügeln in Guntersblum Bürger eingegriffen hätten<sup>985</sup> und die Rechtsextremen vertreiben konnten, als sie zwei Afrikaner attackierten.<sup>986</sup> Resümiert wird:

„Im Gegensatz zu dem Vorfall in Guntersblum kam den Opfern von Mügeln niemand zu Hilfe. In der rheinland-pfälzischen Kleinstadt sprang ein beherzter Bürger den Afrikanern zur Seite. Einer von ihnen sagte: ‚Der Mann hat unser Leben gerettet.‘“<sup>987</sup>

Berichtet wird zudem von der „sofortigen Verurteilung der Tat in Guntersblum durch den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Beck und seinen Innenminister“.<sup>988</sup> Auf der anderen Seite wird in ostdeutschen Regionalzeitungen, wie der *Sächsischen Zeitung*, darüber geklagt, dass die öffentliche Bearbeitung der Fälle Mügeln und Guntersblum zeige, dass in Ost- und Westdeutschland mit unterschiedlichem Maß gemessen würde. So beweise der Fall Guntersblum, wo „der Vorfall tagelang unter den Teppich gekehrt wurde“<sup>989</sup>, dass die „bundesweite Politik- und Medienmaschinerie“ nur „in Ostdeutschland“ aktiv werde. Der „Hauptunterschied“ an den beiden Fällen sei: Der eine liege im Westen, der andere im Osten.<sup>990</sup> Angemerkt sei, dass der Fall Guntersblum ohne das Schlüsselereignis „Mügeln“ und die bereits intensiv geführte Debatte über Rechtsextremismus (im Osten) vermutlich keine vergleichbare mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätte.<sup>991</sup>

Insgesamt zeigt sich, dass die Übergriffe, welche durch und mit dem Fall Mügeln thematisiert werden, stets von Mitgliedern der rechtsextremen Szene verübt wurden (eventuell nicht im Fall Magdeburg). Die gemeinsame Besprechung zeigt ihr Kategorisierungskriterium: die Täterzuordnung „Rechtsextreme“ oder „Neonazis“. Dies ist bezeichnend, weil nicht unbedingt plausibel: Im Fall

985 Das war, wie oben erwähnt, in Magdeburg auch der Fall.

986 Vgl. SZ vom 27.08.2007: „Hauptverdächtiger nach Attacke in Haft“, S. 6.; TAZ vom 27.08.2007: „Keine Schorle für Nazis!“ Von Klaus-Peter Klingelschmitt, S. 7.

987 FAZ vom 27.08.2007 zitiert nach *Bild am Sonntag*: „Rechtsextremismus. Überfall auf Iraker.“

988 FAZ-net mit Reuters und AP vom 24.08.2007: „Rheinland-Pfalz. Zwei Afrikaner auf Weinfest verprügelt.“

989 Der sich zeitgleich ereignende Fall wurde erst eine Woche später bekannt.

990 *SzZ* vom 27.08.2007: „Mügeln wird zum Lehrstück über Politik und Medien. Über fremdenfeindliche Übergriffe und Vorurteile in Ost und West.“ Von Dieter Schütz, S. 4; SZ vom 27.08.2007: „Mügeln sucht seinen Frieden.“ Von Sebastian Döring, S. 6.

991 Das legen die Ergebnisse der Untersuchungen von Brosius, Esser und Scheufele nahe. Vgl. Esser et al (2002).



Mügeln wird davon ausgegangen, dass nicht Rechtsextreme hinter dem Übergriff standen.

### Was wird nicht thematisiert?

Selten wird hingegen Fremdenfeindlichkeit ohne gewalttätige Übergriffe, also etwa rassistische Äußerungen, im Zusammenhang mit dem Fall Mügeln thematisiert. Wie bei der Thematisierung rechtsextremer Gewalttaten sind auch fremdenfeindliche Fälle stets aktuell, lassen sich möglicherweise aber nicht so leicht (über Lokalnachrichten oder Polizei) für Journalisten eruieren. Allerdings gibt es ein fremdenfeindliches Ereignis, das in Einzelfällen mit dem Fall Mügeln in Verbindung gebracht wird: Eine aktuelle Diskussion über Fremdenfeindlichkeit in der Fußball-Bundesliga. Hier geht es um rassistische Äußerungen eines Torwarts.<sup>992</sup> Das gemeinsame Problem sei, dass Fremdenfeindlichkeit nicht offensiv bekämpft und öffentlich nicht ausreichend geächtet würde.<sup>993</sup> Über diesen Fall hinaus, wird allgemeine Diskriminierung von Ausländern, Asylsuchenden und Migranten kaum thematisiert.<sup>994</sup> Das ist überraschend, weil mit der Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes eine – wenngleich abstrakte – Diskussion über Diskriminierungsschutz in Deutschland erst jüngst stattgefunden hatte<sup>995</sup> und allgemeine Diskriminierung von Ausländern noch in den neunziger Jahren eine Rolle im öffentlichen Diskurs (zum Thema Migration und Fremdenfeindlichkeit) gespielt hatte.<sup>996</sup> Auch der Bezug zu Menschenrechten spielt in der Auseinandersetzung mit dem Fall Mügeln kaum eine Rolle. Ich habe lediglich einen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* gefunden, in dem für eine menschenrechtliche Perspektive auf den Vorfall geworben wird.<sup>997</sup>

---

992 Es werden mehrere Fälle aufgeführt, insbesondere der aktuelle Vorwurf gegen Torhüter Weidenfeller, er habe den Spieler Asamoah als „schwarzes Schwein“ beschimpft. Vgl. u.a. FR vom 21.08.2007: „Die hässliche Seite der schönsten Nebensache. Der Fußball kämpft wieder mit Fällen von Rassismus – nicht nur in unteren Ligen.“ Von Christian Schultz, S. 2f.

993 Vgl. *Welt am Sonntag* vom 26.08.2007: „Die Fußballbundesliga ist doch nicht Mügeln.“ Von André Mielke.

994 Lediglich in einem Artikel in der *Welt* werden im Zusammenhang mit Mügeln allgemeine Diskriminierung, insbesondere die schlechten Lebensbedingungen von Asylsuchenden/-bewerbern thematisiert. Vgl. *Die Welt* vom 26.08.2007: „Rechts oben in Deutschland.“ Von Freia Peters.

995 Das Unbehagen mit dem Phänomen der Diskriminierung umzugehen drückte sich allerdings in dem Namen des Gesetzes, dessen Umsetzung aufgrund von EU-Richtlinien auch in Deutschland nötig wurde: Anders als von der EU vorgeschlagen wurde es nicht „Anti-Diskriminierungsgesetz“, sondern positiv gewendet „Allgemeines Gleichstellungsgesetz“ genannt.

996 Vgl. Jung et al (2000).

997 SZ vom 24.08.2007: „Zum Besten der Nation. Die Hetzjagd von Mügeln und das Ansehen des Vaterlands.“ Von Thomas Steinfeld.

Besonders überrascht, dass das Thema „Fachkräftemangel“, das in der Politik zu dem Zeitpunkt aktuell ist, kaum Thema der Medien in der Auseinandersetzung mit dem Fall wird – obwohl es zeitgleich politisch verhandelt wird.<sup>998</sup> Das Anwerben von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland ist ein Instrument der Bundespolitik, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Die Medien zitieren zwar Politiker, die einen wirtschaftlichen Schaden für Deutschland bzw. bestimmte Regionen in Deutschland durch fremdenfeindliche Taten beklagen. Das Argumentationsmuster „Schaden für die Wirtschaft“ und „Schaden für Deutschland“ ist aber in den Berichten eher Stichpunkt oder Meldung, eigenständig diskutiert oder erklärt wird es kaum.<sup>999</sup> Lediglich die *Sächsische Zeitung* stellt eine Ausnahme dar. Hier findet sich eine Verbindung mit dem Fachkräftemangelthema, ebenso wie mit den Themen Tourismus und Wohlstand.<sup>1000</sup> Die Zeitung greift das „Schaden für die Wirtschaft“- „Schaden für Deutschland“-Argument<sup>1001</sup> mehrfach auf und erklärt es ihren Lesern ausführlich.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Fälle von Diskriminierung und Rassismus kaum thematisiert werden. Ebenso lassen sich kaum *Narrativen* der Vielfalt und Pluralität in der medialen Diskussion über den Fall Mügeln finden. Stattdessen wird in den Medien meist das *Narrativ* von der fremdenfeindlichen und rechts-extremen Gewalt im Osten Deutschlands erzählt – ein Beleg für die Attraktivität der Nachrichtenfaktoren Schaden und Konflikt.

---

998 Vielleicht ist es zu neu auf der Agenda und die Verbindung mit dem Thema Rechtsextremismus bisher so unkonventionell, als dass es von den Journalisten nicht eigenständig thematisiert wird?

999 Beispielsweise heißt es in der *Berliner Zeitung* vom 21.08.2007: „Hilflose Antworten.“ (Tages-thema) von Frank Nordhausen, Peter Riesbeck und Regine Zylka: „Die Gemeinde scheut sich von Rechtsextremismus zu sprechen. Dabei wird der längst zum Investitionshemmnis in Ost-deutschland.“

1000 Erich Böhme erklärt, es ginge um die Akzeptanz der Menschenwürde und der deutschen Würde, wenn gezeigt werden müsse, dass Menschen u.a. aus Indien erwünscht aufgenommen werden. Darüber hinaus sei es sogar notwendig für das Wohlbefinden jedes Einzelnen, das für ausländische Facharbeiter geworben werde und diese nicht abgeschreckt würden. Dem Artikel folgt ein weiterer Kommentar zum Thema Zuwanderung, in dem es heißt, dass gerade der Osten mit seinen spezifischen Problemen (Demographie und Wirtschaft) Zuwanderung brauche. Zudem schreibt die Zeitung, Sachsen sei im Osten Reiseziel Nummer eins für Ausländer. Jedoch gingen die Übernachtungen 2007 zurück. Dabei wird der Fall Mügeln als Negativbeispiel angeführt, das Touristen abschrecke und den „gastfreundlichen“ und gewinnbringenden Ruf Sachsens beschädige. Vgl. *SäZ* vom 25./26.08.2008: Wochenendbetrachtung: Von der Kirmes-Prügelei und ihren Folgen. Von Erich Böhme, S. 4; Ähnlich argumentieren weitere Artikel, vgl.: *SäZ* vom 25./26.08.2007: „Deutschland gewinnt, wenn wir Zuwanderer willkommen heißen.“ Von Peter Weißenberg, S. 4; *SäZ* vom 20.09.2007: „Sachsen im Osten Reiseziel Nummer eins für Ausländer.“ Von Nora Miethke, S. 23.

1001 Dieses Argument taucht durch Zitate von Bundespolitikern in allen Medien auf – wird aber nicht selbstständig dargestellt oder kommentiert.

Tabelle 39: 5M: Bezugspunkte (Narrative) und Framing des Problems.

| <i>Bezugspunkt /Narrativ</i>                            | <i>Framing des Problems</i>   | <i>Frame</i>   | <i>Zeitung (+ Häufigkeit)</i>  |
|---|---|--|--|
| Rostock-Lichtenhagen                                    | Fremdenfeindliche/ Rassistische Gewalt seit der Wende/Wiedervereinigung                                     | <i>Moral</i>   | Linke und liberale sowie regionale Zeitungen<br>+++ kaum / nicht bei Welt, FAZ   |
| Nationalsozialismus                                     | Nationalsozialistische Ideologie und Staatsform<br><br>(NS wird meist gemeinsam mit SED/DDR-Regime erwähnt) | <i>Moral</i><br><br><i>Fortschritt</i>   | (Vor allem:) <i>Die Welt</i><br>+  |
| Fälle rechtsextremer Gewalt                             | Rechtsextreme Gewalt<br><br>Rechtsextreme Gewalt und Akzeptanz von Fremdenfeindlichkeit im Osten            | <i>Moral</i><br>a) typisch Osten (nur teilweise kontrovers diskutiert)<br><br>b) Diskriminierung des Osten                 | Alle Zeitungen<br>a) <i>Überregionale Zeitungen und west-deutsche Regionalzeitungen</i><br>b) <i>Ostdeutsche Regionalzeitungen, insbesondere Sächsische Zeitung</i><br>+++ |
| Fälle Rassismus/ Fremdenfeindlichkeit                   | Allgemein verbreitete Fremdenfeindlichkeit/ Rassismus   | <i>Moral</i>   | Alle Zeitungen<br>+  |
| Gezielte Zuwanderung/ Ausländische Facharbeiter-Debatte | Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit  | <i>Wirtschaft, Fortschritt</i><br>(Zuwanderung ist ökonomisch erforderlich<br>→ Ff und RE schaden Deutschland)             | (Nur:) <i>Sächsische Zeitung</i><br>(+)  |
| Tourismus   | Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit  | <i>Wirtschaft</i><br>(Tourismus ist wünschenswert → Fremdenfeindlichkeit + Rechtsextremismus schaden der Stadt und Region) | (Nur:) <i>Sächsische Zeitung</i><br>(+)  |

### 3 Mediale Darstellungsweisen

#### *Die Darstellung der Opfer*

Die indischen Migranten werden direkt nach dem Vorfall in den Medien als Gruppe der Opfer porträtiert,<sup>1002</sup> wobei in ausführlicheren Berichten meist eine Person, Pizzeriabesitzer Singh, herausgegriffen und beschrieben wird. Der in Mügeln ansässige Singh, indischer Staatsbürger, seit 20 Jahren in Deutschland lebend, mit (klein-)bürgerlicher Biographie, wird zum „Gesicht“ der Opfergruppe. Über die persönlichen Umstände und Eindrücke von Singh wird in diversen Presseerzeugnissen berichtet, seine Äußerungen werden zudem vielfach zitiert. Singh sei mit einer Deutschen verheiratet gewesen und habe vor fünf Jahren seine Pizzeria mit Lieferservice in Mügeln eröffnet.<sup>1003</sup> Er wird als rechtschaffend dargestellt. Es gibt auch vereinzelt Berichte (etwa ein umfangreicher Artikel des *Spiegel*), die ausführlich auf die anderen indischen Migranten eingehen und sie in ihrer Individualität darstellen.<sup>1004</sup> Trotzdem wird in einigen Berichten unterstellt, dass sich kaum jemand für die Opfer interessiere.<sup>1005</sup>

Direkt nach dem Vorfall werden Bilder (meist dieselben von den Nachrichtenagenturen *dpa*, *ddp*, *reuters*) von den deutlich als verletzt erkennbaren Indern gedruckt bzw. gezeigt.<sup>1006</sup> Diese Bilder werden als „Opfer-Bilder“ von Mügeln in deutschen wie internationalen Medien veröffentlicht. Resümieren lässt sich, dass der Fall durch die Medien in seiner Gewalttätigkeit dramatisch dargestellt und personifiziert wird. Dies ermöglicht einigen Rezipienten „mitzufühlen“ und sich in die Rolle der Opfer hineinzusetzen. Dennoch ist auch zu fragen, ob die von Gewalt und Angst geprägte Bebilderung des Falls nicht auch Rezipienten überfordert und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ursachen und Problemen, die zu dem Übergriff geführt haben, beeinträchtigt.<sup>1007</sup>

1002 Vgl. bspw. TAZ vom 23.08.2007: „Der Tag. Inder in Todesangst.“ Von Michael Bartsch, S. 2.

1003 Vgl. DW vom 24.08.2007. Singh ist übrigens die einzige Person, die direkt in Mügeln lebt.

1004 Vgl. Artikel im *Spiegel* vom 3.12.2007, 49/2007: „Gewalt – Aufstand der Unsichtbaren.“ Von Ralf Hoppe, S. 188-195.

1005 So schreibt die *Frankfurter Rundschau*: „In der Fremde. Die Hetzjagd im sächsischen Mügeln hat hohe Wellen geschlagen. Sogar indische Zeitungen berichten über den Vorfall. Doch wie es den Opfern geht, scheint kaum jemanden zu interessieren“. FR vom 23.08.2007: „In der Fremde. Die Hetzjagd im sächsischen Mügeln hat hohe Wellen geschlagen.“ Von Antje Hildebrandt, S. 2f.

1006 Vgl. Tsp vom 22.08.2007; faz-net. vom 23.08.2007; *Berliner Kurier* vom 24.08.2007; DW vom 24.08.2007; FR vom 23.8., Thema des Tages, S. 3; *Zeit-online* vom 21.08.2007; SZ vom 21.08.2007: „Hetzjagd in Sachsen. Acht Inder auf Volksfest in Mügeln verprügelt“, S. 1; *Reuters* Video vom 23.08.2007.

1007 Vgl. König (2006).

*Darstellung der Täter und der Tat*

Vorerst werden die Täter als zur rechtsextremen Szene zugehörige Neonazis beschrieben. Den Tätern wird als Individuen keine Aufmerksamkeit gezollt.<sup>1008</sup> Neben einer direkten Neonazi- oder Rechtsextremen-Zuschreibung wird die Täter-Gruppe häufig als „Meute“ oder „Horde“ bezeichnet. Mit diesen Begriffen werden die Täter entindividualisiert und entmenschlicht. Sie werden als verrohte, animalische Gruppe im Kontrast zu „normalen“ Menschen dargestellt. „Meute“ bedeutet ein Rudel von Tieren, insbesondere Hunde, wird aber auch im übertragenen Sinn für eine aufrührerische, gewalttätige Gruppe von Menschen benutzt. „Horde“ ist ursprünglich ein aus dem Türkischen stammender Begriff für „Heer, Armee“. Heute wird „Horde“ allerdings vor allem pejorativ für eine Ansammlung von Tieren oder verrohte Menschen gebraucht.<sup>1009</sup> Ein „Mob“ ist eine sich zusammenrottende, aufgewiegelte Menschenmasse. Der Begriff bezeichnet eine Menschenmenge mit niedrigem Bildungs- und Sozialniveau. Damit wird den Tätern zum einen Rechtsextremismus oder Neonazismus unterstellt, zum anderen werden sie als animalisch, verroht und aus einer niedrigen Bildungs- und Sozialschicht stammend beschrieben. Beispiele für diese Täter-Darstellung sind:

Der *Berliner Kurier* berichtet, die „Gruppe der Inder“ „wurde (...) von einer Meute Neonazis durch Mügeln gejagt und brutal zusammengeschlagen.“<sup>1010</sup> Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt vom „Mob von Mügeln“<sup>1011</sup> und die TAZ von „ein(em) Mob von 50 deutschen Jungmännern“.<sup>1012</sup> Die *Ostsee-Zeitung* glaubt, „eine Horde Neonazis samt Sympathisanten (war in Mügeln) auf Frem-

---

1008 Später (ab Ende der Phase II) allerdings werden einzelne Täter, insbesondere ein „Haupttäter“ doch vorgestellt, wobei betont wird, dass er bislang weder als rechtsextrem oder fremdenfeindlich noch als gewalttätig aufgefallen war. Der als „Vortäter“ identifizierte Frank D., der zuerst versucht haben soll, eine Glasscheibe einzutreten und später mit mehreren Männern zusammen einen Gullydeckel in die Fenster der Pizzeria zu werfen. Es werden auch Prozess-Bilder gezeigt, wobei Frank D. durch Sonnenbrille und Schal ver mummt ist. In der FAZ wird er als ein unpolitischer Mensch, der nicht fremdenfeindlich sei oder sich nicht als fremdenfeindlich darstelle, vorgestellt. Frank D. ist 23 Jahre alt und wird als ordentlicher Mann, der Arbeit hat und noch nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist, beschrieben. Er nimmt vor Gericht für sich in Anspruch, wie in Trance gehandelt zu haben, nachdem er seinen am Bein verletzten Freund gesehen habe.

1009 In der (Paläo-)Anthropologie wird der Begriff allerdings auch für vorzivilisatorische Gruppierungen, insbesondere von Männern gebraucht.

1010 *Berliner Kurier* vom 24.08.2007.

1011 FAZ vom 22.08.2007: „Der Mob von Mügeln. Die Wiederkehr einer Debatte.“ Von Reiner Burger, S. 3.

1012 TAZ vom 21.08.2007: „Hetzjagd auf Ausländer in Sachsen“, S. 3.

denhatz<sup>1013</sup> und die FAZ berichtet von „rechtsradikale(n) Prügelhorden“ in Mügeln.<sup>1014</sup>

Häufig werden Berichte über den Fall Mügeln unter dem Stichwort oder Titel „Hetzjagd“ gefasst. Eine Hetzjagd ist eine Jagdtechnik, bei der die potentielle Beute so lange verfolgt wird, bis sie schließlich ermüdet ist, eingeholt und erlegt werden kann. Mit dieser Beschreibung der Tat sind es also nun – anders als beim Begriff der „Meute“ – die Opfer, die wie Tiere sind (bzw. behandelt), „gejagt“ bzw. „behetzt“ werden. Beispiele für entsprechende Titel oder Untertitel sind:

„Ausländerjagd in Mügeln“,<sup>1015</sup> „Hetzjagd auf Ausländer“,<sup>1016</sup> „Ausländerhatz“,<sup>1017</sup> „brutale Treibjagd“,<sup>1018</sup> „Fremdenhatz“,<sup>1019</sup> „Hetzjagd auf Inder“,<sup>1020</sup> „Menschenjagd von Mügeln“,<sup>1021</sup> „Fremdenfeindliche Parolen bei Hetzjagd in Sachsen“,<sup>1022</sup> „Hetzjagd auf Inder in Sachsen“,<sup>1023</sup> „Hetzjagd auf Ausländer in Sachsen“,<sup>1024</sup> „brutale Hetzjagd auf indische Besucher im sächsischen Mügeln“.<sup>1025</sup>

Ebenfalls werden die Verben „jagen“ und „hetzen“ häufig für die Beschreibung des Übergriffs in den Medien-Berichten verwandt: „In der Nacht zum Sonntag hatten mehr als hundert Deutsche acht Inder quer durch die Stadt gejagt.“<sup>1026</sup>

---

1013 *Ostsee-Zeitung* vom 21.08.2007.

1014 FAZ v. 22.08.2007: „Der Kick. Z. B. Mügeln: Nazis sind immer anderswo.“ V. Regina Mönch, S. 29.

1015 MZ v. 21.08.2007: „Ratlos rotierend Reflexe. Nach Ausländerjagd in Mügeln.“ V. Andreas Montag, S. 4.

1016 *spiegel-online* 21.08.2007.

1017 FR vom 25.08.2007: „Kurt Becks Solo gegen die NPD. SPD-Chef trifft mit seinem Vorstoß für ein neues Verbotverfahren auf Skepsis – auch in den eigenen Reihen.“ Von Vera Gaserow, S. 1.

1018 *Ostsee-Zeitung* vom 21.08.2007.

1019 Ebenda.

1020 SäZ vom 21.08.2007: „Soko untersucht Hetzjagd auf Inder in Mügeln“, S. 1; Faz-net vom 20.08.2007; *Lausitzer Rundschau* vom 20.08.2007: „Hetzjagd auf Inder im sächsischen Mügeln Anlass und Gelegenheit.“ [http://www.presseportal.de/pm/47069/1035309/lausitzer\\_rundschau](http://www.presseportal.de/pm/47069/1035309/lausitzer_rundschau) (1.03.2013).

1021 SZ vom 22.08.2007: „Jagd auf das Fremde.“ Von Matthias Drobinski.

1022 *Die Welt* vom 21.08.2007.

1023 *Berliner Zeitung* vom 21.08.2007.

1024 TAZ vom 21.08.2007: „Hetzjagd auf Ausländer in Sachsen“, S. 3.

1025 *Focus-online* vom 20.08.2007: „Sachsen. Sorge und Bestürzung nach Hetzjagd in Mügeln.“

1026 SZ vom 22.08.2007: „In Mügeln bröckelt die Mauer des Schweigens. Bewohner der Kleinstadt berichten von aktiver rechtsextremer Szene / Politiker verurteilen Hetzjagd auf Inder.“ Von Arne Boecker, S. 6. „Inder durch die Stadt gehetzt“ titelt u.a. die TAZ. TAZ vom 21.08.2007: „Inder durch die Stadt gehetzt“, S. 3.

*Kritik am Begriff „Hetzjagd“ und Instrumentalisierung der Kritik*

Der in den Medien vielfach gebrauchte Begriff „Hetzjagd“ wird von einigen lokalen und regionalen Politikern, sowie von der Radikalen Rechten kritisiert und als Beleg dafür genommen, dass „die Medien“ falsch über den Fall Mügeln berichteten und der Fall überhaupt falsch bewertet würde.<sup>1027</sup> Dieser Vorwurf wird auch von Medienvertretern zitiert. So schreibt Reiner Burger in der FAZ, dass Deuse es „unerträglich“ finde,

„dass behauptet werde, die Inder seien durch die Mügeln Altstadt gejagt worden. Schauen Sie doch selbst (so wird Deuse zitiert – B.S.), die Pizzeria, in die sich die Leute geflüchtet haben, ist vielleicht 20 Meter entfernt vom Marktplatz.“<sup>1028</sup>

Der Begriff „Hetzjagd“ schreibt die FAZ medienkritisch, „erfüllt präzise die Erwartungen und gibt den Sound vor für das Empörungsritual“, welches nach entsprechenden Fällen einsetze.<sup>1029</sup>

*Resümee*

Die Verwendung von dramatisierendem und entmenschlichendem Vokabular („Horde“ etc.) für die Beschreibung der Täter ist vielleicht für viele Leser auf- oder anregend – aber problematisch. Es rückt die Täter in den Bereich des Unmenschlichen und Anormalen, womit eine Auseinandersetzung mit allgemein verbreiteter Fremdenfeindlichkeit und Gewalttätigkeit verhindert wird. Es wäre hilfreicher – im Sinne eines aufklärenden Journalismus, der auch seine Chronistenpflicht ernst nimmt –, die Hintergründe des Übergriffs zu beleuchten. Auch dem Vorwurf der Vorverurteilung, den lokale und regionale Politiker sowie die Radikale Rechte gegenüber „den Medien“ erheben, könnte durch die Darstellung alltäglicher Fremdenfeindlichkeit und der Ansichten der Täter besser begegnet werden.<sup>1030</sup>

---

1027 Vgl. hierzu den Teil „Regionale Politik“, sowie „Radikale Rechte“.

1028 FAZ vom 22.08.2007: „Der Mob von Mügeln. Die Wiederkehr einer Debatte.“ Von Reiner Burger, S. 3.

1029 FAZ vom 6.12.2007: „Im Vorfeld eines Pogroms“. Das Amtsgericht Oschatz verurteilt Frank D. im Fall Mügeln zu acht Monaten Haftstrafe ohne Bewährung / Das Urteil soll abschrecken.“ Von Reiner Burger, S. 3.

1030 Vgl. hierzu Ergebnisse der Untersuchung „Rechtsextremismus und Fernsehen“ der ARD-/ZDF-Medienkommission, die ähnliche Ergebnisse mit Empfehlungen für Redakteure und Journalisten verbindet: Oehmichen (2007).

„Hetzjagd“ ist ein Begriff, der den Übergriff auf die Inder emotionalisierend und dramatisierend veranschaulicht. Damit ist er kein sachlich beschreibender Begriff für das Geschehen, sondern möchte eine unmenschliche oder unzivilisierte Situation anschaulich beschreiben und spiegelt zugleich die Emotionalität der Journalisten bei der Beschreibung des Falls und ihren Appell an die Rezipienten wider. Problematisch ist das mit Einschränkungen zudem, weil die emotionalisierende Beschreibung es anderen Akteursgruppen (wie der Radikalen Rechten) leichter macht, die Kategorisierung des Falls als fremdenfeindlich bzw. rechts-extrem insgesamt zu diskreditieren. Auch besteht die Gefahr, durch falsche Dramatik überzogen starke Emotionen bei den Rezipienten auszulösen oder ein Ohnmachtgefühl gegenüber der Macht und Stärke solcher Fälle.<sup>1031</sup> Es geht bei der Wortwahl aber weniger um die böswillige Verbreitung von falschen Fakten – was von anderen Akteuren im Diskurs unterstellt wird – als um inhärente journalistische Mechanismen bzw. Qualitätsprobleme, die beim Thema „Rechtsextremismus“ besonders ausgeprägt sein mögen. Es zeigt sich allerdings, dass häufig gerade die Überschriften besonders emotional, dramatisierend und effekt-heischerisch sind (- was auch daran liegen mag, dass diese oft nicht von den Autoren der Artikel selbst gesetzt werden). So können unter einer entsprechend problematischen Überschrift durchaus ausgewogene, nüchterne Artikel stehen.<sup>1032</sup>

#### 4 Berichterstattung als Kontroverse – Akteure im Spiegel der Medien

Wie in Teil I der Medien-Analyse dargestellt, stimmen die Journalisten in der Interpretation des Falls („rechtsextrem“, „fremdenfeindlich“) weitgehend überein.<sup>1033</sup> Dennoch werden die Nachrichtenfaktoren „Konflikt“ und „Kontroverse“ in den Medien inszeniert: Entweder durch die kontroverse Interpretation von Einzelaspekten oder durch die Gegenüberstellung kontroverser Position einzelner Akteure/Akteursgruppen (Politik; Zivilgesellschaft; Wissenschaft). So wird in der FAZ ein Einzelaspekt verhandelt, wenn von Journalisten eine Kontroverse darüber geführt wird, ob der Fall typisch für „Rassismus“ sei<sup>1034</sup> oder ob ihm

1031 Vgl. hierzu König 2006; Schellenberg 2005 (APuZ).

1032 Vgl. etwa FAZ vom 1.09.2007: „Keine Ansatzpunkte für eine ‚Hetzjagd‘. Ermittlungen gegen zwölf Personen im Fall Mügeln.“, S. 4.

1033 Deutliche Differenzen zeigen sich jedoch im Framing. Insbesondere beim „Ost“-Framing, aber auch im Bezugnehmen zu bestimmten Narrativen („Rostock-Lichtenhagen“, NS, SED).

1034 Vgl. FAZ vom 24.08.2007: „Es gibt die rassistische Tat. Wie die Tat ihren Namen verliert.“ Von Christian Geyer, S. 33 (print). <http://www.faz.net/artikel/C30703/es-gibt-die-rassistische-tat-wie-die-tat-ihren-namen-verliert-30098158.html> (1.03.2013).



eine allgemeine Nicht-Akzeptanz von Heterogenität unterliege,<sup>1035</sup> wobei (ähnlich wie bei Heitmeyers Begriff der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*) Rassismus gegenüber Migranten nur eine Dimension eines umfassenderen Syndroms sei.

### Politik als Kontroverse

Die Einschätzungen von Politikern zur Frage, ob es sich um Fremdenfeindlichkeit bzw. Rechtsextremismus handelt und zur Diskussion über eine mögliche besondere Bedeutung des Phänomens in den neuen Ländern werden ausführlich wiedergegeben. Dabei befeuert das Motiv „Kontroverse“ die Berichterstattung. Es werden verschiedene Positionen kontrastreich nebeneinander gestellt. Problematisch ist, dass selbst wenn die Positionen der zitierten Politiker und Parteien im Grunde gleich sind (also: Bundespolitiker stellen Fremdenfeindlichkeit fest und verurteilen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus), Kontroverse und Konflikt inszeniert werden. Damit entsteht ein verzerrtes Bild über die Einordnung des Falls, nämlich eines von möglicher Kontroversität bei seiner Interpretation. Auffällig ist zudem, dass Zitate von Ost-Politikern gegenüber denen ihrer West-Kollegen überrepräsentiert sind, womit das Thema auch personell im Osten bzw. bei den Ostdeutschen verortet wird.<sup>1036</sup>

Der Befund, dass sich nur sehr wenige Stellungnahmen von Bundespolitikern und -parteien außerhalb der Regierung in den Medien finden, bestätigt frühere Untersuchungen über die strategischen Vorteile von Regierungsparteien in der Medienkommunikation.<sup>1037</sup> Dieser Befund muss aber dennoch verwundern, da Parteien wie *Die Grünen* und *Die Linke* sich besonders intensiv mit dem Themenkomplex Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzen und einige ihrer Vertreter mit Veranstaltungen, Strategievorschlägen und Eingaben auf den Vorfall in Mügeln reagierten.

### Die Rolle der Wissenschaft

Wissenschaftler sind deutlich weniger als Politiker und zivilgesellschaftliche Akteure in den Medien präsent. Grundlage für Zitate von Wissenschaftlern sind

---

1035 Vgl. FAZ vom 24.08.2007: „Es geht nicht um Rassismus. Dem Fremdenhass ist jedes Opfer recht.“ Von Jürgen Kaube, S. 33 (print). <http://www.faz.net/artikel/C30703/es-geht-nicht-um-rassismus-dem-fremdenhass-ist-jedes-opfer-recht-30089141.html> (1.03.2013).

1036 Das kann freilich mehrere Gründe haben: Das könnte zum einen daran liegen, dass die Medien eher Ostdeutsche befragen. Es könnte aber auch daran liegen, dass sich ostdeutsche Politiker stärker zu dem Thema bzw. Frame „Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Osten“ äußern. Auch weitere Personen bekommen aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft ein Expertentum in der Diskussion eingeräumt, u.a. der Theologe und ehemalige Fraktionschef der Ost-SPD Richard Schröder, und die frühere DDR-Leistungssportlerin Ines Geipel.

1037 Vgl. etwa Alemann (1997).

nicht deren Publikationen, sondern Medieninterviews mit ihnen. Sie erklären Hintergründe und ordnen den Fall in eine breitere Problemanalyse ein. Häufig werden Wissenschaftler zitiert, um Thesen, die vorher schon in den Medien präsent waren, durch die Forschung zu erklären oder zu bekräftigen. Dass „die Wissenschaft“ zumindest zum Teil in die Dienste der Erwartungen und Kategorisierungen der Journalisten genommen, zeigt sich deutlich bei der Darstellung der Einschätzungen des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer zu dem Fall. Obwohl dieser weder in seiner Forschung<sup>1038</sup> noch dominant in seinen Medien-Interviews ein *Framing* „fremdenfeindliche und rechtsextreme Gewalt im Osten“ vornimmt, wird ihm eine entsprechende Grundaussage – durch Titel wie „Ausländerfeindliche Gewalt im Osten“, sowie durch herausgehobene Kurzzitation, etwa „Wir brauchen Unruhe in Ostdeutschland“<sup>1039</sup> – unterstellt. Da Heitmeyers Statements in den Medien nur zum Teil seine Forschungsergebnisse widerspiegeln und vielmehr der Bestätigung einer weit in den Medien verbreiteten These dienen, sind sie problematisch.

### Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure

Zivilgesellschaftliche Akteure werden von Journalisten vor allem zur allgemeinen Problemanalyse befragt sowie zu Strategien gegen Rechtsextremismus. Häufig geht es im medialen Gespräch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren um die – oben bereits beschriebene – bundespolitische Diskussion über (einen Mangel an) Zivilcourage.<sup>1040</sup> Stark in den Medien präsent sind Organisationen, die als Opfer des Nationalsozialismus ihre Legitimität und Expertise zugeschrieben bekommen: Insbesondere der Zentralrat der Juden, aber auch der Zentralrat Deutscher

---

1038 Vgl. Heitmeyers Forschungen und Publikationen: Insbesondere zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit: Wilhelm Heitmeyer (2002-2011). Aber auch frühere Publikationen, etwa zur Modernisierungstheorie und Rechtsextremismus. Vgl. etwas Heitmeyer (1992).

1039 So formuliert Heitmeyer beispielsweise, dass es sich nicht um Rechtsextremismus handeln müsse, sondern das Phänomen passend mit dem Terminus „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ beschrieben werden sollte. Er betont zudem, dass entsprechende Vorfälle in bestimmten Gegenden Ostdeutschlands und Westdeutschlands sich ereignen – und dass es sehr auf die Struktur dieser Gegenden (Homogenität, Abwanderung) ankomme. Die entsprechenden Medienberichte titeln dennoch: „Ausländerfeindliche Gewalt in Ostdeutschland“, „Die Politik kann es nicht richten“ oder „Wir brauchen Unruhe in Ostdeutschland“. Vgl. *Zeit-online* vom 22.08.2007: „Interview mit Wilhelm Heitmeyer: ‚Mund aufmachen!‘“, geführt von Ludwig Greven. <http://www.zeit.de/online/2007/34/muegeln-heimtmer> (1.03.2013); Tsp v. 21.08.2007: „Die Politik allein kann es nicht richten“; Tagesschau vom 24.08.2007: Interview Heitmeyer. „Wir brauchen Unruhe in Deutschland“.

1040 Vgl. u.a. FR vom 24.08.2007: „Der Zuschauer-Effekt. Weißer Ring beklagt zunehmenden Mangel an Zivilcourage: ‚Opfer fühlen sich von der Gesellschaft im Stich gelassen‘“. Von Nadja Erb, S. 5.

Sinti und Roma.<sup>1041</sup> Ihre Äußerungen finden sich häufig in Berichten der Medien als Referenzpunkt einer Gefahrenanalyse oder als Kontrapunkt zu Äußerungen der Politik. Organisationen bzw. Vereine, die sich als Sprachrohr für Opfer der Gegenwart verstehen und sich mit aktuellen fremdenfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremen Taten auseinandersetzen, kommen ebenfalls zu Wort. Sie sind meist Interviewpartner, gerade wenn es um ausführlichere Interviews und Stellungnahmen zum Fall Mügeln geht, allerdings sind ihre Kommentare nicht Referenzpunkt in breiteren Berichten wie das beim Zentralrat der Juden der Fall ist – was zeigt, dass sie weniger etabliert sind. Dennoch verdeutlicht ihre Präsenz in den Medien auch, dass sie als Akteur in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Themenfeld eine Rolle spielen. Ihre *Narrative* ist die von fremdenfeindlicher Gewalt und Rechtsextremismus insbesondere seit der Wende/Wiedervereinigung. Ihre Problemanalyse ist stark auf die aktuelle politische Kultur, insbesondere bestimmte Regionen und Milieus bezogen. Zudem zeigt sich, dass diese jüngeren Organisationen vor allem in linken und links-liberalen Blättern zu Wort kommen und weniger in der FAZ und *Die Welt*.

Besonders Uwe-Karsten Heye, Vorsitzender des Vereins *Gesicht zeigen!*, tritt als Interviewpartner und Kommentator der Medien zum Fall Mügeln hervor.<sup>1042</sup> Der ehemalige Regierungssprecher (SPD) wird zum Sprachrohr und Repräsentanten der Zivilgesellschaft in der Berichterstattung. Ähnlich wie bei dem Wissenschaftler Heitmeyer werden Kommentare Heyes aus den Interviews in diversen Berichten (Zeitungen, Hörfunk, online-Dienste) übernommen.<sup>1043</sup> Darüber hinaus wird ein Kurzkomentar von Heye auf der Homepage des Vereines „Gesicht zeigen!“<sup>1044</sup> über die Medien-Gespräche hinaus in verschiedenen Medienorganen dokumentiert bzw. es werden Auszüge davon zitiert.<sup>1045</sup> Heye

1041 Weitere Opfergruppen des Nationalsozialismus sind nicht präsent (etwas Homosexuelle oder Linke wie im VVN-BdA organisiert).

1042 Vgl. etwa Interview mit Uwe-Karsten Heye bei *spiegel-online* vom 23.08.2007: „Rechtsextremismus. ‚Lokalpatriotische Blindheit‘“, geführt von Anna Reimann. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,501614,00.html> (1.03.2013); Interview Heye beim *Deutschlandradio Kultur* vom 22.08.2007, geführt von Marie Sagenschneider. <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/660810/> (10.07.2011); Interview mit Heye bei der *Mitteldeutschen Zeitung* vom 21.08.2007: „MZ im Gespräch mit Uwe-Karsten Heye. Rechtsextremismus als Problem verdrängt.“ <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1187081727146&openMenu=987490165154&calledPageId=987490165154&listid=0> (1.03.2013).

1043 Vgl. etwa *focus-online* vom 22.08.2007: „Rechtsextremismus: Heye fordert Demokratie Gipfel.“

1044 Vgl. Kurzkomentar von Uwe-Karsten Heye vom 21.08.2007 zu den fremdenfeindlichen Übergriffen in Mügeln. „Immer das gleiche Ritual.“ <http://www.gesichtzeigen.de/index.php/aktuell/kommentare/pressemitteilung-2/> (1.03.2013).

1045 Beispielsweise SZ-online vom 21.08.2007: „Fremdenfeindlichkeit. ‚Immer das gleiche Ritual‘.“ <http://www.sueddeutsche.de/politik/fremdenfeindlichkeit-immer-das-gleiche-ritual-1.243559> (1.03.2013).

wird vor allem mit der Einschätzung, die ostdeutschen Bundesländer reagierten nicht angemessen auf das Phänomen des Rechtsextremismus, zitiert. Umfassend werden seine wiederholten Warnungen vor *No-go-Areas*<sup>1046</sup> und seine strategischen Überlegungen im Kampf gegen Rechtsextremismus (z.B. „Demokratieipfel“ einrichten) wiedergegeben. Heyes Klage über fehlende Zivilcourage und Engagement in Mügeln findet sich ebenfalls in Medienorganen und wird insbesondere als ostdeutsches Problem thematisiert.

### Resümee

Die mediale Berichterstattung über den Fall Mügeln wird als Kontroverse und Konflikt inszeniert – dies kommt medialen Bedürfnissen (unabhängig vom Thema und von Inhalten) entgegen. Insbesondere die Positionen der Politik werden als kontrovers dargestellt, was z.T. gemeinsame Interpretationen und Normsetzungen der Bundespolitiker untereinander überdeckt. Demgegenüber erscheinen die Einschätzungen aus der Zivilgesellschaft recht einmütig (obwohl sie zum Teil sehr viel kontroverser sein können). Sie dienen insgesamt als Kontrapunkt in der medialen Erzählung des Falls. Es zeigt sich, dass bestimmte (ethnisch, religiös verstandene – nicht politische) Institutionen der alten (NS-)Opfergruppen als Gesprächspartner und Zitatgeber etabliert sind, insbesondere der Zentralrat der Juden. Jüngere Gruppen, die sich mit gegenwärtigem Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzen, sind weniger etabliert. Sie werden jedoch in linken, linksliberalen und sächsischen Medien mit Äußerungen der lokalen und regionalen Politik bzw. der Mügeln Bürger kontrastiert. Häufig dienen Aussagen der Gesprächspartner als Beleg für die dem Fall unterliegende Problematik Rechtsextremismus bzw. Fremdenfeindlichkeit. Relevant ist dabei vor allem das mediale Framing eines stark fremdenfeindlich und rechtsextrem geprägten Ostens (nicht in der *Sächsischen Zeitung*).

## **5 Pars pro toto? Die Stadt Mügeln in den Medien**

Der Bürgermeister als politischer Repräsentant Mügeln wird von vielen Journalisten als Teil des Problems („Verharmlosung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“) kritisiert.<sup>1047</sup> Die Bürger werden vielfach als Passive beschrieben, sie seien oft selbst fremdenfeindlich oder es fehle ihnen an Zivilcourage und einer eigenen Haltung.<sup>1048</sup> So berichtet der *Stern* beispielsweise,

---

1046 Im Mai 2006, kurz vor der Fußball-WM, warnte Heye ausländische Besucher davor, bestimmte Regionen in Ostdeutschland zu besuchen, da dort ihr Leben in Gefahr sei.

1047 Vgl. oben, Problemanalyse.

1048 Vgl. oben.

dass viele Bürger dem Vorfall passiv beiwohnten. Sie würden Rechtsradikalen eine Bühne geben.<sup>1049</sup> Über Passivität der Mügelnener Bürger und fehlende Zivilcourage schreibt auch der *Tagesspiegel*.<sup>1050</sup> Im *Deutschlandradio Kultur* und auf *spiegel-online* wird beklagt, dass niemand aus Mügeln darüber „wenigstens Scham geäußert hätte“, dass acht Menschen verfolgt und in Todesangst versetzt wurden.<sup>1051</sup> Häufig werden die Mügelnener Bürger als „Schaulustige“ beschrieben.<sup>1052</sup> Charakteristisch ist auch die kritische Beschreibung in einer Reportage der *Welt*:

„(...) Neugierige stehen herum, schlenkern gelangweilt mit ihren Einkaufsbeuteln oder schieben ihre Fahrräder über den Platz. Sie gucken zu, was passiert, schweigend, wie sie es seit Tagen tun. Sie sind längst Teil des Geschehens.“<sup>1053</sup>

Ganz anders werden die Bürger von Mügeln im Regionalblatt *Sächsischen Zeitung* dargestellt. So präsentiert die Zeitung – zeitlich deutlich später als andere Medien und damit vermutlich in Reaktion auf diese – Mügelnener Bürger als „ausländerfreundlich“. Dass Mügeln „kein rechtsextremer Ort“ sei, würden auch Opfer und Ausländer bestätigen, wenngleich sie betonten, dass es Fremdenfeindlichkeit gebe. Die Zeitung geht das Thema der medialen Zuschreibungen etwa in einem ausführlichen Artikel (2/3 Seite) offensiv an und betont, einige Bürger hätten sich bei der Zeitung über die bundesdeutsche Berichterstattung beschwert: Die Medien hätten den Mügelnern „ihren Stempel (als „ausländerfeindlich“, „rechts“, „ostdeutsch“ – B.S.) aufgedrückt“.<sup>1054</sup>

1049 Vgl. *stern-online* v. 20.08.2007: „Hetzjagd auf Inder in Mügeln. Rechte Parolen u. eine zögerliche Polizei.“

1050 „(...) die Hetzjagd von Mügeln (ist) ein Lehrstück über mangelnde Courage im Alltag, das, was man (...) durchaus zu Recht ‚Zivilcourage‘ nennt, dann nämlich, wenn sie bitter vermisst wird. Dann nämlich, wenn die elementarsten Grundregeln zivilen Miteinanders in Gefahr sind: Dass man Ausländer nicht anzündet, ist eine dieser Regeln, dass man sie nächstens auch nicht durch die Straßen hetzt, eine weitere. Dass man versucht einzugreifen, wenn man es beobachtet, eine dritte. Und dass man, wenn man sich nicht traut, weil man zu schwach dafür ist, sich später als Zeuge zur Verfügung stellt, wenigstens das eine vierte. In Mügeln aber suchen sie nach Zeugen, was angeblich so einfach nicht ist.“ Tsp. vom 22.08.2007: „Hetzjagd von Mügeln. Ein Herz für Inder.“ Von Axel Vornbäumen.

1051 Über Zitate von Heye etwa in *Deutschlandradio Kultur* vom 22.08.2007 (Interview); *Spiegel-online-Interview* vom 23.08.2007 mit Heye.

1052 Vgl. etwa *SZ* vom 20.08.2007: „Hetzjagd auf Inder in Sachsen. ‚Da hat sich was hochgeschaukelt‘.“ Von Barbara Galaktionow und Oliver Das Gupta. <http://www.sueddeutsche.de/politik/hetzjagd-auf-inder-in-sachsen-da-hat-sich-was-hochgeschaukelt-1.880429> (1.03.2013).

1053 *Die Welt* vom 23.08.2007: „Hassbriefe aus aller Welt.“ Von Uta Keseling.

1054 *SäZ* vom 28.08.2007: „Osten. Kleinstadt. Rechtsradikale. Seit einer Woche wehrt sich Mügeln vergeblich gegen den Vorwurf, ein braunes Nest zu sein.“ Von Frank Tausch, S. 3.

Häufig wird in den Medien erklärt, dass „Mügeln“ kein Einzelfall sei, sondern dass sich Ähnliches vielerorts ereignen könnte.<sup>1055</sup> Bereits einige Tage nach dem Übergriff wird in einzelnen Artikeln kritisch eine mögliche Stigmatisierung der Stadt thematisiert sowie nach der Fähigkeiten der Stadt gefragt, aufzuklären und sich mit den eigenen Problemen auseinanderzusetzen. So meint die *Frankfurter Rundschau*, es stelle sich die Frage,

„wie eine angemessene Reaktion auf eine menschenverachtende Treibjagd aussehen könnte, die das sächsische Städtchen nachhaltig stigmatisieren wird (...) In Mügel n wird es nun darauf ankommen, wie Geschehnisse der Nacht Eingang ins kollektive Gedächtnis des Ortes finden. Mügel n braucht keine fremdenverkehrkompatible Version, sondern eine verstehbare Geschichte. Sie muss nicht gleich morgen in allen Medien zu finden sein. Auch nach 15 Jahren gibt es viele Gründe, die Geschichte von Rostock-Lichtenhagen immer wieder neu zu erzählen.“<sup>1056</sup>

Andere Artikel sind zynisch bis ambivalent gegenüber der Gefahr einer möglichen Stigmatisierung der Stadt. Der *Tagesspiegel* schreibt:

„Mügel n – nie zuvor gehört. Nun sind die Medien da. So ist das immer. In dem kleinen sächsischen Städtchen werden sie in den kommenden Tagen alle Hände voll zu tun haben, mit der Wahrnehmung zu kämpfen. Der von außen, und der eigenen. Sie werden sich wehren, als braunes Nest abgestempelt zu werden. Sie werden das als ungerecht empfinden. Mag sein. Es ist aber auch nicht gerecht, nachts Inder durch die Stadt zu hetzen.“<sup>1057</sup>

Dass die Stadt um ihren Ruf zu fürchten hat und nun mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus verbunden werden könnte wird in mehreren Berichten thematisiert – wobei diese Befürchtungen in der Regel vom Bürgermeister selbst<sup>1058</sup> oder von anderen lokalen oder regionalen Akteuren hervorgebracht werden und sich zumeist als Zitate in den Berichten wiederfinden.<sup>1059</sup> Dieser Vorwurf ist häufig mit Vergleichen zu rechtsextremen Fällen in den alten Bundesländern angereichert. Damit soll gezeigt werden, dass Ähnliches im Westen

1055 Vgl. bspw. FR vom 24.08.2007: „Mügel n ist vielerorts.“ Von Vera Gaserow, S. 11.

1056 FR vom 23.08.2007: „Zivilcourage – ein rares Gut.“ Von Harry Nutt, S. 13.

1057 Tsp vom 22.08.2007: „Hetzjagd von Mügel n. Kein Herz für Inder.“ Von Axel Vorbäumen. <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/kein-herz-fuer-inder/1019264.html> (1.03.2013).

1058 SZ vom 25./26.08.2007: „Nach den ausländerfeindlichen Angriffen in Mügel n: ‚Auf das, was jetzt passiert, waren wir nicht vorbereitet‘. Eine Stadt gegen den Rest der Welt.“ Von Christiane Kohl, S. 3.

1059 Vgl. etwa SZ v. 25.08.2007: „Nach den ausländerfeindlichen Angriffen in Mügel n: ‚Auf das, was jetzt passiert, waren wir nicht vorbereitet‘. Eine Stadt gegen den Rest der Welt“, S. 3; NZZ v. 15.10.2007: „Mügel n und das Stigma der hilflosen Politik. Eine sächsische Kleinstadt kämpft um ihren Ruf.“ Von Christine Kielholz (freie Journalistin, Leipzig).

kaum Beachtung findet. Ein typisches Beispiel für diese Argumentation ist die Klage des ehemaligen sächsischen Kultur- und Wissenschaftsminister und CDU-Abgeordneten Matthias Rößler in einem Gastbeitrag in der *Süddeutschen Zeitung*:

„Worin soll der Unterschied liegen, wenn in Mügeln indische Mitbürger bedroht werden, während in Frankfurt am Main ein Rabbi von einem Deutschen afghanischer Herkunft niedergestochen wird. Warum wird der eine Fall politisch und medial dazu genutzt, um eine ganze Stadt unter Rechtsradikalismus-Verdacht zu stellen. Im Falle Frankfurt am Main hingegen behandelt man das Geschehen wie eine x-beliebige Straftat.“<sup>1060</sup>

Eine besondere Rolle in der Berichterstattung über die Stadt Mügeln nimmt die *Sächsische Zeitung* ein. Sie sieht in dem Mügeln Fall unmittelbar einen fremdenfeindlichen Hintergrund<sup>1061</sup> und verändert ihre Perspektive auf den Vorfall auch nicht in dieser Grundeinschätzung. Allerdings beklagt sie im Verlauf der Berichterstattung zunehmend eine Verurteilung des Ostens und der Stadt Mügeln durch Medien und Politik. Die Zeitung beschreibt etwa Bürgermeister Deuse als jemanden, der „die Einwohner seines Ortes gegen pauschale Vorverurteilungen“ verteidigt und druckt auch unkommentiert Mitteilungen von Deuse, welche die Bürger vermutlich eher abschrecken, für die indischen Opfer auszusagen.<sup>1062</sup> Auch die *Sächsische Zeitung* kritisiert eine Stigmatisierung Mügeln vor allem durch den Vergleich (insbesondere vor der Folie des Falls Guntersblum). Dabei beklagt die Zeitung, dass Mügeln „zum neuen deutschen Hort des Rechtsradikalismus gekürt“<sup>1063</sup> werde, weil es im Osten liege und gegen den Osten entsprechende Vorurteile gepflegt würden. Diese Stigmatisierung würde dazu führen, dass die Stadt zukünftig „Hilfe gegen Rechts“ brauchen werde, da die Rechtsexperten die Situation bereits für sich nutzen.<sup>1064</sup>

---

1060 Der Übergriff wurde auch Ausgangspunkt einer intensiven Debatte. SZ Außenansicht vom 10.11.2007: „Eine Sache der Sachsen. Die Vormundschaft in den neuen Ländern muss überwunden werden – wer in Dresden regiert, sollte auch von dort stammen.“ Von Matthias Rößler, S. 2.

1061 Vgl. SäZ v. 22.08.2007: „Die Bilder aus Mügeln werden das schlechte Image bestätigen.“ V. Karin Schlottmann, S. 4.

1062 Die SäZ zitiert Bürgermeister Deuse unkommentiert (aber die These „der Osten wird verurteilt“ bestätigend): „Deshalb brauche ich die ganz gezielte Aussage von der Polizei, wie es zu dem Vorfall gekommen ist“. Dieser Aufruf Deuses unter dem SäZ-Artikel, der bittet, als Zeuge bei der Polizei auszusagen, ist höchst problematisch. Es wird unterstellt, dass Mügeln nur dann nicht „vorverurteilt“ würde, wenn die Täter nicht fremdenfeindlich motiviert waren bzw. die Inder selbst die Taten ausgelöst hätten. Der Artikel widerspricht dieser Einschätzung nicht, sondern transportiert diese „Wahrheit“. Damit werden Zeugen nicht zur Aussage motiviert, sondern abgeschreckt. Vgl. SäZ vom 29.08.2007: „Zeugen nach Attacke auf Inder gesucht“, S. 8.

1063 SäZ vom 28.08.2007: „Osten. Kleinstadt. Rechtsradikale. Seit einer Woche wehrt sich Mügeln vergeblich gegen den Vorwurf, ein braunes Nest zu sein.“ Von Frank Tausch, S. 3.

1064 Ebenda.

Im späteren Verlauf der Debatte – als der Vorwurf gegen die Medien, sie stigmatisierten eine Stadt bereits von mehreren Akteuren artikuliert wurde<sup>1065</sup> – versuchen Journalisten, diesen Vorwurf zu entkräften und betonen, dass es tatsächlich schwerwiegende Probleme mit Fremdenfeindlichkeit in der Stadt gebe. Ein Bericht des TV-Magazins *Kontraste* beginnt mit den Worten:

„Kommen Sie aus den neuen Bundesländern? Vielleicht sogar aus Sachsen? Heißt Ihre Heimatstadt Mügeln? Na dann, gute Nacht. Seit dem ausländerfeindlichen Überfall auf acht Inder vor einem Monat steht Mügeln mitsamt seinen 5.000 Einwohnern unter Generalverdacht. Das glauben jedenfalls die Mügeln selbst. Jetzt will die Stadt ihr schlechtes Image loswerden. Doch das dürfte schwierig sein. Denn *Kontraste* hat Zeugen gefunden, die in jener Nacht selbst dabei waren, und etwas ganz anderes berichten, als das, was gerade in Sachsen verbreitet wird.“<sup>1066</sup>

Auch unangenehme Begleiteffekte der investigativen Berichterstattung werden durch einige Journalisten wahrgenommen: Unmittelbar nach dem Übergriff besuchen Journalisten diverser Medien Mügeln, fotografieren und suchen das Gespräch mit Bürgern, dem Bürgermeister und dem indischen Pizzeriabesitzer. Journalisten schreiben und erzählen, dass sie kritisch gemustert wurden und offensichtlich unerwünscht waren. „Vorn an der Theke erkundigen sich derweil zwei Stadträte, ob man sich hier im Café auch so belästigt fühle von den aufdringlichen Journalisten.“, beschreibt eine Journalistin die Situation und wird schließlich durch die Kellnerin des Cafés verwiesen.<sup>1067</sup> Der *Tagesspiegel* kommentiert: „Mügeln wird belagert von Journalisten aus der ganzen Republik.“<sup>1068</sup> Die *Sächsische Zeitung* bemerkt dazu kritisch: „die Zahl der aus ganz Deutschland angereisten Journalisten überstieg gestern die der neugierigen Passanten auf dem Marktplatz erheblich.“<sup>1069</sup> Der Bürgermeister beklagt den Ansturm der Journalisten und meint: „Die Medien berichten aus Mügeln nur das Negative“.<sup>1070</sup> Nur Einzelne sind gegenüber den Journalisten auskunftsbereit: Die Opfer und einige Bürger, die – bemerkenswerterweise – meist nicht beim Namen ge-

1065 Vgl. meine Analysen hierzu im Teil „Die Radikale Rechte“ und „Lokale und Regionale Politik“.

1066 *Kontraste*, ARD, vom 20.09.2007: „Mügeln – eine Stadt wäscht sich rein.“ Von Caroline Walter und Alexander Kobylinski (Zeit: 7:42 min). [http://www.rbb-online.de/kontraste/ueber\\_den\\_tag\\_hinaus/extremisten/muegeln\\_eine\\_stadt.html](http://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/extremisten/muegeln_eine_stadt.html)(1.03.2013).

1067 Gespräch mit Andreas Speit (TAZ) vom 7.07.2011; Zitat aus der SZ vom 25.08.2007: „Nach den ausländerfeindlichen Angriffen in Mügeln: ‚Auf das, was jetzt passiert, waren wir nicht vorbereitet‘. Eine Stadt gegen den Rest der Welt“, S. 3.

1068 Tsp vom 22.08.2007: „Stadt im rechten Licht. Wer sah was? Und wieso hat keiner geholfen? Mügeln nach der Hetzjagd auf acht Inder.“

1069 SÄZ vom 21.08.2007: „Mügeln und die Nacht der Gewalt.“ Von Markus Tichy, S. 8.

1070 *Die Welt* vom 23.08.2007: „Hassbriefe aus aller Welt.“ Von Uta Keseling.



nannt werden wollen.<sup>1071</sup> Bereits einen Monat nach dem Übergriff wollen auch die Opfer nicht mehr mit der Presse reden, da sie die Probleme nur verschlimmere.<sup>1072</sup>

Tabelle 40: 6M: Für was steht „Mügeln“ in den Medien?

|                               | Zugeschriebene Bedeutung   | Argumentationsmuster   | Häufigkeit   |
|-------------------------------|--|--|--|
| <i>Die Stadt „Mügeln“ ist</i> | ein Beispiel für einen fremdenfeindlichen/rassistischen und rechts-extremen Fall | weil es ein Fall von vielen ist.   | <i>häufig</i>  |
|                               | typisch für einen ff/rass. und rechtsextremen Fall → im „Osten“                  | weil der Fall und die Reaktionen der Verantwortlichen/Umwelt* charakteristisch sind.         | <i>sehr häufig</i>   |
|                               | rechtsextrem und ff/rass. = insgesamt (als Stadt mit allen ihren Bürgern)        | weil der Fall fremdenfeindlich und/oder rechtsextrem motiviert war und alle dies abstreiten. | <i>Nicht vorhanden in dieser starken Form</i><br><br><i>Implizit: gering</i> |
|                               | von Journalisten stigmatisiert worden  | weil das zeigen Medienberichte.  | <i>gering</i>  |
|                               | von Journalisten über-rannt worden   | weil Bürger sich belagert fühlen.  | <i>gering (hoch: SäZ)</i>  |

\*insbesondere: Täter, Bürgermeister, Politik, Polizei, Bürger

Nur wenige Berichte vermitteln ein pauschales Bild der Stadt und aller ihre Bürger als rechtsextrem und fremdenfeindlich. In einigen Berichten wird eine mögliche Stigmatisierung der Stadt kritisch diskutiert. Stattdessen wird der „Fall Mügeln“ häufig als Beispiel für einen rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Vorfall dargestellt, häufig als typisch für die Realität in den Neuen Bundesländern oder Gesamt-Deutschland. Hierbei wird z.T. auf problematische Verhaltensweisen einzelner Akteure verwiesen (etwa Bürgermeister, Polizei, Politik, Bürger). So zeigte die Analyse zwar problematische Muster der Medienberichterstattung. Von böswilligen Vorverurteilungen der Mügeln, der Ostdeutschen

1071 Vgl. etwa DW v. 24.08.2007: „In Mügeln werden Beschwerden gegen die Polizei laut.“ Von Uta Keseling.

1072 Vgl. hierzu etwa: Kontraste-Beitrag, ARD vom 20.09.2007: „Mügeln – eine Stadt wäscht sich rein.“ Von Caroline Walter und Alexander Kobylinski (Zeit: 7:42 min). [http://www.rbb-online.de/kontraste/ueber\\_den\\_tag\\_hinaus/extremisten/muegeln\\_eine\\_stadt.html](http://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/extremisten/muegeln_eine_stadt.html)(1.03.2013).

und der Deutschen insgesamt – wie einige Akteure den Medien in der Debatte vorwerfen – kann aber keineswegs die Rede sein.

### C. Fazit

Es hat sich gezeigt, dass die Medien den Fall Mügeln vorwiegend als Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland diskutieren. Wenngleich der Fall – insbesondere nachdem Ermittlungsbehörden einen rechtsextremen Hintergrund der Tat ausschließen – als fremdenfeindlich interpretiert wird, so wird Fremdenfeindlichkeit häufig als synonym mit Rechtsextremismus gebraucht und in dieser Kategorie diskutiert. Die grobe Einordnung unter „Rechtsextremismus“ wird insbesondere durch Titel und Untertitel der Berichte, die Thematisierung ähnlicher Fälle (fast ausschließlich rechtsextreme Gewalttaten), die Zuordnung zu spezifischen Narrativen (Rassistische Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und Nationalsozialismus), die Darstellung der Täter („Mob“, „Horde“, „Neonazis“) und die Diskussion der Gegenstrategien (NPD-Verbot, Programme gegen Rechtsextremismus) deutlich.

Es zeigten sich einige Diskrepanzen zwischen der Berichterstattung verschiedener Zeitungen: In der *Sächsischen Zeitung* (und ostdeutscher Regionalzeitungen insgesamt) wird im Verlauf der Debatte eine Ablehnung (des zum Teil vorhandenen) Ost-Framings der bundesweiten Medienberichterstattung über Rechtsextremismus deutlich. Die Zeitung thematisiert (angebliche) Vorurteile der Medien und Politik gegen Ostdeutsche, die sich in der Intensität und Art der Debatte über Mügeln zeige. Dabei versucht sie ihre Leser in die Debatte zu integrieren und klarzustellen, dass die ostdeutschen Bürger nicht insgesamt rechtsextrem und fremdenfeindlich sind und dass es auch in den alten Bundesländern ähnliche Probleme gäbe. Eine Dissoziation von bundesdeutschen Werten zeigte sich aber nicht.

Neben Divergenzen der Berichterstattung aufgrund der geographischen Ausrichtung, hat zum Teil auch die politische Ausrichtung der Zeitungen einen Einfluss auf die Art der Thematisierung: So werden Gegenmaßnahmen (wie härtere Strafverfolgung) in der FAZ als Maßnahmen gegen Extremisten und gewalttätige Jugendliche – neben Rechtsextremen auch Linksextremisten und gewalttätige Migranten – verhandelt. Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus werden prinzipiell infrage gestellt. Zudem zitieren die konservativeren Blätter FAZ und *Die Welt* besonders häufig Politiker und Vertreter der älteren zivilgesellschaftlichen Akteure (z.B. Zentralrat der Juden). In geringerem Umfang als bei TAZ, *Süddeutscher Zeitung* und *Frankfurter Rundschau* kommen jüngere zivilgesellschaftliche Akteure zu Wort (z.B. die Amadeu Antonio Stiftung).

Überraschend ist, dass der Nationalsozialismus nur selten Bezugspunkt für die Einordnung des Falls ist. In linken und linksliberalen Blättern und auch in den ostdeutschen Regionalzeitungen zeigte sich eine Einordnung Mügeln in eine *Narrative* der rassistischen Ausschreitungen Anfang der 90iger Jahre. In *Die Welt* und FAZ wird diese *Narrative* nicht erzählt. Zivilgesellschaftliche Akteure, die Projekte gegen Rechtsextremismus und Rassismus umsetzen, kommen besonders häufig in der TAZ und der *Frankfurter Rundschau* zu Wort, zivilgesellschaftliches Engagement in der Region wird vor allem von der *Sächsischen Zeitung* dargestellt.<sup>1073</sup>

Das Selbstverständnis eines friedliebenden, toleranten, demokratischen Deutschlands steht für die meisten Journalisten durch den Fall zur Disposition. Als besonders bedrohlich an dem Fall wird empfunden, dass sich „ein Mob bildete und auch Mügeln Bürger mitmachten, die nicht zur rechtsextremen Szene gehörten“.<sup>1074</sup> In vielen Berichten zeigt sich eine Bestätigungs-Debatte über die eigenen Normvorstellungen, die vor allem als im Gegensatz zu Rechtsextremismus, gewalttätiger Fremdenfeindlichkeit und zum Teil auch Rassismus oder einer Ideologie der Ungleichwertigkeit verstanden werden.

#### D. Der Fall als Referenz (Phase 3)

Die Medien ordnen schnell ein: Im Bereich „Kultur“ bzw. im Feuilleton erscheint „Mügeln“ knapp zwei Wochen nach dem Vorfall bereits als Referenz. Die FAZ referiert im September 2007 in einer Filmrezension auf „Mügeln“ als Sinnbild für Verrohung und Fremdenhass. Im Film werde „die Verrohung der Jungen, die Todesangst der Immigranten und die Todeskälte der kleinen Geschäftemacher“ gezeigt, was eine „zufällige Koinzidenz von Film und Leben“ (womit auf den ‚Fall Mügeln‘ Bezug genommen wird) darstelle.<sup>1075</sup> In einer

---

1073 Besonderheiten der Berichterstattung zeigen sich zudem in einzelnen Zeitungen: Die TAZ thematisiert besonders das Verhältnis der FDP zu ihrem Parteifreund Deuse und deren Werte von Vielfalt und Weltoffenheit, zudem ist sie besonders skeptisch gegenüber Repressionsstrategien gegen Rechtsextremismus. *Die Welt* thematisiert breit Fremdenfeindlichkeit und Überreste problematischer deutscher (NS- und SED-) Mentalitäten. Die FAZ diskutiert stark Möglichkeiten der Repression und breite kulturelle Probleme im Osten, die nicht kompatibel mit dem bundesrepublikanischen Selbstverständnis seien. Die FR gibt Äußerungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen breiten Raum. Die *Sächsische Zeitung* sieht in der Debatte über Mügeln auch eine Vorverurteilung des Ostens und empfindet die öffentliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik als scheinheilig.

1074 TAZ vom 22.08.2007: Keine Nazis, nur Ausländerfeind. Die Neonazi-Szene in der Umgebung von Mügeln wird nicht zum ersten Mal auffällig. Von Astrid Geisler, S. 3.

1075 FAZ vom 1.9.2007: „Bürgerwehr. Jagdszenen aus Schwerin: ‚Polizeiruf 110 – Farbwechsel‘.“ Von Dieter Bartetzko, S. 41.

weiteren Rezension dient der Fall Mügeln ebenso der Verortung von Fiktion in der Realität und ist Referenz für „alltäglichen Rassismus“: So erfährt der Leser, der Fall Mügeln mache die Abbildung von „alltäglichem Rassismus“ in Romanen und Filmen glaubhafter.<sup>1076</sup> Genau diese Referenz ist es, welche später auch der Song „Mügeln“ im Album „Made in Germany – Live!“ 2008 von Kaya Yanar, einem angesehenen Komiker und Fernsehmoderator, ausdrückt: Hier steht der Fall Mügeln für verbreiteten Rassismus und dessen Verharmlosung in „Dunkeldeutschland“ (Ostdeutschland).<sup>1077</sup> Hingegen assoziiert *Die Welt* die Täter von Mügeln mit Hinterwäldlertum und pubertärer Unerfahrenheit, wenn sie bei den Vorstellungen einer Tamilischen Rapperin aus London auf Mügeln Bezug nimmt: „Die winzige Tamilin müsste auf dem Markt von Mügeln einmal ihr brachiales ‚Bamboo Banga‘ bellen. Mitten in die irritierten Halbstarkengeseichter (...)“.<sup>1078</sup>

Zudem gibt es Referenzen zum Fall, die ihn als „rechten“ Fall kategorisieren. So kursiert ein Witz aus der Region auch in den überregionalen Medien. Die FAZ schreibt:

„Seit einigen Tagen geht ein Witz um (...): In Mügeln sagt die Mutter zum Vater vor dem Schlafengehen: ‚Ich geh noch schnell ins Kinderzimmer – nach dem Rechten sehen.‘“<sup>1079</sup>

In Jahresüberblicken diverser Medien Ende 2007 ist Mügeln jedoch nicht nur Referenz für Rechtsextremismus, sondern für Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus und deren Verharmlosung geworden. Der Fall Mügeln wird in den Jahresrückblicken erinnert. *Der Spiegel* betont beispielsweise, dass „die Kleinstadt Mügeln (...) weltweit zum Symbol für Fremdenhass“ wurde.<sup>1080</sup> *Die Zeit* schreibt, Mügeln sei zum „neuen Symbol für die Verharmlosung von Ausländerhass“ geworden.<sup>1081</sup> *Die Sächsische Zeitung* hält den Vorfall als „Hetzjagd auf ausländische Mitbürger“ fest.<sup>1082</sup> Es gibt aber auch einzelne Regionalzeitungen

1076 FAZ vom 29.09.2007: „Lucy, der Schrecken der Straße. Fünfzig Opfer und eine Abschiebung: Kommissarin Lucas erkundet in ‚German Angst‘ den alltäglichen Rassismus. (ZDF).“ Von Matthias Hannemann, S. 41.

1077 Kaya Yanar: *Made in Deutschland*. Lied Nummer 2: „Mügeln“. Album 2008.

1078 *Die Welt* vom 1.09.2007: „Stilvolle Wut. Der großartige radikale Schick der Tamilischen Rapperin Maia aus London.“ V. Michael Pilz.

1079 FAZ vom 1.09.2007: „Der Moment vor dem Gewaltausbruch. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft: Im thüringischen Hildburghausen dominiert die rechte Szene hinter der Fassade der Normalität.“ Von Olaf Sundermeyer, S. 33.

1080 *Spiegel* v. 3.12.2007, 49/2007: „Gewalt – Aufstand der Unsichtbaren.“ V. Ralf Hoppe, S. 188-195, S. 188.

1081 *Die Zeit*, Nr. 50/2007, S. 0 (Zeit magazin leben).

1082 *SZ\** vom 31.12.2007: „Jahresrückblick 2007, August Chronik“, S. 20.

wie die *Märkische Oderzeitung*, die den Übergriff nun nicht mehr klar als rassistisch oder fremdenfeindlich einstufen:

„Bei einer Hetzjagd auf acht indische Besucher eines Stadtfestes in Mügeln (Sachsen) werden 14 Menschen verletzt, darunter alle Inder. Etwa 50 zumeist junge Deutsche verfolgten die nach einem Streit in eine Pizzeria geflüchteten Inder.“<sup>1083</sup>

Damit wurde Mügeln in den Medien bereits in Phase 2 zur Referenz. Es zeigt sich, dass Mügeln weniger als Fall *an sich* interessant wird, es geht also nicht mehr darum, zu klären, was passiert ist oder welche konflikthafter Positionen in der Debatte vertreten werden. Mügeln ist stattdessen ein Hintergrund-Stichwort, das, wird es nur erwähnt, bereits ein bestimmtes Thema (Problem „Gefahr Rechtsextremismus“ und „Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit“) bzw. eine bestimmte Sichtweise zu einem Thema (Problem „Verharmlosung von Rassismus und Rechtsextremismus“, insbesondere in Ostdeutschland) aufruft – damit schnell und unkompliziert Anderes eingeordnet werden kann.

Es gibt darüber hinaus einzelne Medienvertreter, die beobachten, wie sich der Fall weiterentwickelt. Anlass für einen Besuch der Stadt ist das sich jährnde Altstadtfest, an dem einige Journalisten teilnehmen. Sie zeigen sich enttäuscht darüber, dass der fremdenfeindlichen Gewalttaten vom Vorjahr kaum gedacht wird und der Bürgermeister, statt den Vorfall mahnend aufzurufen, erklärte, er wünsche ein „unpolitisches Fest“ und äußerte, „der Blick zurück hilft uns nicht weiter, nur der Blick in die Zukunft“.<sup>1084</sup> Meist stellen die Journalisten fest, dass „kollektives Schweigen“, manche nennen es auch „kollektive Verweigerung“<sup>1085</sup>, in Mügeln herrscht – weder der Bürgermeister, noch die Mügeln und nicht einmal die indischen Opfer wollten mit Pressevertretern reden.<sup>1086</sup> Vermerkt wird auch, dass man im Festzelt keine Ausländer sehe, allerdings jede Menge Besucher mit kahlrasierten Schädeln und unter Rechtsextremen beliebten Kleidermarken wie Lonsdale und Thor Steinar, die ihre Stärke demonstrierten. Kritische Bürger äußerten sich hierüber hinter vorgehaltener Hand und würden darauf bestehen, dass ihr Name nicht in eine Zeitung käme.<sup>1087</sup>

---

1083 MOZ zum Jahreswechsel. Sonderbeilage: „Das war 2007“, S. 19.

1084 TAZ vom 18.08.2008 „Beim Altstadtfest ein Jahr danach: ‚Kollektives Verdrängen. In Mügeln wollen sie ein Jahr nach den Übergriffen nicht mehr mit der Vergangenheit konfrontiert werden.“ Von Michael Bartsch.

1085 Ebenda.

1086 Es zeigt sich, dass sich viele von den Medien missverstanden, bloßgestellt und verraten fühlen. Vgl. auch SZ v. 18.08.2008: „Die verlorene Mitte. Ein Jahr nach der Ausländer-Hatz in Mügeln – ein Ort übt sich im Verdrängen.“ V. Elmar Jung.

1087 Vgl. SZ vom 18.08.2008 von Jung und TAZ vom 18.08.2008 von Bartsch.

Für die investigativen Journalisten steht im Spätsommer 2008 fest, dass nicht allein Fremdenfeindlichkeit – und das ist eine wieder neue Schlussfolgerung – sondern auch Rechtsextremismus in Mügeln verbreitet ist. Die berichtenden Journalisten sind erschüttert darüber, dass der Bürgermeister dies nicht problemorientiert thematisiert. Selbst die Ausländerbeauftragte Sachsens, Friederike de Haas (CDU) möchte zum Jahrestag des Mügeler Vorfalles kein Interview geben, beklagen einige Medienvertreter und nehmen es als charakteristisch für die Verdrängungsmechanismen der zuständigen Politik.<sup>1088</sup>

Im Spätsommer 2008 thematisiert auch ein Filmemacher Rassismus und Rechtsextremismus in Mügeln. In seiner TV-Dokumentation „Der Tag, an dem der Mob die Inder hetzte“ zeichnet er den Tathergang des Übergriffs auf dem Altstadtfest 2007 nach.<sup>1089</sup> Der 50-minütige Dokumentarfilm wurde am 17. September 2008, einem Mittwoch, in der ARD ausgestrahlt (zur „attraktiven“ Sendezeit um 23:20h). Der investigative Film von Kamil Taylan zeichnet den Tathergang durch Zeugen-Interviews und Bilder vom Altstadtfest des Jahres 2007 nach, zudem stellt er das Altstadtfest im Jahr 2008 dar, kommentiert und ordnet Bilder und Äußerungen ein. In seinem Film wird zum einen die Angst der Betroffenen sichtbar, die den Fall als rassistischen und auch rechtsradikalen Übergriff bezeichnen und ihre Verwunderung über den offiziellen Umgang mit dem Vorfall. Zum anderen zeigt der Film die Abwehr vieler Stadtbewohner gegenüber einer Auseinandersetzung mit den Geschehnissen und ein mangelndes Interesse bei der Polizei, den Tathergang aufzuklären und die Gewalttäter, Rassisten und Rechtsextreme zur Rechenschaft zu ziehen. In der Dokumentation werden Ermittlungsfehler bezüglich einer ordentlichen Vernehmung von Zeugen gezeigt, ebenso werden falsche, die indischen Migranten belastende Äußerungen angeblicher Augenzeugen thematisiert. Mit dem Film wird der Fall als bewusster Angriff von Rechtsradikalen auf ausländische Festteilnehmer nachgezeichnet, in den zudem mindestens latent fremdenfeindliche Bürger einstimmen. Die Inder seien unter einem Vorwand aus dem Festzelt gelockt und dort von Rechtsradikalen angegriffen worden. Als sie sich wehrten und ein Mügeler Bundeswehrsoldat (außer Dienst) verletzt wurde, sei dies als Botschaft zurück ins Festzelt getragen worden. Hierauf sei eine entschlossene Menge – Mügeler aller Generationen – auf die Inder losgegangen, sie hetzten diese bis zur Pizzeria und versuch-

1088 De Haas äußerte „Wir sehen es als dringlicher an, über die positiven Fortschritte im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit zu reden“, so die Ausländerbeauftragte. Diese Haltung muss nicht als Verdrängung von Rassismus gesehen werden, sondern kann durchaus eine strategische Entscheidung sein: De Haas glaubt, es sei in der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Integration von Ausländern kontraproduktiv sich interviewen zu lassen – und als kooperativ mit den Medien zu erscheinen.

1089 Taylan, Kamil: TV-Dokumentation. „Der Tag, an dem der Mob die Inder hetzte“. (Ausgestrahlt am 17.09.2008 in der ARD).

ten anschließend aggressiv in die Pizzeria, in die sich die Opfer geflüchtet hatten, einzudringen, um sie zu lynchen.

Der Film offeriert damit eine Erzählung zum Tathergang, welche den unmittelbaren Eindruck von Akteuren aus Medien und Zivilgesellschaft bestätigt: Ein gezielter Angriff von Rechtsradikalen unter Beteiligung fremdenfeindlich gesinnter Bürger. Der Film trifft zudem Aussagen über die Stadt Mügeln und die Radikale Rechte. Es wird behauptet, dass die Stadt nicht oder kaum gespalten sei: Die Bürger und ihre Repräsentanten wollten sich insgesamt nicht mit dem Geschehen auseinandersetzen und fühlten sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Die Opfer und kritischen Zeugen fühlten sich demgegenüber machtlos, sie hätten Angst zu reden. Letztlich seien die Rechtsradikalen übermächtig. Die Dokumentation schließt mit dem Einblenden einer rechtsradikalen Schmiererei an einer Mügelner Bushaltestelle: Ein Hakenkreuz gefolgt von den Worten „Nie zu stoppen“. Der Rezipient schließt selbst ohnmächtig: Der rechtsradikalen Aggression und dem Unwillen vieler diese aufzuklären, steht man machtlos gegenüber. Selbst der Film wird dagegen nicht ankommen.<sup>1090</sup>

Doch der Film schlägt Wellen: Ein Zeuge wird von Rechtsradikalen überfallen und zusammengeschlagen. Zudem reichen Politiker der Opposition *Bündnis 90/Die Grünen* und *Die Linke* kleine Anfragen ein, um die Ermittlungserfolge kritisch zu hinterfragen, Informationen durch die Staatsregierung mitgeteilt zu bekommen und eine öffentliche Aufklärung anzuregen. So löst der Film politische Aktivitäten aus, ebenso führt er zu einer neuen (wenn auch kleinen) medialen Aufmerksamkeit für den Fall und dessen Bearbeitung. Später wird der Fall Mügeln kaum noch erwähnt, er wird nur dann in Einzelfällen „wiedererzählt“, wenn es zu Urteilsverkündungen oder einem dramatischen erneuten Übergriff kommt (nach Übergriff auf Zeugen aus der TV-Dokumentation und nach erneutem Übergriff auf die Pizzeria und zwei Inder).<sup>1091</sup> Einzelne Journalisten referieren in Phase 3 zum „Fall Mügeln“ vom 19./20. August 2007 als fremdenfeindlich/rassistisch und rechtsextrem. Doch insgesamt muss festgestellt werden, dass der Fall kaum mehr – wie noch zum Ende der Phase 2 – als Referenz auftritt. Stattdessen bleibt er weitgehend unerwähnt.

---

1090 Dass entsprechende Filme sehr unterschiedlich rezipiert werden, konnte der Psychologe König mit der tiefenhermeneutischen Methode bei einer umfangreichen Untersuchung für die ARD/ZDF-Medienkommission nachweisen. Vgl. Oehmichen et al (2005).

1091 U.a. *spiegel-online* v. 9.03.2009: „Angriff auf Inder in Mügeln. ‚Die haben einfach eine Heidenangst.“ V. Susanne Kailitz. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,612260,00.html> (12.02.2012); *sueddeutsche-online* v. 9.03. 2009: „Gewalt in Sachsen. Neuer Überfall auf Inder in Mügeln.“ V. Oliver Das Gupta. <http://www.sueddeutsche.de/panorama/gewalt-in-sachsen-neuer-ueberfall-auf-inder-in-muegeln-1.408806> (12.02.2012).

# VIII. Zusammenfassung und Auswertung

## 1 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im öffentlichen Diskurs

### 1.1 Phase 1 – Interpretationen des Falls und der Einfluss der Ermittlungsbehörden

Der Fall wurde von einigen Akteuren – Medien, Teilen der damaligen Bundesregierung (SPD) und Oppositionsparteien (nicht FDP), sowie von Teilen der Regionalpolitik (nicht CDU und FDP) – unmittelbar als rechtsextrem eingestuft. Auch der Mügeln Bürgermeister schloss anfangs einen rechtsextremen Hintergrund nicht aus (- allerdings müssten die Täter in dem Fall von außerhalb Mügelns gekommen sein, so die Argumentation). Durch Berichte von Zeugen und Opfern hatte die Öffentlichkeit erfahren, dass ein Übergriff auf indische Stadtfestbesucher in Mügeln stattgefunden hatte und dabei rassistische und rechtsradikale Parolen gerufen wurden. Zeugen und Opfer hatten auch berichtet, dass sich an den Ausschreitungen viele Personen beteiligten und ihnen noch weitaus mehr Personen als Zuschauende beiwohnten. Vertreter regionaler zivilgesellschaftlicher Akteure berichteten zudem von einer lebhaften rechtsextremen Szene in der Region, die für diesen Abend Aktivitäten in Mügeln angekündigt habe (Übergriff auf einen als links bekannten Jugendclub).

In einer öffentlichen Stellungnahme nur drei Tage nach dem Übergriff behaupten die Ermittlungsbehörden (ausgehend vom polizeilichen Staatsschutz)<sup>1092</sup>, es handle sich um eine „Auseinandersetzung“ mit unklarem Ausgangspunkt, Fremdenfeindlichkeit sei möglicherweise für den Fall und seine Entwicklung nicht relevant und einen rechtsextremen Hintergrund gebe es nicht. Dadurch rückte in der öffentlichen Debatte Fremdenfeindlichkeit oder allgemeine Gewalttätigkeit in den Vordergrund – Rechtsextremismus wurde vorerst nicht mehr thematisiert. Damit hatten die öffentlich kommunizierten (angeblichen) Ermittlungsergebnisse einen deutlichen Einfluss auf die Interpretation des Falls in der öffentlichen Debatte und auf die Positionierung der einzelnen Akteure:

---

1092 Ob das die Eigeninitiative des Staatsschutzes war oder es politischen Druck auf die Ermittlungsbehörden gab, konnte ich nicht klären.



Die lokale Politik weist nun Rechtsextremismus als Tathintergrund komplett zurück und erklärt dies definitorisch versiert durch Verweis auf das Extremismuskonzept.<sup>1093</sup> Die Stadt Mügeln sei „normal“ und habe einen guten Ruf, bisher wären keine rechtsextremen Delikte verzeichnet worden. Ein fremdenfeindlicher Hintergrund wird als irrelevant für den Tatverlauf oder als nicht notwendigerweise verurteilungswürdig bezeichnet (Fremdenfeindlichkeit könne, wenn die Inder provoziert haben, verständlich sein und sei daher nicht strafrechtlich relevant).

Die sächsische Staatsregierung (CDU) stuft das Ereignis direkt nach der Tat als allgemeine Gewalttätigkeit ein und betont, der Fall dürfe nicht (bzw. noch nicht) als rechtsextrem oder fremdenfeindlich bezeichnet werden. Nach den öffentlichen Stellungnahmen durch die Ermittlungsbehörden bekräftigt die Regierung ihre Position und tritt aktiv der öffentlichen Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen, die durch den Fall ausgelöst wurde. Die Kategorisierung des Falls als rechtsextrem oder fremdenfeindlich bezeichnet sie nun als „geschwätziges Populismus“.

Die Bundeskanzlerin und mit ihr die Bundesregierung hatten den Fall nicht unmittelbar deutlich eingeordnet, womit das Feld für unterschiedliche Interpretationen geöffnet wurde. Problematisch ist die Position der Bundesregierung zudem, weil sie argumentiert, die Handlungen seien zu verurteilen – unabhängig davon, ob der Fall tatsächlich fremdenfeindlich oder rechtsextrem motiviert war. Hintergrund ist die Furcht, der Ruf Deutschlands könne international Schaden nehmen. Diese wackelige Argumentation wie auch moralisch aufgeladene Reaktionen der Empörung, die meist ohne sachliche Begründung bleiben, machen die Position der Bundesregierung in der Debatte über Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unverständlich und unglaubhaft. Allerdings muss auch für die diffuse Positionierung der Bundesregierung die problematische Arbeit der Ermittlungsbehörden (mit)verantwortlich gemacht werden. Denn es kann durchaus argumentiert werden, dass die Bundesregierung im Vertrauen auf die Aussagen der Ermittlungsbehörden trotz der offensichtlichen Beweislage (rechtsradikale und fremdenfeindliche Parolen waren öffentlich bekannt, Zeugen und Opfer hatten von einem „rechten“ und „ausländerfeindlichen“ Übergriff berichtet) den Fall nicht klar als fremdenfeindlich bzw. rechtsextrem benannte.

Im Gegensatz zu ersten öffentlichen Stellungnahmen der Bundeskanzlerin ordnen alle Vertreter der Bundes-SPD und auch einzelne Vertreterinnen der Bundes-CDU den Fall unmittelbar als fremdenfeindlich ein, einige SPD-Vertreter auch als rechtsextrem. Auch hier verschiebt sich die Themensetzung durch

---

1093 Es handele sich nicht um eine politisch motivierte Aktivität, und Ziel sei nicht die Abschaffung der Verfassung, Ausländerfeindlichkeit wäre nicht mit Rechtsextremismus gleichzusetzen.

die problematischen Stellungnahmen der Ermittlungsbehörden: weg vom Rechtsextremismus hin zu Fremdenfeindlichkeit. Der Fall wird kaum mehr als rechtsextrem bezeichnet, sondern gilt nun als Beispiel für Fremdenfeindlichkeit – oder für fehlende Zivilcourage. Es ist charakteristisch für den bundesdeutschen Umgang mit Rassismus, dass dieses Phänomen, obwohl nun als Tathintergrund geltend, nicht eigenständig diskutiert wird, sondern wiederum dem Oberthema „Rechtsextremismus“ zugeordnet wird. Besonders deutlich wird die Kategorisierung unter „Rechtsextremismus“ in den Strategiedebatten nach Mügeln: Diskutiert werden vor allem die „Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus“ und ein NPD-Verbot. Breite Diskussionen über gezielte präventive oder repressive Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit bleiben hingegen aus. Ebenso wie auf der Bundesebene stufen die sächsischen *Die Linke*, SPD und *Die Grünen/Bündnis 90* den Fall als rassistisch und (möglicherweise) rechtsextrem ein. Ihre Einschätzung bleibt in Phase 1 und 2 recht konstant. Im Gegensatz zu diesen drei Parteien fällt die FDP auf der regionalen Ebene durch aktives Schweigen auf.

Die Medien hatten in den Tagen nach dem Vorfall vor allem über Rechtsextremismus und zum Teil auch über Neo-Nazis als vermutete Täter berichtet. Im Zuge der problematischen Informationen durch die Ermittlungsbehörden wird der Fall auch in den Medien nicht mehr als rechtsextrem dargestellt. Allerdings lassen sich die Medien in ihrer Einstufung des Falls als fremdenfeindlich nicht beirren. Viele Zeitungen stellen die durch Zeugen, Opfer und zivilgesellschaftlichen Akteure gewonnenen Informationen in den Mittelpunkt und diskutieren „Rassismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ und ihre Verbreitung (auch bei der Polizei). Allerdings wird die Interpretation von der Polizei, lokaler Politik und Sächsischer Staatsregierung als gleichwertig relevante Position den Aussagen von zivilgesellschaftlichen Akteure und Bundespolitikern bzw. den Aussagen der augenscheinlich malträtierten indischen Opfer gegenübergestellt. Ähnlich wie in der Bundespolitik haben also die Fehlinformationen der Ermittlungsbehörden dazu geführt, dass der Fall nicht mehr als „rechtsextrem“ diskutiert wird. Allerdings zeigt sich auch in den Medien, dass die Phänomene Rassismus und Fremdenfeindlichkeit häufig unter dem Oberthema Rechtsextremismus subsumiert werden.

Die Radikale Rechte widerspricht der Einordnung rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich fundamental. Anders als die lokale Politik, die Polizei/Sicherheitsbehörden und die Sächsische Staatsregierung liefert sie zudem sofort Erklärungen für diese Einschätzung: Ausländer seien kriminell, aggressiv und verlogen. Sie könnten sich nicht integrieren, würden sich schlecht benehmen und suchten den Konflikt mit Deutschen, wie in Mügeln. So deutet die Radikale Rechte den Fall als von Ausländern initiierten Übergriff auf Deutsche um.

### Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse belegen den problematischen Einfluss der Ermittlungsbehörden auf die öffentliche Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Die Ermittlungsbehörden (in Liason mit der lokalen Politik und der Sächsischen Staatsregierung/CDU) erreichen, dass Rechtsextremismus nicht mehr diskutiert und nicht als Problem in Mügeln wahrgenommen wird.

Zweitens zeigt sich ein typisch bundesdeutscher Umgang mit den Phänomenen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsradikalismus (das belegt These II+++): Obwohl „Rechtsextremismus“ nun von allen untersuchten Akteuren als Tathintergrund ausgeschlossen wird, gelingt es nicht, die Themen „Rassismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ unabhängig von dem für die deutsche Debatte charakteristischen, durch den Verfassungsschutz definierten Begriff „Rechtsextremismus“ zu diskutieren. Obwohl Vertreter der verschiedenen Akteursgruppen davon ausgehen, dass Rechtsextremismus nicht das Problem war, wird der Fall Mügeln weiterhin vorwiegend unter diesem Oberbegriff diskutiert. Das zeigt sich besonders in Diskussionen über den Umgang mit dem Problem. Vorschläge für Gegenstrategien richten sich fast ausschließlich gegen Rechtsextremismus, primär gegen die NPD.

Drittens zeichnet sich bereits in Phase 1 eine divergente Entwicklung ab: Zum einen wird der Fall von einigen Akteuren – Medien und Bundespolitik (mit Einschränkungen bei der Union), sowie bei der regionalen Politik von *Linken*, SPD und *Grünen* wie auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren – als fremdenfeindlich eingestuft und (weitgehend) unter der Kategorie „Rechtsextremismus“ debattiert. Auf der anderen Seite wird der Kategorisierung des Falls als „rechts-extrem“ durch eine weitere Akteursgruppe, bestehend aus Ermittlungsbehörden, lokaler Politik und Sächsischer Staatsregierung/CDU sowie der Radikalen Rechten widersprochen. Von ihr wird auch ein fremdenfeindlicher Hintergrund infrage gestellt bzw. als sekundär dargestellt. Damit entstehen widersprüchliche Einstufungen des spezifischen Vorfalls und Diskrepanzen bei (der Offenheit gegenüber) der Thematisierung aktueller Probleme. Das Thema „Rechtsextremismus“ erweist sich als Konfliktthema, das in der öffentlichen Kontroverse von verschiedenen Akteuren unterschiedlich diskutiert wird (bestätigt These I). Diese widerstreitenden Positionierungen zur Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit fußen auf den Fehlinformationen durch die Ermittlungsbehörden, dem Einfluss der Radikalen Rechten sowie sich zum Teil widerstreitenden Deutschland-Bildern und Normvorstellungen.

1.2 Phase 2 – Entwicklung der kontroversen Positionen in der Debatte:  
*Dissoziation und Bestätigung von bundesdeutschen Normvorstellungen*

Die unmittelbare Reaktion des Bürgermeisters und der lokalen Politik ist regressiv: Der gewalttätige, rassistische Vorfall, der zum Teil rechtsradikal motiviert war, löst ein Bedrohungsgefühl bei der lokalen Politik aus, das vorerst recht unspezifisch nach außen projiziert wird. In Phase 1 wurde behauptet, dass wenn Rechtsextreme hinter dem Vorfall stünden, diese von außerhalb Mügelns gekommen sein müssten. Gleichzeitig wird die öffentliche Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als Bedrohung wahrgenommen und nach außen verschoben (dabei werden lokale Zeugen ignoriert bzw. unterschlagen): Der Bürgermeister meint, durch die Einordnung des Falls als rechtsextrem (bzw. fremdenfeindlich) werde er mit dem Kollektiv der Stadtgemeinde persönlich verletzt. Als Verursacher dieser Bedrohung werden vorerst die Medien ausgemacht. Nachdem die Ermittlungsbehörden Rechtsextremismus als Tathintergrund ausschließen und Fremdenfeindlichkeit in Frage stellen, radikalisiert sich die Position der lokalen Politik. Rechtsextremismus wird als Tathintergrund ausgeschlossen, die Bedrohungsgefühle auf die Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, auf die Debatte selbst, umgelenkt. So wird die öffentliche Debatte über den Fall als falsch und böswillig diffamiert. Die Journalisten werden als unaufrichtig beschimpft, es wird unterstellt, sie opferten für eine gut verkaufbare Schlagzeile eine ganze Stadt und die Zuschreibung Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit basiere auf Vorurteilen gegen Ostdeutsche.

In Einzeläußerungen Ende August und schließlich umfassend im Interview mit der *Jungen Freiheit*, das am 31. August 2007 erscheint, zeigt sich, dass sich die Position des Mügelner Bürgermeisters ideologisch radikalisiert und der Radikalen Rechten, welche ihn für Gespräche gewinnen kann, angenähert hat. Im Interview mit der *Jungen Freiheit* übernimmt der Mügelner Bürgermeister völkische Argumentationsmuster und Frames: Er behauptet nun, dass nationalstolze Deutsche weniger Rechte als Andere (ohne konkreten Bezug) hätten und deutsche Opfer weniger zählten als ausländische. Dies sei der Grund, warum sich die Öffentlichkeit (Medien und Bundespolitik) im Fall Mügelns nur für die ausländischen Opfer interessiere. Der Bürgermeister behauptet auch, dass es in Deutschland keine Meinungsfreiheit gebe, sondern Tabus etwa über die Ursachen von Rechtsextremismus (welche dies sind, sagt er nicht) und schließlich, dass es eine Kluft zwischen Medien (und eventuell auch der Politik) und dem deutschen Volk gebe. So integriert der Bürgermeister schließlich neben den Mügelnern und den Ostdeutschen die „nationalgesinnten“ Deutschen in seine Wir-Gruppe. Er bezichtigt die Medien, die Politik (linke und Bundespolitik), sowie unbestimmte

Verschwörer, welche eine Anti-Rechtsextremismus-Atmosphäre geschaffen hätten, diese Gruppen zu Opfern zu machen. Auch behauptet die lokale Politik nun, dass die Inder an den Ausschreitungen (mit-)schuld seien – und übernimmt damit eine weitere Position der Radikalen Rechten.

Damit hat sich der Eindruck der Bedrohung der lokalen Politik, der anfangs vor allem eine regressive unspezifische Reaktion war, im Laufe der Debatte zu einer rechtsradikalen Position verhärtet. Die lokale Politik verfällt dem naiven und trügerischen Glauben, Schaden abwenden und harmonisch leben zu können, indem sie das Heilsversprechen der Radikalen Rechten, deren „regressive Utopie“<sup>1094</sup> übernimmt. So hat sie die rechtsradikale Interpretation des Falls und der Debatte mitsamt ihren Argumentationsmustern übernommen, um ihre eigenen Ängste abzuwehren (und natürlich auch, weil ihre fremdenfeindlichen Positionen nicht fremd sind). Dabei zeigt sich, dass das Vorurteile-gegen-den-Osten-Argument die Übernahme rechtsradikaler Deutungsmuster attraktiver gemacht hat. Die lokale Politik hat eine ethnisch-politische Wir-Gruppen etabliert, die sich gegen (ständige) Bedrohungen von außen zur Wehr setzen muss – insbesondere gegen die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus und gegen deren Verursacher. Dabei findet auch eine Dissoziation von bundesdeutschen Normen (Menschenrechte, freie Medien, Parlamentarismus) statt, ebenso wie eine Dissoziation von der Bundespolitik als Akteur (und von weiteren Akteuren: Medien, anderen politischen Parteien, in Phase 2 vermutlich auch der Sächsischen Staatsregierung).

Während die Einschätzung der Sächsischen Staatsregierung unmittelbar nach dem Vorfall der lokalen Politik entsprach (Einordnung des Falls als allgemeine Gewalttätigkeit und Abwehr der Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit), entwickelt sich die Position in Phase 2 in eine entgegen gesetzte Richtung. Die Regierung strebt grundsätzlich danach, Schaden von der Gemeinde und dem Land Sachsen abzuwenden und sich als Vertreterin und Verteidigerin der sächsischen Bürger zu präsentieren. Diese Anliegen begründen in Phase 1 im Wesentlichen die Einordnung des Falls als „allgemeine Gewalttätigkeit“ und das Abstreiten eines rechtsextremen oder/und fremdenfeindlichen Hintergrunds. Während sie die öffentliche Berichterstattung über den Fall, die Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit thematisiert, als falsch und hysterisch bezeichnet, kommt sie den an sie gestellten Erwartungen (durch Bundesregierung, Medien, Ausland und Wirtschaft) teilweise entgegen: Regierungsvertreter betonen, dass Rechtsextremismus als Problem ernst genommen werde. Um dies zu untermauern, verweisen sie auf eine Konferenz zum Thema Gewalt und

---

1094 Mit „regressiver Utopie“ beschreibe ich den Kern rechtsradikaler Ideologie. Es wird sich nach einem angeblichen nationalen/ethnischen Urzustand zurückgesehnt, den es nie gab. Diese Sehnsucht wird als Utopie auch in die Zukunft verlagert.

Extremismus, die in naher Zukunft in Sachsen stattfinden soll. Damit wird Reaktionsfähigkeit demonstriert und die konflikthafte Debatte beschwichtigt. Doch gleichzeitig wird betont, die Konferenz sei nicht als Reaktion auf Mügeln initiiert worden – womit die Brisanz des Falls wiederum herunterspielt wird. Insgesamt zeigt sich, dass die Staatsregierung weder Rechtsextremismus noch Fremdenfeindlichkeit hinter dem Vorfall sehen möchte, aber dennoch ihr Problembewusstsein unter Beweis stellen muss. Dabei ist die Argumentation der Staatsregierung widersprüchlich. Ihre Schwierigkeiten, sich von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit klar abzugrenzen, werden auch dadurch offensichtlich, dass die Partei zu diesem Zeitpunkt – also nachdem übersteigter nationaler Chauvinismus zu einem gewalttätigen Übergriff in Mügeln geführt hatte – beschließt, das Thema „Patriotismus“ stärker zu besetzen (und es nicht alleine den Rechtsextremen zu überlassen).

Ist die Sächsischen Staatsregierung/CDU in Phase 1 durch ihre Deutung und Argumentationsmuster in der Akteursgruppe gemeinsam mit lokaler Politik, Polizei/Staatsschutz und der Radikalen Rechten zu verorten, werden in Phase 2 dann die Einflüsse und Argumente der anderen Akteursgruppe relevanter. So kommt es zu einer abrupten Wende in der Deutung des Falls durch die Staatsregierung/CDU. Zwar bleibt das Argument „Schaden für Sachsen abwenden“ für die Staatsregierung zentral, doch ändern sich die entsprechenden Argumentationsmuster grundlegend. So wird der Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht mehr direkt und offensiv widersprochen, sondern betont, dass Sachsen „weltoffen“ sei und „für Ausländer“ eintrete. Die Analyse der von der Sächsischen Staatsregierung verwendeten Argumentationsmuster offenbaren die Gründe für den Wandel: Im Zentrum stehen Wirtschafts- und Fortschritt-Frames (Wirtschaft und Forschung im Land darf nicht verschreckt werden), ebenso der Frame internationale Beziehungen. Neben der neuen Relevanz dieser Rahmung des Problems ist Druck von Seiten der Bundesregierung auf den Freistaat ein möglicher Grund. Moralische (humanitäre) Argumente werden bei der sächsischen CDU nicht sichtbar, auch kaum rechtliche.

Damit nähert sich die sächsische Staatsregierung der bundespolitischen Argumentation an. Allerdings manifestieren sich weiterhin Differenzen zu bundespolitischen Statements – denn die Sächsische Staatsregierung kategorisiert das Problem weder vorwiegend unter Rechtsextremismus noch unter Fremdenfeindlichkeit. „Rechtsextremismus“ wird kaum als Problem benannt und dient keineswegs als Oberkategorie für die Einordnung des Falls. Die Sächsische Staatsregierung/CDU spricht weiterhin von „allgemeiner Gewalttätigkeit“, hinzu kommt die Kategorie „Extremismus“. Wenngleich der Ministerpräsident Sachsens nun öffentlich erklärt, „für Ausländer“ zu sein, wird Fremdenfeindlich-

keit/Rassismus als Negativ-Phänomen kaum thematisiert. Nur die sächsische Ausländerbeauftragte (CDU) äußert sich hier deutlich.

Es ist daher consequent, dass die Sächsische Staatsregierung/CDU weder primär Rechtsextreme noch Fremdenfeinde als Verantwortliche für den Fall und die problematische Debatte ausmacht. Als schuldig an den Ausschreitungen in Mügeln wird die NPD erklärt. Sie dient in der öffentlichen Debatte als Stellvertreterin für Rechtsextremismus und wird durch die Sächsische Staatsregierung als verfassungsfeindlich beschrieben und damit allerdings vor allem in die Extremismus-Kategorie gefasst. Zudem wird sie zur Trägerin der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Gegenwart stilisiert – und damit außerhalb des bundesdeutschen Wertekonsenses angesiedelt. Weiter werden Linksextreme dafür verantwortlich gemacht, dass die sächsische Bevölkerung verunsichert sei und um ihr Eigentum fürchte. Neben der NPD und den Linksextremen werden die (bzw. Teile der) Medien bezichtigt, eine hysterische und vorurteilsbeladene Debatte über den Fall Mügeln zu führen und damit die Demokratie zu gefährden. Angegriffen und diffamiert würden angeblich die Ostdeutschen bzw. die sächsischen Bürger. Bei genauer Betrachtung der Debatte erweisen sich die Vorwürfe als äußerst problematisch: Und zwar nicht nur, weil sie kaum der Realität entsprechen.<sup>1095</sup> Sie sind problematisch, weil mit diesem Pauschal-Urteil gegen „die Medien“ die problemorientierte Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit diskreditiert wird.<sup>1096</sup> Hier scheint die Staatsregierung ein Problem mit wachsamem Demokraten zu haben, die frei und divers berichten und bundesrepublikanische, menschenrechtliche Normen als Maßstab ansetzen.

Auf Demokratie und den Rechtsstaat beruft sich die sächsische CDU auch, wenn sie in Auseinandersetzung mit der NPD behauptet, dass die Inder nicht „gelyncht“ werden dürfen, auch wenn sie die Ausschreitungen provoziert hätten – hier müsse der Staat respektiert werden, der das Gewaltmonopol habe. Auch dieser Verweis auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist höchst problematisch, schreibt die Staatsregierung/CDU doch etwas fest, was keineswegs den Tatsachen oder Untersuchungsergebnissen entspricht: Die „Anfangs-Schuld“ der Inder. Allerdings muss auch hier festgestellt werden, dass der Staatsregierung möglicherweise problematische/falsche Einschätzungen der Ermittlungsbehörden vorlagen und diese den Ausschlag für entsprechende Einschätzungen gaben.

---

1095 Wenngleich es bei der Diskussion über die Ursachen der stärker (gewalttätigen) Ausprägung des Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern sich auch in einigen Beiträgen problematische Zuschreibungen finden, so zeigen sich entsprechende Pauschalisierung keineswegs als charakteristisch für die gesamte mediale Debatte. Wie ich zeigen konnte, wird überwiegend sehr differenziert berichtet und diskutiert.

1096 Denn Fremdenfeindlichkeit/Rassismus und zum Teil auch Rechtsextremismus sind die Themen, die von allen Medien zentral diskutiert werden – und Themen, welche die Sächsische Staatsregierung offenbar weiterhin nicht hören will.

So bestätigt die Sächsische Staatsregierung nur oberflächlich gesehen Rechtsstaatlichkeit und bundesrepublikanischen Normen: Sie pocht auf das Gewaltmonopol des Staates (und damit auf ihre Macht) und benutzt das Extremismus-Konzept, um zwischen verfassungstreu und verfassungsfeindlich zu unterscheiden. Dabei dient ihr das Extremismus-Konzept dazu, unliebsame Akteure als Teilhabende am öffentlichen Diskurs zu diskreditieren (NPD, Linksextreme, im weiteren Sinn auch die Medien, die bezichtigt werden, schädlich für die Demokratie zu sein). Insofern muss resümiert werden, dass die Staatsregierung/CDU – ob bewusst oder unbewusst – Normen des Grundgesetzes (Menschenrechte, Demokratie, Gewaltenteilung) untergräbt. Anders als bei der lokalen Politik kommt es aber nicht zu einer auf den ersten Blick sichtbaren und allgemein wahrnehmbaren Dissoziation von Normvorstellungen – sondern vielmehr zu einer schleichenden Erosion bundesrepublikanischer Normvorstellungen.

Die Parteien *Die Linke*, SPD und *Die Grünen/Bündnis 90* benennen auf Bundesebene und in Sachsen verbreiteten Rassismus bzw. Fremdenfeindlichkeit als Ursache des Übergriffs und machen diese Phänomene auch verantwortlich für problematische Züge in der Debatte. In der weiteren Debatte über den Fall kritisieren sie, dass die NPD den Fall für ihre ideologische Propaganda instrumentalisiere. Auch wird dem Bürgermeister vorgeworfen, die Brisanz der Vorfälle zu verharmlosen und selbst rassistisch zu sein („ein Problem mit Rassismus zu haben“). *Die Linke* wirft zudem der Sächsischen Staatsregierung Fehlverhalten und Versagen im Umgang mit dem Fall vor. Die Argumentation der Oppositionsparteien und der Bundes-SPD beinhaltet rechtliche, wirtschaftliche und moralisch (humanitäre) Frames. Im Gegensatz zu diesen drei Parteien fällt die FDP auf der regionalen Ebene durch aktives Schweigen auf. Nur einzelne Abgeordnete der Bundes-FDP beziehen Stellung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und kritisieren den Mügelner Bürgermeister jedoch erst nach Erscheinen des Interviews am 31. August 2007.

Besonders häufig wird bei der Problemanalyse der Bundesregierung zum Fall Mügeln fehlende Zivilcourage der Bürger und „fehlende Zivilität“<sup>1097</sup> ausgemacht. Die Aufforderung, Zivilcourage zu zeigen wird häufig geäußert. Diese Klage ermöglicht es, Probleme anzusprechen, ohne explizit auf Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus verweisen zu müssen und ohne zielgerichtete Gegenmaßnahmen thematisieren zu können. Vor dem Hintergrund der Ermittlungsakten erweist sich die Beschuldigung gegen die Bürger vor Ort als falsch. Tatsächlich haben einige Mügelner, die Zeuge des Übergriffs vor dem Festzelt

---

1097 Hierbei handelt es sich offenbar um eine Begriffsschöpfung, mit der bestimmten Menschen zivilisiertes Verhalten abgesprochen werden soll.



wurden, die indischen Opfer gestützt und zum Tathergang ausgesagt. Es gab also zivilcouragierte Bürger. Stattdessen haben die Ermittlungsbehörden ihre Aussagen (und auch die der Polizisten im Einsatz) der Öffentlichkeit (und der Politik?) vorenthalten. So erweist sich das von Bundespolitikern entworfene Bild von an Zivilcourage mangelnden Bürgern nicht nur als naiv und Ausdruck wenig zielgerichteter, sinnloser Empörung, sondern auch als falsch. Von den Bundesparteien SPD, *die Grünen* und *die Linken* werden allerdings auch mangelndes Problembewusstsein bei Polizei, Justiz, sowie lokaler und regionaler Politik gegenüber Rassismus und Rechtsextremismus wie auch mangelnde Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure beklagt. Damit werden von diesen Parteien menschenrechtliche und rechtliche Standards eingefordert.

Die Strategiediskussion auf Bundesebene zeigt, dass die Probleme aus Sicht der Bundespolitik vor allem in Ostdeutschland und auf der kommunalen Ebene verortet werden: So wird ein Treffen mit der Bundesbeauftragten für Migration und den ostdeutschen Ausländerbeauftragten verabredet, ebenso wie der Austausch mit Bürgermeistern. Gleichzeitig werden die Themen Toleranz, Vielfalt und Zivilität in einen ökonomischen Kontext gestellt: Vorfälle wie in Mügeln werden nicht akzeptiert heißt es, Vielfalt sei als Chance zu sehen und „Orte der Vielfalt“ gemeinsam mit Unternehmen als gute Praxis auszuzeichnen.

Als Argumente für die Notwendigkeit der Thematisierung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus werden folgende Frames benutzt: Wirtschaft, Internationale Beziehungen, Moral (Humanität) und Recht. Dabei wird über bundesrepublikanische Normsetzungen verhandelt. Mügeln wird zur Negativfolie eines weltoffenen und toleranten Deutschlands, das sich als globalisiert, ökonomisch erfolgreich und heterogen präsentieren will. Insbesondere die SPD stellt die Debatte über Rechtsextremismus zudem in einen aufklärerisch-historischen Kontext: Es gebe eine gemeinsame Verpflichtung aus der Geschichte, sich gegen Neo-Nazismus zu richten. Deutschland sei eine wehrhafte Demokratie. Darüber hinaus heben die SPD, *die Grünen* und *die Linken* ausdrücklich die Menschenrechte und den Opferschutz als wichtige Normen hervor, die eine Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus notwendig machen. Hingegen sind völkische Argumente, welche die Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit diskreditieren, wie die Gauweilers (CSU) (und tendenziell auch Schäubles Aussagen in Sachsen) Randpositionen in der bundespolitischen Argumentation. Sie werden in der öffentlichen Debatte kaum sichtbar.

Neben dem Einfluss der Ermittlungsbehörden (es war kein Rechtsextremismus) stellt das Bürgermeister-Interview in der *Jungen Freiheit* einen weiteren Eckpunkt in der öffentlichen Debatte dar. Als Folge werden der Bürgermeister und die Rolle der lokalen Politik in der Aufarbeitung des Falls stärker kriti-

siert. Die Nachricht, dass auch gegen Inder ermittelt würde ebenso wie die Verkündung des ersten Gerichtsurteils verursachen keine Neupositionierungen oder Verschärfungen der Argumentation bei bundespolitischen Akteuren.

Die Radikale Rechte unterscheidet die Welt grundsätzlich in zwei Gruppen: Die ethnisch-nationalistisch gesinnten Deutschen auf der einen Seite, die Ausländer gemeinsam mit den Feinden Deutschlands und deren Helfer auf der anderen. Aufgrund des völkischen Frames wird im Fall Mügeln zwischen den aggressiven, verlogenen, kriminellen Ausländern und den guten, ehrlichen, aufgrund böswilliger Verschwörungen zu Tätern gemachten Deutschen unterschieden. Die Radikale Rechte nutzt die Debatte über den Fall strategisch, um durch die Deutung des Falls ihre Ideologie an die Bürger zu vermitteln. Das zeigt sich etwa darin, dass sie im Verlauf der Debatte das Argumentationsmuster „Vorurteile gegen die Ostdeutschen und Diskreditierung der Ostdeutschen“ übernimmt. So behaupten ihre Vertreter, der Fall werde aufgrund von Vorurteilen gegen Ostdeutsche als rechtsextrem/fremdenfeindlich bezeichnet. Die Radikale Rechte nimmt eine Opfer-Täter-Umkehr vor, verstärkt Wir-Gefühle und Ausgrenzungsmechanismen durch das Festschreiben angeblich diffamierter Gruppen in unauflösbare Kollektive (Mügelner, Ostdeutsche, nationalgesinnte Deutsche) und interpretiert die Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als Verschwörung von systematisch agierenden feindseligen Mächten. Davon ausgehend fordert sie, dass „rechte“ Wahrheiten (Ausländer sind kriminell etc.) kein Tabu sein dürfen und frei geäußert werden sollten.

Nach Ansicht der Radikalen Rechten gibt es keinen Rechtsextremismus und keine Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Stattdessen werde alles „Rechte“ von einer antideutschen (linken, „antifaschistischen“, ausländischen, jüdischen) „Macht“ bekämpft, die dem deutschen Volk neben dem NS-Diskurs auch die öffentliche Debatte über Rechtsextremismus als Schuldiskurs aufzwingt, um es zu zerstören. Betrachtungen der Sprache der Radikalen Rechten haben gezeigt: Die Radikale Rechte sieht in der öffentlichen Debatte über Rechtsextremismus einen systematisch organisierten Krieg gegen sich selbst und ihre völkische Normsetzung. Gleichzeitig geht sie eine schizophrene Beziehung von Distanz und Nähe zum Nationalsozialismus ein. So nutzt sie den Fall Mügeln, um Einfluss auf den öffentlichen Diskurs über Rechtsextremismus zu erlangen und ihn dabei zu diskreditieren. Dabei setzt sie auf die Thematisierung von „Rechtsextremismus“. Der Begriff „Fremdenfeindlichkeit“ kommt kaum vor (bei der NPD nur einmal, bei der JF etwas häufiger). Dann wird er negativ-polemisch benutzt (etwa von Gansel/NPD als „Schreckenswort“ bezeichnet) oder gänzlich umgedeutet als Fremdenfeindlichkeit gegen Ostdeutsche oder Feindlichkeit gegen „völkische“ Deutsche. Damit bestätigt sich auch hier These II+++ (Fremden-

feindlichkeit wird gegenüber Rechtsextremismus unterthematziert), allerdings zeigt sich zudem, dass der Begriff abgewertet und umgedeutet wird.

In vielen Berichten zeigt sich, dass Journalisten eigene Normvorstellungen im Kontrast zu Rechtsextremismus sowie zu gewalttätiger Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sehen. Für sie steht das Selbstverständnis eines friedliebenden, toleranten, demokratischen Deutschlands durch den Fall und die Debatte über ihn zur Disposition. Dabei wird der Bruch mit den eigenen Normvorstellungen als besonders eklatant empfunden, weil sich an den Ausschreitungen auch Bürger beteiligten, die nicht zur rechtsextremen Szene gehörten.

### Schlussfolgerungen

Die Analyse zeigt die Zuspitzung der divergenten Entwicklung zwischen zwei sich konfliktthaft gegenüberstehenden Akteursgruppen: Die eine Akteursgruppe (Bundespolitik, Medien, Regionalparteien außer FDP und mit Einschränkungen auch CDU) thematisiert Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die andere (Radikale Rechte, lokale Politik) lehnt diese Thematisierung ab. Das Bürgermeister-Interview in der rechtsradikalen *Jungen Freiheit* führt zu einer Verhärtung der Debatte. Die Äußerungen lösen auch weitere Verschiebungen bzw. klare Positionierungen einzelner Akteure aus, für die nun offensichtlich wird, dass der Bürgermeister problematische Positionen vertritt und es ihm an Weltoffenheit mangelt. Diese neue Stufe der Eskalation der konflikthaften Thematisierung des Falls veranlasst nun auch einige zurückhaltende Akteure zu distanzierenden Stellungnahmen (etwa die Bundes-FDP, Journalisten der FAZ), sowie dazu, explizit bestätigend auf Normen wie Vielfalt und Toleranz zu verweisen und Fremdenfeindlichkeit/Rassismus zu verurteilen. Das Bürgermeister-Interview hat auch den Effekt, dass der Fall für die Medien weiterhin genügend Zündstoff bietet, um als Thema interessant zu bleiben.

So wird mit der Thematisierung von Rechtsextremismus und dem Widerspruch dagegen auch über bundesrepublikanische Normsetzungen verhandelt. Hinter der Debatte steht die Frage, welches Deutschland-Bild vertreten werden soll: Während die eine Akteursgruppe auf ein wirtschaftlich erfolgreiches Deutschland und/oder eine auf Vielfalt, Toleranz und die Menschenrechte setzende Gesellschaft baut, muss in den Augen der ethnisch-nationalistisch Gesinnten „das Eigene“ gegen „Anderes“ und damit gegen Einflüsse von „außen“ und gegen „Neues“ verteidigt werden.

Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen verändern gewohnte Konturen der „politischen Lager“: Die rechts-links Werteachse löst sich im Zeitalter der Globalisierung etc. auf (oder wird durch andere Vorurteilsdebatten überla-

gert<sup>1098</sup>). So ist die Sprache der Bundes-CDU eine deutlich andere als die der Provinz-Konservativen. Die gesamte Bundespolitik<sup>1099</sup>, die Union eingeschlossen, beschwört in der Debatte über Mügeln Weltoffenheit, Heterogenität und internationalen Austausch als Bedingungen wirtschaftlichen Erfolges in der globalisierten Welt. Der Fall Mügeln wird zum Sinnbild für das Gegenteil: für Abschottung gegen außen, Fremdenfeindlichkeit/Rassismus und Kleingeist. So repräsentiert der Fall für Bundespolitiker das, was nicht sein soll, von einigen Unions-Politikern wird er sogar als „undeutsch“ verurteilt. So gewinnt die Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit/Rassismus eine neue Dynamik: Während die SPD entsprechende Probleme in der Mitte der Gesellschaft verortet, historische Linien zum Nationalsozialismus zieht und auf eine Bestätigung der wehrhaften Demokratie drängt, findet bei der Union eine Neupositionierung statt, die immer wieder eine Unausgegorenheit der Argumentation sowie Widersprüche offenbart (inhaltlich: etwa bei der Debatte um ein NPD-Verbot; personell: z.B. Diskrepanz Böhmer gegenüber Gauweiler). Auf der Bundesebene geht es der Union – zumindest eindeutig der CDU – nicht mehr darum, rassistische/rechtsradikale Fälle (wie noch Anfang der 90iger Jahre) kleinzureden oder diese als gerechtfertigt zu begründen (zu viele Flüchtlinge).<sup>1100</sup> In ihrem ökonomischen Weltbild werden diese Phänomene im Jahr 2007 als Bedrohung des eigenen Wohlstands wahrgenommen<sup>1101</sup> und zu einer „undeutschen“ Randposition erklärt.

Die durch die Analyse von Bundespolitik und in Phase 2 auch bei der Regionalpolitik herausgearbeiteten Normsetzungen für Vielfalt und gegen Rechtsradikalismus, werden von der Lokalpolitik keineswegs nachvollzogen. Im Gegenteil: Gezeigt hat sich, dass sich die lokale Politik und zum Teil auch die Sächsische Staatsregierung/CDU den Argumentationsmustern der NPD in der Debatte annähert. Die Inder werden zu Schuldigen am Vorfall, die Thematisierer von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit der Diskreditierung der Gemeinde Mügeln, der Ostdeutschen und der nationalgesinnten Deutschen schuldig gesprochen. Im Verlauf der Debatte wird die Diskrepanz zwischen den Interpretationen und Normsetzungen der beiden Akteursgruppen größer. Im Gespräch mit

---

1098 Zum Beispiel Verhandeln über Zugehörigkeit über Kategorien wie Bildung, Religion, sozialen Status.

1099 Mit Ausnahme Gauweilers (CSU) und m.E. Schäubles (CDU).

1100 Vgl. hierzu die Analyse von Lynen von Berg (2000).

1101 Es lässt sich auch nicht argumentieren, dass die indischen Opfer einen anderen Stellenwert für ökonomische Argumentationen haben, was Anfang der 90iger Jahre bei den Angriffen auf (vorwiegend) Flüchtlinge nicht der Fall war. Wenngleich im Jahr 2007 die Debatte um (hoch-)qualifizierte Zuwanderung auch besonders Inder im Fokus hat, handelt es sich bei den Opfern von Mügeln nicht um die umworbenen Spezialisten, sondern um eine andere Bildungsgruppe, zum Teil auch um Flüchtlinge.

der rechtsradikalen *Jungen Freiheit* spricht der Bürgermeister von einer „tiefen Kluft“ zwischen „Volk und Medien“ und widerspricht dem Journalisten des Blattes auch nicht, als der die Kluft auch zwischen „Volk und Politik“ moniert. Insbesondere bei der lokalen Politik hat damit eine deutliche Dissoziation von bundesdeutschen Normvorstellungen und den übrigen Akteuren im öffentlichen Diskurs stattgefunden. Aber auch Gauweilers (Bundes-CSU) Argumentationsmuster sind deckungsgleich mit denen der Radikalen Rechten. Das gilt sowohl für die Interpretation des Falls als auch für die Deutung der Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Eine Sonderrolle nimmt die Sächsische Staatsregierung/CDU ein. Sie versucht einen Spagat zwischen Argumentationsmustern und Interpretationen der beiden sich auseinander bewegenden Akteursgruppen, indem sie Aspekte aus der Argumentation von beiden aufnimmt. So kritisiert sie zwar, die Inder seien unverhältnismäßig gewalttätig behandelt worden, bezeichnet die Debatte, in der Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit thematisiert wird, aber zugleich als hysterisch und falsch. Die Analyse zeigt auch, dass die Staatsregierung/CDU als Problem nicht direkt oder kaum explizit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ausmacht. Stattdessen schiebt sie die Verantwortung auf die NPD, Linksextreme und die Medien. Daher kann weder von einer Bestätigung noch von einer Dissoziation von bundesdeutschen Normvorstellungen gesprochen werden. Die Argumentationsmuster der Sächsischen Staatsregierung/CDU und ihre Interpretationen des Falls und der Debatte bewirkten vielmehr eine schleichende Erosion der oben beschriebenen bundesdeutschen Normvorstellungen.

So kann resümiert werden, dass die Radikale Rechte in der Debatte über den Fall Mügeln deutlichen Einfluss entfalten konnte. Sie hat Deutungshoheit im lokalen Raum ebenso wie im ideologischen „rechts-konservativen“ Spektrum gewonnen. So bestätigt sich Thesenkomplex II zum Teil, muss aber differenziert werden: Es ist richtig, dass die Thematisierung in der Bundespolitik und in den überregionalen Medien zu einer Bestätigung und Durchsetzung von Normvorstellungen der Demokratie und Vielfalt führt. Anders als erwartet ist aber die Behauptung, dass die (Art der öffentlichen) Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im lokalen Raum, in bestimmten Gruppen und im regionalen Kontext zu einer Dissoziation von der Bundespolitik und bundesdeutschen Normvorstellung beiträgt, nicht richtig. Stattdessen muss resümiert werden, dass es zu einer Dissoziation von der Bundespolitik und bundesrepublikanischen Normvorstellungen aufgrund des problematischen Wirkens der Ermittlungsbehörden, aufgrund fehlender Ächtung von Rassismus und Rechtsradikalismus durch verantwortliche politische Akteure (insbesondere der Sächsischen Staatsregierung), sowie aufgrund des strategischen Wirkens der Radikalen Rechten kommt. Die Radikale Rechte konnte erfolgreich problematische Aspek-

te der öffentlichen Debatte (insbesondere Ost-West-Befindlichkeiten) ebenso wie die Ängste sich depriviert fühlender Bürger instrumentalisieren, um ihre ideologischen Interessen und ihre Deutung der Wirklichkeit zu bestätigen<sup>1102</sup> oder durchzusetzen (Bestätigung der These I+). Die Deprivationsgefühle basieren auf dem Eindruck als Ostdeutscher diskriminiert zu werden, haben aber auch eine reale, ökonomische Basis, in vom demographischen Wandel und ökonomischen Niedergang besonders stark betroffenen Regionen und Gemeinden wie Nordsachsen und Mügeln.

### 1.3 Phase 3 – Der Fall Mügeln als Referenz. Vergessen und Erinnern

Betrachtet man spätere Äußerungen über den Fall Mügeln, so zeigt sich, dass sich die unterschiedlichen Deutungen zum Fall verhärtet haben. Es haben sich kontrastierende Referenzen zum Fall herausgebildet. Für die Radikale Rechte ist „Mügeln“ zum neuen „Sebnitz“ geworden. Der Name der Stadt steht stellvertretend für einen von Politikern, Linken und Deutscheinden aus böswilligen Motiven erfundenen Fall von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Auch für die lokale Politik und die sächsische CDU und FDP wird der Fall Mügeln später Sinnbild für falsche und ungerechte Rechtsextremismus-Zuschreibungen; er wird als „hysterische Mediendebatte“ erinnert. Ganz anders für die sächsischen Parteien *Die Linke*, SPD und *Bündnis 90/Die Grünen*. Für sie ist der Fall zur Referenz für Rassismus/Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, sowie deren problematischen Bearbeitung durch Politik und Ermittlungsbehörden geworden. Ähnliches gilt für zivilgesellschaftliche Akteure aus der Region und für einzelne Journalisten. Nachdem die Anwälte der indischen Opfer und ein Dokumentarfilm in Phase 3 (April und September 2008) nahe legten, dass es sich doch um einen rechtsextremen Angriff gehandelt haben könnte, wird der Fall von dieser Akteursgruppe (wieder) deutlicher mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht.

Interessant ist auch der Blick auf die Häufigkeit der Referenzen zum Fall bei den untersuchten Akteursgruppen über die unmittelbaren Reaktionen hinaus. Das Interesse auf der Bundesebene sinkt rapide. In Phase 3 (ab Februar 2008) wird der Fall Mügeln von Seiten der Bundespolitik nicht mehr erwähnt und damit weitgehend vergessen. Es erinnern allerdings einzelne Journalisten sporadisch (etwa ein Jahr danach) an die Vorfälle als rassistisch und – nach den neuen Informationen durch die Anwälte und den Dokumentarfilm – auch als rechtsextrem. Sie kritisieren dabei die von Verharmlosung geprägten lokalen Reaktio-

---

1102 „Bestätigen“ in dem Fall, in dem diese bereits rechtsradikale Ansichten hegten.

nen.<sup>1103</sup> Im Gegensatz dazu benutzt die Radikale Rechte „Mügel“ beharrlich als Referenz. Der Fall Mügel ist ein Teil ihrer bundesrepublikanischen Verschwörung-Narrative geworden, die etwa folgendermaßen lautet: Böse Mächte unterdrücken „die Deutschen“ durch erfundene Geschichten von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus (und Erinnerungen an den Nationalsozialismus<sup>1104</sup>). Es lässt sich schlussfolgern, dass die Durchsetzung der Deutung des Falls als fremdenfeindlich/rassistisch und rechtsextrem insgesamt dadurch geschwächt wird, dass einige Vertreter dieser Deutung, insbesondere die Bundespolitik, den Fall kaum<sup>1105</sup> erinnert – hier tritt zunehmend Vergessen ein. Während vorerst festgestellt werden konnte, dass er in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen konträr erinnert wird, zeigt sich also zudem, dass die Radikale Rechte besonders nachhaltig ihre Version festschreibt und in ihre Narrativbildung einbezieht.

Es zeigt sich weiter, dass bei der Erinnerung des Falls durch die sächsischen Parteien CDU und FPD, sowie durch die lokale Politik die Zeit für die Deutung der Radikalen Rechten arbeitet (das gilt vermutlich nicht nur für die sächsische CDU und FDP, sondern auch für einen Teil des rechtskonservativen Spektrums, das durch Zeitungen wie die *Junge Freiheit* bewusst angesprochen wird<sup>1106</sup>). Diese Akteure kommen zurück zu ihrer Anfangsdeutung, die ohne die in Phase 2 dominante – durch äußeren Druck (Wirtschaft, Bundespolitik, Ausland) erforderlich gewordene – Argumentation auskam. Dabei gleicht sie sich zunehmend der rechtsradikalen Position an. Parallel entwickelt sich auch eine freundschaftliche Haltung gegenüber der Radikalen Rechten auf der lokalen Ebene: Nachdem die NPD am 8. Juni 2008 erstmals in den Mügelner Stadtrat eingezogen war, propagiert Bürgermeister Deuse eine stärkere Offenheit gegenüber rechtsradikalen Parteien. Gleichzeitig wird das Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus durch die Stadt behindert und kriminalisiert. Die Täter werden durch die lokale Politik in die Wir-Gruppe integriert, während die Opfer als „die Anderen“

---

1103 Als überregionaler zivilgesellschaftlicher Akteur erinnert auch die Amadeu Antonio Stiftung explizit an den Fall. Sie veröffentlicht beispielsweise kritische Berichte zivilgesellschaftlicher Akteure aus Mügel und greift die Ereignisse auch bei der problemorientierten Thematisierung von Rassismus und Menschenfeindlichkeit auf.

1104 Hierauf gehe ich unten gesondert ein.

1105 „Kaum“ erscheint mir realistischer als „nicht“, weil davon auszugehen ist, dass etwa Edathy oder Böhmer, die sehr intensiv die Debatte über den Fall begleiteten, persönlich den Fall erinnern.

1106 Das liegt nahe und zeigte sich auch bei Gauweiler in Phase 2. Für einen genauen Beleg müssten hier Interviews geführt werden, da es an entsprechenden Dokumenten mangelt. In der FAZ, die mit Einschränkungen auch das rechts-konservative Spektrum anspricht, habe ich keine entsprechenden Belege gefunden.

unberücksichtigt bleiben.<sup>1107</sup> Ähnliche Positionierungen gegenüber der Radikalen Rechten zeigen sich bei der sächsischen CDU: Sie plädiert in Phase 3 für eine größere Offenheit gegenüber der NPD, ebenso für die stärkere Besetzung des Themas Patriotismus durch die eigene Partei. Sie wendet sich gegen „Extremismus“ und verschärft (durch diesen Brückenschlag zu einem allgemeinen Bedrohungsszenario scheinbar untermauert) dabei ihren Kampf gegen – Links-extremismus. Auch die sächsische FDP geht auf Kooperationskurs mit „Rechts“.

Deutlich wird, dass die Radikale Rechte im konflikthaften Kampf unterschiedlicher Akteure um Einfluss auf das öffentliche Bewusstsein einen strategischen Vorteil hat: Sie erinnert den Fall Mügeln nachhaltiger als andere Akteure und verknüpft ihn mit ihrer Kritik an der Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Da kollektive (etwa nationale) Erinnerung ein andauernder und konflikthafter Prozess, in dem zwischen konflikthaften Narrativen verhandelt wird ist,<sup>1108</sup> zeigt sich, dass diese Bemühungen der Radikalen Rechte sich auszahlen und Effekte auf die Einordnung entsprechender Fälle, Themen und Phänomen in der Gegenwart und Anteil an deren Einordnung in der Zukunft haben. Bereits Mudde und Schain et al hatten festgestellt, dass die Radikale Rechte ein besonderes Interesse daran zeigt, über Vergangenheit und ihre Interpretation in der Gegenwart mitzureden.<sup>1109</sup> Sie begreift das Engagement als Chance, Deutungsmacht zu erlangen oder – wie es Holmes ausdrückt – als integrativen Teil ihrer Identitätspolitik, weil die Erinnerung an die Vergangenheit auch die Konzeption der gegenwärtigen kollektiven Identität prägt.<sup>1110</sup> Meine Analyse belegt, dass die Radikale Rechte die Debatte über Rechtsextremismus nutzt, um über die Vergangenheit zu verhandeln und die Gegenwart zu prägen. Es ist ihr gelungen, ihre Welt-Deutungen in bestimmten gesellschaftlichen/geographischen Gruppen durchzusetzen.

---

1107 Allerdings haben auch die Gerichtsurteile Einfluss auf die offizielle Deutung der Stadt in ihrer Selbstdarstellung: Der Fall wird in der Stadt-Chronik rückwirkend als fremdenfeindlich kategorisiert.

1108 Es bestätigt sich, dass Akteure dazu tendieren, die eigene konstruierte Narrative, als die einzig wahre darzustellen und sie hegemonial behaupten zu wollen. Diese Einsicht deckt sich mit den Ergebnissen von Untersuchungen Wodaks und Heers. Vgl. Wodak und Gertraud Auer-Borea d'Olmo (2009); de Cilla und Wodak (2009). Ein gutes Beispiel für die konflikthafte Bildung von Narrativen liefert die Debatte über die Wehrmachts-Ausstellung. Vgl. Heer et al (2003).

1109 Vgl. Schain et al (2002); Mudde (2005).

1110 Vgl. Holmes (2000).



## 2 Weitere Charakteristika der Debatte

Jenseits der Entwicklung der Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit möchte ich einige Auffälligkeiten der Diskussion gesondert hervorheben.

### 2.1 Begrifflichkeiten, Konzepte, Normsetzungen

Die Analyse der Einzelakteure hat gezeigt, dass diese zum Teil unterschiedliche Begrifflichkeiten für die Beschreibung des Phänomens benutzen. Ich fasse diese hier zusammen und kommentiere sie – unabhängig davon, ob der Begriff benutzt wird, um die Realität des Falls zu beschreiben, oder ob er als negative Zuschreibung verwendet wird. Der meistverwendete Begriff ist „Rechtsextremismus“. Dabei wird der Terminus von verschiedenen Akteuren ganz unterschiedlich definiert und gebraucht. Sowohl in den Medien als auch in der Bundespolitik wird der Fall vorwiegend unter „Rechtsextremismus“ kategorisiert, obwohl meist davon ausgegangen wird, dass es sich um einen fremdenfeindlichen/rassistischen Fall handelte. Für die eine Akteursgruppe rahmt die Kategorie „Rechtsextremismus“ das als Problem wahrgenommene Geschehen. Das zeigt sich in den Medien durch die Titel- und Themenwahl (bei allerdings gleichzeitig zum Teil sehr differenzierten Artikeln zu Rassismus und fremdenfeindlicher Gewalt), in der Bundespolitik wird diese Sicht vor allem in der Debatte um Gegen-Strategien deutlich. Die andere (aus der Radikalen Rechten, der lokalen Politik und mit Einschränkung der Sächsischen Staatsregierung/CDU bestehenden) Akteursgruppe benutzt den Begriff in der Absicht, diese Deutung des Geschehens zu widerlegen. Sehr deutlich ist dieser Gebrauch bei der Radikalen Rechten, aber auch beim Mügelnburger Bürgermeister, nachdem die Ermittlungsbehörden einen rechtsextremen Hintergrund (fälschlicherweise) ausschließen. Von da an widerspricht der Bürgermeister juristisch gewieft der Rechtsextremismus-Zuschreibung. Er stützt seine Argumentation durch den Verweis auf den amtlichen Extremismusbegriff, der Fremdenfeindlichkeit als Problem an sich nicht kennt, sondern alleine zielgerichtetes aggressives Verhalten gegen den Staat problematisiert. Einen eigenen Zugang hat die Sächsische Staatsregierung/CDU: Sie verwendet den Begriff Rechtsextremismus kaum, sondern spricht stattdessen von Gewalt und Extremismus. Wenn es um rechten Extremismus geht, bezieht sie sich (nur) auf die NPD und bringt diese mit dem Nationalsozialismus in Verbindung. So entsteht ein vor Widersprüchen strotzender Umgang mit Begrifflichkeiten und Zuschreibungen.

Charakteristisch für die Thematisierung des Themenkomplexes ist, dass die Debatte überwiegend als Rechtsextremismus-Debatte geführt wird – selbst als

die Ermittlungsbehörden die Fehlinformation streuen, Rechtsextremismus habe nichts mit dem Fall zu tun. Obwohl Bundespolitik und Medien betonen, nicht Rechtsextremismus, sondern Fremdenfeindlichkeit/ Rassismus/ Menschenfeindlichkeit seien ursächlich, kategorisieren viele Akteure das Thema weiterhin unter „Rechtsextremismus“. Damit zeigt sich, dass das Phänomen der Fremdenfeindlichkeit/Rassismus in Deutschland bislang kaum eigenständig als Problem thematisiert wird. Ein neuer Zugang zum Phänomen zeigt sich in der Bundespolitik jedoch bei Teilen der CDU: So spricht Maria Böhmer recht konsequent von Fremdenfeindlichkeit (und nicht von Rechtsextremismus), während andere Politiker insbesondere der SPD in der Debatte über Mügeln das amtliche Extremismuskonzept ausgiebig bemühen. Die dominante Rechtsextremismus- bzw. Extremismus-Diskussion bietet jenen eine Angriffsfläche, welche die Diskussion über in Mügeln sichtbar gewordene Probleme nicht führen wollen. Zum einen behaupten sie, es gebe insgesamt ein Extremismusproblem und verweisen auf angeblich bedrohlichen Linksextremismus. Zum anderen argumentieren diejenigen, welche die Debatte diskreditieren wollen, dass man Rechtsextremismus nicht mit Fremdenfeindlichkeit gleichsetzen dürfe und dass Fremdenfeindlichkeit bzw. „Ausländerfeindlichkeit“<sup>1111</sup> weder strafrechtlich relevant noch falsch sein müsse (Bürgermeister Deuse). Hier zeigt sich, zu welch widersprüchlichen Wahrnehmungsproblemen die gegenwärtige Extremismus-Konzeption führt.

Lediglich einzelne Vertreter der Akteursgruppe, die im Fall einen fremdenfeindlichen/rassistischen bzw. rechtsextremen Vorfall sehen, benutzen über den „Rechtsextremismus“-Begriff hinaus weitere Begriffe: Recht häufig verwenden sie die Begriffe „Rassismus“ und „Rechtsradikalismus“ (insbesondere die Medien und zivilgesellschaftliche Akteure, aber auch Regional- und Bundespolitiker), vereinzelt wird auch mit Heitmeyer von „(gruppenbezogener) Menschenfeindlichkeit“ gesprochen. Wenngleich entsprechende Begriffe teilweise synonym benutzt werden, zeigt sich, dass der Begriff „Rechtsradikalismus“ es erlaubt, das Phänomen besser abzubilden, weil es zu keinen Konfusionen mit dem amtlichen Extremismus-Begriff kommt. Zudem hat er das Potenzial, die instrumentelle und von eigentlichen Problemen (wie Rassismus und fremdenfeindliche Gewalt) ablenkende Extremismusdebatte aufzubrechen.

Eine Diskrepanz der Wahrnehmung bei den verschiedenen Akteursgruppen zeigt sich auch in deren Kategorisierung der in den Übergriff involvierten Personen: Während die Radikale Rechte, wie auch die Sicherheitsbehörden und die lokale Politik die Beteiligten vor allem als unterschiedliche nationalen Gruppen be-

---

1111 Häufig wird von diesen Akteuren statt „Fremdenfeindlichkeit“ der Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ gebraucht, womit ein alter, inzwischen aus dem öffentlichen Diskurs weitgehend verdrängter Begriff benutzt wird.

trachtet („Deutsche“ gegenüber „Indern“ bzw. „Ausländern“), wird in den Medien und von Bundespolitikern von Opfern und Tätern gesprochen und dabei eine nicht primär nationale Kategorisierung vorgenommen. Einige Bundespolitiker sprechen zwar von den betroffenen „ausländischen Mitbürgern“<sup>1112</sup>, viele referieren aber zu „Bürgern“. Während von der ersten Akteursgruppe die Gruppe der Opfer als „Inder/Ausländer“ primär als „Andere“ konzipiert wird, kommt es bei der zweiten Akteursgruppe zu keiner Identifizierung mit der Tätergruppe und Abgrenzung zur Opfergruppe. Es zeigt sich stattdessen, dass sich die Vertreter dieser Gruppe deutlich von der Tätergruppe distanzieren. Diese Abgrenzung wird häufig als selbstverständlich erachtet, zum Teil aber auch in einen größeren Begründungszusammenhang gestellt, indem die Unterschiede zum „Eigenen“ erklärt werden: In einigen Fällen drückt sie sich pauschalisierend als Abgrenzung gegenüber einer als ostdeutsch definierten Gruppe aus, die nicht zur Eigengruppe gehörig verstanden wird; häufig erfolgt die Abgrenzung aber auch über die Unterscheidung zwischen der eigenen Zivilisiertheit und der Barbarei der Täter. Während die SPD die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Täter häufig „in der Mitte der Gesellschaft“ verortet, wird von einigen CDU-Politikern (Bund) explizit betont, dass die Täter nicht zur deutschen Wir-Gemeinschaft gehören. Sie werden aus dieser ausgeschlossen, weil sie die ethischen Grundsätze der Deutschen missachten (etwa Böhmer).

Die Verwendung entsprechender Konzepte und Zuschreibungen offenbart abermals die kontradiktiven Normsetzungen der Akteursgruppen: Die Radikale Rechte und ihr nahe stehende Akteure unterscheiden Menschen auf völkischer/nationaler Basis: Die zur Eigengruppe gerechneten (nationalistisch gesinnten) Personen sind wertvoller, immer im Recht und zu verteidigen. Die andere Akteursgruppe hingegen richtet sich nach bundesrepublikanischen bzw. bundesdeutschen Normen: Diese unterscheiden sich grundsätzlich von den völkischen Normsetzungen der Radikalen Rechten, werden aber dennoch unterschiedlich gesetzt. Bei der SPD häufig in Anlehnung an die wehrhafte Demokratie und damit an das Extremismuskonzept; bei der Bundes-CDU werden<sup>1113</sup> – der globalisierten Welt mit ihren ökonomischen Erfordernissen und Prämissen entsprechend – Vielfalt und Heterogenität gepriesen, während Fremdenfeinde außerhalb des bundesdeutschen Konsenses verortet werden. Auch in den Medien wird Fremdenfeindlichkeit/Rassismus neben Rechtsextremismus als gegen die eigenen (menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen) Normsetzungen gerichtet debattiert.

---

1112 Vgl. Kritik an diesem Begriff oben → Zusammenfassung. Insbesondere Politiker der CDU.

1113 Dies steht im deutlichen Kontrast zu den 1990iger Jahren. Vgl. Lynen von Berg (2000).

Ähnlich wie bei Bergmann (1997), der die Durchsetzung einer Anti-Antisemitismus-Norm in der Bundesrepublik Deutschland (bis 1989) belegt hat, zeigt meine Analyse die – zumindest eingeschränkte – Gültigkeit einer Anti-Rechtsextremismus-Norm. So verurteilen alle von mir untersuchten Akteure Rechtsextremismus – selbst die Radikale Rechte weist Rechtsextremismus (wie auch Verwandtschaft zum Nationalsozialismus) von sich. Allerdings zeigt sich, dass diese Anti-Rechtsextremismus-Norm nicht gleichzusetzen ist mit demokratischen oder menschenrechtlich fundierten Normvorstellungen. Es hat sich gezeigt, dass die lokale und (mit Einschränkung) auch die regionale Politik die (Rechts-)Extremismus-Debatte vor allem führte, um sich nicht mit menschenrechtlichen Normen (Fremdenfeindlichkeit/ Rassismus etc.) auseinandersetzen zu müssen. In der Rechtsextremismus-Debatte existieren nicht nur grundlegend verschiedene Begriffsverständnisse, sondern diese drücken vielfach auch unterschiedliche Normvorstellungen aus. So wird bereits eine von bestimmten Akteuren (Bundespolitik, Medien) auch menschenrechtlich verstandene Anti-Rechtsextremismus-Norm durch rechtsradikale Debattenimpulse diskreditiert und zu einer Ungröße verschoben, die angeblich keine Inhalte, also keine Realität hat. Rechtsextremismus wird zum „Totschlag“-Argument, das Phänomen selbst verschwindet hinter den durch die Akteure konstruierten Zuschreibungen.

## 2.2 *Thematisierung des Nationalsozialismus*

Bei der Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wird vielfach auf den Nationalsozialismus Bezug genommen, vor allem durch Politiker (auf allen Ebenen: lokal, regional, Bund) und die Radikale Rechte. Besonders deutlich konnte die Relevanz des Themas Nationalsozialismus in der Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit anhand der Gauweiler-Edathy-Kontroverse herausgearbeitet werden. Gauweiler fordert – wie Radikale Rechte – ein Ende des „Endlosdiskurses über das Dritte Reich (und den real existierenden Sozialismus)“ und beklagte das nochmals Vorgeführt-Werden „verstorbenen Beamter des Auswärtigen Dienstes, die in ihrer Jugend in der NSDAP waren“ ebenso wie der „Stasi-Spitzel“ durch die „moralischen Sieger“. Er setzt damit nicht alleine den Nationalsozialismus mit dem DDR-Sozialismus gleich, sondern richtet sich bei seinem Vorhaben, die Rechtsextremismus-Debatte zu diskreditieren, offensiv gegen eine kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Edathy positioniert sich entgegengesetzt: Er wirft Gauweiler Relativierung und Verharmlosung des Nationalsozialismus vor. Durch die Verharmlosung, das „Kleinreden des Rechtsextremismus“ in der heutigen Bundesrepublik Deutschland und das „Abwiegeln von Fällen wie

Mügeln“ werde die „politische Kultur der Nachkriegszeit“ in Frage gestellt. Die „Ablehnung demokratiefeindlicher Bestrebungen“ und die „konsequente (kritische – B.S.) Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ seien bundesrepublikanische Normen.

Neben diesem Streit über gesellschaftliche Normen und Geschichtsschreibung gibt es auch weniger direkte Bezüge zum Nationalsozialismus in der Debatte. Unmittelbar nach dem Vorfall kam es zu emotionalen, aber inhaltlich vagen Verurteilungen des Falls. Hier zeigt sich einerseits eine Selbstverständlichkeit in der Bezugnahme zu den (schmerzlichen) Erfahrungen des Nationalsozialismus (der Glaube, dass Referenzen<sup>1114</sup> reichen, um die Verbindung herzustellen), andererseits zeigt sich auch, dass diese Bezugnahme verblasst und problematisch ist, weil es kaum direkte und erklärende Verweise gibt.

Zudem zeigte sich die besondere Rolle, die Juden bei der Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bundespolitik zugeschrieben wird. So wurde in einer Bundestagssitzung nach einer Diskussion über die Neu-Ausrichtung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, den Fall Mügeln und ein Attentat auf einen Rabbiner<sup>1115</sup> von allen Parteien die Bezuschussung einer Rabbinerausbildung in Frankfurt am Main bekräftigt. Dabei wurde die Förderung jüdischen Lebens in der Gegenwart als Konsequenz aus der Notwendigkeit der Bekämpfung von Rechtsextremismus und dem Schutz seiner potentiellen Opfer dargestellt.

Bei der Sächsischen Staatsregierung/CDU ist die Referenz zum Nationalsozialismus als Sündenbock für diverse Problemlagen auszumachen: So werden Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus nicht als eigenständiges Problem thematisiert, sondern die Schuld wird auf die NPD verlagert, die zur Trägerin einer für das unumstritten Böse stehenden nationalsozialistischen Ideologie stilisiert wird. Gleichzeitig wird die NS-Vergangenheit (und mit ihr wieder die NPD) dafür verantwortlich gemacht, dass es problematische Rechtsextremismus- und Fremdenfeindlichkeits-Zuschreibungen in Debatten nach Fällen wie in Mügeln gibt.

Als besonders widersprüchlich erweist sich die Bezugnahme auf den Nationalsozialismus durch die Radikale Rechte. So zeigte sich zwar zum einen ein positives Andocken an den Nationalsozialismus (u.a. durch Verwendung von NS-Verweisen oder Vokabular wie „Mitteldeutsche“)<sup>1116</sup> – und hiermit das Fortschreiben eines den Nationalsozialismus affirmierenden Narrative. Jedoch kann-

---

1114 Wie etwa der besonderen Scham in Deutschland bei solchen Vorfällen.

1115 Ein Rabbiner wurde etwa zeitgleich in Frankfurt a.M. durch Messerstiche verletzt.

1116 Etwa durch allgemeine Verweise auf fehlende Anerkennung deutscher Opfer, die als Code für die Forderung, Nationalsozialisten als Opfer anzuerkennen und den Nationalsozialismus damit zu rehabilitieren, zu lesen sind.

te anhand der rechtsradikalen Positionierung in der Debatte auch gezeigt werden, dass die Radikale Rechte darum bemüht ist, Beziehungen zum Nationalsozialismus abzustreiten, zu widerlegen und auf den politischen Gegner zu projizieren. Es ist wohl der verzweifelte Versuch, sich von Nazi-Anschuldigungen loszueisen, die zur eigenen Diskreditierung als politischer Akteur führen (Beispiel: „NS-Keule“, Gansel) – um politisch überleben zu können und auch um möglichen Repressionen zu entgehen. So stellt sich die Radikale Rechte einerseits in eine den Nationalsozialismus integrierende Erinnerungs-Linie, löst sich von dieser aber gleichzeitig dadurch, dass sie den politischen Gegner durch Metaphern, Vergleiche aber auch direkte Anschuldigungen in die Nähe des Nationalsozialismus rückt.<sup>1117</sup>

Im Gegensatz zu den politischen Akteuren finden sich in den Medien nur vereinzelt Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus und dann häufig gleichzeitig mit Verweisen auf die SED- bzw. DDR-Geschichte. In mehr als der Hälfte der untersuchten Zeitungen fand sich keine einzige eigenständig durch Journalisten hergestellte Referenz zum Nationalsozialismus (lediglich zufällige, unkommentiert über Politiker-Zitate). Häufiger sind – ähnlich wie von Seiten der Bundespolitik – blasse Referenzen (ohne direkte Nennung des Nationalsozialismus, nicht von jedem leicht entcodierbare Verweise) zum Nationalsozialismus.

Die Bezüge zum Nationalsozialismus in der Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zeigen, dass über die Ausgestaltung der „erinnerten Vergangenheit“ gekämpft wird. So wird eine sich im Fluss befindende Erzählung über Vergangenheit geschrieben, in die aktuelle Bezüge (Fälle wie Mügeln) eingepasst und in eine Erinnerung-Linie gestellt werden.<sup>1118</sup> Das öffentliche Bewusstsein über die Erinnerung der Vergangenheit und das In-Beziehung-Setzen gegenwärtiger Ereignisse wird „ausgehandelt“. Dabei ist jeder Debattenbeitrag ein Teil der entstehenden Narrative.<sup>1119</sup> Allerdings zeigt meine Analyse, dass es keine einheitliche nationale Narrative gibt: Es entstehen zwei unterschiedliche, sich kontradiktiv gegenüberstehende Narrative zum Fall Mügeln. Sie entspringen nicht nur unterschiedlichen Positionierungen in der Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, sie sind auch verbunden mit einem kontradiktiven Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

---

1117 Dies zeigten nicht nur die direkten Äußerungen von Gansel, sondern ebenso die sprachlichen NS-Verweise, u.a. von Neujahr („Apartheids- und KZ-Phantasien“) und Apfel („gleichgeschaltete Meinungsindustrie“).

1118 Vgl. zu Erinnerung etc. Assmann und Assmann (1994), Assmann (1999).

1119 Alexander und Margarete Mitscherlich verwiesen darauf, dass öffentliches Bewusstsein sich aus „tausendfältigen Äußerungen“ zusammensetzt. Vgl. Mitscherlich (1967), S. 65.

### 2.3 Ost-West-Befindlichkeiten

In den Medien findet sich die Referenz zum Nationalsozialismus und die Einordnung in eine entsprechende Erinnerungslinie kaum (nur deutlich in der *Welt*). Stattdessen zeigen sich andere Narrativ-Bildungen: In vielen Medien (linke und links-liberale) wird an die rassistische Gewalt Anfang der 90iger Jahre erinnert. Mügeln wird diesen Ereignissen zugeordnet und dabei teilweise im Licht von Wiedervereinigung und Wende-Erfahrung beleuchtet. In einzelnen Beiträgen (besonders ausgeprägt in der FAZ) wird der Fall hingegen vor allem als logische Konsequenz der SED-/DDR-Sozialisation verstanden und entsprechend als Kontinuität von Ost-Mentalitäten konzipiert. Betont werden hier die eigenen bundesdeutschen Normsetzungen im Kontrast zu denen der Ostdeutschen (welche u.a. auch als nicht existent oder quasi barbarisch beschrieben werden).

Gezeigt hat die Analyse insgesamt eine Durchdringung der Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und ihre partielle Überlagerung durch eine Ost-West-Debatte, die vielfach nicht sachlich geführt wird, sondern von emotionalen Befindlichkeiten geprägt ist. Diese Paralleldebatte wird zum Teil als Ursachen- und Problemverortungsdebatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geführt, zum Teil aber auch darüber hinausgehend als Identitätsdiskussion. Verantwortlichkeit wird verschoben, so wird Selbstreflexion (scheinbar) nicht mehr nötig.

Einige Vertreter der Bundespolitik und der Medien betonen, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Ländern stärker ausgeprägt sind. Diese Tatsache wird als bloße Aussage in die Debatte eingebracht oder durch Anführen von (historischen, politischen, soziologischen, psychologischen) Gründen belegt. Dabei kommt es in Einzelfällen zu pauschalisierenden und diffamierenden Äußerungen über Ostdeutsche.<sup>1120</sup> Die Radikale Rechte nutzt die Ost-West-Befindlichkeiten strategisch in der Debatte, um die Rechtsextremismus-/Fremdenfeindlichkeits-Thematisierung insgesamt zu diskreditieren. Der Mügeln Bürgermeister und die Sächsische Staatsregierung/CDU betonen ausgiebig die angebliche Diskriminierung von Ostdeutschen. Ihre permanente Klage über Vorurteile gegenüber Ostdeutschen verhindert eine objektive Auseinandersetzung mit dem fremdenfeindlich/rassistisch und rechtsradikal motivierten Fall.

Auch die Radikale Rechte nutzt die ostdeutschen Befindlichkeiten. Sie treibt in der Debatte ihre eigene ideologische „Kollektivbildung“, die speziell die

---

1120 Die Probleme einer Überthematierung der Ost-Problematik in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die Notwendigkeit stärker den Fokus auf sozioökonomische abdriftende Regionen statt auf Ost-West-Differenzen zu lenken führte bereits Matthias Quent aus. Vgl. Quent (2012).

Ostdeutschen ansprechen soll: Sie vereinnahmt die Mügeln und die Ostdeutschen in ihr Kollektiv der nationalistischen/völkischen Deutschen und grenzt diese gegenüber den „Bundesrepublikanern“ ab – womit sie gleichwohl an die Zeit vor der Bundesrepublik und der DDR, an den Nationalsozialismus, anknüpft und dabei ein bequemes Deutsch-Sein ohne Ost-West-Konflikte verspricht. Die rechtsradikale Wir-Gruppe wird dadurch gestärkt, dass sie angeblich gemeinsam als „Kollektiv“ angegriffen wird. So argumentiert die Radikale Rechte, Mügeln und die Mügeln würden pauschal „vorverurteilt“, schuldig gesprochen und verunglimpft, ebenso alle Ostdeutschen und nationalistische/völkische Deutschen insgesamt. Sie nutzt damit ein althergebrachtes Konzept – die „Kollektivschuldthese“ – um für ihre eigene Weltsicht und Ideologie zu werben.

### 3 Wie geht es weiter in Mügeln? (Ausblick)

Der Blick auf Daten zu politisch rechts motivierten Straftaten, inklusive Gewalttaten, verrät, dass der Vorfall in Mügeln Ausgangspunkt für eine Serie entsprechender Taten in der Gemeinde war. Vor dem Übergriff zum Altstadtfest am 18./19. August 2007 wurden jahrelang keine politisch rechts motivierten Straftaten in die amtlichen Daten aufgenommen.<sup>1121</sup> Seit dem Übergriff vom 18./19. August kam es zu einer Explosion rassistischer und rechtsextremer Delikte. Öffentlich zugängliche Informationen von Seiten des Staates über die Situation in Mügeln gibt es vorerst nicht. Durch eine kleine Anfrage der Abgeordneten Köditz, Fraktion *Die Linke* im Sächsischen Landtag, zu Anzahl und Art politisch rechter Delikte in Mügeln von 2004 bis einschließlich 2009 wird die Sächsische Staatsregierung veranlasst, ihre Kenntnisse hierüber offenzulegen. Sie listet 14 Delikte seit dem 19. August 2007 auf:<sup>1122</sup>

---

1121 Allerdings gab es drei Gewaltdelikte von Rechtsextremen vor dem Fall vom 19. August 2007 in Mügeln und vor 2004: Am 27.08.1997 tätlicher Angriff von Neo-Nazis auf eine junge Frau und deren Freund; am 18.01.1998 Übergriff mit Reizgas, Schreckschusswaffen und Eisenstangen von verummten Neo-Nazis auf Freizeittreff, Verletzung von fünf Personen, Neo-Nazis werden festgenommen; am 2.02.2002 tätliche Angriffe von Neo-Nazis auf nicht-rechte Jugendliche. Vgl. Chronik Oschatz. <http://chronik.blogspot.de/aeltere/> (14.02.2012).

1122 Vgl. Antwort der Sächsischen Staatsregierung auf eine entsprechende Anfrage von Kerstin Köditz, Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag: Sächsischer Landtag, 5. Wahlperiode, Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz Fraktion *Die Linke*, „Mügeln“, Drucksache 5/796, vom 14.12.2009. [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=796&dok\\_art= Drs&leg\\_per=5&pos\\_dok=-1](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=796&dok_art= Drs&leg_per=5&pos_dok=-1) (09.02.2012).



Tabelle 41: Straftaten vom September 2004 bis einschließlich Dezember 2009<sup>1123</sup>

| Tattag     | Delikt                     | Tathergang      | Verletzte                       |
|------------|----------------------------|-----------------|---------------------------------|
| 19.08.2007 | Landfriedensbruch          | Gegenstand      | -                               |
| 19.08.2007 | Körperverletzung           | Gegenstand      | 14 (Grad nicht differenzierbar) |
| 19.08.2007 | Volksverhetzung            | Parole          | -                               |
| 06.12.2007 | Beleidigung                | Schriften       | -                               |
| 01.01.2008 | Verwendung von Kennzeichen | Parole          | -                               |
| 09.03.2008 | Volksverhetzung            | Parole          | -                               |
| 09.10.2008 | Verwendung von Kennzeichen | Parole          | -                               |
| 03.12.2008 | Volksverhetzung            | Bild-/Tonträger | -                               |
| 06.03.2009 | Körperverletzung           | Gegenstand      | 1 x leicht                      |
| 17.04.2009 | Verwendung von Kennzeichen | Parole          | -                               |
| 13.06.2009 | Sachbeschädigung           | Gegenstand      | -                               |
| 28.08.2009 | Verwendung von Kennzeichen | Parole          | -                               |
| 29.08.2009 | Landfriedensbruch          | Gegenstand      | -                               |
| 16.11.2009 | Sachbeschädigung           | Gegenstand      | -                               |

Vergleicht man die von der Sächsischen Staatsregierung wiedergegebenen Daten mit den Aufzeichnungen der Opferberatungsstellen, der zivilgesellschaftlichen Initiative „Vive le Courage“ in Mügeln sowie mit Medienberichten über rechts-extreme und rassistische Delikte, fällt auf, dass sich nur ein kleiner Teil der durch Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen gezählten Delikte in den staatlichen Aufzeichnungen findet.

Ausführliche Chroniken über rechtsradikale Aktivitäten werden von dem Leipziger Verein „Engagierte Wissenschaft e.V.“, der zeitweise vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wurde, von der über die Region hinaus renommierten RAA Sachsen/ RAA Leipzig<sup>1124</sup> sowie

1123 Zitiert aus: Antwort der Sächsischen Staatsregierung auf die Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz, Fraktion Die Linke: „Mügeln“, Drs.: 5/796, vom 14.01.2010. [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=796&dok\\_art=Drs&leg\\_per=5&pos\\_dok=-1](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=796&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=-1) (09.02.2012).

1124 Die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V. berät Opfer „rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt“ und informiert über entsprechende Gewalttaten.

von einer kleinen Oschatzer Antifa-Initiative bereitgestellt. Der Verein „Engagierte Wissenschaft e.V.“ führt seit dem 1. Mai 2008 insgesamt 57 politisch rechts motivierte Delikte, darunter 17 Sachbeschädigungen und 20 Gewalttaten in Mügeln auf.<sup>1125</sup> Vielfach werden als Tatverdächtige „Neonazis“ benannt. Neben Propagandadelikten finden sich besonders häufig Übergriffe auf „nicht-rechte Jugendliche“<sup>1126</sup> oder ihre Wohnhäuser sowie Drohungen gegen sie. Häufig verzeichnet sind auch Angriffe auf die Räumlichkeiten des sichtbarsten Gegners der „Rechten“ in Mügeln, des Vereins „Vive le Courage“. Um einen Eindruck über das weitere Geschehen in Mügeln zu vermitteln, werde ich beispielhaft fünf besonders eklatante Vorfälle vorstellen. Drei davon finden sich gar nicht, die anderen beiden nur ansatzweise in den von der Sächsischen Staatsregierung veröffentlichten Daten.<sup>1127</sup>

1. Am 26. September 2008 wird ein Zeuge in den Ermittlungen zu dem Übergriff beim Mügelnert Altstadtfest vom 19. August 2007 zusammengeschlagen. Er hatte in der TV-Dokumentation „Der Tag, an dem der Mob die Inder

Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA Leipzig) und Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA Sachsen).

1125 Ich habe – weil es nicht möglich war, die Einzeldelikte sauber auseinanderzuhalten – pro Übergriff nur ein Delikt gezählt. Daher ist die Zahl der Gesamt-Delikte zu niedrig. Nicht gezählt habe ich außerdem Pöbeleien von Neo-Nazis bei oder vor Gerichtsverhandlungen in Oschatz – also Delikte, die zwar mit Fällen in Mügeln in Beziehung stehen, aber sich nicht in Mügeln ereigneten. Auflistung der Fälle: Vgl. Die Opferchronik, chronik.LE, des Leipziger Vereines „Engagierte Wissenschaft e.V.“: <http://www.chronikle.org/ort/landkreisnordsachsen/muegeln?page=5> (14.02.2012). Die chronik.LE ist eine AG des Leipziger Vereines „Engagierte Wissenschaft e.V.“ Hier findet sich eine umfangreiche Dokumentation neonazistischer, rassistischer und diskriminierender Aktivitäten in Leipzig und den umliegenden Landkreisen. Das zivilgesellschaftliche Projekt wurde im Jahr 2008 und 2010 vom BMFSFJ gefördert. Eine Auflistung besonders schwerer Delikte in Leipzig und Umgebung findet sich zudem in der Broschüre des Vereines: chronik.LE Redaktionsteam (Hrsg.): Leipziger Zustände. Chronic.LE – Dokumentation rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig, Leipzig Mai 2009. [http://www.chronikle.org/files/material/Leipziger\\_Zustaende.pdf](http://www.chronikle.org/files/material/Leipziger_Zustaende.pdf) (14.02.2012).

1126 So die Terminologie der Opferberater.

1127 Diese Beobachtungen entsprechen den jüngsten Befunden im Zusammenhang mit der Zählung von Todesfällen durch politisch rechts motivierte Gewalt, die nach der Entdeckung der NSU neu diskutiert wurden. Es zeigte sich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und Journalisten genauer dokumentierten als der Staat. Während die Bundesregierung im Herbst 2011 noch 48 Todesfälle seit 1990 registriert hatte, verzeichneten Journalisten (vom Tagesspiegel, Frankfurter Rundschau und die ZEIT) und Vertreter von Opferberatungsstellen in den Jahren 1990 bis 2010 bereits „137 Todesopfer rechter Gewalt“. Die jüngste Opferchronik der Amadeu Antonio Stiftung zählte inzwischen sogar „181 Todesopfer durch rechtsextreme Gewalt“ seit 1990. Einige Bundesländer haben ihre Opferstatistik inzwischen (eingeschränkt) angeglichen. Vgl. Jansen et al (2010); Antonio Stiftung, 2011: 181 Todesopfer durch rechte Gewalt, in: Die Welt vom 20.11.2011. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13725571/181-Todesopfer-durch-rechte-Gewalt-in-Deutschland.html> (Stand: 30.12.2011).

hetzte<sup>1128</sup> gemeinsam mit weiteren Zeugen und einem der indischen Opfer ausgesagt, dass es sich um einen bewussten Angriff auf die Inder handelte und nahe gelegt, dass es ein rassistischer und von Rechtsextremen begangener Übergriff war.<sup>1129</sup> Der Zeuge wurde am Rande eines öffentlichen Fests auf dem Gelände des Schlosses Ruhetal in Mügeln von etwa 15 Personen angegriffen und am Boden liegend getreten sowie geschlagen.<sup>1130</sup> Der Übergriff ist nicht in den staatlichen Daten dokumentiert.

2. Am 11. November 2008 wird eine öffentliche Informationsveranstaltung des Mügeln Jugendvereines „Vive le Courage“ von Neo-Nazis gestört. Sie rufen rassistische, homo-phobe und sexistische Parolen und beleidigten und attackierten Besucher der Veranstaltung.<sup>1131</sup> Der Vorfall findet sich nicht in den staatlichen Daten.

3. In der Nacht des 7. März 2009 werden erneut Menschen indischer Herkunft angegriffen und die von einem Inder betriebene Pizzeria „Piccobello“ attackiert. Zwei Männer greifen das Lokal an und prügeln auf zwei Mitarbeiter ein, einem wird die Nase gebrochen.<sup>1132</sup> Der Vorfall wird in den staatlichen Daten als „Körperverletzung“ mit einer „leicht“ verletzten Person notiert.

4. Zu mehreren rechtsextremen Übergriffen kommt es am 30. April 2009. Opferberatungsstellen nennen den Tag den „vorzeitigen Höhepunkt neonazistischer Bedrohung und Gewalt in Mügeln“. So versuchen Neonazis bei einem Jugendlichen in die Wohnung einzudringen, zerstören seinen Briefkasten und drohen ihm – bis die Polizei kommt. Wenig später greift eine Gruppe Neonazis „nichtrechte Jugendliche“ mit Hieb Waffen an und jagt sie durch Mügeln. Sie können fliehen und sich verstecken. Zudem wird eine weitere Person von drei „stadtbekanntem Neonazis“ zusammengeschlagen. Die geschädigte Person erleidet Hämatome, Prellungen und eine Platzwunde am Kopf. In derselben Nacht versammeln sich etwa zwanzig Neonazis vor einem als alternativer Treffpunkt bekannten Haus und bedrohen die Anwesenden. Als die Polizei eintrifft, fliehen sie.<sup>1133</sup> Der Vorfall ist nicht in den staatlichen Daten verzeichnet.

1128 Der investigative Film von Kamil Taylan, der im September 2008 von der ARD ausgestrahlt wurde, klärte über den rassistischen und rechtsextremen Hintergrund des Übergriffs am 18./19. August 2007 auf. Vgl. Medien-Teil, Mügeln wird zur Referenz.

1129 Vgl. *Spiegel-online* vom 30.09.2008: „Sachsen. Zeuge aus TV-Doku über Mügeln verprügelt.“

1130 Vgl. Chronik.LE, S. 29. Vgl. diverse Medienberichte.

1131 Chronik. LE, S. 33. Bezeichnend ist, dass am gleichen Abend Autos mit NPD-Aufklebern beklebt werden.

1132 Vgl. Chronik.LE, S. 45; *Spiegel-online* vom 9.03.2009: Angriff auf Pizzeria: Erneut Inder in Mügeln überfallen. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,612159,00.html> (13.09.2011). Dieser Übergriff findet sich mit dem Kommentar „Körperverletzung, 1 x leicht“ auch in den Angaben der Sächsischen Staatsregierung.

1133 Vgl. Internet-Chronik.LE vom 30. April 2009. <http://www.chronikle.org/ereignis/terror-muegeln-nazis-ueberfallen-personen-wohnobjekte> (12.02.2012).

5. Auch am letzten Augustwochenende 2009 kommt es zu mehreren Angriffen durch Rechtsextreme. Am späten Abend des 28. August versammeln sich etwa 50 Neonazis vor dem Vereinsgebäude des Vereins „Vive le Courage“. Die „ortsbekanntem“ Rechtsextremen greifen zuerst das Haus mit Flaschen und später die eintreffende Polizei mit Flaschen, Pyrotechnik und Leuchtsputmunition an. Die Polizei kann einen direkten Angriff auf das Gebäude verhindern und nimmt eine Person in Gewahrsam. Die Neonazis führen Elektroschocker, Schreckschusspistolen, Schlagringe, Teleskopschlagstöcke und ähnliche Gegenstände mit sich, zeigen vor den Augen der Polizei den Hitler-Gruß und rufen „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“. Der Einsatzleiter der Polizei kommentiert die Situation in Mügeln: „Ich bin zum ersten Mal in der Kleinstadt und hier herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände“.<sup>1134</sup> Später greifen die Neonazis einen Jugendlichen an und schlagen ihn ins Gesicht. Insgesamt kommt es vor und während der antirassistischen Aktionswoche – zu der das von „Vive le Courage“ geplante antirassistische Konzert vom Bürgermeister/Stadtrat in Mügeln verboten wurde<sup>1135</sup> – zu mehreren Angriffen auf Personen und das Vereinshaus.<sup>1136</sup> In den staatlichen Daten werden die Delikte als „Verwendung von Kennzeichen“ und „Landfriedensbruch“ (und weder als „Volksverhetzung“ noch als „Körperverletzung“) geführt.

So kommt es nach dem Übergriff vom 18./19. August 2007 und der anschließenden Thematisierung bzw. Verleugnung von Fremdenfeindlichkeit/Rassismus und Rechtsextremismus zu einer zunehmenden Eskalation rechtsradikaler Aggression. Der Verein „Vive le Courage“ stellt im Sommer 2008 fest: „Die Zahl der Angegriffenen steigt, auch Verfolgungen häufen sich. Die Mitglieder unseres Vereins sind davon besonders betroffen.“<sup>1137</sup> Die Zahlen zeigen, dass Mügeln zum Brennpunkt rechtsextremer Aggression in Sachsen und dem gesamten Bundesgebiet wird. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen der Region machen darauf aufmerksam: Die Opferberatungsstelle RAA Sachsen/RAA Leipzig be-

1134 Polizeibericht zitiert durch RAA Sachsen (siehe Verweis folgende Fußnote).

1135 Hierzu ausführlich vgl. Teil „Lokale Politik“, Mügeln als Referenz.

1136 Besonders eklatant waren nach Angaben der RAA Sachsen/RAA Leipzig auch Übergriffe am 22.08.2009, als etwa 15 Neonazis versuchten, das Vereinsgebäude anzugreifen. In der Nacht vom 22.08.2009 haben zudem drei Nazis einen Jugendlichen in Mügeln angegriffen und durch Schläge mit Quarzhandschuhen im Gesicht verletzt. Vgl. Chronik.LE <http://www.chronikle.org/ereignis/buergerkriegsaehnliche-zustaende-muegeln-uebergriffe-nazis> (12.02.2012). Einige dieser Delikte sind auch in der staatlichen Statistik verzeichnet (siehe oben).

1137 *Netz-gegen-Nazis* vom 5.08.2008: „Vor den Linken hat er ein bisschen Angst“. Interview mit Susan Anger, Mitglied des Vive le Courage e.V., geführt von Bea Marer von *netz-gegen-nazis.de*. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/muegeln-das-rechtsextreme-stoert-ihn-nicht-so-2991> (15.02.2012).

zeichnen Mügeln im Jahr 2009 als „sächsischen Brennpunkt (gemeinsam mit dem Ort Limbach-Oberfrohna) rechtsradikaler und rassistischer Gewalt“<sup>1138</sup>. So habe es in Mügeln die höchste Anzahl rechtsradikaler und rassistisch motivierter gewalttätiger Übergriffe gegeben. Zugleich würden hier besonders viele Sachbeschädigungen vorgenommen.<sup>1139</sup> Die RAA-Sachsen stellt fest:

„Mügeln ist einer der Orte, die ein massives Problem mit rechter Gewalt und Einstellungen haben und heute (im Oktober 2009 – B.S.) finden nahezu wöchentlich Angriffe statt“.<sup>1140</sup>

Auch im bundesdeutschen Vergleich sticht Mügeln heraus: Das Bundesland Sachsen war bei politisch rechts motivierten Straf- und Gewalttaten bereits jahrelang führend. In der jährlich herausgegebenen Statistik vom Jahr 2007 resümieren die ostdeutschen Opferberatungsstellen, dass Sachsen wieder einmal trauriger Spitzenreiter bei den politisch rechts motivierten Delikten sei. Hier hätte sich mehr als ein Drittel der gesamten Gewalttaten zugetragen (mindestens 306).<sup>1141</sup> Damit wird Mügeln nach dem Vorfall beim Altstadtfest zu einem bundesweiten Brennpunkt politisch rechts gerichteter Straf- und Gewalttaten.

Auch im Jahr 2010 beruhigt sich die Situation in Mügeln nicht. Bürgermeister Deuse, der auch Präsident des Mügelner Fußballclubs ist, wiegelt weiterhin ab.<sup>1142</sup> Zu konkreten Vorwürfen bezüglich rechtsextremer Äußerungen von Fuß-

1138 RAA Sachsen/RAA Leipzig (Hrsg.): Rechts und/oder rassistisch motivierte Angriffe in Sachsen 2009. Eine Statistik der sächsischen Opferberatungsstellen, S. 3 u. 9. [http://www.raa-sachsen.de/images/Statistiken/statistik\\_2009.pdf](http://www.raa-sachsen.de/images/Statistiken/statistik_2009.pdf) (13.09.2011).

1139 Die Opferberatungsstellen verzeichnen im Jahr 2009 263 Angriffe rechts und/oder rassistisch motivierter Gewalt in Sachsen. Davon haben sich 17 in Mügeln zugetragen. Bemessen am Verhältnis zur Einwohnerzahl der Stadt muss die Kleinstadt als sächsischer Brennpunkt bezeichnet werden. Vgl. RAA Sachsen/RAA Leipzig (Hrsg.): Rechts und/oder rassistisch motivierte Angriffe in Sachsen 2009. Eine Statistik der sächsischen Opferberatungsstellen, S. 3 u. 9. [http://www.raa-sachsen.de/images/Statistiken/statistik\\_2009.pdf](http://www.raa-sachsen.de/images/Statistiken/statistik_2009.pdf) (13.09.2011).

1140 RAA Sachsen vom 15.10.2009: „Das Rechtsextreme stört ihn nicht so, aber vor den Linken hat er Angst“. [http://www.raa-sachsen.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=913&Itemid=2](http://www.raa-sachsen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=913&Itemid=2) (13.09.2011).

1141 In den neuen Bundesländern und Berlin waren es insgesamt 861 politisch rechts motivierte Gewalttaten. Vgl. RAA Sachsen / RAA Leipzig vom 10.06.2008: „Opferberatungsstellen der östlichen Bundesländer und Berlin legen Jahresstatistik 2007 vor.“ [http://www.raa-sachsen.de/index.php?view=article&catid=35%3Ajahresstatistiken&id=303%3Aoestliche-bundeslaender-2007&Itemid=31&option=com\\_content](http://www.raa-sachsen.de/index.php?view=article&catid=35%3Ajahresstatistiken&id=303%3Aoestliche-bundeslaender-2007&Itemid=31&option=com_content) (14.02.2012). Eine statistisch aussagekräftigere Tatverdächtigenbelastungsziffer (Tatverdächtige pro 100.000 Einwohner ähnlichen Alters im Land) liegt nicht vor.

1142 So zeigen Mügelner Fußballfans beim Fußballspiel SV-Mügeln Ablaß gegen Roter Stern Leipzig am 20. April 2010 den Hitler- und Kühnen-Gruß. Sie riefen antisemitische, rassistische und rechtsextreme Parolen wie: „Frei, sozial und national“, „hasta la vista – antifaschista“ und „good night left side“, sowie „Scheiß Zecken“, „Vive le Courage – leckt uns am Arsch“. Zu-

ballfans während eines Spiels sagt er etwa: „So lange ich beim Spiel war, habe ich keine Nazi-Sprüche gehört.“ Stattdessen hätten Fans der anderen Mannschaft (Roter Stern Leipzig) provoziert, weil sie die Mügeln als „Nazis“ beschimpft hätten.<sup>1143</sup> In einer Stellungnahme des Vereins distanziert dieser sich später von rassistischen Gesängen, stellt aber fest, dass die Gruppe, von der die Gesänge ausgingen, nie zuvor in Mügeln gewesen sei<sup>1144</sup> – also verschiebt der Bürgermeister die Probleme wieder nach außen (außerhalb Mügeln). Verschiedene Zeitungen berichten hingegen und Videos (die bei *youtube* für jeden sichtbar eingestellt sind) belegen, dass Fans des Mügeln Vereins nach dem Spiel rechtsextreme Lieder anstimmen und Plakate ausrollen, die sich gegen den ortsansässigen Verein „Vive le Courage“ richten. Die Polizei löst die Versammlung auf und ermittelt wegen Volksverhetzung.<sup>1145</sup> Als Reaktion auf eine kleine Anfrage des *Grünen* Abgeordneten Miro Jennerjahn informiert die Sächsische Staatsregierung, dass es in diesem Zusammenhang zu keinen strafrechtlichen Maßnahmen gekommen sei, lediglich zu einer Identitätsfeststellung. Dabei wird festgestellt, dass diese Person aus Mügeln kommt.<sup>1146</sup>

### Schlussfolgerungen

Der Fall Mügeln wird nicht nur zum Kampffeld um die Deutungshoheit und zur kontradiktiven Referenz. Der Ort Mügeln wird auch zum physischen Kampffeld

---

dem wurde das sogenannte „U-Bahn Lied“ („Eine U-Bahn bauen wir von Jerusalem nach Auschwitz“) gesungen. Einige Mügeln-Fans trugen T-Shirts mit der Aufschrift: „Anti-Antifa“ und „Vive le Arsch“, wieder eine pejorative Anspielung auf den antirassistischen Verein „Vive le Courage“ aus Mügeln. Der Schiedsrichter pfeift das Spiel nach 80 min. ab. Vgl. <http://www.rotter-stern-leipzig.de/news499.html> (13.09.2011).

1143 Zitiert in: *spiegel-online* vom 24.04.2010: Balotelli raus, Spielabbruch in Mügeln. <http://www.spiegel.de/sport/fussball/0,1518,691059,00.html> ; vgl. auch ein Amateur-Video zum Fußballspiel, das die Aktivitäten des Mügeln Fanblocks aufzeichnet. <http://www.youtube.com/watch?v=szWYLrmABEg> (13.09.2011).

1144 Vgl. *Endstation rechts* vom 25.04.2010: Mügeln vs Roter Stern Leipzig: Spielabbruch wegen rassistischer Gesänge. Von Hanka Kliese. [http://endstation-rechts.de/index.php?option=com\\_k2&view=item&id=4773:mügeln-vs-rotter-stern-leipzig-spielabbruch-wegen-rassistischer-fangesänge&Itemid=840](http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=4773:mügeln-vs-rotter-stern-leipzig-spielabbruch-wegen-rassistischer-fangesänge&Itemid=840) (13.09.2011).

1145 Vgl. ebenda; vgl. auch ein Amateur-Video zum Fußballspiel, das die Aktivitäten des Mügeln Fanblocks aufzeichnet. <http://www.youtube.com/watch?v=szWYLrmABEg> (13.09.2011). Das Video auf youtube zeigt Neonazis, die den Mügeln Verein anfeuern, und nimmt ihre Gesänge „Frei, sozial und national!“ und „(...) nach Auschwitz“ auf, zeigt auch Hitler- und Kühnegrüß von Fans. Vgl. auch Video „Roter Stern Leipzig in Mügeln (Doku von Parolen und Straftaten der Nazis)“, hochgeladen am 10.09.2010. <http://www.youtube.com/watch?v=4cYEbPrUb98> (22.02.2012).

1146 Antwort der Sächsischen Staatsregierung auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Miro Jennerjahn, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: „Rechtsextremistische Vorkommnisse während des Fußballspiels SV Mügeln gegen Roter Stern Leipzig am 24. April 2010“, vom 14. Juni 2010.

der Radikalen Rechten. Für Personen, die um Aufklärung des Übergriffs vom 18./19. August 2007 bemüht waren, sowie für diejenigen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagierten, wird die Situation in Mügeln zur dramatisch eskalierenden Bedrohung.

Es zeigt sich, dass zivilgesellschaftliche Akteure<sup>1147</sup> die zentrale Ressource für Informationen und Aufklärung bezüglich der Entwicklung der rechtsradikalen Szene im lokalen Raum darstellen. Zu einer realitätsbezogenen Darstellung des Falls sowie den Entwicklungen vor Ort trugen darüber hinaus Bemühungen der Oppositionsparteien (*Die Linke* und *Die Grünen/Bündnis 90*)<sup>1148</sup>, einzelner Journalisten<sup>1149</sup>, wie auch der investigative Dokumentarfilm von Kamil Tayan<sup>1150</sup> und die Opfer-Anwälte<sup>1151</sup>, sowie die ersten Urteile zum Fall bei. Informationen durch den Staat gab es nur auf Nachfrage und diese mündeten in keine deeskalierend wirkende Intervention in Mügeln. Die eskalierende Situation in Mügeln wurde von dem Bürgermeister weiterhin ignoriert und befördert. Die lokale Politik, in der Öffentlichkeit insbesondere durch den Bürgermeister repräsentiert (und – wie wir aus den Ermittlungsakten wissen – die polizeilichen Er-

---

1147 Regional tätige (neben den oben erwähnten Akteuren, u.a. auch Vertreter der Kirche) und ein überregional tätiger zivilgesellschaftliche Akteur bleiben konkret am „Fall“: Die *Amadeu Antonio Stiftung* verleiht dem zivilgesellschaftlichem Engagement vor Ort eine Stimme, indem sie einzelne Interviews und Berichte über die sich nach dem Übergriff dramatisierende Situation in Mügeln ins Internet stellt. Zudem kümmert sich die Stiftung, um die „Stärkung einer demokratischen Jugendkultur in Mügeln“. Über ihren Opferfonds CURA bewilligt sie finanzielle Hilfe für den Verein „Vive le Courage“ und geht an die Öffentlichkeit mit dem Aufruf durch Spenden zu helfen. Von diesem Akteur wird „Mügeln“ auch im Zeitraum III als Referenz benutzt: Die Vorsitzende der *Amadeu Antonio Stiftung*, Anetta Kahane, kritisiert etwa, dass die Sächsische Landesregierung sich aus dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie zurückzieht. Der neue „Bürgerpreis“ würde Bürger nicht beteiligen, denn „Vorschläge für den Preis dürfen nur noch Landräte oder Bürgermeister abgeben (...) Wer an die sächsischen Städte Mügeln, Colditz oder Döbeln denkt, weiß allerdings, dass sich die Bürgermeister hier nicht unbedingt auf die Seite der Engagierten gestellt haben.“ Vgl. u.a. Amadeu Antonio Stiftung: „Ganz eindeutig ein fremdenfeindlicher, rassistischer Übergriff“ Interviews mit Anetta Kahane zum Fall Mügeln auf der Webpage der Stiftung. <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/archiv/august-2007/rassistischer-uebergreif-in-muegeln/> (11.02.2012); „Vive le Courage“: mutiges Engagement in Mügeln“, vom 27.10.2009. <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/vive-le-courage/> (12.02.2012); *Amadeu Antonio Stiftung* vom o.A.: „Rechtsextreme Angriffe in Mügeln – Opferfonds CURA bewilligt erste Hilfe für „Vive le Courage e.V.“ und bittet um weitere Unterstützung.“ <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/muegeln/> (11.02.2012); Zitiert im Newsletter der *Amadeu Antonio Stiftung* vom Oktober 2011, Ausgabe Nr. 79, Thema: „Bürgerpreis ohne Bürger“. <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/newsletter/newsletterarchiv/newsletter-oktober-2011/> (10.02.2012).

1148 Vgl. oben und Teil „Regionale Politik“, Mügeln als Referenz.

1149 Vgl. Teil „Medien“, Mügeln als Referenz.

1150 Vgl. ebenda.

1151 Vgl. Teil „Regionale Politik“, Mügeln als Referenz.

mittlungsböhrden), hat sich der Aufklärung des Falls aktiv entgegengestellt. Die Öffnung gegenüber rechtsradikalen Akteuren und die Verbote des Engagements gegen Rassismus und Rechtsextremismus haben eine Hegemonie der Radikalen Rechten im lokalen Raum ermöglicht.

#### **4 Schlussbetrachtungen: Kontradiktive Narrativen und die Ausbreitung der Radikalen Rechten**

Bereits 2005 schreibt der Journalist Toralf Staud von einer alltagskulturellen Dominanz rechtsextremer Ideologie in Teilen des ländlichen Ostdeutschlands und bezeichnet dieses Phänomen als „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“. <sup>1152</sup> Während Spannungen zwischen Ost- und Westdeutschen in der Debatte eine zentrale Rolle spielen, muss allerdings eher von der „Faschisierung“ oder ideologischer Abkoppelung desolater, vom demographischen Wandel stark betroffenen, ländlichen Gegenden gesprochen werden – nicht primär oder alleine in Ostdeutschland. Meine Analyse kann jedoch Stauds Aussage insofern belegen, als ich die Entwicklung einer rechtsradikalen Hegemonie in Mügeln nachzeichnen kann. Es gab keine sich auf alle Menschen auswirkende „Faschisierung“, sondern es muss von heterogenen Gesellschaften auch in der Provinz gesprochen werden: Auch bei den Mügelnern zeigte sich Diversität in der eigenen Positionierung gegenüber Rassismus und Rechtsextremismus. Damit stellte sich die Frage, wie es zu einer rechtsradikalen Hegemonie vor Ort kommen konnte. Dafür war der Blick auf die unterschiedlichen Zielsetzungen der Akteure, die von ihnen vorgenommene Platzierung ihrer Beiträge in der öffentlichen Debatte, ihre Interaktion und schließlich ihr Einfluss auf die Debatte unabdingbar. In der Klärung dieser Aspekte und ihres Zusammenspiels für den Fall Mügeln sehe ich einen besonderen Schwerpunkt meiner Arbeit.

So hat meine Analyse am Beispiel von Mügeln gezeigt, wie rechtsradikale und rassistische Gesinnung im lokalen und zum Teil auch regionalen Raum dominant wird. Die Analyse konnte zudem zeigen, dass die Radikale Rechte unbehelligt bzw. geschtzt von Ermittlungsbehörden und politisch Verantwortlichen diese Dominanz gewaltsam in Mügeln durchsetzt. Menschen, die sich gegen „rechtsradikale Wahrheiten“ zur Wehr setzen wollen, werden von Ermittlungsbehörden und politisch Verantwortlichen gebremst und eingeschchert, von Rechtsradikalen auf der Straße werden sie zusammengeschlagen. <sup>1153</sup> Selbst die

---

1152 Staud (2005). Allerdings zeigt sich, dass der Begriff „Faschisierung“ als Beschreibung zu unspezifisch und zugleich zu pauschalisierend ist.

1153 Hier zeigt sich ein komplett anderes Szenario als das von Wissenschaftlern in den 90iger Jahren angenommene. Scheufele, Brosius, Esser und Eps hatten bei ihren Untersuchungen vorausge-



erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit durch den von mir untersuchten Fall hat dies nicht verhindert. Es zeigten sich statt direkter Auswirkungen auf das Verhalten der Verantwortlichen vor Ort sogar Dissoziationsprozesse von der Bundespolitik und ihren Normsetzungen im lokalen und zum Teil auch regionalen (wie rechtskonservativen) Raum. Es offenbarte sich eine deutliche Diskrepanz zwischen den Normsetzungen der Bundespolitik und der sächsischen Sicherheitsbehörden, sowie eine fehlende (bundes-)politische Kontrolle letzterer. Die Durchsetzung einer rechtsradikalen Hegemonie vor Ort wird zudem erleichtert durch die Kurzlebigkeit entsprechender Debatten in Politik und Medien: So wandte sich ein Teil der Akteure, die problemorientiert Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus thematisierten (vor allem die Bundespolitik) schnell ab und überließ Mügeln denjenigen, die (gewollt oder ungewollt) eine Dominanz der Radikalen Rechten beförderten.

Die Gesamt-Analyse hat die weitgehende Uninformiertheit und Desinformation der Öffentlichkeit durch staatliche Institutionen – vor allem polizeiliche Ermittlungen, sächsische Staatsschutz und den Mügeln Bürgermeister/Stadtrat – offenbart und gezeigt, zu welchen problematischen Entwicklungen dies beiträgt. So war es im Fall Mügeln nicht möglich, sich über staatliche Quellen und öffentliche Aussagen von Polizei und Justiz ein adäquates Bild des Geschehens zu machen. Im Gegenteil, ich konnte zeigen, dass falsche Informationen und rassistische Stigmatisierungen durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz in die Debatte eingebracht wurden. Wenn die staatlichen Ermittlungsbehörden bundesrepublikanische Normen nicht teilen und daher bei der Aufklärung von rassistischer Gewalt, Rechtsextremismus und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung versagen, ist das Monitoring rechtsradikaler Aktivitäten durch zivilgesellschaftliche Akteure und auch investigativen Journalismus für eine realitätsnahe Einschätzung grundlegend.<sup>1154</sup> Es schafft erst die Basis für eine Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und damit für Reaktionen anderer Akteure (etwa der Bundespolitik).<sup>1155</sup>

Damit konnte ich durch meine Analyse erstens unterschiedliche Argumentationsmuster und Themensetzungen in der Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit herausarbeiten und zwei sich kontrastiv gegenüberstehen-

---

setzt, dass Polizeidaten die Realität fremdenfeindlicher Gewalt wirklichkeitsnäher als die mediale Berichterstattung abbilden und die Berichterstattung über entsprechende Vorfälle als mitverantwortlichen für die Gewalteskalation auf der Straße kritisiert. Vgl. u.a. Brosius und Esser (1995).

1154 Diese Feststellung ergibt sich aus meiner Arbeit. Um einen methodenkritischen Vergleich zwischen der Erfassung von polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Daten geht es an dieser Stelle nicht.

1155 Es muss aber auch konstatiert werden, dass diese Aktivitäten zu keinem Zurückdrängen der Radikalen Rechten im lokalen Raum führten.

de Akteursgruppen ausmachen, deren Positionierung sich aufgrund äußerer Einflüsse (Eckpunkte der Debatte und Einfluss anderer Akteure) im Laufe der Debatte veränderte. Diese ließen sich grob als eine an bundesdeutsche Normsetzungen (Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, ökonomisch erfolgreich, international anerkannt) andockende Gruppe und eine an völkische Normsetzungen orientierte Gruppe beschreiben. Zweitens konnte ich darüber hinaus konkrete Ursachen für die zunehmende Dominanz der Radikalen Rechten in Mügeln sichtbar machen.

Meine Ergebnisse sind damit auch ein relevanter Beitrag für die aktuelle politische Debatte. Vor ihrem Hintergrund sind insbesondere folgende Aspekte zu hinterfragen und zu diskutieren: Aufgabe von polizeilichen Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz, Probleme des Extremismus-Konzepts sowie die Notwendigkeit eines stärkeren (auch rechtlichen) Fokus auf Schutz vor gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (wie *Hate Crime*-Gesetzgebung). Zudem ergeben sich zahlreiche Hinweise für den strategischen Umgang mit der Radikalen Rechten. Diese könnten in einem weiteren Schritt systematisch zusammengefasst werden.

Über meine Arbeit hinaus wären insbesondere folgende weitere Forschungsanstrengungen wünschenswert: Durch weitere Fallanalysen wäre zu prüfen wie verbreitet das Fehlverhalten der Ermittlungsbehörden und der problematische Umgang durch lokale und regionale Politiker mit dem Themenkomplex ist. Wichtig wäre es hierbei, mögliche Kooperationsanstrengungen zwischen politisch Verantwortlichen und Ermittlungsbehörden offen zu legen. Wünschenswert wären zudem weitere Studien über die Umdeutung und Vereinnahmung rechtsradikaler Fälle durch die Radikale Rechte. Zu fragen wäre hierbei nicht nur, welche Fälle auf welche Art zum Beleg für die Verschwörungstheorien der Radikalen Rechte werden, sondern auch, wie die Radikale Rechte diese verdrehte Erinnerung mit Hinweisen auf ihre Ideologie (wie bei der codierten Erinnerung an die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds) anreichert. Zudem wären Analysen darüber aufschlussreich, wann es gelingt, Vorfälle wie jene in Mügeln in die öffentliche Debatte und ins öffentliche Bewusstsein zu bringen und dabei bundesdeutsche Normen zu bekräftigen.

# Literaturverzeichnis

## 1. Quellen

### Medien (fettgedruckte vollständig erfasst)

Berliner Kurier, Berliner Zeitung, Deutschlandradio Kultur, dpa (Deutsche Presse Agentur), epd (Evangelischer Pressedienst), **Focus und focus-online**, **Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und faz-online**, **Frankfurter Rundschau (FR)**, Lautsitzer Rundschau, Mannheimer Morgen, **Märkische Oderzeitung**, Mitteldeutsche Zeitung (MZ), Münchener Abendzeitung, Nordkurier, netz-gegen-nazis, Npd-blog.info, n-tv, Ostsee-Zeitung, Reuters, Rheinische Post, Rhein-Neckar Zeitung, **Sächsische Zeitung (SäZ)**, **Spiegel und spiegel-online**, Stern und stern-online, **Süddeutsche Zeitung (SZ) und sueddeutsche-online**, **Der Tagesspiegel (Tsp.) und tagesspiegel-online**, tagesschau, Tageszeitung (TAZ), **Die Welt und welt-online**, Westfalen-Blatt, **Die Zeit und zeit-online**

### Rechtsradikale Medien (fettgedruckte vollständig erfasst)

Altermedia, **Junge Freiheit (JF)**, Politically Incorrect (pi), Sachsen Stimme

### Ermittlungsakten (vollständig erfasst)

8 Bände Akten zu Az.: 608 Js 43641/07

### Berichte, Drucksachen, Pressemitteilungen

Apfel, Holger, 1999: „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart: Dt. Stimme-Verlag.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2009: Grunddaten der Zuwandererbevölkerung in Deutschland. Workingpaper 27 der Forschungsgruppe des Bundesamtes. Autor: Stefan Rühl.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, o.D.: Xenos. Bundesprogramm. Homepage des Programms: <http://www.xenos-de.de/> (1.03.2013).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen/ Bundesministerium für Arbeit und Soziales, o.D.: Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. [http://www.bmfsfj.aktiv-gegen-hass.de/content/e38/index\\_ger.html](http://www.bmfsfj.aktiv-gegen-hass.de/content/e38/index_ger.html) (1.03.2013).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen o.D.: Entimon. Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Homepage des Programms: [http://www.entimon.de/content/e9/e23/index\\_ger.html](http://www.entimon.de/content/e9/e23/index_ger.html) (1.03.2013).

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen, o.D.: Träger für Entwicklung lokaler Strategien in den einzelnen Bundesländern: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/vielfalt-tut-gut-lap.property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf> (1.03.2013).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen, Dezember 15, 2006: Konzeptpapier. Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. [http://www.jugendstiftung-vielfalt.org/fileadmin/website/pdf/Konzeptpapier\\_\\_Stand\\_15.12.2006.pdf](http://www.jugendstiftung-vielfalt.org/fileadmin/website/pdf/Konzeptpapier__Stand_15.12.2006.pdf) (1.03.2013).
- Bundesministerium der Justiz, 2006: 16.–18. Bericht der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Berlin.
- Bundesrat, o.D.: Drucksache. Gesetzesantrag der Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafrechtsänderungsgesetz (StRÄndG). <http://www.mdj.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/Gesetzentwurf%20Strafrechtsänderungsgesetz.pdf> (1.03.2013).
- Bundesrat, September 21, 2007: Drucksache 572/07. 836. Plenarsitzung, Tagesordnungspunkt 26: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches (Strafrechtsänderungsgesetz - StRÄndG). Antrag der Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt. [http://www.bundesrat.de/nn\\_99794/DE/presse/pm/2007/103-2007.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bundesrat.de/nn_99794/DE/presse/pm/2007/103-2007.html?__nnn=true) (1.03.2013).
- Die Bundesregierung, o.D.: Deutschland. Ort der Vielfalt. Wir engagieren uns für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. <http://www.orte-der-vielfalt.de/index.php?id=initiative> (1.03.2013).
- Die Bundesregierung, o.D.: „Charta der Vielfalt“ – Homepage: <http://www.vielfalt-als-chance.de> (1.03.2013).
- Die Bundesregierung, o.D.: „Charta der Vielfalt“ – Werbung/Aufruf, in: IDA-Infomail, Nummer 5, Oktober 2007, 8. Jg.
- Die Bundesregierung, August 21, 2007: Meldung. Gemeinsam entschieden gegen rechte Gewalt. <http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Artikel/2007/08/2007-08-22-unertraeglicher-gewaltexzess-sofort-aufklaeren.html> (1.03.2013).
- Die Bundesregierung, Presse- und Informationsamt, August 21, 2007: Pressemitteilung Nr. 303. Integrationsbeauftragte verurteilt Überfall auf Inder in Mügeln scharf. <http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Pressemitteilungen/BPA/2007/08/2007-08-21-ib-verurteilt-ueberfall-auf-inder.html> (1.03.2013).
- Die Bundesregierung, Presse- und Informationsamt, August 21, 2007: Pressemitteilung Nr. 305. Böhmer berät mit ostdeutschen Ausländerbeauftragten über Rechtsradikalismus.
- Die Bundesregierung, August 22, 2007: Regierungspressekonferenz (Thema u.a. „Angriff auf indische Mitbürger in Mügeln/Programme gegen Rechtsextremismus“). <http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Pressekonferenzen/2007/08/2007-08-22-regpk.html> (5.07.2012).

- Die Bundesregierung, August 24, 2007: Meldung. Grundlagen des Aufschwungs stärken. <http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Artikel/2007/08/2007-08-24-grundlagen-aufschwung-staerken.html> (1.03.2013).
- Die Bundesregierung, August 24, 2007: Bundespressekonferenz. Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesminister Franz Müntefering nach der Klausurtagung des Bundeskabinetts. Thema: Kabinettsklausur in Meseberg. <http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Pressekonferenzen/2007/08/2007-08-24-pk-merkel-muentefering-nach-klausurtagung.html> (1.03.2013).
- Die Bundesregierung, Presse- und Informationsamt, September 4, 2007: Pressemitteilung Nr. 332. Böhmer: Kommunen im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit stärken.
- Die Bundesregierung, September 19, 2007: Meldung. Mit Zivilcourage gegen Fremdenfeindlichkeit. Staatsministerin Böhmer trifft indische Parlamentarier.“ [http://www.bundesregierung.de/nn\\_914476/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Themen/Gesellschaft/Allgemein/2007-09-19-ib-indische-Parlamentarier.html](http://www.bundesregierung.de/nn_914476/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Themen/Gesellschaft/Allgemein/2007-09-19-ib-indische-Parlamentarier.html) (1.03.2013).
- Die Bundesregierung, September 26, 2007: Drucksache 16/6521. Antwort zur kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion *Die Linke* (Drucksache 16/6356), S. 1-8. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/065/1606521.pdf> (1.03.2013).
- Bundestag, Juni 8, 2006: Drucksache 16/1780. Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung. <http://dip.bundestag.de/btd/16/017/1601780.pdf> (1.03.2013).
- Der Bundeswahlleiter, 2005: Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag. [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_05/ergebnisse/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_05/ergebnisse/) (1.03.2013).
- Bündnis 90 / Die Grünen* Fraktion im Sächsischen Landtag, September 30, 2008: Drucksache 4/13403 bis 4/13407. Kleine Anfragen (I-V): Ermittlungsspannen im ‚Fall Mügeln‘?.
- Bündnis 90/Die Grünen* Fraktion im Sächsischen Landtag / Johannes Lichdi, Januar 13, 2009: Hintergrundpapier Große Anfrage „Rechtsextremismus in Sachsen“, S. 1-19. [http://www.johannes-lichdi.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/HP\\_GA\\_REX-in-Sachsen.pdf](http://www.johannes-lichdi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/HP_GA_REX-in-Sachsen.pdf) (21.02.2012).
- Bündnis 90 /Die Grünen* Fraktion im Sächsischen Landtag / Miro Jennerjahn, Dezember 10, 2009: Drucksache 5/455. Kleine Anfrage: Aktivitäten der extremen Rechten anlässlich des Volkstrauertages 2009.
- Deutscher Bundestag, September 11, 2007: Plenarprotokoll 16/110.  
Redebeitrag Sebastian Edathy (SPD).  
Redebeitrag Reinhard Grindel (CDU/CSU).  
Redebeitrag Silke Stokar von Neuforn (*Bündnis 90/Die Grünen*).  
Redebeitrag Ulla Jelpke (*Die Linke*).
- Deutscher Bundestag, September 13, 2007: Plenarprotokoll 16/112.  
Redebeitrag Christel Humme (SPD).

Redebeitrag Diana Golze (*Die Linke*).

Redebeitrag Monika Lazar (*Bündnis 90/Die Grünen*).

Deutscher Bundestag, September 19, 2007: Drucksache 16/6367. Fragen für die Fragestunde der 114. Sitzung: zu den aktuellen Vorgängen in Mügeln.

Dulig, Martin, Mai 10, 2008: „Demokratie stärken und Rechtsextremismus bekämpfen – Sächsische Erfahrungen“, Rede auf dem SPE-Kongress „Rechtsextremismus in Europa – Trends und Gegenstrategien“, gehalten am 15. Mai 2008 in Dresden. (Veröffentlicht am 10.05.2008 auf der Homepage von Dulig.)

E-Chronik. LE (Dokumentation faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig durch den Leipziger Verein „Engagierte Wissenschaft e.V.“) <http://www.chronikle.org/> (1.03.2013).

E-Chronik Oschatz. (Projekt von AntifaschistInnen aus Oschatz zur Dokumentation neonazistischer Aktivitäten in Oschatz und Umgebung.) <http://chronik.blogspot.de/> (1.03.2013).

E-Chronik der RAA Sachsen. (Informationen der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V. über rechtsmotivierte und rassistische Aktivitäten in Sachsen.) <http://www.raa-sachsen.de/chronik.html> (1.03.2013).

E-Chronik der Stadt Mügeln (vom Jahr 623 bis zum 31. 12. 2010). <http://www.stadt-muegeln.de/?s=22&nav=2> (1.03.2013)

Europäischer Sozialfonds für Deutschland, o.D.: ESF-Bundesprogramm von der EU-Kommission genehmigt. [http://www.esf.de/portal/generator/940/foerderperiode\\_2007-2013.html](http://www.esf.de/portal/generator/940/foerderperiode_2007-2013.html) (1.03.2013) und <http://www.esf.de/portal/generator/6592/xenos.html> (1.03.2013).

FDP Nordsachsen o.J.: Information. Wahlen 2008. <http://www.fdp-nordsachsen.de/wahlen.php> (1.03.2013).

FDP Nordsachsen Oktober 23, 2008: Information. Vier DSU-Kommunalpolitiker treten in FDP über. [http://www.fdp-nordsachsen.de/artikel/vier\\_dsukommunalpolitiker\\_treten\\_in\\_fdp\\_ueber.php](http://www.fdp-nordsachsen.de/artikel/vier_dsukommunalpolitiker_treten_in_fdp_ueber.php) (1.03.2013).

Freiburger Kreis, Offenes Forum für Liberale, August 21, 2007: Rechtsextremismus als gesellschaftliches Problem. <http://www.metatag.de/webs/fdp/freiburgerkreis/index.php?showNews=1&newsID=767&newsWebID=190&MttgSession=82cc8d3d893d2d5b4875a048810d4813> (14.02.2011 – am 1.03.2013 wegen Umbau der Seite nicht abrufbar).

Freistaat Sachsen, o.D.: Information. Kommunalforum Sachsen. <http://www.freistaat.sachsen.de/2308.htm> (1.03.2013).

Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, 2007: Wertschöpfungsverluste durch nicht besetzbare Stellen Hochqualifizierter in der Bundesrepublik Deutschland, Studie im Auftrag für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Köln.

Jansen, Frank/ Kleffner, Heike/Radke, Johannes/ Staud, Toralf, 2010: Tödlicher Hass. 137 Todesopfer rechter Gewalt, in: Tagesspiegel. <http://www.>

- tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus/toedlicher-hass-137-todesopfer-rechter-gewalt/1934424.html (5.07.2012).
- Junge Freiheit* August 29, 2007: Pressemitteilung. Mügelns Bürgermeister Deuse kritisiert Medien, Politik und Kampf gegen Rechts in JF-Interview: ‚Ein neues Sebnitz‘. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html> (1.03.2013).
- Junge Freiheit*, o.D.: Selbstverständnis. „Über uns“ [www.jungefreiheit.de/UEberuns.47.0.html](http://www.jungefreiheit.de/UEberuns.47.0.html) (1.03.2013).
- Koppel, Oliver, 2008: Ingenieurarbeitsmarkt in Deutschland – gesamtwirtschaftliches Stellenangebot und regionale Fachkräftelücken, IW-Trends, 35. Jg. (2008), Heft 2, S. 81–95. <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/F/fiskaleffekte-fachkraefte-mangel,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf> (1.03.2013).
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, August 2008: Kommunen für Freiheit und Demokratie. Ein Handlungsleitfaden für wehrhaften Umgang mit Extremisten. Dresden.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Oktober 2009: Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen 2009. Dresden. [http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Beteiligung\\_von\\_Rechtsextremisten\\_an\\_Wahlen\\_im\\_Freistaat\\_Sachsen\\_HB\\_2009.pdf](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Beteiligung_von_Rechtsextremisten_an_Wahlen_im_Freistaat_Sachsen_HB_2009.pdf) (1.03.2013).
- Landesparteitag (21.), der Sächsischen Union in Mittweida, September 15, 2007: Rede des Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Prof. Dr. Georg Milbradt. S. 1-26. [http://wissen.cdu-sachsen.de/images/stories/inhalte/beitraege/21\\_Landesparteitag/GeorgMilbradt.pdf](http://wissen.cdu-sachsen.de/images/stories/inhalte/beitraege/21_Landesparteitag/GeorgMilbradt.pdf) (19.06.2007). (Am 10.07.2011 nur noch verfügbar unter: [http://www.sz-online.de/nachrichten/dokumente/rede\\_milbradt.pdf](http://www.sz-online.de/nachrichten/dokumente/rede_milbradt.pdf)).
- Landespräventionsrat Sachsen, o.D.: Landesprogramm Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz. <http://www.lpr.sachsen.de/11016.htm> (1.03.2013).
- Lazar, Monika, Oktober 29, 2007: Kleiner Leitfaden für die Anti-Nazi-Arbeit, aktualisiert am 27.11.2008. [http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar\\_layout/downloads/Leitfaden\\_Anti\\_Nazi\\_nov2008.pdf](http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar_layout/downloads/Leitfaden_Anti_Nazi_nov2008.pdf) (1.03.2013).
- Lazar, Monika, Oktober 30, 2007: Öffentliche Einladung (Presseeinladung). [http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar\\_layout/themen/rechtsextrem/fragestunde\\_19\\_09\\_2007.htm](http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar_layout/themen/rechtsextrem/fragestunde_19_09_2007.htm) (1.03.2013).
- Lazar, Monika, November 7, 2007: Stellungnahme. Thema: Rechtsextremismus. NPD verbieten oder politisch bekämpfen? [http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar\\_layout/themen/rechtsextrem/themen\\_16\\_rechtsextr\\_npd\\_verbieten.htm](http://www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar_layout/themen/rechtsextrem/themen_16_rechtsextr_npd_verbieten.htm) (1.03.2013).
- Die Linke* Fraktion im Deutschen Bundestag, August 21, 2007: Pressemitteilung. Petra Pau: Bundesregierung hat keine adäquate Strategie gegen Rechtsextremismus.“ <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/bundesregierung-keine-adaequate-strategie-gegen-rechtsextremismus/> (27.01.2011)
- Die Linke* Fraktion im Sächsischen Landtag, August 23, 2007: Pressemitteilung 341/2007. „Rechtsextremismus. Köditz: Nach Mügeln Konzepte statt Aktionismus nötig“.

- Die Linke* Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, Petra Pau, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und Bundestagsfraktion, September 9, 2007: Drucksache 16/6356. Kleine Anfrage.
- Die Linke*, einzelne Bundestagsabgeordnete, u.a. Petra Pau, und Bundestagsfraktion November 27, 2007: Drucksache 16/7334. Änderungsantrag, S. 1-4.
- Die Linke* Bundestagsfraktion, Dezember 6, 2007: Mitteilung. Innenministerkonferenz täuscht Aktionismus gegen Rechts vor und drückt sich vor Kernfragen. (Verantwortlich Christian Posselt.) <http://www.versicherungssuche.net/news/entry/56226.html> (1.03.2013).
- Die Linke* Fraktion im Sächsischen Landtag / Klaus Bartl, Mai 8, 2008: Drucksache 4/12196. Kleine Anfrage: Öffentliche Kritik von Leipziger Rechtsanwälten an vermeintlich fehlendem Aufklärungswillen der Staatsanwaltschaft im ‚Fall Mügeln‘.
- Die Linke* Fraktion im Sächsischen Landtag, September 30, 2008: Pressemitteilung 361/2008. „Rechtsextremismus. Vive le Courage in Mügeln? Köditz zu Mügeln: Vive le Courage?“. [http://www.linksfraktionsachsen.de/media/directory/uploads/361\\_2008.pdf](http://www.linksfraktionsachsen.de/media/directory/uploads/361_2008.pdf) (1.03.2013).
- Die Linke* Fraktion im Sächsischen Landtag, Februar 2, 2009: Drucksache 4/14661. Große Anfrage: Die Extreme Rechte in Sachsen und gesellschaftliche Strategien für deren Zurückdrängung. [http://www.linksfraktionsachsen.de/media/directory/uploads/14661\\_AK4\\_GA%20Extreme%20Rechte%202009.pdf](http://www.linksfraktionsachsen.de/media/directory/uploads/14661_AK4_GA%20Extreme%20Rechte%202009.pdf) (20.02.2012).
- Die Linke* Fraktion im Sächsischen Landtag / Kerstin Köditz, Dezember 14, 2009: Drucksache 5/796. Kleine Anfrage: Mügeln. Vom 14.12.2009.
- Die Linke* Fraktion im Sächsischen Landtag / Kerstin Köditz, Juni 30, 2010: Drucksache 5/2649. Kleine Anfrage: Juristische Folgen von Straftaten im Phänomenbereich ‚Politisch motivierte Kriminalität rechts‘ im Monat Mai 2010. [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=2649&dok\\_art=Drs&leg\\_per=5&pos\\_dok=2](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=2649&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=2) (1.03.2013).
- Mackenroth, Geert, o.D., Stellungnahme. Weltoffenes Riesa – keine Toleranz gegenüber Verfassungsfeinden und Rechtsbrechern. <http://www.geertmackenroth.de/fachthemen/weltoffenes-riesa-keine-toleranz-gegenueber-verfassungsfeinden-und-rechtsbrechern/> (1.03.2013).
- Ministerium des Innern des Landes Brandenburg und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, August 2008: Gemeinsames Lagebild der Verfassungsschutzbehörden Brandenburg und Sachsen zu aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus 2008. Dresden/Potsdam. [http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Lagebild\\_\\_Rex\\_BB-SN.pdf](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Lagebild__Rex_BB-SN.pdf) (1.03.2013).
- NPD, 1997: Parteiprogramm Nationaldemokratische Partei Deutschlands. Stuttgart. <http://www.npd.de/parteiprogramm/> (1.03.2013).
- NPD, 2002: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland. Berlin.
- NPD, 2006: Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Berlin.



- NPD, 2010: Parteiprogramm Nationaldemokratische Partei Deutschlands. Berlin. [http://www.npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br\\_parteiprogramm\\_a4.pdf](http://www.npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_parteiprogramm_a4.pdf)
- NPD Sachsen / Petzold, August 2007: Schreiben an die Mügeln Bürger.
- NPD Fraktion im Sächsischen Landtag, August 31, 2007: Drucksache 4/9692. Große Anfrage, Thema: Schlägerei beim Mügeln Altstadtfest am 18./19. August 2007. [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=9692&dok\\_art= Drs&leg\\_per=4 &pos\\_dok=-1](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=9692&dok_art= Drs&leg_per=4 &pos_dok=-1) (1.03.2013).
- NPD Fraktion im Sächsischen Landtag / Alexander Delle, November 10, 2007: Drucksache 4/10344f. Mügeln – Will die Staatsregierung mittels subtiler Sprachregulation die öffentliche Wahrnehmung manipulieren?; Mügeln – Dresdner „Mügeln“-Demonstration am 8. Oktober 2007 von indischer Terrorgruppe beeinflusst?
- NPD Fraktion im Sächsischen Landtag / Alexander Delle, November 11, 2007: Drucksache 4/10332 bis 4/100343 und 4/103310. Kleine Anfragen „Mügeln – Weitere Fragen im Zusammenhang mit der Schlägerei zwischen Deutschen und Indern beim Altstadtfest am 18./19. August 2007 (I-XIII).
- NPD Fraktion im Sächsischen Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/10657. Entschließungsantrag: Schlägerei bei Mügeln Altstadtfest am 18./19. August 2007.
- NPD Sachsen April 23, 2008: Pressemitteilung. Die sächsische NPD auf dem Weg in die Kreistage.
- NPD Nordsachsen Juli 25, 2008: Meldung. NPD Nordsachsen unterstützt Anti-Antifa-Initiative von Gotthard Deuse. <http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=28&aid=481> (1.03.2013).
- NPD Nordsachsen August 12, 2008: Meldung. Heimatstadt Mügeln statt ‚Bunte Stadt Mügeln‘. Verfasst von Jürgen Gansel. <http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=28&aid=261> (1.03.2013).
- NPD Kreisverband Nordsachsen Juli 25, 2009: Meldung. NPD Nordsachsen unterstützt Anti-Antifa-Initiative von Gotthard Deuse. <http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=28&aid=481> (1.03.2013).
- Pau, Petra, September 28./29., 2007: Acht Thesen zum Kampf gegen Rechtsextremismus, Beitrag rls-Hamburg. [http://www.petrapau.de/16\\_bundestag/dok/down/070929\\_ rls\\_hh\\_pp.pdf](http://www.petrapau.de/16_bundestag/dok/down/070929_ rls_hh_pp.pdf) (1.03.2013).
- Sächsische AufbauBank, o.D.: Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz (WOS). [http://www.sab.sachsen.de/de/p\\_is/detailfp\\_is\\_2389.jsp](http://www.sab.sachsen.de/de/p_is/detailfp_is_2389.jsp) (1.03.2013).
- Sächsischen Landespräventionsrats o.D.: Information. Kommunalforum Riesa. <http://www.lpr.sachsen.de/12205.htm> (1.03.2013)
- Sächsischer Landtag, September 28, 2007: Drucksache 4/9874. 90. Plenarsitzung, Mündliche Anfragen zur Fragestunde. [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=9874&dok\\_art= Drs&leg\\_per=4](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=9874&dok_art= Drs&leg_per=4) (1.03.2013).
- Sächsischer Landtag, Dezember 12, 2007: Drucksache 4/9692. 94. Sitzung, Tagesordnungspunkt 9 „Schlägerei beim Mügeln Altstadtfest am 18./19. August 2007“, S. 7829-7843.
- Sächsischen Staatskanzlei, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), November 2007: Rede des Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen, Prof. Dr. Georg Milbradt, auf dem

- Kommunalforum „Sachsen – kein Platz für Extremismus und Gewalt“ in Riesa am 15. November 2007. Dresden, S. 1-39. [http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Staatskanzlei\\_Inh\\_1AK.pdf](http://www.lpr.sachsen.de/download/landespraeventionsrat/Staatskanzlei_Inh_1AK.pdf) (1.03.2013) und <http://www.ministerpraesident.sachsen.de/2496.htm> (1.03.2013).
- Sächsisches Staatsministerium des Innern: Verwaltungsreform Sachsen. Leistungsstarkes Sachsen – Ordnung für die Zukunft. <http://www.smi.sachsen.de/verwaltungsreform.html> (1.03.2013).
- Sächsisches Staatsministerium des Innern, Albrecht Buttolo, im Namen und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung, November 6, 2007: Drucksache: 4/9692. Antwort auf die Große Anfrage der NPD.
- Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2008: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2007. Dresden. [http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Vs-Bericht\\_2007.pdf](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Vs-Bericht_2007.pdf) (1.03.2013).
- Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Dezember 2008: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2008. Demokratie braucht Schutz. Dresden. [http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Verfassungsschutzbericht\\_2008.pdf](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Verfassungsschutzbericht_2008.pdf) (1.03.2013).
- Sächsischen Staatsministerium der Justiz, Juni 4, 2008: Drucksache 4/12196. Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Klaus Bartl, Fraktion *Die Linke*: Öffentliche Kritik von Leipziger Rechtsanwälten an vermeintlich fehlendem Aufklärungswillen der Staatsanwaltschaft im ‚Fall Mügeln‘. [http://www.klausbartl.de/anfragen/4\\_drs\\_12196\\_2\\_1\\_3\\_.pdf](http://www.klausbartl.de/anfragen/4_drs_12196_2_1_3_.pdf) (1.03.2013).
- Sächsische Staatsregierung, November 9, 2007: Einladung. Programm des Kommunalforums: <http://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/141386> (15.06.2011).
- Sächsischer Staatsregierung, Juni 30, 2008: Drucksache 5/2649. Antwort der Sächsischen Staatsregierung auf die kleine Anfrage von der Abgeordneten Kerstin Köditz und der Fraktion Die Linke vom 30. Juni 2008. [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=2649&dok\\_art=Drs&leg\\_per=5&pos\\_dok=2](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=2649&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=2) (1.03.2013).
- Sächsischen Staatsregierung, Januar 14, 2010: Drucksache 5/796. Antwort auf kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz Fraktion *Die Linke*: Mügeln. [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=796&dok\\_art=Drs&leg\\_per=5&pos\\_dok=-1](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=796&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=-1) (1.03.2013).
- Sächsische Staatsregierung, Juni 24, 2010. Antwort der Sächsischen Staatsregierung auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Miro Jennerjahn, Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen*: Rechtsextremistische Vorkommnisse während des Fußballspiels SV Mügeln gegen Roter Stern Leipzig am 24. April 2010.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Gemeinderatswahl 2004. Gemeinde Mügeln, Stadt; Landkreis Torgau-Oschatz. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_alt/pkg\\_w04\\_nav\\_prc\\_index?p\\_anw\\_kz=GR04](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_nav_prc_index?p_anw_kz=GR04) (1.03.2013).
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Gemeindestatistik und Tabelle: "Durchschnittsalter am 31.12.2008 Gemeinde, Geschlecht“.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Gewählte Bürgermeister im Jahr 2001 nach Kreisen sowie ihrer Rechtsstellung im Freistaat Sachsen. [www.statistik.sachsen.de/wahlen-html/BM01.xls](http://www.statistik.sachsen.de/wahlen-html/BM01.xls) (1.03.2013).

- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Kreisstatistik 2003 für Landkreis Torgau-Oschatz (Gebietsstand 1. März 2004). [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_alt/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=KT04](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=KT04) (1.03.2013).
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Kreistagswahl 2004 in der Gemeinde Mügeln, Stadt; Wahlkreis 6; Landkreis Torgau-Oschatz. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_alt/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=KT04](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=KT04) (1.03.2013).
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Kreiswahl 2004 im Landkreis Torgau-Oschatz. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_alt/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=KT04](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=KT04) (1.03.2013).
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Kreiswahlen am 13. Juni 2004. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_alt/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=KT04](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=KT04) (1.03.2013).
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Kreistagswahl 2008. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_w04\\_erg\\_kt.prc\\_erg\\_kt?p\\_bz\\_bzid=KT08&p\\_ebene=GE&p\\_ort=14730200](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_erg_kt.prc_erg_kt?p_bz_bzid=KT08&p_ebene=GE&p_ort=14730200) (1.03.2013).
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Landtagwahl 2004. [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_alt/pkg\\_w04\\_nav.prc\\_index?p\\_anw\\_kz=LW04](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW04) (1.03.2013).
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Statistische Berichte. Wahlen im Freistaat Sachsen 2008. Bürgermeister. Vorläufige Ergebnisse. B VII 6-3-7j/08, S. 18. [http://www.statistik.sachsen.de/download/100\\_Berichte-B/B\\_VII\\_6-3\\_7j08.pdf](http://www.statistik.sachsen.de/download/100_Berichte-B/B_VII_6-3_7j08.pdf) (1.03.2013).
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrgs.), April 2009: Statistische Berichte. Wahlen. Deutscher Bundestag. Strukturdaten nach Bundeswahlkreisen 2009. Kamenz. [http://www.statistik.sachsen.de/download/100\\_Berichte-B/B\\_VII\\_1-3\\_4j09.pdf](http://www.statistik.sachsen.de/download/100_Berichte-B/B_VII_1-3_4j09.pdf) (1.03.2013).
- SPD Berlin, Landesparteitag, November 26, 2005: Beschlussprotokoll Teil 2 sonstige Anträge, Antrag Nr. 47/II/05.
- SPD Bundesvorstand, 2007: Umgang mit Rechtsextremismus. [http://www.spd-kreis-verden.de/imperia/md/content/bezirknord-niedersachsen/wirksam\\_handeln\\_gegen\\_rechts.pdf](http://www.spd-kreis-verden.de/imperia/md/content/bezirknord-niedersachsen/wirksam_handeln_gegen_rechts.pdf) (1.03.2013)
- SPD Landesverband RLP, August 22, 2007: Meldung. Rechte Gewalt bekämpfen. <http://www.spd-rlp.de/index.php?nr=2890&menu=3> (1.03.2013).
- SPD Parteivorstand, 2007: Antrag Rechtsextremismus: Demokratie stärken. Gewalt bekämpfen. Wirksam handeln gegen Rechtsextremismus, S.1-10.
- Stadtrat Mügeln, August 22, 2007: Öffentliche Mitteilung.
- Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft für das Bundeswirtschaftsministerium. Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, Oktober 2008: Wachstums- und Fiskaleffekte von Maßnahmen gegen Fachkräftemangel in Deutschland – Bildungsökonomische Analyse und politische Handlungsempfehlungen insbesondere im MINT-Bereich. Endbericht an das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Köln.

- Taylan, Kamil, 2008: TV-Dokumentation. „Der Tag, an dem der Mob die Inder hetzte“. (Ausgestrahlt am 17.09.2008 in der ARD).
- Wieck, Hand-Georg, 2007a: Stellungnahme der Deutsch-Indischen Gesellschaft e.V. zu den fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Mügeln (Sachsen), in: Deutsch-Indische Gesellschaft e.V.: *Mitteilungsblatt* 3/2007 (August).
- Wieck, Hans-Georg, 2007b: Wirtschaftsbeziehungen zwischen Hamburg und Indien, in: Deutsch-Indische Gesellschaft e.V.: *Mitteilungsblatt* 3/2007 (August), S. 6. [http://www.dig-ev.de/cms3\\_cust/fckeditor\\_files/File/mb03\\_07.pdf](http://www.dig-ev.de/cms3_cust/fckeditor_files/File/mb03_07.pdf) (1.03.2013).
- Yanar, Kaya, 2008: Made in Deutschland. Lied Nummer 2: „Mügeln“. Album.

## 2. Sekundärliteratur

- Alemann, Ulrich von (1997): Parteien und Medien, in: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 478-494.
- Anastasakis, Othon (2000): *Extreme Right in Europe: A Comparative Study of Recent Trends*. Discussion Paper No. 3, November 2000, The Hellenic Observatory/The European Institut and London Scholl of Economics & Political Science. [http://eprints.lse.ac.uk/3326/1/Extreme\\_Right\\_in\\_Europe.pdf](http://eprints.lse.ac.uk/3326/1/Extreme_Right_in_Europe.pdf) (1.03.2013).
- Assmann, Aleida (1999): *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München: C. H. Beck.
- Assmann, Aleida und Jan Assmann (1994): „Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis“, in: Merten, Klaus/ Schmidt Siegfried J./ Weischenberg Siegfried (Hrsg.): *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 114-140.
- Assmann, Jan (1992): *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München: H.C. Beck.
- Backes, Uwe und Eckhard Jesse (Hrsg.) (1989-2011): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. Bonn (1989-1994): Bouvier Verlag, Baden-Baden (1995ff.): Nomos.
- Beier, Katharina et al (2006): *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns*. Greifswald: Steinbecker.
- Benoist, Alain de (1985): *Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite*. Krefeld: Sinus.
- Benthin, Rainer (2004): *Auf dem Weg in die Mitte: Öffentlichkeitsstrategien der neuen Rechten*, Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Benthin, Rainer (1996): *Die Neue Rechte in Deutschland und ihr Einfluß auf den politischen Diskurs der Gegenwart*. Frankfurt am Main: P. Lang.
- Benz, Wolfgang (1992): Stichwort „Kollektivschuld“, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte*, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag, S. 117-119.

- Benz, Wolfgang (Hrsg.) (2001): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch.
- Benz, Wolfgang u. Angelika Königseder (Hrsg.) (2002): Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung. Berlin: Metropol.
- Benz, Wolfgang (2008a): „Antisemitismus im rechtsextremen Spektrum“, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus. Berlin: Metropol, S. 181-196.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.) (2008b): Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus. Berlin: Metropol.
- Benz, Wolfgang (2011): ‚Hohmann-Affäre‘, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band IV, Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Berlin: de Gruyter Saur, S. 168-173.
- Berg-Schlosser, Dirk (2003): Gegenstand und Anwendungsgebiete der Politikwissenschaft, in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch, S. 55-76.
- Bergmann, Werner (1997): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989. Frankfurt a. M. u.a.: Campus.
- Bergmann, Werner und Rainer Erb (2003): „Anti-Semitism in the Late 1990s“, in: Alba, Richard/ Schmidt, Peter/ Wasmer, Martina (Hrsg.): Germans or Foreigners? Attitudes Towards Ethnic Minorities in Post-Unification Germany. New York: Palgrave Macmillan, S. 163-186.
- Bergmann, Werner und Rainer Erb (1986): „Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38/1986, S. 223-246.
- Bertelsmann Stiftung/Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Hrsg.) (2005): Strategie gegen Rechtsextremismus. Band 1: Ergebnisse der Recherche, Gütersloh. (verantwortlich Hauke Hartmann und Britta Schellenberg)
- Borstel, Dierk (2011): „Braun gehört zu Bunt dazu!“ Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommerns. Münster: Monsenstein und Vannerdat.
- Braun, Stephan und Ute Vogt (Hrsg.) (2007): Die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brosius, Hans-Bernd und Peter Eps (1993): Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über die Anschläge gegen Ausländer und Asylanten, in: Rundfunk und Fernsehen 41, H. 4, S. 512-530.
- Brosius, Hans-Bernd und Frank Esser (1995): Eskalation durch Berichterstattung. Massenmedien und Fremdenfeindliche Gewalt. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Buchstein, Hubertus und Gudrun Heinrich (Hrsg.) (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.
- Burdack, Joachim (2007): Kleinstädte im Abseits. Zur Entwicklung mitteldeutscher Kleinstädte nach 1990, in: Geografische Rundschau Band 59, Heft 6/2007, S. 34-43.
- Burke, Peter (1989): History as Social Memory, in: Butler, Thomas (Hrsg.): Memory. History, Culture and the Mind. Oxford: Blackwell, S. 97-113.

- de Cillia, Rudolf und Ruth Wodak (Hrsg.) (2009): Gedenken im Gedankenjahr. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Gedenkjahr 2005. Wien / Innsbruck: Studien Verlag.
- Coester, Marc (2010): Commentary: Right-Wing Extremism and Bias Crime in Germany, in: *Journal of Ethnicity in Criminal Justice*, 8/2010, S. 49-69.
- Dahinden, Urs (2006): Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation. Konstanz: UVK.
- Decker, Oliver/ Rothe, Katharina / Weissmann, Marliese/ Geißler, Norman/ Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Decker, Oliver/ Weißmann, Marliese/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf> (1.03.2013).
- Döring, Uta (2008): Angstzonen: Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eitz, Thorsten und Georg Stötzel (Hrsg.) (2007): Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch. Band 1. Hildesheim/Zürich/New York: G. Olms.
- Entman, Robert M. (2004): Projections of Power. Framing News, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy. Chicago: University of Chicago Press.
- Erb, Rainer (2010): Zeichen und Symbole der Rechtsextremen, 2. Auflage. Erfurt: Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen.
- Esser, Frank/ Scheufele, Bertram/ Brosius, Hans-Bernd (Hrsg.) (2002): Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Flemming, Lars (2005): Das NPD-Verbotsverfahren. Vom ‚Aufstand der Anständigen‘ zum ‚Aufstand der Unfähigen‘. Baden-Baden: Nomos.
- Fisher, Chris (2008): Die Demokratie, die Andere und Wir – Wiederwahl, Abgrenzung und Zusammenarbeit am rechten Rand der sächsischen Politik bis 2009, in: NiP (Nazis in Parlamenten) Redaktionskollektiv Weiterdenken – Heinrich Böll Stiftung Sachsen/ Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): Die NPD im Sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe 2008, Dresden, S. 61-78. <http://www.weiterdenken.de/downloads/NPD2008download.pdf> (1.03.2013).
- Focault, Michel (1991): Die Ordnung des Diskurses. Mit einem Essay von Konersmann. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Forum Menschenrechte (2007): Memorandum gegen Rassismus und rassistische Diskriminierung. Zum Internationalen Tag der Menschenrechte, 10. Dezember 2007. [http://forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/2007-11-19\\_Endfassung\\_Memorandum.PDF](http://forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/2007-11-19_Endfassung_Memorandum.PDF) (1.03.2013).
- Fröhlich, Claudia und Heinrich Horst-Alfred (Hrsg.) (2004): Geschichtspolitik. Wer sind ihre Akteure, wer ihre Rezipienten? Stuttgart: Steiner.

- Fuchs, Jürgen/Kreft, Dieter/Löhr, Rolf-Peter (Hrsg.) (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. 5 Bände, Band 1. Münster: Votum Verlag.
- Geden, Oliver (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Georgi, Viola B./ Hartmann, Hauke/ Schellenberg, Britta/ Seberich, Michael (Hrsg.) (2005): Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Gessenharter, Wolfgang (1994): Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien. München: Droemer Knaur.
- Gessenharter, Wolfgang und Thomas Pfeiffer (2004): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gessenharter, Wolfgang (2007): Der Schmittismus der ‚Jungen Freiheit‘ und seine Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz, in: Stephan Braun, Ute Vogt (Hrsg.): Die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gessenharter, Wolfgang (2008): Die Junge Freiheit und Carl Schmitt. In: *Netz-gegen-Nazis.de* vom 19.04.2008. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/die-junge-freiheit-und-carl-schmitt> (10.07.2011).
- Girtler, Roland (2001): Methoden der Feldforschung, 4. Auflage. Wien/Köln/Weimar: Böhlau.
- Grumke, Thomas und Bernd Wagner (Hrsg.) (2002): Handbuch Rechtsextremismus. Opladen: Leske und Budrich.
- Halbwachs, Maurice (1967): Das kollektive Gedächtnis. Stuttgart: Enke.
- Hall, Stuart (2000): Ideologie, Kultur, Rassismus. Hamburg: Argument.
- Heer, Hannes/ Manoschek, Walter/ Pollak, Alexander/ Wodak, Ruth (Hrsg.) (2003): ‚Wie Geschichte gemacht wird‘. Erinnerungen an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg. Wien: Czernin.
- Heinrich, Horst-Alfred und Michael Kohlstruck (Hrsg.) (2008): Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie. Stuttgart: Franz Steiner.
- Heitmeyer, Wilhelm (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim/München: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002-2011): Deutsche Zustände, Folge 1-10. Frankfurt a. M./Berlin: Suhrkamp.
- Hieronymus, Andreas und Schröder, Lena (unter Mitarbeit von Fögen, Ines) (2007): ENAR Shadow Report 2006. Racism in Germany. Brussels: European Network Against Racism.
- Holmes, Douglas (2000): Integral Europe. Fast-Capitalism, Multiculturalism, Neofacism, Princeton: Princeton University Press.
- Hopf, Wilhelm (2002): Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze des Rechtsextremismus – eine Zwischenbilanz, in: RDJB (Recht der Jugend und des Bildungswesens. Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugenderziehung), S. 6-20.

- Horkheimer, Max und Theodor W. Adorno (2009): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente* (Erstveröffentlichung 1944). Frankfurt a.M.: Fischer.
- Humboldt, Wilhelm (1880): *Über die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues und ihren Einfluß auf die geistige Entwicklung des Menschengeschlechts. Über die Sprache*. Berlin: S. Calvary & Co.
- Ignazi, Piero (2003): *The Extreme Right: Defining the Object and Assessing the Causes*, in: Schain, Martin/ Astride Zolberg/Patrick Hossay (Hrsg.): *Shadows over Europe. The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe*. New York: Palgrave Macmillan, S. 21-37.
- Inowlocki, Lena (2000): *Sich in die Geschichte hineinreden. Biographische Fallanalysen rechtsextremer Gruppenzugehörigkeit*. Frankfurt a. M.: Cooperative.
- Jäger, Siegfried und Margret Jäger (1996): *Studien zu rechtsextremen und (neo-) konservativen Diskursen. DISS-Forschungsbericht*. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.
- Jaschke, Hans-Gerd (2001): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder* (2. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jennerjahn, Miro (2008): *Kreistagswahlergebnisse der NPD 2004 und 2008 in Sachsen: Verfestigung oder Schwächung der Partei?*, in: NiP (Nazis in Parlamenten) Redaktionskollektiv *Weiterdenken – Heinrich Böll Stiftung Sachsen/Heinrich Böll Stiftung* (Hrsg.): *Die NPD im Sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe 2008*, Dresden, S. 9-19.
- Jung, Matthias/ Niehr, Thomas/ Böke, Karin (2000): *Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein Diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Keller, Reiner (1997): *Diskursanalyse*, in: Hitzler, Ronald und Anne Honer (Hrsg.): *Sozialwissenschaftlicher Hermeneutik. Eine Einführung*. Opladen: Leske & Budrich, S. 309-333.
- Kirschke, Annett und Bernd Richter (2008): *Das Wanderungsverhalten der Bevölkerung in den sächsischen Gemeinden als Spiegel wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und territorialer Besonderheiten*, in: *Statistik in Sachsen 3/2008*. [http://www.statistik.sachsen.de/download/300\\_Voe-Zeitschrift/zeitschrift\\_2008\\_3.pdf](http://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Zeitschrift/zeitschrift_2008_3.pdf) (1.03.2013).
- Klärner, Andreas (2000): *Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft*. Köln: PapyRossa.
- Kleinen-v. KönigsLöw, Katharina et al (2002): *Eskalationsprozesse 2000. Gewalt- und Berichterstattungswellen als Resonanzeffekte von ‚Düsseldorf‘ und ‚Sebnitz‘*, in: Frank Esser/Scheufele, Bertram/Brosius, Bernd: *Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im Internationalen Scheinwerferlicht*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 95-142.
- Kleinert, Corinna (2004): *FremdenFeindlichkeit. Einstellungen junger Deutscher zu Migranten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.



- Klemperer, Viktor (1947): LTI. Notizbuch eines Philologen. Berlin: Aufbau Verlag.
- König, Hans-Dieter (2006): Rechtsextremismus in Fernsehdokumentationen. Psychoanalytische Rekonstruktion ihrer Wirkungsweise. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- König, Helmut (2008): Politik und Gedächtnis. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Kohlstruck, Michael (2004): Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie, in: Schwelling, Birgit (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 173-193.
- Lamnek, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung, Bd.1, Methodologie. Weinheim: Beltz.
- Lakoff, George und Mark Johnson (1980): *Metaphors We Live By*. Chicago: University of Chicago Press.
- Lakoff, George (1987): *Women, Fire, and Dangerous Things: What Categories Reveal About the Mind*. Chicago: University of Chicago Press.
- Link, Jürgen und Siegfried Jäger (Hrsg.) (1993): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.
- Lorenz, Matthias N. (2005): „Auschwitz drängt uns auf einen Fleck“. Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser. Stuttgart/Weimar: Metzler.
- Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lynen von Berg, Heinz (2000): Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990-1994). Opladen: Leske & Budrich.
- Minkenberg, Michael (1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 33.
- Minkenberg, Michael (2009): The Radical Right in Europe: Challenges for Comparative Research, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 29-58.
- Mitscherlich, Alexander und Margarete (1967): Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München: R. Piper & Co.
- Mudde, Cas (1996): The War of Words Defining the Extreme Right Party Family, in: *West European Politics*, vol. 19, no. 2/1996, S. 225-248.
- Mudde, Cas (Hrsg.) (2005): *Racist Extremism in Central and Eastern Europe*. London: Routledge.
- Müller, Florian/ Sommer, Mira/ Thiel, Franziska (2010): Funktionen der Sprache in rechtsextremen Medien – Eine Zusammenfassung, in: Georg Schuppener (Hrsg.): *Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache, rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik* (2. erweiterte Auflage). Leipzig: Ed. Hamouda Wiss.-Verlag, S. 193-198.
- Neu, Viola (2008): Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen. Wahlanalyse. Berlin. Onlinepublikation herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung. [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_12893-544-1-30.pdf?080204161035](http://www.kas.de/wf/doc/kas_12893-544-1-30.pdf?080204161035) (1.03.2013).

- Neugebauer, Gero (2010): Zur Strukturierung der politischen Realität in einer modernen Gesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 2010/44, S. 3–9.
- Oehmichen, Ekkehardt/ Horn, Imme/ Mosler, Sylvia (2007): Rechtsextremismus und Fernsehen: Inhalts- und Rezeptionsanalysen der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, in: Bertelsmann Stiftung/Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Hrsg.): *Strategien gegen Rechtsextremismus*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 146-207. (verantwortlich Hauke Hartmann und Britta Schellenberg).
- Pechel, Michael (2007): Das Geschichtsverständnis der Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘, in: Stephan Braun, Ute Vogt (Hrsg.): *Die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95-115
- Pfahl-Traughber, Armin (1994): Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus, in: Kowalsky, Wolfgang und Wolfgang Schroeder (Hrsg.): *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 160-182.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): *Konservative Revolution und Neue Rechte*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pfahl-Traughber, Armin (2000): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 2000/39, S. 3-14.
- Pfahl-Traughber, Armin (2001): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik* (3. Auflage). München: C. H. Beck.
- Pfahl-Traughber, Armin (2009): Die „alte“ und die „neue“ NPD. Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil, in: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hrsg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 77-91.
- Quent, Matthias (2012): Rechtsextremismus – ein ostdeutsches Phänomen?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 2012/62, S. 38-42.
- Reisigl, Martin und Ruth Wodak (2001): *Discourse and Discrimination. Rhetorics of Racism and Antisemitism*. London/New York: Routledge.
- Rößler, Christian und Angela Kunz (2010): *Ergebnisse einer empirischen Analyse des Migrationsgeschehens in Städten und Dörfern des ländlichen Raumes in Sachsen*. Hrsg. v. Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Freistaat Sachsen: *Wanderungsmuster in ländlichen Räumen. Schriftenreihe, Heft 22/2010*.
- Roth, Roland unter Mitarbeit von Anke Benack (2003): *Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Erstellt für den Arbeitskreis „Bürgerschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01472.pdf> (1.03.2013).

- Schellenberg, Britta (2004): Weder überraschend noch einmalig. Zur Wahl rechtsextremer Parteien in Sachsen und Brandenburg. Vom 27.9.2004. <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2004/rechtsextremismus.php> (1.03.2013).
- Schellenberg, Britta (2005a): Andreas Mölzer (FPÖ), in: Das Parlament, Themenausgabe: Rechtsextremismus in Europa, Nr. 45, 7. November 2005.
- Schellenberg, Britta (2005b): „Rechtsextremismus und Medien – Schritte für einen verbesserten journalistischen Umgang mit Rechtsextremismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 42/2005, S. 39-45. <http://www.bpb.de/apuz/28773/rechtsextremismus-und-medien> (1.03.2013).
- Schellenberg, Britta (2008a): Jugendliche und Rechtsextremismus – inhaltliche Einleitung, in: Praxishandbuch. Aktiv eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit. Herausgegeben von Eva Feldmann-Wojtachnia. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 18-30.
- Schellenberg, Britta (2008b): Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland. Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts. C·A·P Analyse 2008/2, S. 1-20. <http://www.cap.lmu.de/download/2008/CAP-Analyse-2008-02.pdf> (1.03.2013).
- Schellenberg, Britta (2009): Country Report Germany, in: Bertelsmann Stiftung (ed.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 179-248.
- Schellenberg, Britta (2011a): Die radikale Rechte in Deutschland: Sie wird verboten und erfindet sich neu, in: Langenbacher, Nora und Britta Schellenberg (Hrsg.): Europa auf dem „rechten Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin, S. 59-83.
- Schellenberg, Britta (2011b): Unterrichtspaket Demokratie und Rechtsextremismus. Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus anhand rechtsextremer Musik. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.
- Schellenberg, Britta (2012a): Neo-Nazi Kameradschaften, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus, Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen. Berlin: de Gruyter Saur.
- Schellenberg, Britta (2012b): Strategien gegen Rechtsextremismus und Vorurteilskriminalität – für Pluralismus und liberale Demokratie in Deutschland, in: Glaab, Manuela und Karl-Rudolf Korte: Angewandte Politikwissenschaft. Baden-Baden: Nomos.
- Scheufele, Bertram (2003): Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische Grundlegung, methodische Vorschläge sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schirmacher, Frank (Hrsg.) (1999): Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation. Frankfurt a. M.: Surkamp.
- Schmitz-Berning, Cornelia (1998): Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin/New York: de Gruyter.
- Schulze, Christoph (2009): Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/ Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 92-108.

- Schuppener, Georg (Hrsg.) (2010): Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache, rechtsextremistische Publikationen und rechter Musik (2. Erweiterte Auflage, erste Auflage 2008). Leipzig: Ed. Hamouda Wiss.-Verlag.
- Schwab-Trapp, Michael (2002): Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schain, Martin/ Zolberg, Aristide/ Hossay, Patrick (Hrsg.) (2002): Shadows over Europe. The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe. New York: Palgrave Macmillan.
- Speit, Andreas (2004): „Wir marschieren bis zum Sieg“, in: Röpke, Andrea und Andreas Speit (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 13-39.
- Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Steglich, Henrik (2005): Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs. Göttingen: V & R Unipress.
- Steinke, Ines (2008): Gütekriterien qualitativer Forschung, in: Flick, Uwe/ von Kardoff, Ernst/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt.
- Sternberger, Dolf/ Storz, Gerhard/ Süskind, Wilhelm E. (1957): Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Hamburg: Claassen Verlag.
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Strobl, Rainer/ Würtz, Stefanie/ Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Weinheim und München: Juventa.
- Sturzbecher, Dietmar (Hrsg.) (1997): Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie. Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Wahl, Klaus/ Tramitz, Christiane/ Blumtritt, Jörg (2001): Fremdenfeindlichkeit: auf der Spur extremer Emotionen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wahl, Klaus (Hrsg.) (2003): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Wamper, Regina (2008): Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der *Jungen Freiheit*. Münster: Unrast Verlag.
- Wengeler, Martin (1993): „Asylantenfluten“ im Einwanderungsland“ Deutschland. Briante Wörter in der Asyldiskussion, in: Sprache und Literatur, 1993/72, S. 2-30.
- Wengeler, Martin (2003): Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985). Tübingen: Niemayer.
- Wetzel, Juliane und Christina Herkommer (2002): Zum Antisemitismus der NPD. Eine Analyse der Zeitungen von drei NPD-Landesverbänden 1998-2001. Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin. [http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/276/276679.studie\\_zum\\_antisemitismus\\_der\\_npd.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/276/276679.studie_zum_antisemitismus_der_npd.pdf) (10.07.2010).

- Will, Gisela und Rühl, Stefan (2004): Analytical Report on Legislation. RAXEN National Focal Point Germany, RAXEN 4, Report to the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC). Wien: Fundamental Rights Agency. <http://fra.europa.eu/fra/material/pub/RAXEN/4/leg/R4-LEG-DE.pdf> (1.03.2013)
- Wodak, Ruth und Teun A. van Dijk (Hrsg.) (2000): Racism at the Top. Klagenfurt/Celovec: Drava.
- Wodak, Ruth und Gertraud Auer-Borea d'Olmo (Hrsg.) (2009): Justice and Memory: Confronting Traumatic pasts – An International Comparison. Wien: Passagen.
- Wolf, Joachim (2007): „Die aktuelle NPD-Verbotsdebatte“, in: Internetdossier Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung. Vom 21.11.2007. [http://www.bpb.de/themen/AEUQ3P,1,0,Die\\_aktuelle\\_NPDVerbotsdebatte.html](http://www.bpb.de/themen/AEUQ3P,1,0,Die_aktuelle_NPDVerbotsdebatte.html) (1.03.2013).
- Zick, Andreas (1997): Vorurteile und Rassismus – eine sozialpsychologische Analyse. Münster: Waxmann.